

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

1980 · Teil I

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSSR), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (UVR), Z. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR), J. Tómaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Ingrid Parpart (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther (Redakteur), Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar (Redakteur), Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Hans Müller, Waldtraut Schmidt, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann, Ingrid Thümmeler (Redaktionssekretär)

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Ingrid Parpart (Leiter), Siegfried Epperlein, Hermann Lehmann, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Jörg Roesler

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1980 · TEIL I

Richard Bach

Wolfgang Beyerstein

W. J. Bagshaw

WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Fritz Böcher

Wolfgang Beyerstein

Wolfgang Beyerstein

Wolfgang Beyerstein



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1980

Berichtigung

Im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil II/1979 muß es auf Seite 272, 1. Absatz, 4. Zeile von unten, statt Nachfragen **Machtfragen** heißen.

Redaktionsschluß: 15. 6. 1979

Anschrift der Redaktion:

1080 Berlin, Zimmerstr. 94

Erschienen im Akademie-Verlag, DDR-1080 Berlin, Leipziger Str. 3—4

© Akademie-Verlag Berlin 1980

Lizenznummer: 202 · 100/101/80

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 5820 Bad Langensalza

Bestellnummer: 753 8174 (2103/80/1) · LSV 0305

Printed in GDR

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

| | | |
|------------------|---|-----|
| Jürgen Kuczynski | Das Verhältnis von Arbeit und Freizeit. Überlegungen zur Entwicklung vormarxscher Vorstellungen | 7 |
| Achim Toepel | Cournots mathematische Theorie des Preises | 23 |
| Michael Laschke | Investitions- und Rohstoffprobleme während der sozialistischen Industrialisierung europäischer RGW-Länder in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre | 43 |
| Reinhold Zilch | Grundzüge der finanziellen Besatzungspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg | 63 |
| Helena Brodowska | Der Einfluß der kapitalistischen Industrialisierung auf die Sozial- und Berufsstruktur sowie das Bewußtsein der Landbevölkerung in Kongreßpolen | 79 |
| V. I. Baganov | Sozialstruktur und Klassenkampf der Bauern im feudalen Rußland (9. bis 16. Jahrhundert) | 101 |

LITERATURKRITIK

| | | |
|-----------------|---|-----|
| Jörg Roesler | DDR-Kritik im Taschenbuchformat (Wilhelm Treue, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit; Friedrich Wilhelm Henning, Wirtschafts- und Sozialgeschichte; Karl Hardach, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert) | 117 |
| Lotte Zumpe | Kohle-Eisen-Stahl 1936/37. Unterdrückung oder Interessenprofilierung? (Matthias Riedel, Eisen und Kohle für das Dritte Reich) | 137 |
| Horst Handke | Eine marxistische Strukturanalyse (Hartmut Zwahr, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse) | 153 |
| Bernhard Töpfer | Strukturen, Wirtschaft und Gesellschaft im frühmittelalterlichen Europa (Handbuch der europäischen Geschichte) | 161 |

Leoš Jeleček

Die Tätigkeit der tschechoslowakischen Kommission für Wirtschaftsgeschichte

173

QUELLEN UND MATERIALIEN

Rainer Eckert

106/168/1577

Die Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, ihrer Haupt- und Wirtschaftsgruppen (II). Dokumentation über ihre Stellung in Monopolen, monopolistischen Verbänden und bei der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung

177

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Michael Elle

Die industrielle Entwicklung der DDR (10. bis 11. April 1979 in Jena)

233

Stefan Oehmig

Zins und Profit im hansischen Wirtschaftsraum (2. bis 4. Oktober 1978 in Sellin/Rügen)

241

Marlene Njammasch

Zu Problemen der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie auf dem Gebiet der Alten Geschichte (23. bis 24. November 1978 in Dresden)

247

BIBLIOGRAPHIE

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)

253

Autorenverzeichnis

281

Содержание, Contents, Contenu, Sumario

283

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Das Verhältnis von Arbeit und Freizeit Überlegungen zur Entwicklung vormarxscher Vorstellungen

von Jürgen Kuczynski

Marx und Engels haben sich teils im Zusammenhang mit dem Zehnstundentagsgesetz in England, das zum ersten Mal die Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter in einem kapitalistischen Staat beschränkte¹, teils im Zusammenhang mit der Problematik der Selbstverwirklichung des Menschen im Zuge der Automatisierung der Produktion² sehr ausführlich mit der Bedeutung der Freizeit beschäftigt. Dabei wird für Marx die Freizeit geradezu zum Reich der Freiheit.³ Mit der Verwirklichung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion wurde die Diskussion über Probleme der Freizeit von neuem belebt.⁴

Es gibt jedoch natürlich Vorstellungen vom "Leben in Freizeit und Muße" seit Jahrtausenden, und mit einigen von ihnen wollen wir uns im folgenden beschäftigen.⁵

Seit uralten Zeiten galt die Arbeit als Fluch, Furchtbarste Strafe ihres Gottes war es, als Eva und Adam aus dem Paradies vertrieben wurden und hinfort arbeiten mußten, um leben zu können. Ein Leben mit überreichlich Essen und Trinken in einem Land, in dem Milch und Honig fließen (Schlaraffenland), war Traum und Utopie der Menschheit. Über die Zeit außerhalb des Essens und Trinkens machte man sich im allgemeinen weniger Gedanken - sie sollte wohl zumeist mit Spielen und in "seeliger Ruhe" verbracht werden. In keinem Fall aber brauchte man zu arbeiten, um essen und trinken zu können.

Marx konstruiert mit Recht eine direkte Verbindung zwischen jenem uralten Fluch in der Bibel und dem ersten Politökonomen des Industriekapitalismus, Adam Smith: "Du sollst arbeiten im Schweiß deines Angesichts! war Jehovas Fluch, den er Adam mitgab. Und so als Fluch nimmt A. Smith die Arbeit. Die 'Ruhe' erscheint als der adäquate Zustand, als identisch mit 'Freiheit' und 'Glück'. Daß das Individuum in seinem normalen Zustand von Gesundheit, Kraft, Tätigkeit, Geschick-

1 Vgl. dazu Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 24: Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1832 bis 1900, Berlin 1965, S. 58 ff.

2 Vgl. insbesondere Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 505, 592 f., 599.

3 Derselbe, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 828.

4 Vgl. etwa die Studien von Strumilin, insbesondere Strumilin, St. G., Problemi ekonomiki truda, Moskau 1925.

5 Für wichtige Hinweise auf solche Vorstellungen in England danke ich Ingrid und Peter Kuczynski.

lichkeit', 'Gewandtheit' auch das Bedürfnis einer normalen Portion von Arbeit hat, und von Aufhebung der Ruhe, scheint A. Smith ganz fernzuliegen,"⁶

Die herrschenden Klassen hatten natürlich stets Freiheit von der Arbeit im Prozeß der materiellen Produktion - es sei denn, daß sie in der Frühzeit ihrer Herrschaft noch "mit anpackten" wie frühe Großgrundbesitzer oder frühe Kapitalisten. Aber sie waren reichlich und oft anstrengend beschäftigt mit der Leitung der Geschäfte in Wirtschaft und Staat. Freizeit war für sie die Zeit, in der sie sich der Liebe und der Familie, dem Genuß der Kunst und der Literatur, dem Gespräch oder anderen Tätigkeiten "außerhalb ihres Hauptberufs" widmen konnten. Freizeit war für sie die Zeit der Muße.

Doch gibt es noch einen anderen Begriff der Freizeit bzw. der Muße, der schon die alten griechischen Philosophen, insbesondere auch Aristoteles, beschäftigt hat. Dieser Begriff der Freizeit umfaßt die Zeit, die frei ist von "gesellschaftlich notwendiger Arbeit" in der materiellen Produktion und die der Ausbildung und Betätigung aller Fähigkeiten des Menschen, seinem Glück, gewidmet ist.⁷ Welskopf übersetzt die meines Erachtens wichtigsten Stellen bei Aristoteles so:

"Das Glück (eudaimonia) scheint in der Muße zu liegen. Denn wir verzichten nur auf Muße, um Muße zu gewinnen, und führen Krieg, um den Frieden herbeizuführen." (Nikomach. Ethik 10. Buch, VII 1177 b 4-6)

'Das gesamte Leben teilt sich in Mußelosigkeit und Muße, in Krieg und Frieden, und die Handlungen in die notwendigen und nützlichen und in die schönen. Es ist notwendig, die gleiche Wahl zu treffen wie mit Bezug auf die psychischen Vermögen und ihre Akte, also den Krieg um des Friedens willen, die Mußelosigkeit um der Muße, das Notwendige und Nützliche des Schönen wegen.' (Politik 7. Buch, XIV 1333 a 30-36)"⁸

Und dann führt Welskopf aus:

"Aristoteles gibt in der 'Nikomachischen Ethik' eine Wertskala der Hauptformen praktischen Verhaltens in der Muße, aus der allein schon hervorgeht, daß jegliche materielle, körperliche Tätigkeit als nicht mehr zum Kreise der Muße gehörig betrachtet wird:

1. Genußleben
2. Der Politik gewidmetes Leben
3. Der Wissenschaft gewidmetes Leben (1. Buch, III 1095 b 16-19)

Eine Art Teilung der Tätigkeiten und Beschäftigungen innerhalb der Muße, wie sie nur in einer schon relativ entwickelten Gesellschaft möglich wird, ist hier als praktisch bestehend angenommen. Die Hauptformen, die Aristoteles herausgreift, ihre Reihenfolge, auch die Feststellung, welche Formen des menschlichen Verhaltens in der Muße er nicht erwähnt, sind aufschlußreich für seine Erkenntnisse, für seinen Charakter, für sein Wollen. ...

Die Lebensweise der Menschen in der Muße scheidet Aristoteles nicht nur nach den drei Gruppen von Betätigungen, die er als die Hauptformen aufzählt. Innerhalb einer jeden Form wägt er die differenzierten Möglichkeiten ab. In bezug

⁶ Marx, Karl, Grundrisse..., a. a. O., S. 505.

⁷ Vgl. zu dieser Problematik vor allem das großartige Buch von Welskopf, Elisabeth Charlotte, Probleme der Muße im alten Hellas, Berlin 1962.

⁸ Ebenda, S. 209 f.

auf den sinnlichen Genuß lobt der Philosoph weder Askese noch Hemmungslosigkeit. Essen, Trinken, Liebesgenuß erkennt er als natürlich und notwendig (Nikomach, Ethik 3. Buch, XIII 1118 b 9-16, 7. Buch, XIV 1154 a 17). ...

Der Begriff des Lustgefühls und des Genusses, der *hēdonē*, hat nach Aristoteles einen engeren Sinn - den des bloßen Sinnengenusses - und einen weiteren, der dem verschiedenen Inhalt entsprechend wiederum mehrere Stufen umfaßt. Innerhalb des bloßen Sinnengenusses bleibt die Erfüllung des notwendigen Bedürfnisses. Auch die unschädliche Erholung von der Arbeit, die Wiederherstellung der Kräfte, die mit Freude verbunden ist, kann hierin eingeschlossen sein. Aber auch die höchste Erfüllung der Muße, *telos* menschlichen Lebens, ist, wie der Philosoph betont, an das Lustgefühl gebunden, ohne das es keine Vollkommenheit der *eudaimonia* gebe (Politik 8. Buch, V 1339 b 15-19). Die Lust selbst sei *'energeia'*, aktive Entfaltung, bei der wir unsere Kräfte gebrauchen, und diese Entfaltung menschlicher Energie sei *telos*, Ziel, Selbstzweck (Nikomach, Ethik 7. Buch, XIII 1153 a 9-11)

Als die Hauptformen höherer freier Aktivität, die über den bloßen Sinnengenuß hinausgingen, nennt Aristoteles, wie schon zitiert, die politische und die wissenschaftliche Tätigkeit. ..."

Die zweite, nächsthöchste Stufe der Freizeit-Tätigkeit ist die Beschäftigung mit der Politik. Die Ausführungen von Aristoteles zur Rolle der Politik im Leben des Menschen sind zu bekannt, als daß wir hier auf sie eingehen müßten. Welche Bedeutung er der Politik beimaß, sagt uns ganz klar der von ihm geprägte und seitdem so oft wiederholte Spruch: "Der Mensch ist ein politisches Wesen".

Jedoch ist für Aristoteles auch die Politik nicht die höchste Form der Tätigkeit in der Zeit der Muße.

"In einem Leben der Wissenschaft, in dem der Wissenschaftler sich nicht der Schau einer von der Realität gelösten 'Idee' hingeben (Nikomach, Ethik 1. Buch, IV 1096 b 31-35), sondern das praktische Leben studieren, seine Erkenntnisse wiederum an der Praxis überprüfen und die Menschen erziehen sollte, sah Aristoteles die höchste Aufgabe und das höchste Glück, ein Glück, für das sich der Mensch selbst entscheiden und das er nach Meinung des Philosophen durch sein eigenes Handeln verwirklichen konnte. In diesem menschlichen Sinne, als Tätigsein, verstand der Philosoph die *eudaimonia*, den höchsten Inhalt der Muße, 'das Ziel praktischen Handelns' - *tōnpraktōn orsa telos* - (Nikomach, Ethik 1. Buch, V 1097 b 21). Der *nous*, nur unvollkommen als Geist oder Vernunft zu übersetzen, war für Aristoteles nicht ein vom Menschen gelöstes, selbständig existierendes Absolutum, sowenig wie ihm in seinen reifen Jahren 'die Idee', die Abstraktion als solche existent oder irgendwie der Praxis nützlich erschien (Nikomach, Ethik 1. Buch, IV 1097 a 6-14). Den *nous* faßte er als das rationale Element im Menschen, die Bewußtheit des Denkens auf. ...

Durch den *nous* und den *logos*, die Bewußtheit des Handelns, erhob sich der Mensch über die übrige Natur und trat in den Wettkampf mit den Göttern um die Unsterblichkeit. Diesen Gedanken sprach Aristoteles aus. Er wäre vorangegangenen Generationen als *Hybris* erschienen und kann doch der kühnen Sagen-Vorstellung an die Seite gesetzt werden, wonach die Heroen sich im Kampfe Göttern stellten und nach ihrem Tode zu den Göttern gingen. Am Ende seines Lebens wurde Aristoteles in Athen der *Asebie* (Gottlosigkeit - J. K.) angeklagt."⁹

Wundervoll inhaltreich war der Begriff der Freizeit bei Aristoteles. Durch die Freizeit, durch ihre richtige Verwendung werden die Menschen zu Göttern,

Aber es sind natürlich nur die Menschen der herrschenden Klassen, die solche Freizeit haben und "zu Göttern werden".

Die Massen müssen in der materiellen Produktion arbeiten und haben keine Freizeit. Und wenn es doch eine Massenschicht gibt, die nicht so viel in der materiellen Produktion zu tun hat, wie etwa das römische Proletariat? (Ja, auch solches finden wir in der Geschichte, die so viel reicher und komplexer ist als die Theorie!) Was tut dieses Proletariat? Marx erinnert an "Sismondis bedeutenden Ausspruch: Das römische Proletariat lebte auf Kosten der Gesellschaft, während die moderne Gesellschaft auf Kosten des Proletariats lebt."¹⁰ Und was verlangte das römische Proletariat für seine Freizeit? Es verlangte öffentliche Spiele, ludi circenses, Pferde- und Wagenrennen, Tierhetzen und Gladiatorenkämpfe, militärische Paraden usw. Von irgendeiner Ausbildung irgendwelcher Fähigkeiten als Bedürfnis dieses Proletariats konnte keine Rede sein.

Der erste, der, soweit ich das übersehe - leider ist dieses Gebiet menschlicher Überlegungen von der Forschung so arg vernachlässigt worden -, die Freizeit nicht als Mußezeit der herrschenden Klasse, sondern als Arbeitszeit für alle Bürger betrachtete, war wohl Thomas Morus, der, und das hängt natürlich eng mit der Betrachtung der Freizeit als Arbeitszeit für alle Menschen zusammen, auch eine starke Ausdehnung der Freizeit auf Kosten der Arbeitszeit in der materiellen Produktion forderte.

Utopien, das Phantasieland, von dem er uns berichtet, hat nach Morus selbstverständlich eine Verwaltung - auf 30 Familien, also etwa 150 Menschen, kommt der niedrigste Beamte, Syphogrant genannt. 10 Syphogranten unterstehen einem etwas höheren Beamten usw. Alle anderen, die nicht Beamte sind - und nur wenige Beamte werden auf Lebenszeit gewählt -, müssen nützliche Arbeit in der materiellen Produktion leisten. Morus schreibt:

"Ein Gewerbe betreiben alle, Männer und Frauen ohne Unterschied: den Ackerbau, und auf ihn versteht sich jedermann. Von Jugend auf werden sie darin unterwiesen, zum Teil durch Unterricht in den Schulen, zum Teil auch auf den Feldern in der Nähe der Stadt, wohin man sie wie zu einem Spiele führt. Hier sehen sie der Arbeit nicht bloß zu, sondern üben sie auch aus und stärken bei dieser Gelegenheit zugleich ihre Körperkräfte.

Neben der Landwirtschaft, die, wie gesagt, alle betreiben, erlernt jeder noch irgendein Handwerk als seinen besonderen Beruf. Das ist in der Regel entweder die Tuchmacherei oder die Leinweberei oder das Maurer- oder das Zimmermanns- oder das Schmiedehandwerk. In keinem anderen Berufe nämlich ist dort eine nennenswerte Anzahl Menschen beschäftigt. Denn der Schnitt der Kleidung ist, abgesehen davon, daß sich die Geschlechter sowie die Ledigen und die Verheirateten in der Tracht voneinander unterscheiden, auf der ganzen Insel einheitlich und stets der gleiche in jedem Lebensalter, wohlgefällig fürs Auge, bequem für die Körperbewegung und vor allem für Kälte und Hitze berechnet. Diese Kleidung fertigt sich jede Familie selber an. Von den obenerwähnten anderen

¹⁰ Marx, Karl, Vorwort /zur Zweiten Ausgabe (1869) "Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte/, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 359.

Gewerben aber erlernt jeder eins, und zwar nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen. Letztere jedoch, als die körperlich Schwächeren, üben nur die leichteren Gewerbe aus; in der Regel verarbeiten sie Wolle und Flachs; den Männern weist man die übrigen, mühsameren Beschäftigungen zu. Meistenteils erlernt jeder das väterliche Handwerk; denn dazu neigen die meisten von Natur. Hat aber jemand zu einem anderen Berufe Neigung, so nimmt ihn durch Adoption eine Familie auf, die dasjenige Gewerbe betreibt, zu dem er Lust hat. Dabei sorgen nicht nur sein Vater, sondern auch die Behörden dafür, daß er zu einem würdigen und ehrbaren Familienvater kommt. Ja, wenn jemand ein Handwerk gründlich erlernt hat und noch ein anderes dazu erlernen will, so ist ihm das auf demselben Wege möglich. Versteht er dann beide, so übt er aus, welches er will, es sei denn, daß die Stadt eines von beiden nötiger braucht."¹¹

Vieles ist an diesen Ausführungen von Morus bemerkenswert. Zunächst die ungeheure Bedeutung, die er mit vollem Recht der Landwirtschaft in seiner Zeit beimißt. Darum müssen alle in ihr arbeiten können; und was für ihren Betrieb nötig ist, beginnt man schon als Kind zu lernen. Doch soll jeder auch ein Handwerk erlernen, und zwar ein für die Gesellschaft wichtiges. Wenn man noch ein zweites dazu lernen will, nachdem man das erste beherrscht, so ist das erlaubt. Es kann jedoch sein, daß die Gemeinschaft ihm nicht die Freiheit der Wahl der Ausübung seiner zwei Handwerke überlassen kann, wenn die Leistungen des einen besonders gebraucht werden. Viel Arbeit wird auch gespart dadurch, daß die Kleidung - Schneiderei braucht darum auch kein Handwerk zu sein - stets die gleiche bleibt und so in der Familie gefertigt werden kann. Von ganz großer Bedeutung ist, daß alle Männer und Frauen außer den Beamten in der materiellen Produktion arbeiten.

Wie lange und wie schwer wird nun in Utopien gearbeitet? Morus bemerkt: "Die besondere und beinahe einzige Aufgabe der Syphogranten ist es, sich angelegentlich darum zu kümmern, daß niemand untätig herumsitzt, sondern daß jeder sein Gewerbe mit Fleiß betreibt, ohne sich jedoch, gleich einem Lasttiere, in ununterbrochener Arbeit vom frühesten Morgen an bis in die tiefe Nacht abzumühen; denn das wäre eine mehr als sklavische Plackerei. Und doch ist das fast überall das Los der Arbeiter, außer bei den Utopiern. Diese teilen nämlich den Tag mit-samt der Nacht in vierundzwanzig gleiche Stunden ein und kennen eine Arbeitszeit von nur sechs Stunden. Drei Stunden arbeiten sie am Vormittag; danach essen sie zu Mittag und halten eine Rast von zwei Stunden. Dann arbeiten sie wieder drei Stunden und beschließen den Tag mit dem Abendessen. Da sie die erste Stunde von Mittag an rechnen, gehen sie gegen acht Uhr zu Bett; acht Stunden brauchen sie zum Schlafen."¹²

Auch die nur sechsstündige Arbeit in der materiellen Produktion wird natürlich von Morus nicht als Vergnügen oder "erstes Lebensbedürfnis" dargestellt, aber sie hat zwei ganz entscheidende Vorteile: Erstens erschöpft sie den Menschen nicht zu sehr, und zweitens gibt sie ihm reichlich Freizeit. Doch bevor wir auf die Freizeit näher eingehen, muß man genauer noch verstehen, warum die Menschen nur sechs Stunden zu arbeiten brauchen. Morus erklärt uns das so:

"Um aber einer irr tümlichen Auffassung eurerseits vorzubeugen, müssen wir an dieser Stelle einen Punkt genauer betrachten. Wenn die Utopier nämlich nur sechs Stunden arbeiten, könnte man vielleicht meinen, es müsse das einen

11 Morus, Thomas, Utopia, Leipzig 1974, S. 62 f.

12 Ebenda, S. 63.

Mangel an den notwendigen Gütern zur Folge haben. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Diese Arbeitszeit genügt nicht nur, sondern wird nicht einmal ganz gebraucht zur Produktion eines Vorrats an allem, was zu den Bedürfnissen oder Annehmlichkeiten des Lebens gehört. Das werdet auch ihr einsehen, wenn ihr euch überlegt, ein wie großer Teil des Volkes in anderen Ländern untätig dahinglebt: erstens fast alle Frauen, also die Hälfte der Gesamtheit, oder wenn irgendwo die Frauen arbeiten, schnarchen dort meistens an ihrer Stelle die Männer; außerdem dann die Priester und die sogenannten frommen Männer, was für eine große und faule Schar ist das! Nimm noch all die Reichen und besonders die Grundbesitzer dazu, die man allgemein als Standespersonen und Edelleute bezeichnet! Zu ihnen rechne noch ihre Dienerschaft, jenen ganzen zusammengespülten Haufen von Raufbolden und Windbeuteln! Vergiß schließlich auch die kräftigen und gesunden Bettler nicht, die ihren Müßiggang mit irgendeinem Gebrechen bemänteln, und die Zahl der Leute, die durch ihre Tätigkeit für die gesamten Bedürfnisse der Sterblichen sorgen, wirst du dann viel geringer finden, als du angenommen hast.

Und nun überlege dir, wie wenige von diesen selbst mit wirklich notwendigen Arbeiten beschäftigt sind! Da nämlich bei uns das Geld der Maßstab für alles ist, müssen wir viele völlig unnütze und überflüssige Gewerbe betreiben, die bloß der Verschwendung und der Genußsucht dienen. Würde man nämlich diese ganze Masse, die jetzt im Arbeitsprozeß steht, nur auf die so wenigen Gewerbe verteilen, die ein angemessener natürlicher Bedarf erfordert, so würde ein großer Überfluß an Waren entstehen, und die Preise würden notwendigerweise zu tief sinken, als daß die Handwerker ihren Lebensunterhalt davon bestreiten könnten. Aber wenn alle die, die jetzt ihre Kräfte in nutzloser Tätigkeit verzetteln, und wenn noch dazu der ganze Schwarm derer, die jetzt in Nichtstun und Trägheit erschlaffen und von denen jeder einzelne so viel von den Produkten verbraucht, die die Arbeitskraft anderer liefert, wie zwei der Arbeiter, wenn man also alle diese zu Arbeiten, und zwar zu nützlichen, verwendete, so würde, wie leicht einzusehen ist, ungemein wenig Zeit mehr als reichlich genügen, um alles zu beschaffen, was zum Leben notwendig oder nützlich ist; du kannst auch noch hinzusetzen, zum Vergnügen, soweit es echt und natürlich ist.¹³

Es ist also die Beschäftigung aller Frauen in der Produktion sowie die Beschäftigung der Morus parasitär erscheinenden Elemente der Gesellschaft des 16. Jahrhunderts, einschließlich von Edelleuten und Mönchen und Bettlern, die ein Volk so viel produktiver macht und die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden pro Tag erlaubt. Durch Ausdehnung der Zahl der Arbeitskräfte mittels Einsatzes der parasitären Elemente der Gesellschaft und Abschaffung von nur diesen dienenden Gewerben kann die Arbeitszeit pro einzelnen verkürzt werden. Im Grunde geht es um die Abschaffung der Ausbeutung.

Dazu kommt noch eine wesentlich höhere Effektivität der Wirtschaft. Zum Beispiel: "Zu dem von mir Erwähnten kommt für die Utopier noch die Erleichterung hinzu, daß bei ihnen die meisten unentbehrlichen Gewerbe weniger Arbeit als bei anderen Völkern erfordern. Erstens nämlich ist bei diesen (den anderen Völkern - J. K.) zum Bau oder zur Ausbesserung von Gebäuden deshalb so vieler Hände Arbeit dauernd notwendig, weil der zu wenig wirtschaftliche Erbe das Haus, das sein Vater erbaut hat, allmählich verfallen läßt. Was er mit ganz geringen Kosten hätte erhalten können, muß sein Nachfolger mit großen Kosten erneuern.

¹³ Ebenda, S. 65 f.

Ja, häufig sagt auch ein Haus, das dem einen ungeheuer viel Geld gekostet hat, dem verwöhnten Geschmack des anderen nicht zu. Da sich dieser nicht darum kümmert, verfällt es in kurzer Zeit, und sein Besitzer baut sich an anderer Stelle ein neues Haus für nicht weniger Geld. Aber bei den Utopiern kommt es, dank der allgemeinen Ordnung und dank ihrer Verfassung, nur ganz selten vor, daß man einen neuen Platz für den Bau eines Hauses sucht. Und sie beheben nicht nur rasch die vorhandenen Schäden, sondern beugen auch drohenden vor. Infolgedessen bleiben ihre Gebäude bei ganz geringem Aufwand an Arbeit überaus lange erhalten, und die Bauhandwerker haben bisweilen kaum etwas zu tun, außer daß sie angewiesen werden, daheim Bauholz zu bearbeiten und bisweilen Steine quadratisch zu behauen und fertigzumachen, damit gegebenenfalls ein Haus schneller hochkommt.¹⁴ Von diesen Ausführungen des Thomas Morus hätten wir in den fünfziger und sechziger Jahren wahrlich etwas lernen können.

Und noch ein zweites Beispiel für die Abschaffung überflüssiger Arbeit gibt Morus, von dem wir alle heute noch lernen können: "Beachte ferner, wie wenig Arbeit zur Anfertigung der Kleidung der Utopier erforderlich ist! Zunächst tragen sie bei der Arbeit einfach Leder oder Felle, die bis zu sieben Jahren halten. Beim Ausgehen ziehen sie einen mantelähnlichen Rock über, der jene größeren Unterkleider verdeckt. Diese Röcke haben auf der ganzen Insel die gleiche Farbe, und zwar die Naturfarbe des Stoffes. Die Utopier verbrauchen also nicht bloß viel weniger wollenes Tuch, als das anderswo der Fall ist, sondern der Stoff kostet ihnen auch viel weniger. Aber noch weniger Arbeit macht die Herstellung von Leinwand, und deshalb trägt man sie auch noch mehr. Beim Leinen sieht man nur auf Weiße, bei der Wolle nur auf Sauberkeit; feinere Webart wird gar nicht bezahlt. Und während sonst nirgends einer Person vier oder fünf wollene Oberkleider von verschiedener Farbe und ebenso viele Untersachen aus Seide genügen - etwas eleganteren Leuten nicht einmal zehn -, begnügt sich hier in Utopien ein jeder mit nur einem Anzug, und zwar zumeist für zwei Jahre. Warum sollte sich dort jemand auch mehr Kleider wünschen? Wenn er sie nämlich bekäme, wäre er weder besser vor der Kälte geschützt, noch würde er in seiner Kleidung auch nur um ein Haar hübscher aussehen."¹⁵ Wenn Morus den heutigen Irrsinn des halbjährlichen Modewechsels im Kapitalismus und Sozialismus (!) erlebt hätte, würde er sicher noch schärfer formuliert haben.

Aus allen diesen Gründen ergibt sich folgende Situation in Utopien: "Da die Utopier also alle in nützlichen Gewerben beschäftigt sind und diese selbst auch eine geringere Arbeitszeit erfordern, braucht man sich nicht zu wundern, daß bisweilen alle Erzeugnisse im Überfluß vorhanden sind. Dann führt man eine ungeheure Menge Arbeiter zur Ausbesserung öffentlicher Straßen, die schadhaft geworden sind, aus der Stadt hinaus; sehr oft setzt man aber auch, wenn sich keinerlei Arbeit der Art nötig macht, die Arbeitszeit von Staats wegen herab. Die Behörden zwingen nämlich die Bürger nicht zu unnötiger Arbeit; denn die Einrichtung dieses Staates hat das eine Hauptziel im Auge, soweit es die dringenden Bedürfnisse des Staates erlauben, den Sklavendienst des Körpers nach Möglichkeit einzuschränken, damit die dadurch gewonnene Zeit auf die freie Ausbildung des Geistes verwendet werden kann. Darin liegt nämlich nach ihrer Ansicht das Glück des Lebens."¹⁶

14 Ebenda, S. 66 f.

15 Ebenda, S. 67 f.

16 Ebenda, S. 68.

Ganz klar und deutlich nennt Morus die Arbeit in der materiellen Produktion einen Sklavendienst des Körpers, der notwendig ist, um die materiellen Grundbedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen. Die Aufgabe der Gesellschaft aber ist es, die Menschheit von diesem Sklavendienst soweit wie möglich zu befreien, damit die Freizeit möglichst lang wird - die Freizeit, in der der Mensch sich allseitig bilden kann, in der "das Glück des Lebens" liegt.

Die Freizeit gliedert sich in zwei Teile.

Den ersten Teil schildert Morus so: "Über all die Zeit zwischen den Stunden der Arbeit, des Schlafens und des Essens darf ein jeder nach seinem Belieben verfügen, nicht etwa um sie durch Schwelgerei und Trägheit schlecht auszunützen, sondern um die arbeitsfreie Zeit nach Herzenslust auf irgendeine andere Beschäftigung nutzbringend zu verwenden. Die meisten treiben in diesen Pausen literarische Studien. Es herrscht nämlich der Brauch, täglich in den frühen Morgenstunden öffentliche Vorlesungen zu halten; zu ihrem Besuche sind diejenigen verpflichtet, die zu wissenschaftlicher Arbeit namentlich ausgewählt sind. Aus jedem Stande aber strömt eine gewaltige Menge Hörer, Männer wie Frauen, zu den Vorlesungen, die einen zu diesen, die anderen zu jenen, je nach ihren persönlichen Neigungen. Wenn jedoch einer auch diese Zeit lieber auf seine berufliche Tätigkeit verwenden will, was bei vielen der Fall ist, deren Geist sich nicht zur Höhe wissenschaftlicher Betrachtung erhebt, so hindert man ihn nicht daran; er erntet vielmehr sogar noch Lob, weil er sich dem Staate nützlich macht."¹⁷ "Literarische Studien" ist nicht gut übersetzt; im Englischen heißt es "intellectual pursuits". Hier wird der körperlichen Arbeit ausdrücklich die geistige Arbeit gegenübergestellt. Und gleichzeitig wird das Gemeinsame zwischen der körperlichen und geistigen Arbeit hervorgehoben: beide sind Beschäftigungen, und wenn der Übersetzer von Morus das Wort "nutzbringend" von sich aus hinzufügt, dann ist das eine freie, aber völlig richtige Übertragung der Gedanken von Morus. In diesem Teil seiner Freizeit entwickelt der Mensch - Männer und (!) Frauen - also all die Fähigkeiten, die bei der Arbeit in der materiellen Produktion ganz oder zum großen Teil schlummern.

Wenn hier auch von Menschen die Rede ist, die zu wissenschaftlicher Arbeit "namentlich ausgewählt sind", so handelt es sich um eine sorgfältig ausgesuchte und auch während ihrer Arbeit auf ihre Fähigkeiten und Leistungen hin sorgfältig kontrollierte kleine Gruppe. Morus bemerkt zunächst, daß die Zahl der von der Arbeit in der materiellen Produktion Befreiten sehr gering ist: In Utopien "sind in einer ganzen Stadt einschließlich ihrer nächsten Umgebung aus der Gesamtzahl der nach Alter und Kräften zur Arbeit tauglichen Männer und Frauen kaum fünfhundert von ihr befreit. Unter ihnen sind die Syphogranten zwar nach dem Gesetz zur Arbeit nicht verpflichtet, sie machen aber von dieser Bestimmung keinen Gebrauch, um die anderen durch ihr Beispiel um so leichter zur Arbeit anzuspornen."

Und dann kommt er auf die zu sprechen, die sich ganz der wissenschaftlichen Ausbildung widmen dürfen: "Dieselbe Vergünstigung genießen diejenigen, denen das Volk auf Vorschlag der Priester und auf Grund geheimer Abstimmung der Syphogranten dauernde Arbeitsbefreiung zur Durchführung ihrer Studien bewilligt. Erfüllt einer von ihnen die auf ihn gesetzte Hoffnung nicht, so stößt man ihn wieder unter die Handarbeiter zurück. Nicht selten tritt aber auch das Gegenteil ein, daß nämlich ein Handwerker jene freien Stunden so eifrig auf das Studium verwendet und

¹⁷ Ebenda, S. 63 f.

durch seinen Fleiß so große Fortschritte macht, daß man ihn von der Handarbeit befreit und in die Klasse der Gebildeten aufrücken läßt. Aus deren Stande nimmt man die Gesandten, Priester, Traniboren und schließlich den Bürgermeister selber."¹⁸ Hauptberufliche Wissenschaftler gibt es bei Morus nicht - natürlich auch nicht real in seiner Zeit, denn die Professoren an den beiden Universitäten des Landes waren Lehrer altbekannten Wissens und die, die wissenschaftlich forschten und neue Resultate brachten, lebten von dem Einkommen aus anderen Berufen oder waren reiche Amateure.

Der zweite Teil der Freizeit wird in spielender Erholung und erholsamen Spielen verbracht: "Nach dem Abendessen verbringen die Utopier noch eine Stunde mit Spielen, während des Sommers in ihren Gärten, während des Winters aber in jenen Sälen, in denen sie gemeinsam essen. Entweder treiben sie dort Musik, oder sie erholen sich in der Unterhaltung. Das Würfeln und andere solche ungehörige und verderbliche Spiele sind ihnen nicht einmal bekannt; üblich jedoch sind bei ihnen zwei dem Schach nicht unähnliche Spiele. Das eine ist der Zahlenkampf, bei dem die Zahlen einander stechen; bei dem anderen kämpfen, in Schlachtreihe aufgestellt, die Tugenden mit den Lastern. In diesem Spiele zeigt sich sehr hübsch der Streit der Laster untereinander und ihre einmütige Verbundenheit gegen die Tugenden, ebenso welche Laster und Tugenden einander entgegengesetzt sind, mit welchen Kräften ferner die Laster offen gegen die Tugenden kämpfen und mit welchen Ränken und Listen sie versteckt angreifen, mit welchen Hilfsmitteln andererseits die Tugenden die Kräfte des Lasters brechen, mit welchen Künsten sie ihre Versuchungen vereiteln und auf welche Weise endlich die eine oder die andere Partei den Sieg davonträgt."¹⁹

Hier haben wir also das Modell einer Gesellschaft, in der der Mensch all seine Fähigkeiten zum Nutzen der Gesellschaft und zur eigenen Freude ausbilden kann - der Mensch der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, erdacht noch bevor der Kapitalismus in England eine Rolle zu spielen begann, mitten im Prozeß der Auflösung der feudalen Gesellschaft. Ein Modell, das sich als solches in seinen Grundzügen nicht von dem unterscheidet, das auch wir haben. Es zielt auf eine größtmögliche Beschränkung der Arbeit in der materiellen Produktion, auf eine möglichste Ausdehnung der Freizeit von der materiellen Produktion und auf eine Verwendung der Freizeit zur Ausbildung aller dem Menschen gegebenen Fähigkeiten durch wissenschaftliche Bildung und kulturelle Betätigung in der Freizeit, die natürlich auch Spiele und Unterhaltungen mit einschließt.

Welch ein gewaltiger Fortschritt gegenüber den Vorstellungen vom Paradies oder vom Schlaraffenland! Welch großer Fortschritt auch gegenüber Aristoteles in der Ausdehnung der Betrachtung auf alle Menschen in der Gesellschaft! Welch tiefe Erkenntnis auch des parasitären Charakters der in Auflösung befindlichen feudalen Gesellschaft! Welche Einsicht auch in die Möglichkeit großer wirtschaftlicher Leistungen durch Revolution der Produktionsverhältnisse! Und alles ausgerichtet auf das große Ziel der "Selbstverwirklichung des Menschen" mit allen seinen Fähigkeiten in einer glücklichen Gemeinschaft.

18 Ebenda, S. 66.

19 Ebenda, S. 64.

Bevor wir uns mit dem nächsten großen Denker, der, soweit ich sehe, über die Freizeit im vormarxistischen Sinne geschrieben und wieder einen neuen bedeutenden Fortschritt in der Betrachtung unserer Problematik gebracht hat, mit William Godwin, der etwa 300 Jahre nach Morus schrieb, beschäftigen, sei ein kurzer Blick auf eine Äußerung von Francis Bacon (1561 bis 1626) geworfen. In seiner Schrift "The Advancement of Learning" (1605) kommt er in folgender Weise auf das Leben im Paradies zu sprechen: "Nachdem die Schöpfung beendet war, wurde der Mensch, so wird uns berichtet, in den Garten gesetzt, um dort zu arbeiten. Die Arbeit, die ihm zugeteilt war, konnte keine andere als Betrachtung und Beobachtung sein, das heißt eine Arbeit, die der Ausübung der Fähigkeiten und dem Experiment, nicht der Notwendigkeit dient. Denn da es keinen Widerwillen im Menschen noch Schweiß auf der Stirn gibt, so muß die Beschäftigung, die Arbeit des Menschen folglich ein Vergnügen am Experiment und nicht eine Frage der Arbeit zum Gebrauch, der zweckmäßigen Arbeit gewesen sein. Auch bestanden die beiden ersten Handlungen des Menschen im Paradies aus zwei Hauptakten der Kenntnisnahme, der Beobachtung der Geschöpfe und ihrer Benennung."²⁰

Das ist eine erstaunliche Interpretation des Lebens des Menschen im Paradies. Er arbeitete, und zwar wissenschaftlich. Seine Arbeit war nicht schwer und nicht zweckgebunden. Sie war ein Vergnügen, und zwar ein Vergnügen am Lernen und Experimentieren. Die Arbeit war ihm keine Last, sondern eine Lust, ein Bedürfnis, und diente der Ausübung seiner Fähigkeiten zur Aneignung der Realität durch Erfahrung und Wissenschaft.

Wie nahe sind sich hier die Vorstellungen des Paradieses von Bacon und des vollendeten Kommunismus von Marx!

Vielleicht aber liegt das auch etwas an meiner Übersetzung - "contemplation" habe ich mit "Betrachtung und Beobachtung" übersetzt, und das ist nach dem "Oxford English Dictionary" durchaus erlaubt, da für "contemplation" neben "meditation" auch (Hervorhebungen von mir - J.K.) "The action of beholding, the action of mentally viewing, attentive consideration, study" (Middle English, also Bacon durchaus geläufig) setzt, aber auch für das 17. Jahrhundert wird "contemplation" noch als "action of taking into account, intention" interpretiert. Das heißt, "contemplation" braucht keineswegs passives Anschauen zu sein. Peter Kuczynski interpretiert das Zitat jedoch anders als ich, viel schöner - aber auch richtiger? Er schrieb mir: "Was das Zitat so wertvoll macht, ist seine eigentümliche und so reizvolle Zwischenstellung: historisch und für die hier zur Diskussion stehende Problematik. Mag Bacon in althergebrachter Weise das paradiesische Leben zunächst als 'vita contemplativa' ansehen, es hilft ihm nichts. Der 'materialistische Teufel' folgt ihm doch hinterdrein und läßt ihn im Paradies experimentieren. Das Experiment aber ist das Zauberreich, in dem die materielle Arbeitspraxis und die geistig-ideelle Tätigkeit in Liebe zueinander entbrennen. Schon der praktischen Notwendigkeit enthoben, sucht das Experiment dennoch in der Praxis das Kriterium seiner Wahrheit; schon ein freies Spiel geistiger Kräfte, weiß es sich dennoch ein Kind des Lebensernstes und empfängt von dort die Sinnlichkeit seines Daseins."

Natürlich steht das "vita contemplativa" im Gegensatz zum "vita activa", und wenn man bedenkt, daß Bacon zahlreiche wissenschaftliche Werke auf lateinisch schrieb, lateinisch dachte, und so auch der englische Ausdruck ihm lateinisch

²⁰ Bacon, Francis, *The Advancement of Learning*, hg. v. William Aldis Wright, Oxford 1873, S. 45.

gefärbt gedient haben konnte, dann ist die Interpretation von Peter Kuczynski keinesfalls auszuschließen.

In jedem Fall aber sind die Äußerungen von Bacon in beiden Interpretationen von allergrößtem Interesse für die Geschichte des vormarxschen Begriffes der Freizeit. -

Doch nun zu William Godwin. Er war ein ausgesprochener Individualist und ohne wirtschaftlichen Wirklichkeitssinn - so ganz anders als Morus und Aristoteles.

Und doch geht er an die uns hier beschäftigenden Probleme im Grunde ganz ähnlich wie Morus heran. Godwin ist wie Morus gegen die Produktion zahlreicher überflüssiger, luxuriöser bzw. sinnloser Verschwendung dienender Güter und ebenso wie Morus dafür, daß alle in der materiellen Produktion arbeiten. Er führt dazu aus²¹:

"Man hat schätzungsweise angenommen, daß tatsächlich nur etwa der zwanzigste Teil des englischen Volkes ernsthaft in der Landwirtschaft tätig ist. Dazu kommt, daß diese ihrem Wesen nach notwendig in einzelnen Jahreszeiten die Arbeitskraft vollständig, in anderen hingegen nur verhältnismäßig wenig in Anspruch nimmt. Wenn man eine genügende Fertigkeit voraussetzt, dürften unter der Herrschaft einer einfachen Gesellschaftsordnung diese letzteren Perioden zur Herstellung von Werkzeugen, zum Weben, Schneidern, Backen, und Schlachten ausreichen. Das Ziel der heutigen Gesellschaft ist eine Vermehrung, das der Zukunft eine Verminderung der Arbeit. Einen ganz unverhältnismäßig großen Teil des Volkvermögens hat man wenigen Auserlesenen in den Schoß geworfen, und fortwährend sucht man nun mit großem Aufwand an Scharfsinn nach Möglichkeiten, es wieder auszugeben. Zur Ritterzeit lud der Grandseigneur die Armen ein, zu ihm zu kommen und von seinen Speisen zu essen, die er aus seinen Mitteln erstanden hatte - mit der Bedingung, seine Livree zu tragen und sich in Reih' und Glied aufzustellen, um edle Gäste ehrfurchtsvoll zu bewillkommen. Heutzutage, wo es leichter geworden ist, abzuwechseln, hat man dieses einfache Verfahren aufgegeben und zwingt statt dessen nun die Menschen, die man aus seinen Einkünften bezahlt, für ihren Herrn zu denken und zu arbeiten. So erhält in dem soeben erwähnten Beispiele der Schneider seinen Lohn, weil er Kleidungsstücke auseinander trennt, sie dann wieder zusammennäht und mit Stickerei oder anderem Zierat besetzt, die ohne den Besatz - wie die Erfahrung alsbald zeigen würde - nicht weniger brauchbar gewesen wären. Dabei denken wir hier nur an einen ganz einfachen Fall.

Nach der Skizze, die wir eben entworfen, erscheint es keineswegs als ein Ding der Unmöglichkeit, daß jeder zwanzigste Mensch imstande ist, mit seiner Arbeit die übrigen Mitglieder der Gesellschaft zu ernähren und mit allem zu versorgen, dessen ein Mensch unbedingt zu seinem Lebensunterhalte bedarf. Würde man nun diese Arbeit auf alle Menschen durch freundschaftliches Übereinkommen gleichmäßig verteilen, statt sie von einigen wenigen verrichten zu lassen, so würde sie nur etwa den zwanzigsten Teil der Zeit jedes Menschen beanspruchen. Nimmt man ferner an, daß ein Arbeiter täglich zehn Stunden arbeitet, was allerdings

²¹ Wir benutzen die Übersetzung von M. Bahrfeldt (Godwin, William, Das Eigentum, Leipzig 1904 = Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik, hg. v. Georg Adler, H. 2). Da die Übersetzung nicht mit der Kapiteleinteilung in Godwin, William, Enquiry concerning political justice, hg. v. I. Kramnick, Harmondsworth 1976. übereinstimmt, zitieren wir beide unter "Bahrfeldt" und "Kramnick".

bei Berücksichtigung der Ruhestunden, der Mahlzeiten und Pausen recht reichlich bemessen zu sein scheint, so folgt daraus, daß täglich eine halbe Stunde ernster Arbeit, an der sich alle Mitglieder der Gemeinschaft beteiligen, genügen würde, um ihren gesamten Lebensbedarf zu decken! Wer wollte versuchen, sich dieser so gering bemessenen Arbeit zu entziehen? Und wenn dann jemand sieht, welche gewaltige Arbeit unaufhörlich in unserer City und auf unseren Inseln vollbracht wird, sollte er da nicht die Überzeugung gewinnen, daß wir bei einer halben Stunde Arbeit am Tage in jeder Richtung weit glücklicher und zufriedener als heute sein würden? Und dieses schöne herrliche Gemälde von Unabhängigkeit und edler Gesinnung - die jedermann die Entfaltung seiner bedeutendsten geistigen Talente gestatten - könnten wir betrachten, ohne uns in unserem Innersten vor Bewunderung und Hoffnung erquickt zu fühlen?"²²

Natürlich ist die Zeitverkürzung für die Produktion materieller Güter, die Godwin durch Verteilung der Arbeit auf alle als Möglichkeit für die nächste Zukunft voraussieht, völlig unsinnig. Darin ist Morus weit einsichtiger.

Aber Godwin ist in einem Punkt als Sohn der Großen Industriellen Revolution dem Morus weit überlegen. Er sieht eine Verkürzung der für die materielle Produktion notwendigen Arbeitszeit voraus nicht nur dadurch, daß alle arbeiten, sondern auch durch eine enorme Steigerung der Produktivität. In einem Abschnitt seiner Ausführungen, in denen der Individualist Godwin mit Bedauern feststellt, daß man gegenwärtig noch in Kooperation arbeiten müsse, sieht er folgende Entwicklung voraus:

"Sollte ich gehalten sein, mit meinem Nachbarn zusammen zu essen oder zu arbeiten, so müßte dies zu einer Zeit geschehen, die mir oder ihm am besten, oder die keinem von uns paßt. Man soll aus Menschen kein einförmiges Uhrwerk machen!

Daraus folgt, daß jede übermäßige gemeinschaftliche Tätigkeit - gemeinsame Arbeit wie gemeinsame Mahlzeiten - sorgfältig zu vermeiden ist. 'Wie stellen wir uns nun aber zu einem Zusammenarbeiten, das durch die Natur des zu vollendenen Werkes geboten erscheint?' Man sollte es nach Möglichkeit beschränken. Es wäre unsinnig, daran zweifeln zu wollen, daß heute der Gedanke an den schädlichen Einfluß der gemeinsamen Arbeit in gewissen dringenden Fällen vor der Dringlichkeit zurücktreten muß. Ob nach der Natur der Dinge ein gewisses Zusammenarbeiten stets erforderlich sein wird, ist eine Frage, die zu entscheiden wir kaum in der Lage sein werden. Heute ist die Tätigkeit vieler Menschen notwendig, um einen Baum zu fällen, einen Kanal zu graben oder ein Schiff zu steuern. Wird das immer so bleiben? Blicken wir auf die sinnreichen Maschinen, die menschlichem Erfindungsgeiste ihre Entstehung verdanken, auf die zahllosen Fabriken, die verschiedenartigen Webstühle und Dampfmaschinen, müssen wir da nicht über die Menge der Arbeit, die sie leisten, in Erstaunen geraten? Wer kann sagen, wo einst diese Entwicklung halt machen wird? Heute bringen derartige Erfindungen große Aufregungen über den arbeitenden Teil der Gesellschaft und verursachen zeitweise Not und Elend, wengleich sie in der Folge den wichtigsten Interessen der Allgemeinheit zu dienen bestimmt sind. Liegt aber allen Menschen 'dasselbe Maß von Arbeit ob, so wird sich über die Nützlichkeit der Maschinen kein Zweifel erheben. Danach scheint es durchaus nicht unmöglich, daß ein einzelner Mensch die größten Arbeiten allein verrichten kann, oder, um ein nahe liegendes Beispiel zu wählen, daß der Pflug auf dem Acker nicht mehr gewendet zu werden braucht und seine Arbeit verrichtet, ohne daß er einer Aufsicht bedürftig ist."

22 "Bahrfeldt", a. a. O., S. 44 f.; "Kramnick", a. a. O., S. 745 ff.

te. In diesem Sinne gebrachte der berühmte Franklin das Wort: 'daß eines Tages der menschliche Geist die Allgewalt über die Materie erlangen werde'.

Die Entwicklung, wie sie hier eben skizziert wurde, scheint einst in einer endgültigen Beseitigung der Handarbeit ihr Ende finden zu sollen. Es ist überaus lehrreich, zu verfolgen, wie hier die bedeutendsten Geister längst vergangener Zeiten die zukünftige Entwicklung der Menschheit vorhergesehen zu haben scheinen. Ein Gesetz Lykurgs befahl, daß kein Spartiate gewöhnliche Arbeiten verrichten dürfe. Die Staatsverfassung mußte deshalb notwendig zur Verrichtung der niederen Arbeiten für die Verteilung einer großen Menge von Sklaven unter die Spartiaten Sorge tragen. Die Materie, oder, um genauer zu sprechen, jene bestimmten und ewigen Naturgesetze werden in der Zeit, von der wir hier reden, einst die Rolle der Heloten spielen! Damit werden wir auf dem Punkte anlangen, unsterblicher Gesetzgeber, von dem du einst ausgegangen bist!"²³

So unsinnig der Kampf von Godwin gegen Kollektivarbeit und Arbeitsteilung ist, so wichtig ist sein Hinweis auf die Bedeutung der Maschinen für die Steigerung der Arbeitsleistung und die Erleichterung der Arbeit. Und weiter, die Überlegungen über die weiter steigende Produktivität, die weitere Entwicklung der Technik führen ihn zum Modell des Roboters bzw. der "automatischen Maschine" (übrigens an sich keine neue Vorstellung, jedoch wohl niemals zuvor mit der Idee der Hebung der gesamtgesellschaftlichen Produktivität verbunden).

Wir sehen, wie unsinnig und tiefsinnig zugleich die Gedanken von Godwin sind.

Und unmittelbar an diese Ausführungen, dem letztzitierten Satz folgend, stellt er die Frage: "Diesen Ausführungen gegenüber wird man vielleicht den Vorwurf wiederholen: 'die Menschen würden, der Notwendigkeit körperlicher Arbeit enthoben, der Trägheit anheimfallen'. Auf welche beschränkte Anschauungen von der Natur und von den Fähigkeiten des menschlichen Geistes lassen sich solche Vorwürfe schließen! Es bedarf nur eines Anstoßes, um den Verstand in Tätigkeit zu setzen. Und gibt es nicht Gründe, die ebenso zwingend auf uns einwirken, wie die Furcht, Hunger leiden zu müssen? Wessen Gedanken arbeiten lebhafter, tätiger und unermüdlicher? Diejenigen Newtons oder eines Landmannes? Wie könnte ein Mensch in Trägheit untergehen, wenn er sich seiner geistigen Größe und Bedeutung bewußt und voller Zuversicht über seine Zukunft ist?"

Die Freizeit dient, wie bei Morus, der Entwicklung der geistigen und kulturellen Fähigkeiten des Menschen.

Vier Jahre später veröffentlichte Godwin eine Essay-Sammlung unter dem Titel "The Enquirer. Reflections on education, manners and literature", in der er zu der großartigsten Formulierung über die Bedeutung der Freizeit kommt: "Unter Armut verstehe ich jenen Zustand, in dem der Mensch kein festes Eigentum besitzt in einem Lande, wo Reichtum und Luxus eine feste Wohnstätte gefunden haben. Wer zur Armut geboren ist, von dem darf gesagt werden, er sei zur Sklaverei geboren. ... Das Hauptübel der Armut besteht nicht so viel in den körperlichen Beschwerden, in der Hilflosigkeit bei Krankheit, Invalidität und Altersschwäche, als im Mangel an Muße zur Ausbildung des Geistes. ... Der wahre Reichtum des Menschen ist Muße, wenn sie sich mit der Neigung vereinigt, sie zur Ausbildung des Geistes zu benutzen. Alle anderen Reichtümer sind kleinlich und von geringem Werte. Ist denn kein Gesellschaftsplan realisierbar, in dem die Muße das

²³ "Bahrfeld", a. a. O., S. 59 f.; "Kramnick", a. a. O., S. 758 f.

Erbe jedes seiner Mitglieder sein soll?"²⁴ Die arbeitsame Freizeit als Reichtum ist in der Tat ein wunderbarer Gedanke, den die Flügel der Menschheit in die Zukunft erreicht haben, eine Vorstellung, die auch Marx beglückt als Erbe der Vergangenheit übernommen hat,

Allerdings nicht direkt von Godwin, sondern von einem anonymen Pamphletisten, der eine Generation später geschrieben hat und der, wie Beer wohl mit Recht vermutet, die Vorstellung von Freizeit als Reichtum der Nation von Godwin übernommen hat.²⁵ Die Schrift des anonymen Pamphletisten heißt "The Source and Remedy of the National Difficulties etc. A Letter to Lord Russell, London 1821".

Marx beginnt seine Ausführungen mit einem Zitat aus dieser Schrift und kommentiert sie dann:

"Wahrhaft reich ist eine Nation erst, wenn kein Zins für Kapital gezahlt wird; wenn statt 12 Stunden nur 6 gearbeitet wird. Reichtum ist verfügbare Zeit, und sonst nichts." (p. 6.)

Da hier unter Zins - Profit, Rente, Interesse - kurz jede Form des Mehrwerts verstanden wird, und da nach dem Verfasser selbst Kapital nichts als produce of labour, accumulated labour which is able to exact in exchange for each self not only an equal quantity of labour, but surplus labour, so heißt nach ihm: Kapital trägt keinen Zins - es existiert kein Kapital. Das Produkt verwandelt sich nicht in Kapital. Es existiert kein surplus produce und keine surplus labour. Dann erst ist eine Nation wirklich reich,

Dies kann aber meinen: Es existiert kein produce, keine labour über das Produkt und die labour hinaus, die zur Reproduktion der Arbeiter erheischt sind. Oder: sie eignen sich selbst dies Surplus, sei es von Produkt oder labour, an.

Daß der Verfasser aber nicht bloß das letzte meint, geht daraus hervor, daß er /den Satz/ 'kein Zins für Kapital' damit zusammenstellt: 'Eine Nation ist wirklich reich, wenn 6 statt 12 Stunden gearbeitet wird. Wealth is disposable time, and nothing more.'

Es kann dies nun heißen:

Wenn alle arbeiten müssen, der Gegensatz von Überarbeiteten und Müßiggängern wegfällt - und dies wäre jedenfalls die Konsequenz davon, daß das Kapital aufhörte zu existieren, daß Produkt nicht mehr Titel auf fremde surplus labour gäbe - und außerdem die Entwicklung der Produktivkräfte, wie das Kapital sie hervorgebracht hat, in Betracht gezogen wird, so wird die Gesellschaft die nötige abundance in 6 Stunden produzieren, mehr als jetzt in 12, und zugleich werden alle 6 Stunden 'disposable time', den wahren Reichtum haben; Zeit, die nicht durch unmittelbar produktive Arbeit absorbiert wird, sondern zum enjoyment, zur Muße, /so/ daß sie zur freien Tätigkeit und Entwicklung Raum gibt. Die Zeit ist der Raum für die Entwicklung der faculties etc. Man weiß, daß die Ökonomen selbst die slave-labour der wages-labourers dadurch rechtfertigen, daß sie die Muße, freie Zeit für andre, einen andren Teil der Gesell-

²⁴ Wir zitieren hier nach Beer, Max, Geschichte des Sozialismus in England, Stuttgart 1913, S. 119 f. - Die entsprechenden Stellen finden sich in Godwin, William, The Enquirer. Reflections on education, manners and literature, London 1797, S. 162 ff.

²⁵ Vgl. Beer, Max, a. a. O., S. 119.

schaft - und damit für die Gesellschaft der wages-labourers schafft,

Oder es kann auch heißen:

Die Arbeiter arbeiten jetzt 6 Stunden Zeit hinaus über das, was sie zu ihrer eignen Reproduktion (jetzt) brauchen. (Dies kann auch kaum die Ansicht des Verfassers sein, da er das, was sie jetzt brauchen, als unmenschliches Minimum darstellt.) Hört das Kapital auf, so arbeiten sie nur mehr 6 Stunden, und die Müßiggänger müssen ebensoviel arbeiten. Der materielle Reichtum für alle würde dadurch auf das Niveau der Arbeiter herabgedrückt. Aber alle hätten disposable time, freie Zeit zu ihrer Entwicklung.

Der Verfasser ist sich offenbar selbst nicht klar. Nevertheless bleibt immer der schöne Satz:

'Eine Nation ist wirklich reich, wenn 6 statt 12 Stunden gearbeitet wird. Wealth is disposable time, and nothing more.'²⁶

Wenn die Vermutung von Beer richtig ist, daß der Verfasser Godwins Arbeiten, insbesondere die Studie im Enquirer, gekannt und seine Ideen übernommen hat, dann ist die Interpretation, die nur 6 Stunden Arbeit in der täglichen materiellen Produktion vorsieht, richtig. -

Es ist offenbar, daß Marx, der Morus öfter zitiert, an die sich mit der Freizeit beschäftigende Stelle der Utopia nicht gedacht hat, als er in den "Theorien über den Mehrwert" und vor allem in den "Grundrissen" zu dieser Frage schrieb. Godwins "Enquiry concerning political justice" hat er auch in seinen frühen Schriften zitiert, aber wohl "The Enquirer" niemals gelesen bzw. das dort über Freizeit Gelesene völlig vergessen, da sonst seine Begeisterung über den späteren "schönen Satz" des Pamphletisten nicht erklärlich wäre.

²⁶ Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, T. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, Berlin 1968, S. 251 f.

Cournots mathematische Theorie des Preises

von Achim Toepel

Als die geistigen Stammväter ökonomischer Richtungen in der modernen bürgerlichen Ökonomie werden Thünen und Cournot bezeichnet. Ihre Theorien sind methodisch und teilweise sogar inhaltlich Ausgangspunkt für die Vertreter der gegenwärtigen mathematischen Ökonomie. Methodisch sind sie es insofern, als die mathematisch-funktionalistische Betrachtungsweise und die Anwendung des Infinitesimalkalküls aus den Arbeiten Thünens und Cournots übernommen werden. Was die inhaltliche Seite anbetrifft, so ist diese Verwandtschaft nicht weniger evident. Wenn auch viele Theoreme Thünens und Cournots von den modernen Ökonometrikern als überholt verworfen werden, so gibt es dennoch eine Reihe von Ableitungen, deren vollinhaltliche Gültigkeit heute noch akzeptiert wird. Das betrifft insbesondere Thünens Ableitungen über das Grenzproduktivitätsprinzip und Cournots Nachfragefunktion sowie seine Analyse des Monopolpreisproblems.

Als Cournot 1838 seine "Recherches sur les principes mathématiques de la théorie des richesses" veröffentlichte, hatte die bürgerliche politische Ökonomie ihre fortschrittliche Rolle bereits eingebüßt. Die Zeit der bürgerlichen Klassik war vorbei. In England erreichte sie mit Ricardo ihren Höhepunkt (1817 "Grundsätze der Politischen Ökonomie"), und in Frankreich klingt sie mit der kleinbürgerlich-romantischen Variante in Gestalt Sismondis (1819 "Neue Grundsätze der Politischen Ökonomie") aus.

Beurteilt man die Cournotsche Theorie von der theoretischen Höhe der englischen Klassik aus - Cournot selbst bezieht sich häufig auf Ricardo -, dann erkennt man, daß er nicht in der Lage war, Ricardo zu begreifen. Cournot gelang es nicht, zum eigentlichen Kern der Phänomene der politischen Ökonomie vorzustoßen. Diese mangelnde Fähigkeit zu einer Tiefenanalyse gestattete jedoch eine starke Vergrößerung des Naheliegenden, das heißt, sie ermöglichte eine sehr genaue Analyse der Oberfläche. Hier bleibt er haften, und er tastet diese Oberfläche mit einer mathematisch-quantitativen Analyse nach allen Richtungen hin ab.

Bevor wir uns jedoch der ökonomischen Theorie Cournots zuwenden, sind einige kurze Ausführungen zu seinem Leben und wissenschaftlichen Schaffen unumgänglich. Das wissenschaftliche Gesamtwerk Cournots - er lebte von 1801 bis 1877 - ist umspannend und von großen Ausmaßen. Neben den Arbeiten zur ökonomischen Theorie müssen besonders die philosophischen Werke Cournots sowie seine Arbeiten über mathematische Wahrscheinlichkeitstheorie und mathematische Statistik - Cournot war Mathematiker und Professor für Mathematik - hervorgehoben werden. Wenngleich Cournot zu Lebzeiten unbekannt blieb, so hat er später dennoch auf die Entwicklung verschiedener Einzelwissenschaften nachhaltig eingewirkt.

Das grundlegende methodische Prinzip bei Cournot, die Wahrscheinlichkeit, ermöglichte zum Beispiel im Bereich der Statistik den Ausbau moderner statisti-

scher Methoden. Das gilt in besonderem Maße für die Sozialstatistik. Mit seiner kleinen Schrift "Darstellung der Theorie der Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten" ("Exposition de la théorie des chances et des probabilités", Paris 1843) hat Cournot der modernen Statistik wichtige Impulse gegeben. Man denke in diesem Zusammenhang an die Bedeutung des Multiplikationstheorems der Wahrscheinlichkeitstheorie für statistische Prüfverfahren.

Dieser Einfluß Cournots auf verschiedene Einzelwissenschaften ist aus der philosophischen Anlage seines Gesamtwerkes zu erklären. In philosophischer Hinsicht war Cournot vor allem an erkenntnistheoretischen Fragestellungen interessiert und um den Ausbau einer allgemeinen Wissenschaftsmethodologie bemüht. Seine philosophischen Hauptwerke "Eine Abhandlung über die Grundlagen unseres Wissens und über die Merkmale der philosophischen Kritik" ("Essai sur les fondements de nos connaissances et sur les caractères de la critique philosophique", Paris 1851) und "Eine Untersuchung über den Zusammenhang der grundlegenden Ideen in den Wissenschaften und in der Geschichte" ("Traité de l'enchainement des idées fondamentales dans les sciences et dans l'histoire", Paris 1861) bringen daher das Spannungsverhältnis von erkenntnistheoretischem Anspruch und empirischer Verifikation im Bereich der Einzelwissenschaften zum Ausdruck.

Von außerordentlicher theoretischer und theoriegeschichtlicher Bedeutung sind die ökonomischen Schriften Cournots.

Hier gilt er, wie bereits gesagt, als der Begründer der mathematischen Schule in der Nationalökonomie. Es ergibt sich nunmehr die Frage, worin diese Bedeutung im einzelnen liegt. Cournot beabsichtigte eine Erklärung des Marktmechanismus der freien Konkurrenz mit Hilfe der mathematischen Analysis. Die Anwendung der mathematischen Methode zwang ihn jedoch zunächst, von dem mathematisch einfacheren Fall des Monopols auszugehen. Auf diese Weise entstand die erste Behandlung des Monopolpreisproblems in der Geschichte des ökonomischen Denkens. Schneider schreibt: "Wir müssen allerdings bezweifeln, ob Cournot sich selbst der ungeheuren theoretischen und praktischen Eigenart seiner Erörterungen über das Monopolproblem bei sich bewußt war. Was auch er, wie alle seine Vorgänger und Zeitgenossen suchte, war eine Erklärung der Wirtschaftsform der freien Konkurrenz in möglichst einfacher Form. Dazu war ihm eine Theorie des Monopols nur Mittel zum Zweck, die Brücke, die zum Verständnis der Konkurrenzwirtschaft führt."¹

Zu dem Zeitpunkt aber, als Cournot mit seiner Monopolpreistheorie an die Öffentlichkeit trat, existierten die Monopole noch nicht; Monopole als typische Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaft entstanden erst später. Cournot hatte also, lediglich erklärbar aus seiner methodologischen Eigenart, eine Theorie geschaffen, die auf Verhältnisse zugeschnitten war, welche sich erst sechzig Jahre später herauszubilden begannen. Daraus wird auch verständlich, daß das Schweigen um Cournot eine ganz beträchtliche Zeit währte. Die Vertreter der Grenznutzenschule in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts wußten mit Cournot ebenfalls nichts anzufangen, wengleich auch einige Theoretiker der Lausanner Schule gewisse methodische Anknüpfungspunkte bei ihm zu finden glaubten. Die Grenznutzenschule, sieht man von ihren späteren Wandlungen, besonders in der Lausanner Schule, einmal ab, ist ihrem Wesen nach auch noch eine Theorie des Kapitalismus der freien Konkurrenz.

¹ Schneider, Erich, Reine Theorie monopolistischer Wirtschaftsformen, Tübingen 1932, S. 1.

Erst als der Kapitalismus der freien Konkurrenz in sein monopolistisches Stadium übergegangen war, verschaffte sich die Courtnotsche Theorie in der bürgerlichen Ökonomie plötzlich Geltung. Es genügte nicht mehr, den Kapitalismus auf ausschließlich theoretischer Ebene zu rechtfertigen, sondern es war notwendig, eine Theorie zu entwickeln, die gleichzeitig praktische Anwendungen gestattete. Die ursprüngliche ideologische Funktion der bürgerlichen Wirtschaftstheorie erweiterte sich um die praktisch-pragmatische Funktion. Cournots mathematische Theorie des Preises wurde dieser Anforderung gerecht. Sie lieferte den monopolistischen Unternehmern Modelle, mit deren Hilfe das betriebliche Gewinnmaximum bestimmt werden kann. Cournot hat für diese einseitige und verzerrte Darstellung des Monopols den Grundstein gelegt, indem er erstmals das Monopol als einen ganz bestimmten Typ unter mehreren möglichen Marktformen betrachtete. Er unterschied sinngemäß Monopol, Duopol-Oligopol und freie Konkurrenz. Jedoch eine solche Unterscheidung drängte bereits vom theoretischen Ausgangspunkt her zwangsläufig dazu, das Monopol lediglich als eine ganz bestimmte Organisationsform des Marktes aufzufassen. Man kann deshalb aber nicht sagen, daß es bei Cournot überhaupt keine Ursache für eine bestimmte Höhe des Preises gäbe. Die Ursache für die Herausbildung der Preise ist bei ihm die Wirkung von Angebot und Nachfrage. Cournot stellt fest, daß bei einer bestimmten Nachfrage und einer bestimmten Elastizität dieser Nachfrage das Angebot einen ganz bestimmten Umfang haben wird, welches dann den Preis zustande kommen läßt, der dem kapitalistischen Unternehmer den höchsten Profit gewährleistet.

Über die Bildung der effektiven Höhe der Preise auf dem Markt lassen sich in der Praxis Erwägungen anstellen, ohne daß man dabei immer unmittelbar die Werttheorie im Kopf haben muß. Die Gesetze der Preisbildung, das heißt der gesamte Marktmechanismus, liegen an der Oberfläche der ökonomischen Erscheinungen, wobei das theoretische Fundament des Preises der Wert ist. Der Preis, gewissermaßen getragen vom Wert, hat darüber hinaus aber dennoch ein relativ selbständiges Leben, eine gewisse Beweglichkeit auf fester Grundlage. Diese relative Selbständigkeit wird nun ebenfalls durch spezifische Gesetze, durch die Gesetze des Marktes bestimmt. Und hier liegt die Ebene, auf welcher Cournot einen positiven Beitrag zur politischen Ökonomie geleistet hat. So hat er als erster in der Geschichte des ökonomischen Denkens die Abhängigkeit des Preises von der Nachfrage und umgekehrt die Abhängigkeit der Nachfrage vom Preis, das heißt also die sogenannte Preiselastizität der Nachfrage, exakt formuliert.

In der detaillierten Analyse des Wechselverhältnisses von Angebot, Nachfrage und Preis ist Cournot also eine wissenschaftliche Entdeckung geglückt. Er hat als erster die sogenannte Preiselastizität der Nachfrage entwickelt und deren Bedeutung für die Preispolitik erkannt. Die Berechnung des Koeffizienten dieser Preiselastizität, die Cournot selbst noch nicht vorgenommen hat, ergibt sich daraus unmittelbar.

Heute werden Elastizitätskoeffizienten bei bürgerlichen Ökonomen wie auch in der sozialistischen Praxis angewendet. Das von Cournot stammende Prinzip der funktionalen Abhängigkeit von Nachfrage und Preis und der sich daraus ableitende Gedanke der Elastizität wurden allerdings bald über die sogenannte Preiselastizität der Nachfrage hinaus erweitert. So werden gegenwärtig Kreuzpreiselastizitäten, Substitutionselastizitäten, Einkommenselastizitäten usw. berechnet.

Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen hat die praktische Nutzenwendung der Elastizitätskoeffizienten jedoch einen ganz anderen Charakter als im Sozialismus. Man braucht sich in diesem Zusammenhang nur auf Cournot selbst zu besinnen. Bereits er hat das Anwendungsfeld des Elastizitätsprinzips für den Kapitalismus abgesteckt. Im Mittelpunkt seiner Erwägungen stand der Gesichtspunkt: Bei welchem Preis kann der monopolistische Unternehmer den höchsten Profit realisieren? Die genaue Festlegung des Punktes war im wesentlichen abhängig von der Preiselastizität der Nachfrage. Für den kapitalistischen Produzenten ist nun der auf diese Weise berechenbare Preis die einzige Richtschnur seines wirtschaftlichen Handelns. Dabei ist es gleichgültig, ob die bereits produzierte Warenmenge diesen günstigsten Verhältnissen entspricht oder nicht. Bevor der Monopolist den Preis unter die durch den Cournotschen Punkt gegebene Grenze zu senken bereit ist, wird er eher die "überflüssigen" Gebrauchswerte der Verknüpfung preisgeben. Ausschließlich der Profit und nicht etwa die Bedürfnisbefriedigung der Werktätigen ist das Ziel der kapitalistischen Produktion. Natürlich läßt sich die Preiselastizität der Nachfrage auch zur Erlangung einer genaueren Vorstellung vom Marktmechanismus ausnutzen. Diesbezüglich ist das Prinzip ebenfalls in der sozialistischen Ökonomie anwendbar. Die Wirkungsweise des Wertgesetzes von der Bedürfnisseite her, das heißt von der Seite der Nachfrage aus, kann mit Hilfe der Elastizität der Nachfrage näher beleuchtet werden. Ferner bietet die Anwendung des Koeffizienten der Preiselastizität die Möglichkeit, über eine entsprechende Preispolitik Angebot und Nachfrage zur Deckung zu bringen. Dadurch wird unter anderem vermieden, daß Gebrauchswerte, zu deren Herstellung gesellschaftliche Arbeit aufgewendet wurde, keinen Absatz finden. Die Anwendung von Preiselastizitätsrechnungen bildet also ein geeignetes Mittel zur Vermeidung von Disproportionen und Stauungen beim Absatz der Erzeugnisse. Die Produktion kann auf eine aus den verschiedensten Gründen mögliche Veränderung der Bedürfnisstruktur nicht sofort reagieren, und selbst die gewissenhafteste Absatz- und Bedarfsforschung dürfte nicht in der Lage sein, die von sehr vielen Faktoren abhängende Änderung in der Bedarfsstruktur lückenlos vorauszu- sehen. Es liegt darum nahe, den Absatz mancher Erzeugnisse durch ein kurzfristiges Anpassen der Preise an die jeweilige Marktsituation zu gewährleisten, wobei die Anwendung des Preiselastizitätsprinzips die dafür erforderliche neue Preishöhe berechenbar macht. Um das zu erreichen, genügt es bereits, den Preisen innerhalb bestimmter Grenzen eine gewisse Beweglichkeit zu gestatten. Im Sozialismus sind einer solchen Marktbeeinflussung über flexible Preise natürlich enge Grenzen gesetzt. Die Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsplanung schließen eine marktregulierende Funktion der Preise aus. Dennoch kann in manchen Fällen, beispielsweise bei plötzlichen Importen leicht verderbender Südfrüchte oder bei einem saisonal bedingten starken Angebot von bestimmten Konsumgütern, das Elastizitätsprinzip mit Erfolg ausgenutzt werden. Die Elastizitätskoeffizienten ermöglichen hier nämlich die Berechnung des Preises, der alle betreffenden Waren, die sonst möglicherweise verderben würden, zum Absatz und damit zur Konsumtion gelangen läßt.

Aus dem Gesagten kann man die Bedeutung einiger Cournotscher Theoreme für die sozialistische Ökonomie ersehen. Was die theoriegeschichtliche Einordnung Cournots betrifft, so muß allerdings festgestellt werden, daß Cournot kein Klassiker war. Er war aber ebenfalls kein Vulgärökonom und Apologet, wie beispielsweise sein französischer Zeitgenosse Bastiat, über den Marx in der bekannten kritischen und abfälligen Weise urteilte.

Marx hat Cournot an keiner Stelle seines Werkes erwähnt. Trotzdem scheint es gerechtfertigt, Cournot ähnlich wie James Stuart Mill einzustufen. Über Mill äußerte sich Marx folgendermaßen: "Zur Vermeidung von Mißverständnis bemerke ich, daß, wenn Männer wie J. St. Mill usw. wegen des Widerspruchs ihrer altökonomischen Dogmen und ihrer modernen Tendenzen zu rügen sind, es durchaus unrecht wäre, sie mit dem Troß der vulgärökonomischen Apologeten zusammenzuwerfen."² Die modernen Tendenzen, von denen Marx hier spricht, liegen, was Cournot betrifft, zweifellos in der Anwendung der Analysis auf ökonomische Phänomene. Die Art und Weise, in welcher diese Anwendung von Cournot vorgenommen wird, macht jedoch gleichzeitig dessen Erkenntnisstranke sowie sein prinzipielles Unverständnis für die entscheidenden Kategorien der politischen Ökonomie deutlich. Cournot kennt keine gesellschaftlichen Bedingungen der Warenproduktion und vermeidet eine Analyse der Wertkategorie. Alle gesellschaftlichen Verhältnisse kommen überhaupt nicht in seinen Horizont. Zwar hindert ihn das einerseits daran, den Preis der Ware als Geldausdruck des Wertes zu erkennen, läßt aber andererseits die Untersuchung der Wirkung von Angebot und Nachfrage auf die Höhe des Preises zu. Cournots intellektuelle Kraft, die von der Durchdringung des Wesentlichen nicht in Anspruch genommen ist, entfaltet sich bei der Erörterung des Unwesentlichen. Zwar hängt seine "quantitative Preistheorie" ohne die Grundlage einer Werttheorie in der Luft - Cournot selbst setzt ausdrücklich Preis gleich Wert -, aber dennoch oder gerade deswegen hat er bei der Untersuchung des quantitativen Verhältnisses von Angebot, Nachfrage und Preis wichtige Beziehungen festgestellt. Cournot ist schwach in den kurzen Abschnitten seines Buches, wo er die theoretischen Grundlagen ins Auge faßt, und er gewinnt Erkenntnisse, wo er die Oberflächenkategorie des Preises mit Hilfe seiner quantitativen Methode fixiert.

Cournot interessieren ausschließlich die Gesetzmäßigkeiten des Marktes. Diese Orientierung auf den Markt hatte aber zur Folge, daß er überhaupt kein Verständnis für die klassische Ökonomie zeigen konnte und daß er deren Arbeitswerttheorie völlig ignorieren mußte. Wenn also bei Cournot vom Wert die Rede ist, dann meint er lediglich den Tauschwert, woraus sich notwendigerweise die Cournotsche Reduktion des Reichtums auf Tauschwert ergibt. Cournot schreibt: "Der abstrakte Begriff des Reichtums oder des Tauschwertes ist ein bestimmter Begriff, der sich infolgedessen zu strengen Entwicklungen eignet und der wohl zu unterscheiden ist von Hilfsbegriffen, nämlich Nützlichkeit, Seltenheit, Eignung zu Bedürfnisbefriedigung und zum Genuß des Menschen... auf die man deshalb keine wissenschaftliche Theorie aufbauen könnte."³ Und er fährt dann fort: "Aus demselben Grund hat, wie man berichtet, die Holländische Compagnie auf den Inseln des Sundes einen Posten wertvoller Gewürze vernichtet... Jedenfalls ist das eine Tat von Gier, Selbstsucht, im offenkundigen Widerspruch mit den Interessen der Allgemeinheit; und trotzdem ist es klar, daß diese engherzige Handlungsweise, diese Vernichtung von Gütern tatsächlich Reichtum im kommerziellen Sinne des Wortes geschaffen hat."⁴ Eine Vernichtung von Reichtum findet demgegenüber seiner Meinung nach statt, wenn zum Beispiel die Neuauflage eines teuren Buches

2 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 638.

3 Cournot, Augustin, Untersuchungen über die mathematischen Grundlagen der Theorie des Reichtums, Jena 1924, S. 4.

4 Ebenda, S. 5.

den Preis senkt, so daß sich für den Verleger ein Verlust ergibt. "Hier haben wir also eine gewerbliche Unternehmung, eine greifbare Produktion, die dem Buchhändler, der sie unternahm, Nutzen brachte . . . , und doch liegt hier eine wahrhaftige Vernichtung von Reichtum im abstrakten und kommerziellen Sinne des Wortes vor."⁵ Das Unverständnis für den Wert sowie die einseitige Verbannung des Gebrauchswertes aus seiner Theorie führten Cournot also zu einer, wenn auch nicht gänzlich falschen, so doch einseitigen Definition des Reichtums. Er ist nicht in der Lage, den Begriff des gesellschaftlichen Reichtums richtig zu bestimmen, denn es steht außer allem Zweifel, daß im ersten Beispiel Reichtum zerstört und im zweiten Beispiel Reichtum geschaffen wird. Diesen Begriff Reichtum identifiziert Cournot mit der Kategorie Tauschwert. ("Wenn wir Theorie betreiben wollen, so müssen wir den Begriff Reichtum dem gleichsetzen, was wir im Begriff Tauschwert zusammenfassen."⁶) Der Tauschwert existiert aber bei Cournot ohne Wert, so daß der Weg zum Verständnis beider Kategorien prinzipiell verschüttet bleibt. Cournot kann das wirkliche Wesen des Wertes, dessen qualitative Seite, die Werts substanz nicht begreifen, und es beschäftigt ihn lediglich die quantitative Seite des Wertes, das heißt dessen Größe. Natürlich wird auch diese Wertgröße bei derartigen theoretischen Prämissen nicht richtig bestimmt. Da bei Cournot die Wertqualität, die gesellschaftliche Arbeit, nicht in Betracht kommt, gibt es für ihn überhaupt keine Substanz des Wertes. Bei Cournot sind darum alle Werte relativ. "Zusammenfassend läßt sich sagen: Es gibt nur relative Werte; andere suchen, heißt in Widerspruch mit der Begriffsbestimmung des Tauschwertes selbst geraten, der notwendigerweise ein Verhältnis zwischen zwei Größen ausdrückt."⁷ Wenn diese Behauptung - Relativität aller Werte - formal betrachtet eine richtige Feststellung ist, so ergibt eine nähere Untersuchung des Cournotschen Satzes, daß es sich hier nicht um die erste Analyse der Wertform in der Geschichte des ökonomischen Denkens, um eine Vorwegnahme Marxscher Erkenntnisse handelt. Relativ sind die Werte bei Cournot nicht etwa, weil jede Ware zum Ausdruck ihres Wertes einer anderen Ware bedarf, so daß sich jede Ware aus diesem Grunde in relativer Wertform befindet, sondern weil ein allen Waren Gemeinsames, nach welchem alle Waren gemessen werden, seiner Meinung nach überhaupt nicht vorhanden ist. Diese falsche Auffassung von der Relativität der Werte zwingt Cournot dazu, in der vielfältigen Warenwelt einen ruhenden Pol, eine Ware mit absolut konstantem Wert zu finden, worauf sich alle anderen Waren beziehen lassen, und er entscheidet sich für eine Hilfskonstruktion: "Aber wenn sich keine Ware mit den zu einer vollkommenen Konstanz erforderlichen Eigenschaften findet, so können und müssen wir eine bilden, die natürlich nur ein abstraktes Leben führt, die aber auch lediglich als Hilfsbegriff des Vergleichs zur Erleichterung theoretischer Erkenntnis dient, um in den Schlußsätzen ausgeschieden zu werden."⁸ Als diesen "fiktiven, festen Modulus" erkennt Cournot den Geldwert. Cournot schreibt: "Um solche Anwendungen brauchbar zu machen, käme man leicht von dem auf einen fiktiven, festen Modulus bezogenen Wert einer Ware auf den Geldwert."⁹

Cournot setzt nun aber ebenfalls Tauschwert gleich Preis. Das ergibt sich mit Notwendigkeit. Wenn, wie bei Cournot, dem Wert keine Werts substanz zugrunde

5 Ebenda, S. 6.

6 Ebenda, S. 2.

7 Ebenda, S. 17 f.

8 Ebenda, S. 19.

9 Ebenda, S. 21.

liegt, dann kann auch die Höhe des Tauschwertes nur durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden, das heißt die Kategorien Tauschwert und Preis fallen zwangsläufig zusammen. Dies ist die theoretische Grundlage seiner mathematischen Theorie des Preises. Cournots Theorie blieb zum Zeitpunkt ihres Erscheinens völlig unbekannt. Das änderte sich auch nicht, als Cournot etwas später eine zweite Auflage der "Recherches..." in verbaler Form herausgab. Er hatte geglaubt, die schwer zugängliche mathematische Sprache müsse die Ursache des Mißerfolges seines Werkes gewesen sein. Den eigentlichen, tieferen Grund für die Ignorierung des Buches konnte er nicht verstehen. Dieser ist darin zu sehen, daß zwar die Periode des klassischen bürgerlichen ökonomischen Denkens, das liberalistisch war, also auf dem Grundsatz des "laissez faire" beruhte, zu Ende ging, daß aber andererseits die Zeit monopolistischer Marktregulierung noch nicht gekommen war. Um es also ganz einfach zu sagen: Cournot war unzeitgemäß.

Im Anschluß an diese theoriegeschichtliche Einordnung Cournots soll nunmehr seine Preistheorie untersucht werden.

Das Gesetz der Nachfrage

Cournot geht davon aus, daß der Absatz einer Ware oder die jährlich nachgefragte Menge D (beide Größen decken sich) eine Funktion ihres Preises p ist:

$$D = F(p),$$

das heißt: Zu jeder Nachfrage D gehört ein ganz bestimmter Preis p . Cournot definiert diese Funktion genauer, indem er annimmt, daß es sich um eine kontinuierliche Funktion handeln soll, was besagt, daß jede kleinste Veränderung von p bereits ein geringes Steigen oder Fallen der Nachfrage nach sich zieht. Der Gesamtwert der jährlich abgesetzten Menge läßt sich angeben durch den Ausdruck

$$p \cdot F(p).$$

Es gibt nun einen Wert von p , überlegt Cournot, bei dem die Funktion $p \cdot F(p)$ ein Maximum wird. Mit steigendem p kann nämlich $p \cdot F(p)$ zunächst wachsen. Allerdings gilt dies nur bis zu einem gewissen Punkt, von dem ab die Funktion $p \cdot F(p)$ wieder abnimmt; denn wenn p eine bestimmte Größe überschritten hat, sinkt schließlich der Absatz so stark, daß sich dadurch auch der Gesamtwert der jährlich verkauften Menge verringert. Eine Preissteigerung Δp kann also das Produkt $p \cdot F(p)$ entweder vermehren oder vermindern, und man kann feststellen, ob $p + \Delta p$ diesseits oder jenseits des Punktes liegt, der $p \cdot F(p)$ maximiert. Das wird ausgedrückt durch:

$$\frac{\Delta D}{\Delta p} < \frac{D}{p} \quad \text{oder} \quad \frac{\Delta D}{\Delta p} > \frac{D}{p}.$$

Der Extremwert selbst ist gegeben durch die 1. Ableitung des Ausdrucks

$$p \cdot F(p)$$

$$F(p) + p \cdot F'(p) = 0 \quad (1).$$

Nun ist aus der Theorie der Extremwerte bekannt, daß durch die Gleichung (1) der Ausdruck $p \cdot F(p)$ entweder zum Maximum oder zum Minimum gemacht werden kann. Was im konkreten Fall vorliegt, wird festgestellt durch Bildung der 2. Ableitung. Um ein Minimum handelt es sich, wenn

$$2 F' (p) + p F'' (p) > 0.$$

Ein Maximum hingegen liegt vor, wenn

$$2 F' (p) + p F'' (p) < 0.$$

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen über das Verhältnis von Nachfrage und Preis, woraus sich Nachfragekurven für jede beliebige Ware entwickeln lassen, geht Cournot zur speziellen Behandlung dieses Verhältnisses, zunächst im Falle des Monopols, über.

Preisbildung im Falle des Monopols

Gesucht ist auch hier der Preis, der dem Unternehmer den höchsten Umsatz bzw. Gewinn verspricht. Cournots Ableitungen in diesem Zusammenhang befassen sich, wenn man einmal einen Terminus der modernen bürgerlichen Ökonomie gebrauchen will, mit dem sogenannten Angebotsmonopol. (Es wird sich auch weiterhin zeigen, daß die Cournotschen Untersuchungen von den modernen bürgerlichen Theoretikern inhaltlich voll anerkannt und jeweils nur unter neuen Begriffen zusammengefaßt werden.) Während beim sogenannten Nachfragemonopol ein "atomisiertes" Angebot, das heißt ein Angebot mehrerer miteinander konkurrierender Hersteller einem Nachfrager gegenübersteht, stellt sich demgegenüber beim Angebotsmonopol die "atomisierte" Nachfrage einem Anbieter entgegen. Dieser eine Anbieter, bei Cournot im Besitz einer Mineralquelle, kann jetzt zweifellos, kraft seiner Monopolstellung, den Literpreis des Wassers manipulieren. Entweder entschließt er sich, um einen möglichst großen Umsatz zu erreichen, zu einem hohen Preis und nimmt dafür in Kauf, daß sich die Absatzmenge verringert, oder er senkt den Preis, so daß dadurch die abgesetzte Menge erhöht wird, was den gesamten Umsatz ebenfalls vergrößern kann. Zwischen diesen beiden Möglichkeiten liegt irgendwo das Maximum, welches dem Heilquellenbesitzer den größten Umsatz bzw. das größte Einkommen garantiert. Dieses Maximum hängt aber, wie bereits bekannt, von der Natur der Funktion F ab, die ausdrückte, wie sich der Absatz bei bestimmten Preisen verhält, und die gegeben war durch die Gleichung (1) $F(p) + p \cdot F'(p) = 0$. Das in dieser Gleichung enthaltene p ist der Preis, der den Umsatz des Heilquellenbesitzers maximiert. Aus Gleichung (1) kann nun auch der Ausdruck $p \cdot F(p)$ entwickelt werden, und man erhält als das Maximum des Umsatzes:

$$F(p) + p \cdot F'(p) = 0 \quad (2)$$

$$F(p) = -p F'(p)$$

$$\frac{Fp}{-F'(p)} = p$$

$$p \cdot F(p) = \frac{[F(p)]^2}{-F'(p)}$$

Wenn für die Herstellung des Mineralwassers nun aber Rohstoffe und Arbeitsaufwand benötigt werden, dann muß nach Cournot der Besitzer der Heilquelle nicht mehr die Funktion $p \cdot F(p)$, sondern die Funktion

$$p \cdot F(p) - \varphi(D)$$

zum Maximum werden lassen, wobei $\varphi(D)$ die Kosten sind, die die Produktion von D Litern Wasser erheischt. Da jedoch die Nachfrage durch $D = F(p)$ eben-

falls von p abhängt, kann man auch schreiben

$$p \cdot F(p) - \varphi(p),$$

obgleich natürlich ursächlich die Produktionskosten an die Produktionsmenge D und nicht an den Preis p geknüpft sind. Der Monopolist wird jetzt, wo Kosten anfallen, nicht mehr nach dem höchsten Umsatz streben (bisher war Umsatz gleich Gewinn), sondern danach trachten, einen Preis festzusetzen, der den höchsten Gewinn garantiert. Dieser Preis läßt sich berechnen, wenn man die Ableitung der Gleichung

$$p \cdot F(p) - \varphi(D)$$

bildet. Man erhält dann:

$$D + \frac{dD}{dp} \left[p - \frac{d\varphi(D)}{dD} \right] = 0 \quad (3).$$

dD bedeutet darin die infinitesimale Zunahme der Produktion, und $d[\varphi(D)]$ ist die infinitesimale Zunahme der Kosten, im Falle einer solchen sehr kleinen Produktionssteigerung. Daraus ergibt sich, daß der Quotient $\frac{d[\varphi(D)]}{dD} = \varphi' D$ die Grenzkosten bezeichnet.

Cournot stößt also hier als erster auf die sogenannte Grenzkostenfunktion, die in der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie eine große Rolle spielt. Bei näherer Untersuchung erkennt er drei Möglichkeiten des Verhaltens der Grenzkosten im Falle steigenden Produktionsvolumens.

1. Cournot geht von dem Regelfall des Ertragszuwachses aus. Er ist der Meinung, daß in einem industriellen Unternehmen die Kosten im Verhältnis zur steigenden Produktion abnehmen, das heißt, daß $\varphi'(D)$ mit wachsendem D eine abnehmende Funktion ist.
2. Cournot gelangt zu der Auffassung, daß die Ausdehnung der Produktion über eine gewisse Grenze hinaus die Grenzkosten steigen läßt. (Die Funktion $\varphi'(D)$ steigt mit steigendem D .)
3. Cournot untersucht den Fall, der zwischen den beiden erstgenannten Möglichkeiten liegt, wo also die Grenzkosten bei steigendem Produktionsvolumen unverändert bleiben. Es vereinfacht sich dann $\varphi'(D)$ zu einer Konstanten, und Gleichung (3) geht über in die Form: $D + \frac{dD}{dp} (p - g) = 0$.

Man sieht, Cournot hat durchaus richtige Ansichten über das Verhalten der Kosten bei sich änderndem Produktionsvolumen entwickelt, die heutzutage von jedem Betriebswirt anerkannt und berücksichtigt werden. Diese Seite der Cournotschen Theorie soll uns hier jedoch nicht weiter beschäftigen.

Cournot stellt im Zusammenhang mit der Grenzkostenfunktion noch die Überlegung an, daß ein Unternehmer im Falle freier Konkurrenz (später kommt er auf den "unbeschränkten Wettbewerb" im einzelnen zurück) so lange mit der Erweiterung der Produktion fortfahren wird, solange noch

$$p > \frac{d[\varphi(D)]}{dD}.$$

Erst wenn $p = \frac{d[\varphi(D)]}{dD}$, das heißt, wenn die Grenzkosten dem Preis bzw. dem Grenzerlös gleich sind, bricht der Kapitalist die weitere Ausdehnung der Produktion ab.

Man stößt hier auf die interessante Tatsache, daß bereits bei Cournot, wie übrigens auch bei Thünen, Ansichten zu finden sind, die ausführlicher bei der Grenzproduktivitätstheorie entwickelt wurden,¹⁰ Die Grenzproduktivitätstheorie ihrerseits stammt von der Grenznutzenschule ab. Sie war ursprünglich ein Lösungsfall des grenznutzlerischen Zurechnungsproblems, hat aber dann in erster Linie als die bedeutendste bürgerliche Einkommenstheorie fungiert. In neuerer Zeit wurde sie schließlich ihrer subjektivistischen Fassung entkleidet und zu einer betriebswirtschaftlichen Theorie weiterentwickelt. (Bestimmung des betrieblichen Gewinnmaximums). Dabei traten neben den ursprünglichen Begriff - Grenzproduktivität - neue Begriffe, wie Grenzkosten und Grenzerlöse. Cournot hat mit der Grenznutzenschule nichts gemein, sondern verbannte im Gegenteil alle subjektiven Größen aus seiner Theorie. Das hat ihm eingetragen, daß er von den orthodoxen Grenznutzlern zunächst gemieden wurde. Gegenwärtig, wo von bürgerlichen Ökonomen in erster Linie die methodologischen Bestandteile der Grenznutzenschule verwendet werden (insbesondere das Marginalprinzip und sein mathematischer Ausdruck, der Differentialquotient), der ursprüngliche Hedonismus aber mehr und mehr zurückgedrängt wird, besinnt man sich auf Cournot. Cournot war von seiner Seite her auf Sätze gestoßen (der Preis ist bei freier Konkurrenz gleich den Grenzkosten, das Gewinnmaximum liegt im Schnittpunkt von Grenzkosten- und Grenzerlöskurve), die, theoriegeschichtlich betrachtet, ebenfalls eine Wurzel in der Grenznutzentheorie haben. Reichardt schreibt darum völlig zu Recht: "Der Cournotsche Ansatz führt geradezu zwangsweise zu den bedeutsamen Grenzgrößen wie z. B. den Grenzkosten."¹¹

Preisbildung im Falle des Oligopols

Cournot gelangt durch schrittweise Erweiterung seiner Gleichungen zu stets komplizierteren Ableitungen. Der Behandlung des Monopols, der "einfachsten" Marktform, folgt das Duopol als Spezialfall des Oligopols. Auch der Begriff Duopol stammt nicht von Cournot. Es handelt sich um einen Terminus technicus der modernen bürgerlichen Monopoltheorie. Er soll bezeichnen, daß nicht mehr ein, sondern jetzt zwei Anbieter einer "Atomisierten" Nachfrage gegenüberstehen. Aber bereits Cournot untersucht für diesen Fall die Frage: Welcher Preis ist erforderlich, damit der Umsatz bzw. der Gewinn des Unternehmers zum Maximum wird? Er setzt den Fall, daß es jetzt zwei Heilquellenbesitzer geben würde. Beide Quellen sollen gleiche Eigenschaften und eine ähnliche Lage zum Markt haben. Dementsprechend muß auch der Preis des Wassers p für jeden Quellenbesitzer der gleiche sein. Der Gesamtumsatz beider Quellen D setzt sich aber aus dem Absatz D_1 - Quelle (1) und dem Absatz D_2 - Quelle (2) zusammen ($D = D_1 + D_2$).

Als Einkünfte aus den beiden Quellen ergeben sich für die beiden Eigentümer dann jeweils $p \cdot D_1$ und $p \cdot D_2$, wenn man zunächst annimmt, daß für die Ausnutzung der Quellen keine Kosten anfallen. Jeder Eigentümer für sich wird nun dieses Einkommen möglichst groß machen wollen. Cournot betont die Worte "jeder für

10 Vgl. Toepel, Achim, Die Aussagefähigkeit betriebswirtschaftlicher Aspekte der Grenznutzentheorie. Untersucht am Beispiel der Wicksellschen Produktionsfunktionen, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität. Gesellschafts- u. sprachwissenschaftliche Reihe, Nr. 7, 1964.

11 Reichardt, Helmut, Augustin Cournot. Sein Beitrag zur exakten Wirtschaftswissenschaft, Tübingen 1954, S. 43.

sich", denn wenn sich beide Eigentümer verständigen würden, hätte man wiederum den bereits entwickelten Fall des Monopols vor sich. War bei Cournot bisher die Nachfrage eine Funktion des Preises $D = F(p)$, so wird jetzt umgekehrt der Preis als eine Funktion der Nachfrage behandelt: $p = F(D)$. Die Einkünfte der zwei Quellenbesitzer werden dann jeweils ausgedrückt durch:

$$D_1 f(D_1 + D_2) \quad \text{und} \quad D_2 f(D_1 + D_2).$$

Der Preis ist hier für jeden Quellenbesitzer also nicht nur eine Funktion seines eigenen Absatzes, sondern darüber hinaus auch eine Funktion des Absatzes seines Konkurrenten. (Es handelt sich also in beiden Fällen um die Funktion zweier Variabler.) Der Eigentümer (1) wird sich bei der Festlegung seines Absatzes, welcher ihm den höchsten Gewinn gewährleisten soll (hier ist zunächst Gewinn = Umsatz, da der Voraussetzung nach keine Kosten anfallen), nach der Absatzhöhe von Eigentümer (2) richten, während dieser hingegen bestrebt sein muß, seinen Absatz so zu wählen, daß er die Disposition von Eigentümer (1) berücksichtigt. Das heißt aber, daß D_1 bestimmt ist als Funktion D_2 ,

$$\frac{d [D_1 f(D_1 + D_2)]}{dD_1} = 0,$$

und daß umgekehrt D_2 bestimmt ist als Funktion von D_1 :

$$\frac{d [D_2 f(D_1 + D_2)]}{dD_2} = 0.$$

Die Werte von D_1 und D_2 , das heißt die Absatzmengen, die jedem der beiden Quellenbesitzer den höchsten Gewinn gewährleisten, lassen sich unter der Voraussetzung, daß $D_1 = D_2$, durch das Gleichungssystem

$$f(D_1 + D_2) + D_1 f'(D_1 + D_2) = 0,$$

$$f(D_1 + D_2) + D_2 f'(D_1 + D_2) = 0,$$

berechnen. Man kann dann aber auch den Wert von D ermitteln ($D_1 + D_2 = D$) und schließlich ebenfalls den Preis p bestimmen ($p = F(D)$), welcher jedem der beiden Eigentümer den höchstmöglichen Gewinn aus seiner Quelle garantiert.

Da nun jedoch der Voraussetzung nach bei Cournot beide Quellen gleiche Beschaffenheit und gleiche Lage aufweisen sollten, muß auch der mögliche Absatz aus beiden Quellen gleich groß sein ($D_1 = D_2$). In diesem Fall erhält man aus der Addition der beiden obigen Gleichungen:

$$2 f(D) + D f'(D) = 0,$$

was umgeformt ergibt:

$$2 p + D \frac{dp}{dD} = 0,$$

$$D + 2 p \frac{dD}{dp} = 0 \quad (4).$$

Der in dieser Gleichung (4) enthaltene Wert von p ist wiederum der Preis, der jedem der zwei Quellenbesitzer den höchsten Gewinn ermöglicht, allerdings unter der bereits genannten Voraussetzung, daß die abgesetzte Menge aus jeder der beiden Quellen die gleiche ist. Würden nun beide Quellen in derselben Hand vereinigt sein, so müßte sich nach Cournot ein Preis ergeben, der aus der

$$D + p \frac{dD}{dp} = 0 \quad (5)$$

bestimmt ist, für die man auch schreiben könnte

$$F(p) + p F'(p) = 0,$$

so daß also der Preis durch die schon untersuchten Bedingungen beim Monopol bestimmt wäre. Die Gleichung (5) - Monopol - steht damit der Gleichung (4) - Duopol - gegenüber, und es ergibt sich in beiden Fällen unter dem Gesichtspunkt der Gewinnmaximierung ein anderer Preis.

Wenn man berücksichtigt, daß der Koeffizient $\frac{dD}{dp}$ der beiden Gleichungen (4) und (5) immer negativ ist (bei infinitesimalem Produktionsanstieg muß der Preis der Produkte um eine sehr kleine Spanne sinken und umgekehrt), so läßt sich aus der Duopolgleichung (4) ein Preis errechnen, der niedriger ist als der Preis, der sich im Falle des Monopols (Gleichung 5) ergibt.

Dieser niedrigere Preis beim Duopol gegenüber dem Preis beim Monopol ist bei Cournot eine Folge der Konkurrenz, die sich die beiden "Anbieter" gegenseitig machen.

Der Behandlung des Monopols und des Duopols schließt sich bei Cournot eine Untersuchung der Preisbildung beim sogenannten Oligopol an. Nach der Definition in der gegenwärtigen bürgerlichen Literatur (auch der Begriff Oligopol ist neueren Datums und bei Cournot noch nicht zu finden) wird von einem Oligopol gesprochen, wenn nicht mehr zwei Anbieter, sondern mehrere Anbieter einer "atomisierten" Nachfrage gegenüberstehen. Cournot hat auch für die Preisbildung dieses Marktformtyps das mathematische Modell entwickelt.

Er untersucht den Fall, wo 3, 4, ... n Unternehmer unter sonst gleichen Umständen miteinander konkurrieren. Die Gleichung (4) geht dann der Reihe nach über in:

$$D + 3p \frac{dD}{dp} = 0, \quad D + 4p \frac{dD}{dp} = 0, \dots,$$

$$D + np \frac{dD}{dp} = 0.$$

Durch die Wahl seines Beispiels (reichlich sprudelnde Heilquelle) hatte Cournot bisher vorausgesetzt, daß keine Begrenzung der Produktionsmöglichkeiten die Unternehmer hinderte, die für die Maximierung des Gewinns günstigste Produktionshöhe auf den Markt zu werfen. Jetzt erweitert er diese Bedingung insofern, als er annimmt, daß zuzüglich der n Unternehmen, die sich in dieser Lage befinden, noch andere auftreten. Die Gesamtproduktion dieser Gruppe soll G sein. Cournot erhält zunächst n Gleichungen analog zu den zwei Gleichungen beim Duopol, denn auch hier muß jeder Unternehmer zwecks Erzielung des höchsten Gewinnes seine Absatzhöhe so festlegen, daß dabei die Absatzdispositionen aller anderen Produzenten mit berücksichtigt werden. Jede der entstehenden Funktionen ist damit jeweils eine Funktion mit n Variablen.

$$\frac{d \left[D_1 f(D_1 + D_2 + D_3 + \dots + D_n) \right]}{dD_1} = 0,$$

$$\frac{d \left[D_2 f(D_1 + D_2 + D_3 + \dots + D_n) \right]}{dD_2} = 0,$$

⋮

$$\frac{d \left[D_n f(D_1 + D_2 + D_3 + \dots + D_n) \right]}{dD_n} = 0.$$

Unter der Bedingung, daß auch hier wieder $D_1 = D_2 = \dots = D_n$ ist, erhält man nach der Differentiation der Gleichungen des Systems

$$f(D) + D_1 f'(D) = 0,$$

$$f(D) + D_2 f'(D) = 0,$$

⋮

$$f(D) + D_n f'(D) = 0,$$

(6)

deren Summe ausmacht:

$$n f(D) + n D_1 f'(D) = 0.$$

Jetzt tritt zu diesen n Unternehmen die Gruppe von Produzenten, deren Produktionshöhe begrenzt ist. Der gesamte Absatz beläuft sich dann auf $D = n D_1 + G$.

$n D_1 = D - G$, in die letzte Gleichung eingesetzt, ergibt:

$$n f(D) + (D - G) f'(D) = 0.$$

Nach der Division beider Seiten der Gleichung durch den Ausdruck $f'(D)$ bleibt übrig:

$$D - G + n p \frac{dD}{dp} = 0.$$

Der in dieser Gleichung enthaltene Wert von p ist der Preis, der den Gewinn eines Unternehmens maximiert. Damit ersetzt die soeben abgeleitete Gleichung für das Oligopol die Gleichung (4) - Duopol und die Gleichung (5) - Monopol.

Cournot erweitert die Betrachtung dann schließlich noch dadurch, daß er für die effektive Nutzbarmachung seiner Heilquellen Kosten entstehen läßt. Gleichungssystem (6) geht dann über in die Form:

$$f(D) + D_1 f'(D) - \varphi'_1(D_1) = 0,$$

$$\begin{aligned}
 f(D) + D_2 f'(D) - \varphi'_2(D_2) &= 0, & (7) \\
 \cdot & \\
 \cdot & \\
 \cdot & \\
 f(D) + D_n f'(D) - \varphi'_n(D_n) &= 0,
 \end{aligned}$$

wenn sich die Produktionskosten eines jeden Produzenten durch die Funktionen $\varphi_1(D_1)$, $\varphi_2(D_2)$... $\varphi_n(D_n)$ ausdrücken lassen.

Die Addition der Gleichungen (7) ergibt:

$$\begin{aligned}
 n f(D) + D f'(D) - \sum \varphi'_n(D_n) &= 0, \\
 \text{oder: } D + \frac{dD}{dp} \left[np - \sum \varphi'_n(D_n) \right] &= 0. & (8)
 \end{aligned}$$

Das ist die endgültige Gleichung für das Oligopol, die unter Berücksichtigung der Produktionskosten den Preis angibt, der den Gewinn des Unternehmers zum Maximum macht. Sie wird von Cournot verglichen, jetzt nicht mit Gleichung (4) - Duopol (ohne Berücksichtigung der Kosten) - oder mit Gleichung (5) - Monopol (ohne Berücksichtigung der Kosten) -, sondern mit der Gleichung (3):

$$D + \frac{dD}{dp} \left[p - \varphi'(D) \right] = 0. \quad (3)$$

In dieser Gleichung (3) ist bekanntlich der Preis enthalten, der im Falle des Monopols den Gewinn des Unternehmens maximiert, wobei die Kosten, die für diese Produktion anfallen, berücksichtigt sind. Die nicht uninteressanten Erwägungen, die Cournot im Zusammenhang mit diesem Vergleich anstellt, wollen jedoch zunächst noch aufgeschoben werden zugunsten einer kurzen Erörterung der Verhältnisse im Falle freier Konkurrenz.

Preisbildung im Falle freier Konkurrenz

Der Übergang vom Oligopol zur freien Konkurrenz ist nun nur noch ein kleiner Schritt. Der Zustand der freien Konkurrenz ist für Cournot in dem Augenblick erreicht, wo der Absatz jedes einzelnen Unternehmens D_k auf den gesamten Absatz $D = F(p)$ und natürlich erst recht auf dessen abgeleitete Größe $F'(p)$ keinen spürbaren Einfluß mehr hat. D_k wird in diesem Augenblick so klein, daß man es von D wegnehmen könnte, ohne daß dadurch der Warenpreis p merklich beeinflußt würde. In der Gleichung

$$D_k + \frac{dD}{dp} \left[p - \varphi'_k(D_k) \right] = 0$$

kann also der Ausdruck D_k vernachlässigt werden, so daß übrigbleibt:

$$p - \varphi'_k(D_k) = 0.$$

Das Gleichungssystem (7) geht unter dieser Bedingung über in die Form:

$$f(D) - \varphi'_1(D_1) = 0,$$

$$f(D) - \varphi'_2(D_2) = 0,$$

⋮

⋮

$$f(D) - \varphi'_n(D_n) = 0,$$

oder:

$$p - \varphi'_1(D_1) = 0,$$

$$p - \varphi'_2(D_2) = 0, \quad (9)$$

⋮

⋮

$$p - \varphi'_n(D_n) = 0,$$

dessen Summe ergibt:

$$np - \sum \varphi'_n(D_n) = 0. \quad (10)$$

Bei Cournot ist damit der Preis, der dem Unternehmer das Maximum des Gewinns im Zustand der Freien Konkurrenz gewährleistet, durch die Gleichung (10) gegeben. Die Gleichungen des Systems (9), verbunden mit

$$D_1 + D_2 + \dots + D_n = 0 \quad \text{und} \quad D = F(p),$$

machen dann neben der Unbekannten p auch die Werte für D_1, D_2, \dots, D_n berechenbar, denn es handelt sich um $n+1$ Gleichungen mit ebenso vielen Unbekannten. Man erhält also die Absatzmenge, die jeder einzelne Unternehmer D_1, D_2, \dots, D_n auf den Markt werfen muß, damit er seinen Gewinn maximiert.

Cournot betrachtet im Anschluß daran noch einmal die Grenzkostenfunktion $\varphi'_k(D_k)$ unter den Verhältnissen der freien Konkurrenz. Er kommt zu dem Ergebnis, daß bei freier Konkurrenz diese Funktion, im Falle der Erweiterung der Produktion, immer als wachsend angesehen werden muß, denn wenn umgekehrt die Grenzkosten bei sich erhöhender Produktion abnehmen würden, müßte entweder eine schrankenlose Ausdehnung der Produktion erfolgen oder aber die Monopolwirkung könnte nicht gänzlich aufgehört haben. Der mathematische Beweis hierzu zeigt erneut, wie rasch und übersichtlich die analytische Methode, von Cournot hier übrigens bestechend gehandhabt, zu Sätzen gelangt, die verballogisch nur ungleich mühevoller hätten gewonnen werden können. Ausgangspunkt bei Cournot ist die aus den Gleichungen des Systems (9) abzuleitende Tatsache, daß sich im Zustand freier Konkurrenz der Gewinn beläuft auf: Umsatz minus Produktionskosten, also

$$p - D_k \varphi'_k (D_k).$$

Differenziert man diesen Ausdruck nach D_k und berücksichtigt die zusätzliche Bedingung $\varphi'_k (D_k) = 0$, so erhält man

$$p - \varphi''_k (D_k) = 0,$$

$$p = \varphi''_k (D_k).$$

Cournot gelangt hier erneut zu seinem fundamentalen Satz, daß bei freier Konkurrenz der Preis den Grenzkosten gleich ist. Wird jetzt die zweite Ableitung gebildet, so weiß man aus der Theorie der Maxima und Minima, daß diese zweite Ableitung, da es sich bei der Ausgangsgleichung $p - \varphi'_k (D_k) = 0$ um ein Maximum handelt, notwendigerweise negativ sein muß. Es ergibt sich:

$$-\varphi''_k (D_k) > 0,$$

oder: $\varphi''_k (D_k) < 0,$

das heißt, der Differentialquotient der Grenzkosten hat einen positiven Wert. Das beweist aber die Cournotsche Behauptung, daß bei freier Konkurrenz die Grenzkostenfunktion eine steigende Funktion ist. (Das Unternehmen befindet sich in der Phase der Kostenprogression - mit zunehmender Produktion steigen die Kosten.)

Wäre das nicht der Fall, so müßte übrigens

$$p - D_k < \int_0^{D_k} \varphi'_k (D_k) d D_k$$

sein, was eben besagen würde, daß die Produzenten die Produktion unbegrenzt ausdehnen könnten oder aber daß eine Monopolwirkung vorliegen muß.

Natürlich lassen sich gegen die Cournotsche Darstellung immanente Einwendungen erheben. So tauchen mitunter sachliche Mängel in den Ableitungen auf. Bereits die Ausgangsfunktionen Cournots, die Preis-Absatz-Funktion, läßt sich anzweifeln. Sie braucht nicht, wie angenommen, nur einen Maximalpunkt zu haben, sondern es können mehrere Maxima und Minima auftreten. Auf dieses Problem weist Cournot allerdings selbst hin.¹² Auch die Voraussetzung $D_1 = D_2 \dots D_n$, die Cournot eine gefällige und übersichtliche Gegenüberstellung von Gleichung (4) und (5) bzw. Gleichung (3) und (8) gestattet, vereinfacht. Auf eine nähere

¹² Cournot, Augustin, a. a. O., S. 45.

Behandlung dieser und anderer immanenter Probleme sollte hier allerdings zugunsten einer generellen Beurteilung verzichtet werden.

Der sogenannte Cournotsche Punkt

Ein wichtiges Ergebnis der Cournotschen Monopolpreistheorie ist die Fixierung des sogenannten Cournotschen Punktes. Cournot wird zugesprochen, den günstigsten Preis für ein monopolistisches Unternehmen, im Hinblick auf die Maximierung des Gewinns, als erster mit mathematischer Exaktheit bestimmt zu haben. Der Monopolist steht bei ihm vor folgender Alternative: Entweder setzt er einen niedrigen Preis fest, vergrößert dadurch seinen möglichen Absatz und damit den erzielten gesamten Gewinn. Oder aber sein Gewinnstreben veranlaßt ihn zur Erhöhung des Preises, zwingt ihn dann allerdings, einen geringeren Absatz in Kauf zu nehmen. Irgendwo zwischen diesen beiden Möglichkeiten muß es einen Punkt (Preis) geben, der den Gewinn des Unternehmens maximiert.

Wie bereits bekannt, stellt das in Gleichung (3) enthaltene p diesen günstigsten Preis für das Monopol dar:

$$D + \frac{dD}{dp} \left[p - \varphi' (D) \right] = 0. \quad (3)$$

Ändert man darin die Grenzkostenfunktion $\varphi' (D)$ in eine Funktion $\psi (p)$ um, indem $D = F (p)$ in $\varphi' (D)$ eingesetzt wird -

$\varphi' (F (p)) = \psi (p)$, dann geht Gleichung (3) über in die Form:

$$p - \psi (p) = - \frac{F(p)}{F'(p)} .$$

Es ergeben sich zwei Kurven:

$$a) y = - \frac{F(p)}{F'(p)} ,$$

$$b) y = p - \psi (p) ,$$

wobei die Koordinaten des Schnittpunktes dieser zwei Kurven Preishöhe und Absatzmenge beim Monopol angeben. Der gewinngünstigste Punkt eines monopolistischen Unternehmens wird also erreicht, wenn die Differenz zwischen Preis und Grenzkosten ($p - \psi (p)$) dem Quotienten von Gesamtnachfrage und Änderung dieser Nachfrage im Falle infinitesimaler Preisänderung

$$\left(- \frac{F(p)}{F'(p)} = - \frac{D}{\frac{-dD}{dp}} = \frac{D}{p + \Delta p} \right)$$

gleich ist.

Man ersieht daraus, daß beim Monopol nicht mehr wie bei freier Konkurrenz die Grenzkosten dem Preise gleich sind, sondern daß jetzt der Preis die Größe der Grenzkosten übersteigt. Der monopolistische Unternehmer bricht seine Produktion bereits an einer Stelle ab, wo der Preis noch über den Grenzkosten liegt, wo ihm eine zusätzliche Produktion also noch Gewinn bringen würde und

den erreichbaren Gesamtgewinn noch vermehren könnte. Er verzichtet aber darauf, diese zusätzliche Produktion vorzunehmen, weil das erhöhte Angebot schließlich den Preis sinken ließe. Egoistisch handelnd begnügt er sich mit einem geringen Angebot, hält sein Angebot zurück, um auf diesem Wege einen höheren Preis und letzten Endes einen noch größeren Gesamtgewinn, als er auf dem Wege eines erhöhten Produktionsausstoßes erreichbar wäre, zu realisieren. Der Produzent bei freier Konkurrenz hingegen kann durch ein sehr kleines individuelles Angebot im Verhältnis zum Gesamtangebot den Preis nicht beeinflussen. Er steht also vor keiner solchen preisspekulativen Alternative wie der Monopolist und wird, wenn er wirtschaftlich handelt, seine Produktion solange ausdehnen, bis die Grenzkosten dem Preise gleich geworden sind. (Vergleiche dazu Preisbildung bei freier Konkurrenz, Gleichungssystem (9), worin diese Bedingung zum Ausdruck kommt.)

Cournot und die moderne bürgerliche Monopolpreistheorie

Der Einfluß der Cournotschen Theorie auf die gegenwärtige bürgerliche Ökonomie kann kurz behandelt werden. Das liegt darin begründet, daß auch die prominentesten Vertreter der modernen Monopolpreistheorie über Cournot nicht wesentlich hinausgekommen sind. Cournot ist sehr originell gewesen, und von seinen Entdeckungen wird auch heute noch Gebrauch gemacht. Hier sind besonders Schneider und Stackelberg zu nennen. Sie traten ungefähr zur gleichen Zeit mit ihren gegenwärtig als grundlegend angesehenen Werken zur Monopolpreisproblematik hervor.¹³ Jedoch man wird darin im Vergleich zu Cournot nichts grundlegend Neues finden können. Einen etwas anderen Anstrich hat lediglich die Darstellungsform erhalten, in welcher die Cournotschen Erkenntnisse dargestellt werden; die wesentlichen Gedanken sind unverkennbar den Cournotschen "Recherches..." entlehnt. Das läßt sich durch eine Gegenüberstellung Cournot-Stackelberg beweisen.

Ganz abgesehen davon, daß auch in den neuesten bürgerlichen preistheoretischen Arbeiten immer wieder vom Cournotschen Punkt gesprochen wird, wollen wir uns hier einmal der Beziehung Cournot - Stackelberg zuwenden. Stackelberg stellt sich die Aufgabe, den günstigsten Preis in jeder sogenannten Marktform zu entwickeln, der das Gleichgewicht der Wirtschaft gewährleisten soll. Zu diesem Zweck unterscheidet er zunächst mehrere Marktformtypen. Aber schon Cournot hat bekanntlich die Preisbildung in verschiedenen Marktformen analysiert, wemgleich der Terminus "Marktform" selbst von ihm noch nicht verwendet wurde. Stackelbergs Beitrag besteht hier lediglich darin, die von Cournot untersuchten drei Grundformen (Monopol, Duopol - Oligopol, freie Konkurrenz) durch Kombination untereinander auf neun Marktformtypen ausgeweitet zu haben.

Das analytische Verfahren zur unmittelbaren Feststellung des Preises bei jeder dieser Marktformen ist im großen und ganzen gesehen dasselbe wie bei Cournot.

In seinen "Grundlagen..." zum Beispiel beginnt Stackelberg ebenfalls mit der Erörterung der von Cournot entdeckten sogenannten Nachfragekurve.¹⁴ Sodann untersucht er die Preisbildung im Zustand freier Konkurrenz. Im Mittelpunkt

¹³ Vgl. Schneider, Erich, Reine Theorie monopolistischer Wirtschaftsformen, Tübingen 1932; Stackelberg, Heinrich v., Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Tübingen/Zürich 1951.

¹⁴ Stackelberg, Heinrich v., a. a. O., S. 164 ff.

steht hier die Entwicklung des bereits von Cournot her bekannten Satzes, daß bei freier Konkurrenz die Grenzkosten dem jeweiligen Preis gleich werden.¹⁵ Auch bei der Analyse des Monopolpreisproblems ist Cournot der Vater der Gedanken von Stackelberg. Allerdings gibt Stackelberg eine etwas andere Darstellung des sogenannten Cournotschen Punktes, wenn auch im Grunde genommen die Aussage die gleiche bleibt. Er unterscheidet zunächst das sogenannte Angebots- und Nachfragemonopol. (Bei Cournot kann dieser Unterscheidung zufolge nur vom Angebotsmonopol gesprochen werden.) Dem folgt die Preisbildung beim Angebotsmonopol.¹⁶ Ausgangspunkt ist auch hier das Streben des Monopolisten nach einem größtmöglichen Gewinn. Während bei freier Konkurrenz das Maximum des Gewinns erreicht wird, wenn die Grenzkosten dem Grenzerlös und damit dem Preis gleich sind, ist beim Monopol der Grenzerlös kleiner als der Preis. Nimmt nämlich die abgesetzte Menge um eine Einheit zu, so nimmt der Erlös zwar ebenfalls um den Wert dieser Einheit, also um den Preis zu, sinkt aber andererseits zugleich um das Produkt aus Preisrückgang und gesamter Absatzmenge. Das ist darauf zurückzuführen, daß beim Monopol die Höhe des Preises vom Angebot des monopolistischen Produzenten beeinflußt wird, während demgegenüber das Angebot eines Unternehmers im Falle freier Konkurrenz als so klein angesehen werden kann, daß er den Preis nicht mehr beeinflussen kann. Daraus ergibt sich, daß, wenn ein Monopol die Absatzmenge um eine Einheit erhöht, der Preis notwendig um einen gewissen Betrag abnehmen muß. Der Grad dieser wechselseitigen Abhängigkeit läßt sich durch die sogenannte Preiselastizität der Nachfrage bestimmen.

Die Elastizität der Nachfrage drückt das Verhältnis der prozentualen Änderung der nachgefragten Menge einer Ware zur dadurch bewirkten prozentualen Änderung des Preises aus. Der auf diesem Wege ermittelte Elastizitätskoeffizient der Nachfrage (ϵ) kann nun sein:

$$\epsilon = 1; \epsilon > 1; \epsilon < 1.$$

Im ersten Fall ($\epsilon = 1$), wo beide Prozentsätze gleich sind, nimmt der Erlös weder zu noch ab; Preis und Nachfrage verändern sich proportional. Ist jedoch $\epsilon > 1$, so steigt der Absatz schneller, als der Preis fällt, das heißt, die Nachfrage ist elastisch, während im umgekehrten Fall ($\epsilon < 1$) von unelastischer Nachfrage gesprochen wird. Bei einer Elastizität von 2 ist beispielsweise der prozentuale Mengenzuwachs doppelt so hoch wie der prozentuale Preisrückgang. Es ist dann aber auch die auf den Preisrückgang zurückzuführende Erlösminderung nur halb so groß wie der durch die Absatzsteigerung erzielte Erlöszuwachs. Der Gesamterlös wäre also dem halben Preis gleich. Ist die Elastizität 4, so beläuft sich der Rückgang des Erlöses nur auf ein Viertel des Erlöszuwachses, der Erlösrückgang beträgt also ein Viertel des Preises. Ganz allgemein kann darum gesagt werden, daß sich bei vergrößernder Elastizität der Grenzerlös dem Preise mehr und mehr nähert, so daß bei sehr großer Elastizität der Nachfrage die Bedingung der freien Konkurrenz - Grenzerlös = Preis - erreicht wird. Für das Monopol ergibt sich daraus, daß die Differenz zwischen Preis und Grenzerlös (F') dem Quotienten aus Preis und Preiselastizität gleich sein muß:

¹⁵ Ebenda, S. 167 ff.

¹⁶ Ebenda, S. 185 ff.

$$p - F' = \frac{p}{\epsilon} ,$$

oder:

$$F' = p - \frac{p}{\epsilon} .$$

Diese letzte Formel Stackelbergs drückt aus, um es noch einmal zu sagen, daß der Grenzerlös um so weniger vom Preis abweicht, je größer die Elastizität der Nachfrage ist.

Stackelberg formuliert nun seine Version vom Cournotschen Punkt. Sie lautet sinngemäß¹⁷: Der Monopolist realisiert den günstigsten Preis dann, wenn er seine Absatzmenge so bestimmt, daß die Differenz zwischen Preis und Grenzkosten ($\psi'(p)$) dem Quotienten aus Preis und Preiselastizität der Gesamtnachfrage gleich ist:

$$p - \psi'(p) = \frac{p}{\epsilon} .$$

Dem stand bei Cournot folgende Formel gegenüber:

$$p - \psi'(p) = \frac{D}{\frac{dD}{dp}} .$$

Der darin enthaltene Quotient $\frac{dD}{dp}$ sollte bekanntlich aussagen, daß bei einer ganz bestimmten Preishöhe, an einem ganz bestimmten Punkt der Nachfragekurve also, eine infinitesimale Preisänderung ebenfalls eine bestimmte infinitesimale Änderung der Nachfrage nach sich zieht. $\frac{dD}{dp}$ ist damit nichts anderes als Ausdruck für die Elastizität der Nachfrage. Das bedeutet aber, daß auch bei Cournot der gewinngünstigste Punkt eines monopolistischen Unternehmens von der Elastizität der Nachfrage abhängig ist. Die Formel Stackelbergs unterscheidet sich jedoch von der Formel Cournots aus folgendem Grunde: Cournot hat zwar schon das Wesen der Elastizität der Nachfrage mathematisch formuliert und bei der Ermittlung des Monopolpreises berücksichtigt, die Berechnung des Elastizitätskoeffizienten - prozentuale Preisänderung im Verhältnis zur prozentualen Mengenänderung - allerdings noch nicht vorgenommen. Daraus resultiert die etwas andere Formulierung dieses Punktes bei Cournot im Vergleich zu der von Stackelberg vorgenommenen Bestimmung, die man heute in der bürgerlichen Literatur allgemein antreffen kann.

Stackelbergs Behandlung der Preisbildung beim Duopol¹⁸ unterscheidet sich, obgleich auch hier weiter unterteilt wird und drei Typen des Duopols herausgestellt werden, ebenfalls von dem Vorgehen Cournot im Prinzip nur wenig. Es ist also die abschließende Feststellung berechtigt, daß trotz geringer Verschiedenheiten die Monopolpreistheorien von Stackelberg und Cournot im wesentlichen übereinstimmen, wie überhaupt die moderne bürgerliche Theorie zu diesem Gegenstand nichts entscheidend Neues mehr beigetragen hat.

¹⁷ Ebenda, S. 188.

¹⁸ Ebenda, S. 206 ff.

Investitions- und Rohstoffprobleme während der
sozialistischen Industrialisierung in den europäischen RGW-Ländern
in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre

von Michael Laschke

1. Inhalt und Hauptergebnisse der sozialistischen Industrialisierung
in den europäischen RGW-Ländern
2. Das Investitionsproblem in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre
3. Investitionsstrukturen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre
4. Das Rohstoffproblem in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre und
die Möglichkeiten seiner Lösung

1. Inhalt und Hauptergebnisse der sozialistischen Industrialisierung
in den europäischen RGW-Ländern

Während der Vorbereitung des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale schrieb Lenin 1920 in dem ursprünglichen Entwurf der Thesen zur Agrarfrage: "Der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus, die Festigung des Sozialismus kann erst dann als gesichert gelten, wenn die proletarische Staatsmacht, nachdem sie jeden Widerstand der Ausbeuter endgültig gebrochen und sich vollkommene Stabilität und völlige Unterordnung gesichert hat, die gesamte Industrie nach den Grundsätzen des kollektiven Großbetriebs und auf Grund der modernsten Errungenschaften der Technik (Elektrifizierung der gesamten Wirtschaft) reorganisiert."¹

Im Jahre 1921 formulierte Lenin im Zusammenhang mit der Konzipierung der Neuen Ökonomischen Politik nachdrücklich als entscheidende Aufgabe die Wiederherstellung der Produktivkräfte, "aber nicht auf der alten, armseligen Basis des Kleinbetriebes, sondern auf einer neuen Basis, auf der Basis der Großindustrie und der Elektrifizierung."² Damit waren wichtige Aussagen über Notwendigkeit und Inhalt der sozialistischen Industrialisierung getroffen, die sich im Verlaufe ihrer erstmaligen Verwirklichung in der Sowjetunion praktisch bewährten und in die theoretische Schatzkammer des Marxismus-Leninismus eingegangen sind. Sozialistische Industrialisierung - das ist der Prozeß, "in dem auf der Grundlage des allgemeinen Volkseigentums an den Produktionsmitteln eine maschinelle Großindustrie geschaffen wird, die in der Lage ist, alle Zweige der Volkswirt-

1 Lenin, W. I., Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1970, S. 149 f.

2 Derselbe, Über die Innen- und Außenpolitik der Republik, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 145.

schaft zu reorganisieren und das Land von einem Agrarland in ein Industrieland zu verwandeln."³

Auf der Grundlage der Bestimmung des Inhalts der sozialistischen Industrialisierung und gestützt auf die Hilfe und schöpferische Auswertung der Erfahrungen der UdSSR, konnten die Werktätigen der europäischen Länder, die nach dem zweiten Weltkrieg den Weg des Sozialismus beschrritten hatten und sich 1949 im RGW zusammenschlossen, in den fünfziger Jahren erfolgreich die sozialistische Industrialisierung durchzuführen,

In Ihrem Ergebnis war Anfang der sechziger Jahre eine Großindustrie entstanden und der in diesen Ländern am Beginn der Fünfziger Jahre vorhandene Widerspruch zwischen neuen Produktionsverhältnissen und zurückgebliebenen Produktivkräften im wesentlichen gelöst. Die Industrie hatte sich zum ökonomisch bestimmenden Zweig der Volkswirtschaft entwickelt und weitreichende Strukturveränderungen erfahren. Diejenigen Zweige, die den technischen Fortschritt wesentlich bestimmten, hatten ihren Anteil an der Industrieproduktion erhöht (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1

Anteil ausgewählter Zweige an der Industrieproduktion⁺

| Land | Maschinenbau und metallver- arbeitende In- dustrie | | Chemische Industrie | | Elektro- und Wärme- energieer- zeugung | |
|------|---|------|------------------------|------|---|------|
| | 1950 | 1960 | 1950 | 1960 | 1950 | 1960 |
| VRB | 7,8 | 12,4 | 1,2 | 3,8 | 1,8 | 2,0 |
| ČSSR | 20,8 | 24,5 | 4,1 ⁺⁺ | 4,2 | 2,7 | 2,8 |
| DDR | 24,0 | 32,7 | 12,3 ⁺⁺ | 13,0 | 1,1 | 1,6 |
| VRP | 9,2 | 19,7 | 4,7 ⁺⁺ | 7,4 | 2,0 | 2,1 |
| SRR | 13,3 | 24,3 | 3,5 ⁺⁺ | 6,6 | 1,9 | 2,5 |
| UVR | 24,5 | 25,1 | 4,9 ⁺⁺ | 4,4 | 3,1 | 4,2 |

⁺ Gesetzmäßigkeiten der intensiv erweiterten Reproduktion bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, T. 2, Berlin 1976, S. 636; Die europäischen sozialistischen Länder in Zahlen, Berlin 1960, S. 71-75; Morgenstern, Karl, Sozialistische Internationale Arbeitsteilung, Berlin 1972, S. 56.

⁺⁺ Einschließlich Gummi- und Asbestindustrie.

Die Industrialisierung hatte zu einer Erhöhung des technischen Niveaus der Produktion geführt (vgl. Tabelle 2). Ohne umfassende Hilfe der Sowjetunion und der relativ entwickelten Industriestaaten des RGW, ohne Entwicklung und Vervollkommnung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und Zusammenarbeit wäre das nicht möglich gewesen.

Tabelle 2

Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs der Arbeitsproduktivität
in der Industrie⁺
(in Prozent)

| Land | 1951-1955 | 1956-1960 |
|-------------------|-----------|-----------|
| UdSSR | 8,3 | 6,5 |
| DDR | 9,2 | 7,7 |
| ČSSR | 8,5 | 7,0 |
| VRP | 10,0 | 7,5 |
| UVR ⁺⁺ | 4,8 | 4,3 |

⁺ Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 2: Grundzüge und Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, Berlin 1968, S. 202; Statistisches Taschenbuch Ungarns, Budapest 1970, S. 142.

⁺⁺Nur staatliche Industrie.

In Rumänien erhöhte sich die Arbeitsproduktivität in der Industrie (1950 = 100 gesetzt) zwischen 1950 und 1960 auf 237 Prozent (1955 = 160).⁴ In Bulgarien stieg sie in der staatlichen und genossenschaftlichen Industrie von 100 Prozent 1948 auf 174 Prozent 1955, und 224 Prozent 1960.⁵

Der Strukturwandel in der materiell-technischen Basis der Gesellschaft vollzog sich in enger Wechselwirkung mit der Herausbildung der Arbeiterklasse zur führenden Klasse in Politik und Ökonomie der sozialistischen Länder. Das gilt auch für solche, wie die DDR und die ČSSR, die bereits Anfang der fünfziger Jahre über eine hochqualifizierte und zahlenmäßig starke Arbeiterklasse verfügten. Das soziale Wesen der sozialistischen Industrialisierung kommt gerade darin zum Ausdruck, daß sich dieser Prozeß bei gleichzeitiger Erhöhung der sozialen Sicherheit und einem wachsenden Lebensstandard vollzog, was sich vor allem in der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, in der Überwindung des Analphabetentums und im Anstieg der gesellschaftlichen und individuellen Konsumtion zeigte.⁶

Die grundlegende Umgestaltung der materiell-technischen Basis der Gesellschaft und die wachsende soziale Sicherheit der Werktätigen als einen einheitlichen Prozeß zu bewältigen verlangte die Schaffung bestimmter Investitionsstrukturen. Nicht von ungefähr bildete deshalb die Investitionspolitik in den fünfziger Jahren einen Schwerpunkt im politischen und ökonomischen Leben der RGW-Länder.

2. Das Investitionsproblem in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre

Der um die Wende von den vierzigern zu den fünfziger Jahren eingeleitete Industrialisierungsstart war mit einer hohen Investitionskonzentration innerhalb der

3 Lehrbuch Politische Ökonomie - Sozialismus, von einem Autorenkollektiv u. d. Leitung v. N. A. Zagolow, Berlin 1972, S. 68.

4 Statistisches Taschenbuch der Sozialistischen Republik Rumänien, Bukarest 1968, S. 122.

5 Ekonomika stran socialističeskogo lagerja v cifrach 1960 g., Moskau 1961, S. 101.

6 Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 1: Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, Berlin 1967, S. 450 ff.

Industrie verbunden. Von den Gesamtinvestitionen in der Industrie entfielen auf die Energie- und Brennstoffindustrie, die chemische Industrie, den Maschinenbau und die Metallverarbeitung, die Metallurgie und Baumaterialienindustrie in den Jahren 1950 und 1955 die Hauptmasse der Investitionsmittel (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3

Anteil ausgewählter Industriezweige an den Gesamtinvestitionen in der Industrie⁺
(in Prozent)

| Land | 1950 | 1955 |
|------|------|------|
| VRB | 76,0 | 80,2 |
| UVR | 90,5 | 81,0 |
| SRR | 82,0 | 80,2 |
| VRP | - | 83,9 |
| ČSSR | 66,9 | 78,4 |

⁺ Errechnet nach: Statističeskij ežegodnik stran-členov Soveta ékonomičeskoj vzaimopomošči, Moskau 1971, S. 155-159.

In der DDR wurden 1955 nach neueren Angaben 83,1 Prozent der Investitionen in der zentralgeleiteten Industrie für die Grundstoff- und die metallverarbeitende Industrie verausgabt.⁷ Andere Autoren verweisen darauf, daß von 1951 bis 1955 in der DDR zirka ein Drittel der staatlichen Investitionen für die Schwerindustrie ausgegeben wurden.⁸ Diese hohe Investitionskonzentration stellt sich als allgemeiner Charakterzug der Investitionspolitik in den fünfziger Jahren dar, wenn sie auch in der Zeit zwischen 1954 und 1956/57 gewissen Modifizierungen unterworfen war. Sie entsprach objektiven Entwicklungstendenzen von Wissenschaft, Technik und Produktion.

Bereits seit der Jahrhundertwende hatte sich eine rasche Entwicklung der Produktionsmittel produzierenden Bereiche abgezeichnet.⁹ Die Durchsetzung des elektrischen Einzelantriebs und der wachsende Anteil der Massenproduktion hatten die Struktur der Industrie verändert. Die Bedeutung der Chemie und der Elektrotechnik wuchs. Alle diese Prozesse hatten sich in den Jahren zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg in den ost- und südosteuropäischen kapitalistischen Staaten relativ langsam und stark differenziert vollzogen. Deshalb bildete die Investitionskonzentration in der Industrie eine Voraussetzung dafür, um den großen Rückstand in der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaften bzw. vorhandene Disproportionen schnell zu überwinden und zu beginnen, die

7 Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin 1978, S. 106.

8 Michael, H., Die Entwicklung der Volkswirtschaft in der Periode des ersten Fünfjahrplanes, in: Jahrbuch der DDR, Berlin 1956, S. 165.

9 Vergleiche dazu Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin 1974, S. 26 ff.

materiell-technische Basis des Sozialismus zu schaffen. Das wiederum erhöhte den Bedarf an Erzeugnissen der Schwerindustrie so rasch, daß mit dem Aufbau entsprechender Kapazitäten in allen Ländern begonnen werden mußte.

Für die Investitionspolitik war dabei von Bedeutung, daß sich die rasche Erhöhung der industriellen Produktion nicht überall in einer kontinuierlichen Zunahme des Nationaleinkommens niederschlug. Die verschiedenen Länder, hier seien Rumänien und Ungarn angeführt, wiesen sehr unterschiedliche Zuwachsraten auf (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4

Jährlicher Zuwachs des Nationaleinkommens⁺

| Jahr | SRR | UVR |
|------|--------|-------|
| 1950 | | + 21 |
| 1951 | + 30,6 | + 16 |
| 1952 | + 4,6 | - 2 |
| 1953 | + 15,4 | + 13 |
| 1954 | - 1,0 | - 5 |
| 1955 | + 23 | + 9,3 |

⁺Huber, Gerhard, Zur kennziffernmäßigen Bestimmung des ökonomischen Entwicklungsniveaus sozialistischer Länder, Diss. A Berlin 1965, S. 180.

Die Wachstumsraten drücken aus, daß sich diese Länder noch im ersten Stadium der Industrialisierung befinden. Es ist ein Stadium, das kontinuierliche Zuwachsraten des Nationaleinkommens offensichtlich noch nicht ermöglicht, weil die Gesamtstruktur der Volkswirtschaft noch immer zu stark von der Landwirtschaft bestimmt wird.

Die starken Rückgänge des Nationaleinkommens 1952 und 1954 in Ungarn und Rumänien waren durch erhebliche Mißernten in der Landwirtschaft mit verursacht worden. Der Anteil, den die Industrie zum Nationaleinkommen beitrug, erhöhte sich 1952 beispielsweise in Rumänien um 17 Prozent, das der Landwirtschaft sank um 14 %, in Ungarn stieg er um 18 Prozent in der Industrie, sank aber in der Landwirtschaft um 47,5 Prozent.¹⁰

Allerdings sind die Rückgänge zum Teil auch, und das besonders in Ungarn, auf eine Investitionspolitik zurückzuführen, die die natürlichen und historischen Bedingungen des Landes nicht genügend beachtete.¹¹

Die Hauptursache dafür lag in dem Bestreben, durch die vorrangige Entwicklung bestimmter Bereiche der Abteilung I der gesellschaftlichen Produktion möglichst rasch die materiell-technische Basis des Sozialismus zu schaffen. Das war mit der Entstehung von ökonomischen Problemen und Disproportionen verbunden, die

¹⁰ Huber, Gerhard, Zur kennziffernmäßigen Bestimmung des ökonomischen Entwicklungsniveaus sozialistischer Länder, Diss. A, Berlin 1965, S. 180.

¹¹ Uspenskij, A. A., *Ėkonomičeskaja istorija zarubežnych socialističeskich stran Evropy*, Moskau 1972, S. 139.

sich aus dem Charakter schwerindustrieller Investitionen ergaben und Wirkungen auch in bezug auf die kontinuierliche Erhöhung des Lebensniveaus zeigten.¹² Die Notwendigkeit, den aggressiven Zielen des Imperialismus entgegen treten zu können, verschärfte die Schwierigkeiten.

Die Überwindung dieser Disproportionen wurde bereits 1953 in Angriff genommen, indem die Produktion von Produktionsmitteln für die Landwirtschaft, die Konsumgüter produzierenden Zweige der Industrie und die Landwirtschaft selbst besonders gefördert wurden. Hauptmittel dazu waren das verstärkte Anknüpfen an die materiellen Interessen der Werktätigen und der kleinen Warenproduzenten¹³, Veränderungen in der Investitionspolitik¹⁴, und teilweise - zum Beispiel in Polen - wurden sogar Produktionskapazitäten der Verteidigungsindustrie für die Produktion langlebiger Marktartikel genutzt,¹⁵

Naturgemäß lassen sich jedoch Veränderungen in der Investitionspolitik nicht kurzfristig realisieren beziehungsweise können, wenn sie ein bestimmtes Ausmaß überschreiten, zu ungünstigen ökonomischen Auswirkungen führen. Die sozialistischen Länder standen folglich Mitte der fünfziger Jahre vor der Aufgabe, eine Investitionspolitik zu konzipieren, die die Überwindung der aufgetretenen Disproportionen und die Realisierung der neuen Tendenzen in der Entwicklung der Produktivkräfte sicherte und damit die Fortführung des Industrialisierungsprozesses gewährleistete.

3. Investitionsstrukturen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre

Rückschlüsse über den Verlauf des Industrialisierungsprozesses in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre sind zunächst durch eine allgemeine Analyse der Investitionen möglich. Dazu werden als erstes die Investitionen in der Zeit von 1950 bis 1960 betrachtet (vgl. Tabelle 5).

12 Vergleiche dazu Hoffmann, Frank/Laschke, Michael, Einige Fragen der Erforschung der sozialistischen Industrialisierung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, T. 4, S. 27 - 44.

13 Geschichte der SED, Abriß, Berlin 1978, S. 293.

14 Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei, Referate und Entschlüsseungen der 15. Tagung des ZK der SED, Berlin 1953, S. 43; Geschichte der SED, a.-a. O., S. 293; Weltgeschehen 1945 - 1966, Berlin-1967, S. 244.

15 Vgl. Irena Kostrowicka in: Polen, Warschau 1974, S. 284.

Tabelle 5

Wachstum der Investitionen in der Volkswirtschaft und der Industrie 1950 bis 1960[†]

| | | VRB | UVR | DDR | VRP | SRR | UdSSR | ČSSR |
|---------------------------|------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Volkswirtschaft gesamt | 1950 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| | 1955 | 185 100 | 105 100 | 225 100 | 170 100 | 231 100 | 178 100 | 158 100 |
| | 1960 | 367 197 | 195 185 | 446 198 | 259 152 | 438 189 | 329 184 | 293 185 |
| Industrie gesamt | 1950 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| | 1955 | 202 100 | 128 100 | 221 100 | 190 100 | 279 100 | 180 100 | 121 100 |
| | 1960 | 358 177 | 220 172 | 485 218 | 269 141 | 426 152 | 305 169 | 262 215 |

[†] Berechnet nach absoluten Angaben in: Statističeskije žegodnik stran-členov Soveta ékonomičeskoj vzaimopomošči, Moskau 1971, S. 141, 146.

Die Tabelle zeigt, daß in Ungarn, der DDR und Polen die Investitionen in der Industrie von 1950 bis 1960 schneller steigen als die in der gesamten Volkswirtschaft. In Bulgarien und Rumänien liegt die Wachstumsrate der Industrieinvestitionen leicht, in der UdSSR und ČSSR stärker unter der der Gesamtinvestitionen.

In zwei Fünfjahresabschnitte unterteilt, verändert sich das Bild jedoch. Von 1950 bis 1955 wachsen die Industrieinvestitionen in Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien und der UdSSR (hier allerdings stark abgeschwächt) schneller als die Investitionen in der gesamten Volkswirtschaft. In der ČSSR und in der DDR wachsen die Industrieinvestitionen langsamer.

Von 1955 bis 1960 kehrt sich das Verhältnis um. In den zuerst genannten Ländern verlangsamt sich das Tempo der Industrieinvestitionen gegenüber den Volkswirtschaftsinvestitionen, in der ČSSR und der DDR nimmt es zu.

Die Ursachen für diesen Umschlag sind in der unterschiedlichen industriellen Ausgangsbasis der einzelnen Länder zu suchen. Die DDR und die ČSSR orientieren sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre stärker darauf, die neuen Tendenzen bei der Entwicklung der Produktivkräfte zu verwirklichen.¹⁶

Hier begann die wissenschaftlich-technische Revolution, deren Wesen durch grundlegende Veränderungen der Produktivkräfte, des Charakters der Arbeit und der Stellung des Menschen im Produktionsprozeß charakterisiert ist.¹⁷ Zu ihren Hauptrichtungen zählen die erweiterte Verwendung der Elektroenergie, die friedliche Nutzung der Atomenergie, das Eindringen der Elektronik in die verschiedenen Bereiche der menschlichen Tätigkeit, die Verbesserung natürlicher und die Schaffung künstlicher Werkstoffe sowie die Erschließung des Kosmos.¹⁸

¹⁶ Für die Entwicklung in der DDR siehe Roesler, Jörg, a. a. O., S. 129 - 144.

¹⁷ Geschichte der SED, a. a. O., S. 432.

¹⁸ Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution, Eine historische Untersuchung, von einem Autorenkollektiv, Berlin 1972, S. 205.

In Bulgarien, Ungarn, Polen und Rumänien stand in diesen Jahren besonders die Aufgabe im Vordergrund, Probleme zu überwinden, die sich aus dem Zurückbleiben der Landwirtschaft, der Konsumgüterproduzierenden Zweige der Industrie, des Wohnungsbaus und des Dienstleistungssektors ergaben und zu einem zeitweiligen Rückgang des Industrialisierungstempos geführt hatten.¹⁹ Noch entscheidender ist - um die Probleme des Industrialisierungsverlaufs sichtbar zu machen - die Analyse der Investitionsentwicklung in den einzelnen Industriezweigen.

Zur Vereinfachung sollen für diese Betrachtung die Zweige in drei Gruppen gegliedert werden. Zur Gruppe I wurden die Energie- und Brennstoffindustrie, die chemische Industrie, der Maschinenbau und die Metallverarbeitung zusammengefaßt. Es sind die Industriezweige, die im wesentlichen Arbeitsmittel als die aktivsten Bestandteile der sachlichen Produktivkräfte der Gesellschaft produzieren. Zur Gruppe II zählen die Metallurgie und die Baumaterialienindustrie als Zweige, die im wesentlichen das Rohmaterial der Produktion zu beschaffen und aufzubereiten bzw. bestimmte Elemente der allgemeinen Arbeitsmittel zu sichern haben. Zur Gruppe III wurden die Leichtindustrie, die Textilindustrie und die Lebensmittelindustrie geordnet. Es sind Zweige, deren Produktionsergebnis außerordentlich stark vom Entwicklungsstand der Gruppe I und II abhängt und sich überwiegend als Konsumtionsmittel darstellt.

Die Veränderung der Investitionsanteile dieser Gruppen an den Industrieinvestitionen zeigt Tabelle 6.

¹⁹ Hoffmann, Frank/Laschke, Michael, a. a. O., S. 36 f.

Tabelle 6

Anteile der Investitionen ausgewählter Industriegruppen an den
Industrieinvestitionen insgesamt⁺
(in Prozent)

| | VRB | UVR | DDR | VRP | SRR | UdSSR | ČSSR |
|-------------------|---------------------|------------------|------|------|-------|---------------------|-------|
| Gruppe I | | | | | | | |
| 1950 | 68,5 | 69,94 | - | - | 69,19 | 60,2 | 48,76 |
| 1955 | 60,1 | 61,93 | - | 61,3 | 59,85 | 58,0 | 57,2 |
| 1960 | 45,4 | 65,9 | 71,1 | 56,3 | 58,3 | 51,2 | 53,3 |
| 1965 | 50,1 | 64,4 | 72,0 | 63,4 | 56,2 | 58,5 | 56,9 |
| Gruppe II | | | | | | | |
| 1950 | 7,5 | 20,6 | - | - | 12,9 | 13,0 ⁺⁺ | 18,2 |
| 1955 | 20,1 | 19,1 | - | 22,6 | 20,4 | 10,7 ⁺⁺ | 21,5 |
| 1960 | 24,2 | 18,4 | 10,3 | 20,0 | 13,4 | 17,1 ⁺⁺ | 26,4 |
| 1965 | 18,8 ⁺⁺ | 13,6 | 10,4 | 16,4 | 22,8 | 13,4 ⁺⁺ | 18,9 |
| Gruppe III | | | | | | | |
| 1950 | 14,0 ⁺⁺⁺ | 9,4 ^o | - | - | 16,9 | 17,0 ^{oo} | 23,7 |
| 1955 | 10,8 ⁺⁺⁺ | 18,4 | - | 14,9 | 18,6 | 28,0 ^{oo} | 11,1 |
| 1960 | 27,2 | 15,2 | 11,8 | 22,5 | 26,4 | 20,0 ^{ooo} | 12,9 |
| 1965 | 19,0 | 21,2 | 11,1 | 18,9 | 19,7 | 18,4 | 16,3 |

⁺ Errechnet nach: Statisteskij ežogodnik stran-členov Soveta ékonomičeskoj vzaimopomošči, Moskau 1971, S. 141, 146, 155-159; ebenda, Moskau 1975, S. 141, 147-151; Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin 1974, S. 47.

⁺⁺ Ohne Buntmetallurgie.

⁺⁺⁺ Ohne Zellulose- und Papierindustrie, Glas- und keramische Industrie, Konfektions- und polygrafische Industrie.

^o Ohne Glas- und keramische Industrie.

^{oo} Ohne Pelz- und polygrafische Industrie.

^{ooo} Ohne Pelzindustrie.

Obwohl die Angaben in Tabelle 6 die Investitionsverteilung nur für das jeweils ausgewiesene Jahr widerspiegeln, wird sichtbar: Zwischen 1955 und 1960 ist zu beobachten, daß in Bulgarien, Polen, Rumänien, der UdSSR und der ČSSR der Anteil der Gruppe I an den Industrieinvestitionen sinkt. In Ungarn steigt er an. Der Anteil der Gruppe II steigt in Bulgarien, der UdSSR und der ČSSR; er sinkt in Ungarn, Polen und Rumänien. Der Anteil der Gruppe III steigt in Bulgarien, Polen, Rumänien und der ČSSR, er sinkt in der UdSSR und in Ungarn.

Die Investitionspolitik verläuft also in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre außerordentlich differenziert. Sie sichert das Wachstum bestimmter materiell-technischer Voraussetzungen für den Fortschritt des Industrialisierungsprozesses, während andere zurückgelassen werden. Das wird noch deutlicher, wenn man einige Besonderheiten beachtet.

So verringert sich zwischen 1955 und 1960 in Polen die absolute Investitionssumme in der Schwarzmetallurgie von 3 520 Millionen Złoty auf 3 410 Millionen Złoty.²⁰ In der Buntmetallurgie Rumäniens geht sie von 565 Millionen Lei auf 480 Millionen Lei zurück.²¹ Die Investitionen in der Elektroenergie- und Wärmeenergieerzeugung Bulgariens vermindern sich von 73,6 Millionen Lewa auf 66,7 Millionen Lewa, während sie in der chemischen Industrie von 4,1 Millionen Lewa auf 24,8 Millionen Lewa ansteigen.²² Allerdings hatten sie dort 1950 bereits 14,1 Millionen Lewa betragen.²³ Eine ähnliche Erscheinung ist im ungarischen Maschinenbau und der Metallverarbeitung zu beobachten. Hier sinken die Investitionen von 1 961 Millionen Forint 1950 auf 1 007 Millionen Forint 1955, um dann wieder auf 2 897 Millionen Forint 1960 anzusteigen.²⁴

Innerhalb der Investitionen hatte sich auch das Verhältnis zwischen Bau- und Ausrüstungsanteil der Investitionen in den Jahren des Industrialisierungsstarts noch nicht grundsätzlich gewandelt. So resultierte in Ungarn von 1949 bis 1953 die Grundfondszunahme zu 84 Prozent aus der Bautätigkeit und zu 16 Prozent aus der Neuausstattung mit Maschinen, in Polen hatten die Bauaufwendungen von 1950 bis 1955 einen Anteil von 67,1 Prozent an den Gesamtinvestitionen der Volkswirtschaft.²⁵ In Bulgarien betrug dieser Anteil 1950 = 68,7 Prozent, in Rumänien 1950 = 50,4 Prozent, in der ČSSR 1950 = 62,8 Prozent.²⁶ Wie sich die Entwicklung des Bauanteils der Investitionen in den Jahren 1956 bis 1960 in der Volksrepublik Bulgarien, in der Sozialistischen Republik Rumänien und in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vollzog, zeigt Tabelle 7.

20 Statističeskij ežegodnik stran-členov Soveta ékonomičeskoj vzaimopomošči, Moskau 1971, S. 155.

21 Ebenda, S. 156.

22 1960 einschließlich Gummi- und Asbestindustrie.

23 Statističeskij ežegodnik stran-členov Soveta ékonomičeskoj vzaimopomošči, a. a. O., S. 156.

24 Ebenda.

25 Zusammengestellt nach Szakács, Sándor, Die wirtschaftliche Entwicklung der Ungarischen Volksrepublik, Berlin 1975, S. 29 = Studien zur Wirtschaftsgeschichte sozialistischer Länder, hg. Lothar Baar, Nr. 4; Kleines Statistisches Jahrbuch Polens 1972, Warschau 1972, S. 76.

26 Razvitie ékonomiki stran narodnoj demokratii, Moskau 1961, S. 10.

Tabelle 1

Bauanteil der Investitionen ausgewählter Länder⁺
(in Prozent)

| | 1955 | 1957 | 1958 | 1959 |
|------|------|------|------|------|
| VRB | 61,3 | 55,7 | 57,4 | 48,9 |
| SRR | 52,2 | 50,6 | 48,8 | 46,5 |
| ČSSR | 67,8 | 64,8 | 62,0 | 62,7 |

⁺Razvitie ekonomiki stran narodnoj demokratii, Moskau 1961, S. 10.

Für die Veränderungen, die die Investitionspolitik in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erfuhr, bestanden eine Reihe günstiger Voraussetzungen, weil sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern verstärkt hatte und der Gedanke der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung in allen Ländern aktive Befürworter fand.²⁷ Auf dem XX. Parteitag der KPdSU konnte festgestellt werden: "Ein überaus wichtiges Ereignis der verflossenen Periode besteht zugleich in der Festigung der Wirtschaftsbeziehungen und in der Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten. Zwischen den Ländern des Sozialismus wurden auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils Handelsbeziehungen hergestellt, technischer Erfahrungsaustausch, umfassende gegenseitige Hilfe und sachlich begründete Koordinierung der Volkswirtschaftspläne in die Wege geleitet."²⁸ Jörg Roesler bemerkt dazu, der XX. Parteitag der KPdSU sei von der bis dahin geltenden These abgerückt, daß jedes sozialistische Land alle Zweige der Wirtschaft und besonders der Industrie auszubauen habe. Damit sei die theoretische Grundlage dafür gelegt worden, die Überwindung noch vorhandener Disproportionen mit der weiteren Vertiefung der Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Ländern zu verbinden.²⁹ Wenngleich Roeslers Schlußfolgerung unbedingt zuzustimmen wäre, ist zu beachten, daß der Parteitag formulierte: "Heute ist es nicht mehr notwendig, daß jedes sozialistische Land unbedingt alle Zweige der Schwerindustrie entwickelt, wie das die Sowjetunion tun mußte, die lange Zeit das einzige Land des Sozialismus war und sich in kapitalistischer Umkreisung befand. Jetzt, da es einen mächtigen Freundschaftsbund der sozialistischen Länder gibt, deren Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit sich auf die industrielle Macht des gesamten sozialistischen Lagers stützen, kann sich jedes europäische Land der Volksdemokratie auf die Entwicklung jener Industriezweige, auf die Produktion jener Güter spezialisieren, für die es die günstigsten natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen besitzt. Das schafft zugleich die notwendigen Voraussetzungen, um bedeutende Mittel für die Entwicklung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie frei zu machen und auf dieser Grundlage die materiellen und kulturellen Bedürf-

27 Zur Herausbildung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung siehe Neumann, Gerd, Zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder (1949 - 1958), Diss. B, Berlin 1978, S. 196 ff.

28 Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, Berlin 1956, S. 8.

29 Roesler, Jörg, a. a. O., S. 137.

30 Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, a. a. O., S. 8 (Hervorhebung v. Verf.)

nisse der Völker immer vollständiger zu befriedigen." ³⁰

Mit der Formulierung dieser Erkenntnis waren zugleich wichtige Gesichtspunkte für die Weiterentwicklung der Theorie der sozialistischen Industrialisierung herausgearbeitet worden, ³¹ die zur Analyse der Ursachen für die differenzierter werdende Investitionsentwicklung ebenfalls herangezogen werden müssen.

Neben den bisher behandelten günstigen Voraussetzungen gab es auch eine Reihe äußerer Hemmnisse.

Die Tendenzen der internationalen Entspannung setzen sich 1956 nicht nur nicht fort, sondern schlagen in ihr Gegenteil um. 1956 wird die KPD verboten, in Frankreich kommt es nach dem Wahlsieg der KPF am 2. Januar 1956, die nunmehr mit 151 Abgeordneten in die Nationalversammlung einzieht ³², zu faschistischen Pogromen.

Die Vorschläge der sozialistischen Staaten zur Reduzierung der Rüstung werden abgelehnt. Obwohl die Mitgliedsstaaten des RGW seit 1955 ihre Truppen einseitig um 2 477 500 Mann und 1957 nochmals um 419 000 Mann sowie entsprechend die Technik und Militärausgaben reduzierten ³³, erhöhen die NATO-Staaten ihre Rüstungsausgaben von 1950 bis 1957 auf das Dreifache und geben insgesamt 400 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke aus. ³⁴

Die konterrevolutionären Ereignisse in Ungarn und die imperialistische Aggression gegen das Volk Ägyptens zwingen dazu, der Verteidigung des Sozialismus verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken ³⁵; sie führen zu Störungen im internationalen Wirtschaftsleben und beeinträchtigen vor allem die Rohstoffversorgung der Industrie.

4. Das Rostoffproblem in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre und die Möglichkeiten seiner Lösung

Die auch in den Jahren nach 1956 rege Investitionstätigkeit und die hohen Zuwachsraten der industriellen Produktion (sie liegen von 1956 bis 1959 zwischen 6 und 16 Prozent, wenn man den Rückgang in Ungarn, der durch die Konterrevolution verursacht wurde, nicht beachtet) ³⁶ erhöhten den absoluten Rohstoffbedarf, so daß trotz einer Steigerung der Produktion und des Imports von Rohstoffen der Bedarf der sozialistischen Länder an metallurgischen Produkten, Walzmaterial, Brennstoffen und anderen Rohstoffen nicht gedeckt werden konnte. ³⁷

³¹ Diesen Gedanken weiter zu verfolgen müßte einem speziellen Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen vorbehalten bleiben.

³² Unter dem Banner des proletarischen Internationalismus, Berlin 1960, S. 709 Anm. 37.

³³ Ebenda, S. 410, 417.

³⁴ Ebenda, S. 405.

³⁵ Geschichte der SED, a. a. O., S. 411.

³⁶ Die europäischen sozialistischen Länder in Zahlen, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1960, S. 61.

³⁷ Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 3: Arbeitsteilung und Standortverteilung der Produktion, Berlin 1968, S. 117.

Der Mangel an eigenen Rohstoffquellen mußte deshalb in einigen sozialistischen Ländern immer spürbarer werden, zumal bestimmte Teilziele der Produktion wichtiger Grundstoffe nicht erfüllt wurden. So wurde in Polen, dem Hauptlieferanten für Steinkohle, das Produktionsziel von 100 Millionen Tonnen Steinkohle im Jahre 1955 nur mit 94,5 Millionen Tonnen erfüllt, ³⁸

In Polen wurde der Plan für die Erzeugung von Elektroenergie, der für 1955 eine Produktion von 19,6 Milliarden Kilowattstunden vorgesehen hatte ³⁹, nur mit 17,8 Milliarden Kilowattstunden erfüllt, ⁴⁰ Auch in der DDR, der ČSSR und in Ungarn kam es zu einem Rückstand in der Elektroenergieversorgung. ⁴¹

Der Mangel an Rohstoffen und Elektroenergie führte zu Stilllegungen in der Produktion, insbesondere in den verarbeitenden Zweigen. Die Einsparung von Material gehörte deshalb bereits sehr zeitig zu den Wettbewerbszielen in den einzelnen sozialistischen Ländern. Der Hauptweg zur Lösung der Rohstoffprobleme der Volkswirtschaft konnte jedoch langfristig nur darin bestehen, den spezifischen Rohstoffbedarf zu verringern. Das ergibt sich aus den von Karl Marx entdeckten und durch Lenin weiterentwickelten Gesetzmäßigkeiten der erweiterten Reproduktion. ⁴² Voraussetzung dafür ist aber die strikte Beachtung der Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte sowie der in jedem Land gegebenen natürlichen, ökonomischen und sozialen Voraussetzungen der Produktionsentwicklung. In der ersten Phase der sozialistischen Industrialisierung war diese Voraussetzung nicht immer gegeben, so daß Produktionserhöhungen den Reproduktionsbedarf der Volkswirtschaften und damit die Rohstoffnachfrage überproportional steigern mußten.

Das hatte ungünstige ökonomische Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft, die sich für die ČSSR am deutlichsten nachweisen lassen.

In der ČSSR stiegen von 1955 bis 1963 die Industrieproduktion auf 191 Prozent, die Produktion im Maschinenbau und der Metallverarbeitung auf 231 Prozent, die der Schwarzmetallurgie dagegen nur auf 179 Prozent. Notwendigerweise mußte der Import von Rohstoffen und Erzeugnissen der Schwarzmetallurgie erheblich wachsen. Bei einer Steigerung des Rohstoffimports auf insgesamt 191 Prozent erhöhte sich die Einfuhr von Eisenerzen auf 230 Prozent. ⁴³

Die Erhöhung der Produktion von Schwarzmetallen blieb hinter der Produktionssteigerung im Maschinenbau und der Metallverarbeitung zurück. Daß dieses Zurückbleiben nicht primär aus der Senkung der Materialintensität in Maschinenbau und Metallverarbeitung resultierte, belegt der im gleichen Umfang wie die Pro-

38 Secomski, Grundzüge des Fünfjahrplanes 1956 - 1960 in Polen, Warschau 1968, S. 41.

39 Minc, B., Referat auf der V. Plenarsitzung des ZK der PVAP am 15. 7. 1950, Warschau 1950.

40 Secomski, a. a. O., S. 41.

41 Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 3, a. a. O., S. 142 f.

42 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 635; Bd. 2, in: ebenda, Bd. 24, Berlin 1963, S. 401, 510; Bd. 3, in: ebenda, Bd. 25, Berlin 1964, S. 87 ff.; Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1956; derselbe, Zur sogenannten Frage der Märkte, in: Werke, Bd. 1, Berlin 1974, S. 65 ff.

43 Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 3, a. a. O., S. 119.

duktion steigende Import - sowohl in der gesamten Industrie als auch im Maschinenbau. Insgesamt führte das dazu, daß sich der Anteil des Imports von Brennstoffen, Mineralstoffen und Metallen am Gesamtimport von 24,3 Prozent 1955 auf 27,7 Prozent 1960 erhöhte. Dieses Niveau wurde bis 1965 annähernd beibehalten (1964 = 27,6 Prozent, 1965 = 27,5 Prozent). Einige grundsätzliche Veränderungen traten erst 1966 bei einem Anteil von 24 Prozent auf, aber bereits 1967 erreichte dieser Import wieder 25,6 Prozent.⁴⁴

Im Zusammenhang damit sind auch die Wirkungen zu sehen, die sich in einigen sozialistischen Ländern daraus ergeben, daß das Zurückbleiben der Landwirtschaft die Entwicklung des Rohstoffproblems und den Verlauf des Industrialisierungsprozesses beeinflussen. Zwischen dem Entwicklungsstand der agrarischen Produktion und dem Industrialisierungstempo einer Volkswirtschaft gibt es enge Wechselbeziehungen. Das wurde von Hans Mottek bereits für die Industrielle Revolution nachgewiesen.⁴⁵ Auch in der Sowjetunion erzwang die fortschreitende Industrialisierung in den zwanziger Jahren eine Verstärkung des Prozesses der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft.⁴⁶ In den sozialistischen Ländern Europas, auch in der DDR, sollte sich diese Korrelation erneut zeigen.⁴⁷

Was den Zusammenhang zwischen sozialistischer Industrialisierung und Entwicklungsniveau der Landwirtschaft betrifft, war charakteristisch, daß der Industrialisierungsstart in den meisten Ländern unter den Bedingungen einer zurückgebliebenen Landwirtschaft erfolgte. Ihrem sozialökonomischen Inhalt nach stellte sie überwiegend einfache Warenproduktion dar. Der Einfluß des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft war zunächst gering. Das Produktions- und das Produktivitätsniveau waren niedrig. In einigen Ländern, so in Polen, der ČSSR und Rumänien, war das Vorkriegsniveau der landwirtschaftlichen Produktion sogar 1953/54 noch nicht erreicht, beziehungsweise wurden die Pläne nicht erfüllt.⁴⁸

Zur Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Volkswirtschaft war es deshalb notwendig, mit der sozialistischen Industrialisierung auch die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft in Angriff zu nehmen. Für diese sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft hatte Lenin, aufbauend auf den Erkenntnissen von Marx und Engels, die allgemeingültigen Prinzipien herausgearbeitet.⁴⁹

Die Notwendigkeit der sozialistischen Umgestaltung zeigte sich bereits Anfang der fünfziger Jahre, kurze Zeit nach dem Abschluß der Bodenreformen.⁵⁰

44 Tschechoslowakei, Statistische Übersicht, Prag 1969, S. 88.

45 Mottek, Hans, Wirtschaftsgechichte Deutschlands, Bd. 2: Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung, Berlin 1971, S. 76.

46 Berchin, Geschichte der UdSSR, Berlin 1971, S. 337.

47 Geschichte der SED, a. a. O., S. 277, 400.

48 Uspenskij, A. A., a. a. O., S. 54, 78.

49 Engels, Friedrich, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, in: Marx/Engels, Werke Bd. 22, Berlin 1963; Lenin, W. I., Rede auf dem I. Kongreß der landwirtschaftlichen Kommunen und Artels, in: Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 181 ff.; derselbe, Über das Genossenschaftswesen, in: ebenda, Bd. 33, Berlin 1962, S. 453 ff.

50 Vgl. dazu Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 1, a. a. O., S. 191 f.

Die im Ergebnis dieser Reformen entstandenen kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe konnten trotz steigender Produktion die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und den Bedarf der Industrie an landwirtschaftlichen Rohstoffen nicht mehr voll decken, während sie zugleich einen ökonomisch sinnvollen Maschineneinsatz und die Vertiefung von Arbeitsteilung und Spezialisierung - auch in der Landwirtschaft wichtige Bedingungen steigender Produktivität - erschwerten.⁵¹

Um diesen Widerspruch zu überwinden und eine einheitliche sozial-ökonomische Basis der sozialistischen Volkswirtschaft zu schaffen, mußte die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in Angriff genommen werden. Sie verlangte die Bereitstellung umfassender Investitionen für die Landwirtschaft, was vor allem bis 1954 nicht in allen betrachteten Ländern gesichert werden konnte.⁵²

Charakteristisch für die Jahre der Industrialisierung war deshalb auch, daß die Steigerung der pflanzlichen und tierischen Produktion unter den Bedingungen einer zurückbleibenden materiell-technischen Basis in der Landwirtschaft bei gleichzeitigem Abzug von Arbeitskräften erreicht werden mußte.⁵³

Die Probleme, die sich daraus für den Fortschritt der Industrialisierung ergaben, sollen am Beispiel Polens deutlich gemacht werden: Infolge des Zurückbleibens der Mechanisierung in der Landwirtschaft sowie äußerst ungünstiger Witterungsbedingungen sank Ende der fünfziger Jahre in Polen die Agrarproduktion. 1962 lag sie fast 7,8 Prozent unter dem Niveau von 1961. Das Defizit an Getreide wurde größer. Die Einfuhr allein von Futtergetreide stieg von 2,1 Millionen Tonnen 1960 auf 2,85 Millionen Tonnen 1963.⁵⁴

Diese Tatsache sowie die aufgetretenen Disproportionen zwischen tierischer und pflanzlicher Produktion wurden von W. Gomułka am 26. November 1962 zum Anlaß genommen, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. In dieser Erklärung wird der Zusammenhang von landwirtschaftlicher Produktion und industriellem Wachstum so direkt sichtbar, daß sie hier als "Schulbeispiel" zitiert werden soll. Gomułka sagte: "Die ungenügende Entwicklung unserer Landwirtschaft, insbesondere der Futtermittelbasis, und die damit verbundene Einfuhr von Getreide und Futtermitteln hemmt erheblich die Möglichkeit, die Industrieproduktion zu steigern und andere Zweige der Volkswirtschaft zu entwickeln.

Diese Tatsache verursacht nicht nur die Einschränkung der Einfuhr der für unsere Industrie notwendigen Rohstoffe, mit denen neue Mittel für den Ankauf zusätzlicher Getreide- und Futtermittelmengen erzielt würden, sondern auch, daß verschiedene Materialien ausgeführt werden müssen, die für unsere Produktion notwendig sind, vor allem Hüttenenerzeugnisse. Dadurch werden die Möglichkeiten des Produktionsanstiegs in unserer verarbeitenden Industrie, insbesondere im

51 Geschichte der SED, a. a. O., S. 277.

52 Vgl. Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 1, a. a. O., S. 212; Tomaszewski, Jerzy, Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik Polen, Berlin 1975, S. 36 f. = Studien zur Wirtschaftsgeschichte sozialistischer Länder, a. a. O., Nr. 2.

53 Ijudina, J./Oleinik, I., Strukturveränderungen in der Wirtschaft der sozialistischen Länder, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 2/1973, S. 116 f.

54 Gomułka, Władysław, Ausgewählte Reden und Aufsätze 1960 - 1963, Berlin 1965, S. 253 - 255.

Maschinenbau eingeschränkt. ... Das Tempo der Drosselung der Getreide- und Futtermittelnzufuhr hängt weitestgehend vom Tempo des Produktionszuwachses in den für die Landwirtschaft arbeitenden Industriezweigen ab. Das Niveau dieser Produktion, sowohl das gegenwärtige als auch das für 1965 geplante, ist durchaus unzureichend.

Um das Entwicklungstempo dieser Produktion zu beschleunigen und eine radikale Senkung der Getreidezufuhr in den nächsten Jahren zu gewährleisten, ist es notwendig, das Investitionsprogramm in diesen Industriezweigen schon in den Jahren 1964 und 1965 über die Zielsetzungen des Fünfjahrplanes hinaus zu erweitern und unabhängig davon die Produktions- und Investitionsaufgaben dieser Industriezweige für 1963 zu erhöhen.⁵⁵

Die Betrachtung dieser verschiedenen Seiten des Rohstoffproblems bestätigt die Feststellung der polnischen Wirtschaftshistorikerin Irena Kostrowicka, die die unzureichend entwickelte Rohstoffbasis am Ende der fünfziger Jahre als "Wachstumsbarriere" bezeichnet.⁵⁶

Zur Überwindung einer solchen "Barriere" boten sich für die sozialistischen Länder drei Möglichkeiten an, für deren Realisierung die Voraussetzungen allerdings unterschiedlich entwickelt waren. Die erste Möglichkeit bestand in der weiteren extensiven Ausdehnung der Rohstoffproduktion: Diese Variante stieß jedoch nicht nur, wie im Falle der DDR, auf die allmähliche Erschöpfung ökonomisch nutzbarer Lagerstätten bzw. die Verschlechterung ihrer geologischen Abbaubedingungen, sondern war zugleich mit schwer lösbaren Kapazitäts-, Arbeitskräfte- und Finanzierungsproblemen verbunden. Jede weitere Kapazitätsausdehnung im Rohstoffsektor auf extensivem Wege schloß die Gefahr eines erneuten Zurückbleibens bestimmter Bereiche der verarbeitenden Industrie und der Landwirtschaft ein. Das konnte jedoch nicht zugelassen werden, weil die ökonomischen Gesetze des Sozialismus eine systematische Erhöhung des Lebensniveaus der Werktätigen erforderten. Trotzdem wurde dieser erste Weg bei der weiteren Lösung des Rohstoffproblems nicht ausgeschlossen. Auf der XI. Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe 1959 in Tirana wurden Empfehlungen und Ziele zur Erhöhung der Rohstoffproduktion vorgesehen, die bis 1965 reichten und das nach 1960/61 zu beobachtende Steigen des Anteils der Abteilung I an der gesellschaftlichen Produktion mit erklären. So war vorgesehen, in den europäischen Ländern der Volksdemokratien bis 1965 die Produktion von Roheisen auf das 1,8fache, von Stahl und Walzstahl auf das 1,7fache, von Stahlrohren auf das 1,9fache zu erhöhen. Bis 1964 sollte der Grundstock für ein Energieverbundsystem der Länder gelegt werden.⁵⁷

Zweitens war die Möglichkeit des verstärkten Rohstoffimports gegeben, der jedoch, um eine ausgeglichene Zahlungsbilanz zu erreichen, mit einer Verstärkung der Exportkraft der Volkswirtschaft einhergehen mußte. Aber auch hierbei waren eine Reihe von Faktoren zu berücksichtigen. Einer Ausdehnung des Handels mit kapitalistischen Ländern stand noch immer das Embargo im Wege, das sich bereits in den Vorjahren negativ auf den Ost-West-Handel ausgewirkt hatte.⁵⁸

55 Ebenda. 56 In: Polen, a. a. O., S. 285.

57 Kommunique der XI. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 13. - 16. Mai in Tirana, in: Unter dem Banner des proletarischen Internationalismus, Dokumente, a. a. O., S. 622 f.

58 Vgl. Neumann, Gerd, Die Entwicklung des Ost-West-Handels, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 3., S. 11 - 29.

Nach 1956 verschärfen sich eine Reihe von Problemen auch dadurch, daß sich auf dem kapitalistischen Weltmarkt in den Jahren von 1956 bis 1961/62 die Preisrelationen veränderten. Das verschlechterte die Rentabilität des Außenhandels der sozialistischen Länder teilweise erheblich. So sanken zum Beispiel von 1956 bis 1962 die vom polnischen Außenhandel realisierten Preise für Baconspeck um 14,3 Prozent, für Butter um 29,7 Prozent, für Eier um 24,9 Prozent, für Zucker um 52,9 Prozent, für Kohle um 57,3 Prozent. Die Preise für Getreide sowie Maschinen und Ausrüstungen stiegen dagegen teilweise an.⁵⁹

Die Preisveränderungen führten in der Wirtschaft der sozialistischen Länder zu nicht unerheblichen Verlusten. Sie lagen in Polen 1958 gegenüber dem Stand von 1956 bei 297 Millionen Devisen-Złoty, 1959 bei 378 Millionen Devisen-Złoty, 1960 bei 486 Millionen Devisen-Złoty, 1961 bei 611 Millionen Devisen-Złoty. Die Preissenkungen und die Exportstruktur Polens bewirkten, daß der Import aus kapitalistischen Ländern für dieses Land um zirka 30 Prozent teurer geworden war.⁶⁰

Auch hörten die Versuche imperialistischer Regierungen nicht auf, mit der Störung von Handelsbeziehungen politische Konflikte zu schaffen. Das belegt die Kündigung des Handelsabkommens zwischen der DDR und der BRD zum 31. Dezember 1960 durch die Bundesregierung, die jedoch später wieder aufgehoben werden mußte.⁶¹ Aber auch einer Lösung allein über eine Vergrößerung des Rohstoffhandels innerhalb des RGW standen Hemmnisse entgegen. Obwohl insbesondere die Sowjetunion ihre Lieferungen erhöhte (vgl. Tabelle 8), waren bestimmte Kapazitätsschwierigkeiten in der extraktiven Industrie der rohstoffexportierenden Länder, die begrenzten Transportmöglichkeiten, die anwachsenden Umschlagszeiten und ähnliches nicht ohne weiteres zu überwinden.

Tabelle 8

Anteil der einzelnen Mitgliedsländer des RGW an den gegenseitigen Lieferungen von Roh-, Brenn- und Hilfsstoffen⁺
(in Prozent)

| Land | 1955 | 1964 |
|-------|------|------|
| UdSSR | 41 | 56 |
| VRP | 15 | 9 |
| VRB | 5 | 2 |
| UVR | 4 | 4 |
| MVR | 1 | 1 |
| DDR | 10 | 11 |
| ČSSR | 13 | 10 |
| SRR | 11 | 7 |

⁺ Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 3: Arbeitsteilung und Standortverteilung der Produktion, Berlin 1968, S. 124.

59 Gomułka, Władysław, a. a. O., S. 200, 258.

60 Ebenda, S. 258.

61 Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 673 f.

Die Überwindung des Rohstoffdefizits allein auf diesem Weg hätte immer stärker zu Lasten der UdSSR erfolgen müssen und letztlich eine Verletzung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus bedeutet.

Mit der Billigung der "Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" auf der Moskauer Beratung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe am 6. und 7. Juni 1962 und der Verabschiedung des "Komplexprogramms für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW" im Jahre 1971 wurde versucht, qualitativ neue Schritte bei der Sicherung des Rohstoffbedarfs zu gehen. Besonders seit 1971 entwickelte sich die Investitionsbeteiligung. Dazu hatte es schon 1962 erste Ansätze gegeben.⁶²

Bei der Erhöhung des gegenseitigen Rohstoffhandels ergaben sich auch deshalb Schwierigkeiten, weil die extraktiven Zweige sehr investitionsintensiv sind, Polen benötigte zum Beispiel Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre für einen Valuta-Rubel Exporterlös der entsprechenden Produkte folgende Investitionen⁶³:

| | |
|--|----------------|
| In der Maschinenproduktion von 56 Złoty, | |
| in der Kohleindustrie | von 187 Złoty, |
| in der Kupferförderung | von 522 Złoty. |

Während Rohstoffimporte die Zahlungsbilanz erheblich belasteten, erforderte die Erhöhung der Rohstoffexporte zunächst hohe Aufwendungen im Inland, die später nicht immer durch einen entsprechenden Exporterlös kompensiert wurden. Das hing insbesondere mit dem bestehenden Verrechnungssystem im RGW zusammen. Die vereinbarten stabilen Vertragspreise entsprachen nicht immer den Bedingungen zur Stimulierung einer effektiven Produktion. Auch das in dieser Zeit noch bestehende System der gegenseitigen Verrechnungen auf zweiseitiger Grundlage hemmte den Außenhandel insgesamt und damit die Lösung des Rohstoffproblems.⁶⁴ Diese Tatsache darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der Außenhandel zwischen den RGW-Ländern in den Jahren von 1950 bis 1960, nachdem die größten Schwierigkeiten der territorialen Umstrukturierung überwunden waren, erheblich erweiterte. Er wurde ein wichtiger Faktor des wirtschaftlichen Wachstums. Bei einer Steigerung des Welthandels von 1950 bis 1960 auf 207,95 Prozent wuchs der Anteil der RGW-Länder am Welthandel von 6,5 Prozent 1950 auf 10,1 Prozent 1960.⁶⁵

Drittens bestand die Möglichkeit, den wachsenden Rohstoffbedarf durch die Intensivierung der Produktion zu verringern. Diese Möglichkeit war eng an die Umsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gebunden.

62 Geschichte der SED, a. a. O., S. 437.

63 Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 3, a. a. O., S. 117.

64 Faddejew, N. W., Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Berlin 1975, S. 235.

65 Berechnet nach ebenda.

Obwohl bei der Realisierung dieser Möglichkeit eine Reihe von Fortschritten, zum Beispiel die Verringerung des Verbrauchs von Brennstoffen für die Erzeugung einer Kilowattstunde Elektroenergie⁶⁶, erreicht wurden, waren die Voraussetzungen für eine umfassende Intensivierung am Ende der fünfziger Jahre noch nicht ausreichend entwickelt. Neben dem in einzelnen Ländern aufgetretenen Investitionsmangel in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, der auf die oben dargelegten Ursachen zurückzuführen war und die Produktion von Produktionsinstrumenten erschwerte, wirkten sich auch das geringe technische Niveau einer Reihe von Maschinen und Anlagen sowie die ungünstige Struktur zwischen spanabhebenden und spanlos formenden Maschinen nachteilig aus.⁶⁷ Forderungen, diese Erscheinungen zu verändern, waren in den meisten sozialistischen Ländern bereits 1958 und 1959 im Zusammenhang mit der Aufstellung langfristiger Pläne und Programme bis 1965 und 1970 bzw. 1980 formuliert worden. Die Einleitung entsprechender Maßnahmen führte bereits in der ersten Hälfte der sechziger Jahre zu einer Verbesserung wissenschaftlich-technischer Kennziffern. So sank in der ČSSR zwischen 1960 und 1965 der Verbrauch von Steinkohle je Tonne Koks in den Kokereien von 1 399 Kilogramm auf 1 392 Kilogramm, der Verbrauch von Koks je Tonne Roheisen von 910 Kilogramm auf 738,7 Kilogramm, und der Metallausnutzungskoeffizient in den Graugießereien stieg von 66,2 Prozent auf 66,4 Prozent an.⁶⁸

Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre hatten sich jedoch nicht nur neue Anforderungen an die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts herausgebildet. Es waren zugleich neue Möglichkeiten entstanden, ihnen gerecht zu werden. Sie ergaben sich vor allem aus dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Beendigung der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die kommunistischen und Arbeiterparteien standen nunmehr vor der Notwendigkeit, Strategie und Taktik für die weitere Errichtung des Sozialismus auszuarbeiten. Objektiv war die Aufgabe herangereift, die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten.⁶⁹

66 Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 2: Grundzüge und Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, Berlin 1968, S. 72.

67 Ebenda, S. 61 f.

68 Tschechoslowakei, Statistische Übersicht 1971, Prag 1972, S. 72 f.

69 Geschichte der SED, a. a. O., S. 432.

Grundzüge der finanziellen Besatzungspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg¹

von Reinhold Zilch

Die verstärkte Zuwendung der marxistischen Historiographie zur Geschichte des Imperialismus, insbesondere die Erforschung der Ursachen und Entwicklung seiner allgemeinen Krise, führte in den sechziger Jahren zu einer intensiven Beschäftigung mit dem ersten Weltkrieg.² Bei der Untersuchung des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Politik fanden auch die wirtschaftlichen Probleme der deutschen Okkupationen Berücksichtigung. Zwar bieten die vielfältigen Belege in der dreibändigen Monographie "Deutschland im ersten Weltkrieg"³ Grundlegendes, aber es überwiegen noch die Forschungslücken. Die finanzielle Besatzungspolitik gehört zu den nahezu unbearbeiteten Themenkreisen.

- 1 Überarbeitete Fassung eines Beitrages, der gehalten wurde auf der Tagung des Arbeitskreises "Deutscher Imperialismus vor 1917" bei der Abteilung 1900 bis 1917 des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR zum Thema "Probleme der Dialektik von objektiven Gesetzmäßigkeiten und subjektiven Faktoren im Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik im deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis zum Ende des ersten Weltkrieges" v. 7. - 9. 11. 1978 in Schloß Reinhardsbrunn bei Gotha.
- 2 Eindrucksvoll belegen das Grimmen, Jutta/Heymann, Ilse, Der Deutsche Imperialismus bis 1917. Auswahlbibliographie der Veröffentlichungen aus sozialistischen Ländern (1960-1974), in: Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis 1917. Ergebnisse des Arbeitskreises "Deutscher Imperialismus vor 1917", hg. v. Willibald Gutsche, Berlin 1977 = Jahrbuch für Geschichte, Bd. 15, S. 347 ff. - Man vergleiche dazu die wenigen Nachweise bei Bernhard, Hans-Joachim/Fricke, Dieter, Forschungen zur Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung von 1900-1917, in: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm August 1960, Berlin 1960, S. 300 ff., bes. 317 f. = Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderheft 1960.
- 3 Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1; Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, v. einem Autorenkollektiv unter Leitung v. Fritz Klein, Berlin 1968; Bd. 2: Januar 1915 bis Oktober 1917, v. einem Autorenkollektiv unter Leitung v. Willibald Gutsche, Berlin 1968; Bd. 3: November 1917 bis November 1918, v. einem Autorenkollektiv unter Leitung v. Joachim Petzold, Berlin 1969.

Finanzhistorische Studien lassen in der Regel die Okkupationspolitik des deutschen Imperialismus unberücksichtigt.⁴ Eine Ausnahme bilden numismatische Arbeiten bzw. Kataloge⁵, auch wenn sie kaum wissenschaftliche Analysen enthalten, sondern zumeist rein deskriptiven Charakter besitzen.

Im Nachfolgenden sollen Grundzüge der finanziellen Besatzungspolitik des deutschen Imperialismus in den okkupierten Territorien dargestellt werden. Dabei geht es in erster Linie um die Beziehung zwischen der bis August 1914 von der deutschen Bourgeoisie als eine Art Dogma betrachteten Goldwährung und der tatsächlichen von ihr praktizierten finanziellen Besatzungspolitik. Es soll gezeigt werden, wie das Finanzkapital, durch Profitinteressen gezwungen, die Goldwährung der ökonomischen und politischen Realität anpaßte und dabei im Verlauf des Krieges auf finanziellem Gebiet flexiblere Formen der Herrschaft und der wirtschaftlichen Abhängigkeit der okkupierten Länder als lediglich offene, brutale Annexion anstrebte. Auch dies verdeutlicht Potenzen des Imperialismus, unter den Bedingungen seiner allgemeinen Krise in gewissem Maße neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragen zu können. In Deutschland bestand ebenso wie in allen anderen mit ihm kriegführenden Staaten vor Ausbruch des ersten Weltkrieges ein entwickeltes Goldwährungssystem. Immer zwingender verlangten aber aus dem Monopolisierungsprozeß resultierende Erscheinungen im Geld- und Kreditwesen sowie die durch den Imperialismus in Deutschland verursachte ungeheure Ausdehnung der Wirtschaft Modifizierungen mit der Tendenz zum Übergang von der Goldumlaufwährung zur Goldkernwährung⁶ und, perspektivisch gesehen, zum Papiergeld mit Zwangskurs.

Dieser Konsequenz war sich aber die Mehrheit der Bourgeoisie nicht bewußt - das Weiterbestehen der Goldwährung wurde von ihr nicht in Frage gestellt. So kam es vor 1914 nur zu einzelnen Modernisierungen unter dem übermächtigen

- 4 Vgl. u. a. Andexel, Ruth, Imperialismus - Staatsfinanzen, Rüstung, Krieg. Probleme der Rüstungsfinanzierung des deutschen Imperialismus, Berlin 1966 = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Bd. 25; Lanter, Max, Die Finanzierung des Krieges. Quellen, Methoden und Lösungen seit dem Mittelalter bis Ende des zweiten Weltkrieges 1939 bis 1945, Luzern 1950; Roesler, Konrad, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, Berlin(West) 1967 = Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Bd. 37; Ruedorffer, Robert Axel Frhr. v., Reichsbank und Darlehenskassen in der Kriegsfinanzierung 1914 - 18, Köln 1968 = Bankwirtschaftliche Sonderveröffentlichungen des Instituts für Bankwirtschaft und Bankrecht an der Universität zu Köln, Bd. 9.
- 5 Z. B. Koppatz, Jürgen, Zu den deutschen Okkupationsmünzen des 1. Weltkrieges, in: Numismatische Beiträge 1972, T. III, S. 24 ff.; Jaeger, Kurt/Haeveker, Ulrich, Die deutschen Banknoten seit 1871, 2. Aufl. Basel 1969.
- 6 Bei der Goldumlaufwährung zirkulieren die goldenen Währungsmünzen (Kurantmünzen), deren Metallwert dem Nennwert entspricht; bei der Goldkernwährung befinden sie sich einzig bei der Zentralnotenbank. Von dieser werden sie an Inländer nur unter bestimmten Voraussetzungen, in der Regel unter Zahlung eines Aufgeldes, abgegeben. Gold wird unter diesen Verhältnissen allein zur Zahlung aufgrund ausländischer Forderungen benutzt. Da es hierbei kaum um die Münzform, sondern schlechthin um Gold geht, also Barren benutzt werden können, verliert die Ausprägung immer mehr an Bedeutung.

Deshalb erschien es folgerichtig, daß die gesamte finanzielle Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus⁸ und alle Vorstellungen von einer zukünftigen Besatzungspolitik nicht nur von einem Weiterbestehen der Goldwährung ausgingen, sondern vielmehr auf deren Schutz gerichtet waren. Die Kosten des zukünftigen Krieges sollten die zu besiegenden Völker tragen.⁹ Zudem war die Mehrheit der deutschen Bourgeoisie davon überzeugt, daß nur ein kurzer Krieg mit relativ geringen Aufwendungen kommen werde. Hierbei dürfte man sich sogar mit der Ausgabe ungedeckten Geldes helfen: Die Feinde hätten auch zu einer etwa notwendigen Sanierung der deutschen Währung beizutragen. Berücksichtigt man dies nicht, erscheint die deutsche Kriegsfinanzpolitik allerdings als völliger Bruch mit den Verhältnissen vor August 1914. Die in ihr angewandten Mittel und Methoden erwachsen aber organisch aus den Vorkriegsgegebenheiten.

Die finanzielle Kriegsvorbereitung war der Strategie des Schlieffenplanes, der nur einen sehr kurzen Feldzug vorsah, angepaßt. Deshalb traten Fragen einer Besatzungspolitik, die die grundlegenden gesellschaftlichen Prozesse eines okkupierten Territoriums längere Zeit zu regeln hätte, weit in den Hintergrund.

7 Hier sind u. a. zu nennen das Gesetz, betreffend Änderung des Bankgesetzes vom 1. 6. 1909, das die Reichsbanknoten zum gesetzlichen Zahlungsmittel ab 1. 1. 1910 erklärte (Reichsgesetzblatt /im folgenden: RGBl. /, S. 515), sowie die sog. Entgoldung des Verkehrs. Darunter verstand man jenen durch das deutsche Zentralnoteninstitut geförderten Prozeß, den Goldmünzenumlauf zu verringern und das Währungsmetall in den eigenen Tresoren zu horten. Es versuchte, seiner durch das Bankgesetz v. 14. 3. 1875 (RGBl. /, S. 177) auferlegten Pflicht, jederzeit eigene Noten in Gold einzuwechseln, sowenig wie möglich nachzukommen. Dabei wurde es von anderen Staatsorganen, wie z. B. dem Reichsschatzamt (vgl. Zentrales Staatsarchiv Potsdam /im folgenden: ZStA /, Reichskanzlei /im folgenden: RK / 246, Bl. 61, Rundschreiben des RSA an alle Kassen v. 3. 2. 1906, Vertraulich /Ms. /) und der Post (vgl. Die Post und der Goldschatz der Reichsbank, in: Nachrichtenblatt für Reichsbankbeamte, Berlin, Nr. 10/1912-1913, S. 26), unterstützt, die ihm die in ihre Kassen gelangenden Währungsmünzen zuleiteten.

8 Vgl. Zilch, Reinhold, Reichsbank und finanzielle Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus 1907-1914, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1976 (Ms.).

9 Reparationen gehörten zu den Erfahrungen der deutschen Bourgeoisie aus dem Krieg von 1870/71. So war es nur folgerichtig, daß auch jetzt die Erpressung von Kontributionen Bestandteil des Bildes vom zukünftigen Krieg war. Generalfeldmarschall Alfred Graf v. Schlieffen, ehemaliger Chef des Generalstabes, erklärte 1912: "Wer zuerst zufaßt, Brüssel besetzt, einige Milliarden Kriegskontributionen auferlegt, hat die Vorhand." (Zit. nach Ritter, Gerhard, Der Schlieffenplan. Kritik eines Mythos, München 1956, S. 199.) - In der Leitung des Alldeutschen Verbandes wurden 1914 während der Juli-Krise 30 Milliarden "Kriegsentschädigung" von Frankreich gefordert (ZStA, Alldeutscher Verband 241, Bl. 139, v. Stössel an Claß, 26. 7. 1914, zit. nach Fischer, Fritz, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf, S. 657). - Der bayerische Finanzminister v. Breuning nannte den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag, den das Gesetz v. 3. 7. 1913 (RGBl. /, S. 505) verlangte, "eine antizipierte Kriegskontribution" (ZStA, Alldeutscher Verband 241, Bl. 139, v. Stössel an Claß, 26. 7. 1914, zit. nach Fischer, Fritz, a. a. O., S. 262). - Vgl. Roesler, Konrad, a. a. O., S. 33.

Das steht nicht im Widerspruch dazu, daß wichtige Kriegsziele des deutschen Imperialismus annexionistisch waren; es ging letzten Endes nicht um eine irgendwann zu beendende militärische Beherrschung und Ausbeutung, sondern um die Angliederung von Territorien an das Deutsche Reich bzw. um deren staatsrechtliche Abhängigkeit in dieser oder jener Form. Die finanzielle Zukunft jener Gebiete stand für die deutschen Militärs nie im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Sie waren sich mit der Reichsleitung darin einig, daß die Regelung dieser Angelegenheit eine Aufgabe nach dem Krieg sei, ein sogenanntes "Friedenswerk" - selbstverständlich Teil eines deutschen "Siegfriedens".

Untersucht man die finanzielle Besatzungspolitik während des ersten Weltkrieges, so kommt man zu folgenden Prinzipien:

1. das Prinzip der wirtschaftlichen Selbstversorgung aus dem besetzten Land;
2. das Prinzip der sogenannten wirtschaftlichen Vergeltung.

Nach deutscher Darstellung¹⁰ ging es dabei

- a) um das Zerschneiden der zahlreichen ökonomischen, speziell finanziellen Verbindungen des besetzten Landes mit dem feindlichen Ausland und
 - b) um Vergeltungsmaßnahmen im eigentlichen Sinne gegen das feindliche Kapital im Okkupationsgebiet.
3. das Prinzip der Nutzbarmachung der fremden Volkswirtschaft für die deutsche Kriegswirtschaft, und zwar von der reinen Ausplünderung bis hin zur Integration ganzer Gebiete oder Wirtschaftszweige in die deutsche Volkswirtschaft;
 4. das Prinzip der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit für Kriegskontributionen und spätere Reparationen.

Bei der Untersuchung der Besatzungspolitik des deutschen Imperialismus stellt man fest, daß es nie gelang, alle vier Grundsätze voll miteinander zu verbinden. Ständig kam es zu Interessenkonflikten. Die hieraus entstehenden Probleme zwangen den deutschen Imperialismus unter den spezifischen Bedingungen des Krieges, sich schnell der Lage anzupassen und aus Fehlern zu lernen. Die Erfahrungen eines Besatzungsgebietes wurden für die anderen genutzt - das belgische Beispiel wurde der Maßstab für die Okkupationspolitik in den anderen Territorien, nach denen das deutsche Kapital seine Hand ausstreckte.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse, auf die die deutsche Besatzungsmacht in den einzelnen Ländern stieß, waren sehr unterschiedlich. Das Spektrum reichte von Industriezentren, wie zum Beispiel in Belgien und Nordfrankreich, bis hin zu den wenig erschlossenen Territorien an der Westgrenze des Zarenreiches. Überall hatte der Krieg das wirtschaftliche Leben völlig gelähmt. In diesem Zusammenhang ist auf die großen Zerstörungen, die eine rücksichtslose deutsche Kriegführung verursachte, hinzuweisen.

Wie in Deutschland hatte auch in den Nachbarstaaten die Bevölkerung bei Ausbruch des Krieges Geld gehortet. Besonders die Goldstücke schwanden aus dem Verkehr, denn unter den Verhältnissen einer Edelmetallumlaufwährung herrschte ständig ein weit verbreitetes Mißtrauen gegenüber Papiergeld, dem "Goldzeichen",

¹⁰ Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung beim Generalgouverneur in Belgien. Abgeschlossen am 31. Dezember 1917. Nur für den Dienstgebrauch, o. O. 1918 S. 10 f.

wie es Marx nannte¹¹. In krisenhaften Zeiten führte diese Haltung dann zur Münzhortung¹². Der so entstehende große Zahlungsmittelmangel beeinträchtigte stark das Wirtschaftsleben und wurde zu einem Problem für die Besatzungsmacht.

Die Lähmung der Geldzirkulation sozusagen "von innen" her wurde durch "äußere", das heißt staatliche Eingriffe ergänzt. Sie sollten verhindern, daß dem deutschen Feind Geld in die Hände fiel. Schließlich kannte man die Raubgier aller Parteien in einem imperialistischen Eroberungskrieg.

In Belgien beschlagnahmten die deutschen Truppen zum Beispiel bei der Besetzung der Stadt Hasselt die Metall- und Notenvorräte der Filiale der belgischen Nationalbank.¹³ Deshalb wurden belgischerseits die anderen Bankdienststellen angewiesen, ihr Metall nach Antwerpen zu senden, denn man ahnte, was von deutscher Seite geplant war: Raub. Und tatsächlich: In einem Telegramm an den Reichskanzler nannte der Staatssekretär im Reichsamt des Innern am 21. August 1914 Zahlen aus dem letzten Ausweis der Nationalbank und schlußfolgerte: "Diese Forderungen würden in Brüssel als Hauptsitz der Bank beschlagnahmt und dem Reich zur Einziehung überwiesen werden können, wenn deutsche Militärbehörde die Stadt besetzt hat."¹⁴ Die Beute wurde aber verteilt, ehe man sie besaß; bereits einen Tag vorher hatte der belgische Finanzminister den Transfer des Schatzes zur Bank von England angeordnet.¹⁵

Die Handlungsweise des deutschen Militärs stieß jedoch auf Kritik sowohl von der Reichsleitung als auch Vertretern des Finanzkapitals. Am 2. September faßte das Reichsamt des Innern die Stellungnahmen aller beteiligten Ressorts dahingehend zusammen, daß ein Fehler gemacht worden wäre.¹⁶ Das belgische

- 11 "Das Papiergeld ist Goldzeichen oder Geldzeichen" (Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, 3. Aufl. Berlin 1968, S. 142).
- 12 Marx nennt die Münzhortung ein "Aufspeichern als In-Sicherheit-Bringen des Reichtums in seiner gediegenen Form vor den Wechselfällen der äußeren Welt, in welcher er vergraben werden kann, etc, ... Wiederholt sich bei allen panics, Kriegen etc in der bürgerlichen Gesellschaft, die dann in den barbarischen Zustand zurückfällt." (Derselbe, Ökonomische Manuskripte 1857/58, in: Marx-Engels-Gesamtausgabe /MEGA/, Abt. II, Bd. 1, Berlin 1976, S. 154.)
- 13 Shepherd, Henry L., The Monetary Experience of Belgium, 1914-1936, Princeton/London/Oxford 1936, S. 4; vgl. Anm. 16 des vorliegenden Beitrags.
- 14 ZStA, RK 2463, Bl. 12.
- 15 Shepherd, Henry L., a. a. O., S. 4.
- 16 "Belgische Nationalbank hat sich darüber beschwert, daß deutsche Truppenbefehlshaber bei Filiale Hasselt zwei Millionen und bei Filiale Lüttich fünf Millionen Francs beschlagnahmt haben; spanischer Botschafter hat deswegen namens belgischer Regierung förmlichen Protest erhoben. Generalstab hat auf Anfrage erklärt, daß ihm Rechtsgrund Beschlagnahme nicht bekannt sei, daß aber Bestände eingezogen werden könnten, weil Nationalbank wie deutsche Reichsbank kein reines Privatinstitut. Hier sind sämtliche beteiligten Ressorts darüber einig, daß belgische Nationalbank Privatbank, mithin Beschlagnahme und Einziehung ihrer Bestände nicht aufrechtzuerhalten. Reichsbank schließt sich dieser Auffassung an und weist darauf hin, daß in Mühlhausen (im Oberelsaß - R. Z.) französischer General Kassenbestand dortiger Reichsbankstelle respektiert habe. (Mühlhausen war v. 8. 8. -10. 8. 1914 sowie v. 19. 8. -25. 8. 1914 französisch besetzt - R. Z.) Gleiches Verfahren haben deutsche Truppen 1870 gegenüber Banque

Zentralnoteninstitut gründe sich gleich der deutschen Reichsbank auf Privatkapital¹⁷ und sei deshalb unantastbar. Damit wollte der deutsche Imperialismus den Schein wahren. Er gab vor, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung zu beachten, in der unter anderem festgelegt worden war: "Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden."¹⁸

Diese Haltung war aber nicht etwa auf Skrupel oder ein plötzlich erwachendes Rechtsbewußtsein zurückzuführen, sondern auf eigene Kapitalinteressen.

Karl Helfferich, Direktor der Deutschen Bank und intimer Kenner der Kapitalverflechtung mit dem Ausland, hatte die Reichsleitung gewarnt: "Angesichts der nach vielen Milliarden sich beziffernden Wertpapiere, die als Privateigentum des deutschen Publikums in London ... deponiert sind, ist es wichtig, daß auch von deutscher Seite zu einer Konfiskation des Privateigentums nicht geschritten wird, um den Engländern keine Veranlassung zu geben, die sehr viel bedeutenderen deutschen Werte, die in London liegen, ihrerseits zu konfiszieren."¹⁹

Wir haben es hier mit jener von Gutsche erwähnten "nachdrücklichen Vorstellung"²⁰ seitens deutscher Banken bei der Reichsleitung zu tun, von einer offiziellen Beschlagnahme feindlichen Privateigentums abzusehen. Die Regierung machte sich das schnell zu eigen,²¹ Die Uneinigkeit innerhalb der Monopolbourgeoisie sowie das Fehlen ökonomischer Zwänge, unbedingt auf diesem Wege die

de Francs eingeschlagen. Euer Exzellenz darf ich anheimstellen, daß Bestände deutscher Bankfilialen im feindlichen Ausland, insbesondere Bankdepots in England, von etwa drei Milliarden im Wege der Vergeltung gleichfalls eingezogen werden." (ZStA, RK 2463, Bl. 84/84 Rs, Telegramm des Staatssekretärs des Innern an den Reichskanzler, Nr. 46.)

- 17 Die Reichsbank arbeitete mit Privatkapital (1914 betrug das Grundkapital 180 Millionen M) als öffentlich-rechtliche Anstalt auf Aktienbasis, ausgestattet mit staatlichen Privilegien. Die Banque Nationale de Belgique arbeitete ebenfalls mit Privatkapital, das bei Kriegsausbruch 50 Millionen sfrs betrug. Zur rechtlichen Struktur vgl. Die Notenbanken der Welt unter besonderer Berücksichtigung der Veränderungen und Neugründungen in der Zeit von 1914-1925 und mit dem amtlichen Wortlaut der Notenbankgesetze in Deutschland, England, Frankreich, Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika (Federal Reserve Act), hg. v. K. Dierschke u. F. Müller, Bd. 1, Berlin 1926, S. 190 ff.
- 18 Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs, Anlage zum Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18. 10. 1907 (RGBl, Jg. 1910, S. 107). Vgl. Handbuch der Verträge 1871-1964. Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen, hg. v. Helmuth Stoecker u. Adolf Rüger, Berlin 1968, S. 109 ff.
- 19 ZStA, RK 2463, Bl. 63, "Kontrolle über Geldbewegung und Banken (maschinenschriftliches Exposé v. 28. 8. 1914). - Nach v. Lumm ein für den Kaiser angefertigtes Gutachten (vgl. Lumm, Karl v., Karl Helfferich als Währungspolitiker und Gelehrter, Leipzig 1926, S. 49). - Eine kritische Edition dieses Grundsatzdokuments deutscher finanzieller Besatzungspolitik befindet sich in Vorbereitung.
- 20 Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, a. a. O., S. 145.
- 21 Schon am 31. 8. 1914 entwarf Kurt Riezler ein in diesem Sinne gehaltenes Antwortschreiben des Reichskanzlers an August Thyssen (vgl. Gutsche, Willibald, Der Einfluß des Monopolkapitals auf die Entstehung der außenpolitischen Kon-

eigenen Ziele durchzusetzen, führten dazu, daß der deutsche Imperialismus scheinbar das Völkerrecht akzeptierte. Die von ihm in der Regel gewählte Form der Zwangsverwaltung unterschied sich jedoch in vielen Fällen nur graduell von einer tatsächlichen Enteignung.

Kommen wir wieder auf den Ausgangspunkt zurück: Die jeweiligen Nationalbanken waren im besetzten Gebiet handlungsunfähig, obwohl die Bevölkerung im Besitz des von ihnenemmittierten Geldes war und die Geldsysteme weiterbestanden. Wenn auch im Rahmen der unmittelbaren Kampfhandlungen die sogenannten Feldrequisitionen gang und gäbe waren und oftmals keine Requisitionsscheine ausgestellt wurden, sobald "geordnete" Verhältnisse herrschten, brauchte die Besatzungsmacht Geld, um die Truppe zu versorgen. In diesem Falle war ebenfalls nicht der Wille maßgebend, die Haager Landkriegsordnung respektieren zu wollen.²² Noch während der dem Kriegsausbruch unmittelbar vorangehenden Juli-Krise lehnte Generalstabschef Helmuth v. Moltke ausdrücklich jedwede Bezahlung in einem besetzten Belgien ab.²³ Aber weder mit guten Worten noch mit brutaler Gewalt konnten die Okkupanten, ihren Vorstellungen entsprechend, genügend Güter aus dem Land herauspressen. Einzig legale bare Zahlung vermochte hier Abhilfe zu schaffen.

Da die Beschlagnahme feindlichen Staatseigentums sowie eigene Devisenvorräte nur kurze Zeit halfen, verlangte man Kontributionen.²⁴ Sie brachten jedoch nicht

zeption der Regierung Bethmann Hollweg zu Beginn des Ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 5, 1971, S. 148).

22 Die Haager Landkriegsordnung bestimmte in Artikel 52: "Naturalleistungen und Dienstleistungen können von Gemeinden oder Einwohnern nur für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres gefordert werden . . . Die Naturalleistungen sind so viel wie möglich bar zu bezahlen. Anderenfalls sind dafür Empfangsbestätigungen auszustellen; die Zahlung der geschuldeten Summen soll möglichst bald bewirkt werden." (Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, in: RGBL., Jg. 1910, S. 107.) - Ein Rundschreiben des belgischen Innenministers Paul Berryer v. 4. 8. 1914 an alle Kommunalbehörden wies auf diese Rechtslage hin (abgedruckt in German Posters in Belgium. Their Value as Evidence. New Texts and Documents, hg. v. Henri Davignon, Edinburgh/New York/Paris 1918, S. 6). - Zahlenangaben über die z. B. August 1914 vom Kommunalverband Brüssel täglich zu liefernden Naturalien in: La Belgique sous la griffe allemandes (von x^{xxx}, Avocat près la cour d'appel de Bruxelles), Paris 1915, S. 7.

23 "Bei einer freundschaftlichen Haltung Belgiens ist Deutschland bereit, im Einverständnis mit den k. Belgischen Behörden alle Bedürfnisse seiner Truppen gegen Barzahlung anzukaufen und jeden Schaden zu ersetzen, der etwa durch deutsche Truppen verursacht werden könnte. Sollte Belgien den deutschen Truppen feindlich entgegnetreten, so wird Deutschland zu seinem Bedauern gezwungen werden, das Königreich als Feind zu betrachten. In diesem Falle würde Deutschland dem Königreich gegenüber keine Verpflichtungen übernehmen können". (Erlaß v. Jagows an v. Below v. 29. 7. 1914, Entwurf durch v. Moltke am 26. 7. 1914, zit. nach Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung, hg. v. Imanuel Geiss, Bd. 2, Hannover, S. 45, Dok. Nr. 439.)

24 Artikel 49: "Erhebt der Besetzende . . . Auflagen in Geld, so darf dies nur zur

die erwarteten Beträge²⁵, nicht nur wegen des Widerstandes der Bevölkerung, sondern auch wegen der großen Zahlungsmittelknappheit²⁶. Bares Geld war aber für den deutschen Imperialismus unabdingbar, um das Land ausbeuten zu können.

Deshalb gehörte es in den okkupierten Gebieten zu den ersten finanziellen Maßnahmen, den Zwangskurs für deutsches Geld anzuordnen, das heißt, dessen Umlaufgebiet wurde kraft Verordnung erweitert. Dies war die rechtliche Anerkennung der Tatsache, daß die Truppen viel eigene Valutá mit ins Land gebracht hatten. Geldzeichen, zur Vermittlung von Zahlungsakten in der deutschen Volkswirtschaft in Verkehr gesetzt, bekamen jetzt Funktionen in fremden Wirtschaftssystemen. Existierte nun in jeder nationalen Wirtschaft im Prinzip ein direkter Zusammenhang zwischen der Menge der zirkulierenden Geldzeichen und der Preissumme der Waren, so war dieser für das Geld der Okkupanten gestört. Verbunden mit dem Umstand, daß die Bevölkerung die fremden Zahlungsmittel aus patriotischen Gründen ablehnte und auch einfach deshalb, weil sie ihr unbekannt waren, entstand so für die deutsche Mark eine starke Unterbewertung. Das vergrößerte weiter den Geldbedarf in den Besatzungsgebieten - neben dem riesenhaften Ansteigen der schwebenden Schuld eine Ursache für die inflationistische Aufblähung des deutschen Geldumlaufs schon während des Krieges.

Um diesem zu begegnen, wurden in der Regel anfänglich Kurse dekretiert, die nicht dem tatsächlichen Austauschverhältnis zwischen den einzelnen Währungen und der deutschen Mark entsprachen, sondern letztere überbewerteten.²⁷ Der Versuch, auf diese Weise ökonomische Gesetze zu überlisten, gelang natürlich nicht. Trotz aller Anstrengungen der Besatzungsbehörden mußte eine Annäherung an die tatsächlichen Paritäten erfolgen.²⁸

Deckung der Bedürfnisse des Heeres oder der Verwaltung dieses Gebietes geschehen." (Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, in: RGBL., Jg. 1910, S. 107.)

25 Nach Baudhuin zahlte das Land insgesamt in 6 Raten 2 280 Mio bfrs; hinzu kamen 68 Mio bfrs Kontributionen der Städte sowie 20,8 Mio bfrs sonstige Zahlungen (Baudhuin, Fernand, Histoire Economique de la Belgique 1914-1939, Bd. 1: Grandeurs et Misères d'un Quart de Siècle, 2. Aufl. Brüssel 1946, S. 41 f.).

26 Vgl. Verwaltungsbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouverneurs in Belgien für die Zeit vom 14. bis 27. September 1914, Berlin 1915, S. 5. - Im Jahre 1918 schrieb man rückblickend: "Solange die Geld- und Kreditverhältnisse ... sich in völliger Unordnung befanden ... und großer Mangel an Zahlungsmitteln herrschte, konnte ... an eine Regelung der Kontributionen nicht gedacht werden." (Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung ..., a. a. O., S. 42.)

27 Die Münzparität zwischen Mark und belgischen Franken betrug 1 : 1,23457, der Kurs schwankte vor dem Krieg gewöhnlich in den Grenzen von 1 : 1,10 bis 1 : 1,15; in der Regel wurde der Franken mit 1 : 1,13 gehandelt (vgl. La Belgique sous la griffe allemandes, a. a. O., S. 43, 76 f.). Zu Beginn des Krieges legten Ortskommandanten hingegen Kurse bis 1 : 1,30 fest (vgl. das Faksimile einer Bekanntmachung des Stadtkommandanten von St.-Trond Oberstleutnant Bleyhoffer v. 6.9.1914, in German Posters ..., a. a. O., S. 78; vgl. S. 80).

28 Mit der Verordnung des Generalgouverneurs vom 3.10.1914 wurde ein Ver-

Der Zwangskurs hatte zur Folge, daß sich der Umlauf deutschen Geldes vergrößerte. Dies konnte nach anfänglich geäußerter Meinung "unbedenklich erscheinen", da die Länder "gleichsam ein zinsloses Darlehn an das Reich gewährten".²⁹ In dem Maße aber, wie die Inflationierung der deutschen Währung durch die ins Astronomische gehenden Kriegsausgaben zunahm, wurde ihr Abfluß in die Besatzungsgebiete³⁰ mit Unbehagen gesehen, denn die Reichsleitung und das deutsche Finanzkapital waren davon überzeugt, wieder zu einem stabilen Goldwährungssystem zurückkehren zu können. Jede Vermehrung des deutschen Papiergeldes mußte das erschweren.

Das Bankgesetz bestimmte, daß ein Drittel der Umlaufsumme als Goldreserve gehalten werden mußte, um die ständige Einlösbarkeit der Scheine zu gewährleisten.³¹ Da im August 1914 andere Werte dem Gold gleichgestellt worden waren,³² wurde die Möglichkeit einer stabilen und soliden Deckung zum entscheidenden Moment, ob nach Kriegsende wieder eine Goldumlaufwährung bestehen könnte.

Objektiv wurden mit der Währungsgesetzgebung von August 1914 die rechtlichen Grundlagen der deutschen Goldwährung beseitigt. Das war aber keine bewußte Aktion des Monopolkapitals zu dem Zweck, sich freie Bahn für eine spätere Inflation zu schaffen. Natürlich wurden die entscheidenden Weichen gestellt, um so eine gigantische Umverteilung des Nationaleinkommens zur Abwälzung der

hältnis von 1 : 1,25 bestimmt (vgl. Anm. 27). Vgl. den Wortlaut in Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung, a. a. O., S. 62, und ein Faksimile in German Posters..., a. a. O., S. 78. Die Verordnung v. 15. 11. 1914 wies nochmals ausdrücklich auf die Einhaltung dieser Bestimmung hin (vgl. Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung, a. a. O., S. 62).

29 Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung, a. a. O., S. 26.

30 Belgien präsentierte Deutschland nach dem Krieg 6,1 Milliarden M. Das Reich erkannte davon nur 4 Milliarden an mit der Begründung: die Differenz sei nach dem Waffenstillstand von Spekulanten über Drittländer eingeschleust worden. - Vgl. Young, John Parke, European Currency and Finance-Commission of Gold and Silver Inquiry. United States Senate, pursuant to s. res. 469, 67th Congress, 4th Session, creating the Commission of Gold and Silver Inquiry, Serial 9, Bd. 2; Foreign Currency an Exchange Investigation, Washington 1925, S. 35; Shepherd, Henry L., a. a. O., S. 11.

31 vom 14. 3. 1875 (RGBl., S. 177).

32 Dem Gold wurden Reichsschatzwechsel, d. h. kurzfristige Schuldverschreibungen des Reichs sowie Darlehenskassenscheine gleichgestellt. - Am 4. 8. 1914 wurden folgende für das deutsche Währungssystem wichtigen Bestimmungen erlassen: Gesetz, betreffend die Reichskassenscheine und die Banknoten (RGBl., S. 526), betreffend Änderung des Münzgesetzes (ebenda, S. 327), betreffend die Änderung des Bankgesetzes (ebenda, S. 327), betreffend die Ergänzung der Reichsschuldenordnung (ebenda, S. 340). - Die neuen Rechtsvorschriften bildeten ein "in sich zusammenhängendes Ganzes" (Die Reichsbank in den ersten drei Kriegsmonaten, Berlin 1914, S. 3). - Zur Einschätzung aus marxistischer Sicht vgl. Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, 2. Aufl., Berlin 1975, S. 137.

Kriegskosten auf freigestellte Schichten des Volkes vornehmen zu können.³³ Dennoch stand den Verantwortlichen während des Krieges nichts ferner, als nicht zum Bewährten zurückzukehren.

Jede Mark, die im okkupierten Territorium umlief und bei Friedensschluß mit hoher Wahrscheinlichkeit nach Deutschland zurückkehren würde, vergrößerte den ohnehin schon vorhandenen Papiergeldüberhang, das heißt verschlechterte das Deckungsverhältnis. Deshalb gehörte es zu den Grundprinzipien deutscher finanzieller Kriegführung, die Zirkulation des eigenen Geldes außerhalb der Grenzen zu vermindern. Das hatte auch den erwünschten Nebeneffekt, der Entwertung der deutschen Valuta auf den neutralen Märkten, die den ohnehin stark geschädigten Außenhandel beeinträchtigte, entgegenzuwirken. Von den verschiedenen zur Rückführung der Markbestände angewandten Methoden sind zu nennen:

- Zahlungsverbote de jure und de facto,³⁴
- Verbot eines Effekttentransfers,³⁵
- Überweisungen von Besatzungsdienststellen sowie der Feldkassen,³⁶
- Transferierungen durch Emissionsinstitute,³⁷
- Druck auf ausländische Schuldner, in deutscher Valuta zu zahlen,³⁸ und nicht zuletzt
- Zahlung von Kontributionen in Mark³⁹.

33 Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, a. a. O., formulierten: "Während diese Aufhebung (der Goldeinlösepflicht der Reichsbank - R. Z.) zuerst unmittelbar die Aufgabe hatte, einer rapiden Verminderung der Goldbestände durch Einlösungen auf Grund von Panik oder Spekulation entgegenzutreten, bestand ihre 'Funktion' darüber hinaus darin, ... eine schrankenlose Ausweitung des Geldumlaufs durch den Staat zu ermöglichen." Im gleichen Sinne: Baudis, Dieter/Nussbaum, Helga, Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Berlin 1978, S. 274 = Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 in drei Bänden, hg. v. Helga Nussbaum u. Lotte Zumpe, Bd. 1.

34 De-facto-Zahlungsverbote gab es z. B. in der Form, daß Markforderungen aus Requirierungen auf bis zum Friedensschluß gesperrten Konten bei der Reichsbank gutgeschrieben wurden und nur in Lombard bei den Besatzungsgeld ausgebenden Emissionsinstituten gegeben werden konnten. - Vgl. Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung, a. a. O., S. 32.

35 Vgl. ebenda, S. 32 f.

36 Vgl. z. B. Halbjahresbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1917 bis zum 30. September 1917, Anlage II, Sonderbericht der Kaiserlichen Deutschen Post- und Telegraphenverwaltung im Generalgouvernement Warschau, S. 7; ZStA, Reichswirtschaftsministerium im folgenden (RWM) 869, Bl. 70, Tätigkeitsbericht der Bankabteilung bei dem Generalgouverneur in Belgien für die Zeit von Anfang August 1917 bis Anfang Februar 1918, Nr. 8, Berlin 1918.

37 Vgl. ZStA, RWM 900, Bl. 16, Bericht des Reichsbevollmächtigten bei der Polnischen Landes-Darlehnskasse vom 11. 7. 1917 (Ms); Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung, a. a. O., S. 32.

38 Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung, a. a. O., S. 32.

39 Ebenda.

Natürlich bemühte man sich, auch den Goldschatz der Reichsbank zu stärken. Im Reich wurde mit einem nach kurzer Zeit nahezu perfekt funktionierenden Propagandaapparat⁴⁰ das Währungsmetall gesammelt. Im besetzten Gebiet hatte diese Politik kaum Erfolg. Nur wenige Leute ließen sich etwas vorgaukeln bzw. kollaborierten. Um so mehr mußte es im Interesse der deutschen Militärbehörden liegen, um das versteckte Gold heranzukommen. Bevorzugt wurden folgende Methoden:

- freier Ankauf mit Hilfe von Besatzungsgeld auch unter den Bedingungen eines hohen Agios,⁴¹
- De-facto-Zahlungszwang in Gold bei öffentlichen Kassen, zum Beispiel zur Bezahlung von Verwaltungsgebühren,⁴²
- Ausbeutung natürlicher Goldvorkommen,⁴³
- Zahlungszwang beim Kauf von Zucker, Genußmitteln und anderen Dingen⁴⁴ sowie
- Erpressung von Goldzahlungen in Raubfriedensschlüssen⁴⁵.

Ein Kennzeichen für alle okkupierten Gebiete war die Ausgabe von Besatzungsgeld in dieser oder jener Form. Das belgische Beispiel beweist aber, daß dessen Existenz deutscherseits ursprünglich nicht geplant gewesen war: Am 20. August 1914, dem Tag der deutschen Besetzung Brüssels, versprach Militärkommandeur General v. Jarosky der belgischen Nationalbank völlige Handlungs- und Geschäftsfreiheit als privates Geldinstitut, wenn es unter anderem seine Metallreserven aus Antwerpen zurückhole.⁴⁶ Von deutscher Seite wurden sogar Emis-säre nach London und zur exilierten Regierung geschickt. Man wollte einerseits erreichen, selbst Geld drucken zu können, andererseits verhindern, daß die belgische Seite das tat. Da aber ein solches Ansinnen abgewiesen wurde, entzog der Generalgouverneur am 22. Dezember 1914 der Belgischen Nationalbank das

- 40 Gewisse Vorstellungen vermittelt ein Blick in die Zeitschrift Mitteilungen für die Goldankaufstellen und die Goldankaufhilfsstellen, hg. v. Kriegsbüro des Reichsbank-Direktoriums, Berlin 1916-1918. - Eine Darstellung der deutschen Goldsammlungspolitik im ersten Weltkrieg befindet sich in Vorbereitung.
- 41 In Rumänien wurde das Agio in den offiziellen Wechselstuben zum Ende des Jahres 1917 von 30-35 % auf 50-55% erhöht (vgl. ZStA, RWM 884, Bl. 95, Bericht der Militärverwaltung in Rumänien, 1. 7. bis 31. 12. 1917. Nur für den Dienstgebrauch, S. 34).
- 42 Z. B. verlangte die Kasse der Kriegsrohstoffstelle Warschau Gold für die Ausstellung von Freigabe- und Verkehrsscheinen (Archivum Państwowe Miasta Poznań i Województwa Poznańskie /im folgenden: AP/, Poznań, Polizeipräsidium Posen, Vol. 9/23, s. p., Schreiben des Regierungspräsidenten an die Landräte des Bezirkes und den Polizeipräsidenten v. 30. 10. 1916 /Hs./).
- 43 ZStA, RWM 883, Bl. 463 ff., bes. Bl. 497, Monatsbericht des Wirtschaftsstabes Oktober 1917 der Militärverwaltung in Rumänien, Bukarest. Geheim.
- 44 ZStA, RWM 889, Bl. 12, Verwaltungsbericht der Militärverwaltung Litauen für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1917 (7. Druckbericht). Nur für den Dienstgebrauch, S. 31.
- 45 Vgl. Deutsch-Russisches Finanzabkommen zur Ergänzung des Deutsch-Russischen Zusatzvertrages zu dem Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits v. 27. 8. 1918, in: Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages, Dokumentensammlung, Bd. 1: 1917 - 1918, Berlin 1967, S. 733 ff., Nr. 258.
- 46 Vgl. Shepherd, Henry L., a. a. O., S. 6.

Recht der Notenausgabe⁴⁷. Die Reichsleitung hatte sich gewissermaßen selbst matt gesetzt. Sie mußte jetzt die Initiative ergreifen. Es wurde deshalb der Société Générale de Belgique, dem ältesten und angesehensten Bankinstitut des Landes, das ausschließliche Recht zur Ausgabe von Banknoten übertragen. Bei ihr wurde ein sogenanntes Notendepartement geschaffen, dessen Geschäfte von den übrigen der Bank völlig getrennt waren.⁴⁸ Die Bestimmungen sahen vor, daß Noten gegen eine primäre Deckung in Gold, deutschem Metall- oder Papiergeld oder bankmäßigen Auslandsguthaben sowie einiger weniger anderer Werte bis zum dreifachen Betrag ausgegeben werden durften. Mangels anderer Werte bildeten deutsches Geld und Guthaben in Deutschland von Anfang an den Hauptanteil.⁴⁹ Die belgische Kriegswährung war daher auf der deutschen aufgebaut und eng mit ihr verbunden - alle inflationären Einflüsse übertrugen sich sofort. Die Emission erfolgte zudem nach den Bedürfnissen der Okkupanten und nicht nach den Anforderungen der belgischen Volkswirtschaft - Zirkulationsprozeß und Umlauf des Zirkulationsmittels korrespondierten nur bedingt.

Angesichts der Unmöglichkeit, sowohl im Reich als auch in den besetzten Gebieten eine Goldumlaufwährung aufrechtzuerhalten, begann man, von dieser abzurücken. Die Zuspitzung der ökonomischen Situation und insbesondere die schlechte Lage der deutschen Kriegsfinanzen sowie die ersten Erfahrungen mit dem belgischen, de facto nur indirekt an das Gold gebundenen Währungssystem erleichterten den Schritt, in den später besetzten Gebieten immer mehr von der traditionellen bankmäßigen Deckung abzugehen. Außerdem konnte in Belgien der Umlauf deutscher Scheine und Münzen nie in größerem Maße eingeschränkt werden. Deshalb waren Reichsbank und Reichsleitung bemüht, in den später okkupierten Territorien einerseits als Emittent immer weniger in Erscheinung zu treten, um dadurch die Diskreditierung des neuen Geldes zu vermeiden, andererseits die wirtschaftliche Bindung an die deutsche Mark zu verringern. Daß sie bestrebt waren, zugleich den eigenen Einfluß auf die fremde Volkswirtschaft zu behalten und zu verstärken, war selbstverständlich. Da der Aufbau der Finanzorganisationen im Generalgouvernement Warschau und im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost schon wenige Monate nach der Besetzung Belgiens begann, konnte nur ein kleiner Teil der hier gewonnenen Erfahrungen genutzt werden.

Die Arbeit mit fremden Banken wie der Belgischen Nationalbank und auch der Société Générale war schwierig - versteckter und offener Widerstand brachte große Probleme. Im Generalgouvernement Warschau und im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost versuchte man es deshalb mit einer deutschen Privatbank.

Ab 1915 errichtete die in Posen beheimatete Ostbank für Handel und Gewerbe

⁴⁷ Vgl. Verordnung v. 22.12.1914, betreffend Verleihung des Notenprivilegs an die Société Générale de Belgique an Stelle der Belgischen Nationalbank (Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung, a. a. O., Anhang, S. 54 f.); Bekanntmachung des Generalgouverneurs v. 22.12.1914 (ebenda).

⁴⁸ Vgl. Verordnung v. 9.1.1915, betreffend Vorschriften über die Ausgabe von Banknoten durch die Société Générale de Belgique (Statut des Notendepartements) (ebenda, S. 55 ff.).

⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 23.

Zweigniederlassungen⁵⁰. Andere Banken folgten,⁵¹ Dennoch reichte den Okkupationsbehörden der Kredit nicht aus, denn ein privates Geldinstitut war an den Grundsatz solider Bankführung gebunden, Geld nur bei Gewährung ausreichender Sicherheiten zu leihen. Diese aber standen den deutschen Dienststellen nicht genügend zur Verfügung, um das Land im geplanten Sinne wirtschaftlich ausbeuten zu können. Deshalb wurde für das Gebiet des Oberbefehlshabers Ost im April 1916 ein Emissionsinstitut, das den Darlehnskassen im Reich entsprach und der Ostbank, vergleichbar dem Notenausgabedepartement der Société Générale, angegliedert war, gegründet.⁵² Die von ihm ausgegebenen Besatzungsrubel entbehrten jeder soliden Deckung⁵³. Eineinhalb Jahre später sahen die Okkupationsbehörden die privatrechtliche Hülle, die gute Dienste geleistet hatte, um das Besatzungsgeld einzuführen, schon als überflüssig und hinderlich an⁵⁴ - die Bank ging in Eigentum des Fiskus über.⁵⁵

In Rumänien wurde erneut der Versuch unternommen, Organisation und Namen einer einheimischen Bank auszunutzen. Da es sich aber bei der Banca Generala Romana um eine Tochterfirma der Disconto-Gesellschaft handelte, war hoher

50 Vgl. AP, Polizeipräsidium Posen, Vol. 8680, s. p., Achtundfünfzigster Geschäftsbericht der Ostbank für Handel und Gewerbe. Vorzulegen in der Generalversammlung der Aktionäre am 27. 4. 1916, vormittags 10 1/2 Uhr in Posen, im Bankgebäude Wilhelmplatz 15, Posen 1916.

51 Z. B. errichtete die Norddeutsche Creditanstalt (Königsberg i. Pr.) in Libau (Kurland) eine Filiale. - Vgl. Deutsche Banken im okkupierten Rußland, in: Nachrichtenblatt der Deutschen Bank ihren zum Kriegsdienst einberufenen Beamten gewidmet, Berlin, Nr. 27/1917, S. 7.

52 Vgl. ZStA, Reichsbank, volkswirtschaftliche und statistische Abteilung 6415, Bl. 40 ff., Ausarbeitung "Die Darlehnskasse Ost" (etwa August 1926) (Ms.).

53 Darlehnskassen gaben Papiergeld gegen die Verpfändung von Wertpapieren (einschließlich Staatsschuldverschreibungen) und von Sachwerten aus. Unter den Verhältnissen der Kreditkrise waren nahezu alle Effekten und andere lombardfähigen Werte, selbst wenn sie allgemein als erstklassig zu bezeichnen waren, unverkäuflich. Ihre Verwendung als Notendeckung stellte also einen Vorgriff auf ihre zu erhoffende Liquidität dar. Letztlich waren die Darlehnskassenscheine ohne reale Deckung, denn die Emissionsbank besaß für die Zeit ihrer Haupttätigkeit nur illiquide Werte; eine Geldausgabe auf dieser Basis war also inflationistisch. Noch fadenscheiniger wurde die Sache bei der "Ostbank für Handel und Gewerbe, Darlehnskasse Ost" (Kowno), bei der u. a. deutsches Bargeld sowie Reichsmarkguthaben und Banknoten der russischen Staatsbank beleihbar waren. (Vgl. ebenda, Bl. 42.)

54 In einer Denkschrift des Oberbefehlshabers Ost v. 11. 11. 1917 heißt es dazu: "Die Darlehnskasse Ost hat ihren Zweck erfüllt. Das gesamte Oberostgeld hat sich ... eingeführt ... Der Verkehr der Heeresverwaltung ist außerordentlich umfangreich, aber auch beschwerlich. Die Ostbank ist nicht nur beständig ihre Geschäftsinteressen unter Berufung auf ihre Verantwortung gegenüber ihren Aktionären zu wahren bestrebt, sondern hat auch Bedenken, die notwendige Erhöhung der Umlaufmengen der Oberostrubel (im Original abgekürzt - R. Z.) auf ihre geschäftliche Verantwortung zu nehmen. Das Deutsche Reich muß ein Interesse daran haben, den ganzen Geldbedarf im besetzten Ostgebiet nur in Oberostgeld (s. o.) zu befriedigen." (Zit. nach ebenda, Bl. 43.)

55 Ab 1. 1. 1918 firmierte das Institut als "Darlehnskasse Ost" (ebenda).

deutscher Einfluß gewährleistet. Das rumänische Beispiel ist aus einem anderen Grund besonders interessant: Die ersten Grundsatzdiskussionen fanden zu einem Zeitpunkt statt, als noch schwere Kämpfe tobten. In gewisser Weise gelang es also der Reichsleitung, sich in der Währungsfrage den notwendigen Vorlauf zu verschaffen, um zusammen mit der Errichtung des Besatzungsregimes ein neues Währungssystem aufzubauen. Man wollte, wie auf einer Beratung gesagt wurde, "Vorsorge" ... treffen, um die ... (in Rumänien - R. Z.) vorhandenen und zu erwartenden Vorräte an Getreide, Petroleum, Holz usw. nutzbar zu machen"⁵⁶. Während es aber 1914 bei der Société Générale wenigstens noch den Versuch einer echten bankmäßigen Deckung gab, nahm man jetzt unmittelbar Markguthaben bei der Reichsbank. Auch die Quelle, aus der diese Guthaben gebildet werden sollten, stand schon fest: Deutsche Firmen und Dienststellen hatten den Kaufpreis rumänischer Waren auf Sonderkonti zu zahlen. Der rumänischen Seite wurde dafür der Gegenwert in Besatzungsgeld gutgeschrieben.⁵⁷ Damit erreichte man, daß nur wenig deutsches Geld ins Land gelangte. So finden sich sogar in der Tagesliteratur Klagen deutscher Soldaten darüber, daß das Besatzungsgeld, in dem sie Löhnung erhielten, kaum in deutsches zu wechseln sei.⁵⁸

Im Generalgouvernement Warschau wurde erstmals der Versuch unternommen, eine nationale Unabhängigkeitsbewegung bei der Schaffung einer Besatzungswährung auszunutzen. Die stark antirussischen Gefühle der polnischen Bevölkerung, die zum Teil die deutschen Truppen sogar als Befreier vom Joch des Zaren-despotismus begrüßte, schienen derartiger Taktik eine Chance zu geben.

Die Realität eines harten deutschen Besatzungsregimes und die Schrecken des Krieges ernüchterten jedoch sehr bald breite Schichten.

Die unter großem propagandistischem Aufwand vorgenommene Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916, von der sich die Reichsleitung eine Stärkung der prodeutschen Gefühle versprochen hatte, wurde kühl und abwartend aufgenommen. Die Hoffnung der Okkupanten, die Schaffung eines Scheinstaates veranlasse die polnische Bourgeoisie, eine Notenbank mit einer an die deutsche angelehnten Währung zu gründen, zerschlug sich, denn die Warschauer Finanzkreise waren wirtschaftlich enger an den Rubel gebunden.⁵⁹ Auch ein daraufhin dem sogenannten polnischen Staatsrat, einer Art Marionettenkabinett, dringend angeratenes Darlehnskassenprojekt fand keine Zustimmung, wurde jedoch durch Erlaß des Generalgouverneurs verwirklicht.⁶⁰ Damit war die neue Währung von Anfang an als Besatzergeld diskreditiert.

⁵⁶ ZStA, RWM 887, Bl. 12, Aufzeichnung über die unter Vorsitz Seiner Exzellenz des Herrn Reichsbankpräsidenten im Reichsbankgebäude am Montag, dem 23. Oktober 1916, nachmittags 6 Uhr stattgehabten Vorbesprechung, betreffend Finanzierung einer Organisation zur Nutzbarmachung der im okkupierten rumänischen Gebiete vorhandenen Vorräte.

⁵⁷ Vgl. ebenda, Bl. 12 ff.

⁵⁸ Vgl. Etwas, was vielen Feldgrauen nicht behagt, in: Nachrichtenblatt für Reichsbankbeamte, Berlin, 5. Jg. 1917, S. 540 f.

⁵⁹ Vgl. Halbjahresbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. März 1917, o. O. o. J., S. 60.

⁶⁰ Vgl. Halbjahresbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouvernement Warschau für die Zeit vom 1. April 1917 bis zum 30. September 1917, o. O. o. J., S. 75.

Mehr Erfolg versprachen die Verhältnisse in der Ukraine und im Kaukasus. Mit der Krise des Zarenreiches, die sich während des Weltkrieges entscheidend zuspitzte und auf deren Höhepunkt dann die Große Sozialistische Oktoberrevolution ausbrach, das heißt mit einer Krise, die so tief und umfassend war, daß eine neue welthistorische Epoche ihren Anfang nahm, erhielten die zumeist von der Bourgeoisie geführten Autonomiebestrebungen der vom russischen Imperialismus unterdrückten Völker Auftrieb. Das deutsche Finanzkapital versuchte, diese zentrifugalen Kräfte bei der Schaffung eines Satelliten- bzw. Pufferstaaten-systems an der Grenze zum besiegten Rußland zu nutzen. Entsprechend der sogenannten Mitteleuropakonzeption war die ökonomische Bindung an das Deutsche Reich vorgesehen.⁶¹ Die äußerst schlechte Lage der zäristischen Finanzen und die mit dem Bürgerkrieg entstandenen verworrenen Verhältnisse auch im Geldwesen ließen die Variante einer Währungsunion als möglich und zweckmäßig erscheinen. Hinzu kam, daß die katastrophale Ernährungslage in Deutschland und der Rohstoffmangel entscheidende Triebkräfte für eine intensive Ausnutzung des Wirtschaftspotentials der okkupierten Gebiete waren. Ja, bestimmte militärische Aktionen, zum Beispiel die Entsendung eines Expeditionskorps nach Georgien, erfolgten, wie der kommandierende General schrieb, "in erster Linie unter dem Gesichtspunkte, daß der Kaukasus uns, zum mindesten für die Dauer des Krieges, mit einem Teil der Rohstoffe versorgen soll, die wir zur Zeit so bitter nötig haben."⁶² Das entscheidende Problem, vor dem die Okkupanten standen, war dabei die Währungsfrage. Im gleichen Schreiben hieß es: "Wie ich ... berichtet habe, sind diese Rohstoffe vorhanden ... Gelingt es uns infolge des Mangels an Zahlungsmitteln nicht, diese Rohstoffe zu kaufen, so sind ... die ... großen Mittel umsonst ausgegeben..."⁶³

Da der deutsche Imperialismus in Polen erfahren hatte, wie behutsam mit nationalen Befreiungsbewegungen umgegangen werden muß, versuchte man in Georgien den Währungsprojekten den politischen Anstrich etwas zu nehmen, indem man den deutschen Einfluß gewissermaßen zu kommerzialisieren suchte. Nicht mehr das Deutsche Reich bzw. eine Besatzungsbehörde, sondern deutsche Großbanken traten als Partner auf. Das Kapital für eine geplante Notenbank⁶⁴ wurde

61 Vgl. Gutsche, Willibald, Zur Militärpolitik der Reichsleitung von der Jahrhundertwende bis zum Ende des ersten Weltkrieges, in: Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis 1917, a. a. O., S. 94 ff.; Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf (1967), S. 474 ff.

62 ZStA, RWM, Bl. 31, Schreiben der Deutschen Delegation im Kaukasus, General Freiherr v. Kress von Kressenstein, an Reichskanzler, 16. 9. 1918 (Ms., Abschrift).

63 Ebenda, Bl. 31/31Rs.

64 Fischer erwähnt Absprachen des bayerischen Generalstabsoffiziers Otto v. Lossow, Bevollmächtigter zur Aushandlung der Friedenspräliminarien mit der Transkaukasische Republik, nach denen er Verträge abgeschlossen habe, die u. a. die "deutsche Währung als gesetzliches Zahlungsmittel zulassen" (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Rußland 97 a, Beiheft IV, Lossow für Botschaft Pera, 29. 5. 1918, zit. nach Fischer, Fritz, Griff ..., a. a. O., S. 491). Aber noch am 7. 7. 1917 schrieb der Wirtschaftsreferent der Deutschen Delegation im Kaukasus Major Hey der Genoka in seinem "Bericht Nr. 1": "Die Einführung der deutschen Banknoten unter Zugrundelegung eines Zwangskurses erscheint sowohl aus wirtschaftlichen und finanziellen, wie auch aus politischen Gründen bedenklich". (ZStA, RWM 1070, Bl. 73 Rs.)

größtenteils von einem privaten deutschen Bankenkonsortium aufgebracht, das das Geld nach bewährtem Muster auf Sonderkonto bei der Reichsbank einzahlte. Damit wurden wieder Markguthaben zur Deckung herangezogen. Als Sicherheit für die Millionenanleihe verlangte es die Verpfändung der Einnahmen aus Eisenbahnlinien und Hafenanlagen sowie der Erträge des Manganerzbergbaus.⁶⁵ Die Entwicklung der militärischen Lage machte dann alle Pläne zunichte.

In der Ukraine finden wir, das sei hier als letztes Beispiel genannt, den interessanten Versuch einer vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn gemeinsam durchgeführten Aktion zur Geldbeschaffung. Das sogenannte Rubelsyndikat, eine größere Anzahl deutscher und österreichisch-ungarischer Banken, hatte das Monopol, in dem zwischen ihnen untereinander aufgeteilten Einflußgebiet Rubel aufzukaufen und an zentrale Stellen beider Länder zur Bezahlung der Importe abzugeben.⁶⁶ Aufgrund der "Unabhängigkeit" der Ukraine, die Deutschland in den Sonderverhandlungen in Brest-Litowsk anerkannte,⁶⁷ stellte sich die Frage nach einer eigenen Währung. Wieder wurde der Weg einer Notenbankgründung auf der Basis von Devisenguthaben, diesmal aber bei zwei Zentralinstituten, beschritten.⁶⁸ Der Sieg der Sowjetmacht auch in der Ukraine machte dem allen ein Ende.

Fassen wir das Problem des Besatzungsgeldes zusammen: Die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Ausnutzung erobert Gebiete und der Wille zur rücksichtslosen Ausplünderung trieben den deutschen Imperialismus dazu, sich selbst Zirkulationsmittel zu schaffen, da die einheimischen ihm in der Regel nicht erreichbar waren und der Abfluß deutscher Valuta wegen einer beabsichtigten Rückkehr zur Goldwährung unerwünscht war. Deshalb waren Banken notwendig.

In der Tendenz trat der imperialistische deutsche Staat bei der Verwirklichung der finanziellen Besatzungspolitik immer weniger in Erscheinung. Zum einen ermöglichte die Beteiligung von privaten deutschen Banken bzw. deren Tochtergesellschaften dem deutschen Monopolkapital eine unmittelbare Einflußnahme auf den Raubzug, unmittelbarer als sie beim Zwischenschalten staatlicher Stellen der Fall gewesen war. Zum anderen gestattete die Kollaboration mit Vertretern der einheimischen Bourgeoisie der okkupierten Länder bzw. mit den Apparaten der Vasallenstaaten, Kosten und Risiko auf diese abzuwälzen. Zum dritten verfolgte der deutsche Imperialismus damit insbesondere das Ziel, das neue, das Besatzungsgeld nicht von vornherein zu diskreditieren.

65 Vgl. ZStA, RWM 1071, Bl. 95 Rs. Denkschrift "Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Georgien" (Ms.) (Vermerk/Hs./ 8.2.1919); vgl. ebenda 1073, Bl. 29-31, Vertrag zwischen der georgischen Regierung und einem deutschen Bankensyndikat (gedr.), Exemplar mit den Unterschriften der Vertragspartner; vgl. Fischer, Fritz, Griff . . ., a. a. O., S. 494.

66 Vgl. ZStA, RWM 1107, Bl. 84, Syndikatsbestimmungen (gedruckt).

67 Vgl. Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der Ukrainischen Volksrepublik andererseits v. 9.2.1918, in Deutsch-sowjetische Beziehungen . . ., Bd. 1, a. a. O., S. 376 ff. Lenin, W.I., Manifest an das ukrainische Volk mit ultimativen Forderungen an die Ukrainische Rada, in: Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 358 ff.

68 Vgl. ZStA, RWM 1108, Bl. 91-95, Finanzvertrag (mit Anlagen) (Abschrift), Bl. 86 ff., Begleitschreiben der Deutschen Ukraine-Delegation (Karl Meichior) an Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes v. 15.5.1918 (Ms.).

Der Einfluß der kapitalistischen Industrialisierung auf die Sozial- und Berufsstruktur sowie das Bewußtsein der Landbevölkerung in Kongreßpolen

von Helena Brodowska

Kongreßpolen (Königreich Polen seit 1865; auf polnisch: Krolesto Polskie oder Krolestwo Kongresowe), der bei der Neuaufteilung des polnischen Territoriums auf dem Wiener Kongreß 1815 Rußland angegliederte Landesteil, umfaßte 128 500 Quadratkilometer und zählte damals rund 3 300 000 Einwohner. Nach Fläche und Einwohnerzahl war er damit größer als das preußische und das österreichische Anschlußgebiet.

Zugleich rückte er im 19. Jahrhundert auch im Hinblick auf den Industrialisierungsgrad an die Spitze. Unter den Bedingungen einer noch feudalen Gesellschaftsordnung bildeten sich zwischen 1820 und 1830 kapitalistische Produktionsverhältnisse heraus. In den Städten wurden Kleinbetriebe des Zunfthandwerks weitgehend von - in der Regel noch zersplitterten - Manufakturunternehmen aufgezogen. Zwischen 1829 und 1834 stagnierte die industrielle Entwicklung. Dann folgte eine Stabilisierungsphase. Dieser Prozeß, der in den Industriegebieten seinen Anfang nahm, dauerte zum Beispiel in der Region von Łódź bis 1869.

Die industrielle Entwicklung vor 1864 vollzog sich auf höchst "klassische" Weise: von der kleinen Warenproduktion, organisiert in Verlag und zersplitterter Manufaktur, über die zentralisierte Manufaktur zur Fabrik. Auch nachdem Großkapital und Fabriken ihren Einzug gehalten hatten, spielte jedoch die kleine Warenproduktion stellenweise eine immer noch ziemlich große Rolle. Begleitet wurde die industrielle Entwicklung von sozialökonomischen Veränderungen in der Landwirtschaft. In den vierziger Jahren setzte die Beseitigung der Fron ein; sie wurde durch den Zins ersetzt. 1862 wurde ein Gesetz erlassen, das die obligatorische Ablösung der Fron vorsah, aber es trat bis zur Landreform von 1864 nicht voll in Kraft. Die Landreform von 1864 schloß die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Vergabe von Grund und Boden an Bauern und noch anderes ein. Sie begünstigte die Industrialisierung und die Entwicklung der Arbeiterklasse. Aber sie hatte keine unmittelbare Auswirkung auf die kapitalistische Entwicklung; sie bildete auch keine Zäsur im Hinblick auf die Herausbildung eines städtischen Fabrikproletariats.

Sie bedeutet weder für die Organisation noch für die Produktion der Industrie einen Einschnitt. Etwa zehn Jahre verstrichen nach der Aufhebung der Leibeigenschaft und der endgültigen Beseitigung der Fron, bis der Zustrom von Bauern zur Industrie ein spürbares Ausmaß erreichte.

1870, der Beginn der siebziger Jahre, war dagegen die entscheidende Zäsur für die industrielle Entwicklung Kongreßpolens, für die Herausbildung der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie, für die Entstehung der Sozial- und Berufsstruktur einer bürgerlichen Gesellschaft in diesem Gebiet. Von nun an setzte sich eine Entwicklung durch, die den Rest des Jahrhunderts für Kongreßpolen bestimmte und

weiterwirkte. In der polnischen Historiographie wird sie als "großindustriell" oder "großkapitalistisch" bezeichnet. "Großkapitalistische" Entwicklung bedeutete den Einzug der Fabrik in die Textilindustrie, die metallverarbeitende Industrie und andere Zweige, die Verwendung neuer Hochöfen im Hüttenwesen, mit Koks als Energiequelle (statt Holzkohle), leistungsfähigere Wasserturbinen, den Einsatz einer neuen Fördertechnik im Bergbau. Kongreßpolen zählte 1870 rund 6 078 000 Einwohner. Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges stieg die Bevölkerungszahl auf über 13 Millionen an. Spürbarer Ausdruck der zunehmenden Industrialisierung war auch der Rückgang des Anteils der Landbevölkerung, die Anfang der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts noch 75 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Dagegen betrug der Anteil der Landbevölkerung zur Jahrhundertwende nur noch 56,5 Prozent.¹

Regionale Schwerpunkte des Strukturwandels waren zunächst zwei traditionelle polnische Industriezentren. Das eine befand sich in und um Warschau und wies von seinen Erzeugnissen her gemischten Charakter auf.² Das andere, das sogenannte Altpolnische Bergbau- und Hüttenindustriebecken, lag in der Nähe der Góry Świątokryskie und gruppierte sich um die Städte Kielce und Radom. In den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begann in diesen Schwerpunkten der Prozeß des Übergangs von einer Organisations- und Produktionsstruktur, die auf Manufaktur und feudalen Bedingungen beruhte, zur mechanisierten fabrikmäßigen Herstellungsweise auf kapitalistischer Grundlage, zur Anwendung neuer Technik im Bergbau und Hüttenwesen.

Dieser Prozeß führte zur Verdrängung der bis dahin in der Industrie, vor allem aber im Bergbau und im Hüttenwesen noch üblichen, auf außerökonomischen Zwang beruhenden Fronarbeit der Bauern durch die freie Lohnarbeit.

In der Periode der Strukturwandlungen der zwei traditionellen Industriezentren formierte sich ein neues, ein Zentrum der Textilindustrie in Łódź und seiner Umgebung. Dieses neue Zentrum wies eine große Entwicklungsdynamik, wenn auch mit periodischen Stockungen, auf dem Wege zur Herausbildung einer kapitalistischen Produktions- und Organisationsstruktur auf. 1870 war Łódź mit den umliegenden Städten und Siedlungen bereits ein völlig entwickeltes Zentrum der Textilindustrie.

Zu seiner Geschichte gibt es schon eine beträchtliche Fachliteratur, darunter eine vor ein paar Jahren erschienene Monographie, die von einer Historikerin auf der Grundlage jahrelanger Untersuchungen eines großen Kollektivs erarbeitet wurde.³ Es liegt auch eine zweite Monographie vor, die nicht von einem Historiker stammt, sondern von einem Autor, der seine Studien aus Zuneigung zu

- 1 Załęski, Witold, *Statystyka porównawcza Królestwa Polskiego (Vergleichende Statistik des Königreichs Polen)*, Bd. 1, Warszawa 1876, S. 34 f.; *Pierwsza wsieobszcza ja pierepis* (Erste allgemeine Volkszählung), 1897, Bd. 51-60.
- 2 Myszal, Stanisław, *Warszawski okręg przemysłowy. Studium rozwoju i lokalizacji przemysłu* (Der Warschauer Industriebezirk. Eine Untersuchung zu Entwicklung und Standortverteilung der Industrie), Warszawa 1962.
- 3 Missalowa, Grzyzelda, *Studia nad powstaniem łódzkiego ośrodka przemysłowego 1815-1870* (Untersuchungen zur Entstehung des Industriezentrums Łódź 1815-1870), Bd. 1: *Przemysł (Industrie)*, Łódź 1964, 484 Seiten; Bd. 2: *Klasa robotnicza (Arbeiterklasse)*, Łódź 1967, 220 Seiten; Bd. 3: *Burżuazja (Bourgeoisie)*, Łódź 1975, 244 Seiten.

seiner Stadt und zu seiner Region betrieben hat. Auch diese hat einen großen Erkenntniswert und fand ein positives Echo.⁴

Während das Industriezentrum Łódź eine ständige Entwicklung, wenn auch mit periodischen Unterbrechungen, aufzuweisen hatte, mußte das Altpolnische Bergbau- und Hüttenindustriebecken, für das bisweilen auch die Bezeichnung "Östliches Industriebecken Polens" gebraucht wird, mißlungene Versuche der kapitalistischen Industrialisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts über sich ergehen lassen. Die mannigfaltigen Gründe dafür hat der Autor einer höchst interessanten Monographie über dieses Gebiet aufgezeigt.⁵

Trotz dieses beträchtlichen Rückstands beim Übergang vom Manufakturstadium zum entwickelten Fabriksystem betrat auch das Altpolnische Industriebecken 1870 endlich den Weg des kapitalistischen Fortschritts, auf dem sich schon die gesamte Industrie Kongreßpolens befand, nachdem es in beträchtlicher Anzahl landlose Bevölkerungsschichten, die von den Agrarreformen 1864 nicht erfaßt wurden, sowie auch einen Teil der davon erfaßten Bauern aufgenommen hatte. Es wurde eine metallurgische Verarbeitungsindustrie ausgebaut, es entstanden als neue Industriezweige eine Nahrungsmittelindustrie sowie eine Industrie der Baustoffe, Steine und Erden. Noch lange aber konnte sich in dieser Region die Koexistenz der modernen und der rückständigen Hüttenindustrie behaupten.⁶

Das Altpolnische Industriebecken wurde 1890 von einem neuen Bergbau- und Hüttengebiet überflügelt. Es handelte sich dabei um das sogenannte Neue Dąbrowa-Industriebecken (Zagłębie Dąbrowskie) bzw. Westliche Industriebecken, das sich in unmittelbarer Nähe des preußischen Anschlußgebietes Schlesien befand und dessen Ausbau in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts einsetzte. Seit 1870 wies dieses neue Industriegebiet eine große Dynamik auf. Dies betraf sowohl die Förderungs- und Verarbeitungstechnik, die Mechanisierung von Hütten und Bergwerken als auch den Ausbau des Verkehrsnetzes und führte zu einer Verlagerung des kongreßpolnischen Schwerpunktes im Bergbau und Hüttenwesen vom Altpolnischen Industriebecken in das Westliche Industriegebiet, wo Dutzende von Grubenschächten und Hochöfen sowie ein dichtes Verkehrsnetz das Landschaftsbild zu prägen begannen. Im Dąbrowa-Industriegebiet trug die Industrie wie in keinem anderen in Kongreßpolen dazu bei, daß die bisher von Ackerbau und Viehzucht geprägte Landschaft allmählich die den Industriegebieten eigenen Züge annahm.

In der uns interessierenden Periode der großkapitalistischen Industrieentwicklung waren es in den letzten dreißig Jahren des 19. Jahrhunderts und unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg vier Industriegebiete, die in Kongreßpolen die Produktion, wenn auch mit abnehmender Wachstumsdynamik, voranbrachten. Darun-

4 Dinter, Henryk Stanisław, Dzieje wielkiej kariery. Łódź 1332-1860 (Geschichte einer großen Karriere. Łódź 1332-1860), Łódź 1965; derselbe, Spod czarnych dymów. Łódź w latach 1861-1919 (Unter schwarzem Rauch. Łódź in den Jahren 1861-1919), Łódź 1978.

5 Jedlicki, Jerzy, Nieudana próba kapitalistycznej industrializacji (Ein mißglückter Versuch kapitalistischer Industrialisierung), Warszawa 1964, 414 Seiten; vgl. auch Zieliński, Jan, Staropolskie Zagłębie Przemysłowe (Das Altpolnische Industriebecken), Wrocław/Warszawa/Kraków 1965, 336 Seiten.

6 Wyszomirska, Otilda, Przemysł i klasa robotnicza ziemi radomsko-kieleckiej 1870-1914 (Industrie und Arbeiterklasse im Gebiet von Radom und Kielce 1870-1914), Warszawa 1970, S. 15-49.

ter waren zwei mit alten Manufaktur- und Handwerkstraditionen: in Warschau und seiner Umgebung die Textil- und Maschinenindustrie sowie die Bergbau- und Hüttenindustrie im Altpolnischen Industriebecken. Zwei andere waren neueren Datums: Das Gebiet von Łódź mit seiner in das zweite Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zurückreichenden Textilindustrie und das jüngste, das Dąbrowa-Gebiet, das sich erst in der Zeit des reifen Stadiums des Kapitalismus herausgebildet hatte.

Das Textilindustriegebiet von Łódź rückte in der Industrieproduktion in Kongreßpolen an die Spitze, behauptete diese Stellung fast das ganze 19. Jahrhundert und bedingte den kapitalistischen Entwicklungsweg der um Łódź gelegenen Städte und Dörfer. Eine ähnliche Rolle spielte die Industrie auch in den drei anderen Gebieten. Der Unterschied lag nur in der jeweiligen Art der Industrie, ihrer Stärke und Wachstumsdynamik, was sich auf entsprechende Art und Weise auf die Verwandlung der umliegenden Gebiete auswirkte. Frägnante Beispiele dieser Diskrepanzen waren das Altpolnische Industriebecken und das nicht weitab davon gelegene Gebiet von Łódź. Das erstere mit seinen weit zerstreuten Betrieben beschäftigte vor allem Klein- und landlose Bauern. Die meisten von ihnen gehörten - um unsere heutige Terminologie zu gebrauchen - der Gruppe der "Bauern-Arbeiter"⁷ an, die sich aufgrund ständiger Bindung an ihren Wohnort mit dem lokalen Arbeitsmarkt begnügen mußten. Städtefördernde Prozesse konnten sich dementsprechend nur schwach entwickeln und die kapitalistische Umwandlung nur langsam vollziehen. Im Einzugsbereich der anderen Gebiete lagen dagegen schnell wachsende Städte großindustriellen Typs wie vor allem Łódź selbst. Kleinstädtische und Landbevölkerung wurden von der Arbeit in der Industrie angezogen. Verlagsystem und industrielles Hausgewerbe wurden entwickelt, was wiederum die Sozial- und Berufsstruktur auf dem Lande und in städteähnlichen Siedlungen maßgeblich beeinflusste. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Städte und der Industrieproduktion verstärkte sich die soziale und berufliche Labilität, nahm die Migration der Bevölkerung zu.

Der Prozeß der großindustriellen Entwicklung verwandelte die landwirtschaftlichen und kleinstädtischen Gebiete in Industrieagglomerationen. Diese wiederum standen in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beziehungen zu dem sie umgebenden agraren Hinterland. Industriegeschichtliche Arbeiten, deren Autoren nur die städtischen Industriegebiete als Industriebezirke auffassen und die sie umgebenden Dörfer und Bauernsiedlungen außer acht lassen, können daher ihrer Thematik kaum mit der nötigen Präzision gerecht werden. Nach unserer Auffassung ist das Industriegebiet ein sich von der umliegenden Agrarlandschaft wirtschaftlich und sozial abhebendes Terrain, auf dem Städte und Landbevölkerung eine Ganzheit bilden.

7 Die Bezeichnungen "Arbeiter-Bauern" und "Bauern-Arbeiter" entnehme ich der soziologischen Terminologie. Bei den "Arbeiter-Bauern" handelte es sich um jene Kategorie von Arbeitern, die etwas Land besaßen und am Rande der Städte (oder Industriebetriebe) wohnten. Sie waren Arbeiter geworden, aber zugleich Bauern geblieben und lassen sich den Halb- bzw. Teilproletariern bäuerlicher Herkunft zurechnen. Die "Bauern-Arbeiter" hatten einen landwirtschaftlichen Betrieb, der ihnen selbst oder ihren Eltern gehörte und der den Grundstock ihrer Einkünfte bildete. Auch als Eigentümer größerer landwirtschaftlicher Betriebe waren sie ständig oder saisonweise als Arbeiter außerhalb der Landwirtschaft tätig. Nach meiner Auffassung kann man sie nicht zu den Halb- bzw. Teilproletariern rechnen.

In der polnischen Geschichtsschreibung - und soviel ich weiß, auch anderswo - werden zwei Probleme hervorgehoben, die sich aus der Entwicklung der Industrialisierung und ihrem Einfluß auf das agrare Hinterland ergeben. Sie beziehen sich auf die Beeinflussung der agraren Landschaft durch die industrielle Besiedlung und auf die Migrationsbewegung der Landbevölkerung. Darüber schreiben Historiker, die sich mit den Problemen der Stadt, der Industrie wie auch der Arbeiterklasse befassen. Es werden die einzelnen Daten präzisiert; Fachleute der Agrargeschichte ermitteln die jeweiligen Migrationsrichtungen und versuchen herauszufinden, welche Gruppen vom Lande abwanderten, was bei der Quellenlage nicht immer möglich ist.

Es wird die Tatsache unterschätzt, daß die Industrie die Struktur des befreiten Dorfes und seine ständigen Bewohner - die Bauernschaft und die der Gutsbesitzer - maßgeblich beeinflusste. Untersuchungen über das Industriegebiet von Łódź haben das der Geschichtsschreibung wenig bekannte Problem der Nebenbeschäftigung unter der Landbevölkerung ins rechte Licht gerückt. Es wurden in bezug auf ganz Kongreßpolen insgesamt fünfundzwanzig Arten von Nebenbeschäftigung ermittelt.⁸ Differenzierter waren sie dort, wo die Industrialisierung weiter fortgeschritten war. Diejenigen Dorfbewohner, die in der unmittelbaren Nachbarschaft der Städte und Fabriksiedlungen wohnten, arbeiteten vor allem für die sich entwickelnden städtischen Industrieagglomerationen und eigneten sich Fähigkeiten an, die den Forst- und Gutsarbeitern fremd waren.

Im Industriegebiet von Łódź waren es über 31 Prozent der Dörfer, wo vor den Agrarreformen in der Zeitspanne von 1815 bis 1864 die Nebenbeschäftigung praktiziert wurde, und in den Bergbau- und Hüttengebieten zirka 60 Prozent, also fast doppelt soviel. Insgesamt praktizierte über ein Viertel der Landbevölkerung vor den Agrarreformen eine Nebenbeschäftigung, und im Kreis Wieluń, der an der Grenze zwischen dem Industriegebiet von Łódź und dem schlesischen Industriegebiet liegt, war es sogar die Hälfte. In den Textilindustriegebieten bestand die Nebentätigkeit vor allem in manueller Arbeit, vornehmlich in den Manufakturen und Fabriken der Stadt sowie für städtische Verleger; in den Bergbau- und Hüttengebieten konnte man sowohl durch manuelle Arbeit als auch mit Fuhrdiensten zusätzlich verdienen, und zwar für Betriebe, die vornehmlich auf dem Lande lokalisiert waren. In den Bergbau- und Hüttengebieten übten 69 Prozent der Bauern eine Nebentätigkeit aus, in den Textilindustriegebieten sogar 73 Prozent. An der Nebenbeschäftigung waren Bauern verschiedener Vermögenslage, darunter sogar relativ wohlhabende, beteiligt. Die Nebenbeschäftigungen industriellen Typs hatten beständigeren Charakter und wurden besser bezahlt als die anderen. Letztere wurden nur gelegentlich oder saisonweise betrieben. Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft stieg in Kongreßpolen der Prozentsatz der Bauern, die eine Nebentätigkeit ausübten, weiter an. Untersuchungen darüber sind allerdings wegen der schlechten Quellenlage recht mühsam.

Die Nebenbeschäftigungen der Bauern sind nur ein Problem des sich entwickelnden Arbeitsmarktes auf dem Lande, der vornehmlich durch die Industrie, ihre unmittelbare Nachbarschaft maßgeblich beeinflusst und stimuliert wurde. Aber es war nicht immer nur die territoriale Nachbarschaft, die den Bauer mit dem in-

8 Śmiałowski, Józef, Zarobkowanie pozarolnicze, ludności rolniczej w Królestwie Polskim w latach przeduwłaszczeniowych, 1815-1864 (Die außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit der bäuerlichen Bevölkerung im Königreich Polen in den Jahren vor der Aufhebung der Leibeigenschaft, 1815-1864), Łódź 1973, 268 Seiten u. 16 Karten.

dustriellen Arbeitsmarkt in Kontakt kommen ließ. Auch Nachfrage und Angebot waren oft nicht ausschlaggebend. Sehr charakteristisch für die Formierung des Lohnarbeiters auf dem freien Markt war die erste Periode nach der Aufhebung der Leibeigenschaft und der Beseitigung des außerökonomischen Zwangs. Obwohl die freie Arbeitskraft auf dem Lande zunahm, litten Industrie, aber auch Güter in Kongreßpolen unter deren Mangel. Als Beispiel kann man den deutlichen Mangel an Holzfällern nennen, der nach Aufhebung der Leibeigenschaft noch spürbarer wurde. Der Mangel an Arbeitern auch in anderen Wirtschaftszweigen grenzte an eine Krisensituation. Untersuchungen haben erwiesen, daß die Krise "mit einer nie zuvor dagewesenen Kraft ausbrach" und einen akuten Verlauf nahm. Nicht geborgene Ernte blieb auf den Gutsfeldern liegen, Hochöfen mußten stillgelegt werden. Der Grund dafür lag in der Abneigung der von den Agrarreformen erfaßten Bauern (landlose Bauern ließen sich als Bergleute anwerben) gegen die Arbeit auf Herrngütern und die für sie wenig attraktive Arbeit in der Industrie. Auf einen Nebenerwerb waren vor allem die Kleinbauern angewiesen. Sie betrachteten ihre Grundstücke als Grundlage ihres Lebensunterhalts, und die Erwerbstätigkeit auf Lohnarbeiterbasis war für sie eine zusätzliche Einkommensquelle. Sie suchten nach einer gelegentlichen Saisonarbeit, möglichst in der Nähe ihrer Wirtschaft und gut bezahlt - und davon hatte die Industrie nur wenig anzubieten.

Nach einigen Jahren hat sich jedoch das Verhältnis der Bauern zur Industrie, vor allem zur Fabrikindustrie, geändert. Der krisenhafte Mangel an Arbeitskräften auf Gütern war nunmehr in den Industriegebieten chronisch geworden. 1879 beklagte sich ein Presseorgan der Großgrundbesitzer über die Abwanderung der Landbevölkerung im Industriegebiet von Łódź. "Unsere Piotrkówer Landgüter beklagen sich, wie übrigens das ganze Land, über den Mangel an Arbeitskraft (...); auch mit immer größerem Geldaufwand werden wir der Konkurrenz mit Łódź, das die Arbeiter zu Hunderten, ja! - zu Tausenden hinwegnimmt, nicht standhalten können."¹⁰

Wie die Migrationswelle nach Łódź answoll, davon zeugt am besten seine demographische Entwicklung. 1881 zählte Łódź 48 000 Einwohner, Anfang 1914 waren es bereits 225 000, und Ende des 19. Jahrhunderts bestand seine Einwohnerschaft zu mehr als drei Fünfteln aus Zuwanderern.¹¹

Diese zunehmende Migrationswelle zeugte von einem Mentalitätswandel der Landbevölkerung und bedeutete zugleich einen Wandel ihres bisher negativen Verhältnisses zur Arbeit in der Industrie. Kleinbauern, die sich der Hoffnungslosigkeit ihrer Aussichten auf Vergrößerung ihrer Grundstücke bewußt wurden, begannen Saisonarbeiten und gelegentliche Erwerbstätigkeiten aufzugeben und sich um eine Dauerarbeit zu bewerben. Die Arbeit in der Industrie fand nicht nur unter den Kleinbauern Anklang. Es kam vor, daß reiche Bauern ihren Söhnen eine Stellung in der Fabrik erkaufen, wenn sie auf andere Weise nicht zu beschaffen war. Die Laufbahn als Arbeiter schien den Bauern eine Möglichkeit sozialen und beruflichen Aufstiegs. Zunächst brachten sie jedoch ihre Bauernsitten und ihre ländliche

9 Jeziński, Andrzej/Kaczyńska, Elżbieta/Kowalska, Stefania/Piesowicz, Kazimierz, *Ekonomika górnictwa i hutnictwa w Królestwie Polskim 1840-1910* (Die Wirtschaft des Bergbaus und Hüttenwesens im Königreich Polen 1840-1910), Warszawa 1961, 357 Seiten.

10 *Gazeta Rolnicza* (Landwirtschaftszeitung), 1879, S. 410.

11 Janczak, Julian, *Rola migracji w rozwoju Łodzi* (Die Rolle der Migration bei der Entwicklung von Łódź), maschinenschriftlich vorhanden im Institut für Geschichte der Universität Łódź.

Die Kultur der suburbischen Dörfer wird von Volkskundlern, vor allem aus dem Kreis Łódź, erforscht. Sie greifen weit in die Vergangenheit der befreiten Dörfer zurück und beziehen die ehemaligen Arbeiterbezirke der Stadt Łódź mit ein. Die Ergebnisse werden in "Łódzkie Studia Etnograficzne" veröffentlicht. Der Einzug des bäuerlichen Brauchtums in die Stadt erschließt ein neues Forschungsgebiet. Wir können den Zusammenprall der Kultur einer Industriestadt mit der ländlichen Volkskultur beobachten. In den Ortschaften um Łódź kamen neue Handwerke auf, die den Bedarf der Industrie an Werkzeugen und anderen Gebrauchsgegenständen decken halfen. Aus der Kleidung der Landbevölkerung verschwanden handgewebte Stoffe und wurden durch in Fabriken erzeugte Stoffe ersetzt. Dagegen behaupteten sich bei den zugewanderten Arbeitern ländliche Sitten, Bräuche und Ernährungsgewohnheiten.¹² Der vom Lande stammende Teil der Arbeiterklasse hielt an der Bauernküche fest, beachtete die patriarchalische Vorrangstellung des Vaters, und auch in Familien, die sich aus erwachsenen, ihren Lebensunterhalt selbständig verdienenden Mitgliedern zusammensetzten, behaupteten sich noch verschiedene Formen der bäuerlichen Nachbarschaftshilfe.

Von unserem Untersuchungsgebiet sind die sozialen Umwälzungen der Landbevölkerung und der Prozeß des Übergangs von der feudalen Ständestruktur zur Schichten- und Klassengesellschaft, die sich aus der Formierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf dem befreiten Dorfe ergab, noch am wenigsten erforscht. Der Dorfhistoriker - und diese Fachrichtung vertritt sich auch - setzt diesen Prozeß als kausale Folgeerscheinung der kapitalistischen Fächerung an, die jedoch nur den Übergang von einer Schicht in die andere unter den von den Agrarreformen erfaßten Bauern sowie den Gutsbesitzern erklärt.¹³ Diese Auffächerung, deren Grundlage die Agrarstruktur, das heißt die Größe des Grundbesitzes, bildete, erstreckte sich nicht auf die landlosen Bauern. Und deren Zahl belief sich in Kongreßpolen auf über eine halbe Million, und sie stieg bis Ende des 19. Jahrhunderts, infolge der weiteren Auffächerung unter den Klein- und Mittelbauern auf eine Million an. Da die Kleinbauern in hohem Maße auf einen Nebenerwerb angewiesen waren, kann der Besitz eines Grundstücks nicht als zureichende Bedingung angesehen werden, sie denjenigen zuzurechnen, die der agraren Auffächerung unterlagen.

Die Klassen- und Schichtenstruktur entstand als Ergebnis der Aufhebung der Leibeigenschaft der kapitalistischen agraren Konzentration sowie der Proletarisierung eines bestimmten Teils von Bauern. Sie stellte die erste Etappe im Prozeß der Umwälzungen zur bürgerlichen Gesellschaft hin dar. In dieser neuen Struktur vollzogen sich Prozesse der Formierung von Berufsgruppen innerhalb einer bestimmten Schicht oder auch über Schichtengrenzen hinweg, die mit der agraren

¹² Łódzkie Studia Etnograficzne (Łodzer Ethnographische Studien), Bd. 15, Łódź 1973, 145 Seiten, - Der ganze Band ist den Einwirkungen der Stadt-Land-Beziehungen auf die Lebensgewohnheiten und kulturellen Ausdrucksformen der Arbeiter gewidmet.

¹³ Brodowska, Helena, Struktura agrarna i społeczna wsi po uwłaszczeniu (Die Agrar- und Gesellschaftsstruktur des Dorfes nach der Aufhebung der Leibeigenschaft), in: Historia Chłopów Polskich (Geschichte der polnischen Bauern), Bd. 2: Okres Zaborów (Die Annexionsperiode), unter der Red. v. Stefan Inglot, /Warszawa/ 1972, S. 404-425; Groniowski, Krzysztof, Kwestia agrarna w Królestwie Polskim 1871-1914 (Die Agrarfrage im Königreich Polen 1871-1914), Warszawa 1966, S. 19 - 127.

Auffächerung nicht erklärt werden können.¹⁴ Vieles läßt sich dagegen aus der sich entwickelnden Industrialisierung erklären, und zwar nicht nur für die Stadt, sondern auch für das Land, wo Brauereien, Zuckerfabriken, Ziegeleien und andere Betriebe als Bestandteile von Gütern entstanden,

Landlose und Kleinbauern ließen sich am häufigsten von der Industrie und von Gütern - insbesondere industriell produzierenden Gütern - anwerben und bildeten eine Kategorie der ständigen Lohnarbeiter. Oft waren sie als angelernte Handwerker tätig. Eine zweite Kategorie von Lohnarbeitern war in der nicht industrialisierten¹⁵ Landwirtschaft beschäftigt - auf Herrngütern und bei reichen Bauern.

Das Verhältnis zur Industrie bildet eine wichtige Klassifikationsgrundlage für die differenzierte Gruppe von Landarbeitern. Es ist zugleich ein schichtenbildender Faktor für die gesamte Landbevölkerung in bezug auf die Sozial- und Berufsstruktur. Der industrielle Arbeitsmarkt zog neben den landlosen Bauern und kleinbäuerlichen Tagelöhnern auch Mittel- und reiche Bauern an. Damit stimulierte er die weitere Auffächerung. Er trug zur Bildung neuer Berufsgruppen bei, indem er das Interesse am Hausgewerbe, am Transportwesen und an anderen außerlandwirtschaftlichen Betätigungen entwickelte. Dies führte auch zur Spezialisierung der Bauernwirtschaften.

Die Einbeziehung der kapitalistischen Industrialisierung in die Dorfgeschichte erweitert und inspiriert entsprechende Untersuchungen und bringt sie der Geschichte der Stadt, der Industrie und der Arbeiterklasse näher.

Von eigenen Untersuchungen über die Dörfer bei Łódź und einen relativ kleinen Bezirk des Industriegebietes von Łódź gestützt, will ich jetzt in beschreibender Form den Wandel in der Struktur der Landbevölkerung darzustellen versuchen. Detaillierte Ergebnisse der einzelnen Untersuchungen mit statistischen Angaben werden seit Jahren im "Rocznik Łódzki" veröffentlicht. 1966 erschien ein Sammelband von Studien und Forschungsmaterialien,¹⁶ 1979 eine Kollektivarbeit, die die Befunde jüngster Untersuchungen enthält und auch Materialien aus anderen Forschungszentren berücksichtigt¹⁷. Das alles bildet eine zuverlässige Grundlage dafür, den Einfluß der kapitalistischen Industrialisierung auf die Sozial- und Berufsstruktur der Landbevölkerung zur Zeit der großindustriellen Entwicklung bis zum ersten Weltkrieg darstellen zu können.

14 Rychliński, Stanisław, Rodzaje drabiny społecznej (Formen der sozialen Hierarchie), in: Przegląd Socjologiczny, Nr. 1-2/1939; derselbe, Warstwy społeczne (Soziale Schichten), in ebenda, Nr. 1-4/1946.

15 "Industrialisiert" bedeutet hier und in ähnlichem Zusammenhang, daß zu den betreffenden Gütern eigene Verarbeitungsbetriebe (z. B. Zuckerfabriken, Brauereien, Mühlen, Sägewerke, Ziegeleien) gehörten, ferner, daß der Mechanisierungsgrad bei den Feldarbeiten dort relativ hoch war. Dadurch unterschieden sich diese Güter deutlich von den typisch landwirtschaftlichen Produktionsbetrieben, auch von jenen, die sich mit der Produktion von Saatgut und der Aufzucht von Tieren befaßten.

16 Uwłaszczenie chłopów i mieszczań-rolników (Die Aufhebung der Leibeigenschaft von Bauern und Ackerbürgern), unter der Red. v. Helena Brodowska, Łódź 1966, 385 Seiten = Studia i materiały do dziejów Łodzi i Okregu Łódzkiego (Studien und Materialien zur Geschichte von Stadt und Bezirk Łódź).

17 Tradycja i nowoczesność wsi kapitalistycznej w przemysłowych rejonach Polski środkowej (Traditionelle und neue Züge des kapitalistischen Dorfes in

Der Beginn des Strukturwandels unter der Landbevölkerung wird zeitlich mit der Aufhebung der Leibeigenschaft gleichgesetzt. Gerade zu dieser Zeit wurde die starke standesmäßige Heterogenität der Landbevölkerung reduziert, und zwar stärker bei den Bauern als unter dem Adel. Es verschwindet die Kategorie des kleinen Pächters von Nutzflächen (des "zagrodnik", "ogrodnik", "kopiarcz", "kątnik", "jednosielski" usw.), der nunmehr das bisher nur genutzte Grundstück sein eigen nannte und damit in der Bauernschicht aufging. Andere von den Agrarreformen nicht erfaßte Dorfbewohner, wie Häusler und Hofgesinde, waren nach wie vor landlos und wurden somit proletarisiert. Die landlose Bevölkerung in Kongreßpolen belief sich 1810 auf 18 Prozent, 1846 auf 24 Prozent, 1859 auf 30 Prozent und 1901 auf 17 Prozent.¹⁸ Die folgende Tabelle gibt die Zahl der Bauernwirtschaften, die nach der Aufhebung der Leibeigenschaft entstanden sind, und den Stand gegen Ende des 19. Jahrhunderts (insgesamt sowie in kleine, mittelgroße und große unterteilt) an. Als untere Grenze für große Bauernwirtschaften wird gewöhnlich eine Fläche von zirka 10 Hektar (20 Morgen) angesetzt. In der Tabelle liegt diese Grenze dagegen bei 8,4 Hektar (15 Morgen), weil die Daten auf der russischen Statistik beruhen, Wirtschaften bis zu einer Größe von 1,7 Hektar werden in unseren statistischen und anderen Arbeiten zur Agrarstruktur als bäuerliche, mitunter auch als "Zwerg"-Wirtschaften geführt. Der Lebensunterhalt einer Familie war freilich damit nicht zu bestreiten. Aber auch wenn ihre Besitzer auf eine weitere Erwerbstätigkeit angewiesen waren, bildete doch die Wirtschaft den Grundstock des Lebensunterhaltes der betreffenden Familien.

Bauernwirtschaften in Kongreßpolen

| | Bis 3 Morgen (1,7 ha) | In % | 3-15 Morgen (1,7-8,4 ha) | In % | Über 15 Morgen (8,4 ha) | In % | Gesamt- zahl der Bauern- wirt- schaf- ten |
|------|-----------------------------|------|--------------------------------|------|-------------------------------|------|--|
| 1866 | 114 542 | 22,3 | 190 323 | 37,0 | 209 248 | 40,7 | 514 113 |
| 1899 | 107 574 | 15,0 | 319 097 | 44,5 | 292 586 | 40,5 | 717 257 |

Die Agrarstruktur bildet die Grundlage der sozialen Aufteilung der Bauernschicht, und die jeweilige Zahl der Bauernwirtschaften zeigt die Verschiebungen zwischen den einzelnen Schichten an. Aus diesem Orientierungsrahmen, der auf dem Kriterium des Eigentums an Bodenfläche beruht, fällt zwangsläufig das Dorfproletariat heraus, das an sich landlos war und in der soziologischen Literatur oft als eine soziale Klasse aufgefaßt wird. Die zwei niedrigsten bäuerlichen Schichten, die Klein- und landlosen Bauern, wurden am stärksten vom Industrialisierungsprozeß erfaßt, der die Berufsstruktur der gesamten Landbevölkerung mitbestimmte. Durch die Industrialisierung erfolgte eine Polarisierung der Bauernschichten, die sich ursprünglich aus heterogenen Gruppen zusammensetzten. Es verschwanden die Gruppen, die dem Herrengut, der Kirche, aber auch dem Staat

den Industrieregionen Mittelpolens), unter der Red. v. Helena Brodowska, Łódź 1979 = Acta Universitatis Lodziensis/Zeszyty Naukowe Uniwersytetu Łódzkiego, Nauki Humanistyczno-Społeczne, Folia Historica, Reihe 1, Nr. 43.
¹⁸ Vgl. Historia Chłopów Polskich, Bd. 2, a. a. O., S. 365.

genüber zu Arbeitsleistungen verpflichtet waren. Andere Gruppen behielten zwar ihre Bezeichnung bei, gingen jedoch in der neuen Schichten- und Klassenstruktur auf. Es entstanden aber auch neue Gruppen, vornehmlich in der Schicht der Landlosen, aus denen sich verschiedene Arbeiterkategorien herausbildeten (Land-, Industrie-, Saison-, ständige Arbeiter, Tagelöhner und andere mehr) - darunter auch die "Gelegenheitsarbeiter" auf dem Lande.

Die Bezeichnung "wyrobnik" (Gelegenheitsarbeiter) gab es auch schon früher; ihr Bedeutungswandel muß jedoch noch genauer untersucht werden. Sie bezog sich auf ungelernete Arbeitskräfte im Zunfthandwerk, in der Manufaktur oder aber in der Fabrik¹⁹ und erstreckte sich auf die Bauern, die sich auf den Weg in die großen Städte bzw. Ansiedlungen oder Industriezentren machten, um dort Arbeit zu suchen. Die ländlichen "Gelegenheitsarbeiter" bildeten eine besondere Gruppe innerhalb der Schicht der Landlosen in der feudalen Struktur. Sie waren lediglich lose und nur gelegentlich mit Hof und Dorf verbunden. Sie arbeiteten als Tagelöhner, im Akkord oder als Saisonarbeiter. Als Vergütung für ihre Arbeit bekamen sie oft ein Ackerbeet und Unterkunft bei einem Bauern. Am häufigsten hausten sie jedoch in Siedlungen oder kleinen Städten und fristeten ihre Existenz in äußerster Not. Nur ungern leisteten sie Dienste auf Bauern- und Gutshöfen, weil das ihre Freiheit beschnitt, und diese wußten sie zu schätzen. Deshalb wurden sie oft "Landstreicher" und "Faulenzer" genannt. 1859 machten sie 8,1 Prozent der Gesamtbevölkerung in Kongreßpolen aus. In späteren Statistiken berücksichtigte man sie nicht mehr. Sie begegnen uns als Eigentümer kleiner Äcker oder als direkte Proletarier, die sich als Arbeiter auf Bauern- und Gutshöfen oder aber auch bei selbständigen Hausgewerbetreibenden verdingten. Unter den "Gelegenheitsarbeitern" waren sowohl Klein- als auch landlose Bauern, mitunter auch Pächter eines kleinen Stücks Ackerland, die unter fremdem Dach oder bei Verwandten wohnten. Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft wurden sie zu Tagelöhnern. Oft mußten sie mit ihrer Arbeit Schulden bei wohlhabenden Bauern begleichen. Auf den Gutshöfen waren sie, wie gesagt, selten anzutreffen. Zu dieser Gruppe gehörten auch zweitklassige Handwerker, die ihre Arbeit zu Hause oder anderswo verrichteten. Dieser in sich differenzierten Gruppe war eins gemeinsam: die niedrigste Stellung auf der sozialen Stufenleiter der Bauernschaft, gemessen an der Eigentumsstruktur als Orientierungsmaßstab. Eine deutliche Markierungslinie zwischen landlosen und landarmen Bauern läßt sich nicht ziehen. Auch die landlosen "Gelegenheitsarbeiter" wohnten in der Regel im bäuerlichen Teil des Dorfes und nur selten zusammen mit dem Gesinde auf Gutshöfen. Innerhalb der landarmen und landlosen Landbevölkerung wiesen die "Gelegenheitsarbeiter" die höchste Mobilität auf. Dies gilt sowohl im territorialen Sinne wie auch in bezug auf die sozialen und beruflichen Aktivitäten. Während die übrige Landbevölkerung im wesentlichen an der Tradition festhielt, waren sie Träger des Fortschritts. Bei den Kämpfen der Bauern gegen Gutsherren und gutsherliche Pächter wurden sie oft zu Anführern. Eine gleiche Rolle spielten sie später in fortschrittlichen Strömungen. Während der Revolution 1905 bis 1907 waren viele von ihnen Verbindungsleute zwischen den Bauern und Landarbeitern; sie sind auch als Sendboten der Revolution in den Reihen der Agitatoren der Arbeiterbewegung anzutreffen. Sie betätigten sich ferner in den Gemeindebewegungen, ungeachtet dessen, daß sie zur Teilnahme an den Gemeindeversammlungen nicht berechtigt waren.

19 Uprzemysłowienie ziem polskich w XIX wieku. Studia i materiały (Die Industrialisierung der polnischen Lande im 19. Jh. Studien und Materialien), unter der Red. v. Irena Pietrzak-Pawlowska, Wrocław/Warszawa/Kraków 1970, S. 99.

Schon diese fragmentarischen Daten über die "Gelegenheitsarbeiter" berechtigen zur Aufnahme breiter angelegter Studien - die übrigens schon im Gange sind - über ihre Zahl, Zusammensetzung, Verteilung, ihre Rolle und Funktion in der sozialökonomischen und ideologischen Entwicklung des Dorfes. In der Geschichtsschreibung über das Dorf nach den Agrarreformen wurde diese Thematik lediglich als Randproblem behandelt; denn sie sprengt den Rahmen der sich nach der Agrar- und Eigentumsstruktur ausrichtenden Analyse, die ihrerseits jedoch kein ausreichendes Bild von der Aufgliederung der Bauern nach der Aufhebung der Leibeigenschaft vermittelt.

Die Lohnarbeiter mit von vornherein befristetem Arbeitsverhältnis wiesen im Industriegebiet von Łódź, wo ich mich durch eigene Untersuchungen über die Dörfer um Łódź vergleichsweise am besten auskenne, die weitaus größte territoriale wie auch soziale und berufliche Mobilität auf. Sie hatten den Hauptanteil an der Entwicklung der dortigen Arbeiterklasse seit der Mitte der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Dies bezeugt deutlich die große Bedeutung dieser Bevölkerungsteile, die nicht zu den ständigen Einwohnern dieses Stadtgebietes zählten. Ende des 19. Jahrhunderts waren sie in vielen Dorfgemeinden in der Nähe der Industriezentren sogar in der Mehrheit.²⁰

Der Übergang der Landbevölkerung in die Reihen der Arbeiterklasse, bei einem Rückgang der Zuwanderung im 20. Jahrhundert bis zum ersten Weltkrieg, hatte im Gebiet von Łódź einen sprunghaften Charakter und erfolgte etappenweise als Wanderung einzelner Personen und ganzer Familien in das drei Städte umfassende Industriezentrum: nach Łódź, Pabianice und Zgierz oder in kleine Orte seines wirtschaftlichen Einzugsbereiches, wie Aleksandrów, Konstantynów, Zduńska Wola und andere. Die etappenweisen Wanderungen - zunächst erfolgte die Arbeitssuche möglichst in der Nähe des Wohnortes - waren ein guter Auftakt für die Anpassung an die neuen Bedingungen in der Stadt, für die Umstellung von der Bauernarbeit auf die Arbeit in der Industrie. Dieser Anpassungsprozeß erfolgte unter ständigem Kontakt mit den Familienangehörigen bzw. Verwandten auf dem Lande, was die Übertragung ländlicher Bräuche und Lebensgewohnheiten in die Stadt noch begünstigte; daraus ergibt sich auch eine für Łódź spezifische Situation, über die Missalowa schreibt, daß "die Arbeiter bäuerlicher Abstammung die alte Generation der Fabrikarbeiter in sich gleichsam aufgenommen und die Traditionen der Volkskultur dauerhaft (oft bis auf den heutigen Tag) auf den Grund der großen Städteagglomeration transponiert haben."²¹ Die bäuerliche Volkskultur, oft regional und sozial differenziert, wurde nach ihrer Vermengung mit Elementen der städtisch-industriellen Kultur zum dauernden Bestandteil der Arbeiterkultur.²²

20. Brodowska, Helena, Kapitalistyczne przeobrażenia podłódzkich wsi gminy Chojny (Kapitalistische Umwälzungen in den bei Łódź gelegenen Dörfern der Gemeinde Chojny), in: Studia i materiały do dziejów Łodzi..., a. a. O.; Pełka, Bolesław, Procesy przekształcania podłódzkiej wsi Widzew w robotniczą dzielnicę miasta (Prozesse der Umgestaltung des Dorfes Widzew bei Łódź zu einem Arbeiterwohnviertel der Stadt), in: ebenda.

21. Missalowa, Grzyzelda, im Zusammenwirken mit Fijałek, Jan/Pełka, Bolesław/Pús, Wiesław, Przemysł włókienniczy (Die Textilindustrie), in: Uprzemysłowienie ziem polskich..., a. a. O., S. 244.

22. Rychliński, Stanisław, Zależność procesów demokratyzacji kultury od dynamiki społecznej (Die Abhängigkeit kultureller Demokratisierungsprozesse von der

Den Historiker des Dorfes interessiert nicht so sehr der Prozeß des Übergangs der Bauern in die Arbeiterklasse, sondern vielmehr die Beeinflussung des Dorfes, seiner Lebens- und Arbeitsbedingungen durch die Stadt. Mit einem Satz: Was hat sich auf dem Lande durch die Entwicklung der Industrie und die Formierung der Arbeiterklasse geändert? Wie Untersuchungen nachweisen, war im 19. Jahrhundert und sogar noch in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen "der Einfluß des Industriegebietes von Łódź auf das agrare Hinterland lange Zeit wenig spürbar und hatte komplexen Charakter ... infolgedessen konnten auch die in der unmittelbaren Nähe der Industriezentren gelegenen Dörfer unverändert bleiben."²³

Die Ausstrahlungskraft der jungen städtischen Industrieagglomerationen versiegte beim Zusammenstoß mit der bäuerlichen Volkskultur und dem Lebens- und Arbeitsstil des Dorfes.

Anders sah die Situation der Dörfer in den alten Industriegebieten aus, insbesondere in der Nähe der Großstädte mit jahrhundertelanger Geschichte, wie Warschau. Das hebt auch die soziologische Literatur hervor, die sich zwar mit Problemen der Gegenwart befaßt, aber zugleich die Vergangenheit teilweise mit einbezieht.²⁴ Sie schreibt den Städten die dominierende Rolle bei der Veränderung der Verhältnisse auf dem Lande zu. Diese führende Rolle vermißt man im Falle der neu entstandenen Industriestädte, wie etwa im Industriegebiet von Łódź, wo die zugewanderte Bevölkerung dominierte. Den Umwandlungsprozeß auf dem Lande stimulierten hier die Nebenbeschäftigung in der Industrie sowie die Mobilität bestimmter Gruppen der Landbevölkerung, insbesondere der "Gelegenheitsarbeiter". Diese Beweglichkeit war nicht ausschließlich auf die Stadt gerichtet. Ein Teil der "Gelegenheitsarbeiter", die auf dem Lande zurückgeblieben waren, reagierte schneller als die Landwirte auf die Bedürfnisse des lokalen Marktes und legte die Arbeit in der Landwirtschaft, auf Guts- oder Bauernhöfen, nieder, um sich von gutswirtschaftlichen Verarbeitungsbetrieben (Zuckerfabriken, Brauereien, Ziegeleien usw.) oder aber auch von den Hauswebern und anderen Handwerkern auf dem Lande anwerben zu lassen.

Mit den "Gelegenheitsarbeitern" wanderten auch die Söhne der Mittelbauern - seltener ihre Töchter - ab (die meisten abwandernden Frauen stammten aus den Familien der "Gelegenheitsarbeiter"). Die Jugend aus den Bauernfamilien ging in die Stadt, in der Hoffnung, schneller als auf dem Lande, wo sich noch die

gesellschaftlichen Entwicklung), in: *Przegląd Socjologiczny*, Nr. 1/1959; Lipiński, Andrzej, *Pozostałości kultury tradycyjnej w Łódzkich rodzinach robotniczych* (Die Konstanz der traditionellen Kultur in Arbeiterfamilien von Łódź), in: *Łódzkie Studia Etnograficzne*, Bd. 7, Łódź 1965, S. 5 - 39.

²³ Kopczyńska-Jaworska, Bronisława, *Zmiany podstaw bytowych wsi w procesie regionalizacji kulturowej Polski środkowej* (Wandlungen der Grundlagen dörflicher Lebensweise im Zuge der kulturellen Regionalisierung Mittelpolens), in: *Prace i Materiały Muzeum Archeologicznego i Etnograficznego w Łodzi* (Arbeiten und Materialien des Archäologischen und Ethnographischen Museums in Łódź), Nr. 19/1976, S. 271.

²⁴ Turski, Ryszard, *Przemysł a przemiany wsi* (Industrie und Wandlungen des Dorfes), in: *Przemysł i społeczeństwo w Polsce Ludowej* (Industrie und Gesellschaft in Volkspolen), hg. v. Jan Szczepański, Wrocław/Warszawa/Kraków 1969, S. 344 - 371; Szczepański, Jan, *Ogólna charakterystyka zmian w społecznościach lokalnych pod wpływem przemysłu* (Allgemeine Charakteristik der Veränderungen in den lokalen Gemeinwesen unter dem Einfluß der Industrie), in: ebenda, S. 389 - 395.

patriarchalische Vorrangstellung des Vaters behauptete, der gewöhnlich bis in seine alten Tage auf sein Verfügungsrecht über die Wirtschaft pochte, selbständig zu werden. Es waren also nicht nur ökonomische Gründe, die die Mobilität der Landbevölkerung stimulierten.

Die Ermittlung selbst einer nur annähernden Zahl der abwandernden "Gelegenheitsarbeiter" und Bauernjugend würde die in der einschlägigen Literatur oft vertretene Behauptung über den Konservatismus und die Traditionsgebundenheit der Bauern, ihre Seßhaftigkeit auf dem Lande, in ein neues Licht rücken.

Die Industrialisierung hat die junge Bauerngeneration mitgerissen - das beweisen die Untersuchungen über die Migrationsbewegungen nach dem Einzugsgebiet von Łódź in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Unter der dortigen Bevölkerung dominierte die bäuerliche Abstammung. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war der Anteil der Landbevölkerung an der Migration nach Łódź verschwindend klein; es dominierten die Zuwanderer aus Kleinstädten und eine beträchtliche Gruppe Ausländer. Die Zuwanderung der Landbevölkerung nach Łódź nahm im 20. Jahrhundert ab. Die größte Mobilität entfiel zu der Zeit, als die Landbevölkerung unter den Zuwanderern noch dominierte, also in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, auf die Zwanzig- bis Neunundzwanzigjährigen. Der überdurchschnittlich hohe Prozentsatz an Zuwanderern bei den Zwanzig- bis Neunundfünfzigjährigen beeinflusste die Altersstruktur der Bevölkerung von Łódź. Ein typischer Zug der Migration war auch der beträchtliche Anteil der Frauen.

In den Jahren 1893 bis 1913 war alles in allem der Zustrom an Frauen größer als der an Männern, und dies bei steigender Tendenz. Dieser Tatbestand ergab sich aus dem textilindustriellen Charakter der Stadt und ihrem für Frauen relativ günstigen Arbeitsangebot.²⁵ Die Frauen arbeiteten in den Fabriken zusammen mit den Männern, wurden aber schlechter entlohnt. Sie übten verschiedene Tätigkeiten in weniger mechanisierten Produktionsabteilungen aus. Viele von ihnen arbeiteten als Haushaltshilfen oder verrichteten andere Hilfsarbeiten. Auch die Männer konnten nicht ohne Schwierigkeiten eine Arbeit in der Fabrik finden. Auf die Arbeit in der Industrie nicht vorbereitet, übten sie ihnen vertrautere Tätigkeiten aus, zum Beispiel beim Straßenbau oder im Transportwesen. Der Ausbau von Industriestädten, insbesondere von Fabrikanlagen in den Randbezirken von Łódź und im ganzen Textilindustriegebiet, bot ihnen bessere Möglichkeiten als in landwirtschaftlichen Regionen oder auch im Altpolnischen Bergbau- und Hüttenindustriebecken, Feld- und Industriearbeit miteinander zu verbinden.

Gleichzeitig mit dem wachsenden Angebot an Nebenbeschäftigungen, was wiederum mit der industriellen Besiedlung sowohl in der Region von Łódź als auch in Żyrardów bei Warschau zusammenhing, bot sich der Landbevölkerung die Möglichkeit, einen nichtbäuerlichen Beruf zu erlernen. So wuchs die Zahl der angelegerten Handwerker, die für die lokalen Absatzmärkte arbeiteten. In den Gegenden um Łódź vergrößerte sich die Zahl der Schmiede, die Hufeisen herstellten und sich aufs Beschlagen der Pferde spezialisierten. Dies geschah im Zusammenhang mit der Entwicklung des Sports von Rohstoffen in die Fabriken sowie - auf dem Rückweg - von Textilien aus den Fabriken.

Unter den außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungen war in der Region von Łódź die Hausweberei am meisten verbreitet. Ein ausgebautes Verlagsssystem verband

²⁵ Janczak, Julian, a. a. O.

ganze Dörfer und Siedlungen, wie Zelów, Kuców, Dłutów und andere, mit den Textilindustriebetrieben und wirkte damit stimulierend auf die ständig wachsende Zahl von Bauern, die sich auf ein Handwerk, vor allem die Weberei, spezialisiert hatten und die zwar noch ihre Grundstücke bearbeiteten, dies aber nur als Nebenbeschäftigung betrachteten.

Die Weber interessierten sich im allgemeinen für die Feldarbeit wenig und vernachlässigten ihre Bauernwirtschaften. Die Weberei stand nicht immer an erster Stelle. Sie war aber weit verbreitet und zählte oft zu den Nebenbeschäftigungen der Bauern.

Eine Statistik aus dem Jahre 1897 bezeugt, daß im Gouvernement Piotrków 10,5 Prozent der gesamten Landbevölkerung die Weberei als Nebenbeschäftigung betrieb; im Warschauer Gouvernement waren es 12,7 Prozent. Obwohl eine Statistik der beruflichen Weberei fehlt, lassen auch schon die bisherigen Ermittlungen den Schluß zu, daß diese Art der Erwerbstätigkeit in der Region von Łódź dominierte.²⁶

Die Gruppe der Weber auf dem Lande war durch ihr separates Verhältnis zur Landwirtschaft empfänglicher für die Einflüsse der Stadt als die echten Bauern. Eine große Zahl von Webern in den Dörfern um Łódź und Łęczycza, wo die Weberei den Rang eines eigenständigen Berufes erlangte, nahm eine besondere Stellung in der Dorfhierarchie ein. - Die Weber entwickelten ein ausgeprägtes Standesbewußtsein, das ihnen das Gefühl gab, über den Landwirten zu stehen, wie volkskundliche Forschungen bestätigen. Diese Überzeugung hatte ihre Quelle in der Pflege des ständigen Kontaktes mit der Stadt, was sie als Vermittler und Repräsentanten der städtischen Kultur auf dem Lande erscheinen ließ.²⁷

Unter der Landbevölkerung der Region von Łódź hatte die Weberei den Rang eines angesehenen Berufes erlangt, den sowohl die "Gelegenheitsarbeiter" als auch die Landwirte für ihre Kinder anstrebten. Lehrstellen bei Zunftmeistern der Weberei waren daher sehr begehrt.

Die außerlandwirtschaftlichen Nebenbeschäftigungen industriellen Charakters sicherten ein ständiges Einkommen und hoben sich somit von den Gelegenheits- und Saisonarbeiten deutlich ab. Durch sie wurden Bauern zu Arbeitern. So formierten sich auf dem Lande als neue soziale Gruppe "Bauern-Arbeiter" und "Arbeiter-Bauern".²⁸ So werden sie jedenfalls in der heutigen polnischen Terminologie bezeichnet. Zu der zweitgenannten Gruppe würde ich die Weber in der Region von Łódź rechnen, die im Verlagssystem arbeiteten und das Weben den Feldarbeiten vorzogen, auch wenn sie auf ihre Grundstücke, insbesondere aber ihre Anwesen nicht verzichten wollten.

Nach der Auffassung einiger Soziologen und Kulturwissenschaftler übte die Industrialisierung einen destruktiven Einfluß auf die bestehenden sozialen Beziehungen auf dem Lande aus. Von anderer Seite kommt die Meinung, daß durch den Ader-

26 Żółtaszek, Józef, Chałupniczy przemysł tkacki w okręgu łódzkim (Das Hauswebergewerbe im Bezirk Łódź), Warszawa 1928.

27 Lechowa, Irena, Ekonomiczne i społeczne podstawy tkactwa chałupniczego w Dłutów/woj. Łódzkie (Ökonomische und soziale Grundlagen der Hausweberei in Dłutów/Wojewodschaft Łódź), in: Łódzkie Studia Etnograficzne, Bd. 2, Łódź 1960, S. 5-44; Mulkiewicz-Goldbergowa, Olga, Badania etnograficzne w okręgu przemysłowym bełchatowskim (Ethnographische Forschungen im Industriebezirk Bełchatów), in: ebenda, Bd. 6, Łódź 1964, S. 53 - 59.

28 Zu den Begriffen "Arbeiter-Bauern" und "Bauern-Arbeiter" vgl. Anm. 7.

laß bäuerlicher Arbeitskraft zugunsten der Stadt die Vitalität des Dorfes untergraben wurde. Auch in unseren Untersuchungen stellten wir negative Auswirkungen der Entwicklung von städtischen Industrieagglomerationen auf die Bauern fest: Verlust an Nutzflächen, die Jagd der Bauern nach Profit und Bereicherung, typische Erscheinungen kapitalistischer Verhältnisse, unter denen die Empfindlichkeit gegen Unrecht und die Not des Mitmenschen abstumpft. Es verbreitete sich unter den Bauern die Nachahmung nicht gerade bester Muster städtischer Lebensweise, und zwar in allen Bereichen. Gleichzeitig aber half die Industrialisierung die ökonomische und soziale Isolierung des Dorfes überwinden, indem sie seine Arbeitskraft, vor allem die der jüngeren Generation, und seine Erzeugnisse einem breiteren Arbeits- und Warenmarkt zuführte. Der Zusammenprall der modernen Technik und Industrieorganisation mit der traditionsgebundenen, feudalen Struktur und feudalen sozialen Verhältnissen noch nicht entwachsenen Landwirtschaft verursachte viele negative Folgen.

Wenig konstruktiv scheinen die Auffassungen zu sein, die den Industrialisierungsprozeß und seine mitunter negativen Auswirkungen auf dem Lande nach moralischen Kategorien zu werten suchen. Darüber wollen wir uns auch nicht länger auslassen; wir wollen es lediglich bei der Bemerkung bewenden lassen, daß die sich seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Kongreßpolen dynamisch entwickelnde Industrie so manchen Wandel in den Verhältnissen auf dem Lande verursachte. Dieser Wandel war vor allem in der unmittelbaren Nähe der Industriegebiete sichtbar. Der Einfluß der Industrie auf die Dörfer ist umgekehrt proportional zur Radiuslänge des um das Industriezentrum gezogenen Kreises, in dessen Wirkungsbereich sich das jeweilige Dorf befindet.

Die Analysen des Anfangsstadiums der im 19. Jahrhundert zunehmenden Migrationswelle der Landbevölkerung nach Łódź lassen auf keine besondere Anziehungskraft der dortigen Industriesiedlungen schließen. In den nachfolgenden Jahren wurde diese Anziehungskraft jedoch stärker und reichte über die Gebiete der Gouvernements Piotrków, Kalisz und Warschau hinaus. Sie erstreckte sich jedoch nicht auf die Gegenden östlich der Weichsel. Nur selten konnte man im 19. Jahrhundert einen Bewohner von Łódź antreffen, der aus dem Gebiet östlich der Weichsel stammte. Die Weichsel bildete eine Grenzlinie auch in anderem Sinne: Westlich von ihr lagen Industriegebiete, östlich - landwirtschaftliche Regionen. Die Migration nach Warschau zog weitere Kreise als die nach Łódź. Seine besondere Anziehungskraft verdankte Warschau seinem Status der Hauptstadt, den es auch während der Aufspaltung Polens nicht einbüßte und der nach wie vor auch auf die Landbevölkerung stark einwirkte. Nach Warschau zogen aus den nordöstlichen Gebieten Kongreßpolens die meisten Handwerker. Mißt man Entwicklung und Verfall des Handwerks beim Zusammenstoß mit der kapitalistischen Industrialisierung an seiner, wie es Kaczyńska nennt, "Widerstandsfähigkeit" gegen die Expansion der Fabrikindustrie,²⁹ so sind im Industriegebiet von Łódź vor allem die kleinen Städte und Städtchen, die dort eine große städtisch-ländliche Agglomeration bildeten, dessen Domäne. Die Migration nach Łódź sowie in die älteren benachbarten Städte, wie Pabianice und Zgierz, und ebenso in die jüngeren, wie Konstancynów und Aleksandrów, erfolgte konzentrisch in ringförmigen Richtungen. Der erste, dem Industriezentrum am nächsten liegende Ring mit großer nach Łódź gerichteter Aktivitätsdynamik formierte sich schon in der frühen

²⁹ Kaczyńska, Elżbieta, Społeczeństwo i gospodarka północno-wschodnich ziem Królestwa Polzkiego w okresie rozkwitu kapitalizmu (Gesellschaft und Wirtschaft der nordöstlichen Gebiete des Königreichs Polen in der Zeit der Entfaltung des Kapitalismus), Warszawa 1974, S. 159 - 172.

Periode der großindustriellen Entwicklung. In seinem einige Quadratkilometer zählenden Bereich hat sich die soziale und Berufsstruktur der Bevölkerung völlig verändert. Ehemalige Bauern wurden Arbeiter bzw. "Arbeiter-Bauern"; hinzu kamen eine große Zahl von Handwerkern sowie einige kleine Kaufleute. Die kaufmännische Bevölkerung und die der kleinen Handwerker konzentrierte sich in einem dem alten Wohngebiet von Łódź benachbarten Dorf (Bałuty); dieses Dorf wurde bald zum Vorort von Łódź, noch lange bevor es von den Stadtbehörden formal eingemeindet wurde.³⁰ In Dörfern, die im weiter vom Industriezentrum entfernten Ring lagen, formierten sich zahlreiche Gruppen von "Bauern-Arbeitern" neben Hauswebern. Für die Agrarstruktur war die Dekonzentration charakteristisch, die sich noch gegen das Industriezentrum hin verstärkte.

Für die soziale und Berufsstruktur unter der Bevölkerung des ersten Ringes, der unmittelbar vom industriellen Arbeitsmarkt beeinflusst war, ist eine große Differenziertheit charakteristisch. Gegenüber der einheimischen Bevölkerung dominierte die ortsfremde Bevölkerung, die in Fabriken arbeitete und verschiedenartige Dienste leistete. Auf die Probleme des Dorfes zurückkommend, muß man den Einfluß der Industrialisierung auf die Entwicklung der sozialen und Berufsstruktur der Bauern hervorheben, die durch verschiedenartige außerlandwirtschaftliche Arbeiten und Erwerbstätigkeiten mit der Industrie verbunden waren: durch die unmittelbare Arbeit in der Fabrik, aber auch in anderen Bereichen, wie im Transportwesen oder beim Industrieanlagen- und Wohnungsbau. Und neben ihnen entstand eine ganze Armee von Saisonarbeitern, die als nichtqualifizierte Arbeitskräfte gelegentlich und nur zeitweise in den Fabriken beschäftigt wurden, das Dorfproletariat vermehrend. Dieses Dorfproletariat unterschied sich von den Landarbeitern und dem Gesinde der Gutshöfe. Die Dorfproletarier standen in der sozialen Hierarchie noch niedriger, auch wenn sie zuweilen ein Stück Ackerland besaßen, das sie jedoch auf der Suche nach einer Arbeit in der Industrie meistens vernachlässigten. Aus Mangel an entsprechenden Statistiken und Quellendokumenten verlieren die Forscher diese Gruppe oft aus den Augen; sie ist als soziales Produkt innerhalb der Bauernschicht entstanden - als Folgeerscheinung der Industrialisierung. In der Dorfhierarchie stand sie weit niedriger als die "Bauern-Arbeiter" und "Arbeiter-Bauern", wohnte ständig auf dem Lande, gehörte zur Schicht des Landproletariats und bildete freie Arbeitskraft auf dem Lande.

Ich möchte noch auf eine andere, durchaus nicht neue Gruppe von Bauern hinweisen, die sich von der bereits erwähnten Bauerngruppe weder sozial noch beruflich unterschied. Es handelt sich bei ihr um die in den Gegenden um Łódź angesiedelten Kolonisten. Da sie sich meist weitgehend einer andersartigen Nationalität zugehörig fühlten, führten sie ein von den polnischen Bauern isoliertes Leben. Auf dem Lande waren das meistens Deutsche. Bei Angaben über ihre zahlenmäßige Größe stützten wir uns auf die Konfessionsstatistik, weil die Zahl der Deutschen annähernd mit der der Protestanten zusammenfiel. (Eine Analyse hat ergeben, daß zirka 95 Prozent der Deutschen in Polen Protestanten waren.)

In der fast hundertjährigen Zeitspanne, die die Migrationsbewegung der Deutschen nach Kongreßpolen umfaßte, wuchs die Zahl der Protestanten von 125 694 (im

³⁰ Brodowska, Helena, Kształtowanie się dzielnicy Bałuty w Łodzi (Der Werdegang des Arbeiterviertels Bałuty in Łódź), in: Rocznik Łódzki (Łództer Jahrbuch), Bd. 15(18), 1971, S. 201 - 215.

Jahre 1810)³¹ auf 609 895 (im Jahre 1907)³² an. Die Zahl der auf dem Lande ansässigen Kolonisten vergrößerte sich in den Jahren 1819 bis 1827 um zirka 10 000. 1907 betrug die Gesamtzahl der Kolonisten protestantischer Konfession 423 385. Der größte Teil der Kolonisten entfiel auf das industrialisierte Gouvernement Piotrków: Dort lebten auf dem Lande 96 046 protestantische Kolonisten. In einigen Kreisen im Industriegebiet von Łódź (Łask, Łódź, Brzeziny, Piotrków) machten sie die Hälfte der Gesamtbevölkerung der Dorfgemeinden aus, manchmal sogar mehr, wie in Nowosolna (67, 4 Prozent Deutsche) und in Bełdów (52, 4 Prozent). Diese Gemeinden lagen im Kreise Łódź, wo die deutschen Kolonisten 26, 6 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.

Trotz der großen Zahl der auf dem Lande ansässigen Kolonisten wohnten die meisten Protestanten im Gouvernement Piotrków, jedoch in Städten und Städten. Ihre Zahl belief sich dort Anfang des 20. Jahrhunderts auf 122 277. In den übrigen neun, den weniger industrialisierten Gouvernements Kongreßpolens, waren dagegen die auf dem Lande ansässigen Kolonisten in der Mehrheit. Trotz des landwirtschaftlichen Charakters der deutschen Kolonisation konzentrierten sie sich hauptsächlich im Gebiet westlich der Weichsel, im gegenüber dem Gebiet östlich der Weichsel stärker industrialisierten Teil Polens. Eine Ausnahme bildeten die unmittelbar an der Weichsel liegenden Gebiete, wo deutsche Kolonisten östlich und westlich des Stroms gleichermaßen anzutreffen waren. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Landbevölkerung in Kongreßpolen betrug Anfang des 20. Jahrhunderts 5, 2 Prozent. Ähnlich hoch war auch ihr Anteil an der gesamten Bevölkerung des Landes: 5, 3 Prozent.

Die Bauernwirtschaften der Deutschen genossen den Ruf, ertragreicher als die anderen zu sein. Das verdankten sie teils der niedrigeren Verzinsung ihrer Schuldverschreibungen, teils einer guten Absatzorganisation für ihre bäuerlichen Erzeugnisse, insbesondere für Milchprodukte. In manchen Gemeinden betrieben sie gemeinsame Molkereien, manchmal sogar mehrere in einer Gemeinde, und oft waren sie die einzigen Milchlieferanten für die Städte in ihrer Region.

Die deutschen Kolonisten waren flexibler als die heimischen Bauern bei der Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse des städtischen Absatzmarktes. Inwieweit sich Kolonisten in Kongreßpolen auf dem Lande außerlandwirtschaftlich betätigten, ist weitgehend unbekannt. Wir wissen lediglich, daß in den von Tschechen besiedelten Dörfern Zelów und Kuców gewerbsmäßig Weberei betrieben wurde. Die deutschen Kolonisten waren in der Anwendung der Agrartechnik den einheimischen Bauern überlegen. Trotzdem zogen viele von ihnen, vornehmlich die Angehörigen der jungen Generation, in die Stadt, um dort eine Arbeit in Fabriken aufzunehmen.

Wie auf die Bauernschicht und die Gruppe von Kolonisten, so wirkte die Industrie auch auf die Gutsbesitzer - die Inhaber von Gutshöfen und anderen adligen Landeigentümer - ein. Dieses Problem wurde vor Jahren von einem Soziologen, einem

³¹ Różański, Adolf, Próba określenia liczby imigrantów niemieckich przybyłych na teren Królestwa Kongresowego (Versuch einer Bestimmung der Zahl der deutschen Einwanderer, die sich auf dem Gebiet Kongreßpolens befanden), in: Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych (Jahrbücher für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte), Bd. 10, Poznań 1948, S. 185 - 201.

³² Wierciński, Henryk, Niemcy w Królestwie Polskim (Die Deutschen im Königreich Polen), in: Biblioteka Warszawska (Warschauer Bibliothek), Bd. 3, Warszawa 1908, S. 209 - 222.

guten Kenner der sozialen Umwälzungen im polnischen Dorf des 20. Jahrhunderts, aufgegriffen, der jedoch die sich im 19. Jahrhundert in der Struktur der Gutsbesitzerschicht vollziehenden Veränderungen nur teilweise erklärt. Er verweist auf die im 19. Jahrhundert aufkommende Intelligenzschicht, die als neue soziale Gruppe der Gutsbesitzerschicht entstamme.³³ Spätere Untersuchungen haben jedoch ergeben, daß die soziale Basis der Intelligenz breiter war und auch zahlreiche Städter sowie in Einzelfällen sogar Bauern erfaßte, obwohl für diese der Zugang zu den Bildungsstätten äußerst schwer war.³⁴ Der Übergang von Gutsbesitzern in die Intelligenzschicht ist eines der besser erforschten Probleme des komplexen Prozesses sozialer Umwälzungen innerhalb der Schicht der Gutsbesitzer und des Kleinadels.

Neben der technischen Intelligenz war die Arbeiterklasse, in deren Reihen auch Söhne verarmter Adelsfamilien angetroffen wurden, ein Produkt der Industrialisierung. Mit der Entwicklung der Industrie ging zugleich der Auffächerungsprozeß der Gutsbesitzerschicht einher, die sich in den Industriegebieten oft in Bourgeoisie, nicht selten mit neuer Nationalitätsstruktur, verwandelte. Ihre Wirtschaftsführung hatte oft maßgeblichen Anteil an der Überwindung des traditionellen Charakters der landwirtschaftlichen Produktion. Einen Wandel hat ebenfalls die berufliche Struktur des Verwaltungsapparates auf den Gutshöfen, insbesondere auf den industrialisierten Gutshöfen, erfahren.³⁵

Der in einigen Industriezentren auftretende enge Zusammenhang zwischen der Industrialisierung und dem kapitalistischen Auffächerungsprozeß unter den kleinen und großen Gutsbesitzern eröffnet den Untersuchungen über das kongreßpolnische Dorf neue Forschungsperspektiven.

Damit die hier bloß signalisierten Aussonderungsprozesse der sozialen und Berufsgruppen in der Bauern- und Gutsbesitzerschicht in ihrer historischen Breite und Tiefe adäquat erfaßt werden können, ist eine Erweiterung des Schemas der Sozialstruktur der Landbevölkerung Kongreßpolens erforderlich. Die Größe der Ländwirtschaften reicht als Grundlage dafür nicht aus. Daher muß das Bodeneigentum als Kennziffer durch weitere Kriterien ergänzt werden. Mit anderen Worten: Die bäuerliche Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft, die Tätigkeit als "Arbeiter-Bauern" oder "Bauern-Arbeiter", ist in dieses Schema einzubeziehen. Erst dann erhält man ein wirklichkeitstreuendes Bild von der

33 Chałasiński, Józef, *Spółeczna genealogia inteligencji polskiej* (Soziale Genealogie der polnischen Intelligenz), Warszawa 1946, S. 80.

34 Czepulis, Ryszarda, *Kształtowanie się inteligencji technicznej w Królestwie Polskim* (Die Formierung der technischen Intelligenz im Königreich Polen), in: *Spółczeństwo polskie XVIII i XIX wieku. Studia o uwarstwieniu i ruchliwości społecznej* (Die polnische Gesellschaft des 18. u. 19. Jh. Studien zur sozialen Schichtung und Mobilität), Bd. 4, Warszawa 1970, S. 69 - 120; Żurawicka, Janina, *Z problematyki formowania się inteligencji warszawskiej i jej świadomości w końcu XIX w.* (Zur Problematik der Formierung der Warschauer Intelligenz und ihres Bewußtseins am Ende des 19. Jh.), in: *Studia Warszawskie* (Warschauer Studien), Bd. 2, Warszawa 1968; dieselbe, *Inteligencja Warszawy na przełomie XIX i XX wieku* (Intelligenz an der Wende vom 19. zum 20. Jh. Ausgewählte Probleme), in: *Studia Warszawskie*. Bd. 19, Warszawa 1974.

35 Rzepniewska, Danuta, *Wiejscy officialści* (Die Gutsverwalter), in: *Spółczeństwo Królestwa Polskiego* (Die Gesellschaft des Königreichs Polen), Bd. 1, Warszawa 1965, S. 199 - 236.

Mit dem Strukturwandel verknüpft sich die ebenfalls wenig erforschte Sphäre des sozialen Bewußtseins unter der Landbevölkerung. Neben der Schule, die die Unwissenheit bekämpfte, und neben der Bauernbewegung, die die ländliche Bevölkerung zum Kampf gegen die Gutsherrschaft mobilisierte, war die Industrialisierung derjenige Faktor, der das Dorf aus Isolation und Traditionsgebundenheit befreite. Die mit dem industriellen Arbeitsmarkt verbundene Landbevölkerung mußte sich nunmehr in einem neuen System sozialer und kultureller Beziehungen, sittlicher Verhaltensweisen und Wertmaßstäbe zurechtfinden. Langsam entwickelte sich eine Weltanschauung, die auf die Erhaltung des eigenen Grundstückes und, wenn möglich, auf seine Vergrößerung gerichtet war. Auch die Landlosen hatten ihre Sorgen, was schon oben angedeutet wurde. Der Ackerboden hatte noch lange Zeit absoluten Wert für die Landbevölkerung - sieht man von den sich deklassierenden Gutsbesitzern ab. In dieser Beziehung unterschieden sich die industrialisierten und nichtindustrialisierten Regionen kaum voneinander.

In den industrialisierten Regionen wurden die feudalen Überbleibsel, die die kapitalistische Entwicklung hemmten, zeitiger liquidiert. Zu diesen gehörten in Kongreßpolen sogenannte Servitutenrechte, die im preußischen Anschlußgebiet nicht existierten. Es handelte sich dabei um die den Dörfern nach den Agrarreformen rechtlich zuerkannte Nutzung von Gutsland (Weiden, Wiesen, Wäldern), die zum Zankapfel wurde.

Die Servitutenrechte, die der Modernisierung der Landwirtschaft im Wege standen, wurden im Kreis Łódź relativ schnell nach der Aufhebung der Leibeigenschaft aufgrund bilateraler Verträge zwischen Bauern und Gutsherren beseitigt. Hader und Zwistigkeiten konnten dabei allerdings nicht vermieden werden, aber am Ende betrug der Zuwachs an Nutzfläche 5, 7 bis 10 Hektar pro bäuerlichem Betrieb - eine Zahl, die sonst nirgends in Kongreßpolen so hoch lag.³⁶ Die Gutsbesitzer mußten wegen der angespannten Lage auf ihren Gütern - Mangel an Arbeitern und Kapital - nachgeben. Auch ohne Servitutenrechte gab es noch genug Beweggründe, ein Herrngut zu verkaufen oder zu parzellieren, was in den industrialisierten Gebieten häufiger praktiziert wurde als in den nicht industrialisierten Gebieten. Die schriftlichen Unterlagen über Hypotheken gewähren eine gute Einsicht darin, wie Herrngüter im ganzen oder stückweise verkauft wurden und wie ehemalige Gutsbesitzer das Dorf verließen. Mit den neuen Gutsbesitzern kommt ein weiteres zu analysierendes Problem auf, nämlich, wie sich der soziale und nationale Charakter der Klasse von Gutsbesitzern wandelte. Nur ökonomisch abgesicherte Gutsbesitzer, die außerdem ihre Güter beizeiten zu industriellen Produktionsbetrieben entwickelt hatten, konnten der Verkaufsversuchung standhalten.

Der Wandel in der sozialen Struktur der Gutsbesitzer, die Beseitigung der Servitutenrechte und die Abneigung der Tagelöhner gegen die Arbeit auf Herrngütern - all das begünstigte die Schlichtung strittiger Agrarfragen zwischen Dorf und Gutsherrschaft. Mit der Zeit rückte der Konflikt zwischen Dorf und Gutsherrschaft in den Hintergrund. An Bedeutung gewann dagegen der Konflikt zwischen Gutshof und Hofgesinde. Die Gutsarbeiter waren es, die als erste in Kongreßpo-

³⁶ Brodowska, Helena, Ruch chłopski powiązany z włączeniem w Królestwie Polskim 1864-1904 (Die Bauernbewegung nach der Aufhebung der Leibeigenschaft im Königreich Polen 1864-1904), Warszawa 1967, S. 60 - 111.

len streikten und damit die Revolution von 1905 bis 1907 gleichsam um zehn Jahre unterboten; das geschah auf einem Gut bei Łódź (in Popień, Kreis Brzeziny). Der fünftägige Streik endete mit einem Sieg der Arbeiter. An der Revolution von 1905 beteiligten sich ganz besonders die auf industrialisierten Gütern beschäftigten Arbeiter, und sie waren erfolgreich. Sie zeichneten sich durch große Standfestigkeit aus, und für ihre Kampfmethoden waren die der Arbeiterklasse von Łódź das Vorbild. Ihre Haltung und ihre Kampfmethoden zeugten von einem entwickelten sozialen Bewußtsein.³⁷ Sie gewannen oft Klein- und Mittelbauern als Verbündete. "Die revolutionäre Bewegung verbreitet sich unter den Bauern, die sich bisher von der Politik fernhielten" - schrieb "Przedświt" 1898, einige Jahre vor der Revolution, unter Berufung auf Informationen aus den Gebieten um Łódź, Olkusz, Kielce und Kutno.³⁸ Während in den landwirtschaftlichen Regionen um polnische Gemeindeeinrichtungen und um die polnische Schule gekämpft wurde, womit man auf die Erlangung größerer nationaler Freiheiten abzielte, standen in den industrialisierten Gebieten neben nationalen auch soziale Fragen im Vordergrund.

In bezug auf die Errichtung eines Netzes von illegalen Schulen in Siedlungen und auf dem Lande rückte in Kongreßpolen das Gouvernement Piotrków an die Spitze. Diese Schulen waren illegal, weil sie ohne Einwilligung der entsprechenden Behörden entstanden; ihre Tätigkeit ist seit 1871 bezeugt.³⁹ Nicht immer waren das polnische Schulen; es wurde auch in deutscher Sprache unterrichtet, was nur davon zeugen kann, daß das schwach entwickelte Netz der Regierungsschulen den Bedarf an Elementarbildung nicht decken konnte. Dörfer und Siedlungen organisierten auf eigene Faust den Unterricht - man war sich offenbar der Bedeutung der Schule für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen, für ihre Vorbereitung auf außerlandwirtschaftliche Berufe völlig bewußt. Die Perspektive einer Arbeit in den in der Nähe des Wohnortes entstehenden Industriebetrieben, genauso wie die Perspektive einer Wohnung in der Stadt, konnte die Notwendigkeit der Elementarbildung um so besser vergegenwärtigen. "Bezüglich der Schulenzahl setzten sich zwei industrialisierte Gouvernements, Warschau und Piotrków" an die Spitze, betont Kaczyńska und fügt hinzu, daß "neue Schulen vor allem in den Industriestädten entstanden; ihre Zahl in den landwirtschaftlichen Regionen war unverhältnismäßig klein."⁴⁰

Aufgrund eigener Analysen kann ich den Schluß ziehen, daß um die Ausbildung ihrer Kinder vor allem die Bauern besorgt waren, die nicht in unmittelbarer Nachbarschaft von Łódź wohnten. Die für den Bau von Schulen bestimmten Plätze wurden oft von den Gemeindebehörden verpachtet.

37 Dieselbe, Ruch chłopski w Łódzkim Okręgu Przemysłowym w latach rewolucji 1905-1907 (Die Bauernbewegung im Industriebezirk von Łódź in den Revolutionsjahren 1905-1907), in: Przegląd Nauk Historycznych i Społecznych (Rundschau der Geschichts- und Sozialwissenschaften), Bd. 6, Łódź 1956, S. 95 - 115; dieselbe, Ruch chłopski w guberni kaliskiej w zakresie rewolucji lat 1905-1907 (Die Bauernbewegung im Gouvernement Kalisz in den Revolutionsjahren 1905-1907), in: Rocznik Kaliski (Kaliszer Jahrbuch), Bd. 6, Poznań 1973, S. 25-66.

38 Przedświt (Morgenröte): gesellschaftlich-politische Zeitschrift, die 1881 bis 1918 teils auf polnischem Territorium (Warszawa/Lwów/Kraków), teils im Ausland (Genf/Leipzig/London/Paris) erschien; 1893 wurde sie das Organ des Bundes Polnischer Sozialisten im Ausland, 1900 das Organ der Polnischen Sozialistischen Partei.

39 Brodowska, Helena, Ruch chłopski po uwłaszczeniu..., a. a. O., S. 231 - 264.

40 Kaczyńska, Elżbieta, Społeczeństwo i gospodarka..., a. a. O., S. 242.

Mit der Einwanderung ortsfremder Bevölkerung nach Łódź hing auch die Zunahme negativer Erscheinungen zusammen: Trunksucht, Spekulation, Diebstähle, Auflockerung der Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbande. Es bestand kaum Interesse an sozialorganisatorischer Tätigkeit, während in den Randbezirken des Industriegebietes viele Initiativen - Genossenschaftsbewegungen, Bauernzirkel, freiwillige Feuerwehr, Gesangsvereinigungen und anderes mehr - entwickelt wurden. Einer Verifizierung bedarf auch die Tätigkeit der traditionellen Institutionen, wie Gemeinde, Schule oder Pfarrei.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hat sich in den Dörfern der Region von Łódź wenig verändert. In den landwirtschaftlichen Bezirken, weit von den Städten entfernt, entstanden Zirkel der Landjugend, Hausfrauenzirkel und Bauernorganisationen, während in den suburbischen Bezirken das entsprechende Klima dafür fehlte. Wie die Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt, war das Interesse der suburbischen Bevölkerung an den sozialistischen Organisationen und an deren Tätigkeit ebenfalls gering. Es scheiterten dort auch Versuche, eine Genossenschaft der Hausweber zu gründen.

Die Gründe dafür waren unterschiedlich: der wichtigste war aber wohl der, daß die junge kapitalistische Stadt, wie sie Łódź eben war, die Arbeit der Bevölkerung des landwirtschaftlichen Hinterlandes ausbeutete, ohne dafür etwas anzubieten, was die Kräfte regenerieren half und den Menschen gesellschaftlich wie kulturell entwickelte.

Die Landbevölkerung der suburbischen Bezirke hatte kein so ausgeprägtes emotionales Verhältnis zu ihren Grundstücken, wie dies in den entfernten landwirtschaftlichen Regionen der Fall war. Davon zeugt auch die große Zahl der seit Mitte der neunziger Jahre verkauften Grundstücke, eine Entwicklung, die zum Teil dadurch stimuliert wurde, daß der Bodenpreis hoch lag und immer wieder heraufgesetzt wurde. Die Namen der Käufer standen nicht immer in den Verkaufsurkunden, wenn sie nicht der Bauernschaft angehörten oder wenn die Fläche nicht größer als sechs Morgen war. Die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen wurden auf verschiedene Art und Weise umgangen, und das führte wiederum zu zahlreichen Strafprozessen. Rechtswidrige Transaktionen wurden überaus häufig. Es fällt manchmal schwer, den Kaufmann vom Landwirt zu unterscheiden, der mehrere Morgen Grund und Boden ankauft, um diese danach als Bauparzellen zu verkaufen. Nur wenige Bauern vergrößerten ihr Bodenareal. Für die suburbische Region von Łódź war die Dekonzentration der Bodenverhältnisse sehr charakteristisch. Sie unterschied sich darin von anderen Bezirken.

Unter der Landbevölkerung der suburbischen Region von Łódź war die Ackerbestellung unpopulär geworden, und die einwandernde Bevölkerung war daran ebenfalls nicht interessiert. Gleichzeitig schrumpfte die landwirtschaftlich genutzte Fläche zusammen; ganze Bauernwirtschaften verschwanden, und an ihrer Stelle erschienen kreuz und quer hingebaute Häuser mit kleinen Ackerbeeten, meistens vernachlässigt. Der Ackerboden war in den Händen der suburbischen Bauern in der Gegend von Łódź eine Transaktionsware. Seit dem Wandel des Verhältnisses der Bauern zum Boden machte sich die Abneigung, vor allem der jungen Generation, gegen die Feldarbeit bemerkbar. Dies hatte zur Folge, daß immer mehr Jugend vom Lande abwanderte und eine Beschäftigung in der Stadt oder in ihrer Nähe suchte.

Die sich entwickelnden Industriestädte, wie Warschau, Łódź und kleinere, zogen große Teile der Landbevölkerung an, die sich ihres Übergangs von der Bauernschaft in eine neue Klasse - die des städtischen Proletariats - nicht immer bewußt waren.

Der eine Teil der Bauernschaft, nämlich die Landwirte, auch wenn sie selbst auf eine zusätzliche Erwerbstätigkeit angewiesen waren, war gegenüber den Arbeitern mißtrauisch und betrachtete die Klasse des Proletariats nicht als der eigenen gleichwertig und erst recht nicht als in der sozialen Hierarchie höher stehend, obwohl dies manche Forscher nahelegen. Das gesellschaftliche Ansehen der Arbeiterklasse ist erst während der Revolution 1905 bis 1907 angestiegen. Das war der Beginn des langen Prozesses der Entwicklung des Bewußtseins, der die angehäuften Vorurteile zwischen der Bauernschaft und der Arbeiterklasse abbauen sollte. Die Quelle dieser Vorurteile lag in der Proletarisierung, die im Bewußtsein der Bauern als gesellschaftliches Übel der ganzen kapitalistischen Periode verwurzelt war.

Unbekannt sind mir die Ursachen und Motive - und die einschlägige Literatur gibt darüber auch keine Auskunft - der Abneigung der Arbeiter gegen die Bauern, die vor allem das städtische Fabrikproletariat bekundete. Diese Abneigung mit einer Dosis Geringschätzung befremdet um so mehr, als ein gut Teil der Arbeiter gerade aus der Bauernschaft stammte, oft gar in erster Generation. Trotz aller Distanz und Voreingenommenheit wurden ständige Kontakte gepflegt - Familien- und nachbarschaftliche Kontakte, oft auch Warenaustausch-Kontakte.

Durch diese Kontakte behauptete ein Teil der Arbeiter lange die bäuerliche Mentalität, interessierte sich lebhaft für das Dorf, was unter anderem im Bezug von Volkszeitschriften zum Ausdruck kam. Die Bauern, die in Industrieregionen wohnten, brachten bessere Kenntnis der Stadt auf als diejenigen, die in landwirtschaftlichen Regionen wohnten.⁴¹

Die unmittelbare Nachbarschaft milderte das angehäuften Mißtrauen zwischen Bauern und Arbeitern und beeinflusste die Entwicklung einer gesellschaftlich-politischen Weltanschauung, für die ein besseres Verständnis der den beiden Gruppen gemeinsamen Probleme charakteristisch ist.

Die Annäherung zwischen Bauern und Arbeitern bedeutet noch lange nicht, daß alle Unterschiede zwischen Stadt und Dorf nivelliert wurden - auch in einer so hoch industrialisierten Region wie dem Industriegebiet von Łódź nicht. Leichter verschwand diese Distanz im jüngsten Bergbau- und Hüttengebiet dieser Region - im Dąbrowa-Industriebecken. Die ökonomische Rangstellung von Bergbau und Hüttenwesen in der Wirtschaft des Landes und der Region sowie ein Entwicklungsstand der Produktivkräfte, der dem im textilindustriellen Gebiet weit überlegen war, beschleunigten den Prozeß der Nivellierung der Unterschiede im gesamten Neuen Industriebecken, die die industriellen Arbeiterzentren von den Dörfern trennten.⁴² In den neuentstandenen Industrieagglomerationen wurde aus dem Landwirt ein Arbeiter, der nur ein Ackerbeet beibehalten hat. So hatte jedes der Industriezentren seine Spezifik und seine Entwicklungsbesonderheiten.

41 Brodowska, Helena, Wpływ rewolucji 1905-1907 na rozwój świadomości polskich chłopów (Der Einfluß der Revolution 1905-1907 auf die Bewußtseinsentwicklung der polnischen Bauern), in: Roczniki Dziejów Ruchu Ludowego (Jahrbücher der Geschichte der Volksbewegung), Nr. 18 (im Druck).

42 Długoborski, Wacław, Więź ekonomiczna między Zagłębiami Górnośląskim i Dąbrowskim w epoce kapitalizmu. Do 1877 (Die ökonomische Bindung zwischen dem Oberschlesischen und dem Dąbrowaer Becken in der Epoche des Kapitalismus. Bis 1877), hg. v. Śląski Instytut Naukowy, Katowice 1977; Kantor-Mirski, Michał, Z przeszłości Zagłębia Dąbrowskiego i okolicy. Szkice monograficzne (Aus der Vergangenheit des Dąbrowaer Beckens und seiner Umgebung. Eine monographische Skizze), Sosnowiec 1931.

Sozialstruktur und Klassenkampf der Bauern im feudalen Rußland (9. bis 16. Jahrhundert)

von V. I. Buganov

Die auf langen historischen Traditionen fußende Erforschung der Geschichte der russischen Bauern in der Periode des Feudalismus ist von prinzipieller Bedeutung, da gerade diese Klasse damals die Hauptmasse der Bevölkerung bildete und sowohl in der gesellschaftlichen Produktion als auch im Klassenkampf die führende Rolle spielte.

Das Auftreten von Ackerbauern und Viehzüchtern reicht bei den Ostslawen weit in die Vergangenheit zurück - in die Zeit des Übergangs von der aneignenden, konsumierenden zur produzierenden Wirtschaft, in die Zeit des Beginns der künstlichen Züchtung und Kultivierung von Pflanzen (Gräsern usw.) sowie der Domestizierung und Aufzucht von Tieren. Diese Prozesse vollzogen sich im Laufe mehrerer Jahrtausende vor unserer Zeitrechnung. Die Bevölkerung zur Zeit der sogenannten Tripoljakultur (4. bis 3. Jahrtausend v. u. Z.) mit dem Zentrum in der Ukraine und in Moldawien gehörte zu den Ackerbau und Viehzucht treibenden Stämmen des östlichen Zweiges der slawischen ethnischen Gemeinschaft. Die Tätigkeit der Ackerbauern und Viehzüchter in diesen und den folgenden Jahrtausenden (bis ins 1. Jahrtausend u. Z.) spielte eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Produktivkräfte, dem Ausbau der Beziehungen und dem kulturellen Austausch zwischen den Stämmen und Stammesverbänden dieses Gebietes.

Um die Mitte des 1. Jahrtausends u. Z. wohnten die Stämme vom Mittellauf des Dnepr in großen Bauerndörfern entlang der Flußläufe. Ihre Einwohner bearbeiteten den Boden mit dem Pflug und verfügten über einen gut entwickelten Kalender für die landwirtschaftlichen Arbeiten. Die zu jener Zeit bestehenden Stammesverbände lebten in einer Militärdemokratie, der Übergangsepoche von der klassenlosen zur Klassengesellschaft. Nach den stürmischen Zeiten der Kriegszüge gegen Byzanz im 6. Jahrhundert begann eine Zeit wirtschaftlicher Erfolge in der Landwirtschaft, des Zerfalls der Sippenverbände, an deren Stelle Nachbarschafts- und Territorialverbände traten, der Herausbildung des Familien- und Privateigentums und der Ungleichheit der Besitzverhältnisse. Im Schoße der zerfallenden Sippenkollektive bildeten sich reiche Älteste, Führer und Befehlshaber heraus, die zu Eigentümern eines großen Besitzes an Vieh, Getreide, Arbeits- und Kriegsgerät und schließlich an Boden wurden. Zu diesen Fürsten, Bojaren und Feudalen gerieten die verarmten Gemeindemitglieder in Abhängigkeit; sie wurden zu Cholopen (Sklaven) oder zu abhängigen Bauern (Zakupen usw.). An die Stelle der urgesellschaftlichen Gemeindeordnung trat die Feudalordnung. Der sich im 9. Jahrhundert herausbildende Altrussische Staat, die Kiever Rus', war seinem sozialökonomischen Charakter nach ein Feudalstaat.

Wie W. I. Lenin gezeigt hat¹, bestand die Feudalordnung in Rußland ein volles Jahrtausend, vom 9. bis zum 19. Jahrhundert.

Die Konzeption vom feudalen Charakter der Agrarbeziehungen in der Kiever Rus' schlug in der sowjetischen Historiographie um das Jahr 1930 Wurzeln, vor allem dank den Arbeiten B. D. Grekovs, M. N. Tichomirovs, S. V. Juškovs und anderer Wissenschaftler, die die Untersuchung des historischen Prozesses auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Formationseinteilung betrieben. In den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde zwar auch die Meinung geäußert, die Kiever Rus' sei ein Sklavenhalterstaat gewesen und es hätten in ihr drei Formationen bestanden - Urgesellschaft, die Sklaverei und Feudalismus -, von denen die feudale erst im 11. Jahrhundert die Oberhand gewonnen habe. Diese Auffassungen wurden jedoch von den meisten Fachwissenschaftlern nicht geteilt.²

Zur Grundlage der Produktionsverhältnisse in der Rus' wurden bereits in der Periode des Frühfeudalismus (9. bis erstes Viertel des 12. Jahrhunderts) allmählich und in immer neuen Gebieten das Eigentum der Feudalherren an den Produktionsmitteln, in erster Linie an Grund und Boden, und ein noch unvollständiges Besitzrecht an den Arbeitskräften, den leibeigenen Bauern, von denen der Feudalherr durch ökonomische Verschuldung und außerökonomischen Zwang, das heißt durch unmittelbare Gewalt, das Produkt ihrer Arbeit erhielt, die Bodenrente. Diese gab es in drei Formen - als Arbeitsrente (barščina), als Naturalrente (obrok) und als Geldrente.

Neben dem feudalen Grundbesitz gab es noch den Gemeindebesitz (Eigentum der "obščina") und den persönlichen Bodenbesitz jener Bauern, die nicht in feudale Abhängigkeit geraten waren und eine eigene Wirtschaft führten, die auf der persönlichen Arbeit beruhte. Zur Zeit der Kiever Rus' spielte der Grundbesitz freier Gemeindebauern (Smerden) noch eine recht bedeutende Rolle, wurde jedoch infolge der Übergriffe der Feudalen immer mehr eingeengt; er wurde zur Landnutzung, da Bauernland immer mehr in das Eigentum der Feudalen überging. Der von I. Ja. Frojanov vertretene Standpunkt, im 10. bis 12. Jahrhundert sei der Landbesitz der freien Smerden die vorherrschende Form gewesen, der private Großgrundbesitz aber unbedeutend³, erscheint wenig überzeugend, denn es gibt für diese Jahrhunderte Angaben über das Vorhandensein von Landbesitz der Fürsten, der Bojaren und der Klöster.⁴

Schon vor der Herausbildung des Feudalstaates, in der Zeit der Militärdemokratie, gab es bei den Ostslawen eine der Sklaverei ähnliche Form der Abhängigkeit, die auch im Feudalismus viele Jahrhunderte, bis ins 17. Jahrhundert hinein, fort dauerte. Zu solchen Sklaven wurden zunächst Kriegsgefangene, später aber auch Stammesangehörige aus den Reihen der Gemeindebauern und der Handwerker. Die Arbeit der Sklaven spielte auf den altrussischen "votčiny" (Gütern) mit ihrer Abgeschlossenheit und ihrer vorherrschenden primitiven Fronrente eine recht bedeutende Rolle. I. Ja. Frojanov nahm in diesem Zusammenhang an,

1 Lenin, W. I., Die linken Volkstümler und der Marxismus, in: Lenin, Werke, Bd. 20, Berlin 1971, S. 376.

2 Očerki istorii istoričeskoj nauki v SSSR, Bd. 4, Moskau 1966, S. 271 ff.

3 Frojanov, I. Ja., Kievskaja Rus', Leningrad 1974, S. 99.

4 Grekov, B. D., Kievskaja Rus', Moskau 1953; Čerepnin, L. V., Spornye voprosy istorii feodal'noj zemel'noj sobstvennosti v IX-XV vv., in: Novosel'cev, A. P. / Pašuto, V. T. / Čerepnin, L. V., Puti razvitija feodalizma: Zakavkaz'e, Srednjaja Azija, Pribaltika, Moskau 1972.

daß die "votčiny" selbst noch im 11. und 12. Jahrhundert auf Sklaven- und halbfreier Arbeit beruht hätten,⁵ Und V. I. Goremykina behauptete, die Alte Rus' habe sich im Stadium der Entwicklung der Sklavereiordnung befunden.⁶ Diese Behauptungen entsprechen jedoch nicht der Realität; die Forschungen B. D. Grekovs, L. V. Čerepnins und anderer Wissenschaftler haben gezeigt, daß in der Kiever Rus' die feudale Produktionsweise vorgeherrscht hat (bei Vorhandensein von Elementen der Sklaverei und Resten urgesellschaftlicher Verhältnisse).⁷

Die Hauptmasse der Bevölkerung der Kiever Rus' bestand aus Menschen, die in der Landwirtschaft tätig waren: aus Bauern oder - nach der damaligen Terminologie - Smerden, die in der Volkswirtschaft die wesentlichste Produktivkraft darstellten. Die ursprüngliche, recht weit gefaßte Bedeutung des Terminus "Smerde" im Sinne von "Mensch" oder "Mann" erfuhr mit der Formierung von Klassen und des Staates eine soziale, ja sogar pejorative Nuance und bezeichnete nun einen abhängigen, ausgebeuteten Menschen. Die meisten Smerden und Angehörigen einer Obščina in der Alten Rus' waren noch nicht in persönliche Abhängigkeit von den feudalen Gutsbesitzern geraten, sie bewirtschafteten Bodenflächen, als deren oberste Herren die Großfürsten, also der Staat, auftraten; an sie mußten die Smerden Steuern, Zölle, Gerichtsgebühren und andere Abgaben entrichten. Sie waren Menschen, die in juristischer Hinsicht rechtsfähig waren. Ein anderer Teil der Smerden verlor jedoch zwischen dem 9. und dem 11. Jahrhundert seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit; die "Pravda der Söhne Jaroslavs", der Rechtskodex der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts, machte recht klare Aussagen über ihre feudalabhängige Stellung, wenn sie den auf dem Gut eines Fürsten arbeitenden Smerden dem Sklaven (Cholopen) gleichsetzte und für seine Tötung die gleiche Strafe vorschrieb, nämlich 5 Griwnen. Diese feudalabhängigen Smerden zahlten eine Feudalrente und hatten verschiedene Pflichten gegenüber ihrem Besitzer. In der Regel leisteten sie, wenn sie auf dem Herrngut (barskaja usad'ba) wohnten, Fronarbeit (barščina) und gehörten zum Gesinde. Wohnten sie aber fernab vom Gut, so entrichteten sie eine Naturalrente.⁸

Die Umwandlung der freien Smerden, die Mitglieder einer Dorfgemeinde waren, in feudalabhängige Bauern vollzog sich auf dem Wege der unmittelbaren Aneignung des Bodens durch die Feudalen, der Expropriation der Ländereien der Dorfgemeinde samt ihrer Bevölkerung, der Schenkung durch die großfürstliche Macht und schließlich durch Schuldknechtschaft der infolge von Mißernten, Brand, Hunger, feindlichen Überfällen, innerer Zwietracht und Plünderung von seiten der fürstlichen Družina (Gefolgschaft) verarmten, verelendeten Mitglieder der Dorfgemeinde. Auf diese Weise wurde die Schicht der feudalabhängigen Menschen vergrößert: durch "zakupy" (Gekaufte), "rjadoviči" (Menschen, die gemäß einem "rjad" - einem Vertrag - oder eine "kupa" - einem Darlehen an Geld, Getreide, Vieh usw. - für die Feudalen arbeiten mußten) und "izgoi" (Personen, die aus ihrer Umgebung, ihrer Dorfgemeinde, vertrieben worden waren, beispielsweise verarmte Kaufleute, ja selbst entmachtete Fürsten, ungebildete Popensöhne, freigelassene Sklaven und andere), "puščenniki" (Entlassene), "proščenniki" (Begnadigte) sowie "zadušnye ljudi" (freigelassene Cholopen, die auf herrschaft-

5 Novosel' cev, A. P. /Pašuto, V. T. /Čerepnin, L. V., a. a. O., S. 157 f.

6 Goremykina, V. I., K probleme istorii dokapitalističeskich obščestv (na materiale Drevnej Rusi), Minsk 1970.

7 Grekov, B. D., a. a. O.; Čerepnin, L. V., a. a. O., S. 157 - 166.

8 Grekov, B. D., a. a. O., S. 217 - 242.

lichem Boden angesiedelt wurden, also in Leibeigenschaft überführte Bauern).⁹

Eine Evolution in der Lage der Bauern der verschiedenen Kategorien war mit der weiteren Feudalisierung der russischen Länder in der Periode der politischen Zersplitterung verbunden, mit dem Anwachsen des feudalen Grundbesitzes, der Umwandlung der "votčina" (des Erbgutes) in eine "sen'orija" (ein Seniorat) und dem Ausbau des Staatsapparates im Rahmen der einzelnen Fürstentümer und Republiken, der den Bedürfnissen der lokalen Feudalherren diente. In den russischen Ländern des 14. und 15. Jahrhunderts, die unter die Herrschaft der tatarischen Chane oder der polnisch-litauischen Feudalen gefallen waren, galten - mit diesen oder jenen Veränderungen - die Normen der "Russkaja Pravda" weiter. Die Hauptmasse der Landbevölkerung bildeten die Gemeindebauern (in den verschiedenen Gebieten wurden sie unterschiedlich bezeichnet: smerdy, krest'jane, siroty, seljane, mirjane, sjabry, kmety usw.). Sie waren steuerpflichtig, hatten staatliche Abgaben zu leisten oder (das trifft auf jene zu, die sich in Abhängigkeit von Feudalen befanden) eine vorkapitalistische Bodenrente in Form des "obrok" (des Grundzinses) oder der "barščina" (des Frondienstes).

Allgemeine, für alle russischen Länder charakteristische Erscheinungen waren die Verringerung der Zahl der freien Gemeindebauern und andererseits das Anwachsen der Zahl der abhängigen Bauern, eine Verstärkung des Drucks seitens des Staatsapparates und der Feudalen, für die nun keine Notwendigkeit mehr bestand, die Bauern unmittelbar zu kontrollieren, um sie zur Erfüllung ihrer Pflichten zu zwingen.¹⁰

In dieser Zeit, vor allem im 15. Jahrhundert und ganz besonders nach Erlass des "Sudebnik" (Gesetzbuch) von 1497, verstärkten sich die Elemente der Abhängigkeit der Bauern von den Feudalen in Form der Leibeigenschaft. Seit dieser Zeit sahen die Feudalen die Hauptmasse der von ihnen abhängigen Bauern, die seit alters auf ihren Besitztümern wohnten, als "alte", an sie gekettete Menschen an; sie waren bemüht, sie bei sich zu behalten, und ließen nicht zu, daß sie zu anderen Besitzern abwanderten. Diese Bauern wurden als "starozil'cy" (Alteingesessene) bezeichnet, zum Unterschied von den "novoprichodcy", "novoprislye" (Neuankömmlinge) oder "perezvannye" (abspenstig gemachte), also Bauern, die erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit aus anderen Fürstentümern und Herrschaftsgebieten gekommen waren.

In der Regel lebten die Alteingesessenen in Kirchspielen und kleinen Dörfern, während sich die Neuankömmlinge auf unbebautem Land niederließen, das sie urbar machten; nach Ablauf der "Freifrist" (uročnyj srok) - gemäß dem Vertrag mit dem Feudalen, der sie zeitweilig von allen Verpflichtungen befreite - wurden sie selbst zu Alteingesessenen und hatten bestimmte Verpflichtungen gegenüber dem Feudalen und dem Staat zu erfüllen.

Die genannten Erscheinungen und Prozesse zeugen von einem Anwachsen der Zahl jener Bauern, die ökonomisch fest an den dem Feudalherren gehörenden Boden gekettet waren; dieser erhielt von ihrer Arbeit das Mehrprodukt in Form

⁹ Ebenda, S. 191 - 210, 247 - 257; Mavrodin, V. V., *Obrazovanie Drevnerusskogo gosudarstva i formirovanie drevnerusskoj narodnosti*, Moskau 1971, S. 67 - 76.

¹⁰ Grekov, B. D., *Kratkij očerk istorii russkogo krest'janstva*, Moskau 1958, S. 31 - 133; Čerepnin, L. V., *Obrazovanie Russkogo centralizovannogo gosudarstva v XIV-XV vv.*, Moskau 1960.

einer Rente. So wurden die Reihen der feudalabhängigen, leibeigenen Bauern ständig durch "Neuankömmlinge" und "Angekaufte" aufgefüllt, was zu Lasten der freien Bauern ging. Das betraf übrigens nicht nur abhängige Bauern, die aus benachbarten Feudalherrschaften und Fürstentümern gekommen waren, sondern auch freie, sogenannte "schwarze" Bauern, Cholopen und andere Bevölkerungsschichten.

Das Anwachsen der Zahl der abhängigen Bauern und der Formen der Abhängigkeit selbst sowie die Verstärkung der Exploitation führten einerseits zu einer merklichen Verstärkung ihrer Abwanderung bzw. Flucht, andererseits dazu, daß die Feudalen und Machthaber Maßnahmen ergriffen, die auf eine Eindämmung derartiger Erscheinungen von Ungehorsam und Protest der Bauern abzielten. Die Fürsten und die Bojaren vereinbarten, entlaufene Cholopen und Bauern, vor allem die Alteingesessenen, nicht aufzunehmen, sondern einander wieder auszuliefern.

Seit den sechziger Jahren des 15. Jahrhunderts scheinen Volkszählungen durchgeführt worden zu sein. Die Bauern, die in die "Seelenregister" eingeschrieben und zu Fronzins (tjaglo) verpflichtet waren, galten als Menschen, die an den jeweiligen Besitzer und ihren Wohnort gebunden waren. Die Eintragung in diese Register war eine außerordentlich wichtige Neuerung im Vergleich zu dem ungeschriebenen Recht (dem Wohnen des Bauern beim Feudalherrn "seit alters"), wie es bis dahin gehandhabt worden war. Etwa zur selben Zeit wurde das Recht des Bauern auf einen Wechsel seines Herrn, auf die "Absage" an seinen bisherigen Feudalherrn zugunsten eines anderen, neuen Herrn, weiter eingeschränkt. In einigen fürstlichen Urkunden wurde den Bauern bestimmter Herrschaften (beispielsweise in den Urkunden Vasilij Temnyjs aus den fünfziger bis sechziger Jahren des 15. Jahrhunderts den Bauern des Troice-Sergiev-Klosters) die "Absage" grundsätzlich verboten. In anderen Fällen war der Wechsel nur zu Georgi (Jurjevtag; am 26. November) gestattet. Dieses Recht wurde im Artikel 57 des "Sudebnik" vom Jahre 1497 ("Über die Absage der Bauern") fixiert, demzufolge der Wechsel eines Bauern von einem Grundherrn zu einem anderen darüber hinaus noch an die Zahlung einer Abgabe, des "poziloe", geknüpft war.

Das 15. Jahrhundert bildete somit in der Geschichte der russischen Bauern eine wichtige Zäsur: Die Beschränkung der Freizügigkeit der abhängigen Bauern, die schon zur Zeit der feudalen Zersplitterung praktiziert worden war, erhielt mit der Herausbildung des russischen zentralisierten Staates gesamtstaatliche Geltung. Die Festlegung des Jurjevtages im Herbst als Zeitpunkt der "Absage" der Bauern im ganzen Land bedeutete einen überaus wichtigen Einschnitt in der Entwicklung der Leibeigenschaft.

Durch eine weitere Verschärfung des Jochs der Leibeigenschaft war die Geschichte der russischen Bauern im 16. Jahrhundert gekennzeichnet, in dem sich ihre Lage grundlegend änderte. Die beschleunigte Entwicklung der adligen Gutsherrschaft, des "pomest'e", war von der nahezu völligen Beseitigung der "schwarzen" Bauern im Landesinnern begleitet. Nur im Norden blieben sie bestehen, doch auch dort vollzog sich das unaufhaltsame Vordringen der Klöster auf ihren Grund und Boden. Zwar schufen die Abschüttelung des Jochs der Mongolen, die Überwindung der feudalen Zersplitterung und die Schaffung des zentralisierten Staates bessere Voraussetzungen für die Entwicklung der Bauernwirtschaften, und an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert war sogar ein allgemeiner wirtschaftlicher Aufschwung im ökonomischen Leben des Landes zu verzeichnen, doch führten die neuen Lebensbedingungen, die immer höhere Ausgaben erforderten, zu einer

Verstärkung des Drucks, den die Feudalen auf die Bauern ausübten, in erster Linie zu einer Verschärfung des Frondienstes und zur Einführung weiterer Lasten. Die Feudalen, vor allem die Gutsbesitzer, vergrößerten die Gutsländereien auf Kosten des Bauernlandes, und die Frondienstverpflichtung der Bauern auf dem Gutsacker hing, wie Urkunden der vierziger und fünfziger Jahre des 16. Jahrhunderts (im Landesinnern) sowie der siebziger Jahre des 16. Jahrhunderts (im Gebiet um Nowgorod) beweisen, in zunehmendem Maße von der Willkür der Besitzer ab.¹¹

Auf die Verschlechterung der Lage der Bauern wirkten ferner die Ereignisse der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ein: der Livländische Krieg, die Opičnina mit ihren Massenumsiedlungen der Bauern und ihren Repressalien, der Einfall der Krimtataren sowie Epidemien und Hungersnöte. Die Folge davon war die Verarmung der Bauern, die Vergrößerung der Zahl der landlosen Bauern (bobyľ'), die Verödung der Zentralgebiete, der nordwestlichen und der westlichen Landkreise, die Massenflucht von Bauern, Cholopen sowie Posadbewohnern und - als Ergebnis all dieser Erscheinungen - ein allgemeiner ökonomischer Verfall.¹² Den Ausweg aus dieser Situation sahen die Feudalen und die von ihnen gestützte Regierung in einer weiteren Verschärfung der Leibeigenschaft.

Der "Sudebnik" vom Jahre 1550 erhöhte das "požiloe", das die Bauern beim Wechsel von einem Besitzer zu einem anderen zu zahlen hatten. Im Jahre 1581 begann die Volkszählung auf dem Territorium des russischen Staates, und in Verbindung damit wurde der Wechsel der Bauern am Jurjevtag eingeschränkt ("verbotene Jahre"), zunächst wahrscheinlich nur in einzelnen Landesteilen. Durch einen Ukas von 1592/93 wurde diese Verfügung auf Bauern und Landlose im ganzen Staat ausgedehnt. Die Grundbücher, die zu jener Zeit angelegt wurden, galten nun als offizielle juristische Dokumente, die die Bauern an die Scholle, an ihren Besitzer, den Feudalen, fesselten. Im Jahre 1597 wurde ein Erlaß über die Fünfjahresfrist für das Einfangen entlaufener Bauern veröffentlicht. Die Gesetzgebung der achtziger und der neunziger Jahre des 16. Jahrhunderts bildete eine neue, außerordentlich wichtige Zäsur in der Entwicklung der Leibeigenschaft und der Verschlechterung der Lage der russischen Bauern als eines ausgebeuteten Standes und einer minderwertigen, erniedrigten Klasse.¹³

Ein wichtiges Problem stellt die Frage nach dem Landbesitz der Bauern und ihrer Landnutzung vom 9. bis zum 16. Jahrhundert dar.

In der Zeit des Frühfeudalismus und des entwickelten Feudalismus (bis zum Ausgang des 16. und dem Beginn des 17. Jahrhunderts) wuchs der Landbesitz der Feudalen ständig auf Kosten des Bauernlandes. Im Stadium des Frühfeudalismus hatte dieser Prozeß erst begonnen, im 11. und 12. Jahrhundert zeichnete er sich jedoch deutlich ab, also während der Zeit des Übergangs vom frühen zum entwickelten Feudalismus.¹⁴ Außer der Landnutzung durch die feudalabhängigen

- 11 Smirnov, I. I., Vosstanie Bolotnikova 1606/07, Moskau 1951, S. 41 f.; Korecki, V. I., Zakrepoščenie krest'jan i klassovaja bor'ba v Rossii vo vtoroj polovine XVI v., Moskau 1970, S. 23; Skrynnikov, R. G., Krepostničestvo i stanovlenie barščinnoj sistemy v Rossii XVI v., in: Voprosy istorii, Nr. 1/1976.
- 12 Zimin, A. A., Reformy Ivana Groznogo, Moskau 1960; derselbe, Opičnina Ivana Groznogo, Moskau 1964; Skrynnikov, R. G., Opičnyj terror, Leningrad 1969; derselbe, Rossija posle opričniny, Leningrad 1975.
- 13 Koreckij, V. I., a. a. O., S. 89 - 182; vgl. Skrynnikov, R. G., Rossija..., a. a. O., S. 167 - 216.
- 14 Novosel'cev, A. P. / Pašuto, V. T. / Čerepnin, L. V., a. a. O., S. 48 - 51.

Bauer'n, Smerden und andere Kategorien (Zakupy und andere), gab es den Landbesitz der nicht unter Leibeigenschaft stehenden, zu Bauerngemeinden (obščina) zusammengeschlossenen Smerden. Als oberster Eigentümer ihres Grund und Bodens trat der Feudalstaat in der Person des Großfürsten auf; von ihm wurden sie mit Abgaben belegt, die in eine Rente hinüberwuchsen. Somit war der Landbesitz der "schwarzen" Bauern seinem Wesen nach Staatsbesitz, also eine besondere Form des feudalen Bodenbesitzes, da die Erträge dieses Besitzes in die Staatskasse flossen, die ein Instrument der Klassenherrschaft derselben Feudalen war.¹⁵

In der Epoche der feudalen Zersplitterung gab es neben den Ländereien der weltlichen und der geistlichen Feudalherren, wo der Boden von leibeigenen Bauern bearbeitet wurde, Grundbesitz der sogenannten "schwarzen" Bauern, die keine Leibeigenen waren und nur der Macht der Großfürsten unterstanden, schließlich die Hofländereien (fürstliche Domänen). Das Hauptreservoir für die Vergrößerung des feudalen Privatbesitzes bildete das Land der "schwarzen" Bauern. Die Großfürsten machten von ihrem Recht als oberste Herren dieses Bodens Gebrauch und schenkten es den Feudalen, und sie sanktionierten auch den Raub des Bodens der "schwarzen" Bauern durch die Feudalen.

Von dieser Tatsache ausgehend, betrachten verschiedene Forscher (L. V. Čerepnin, A. D. Gorskij, N. N. Pokrovskij und andere)¹⁶ das Land der "schwarzen" Bauern als das Eigentum des Feudalstaates, der von den "schwarzen" Bauern eine Rente in Form von Abgaben (nalog) erhob. Die Bauern selbst und ihre Gemeinde sollen diese Ländereien nur unter der Bedingung verwaltet haben, daß sie Abgaben zahlten und verschiedenen Verpflichtungen nachkamen. Eine andere Gruppe von Forschern (A. L. Šapiro, I. Ja. Frojnanov, D. I. Raskin)¹⁷ vertreten dagegen die Auffassung, daß sich diese Ländereien im geteilten (zersplitterten) Besitz des Staates, der Dorfgemeinde und der Bauern selbst befinden haben. Eine dritte Gruppe (Ju. G. Alekseev, A. I. Kopanev, N. E. Nosov, I. I. Smirnov) sehen in der Dorfgemeinde und den Bauern die nichtprivilegierten Eigentümer des "schwarzen" Landes.¹⁸

Die richtige Beantwortung dieser Frage hängt nicht zuletzt vom Verständnis der Formen der Rente und ihrer Zusammensetzung in den verschiedenen Stadien der Entwicklung der feudalen Verhältnisse ab. Für die frühfeudale Periode ist natür-

15 Čerepnin, L. V., *Obrazovanie...*, a. a. O.; *Novosel'cev, A. P./Pašuto, V. T./Čerepnin, L. V.*, a. a. O., S. 250.

16 *Novosel'cev, A. P./Pašuto, V. T./Čerepnin, L. V.*, a. a. O., S. 129 u. a.; *Gorskij, A. D.*, *Očerki ékonomičeskogo položénija krest'jan Severo-Vostočnoj Rusi XIV-XV vv.*, Moskau 1960, S. 113 - 131; *Pokrovskij, N. N.*, *Aktovy istočniki po istorii černosožnogo zemlevladiénija v Rossii XIV - načala XVI v.*, Novosibirsk 1973.

17 *Raskin, D. I./Frojnanov, I. Ja./Šapiro, A. L.*, *O formach černogo krest'janskogo zemlevladiénija XIV - XV vv.*, in: *Problemy krest'janskogo zemlevladiénija i vnutrennej politiki Rossii*, Leningrad 1972.

18 *Alekseev, Ju. G.*, *Černaja volost' Kostromskogo uezda XV v.*, in: *Krest'janstvo i klassovaja bor'ba v feodal'noj Rossii*, Leningrad 1967; *Alekseev, Ju. G./Kopanev, A. I.*, *Razvitie pomestnoj sistemy v XVI v.*, in: *Dvorjanstvo i krepostnoj stroj Rossii XVI - XVIII vv.*, Moskau 1975; *Nosov, N. E.*, *O dvuch tendencijach razvitija feodal'nogo zemlevladiénija v Severo-Vostočnoj Rusi v XV - XVI vv.*, in: *Problemy krest'janskogo zemlevladiénija i vnutrennej politiki Rossii*, a. a. O.

lich charakteristisch, daß angesichts der ungenügenden Entwicklung der feudalen Verhältnisse und der Schwäche der feudalen Votčina-Verwaltung die Naturalrente überwog. In dieser Hinsicht ist das Eintreiben der Abgaben von den Gemeindebauern zugunsten des Fürsten und seiner Gefolgsleute (die Abgabe von Nahrungsgütern) unter dem Gesichtspunkt der allmählichen Umwandlung in eine Feudalrente zu sehen. Da die vorherrschende Form des feudalen Bodenbesitzes die staatliche Form war, stellte entsprechend der Auffassung L. V. Čerepnins das Einzichen dieser Abgabe eine zentralisierte Form der Rentengewinnung durch die Feudalen dar.¹⁹ Die Zahlung von Steuern an die Staatskasse durch die "schwarzen" Bauern bestätigt die Auffassung, daß man sie nicht als Grundeigentümer ansehen kann.

Für die Zeit bis zum 16. Jahrhundert verzeichnen die Quellen eine Vielzahl unterschiedlicher Abgaben zugunsten der Feudalen (Pflugdienst für den Besitzer, Naturalzins, Heuernte, Futterlieferung, Abgaben von gewerblichen Erzeugnissen usw.); dem Staat kamen die Abgaben, der Obrok (vorwiegend als Geldleistung) und die Leistungen für den Unterhalt des fürstlichen Verwaltungsapparates zugute.²⁰ Die Hauptformen der Rente waren die Arbeitsrente und die Naturalrente, während die Geldrente geringere Bedeutung hatte. Später, in der Epoche der Herausbildung und der Entwicklung des russischen zentralisierten Staates (Ende des 15. Jahrhunderts und ganzes 16. Jahrhundert) vergrößerten sich die Ausmaße der Herrenfelder und damit der Arbeitsrente, verstärkten sich insgesamt die feudale Ausbeutung und Unterjochung.²¹ Mit diesem Problem eng verbunden ist die Frage nach den Ursachen der krassen Verschärfung der Leibeigenschaft, ihrer juristischen Ausprägung im gesamtstaatlichen Maßstab am Ende des 16. Jahrhunderts. Einige Forscher bringen sie mit der Ausweitung des Frondienstes in Verbindung, die durch die Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen bedingt war.²² Dem ist natürlich hinzuzufügen, daß auch andere Ursachen ökonomischer, sozialer und politischer Art mitgewirkt haben, so die Herausbildung des Pomest'e-Systems des Landbesitzes (des Systems der nichterblichen, unveräußerlichen Lehen, die an Inhaber militärischer und administrativer Ämter vergeben wurden), die erhebliche Verstärkung des Steuerjochs in den Jahren des Livländischen Krieges und der Opričnina, wirtschaftlicher Ruin, Massenflucht der Bauern in die Randgebiete des Staates usw. Einige Forscher behaupten, im Rußland dieser Zeit habe die Ausdehnung des Frondienstes mit der Ausprägung der Leibeigen-

19 Novosel' cev, A. P. /Pašuto, V. T. /Čerepnin, L. V., a. a. O., S. 135, 140, 151 - 155 u. a.; vgl. auch Rappov, O. M., K voprosu o zemel'noj rente v Drevnej Rusi v domongol'skij period, in: Vestnik Moskovskogo universiteta, Bd. 1, 1968.

20 Gorskij, A. D., a. a. O., S. 103 f., 162 - 233.

21 Zimin, A. A., Reformy..., a. a. O.; derselbe, Opričnina..., a. a. O.; Abramovič, G. V., Novgorodskie piscovye knigi kak istočnik po istorii barščiny v pomestnom chozjajstve XVI v., in: Ežegodnik po agrarnoj istorii Vostočnoj Evropy, 1970, Riga 1977; Agrarnaja istorija Severo-Zapada Rossii XVI v. Novgorodskie pjatiny, Leningrad 1974.

22 Grěkov, B. D., Krest'jane na Rusi s drevnejšich vremen do serediny XVII v., Bd. 1 u. 2, Moskau 1954; Čerepnin, L. V., 50 let sovetskoj istoričeskoj nauki i nekotorye itogi izučenija feodal'noj epochi istorii Rossii, in: Istoriija SSSR, Nr. 6/1967, S. 92 f.; Koreckij, V. I., Formirovanie krepostnogo prava i pervaja Krest'janskaja vojna v Rossii, Moskau 1975, S. 4 - 9; Skrynnikov, R. G., Rossija..., a. a. O., S. 109 - 113; Tichonov, Ju. A., Pomeščič'i krest'jane v Rossii, Moskau 1974, S. 18, 23 - 29.

schaft nicht Schritt gehalten²³, doch fällt es schwer, sich dieser Auffassung anzuschließen.

Die Lage der russischen Bauern erfuhr in der Zeit vom 9. bis zum 16. Jahrhundert große Veränderungen. Im Stadium des Frühfeudalismus waren die meisten von ihnen noch freie Gemeindebauern. Es vollzog sich aber ein Prozeß der Formierung verschiedener feudalabhängiger Bevölkerungskategorien, der im 11. Jahrhundert gut sichtbare und klare Formen annahm. Mit dem 12. Jahrhundert, das heißt mit der Zeit der feudalen Zersplitterung, begann eine Periode der weiteren Entwicklung der Klasse der Bauern; es kam zu Veränderungen in ihrer Lage, die sich ständig verschlechterte. Im Laufe des 13. bis 15. Jahrhunderts Bauern, ihre Rechte wurden immer mehr eingeschränkt (der Wechsel von einem Besitzer zu einem andern wurde zunächst nur während einer bestimmten Jahreszeit gestattet und am Ende des 16. Jahrhunderts schließlich ganz untersagt). Die Lage der Bauern näherte sich immer mehr der Lage an, in der sich weitaus die Mehrheit der Cholopen befand; ein Teil der Cholopen, so die Ministerialen, ging in die Reihe der feudalen Gutsbesitzer über.

Ein wichtiges Moment bei der Entwicklung der Bauern stellte die Existenz von Zwischenschichten innerhalb der Bauernschaft dar: "častnovladel' českie" (Privatbesitzer), "černosošnye" (schwarze Bauern) oder "gosudarstvennye" (Staatsbauern), "dvorcovye" (Hofbauern) und "monastyrskie" (Klosterbauern); "starožil'cy" (Alteingesessene) und "novoprichodcy" (Neuankömmlinge); "bobyli" (Landlose), "detenyši" (Klosterknechte), "zadvornye ljudi" (Gesinde), "zachrebetniki" (Unbehaute). Die Ungleichheit hinsichtlich Besitz und sozialer Stellung brachten die Bezeichnungen "men'šie" (Kleinbauern), "srednie" (Mittelbauern) und "lučšie ljudi" (bessere Leute) zum Ausdruck. All das führte zu Widersprüchen und zum Kampf innerhalb der Klassen und Schichten. Der Hauptwiderspruch während der gesamten Zeit des Feudalismus war jedoch der Widerspruch zwischen der herrschenden feudalen Klasse und der ihre Interessen zum Ausdruck bringenden Staatsmacht einerseits und den ausgebeuteten Bauern andererseits. Dieser Widerspruch fand seinen Niederschlag im ununterbrochenen Klassenkampf, in den verschiedenen Formen des sozialen Protestes der Unterdrückten gegen die Unterdrücker.

Die Bauernautstände begannen in der Alten Rus' in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts. Ihre Ursachen waren der Verlust von Boden und Freiheit, der Zwang zur Arbeit für den Herrn, die Erhebung von Abgaben und Steuern zugunsten des Staates und die Verschlechterung der Lage der ärmsten sozialen Schichten.

Die Unzufriedenheit der untersten Volksschichten und ihre Auflehnung gegenüber den Feudalen trugen einen konstanten, alltäglichen Charakter: Sie äußerten sich in Anschlägen auf den Besitz der Feudalen und ihrer Bediensteten sowie auf ihr Leben, im Bestreben, die Feudalen daran zu hindern, vom Bauernland Besitz zu ergreifen, die Feldraine umzupflügen oder die Grenzmarkierungen der feudalen Besitzung zu verrücken.

Die Bauern arbeiteten für ihren Herrn nur schlecht und liefen ihm bei erster Gelegenheit davon. Beachtliche Ausmaße nahmen die "Räubereien" (razboi) an, wovon beispielsweise die Nestorchronik unter dem Jahre 996 berichtet. Damit

²³ Šapiro, A. L., O pričinach zakrepoščeniya v Rossii 16 v., in: Problemy razvitiya feodalizma i kapitalizma v stranach Baltiki, Tartu 1972, S. 135 - 140 u. a.

sind offenbar die Anschläge der armen Bevölkerungsschichten auf den Besitz der Feudalen gemeint.

Die altrussischen Smerden erhoben sich auch zu aktiverem Widerstand gegen die Reichen, die Feudalen. Der erste bekannte Smerdenaufstand brach 1024 im Gebiet von Suzdal' aus. Seine Ursache war der Hunger. Das einfache Volk (die "nizy") verprügelte die Reichen, die über Getreidevorräte verfügten und am Hunger der Armen schuld waren. An der Spitze der Bewegung standen die "volchvy" (heidnische Priester), die nach Auffassung der Smerden jene Zeiten verkörperten, in denen es noch keine Feudalen und keine orthodoxen Priester oder deren Macht gab und das Joch noch nicht so drückend war. Das wesentlichste aber war, daß sich die Aufständischen gegen das Joch erhoben, gegen die Reichen und Vornehmen, die sich von der Masse der Smerden abgesondert hatten.

Die Teilnehmer am Aufstand erlitt eine grausame Bestrafung: Großfürst Jaroslav der Weise zog selbst mit seiner Družina in das Gebiet von Suzdal' und verhängte die verschiedensten Strafen.

Dasselbe wiederholte sich 1071 während des Smerdenaufstandes im Gebiet von Suzdal', Beloozero und entlang der Šeksna.

In den Jahren 1068 bis 1071 erhoben sich die Bauern im Süden der Rus'. Im Zuge dieser Ereignisse erschlugen die Aufständischen einen Stallknecht (also einen Cholopen, der zum fürstlichen Gefolge gehörte) des Fürsten Izjaslev Jaroslavič. Diese stürmischen Ereignisse, an denen in den Reihen der Aufständischen außer bäuerlichen Smerden auch Stadtbewohner und Cholopen teilnahmen, führten zum Erlaß der "Pravda der Söhne Jaroslavs", die auf einem Fürstentag der Söhne Jaroslavs und ihrer Bojaren in Vyšgorod bei Kiev im Jahre 1072 beschlossen wurde; nach den Worten M. N. Tichomirovs stellte sie eine "Antwort der erschrockenen obersten Feudalen auf die Bauernbewegung" dar, "die sich im Süden der Rus' in unmittelbarer Verbindung mit dem Kiever Aufstand entfaltete".²⁴

Zu Bauernaufständen kam es auch in der Folgezeit, von der Anfangsetappe der feudalen Zersplitterung im 12. und im ersten Drittel des 13. Jahrhunderts bis zum "Batu-Sturm". So erhoben sich gemeinsam mit der Stadtbevölkerung die Dorfbewohner des Kiever Fürstentums nach dem Tode Jurij Dolgorukijs im Jahre 1157. Eine der Ursachen für den mächtigen Novgoroder Aufstand vom Jahre 1136 gegen den Fürsten Vsevolod Mstislavič war, daß ihn das Los der Bauern überhaupt nicht berührte, obwohl sich ihre Lage offenbar erheblich verschlechtert hatte.

Unruhen und Aufstände der Smerden gab es im 12. Jahrhundert in den Fürstentümern Galič-Volynsk und Vladimir-Suzdal', wahrscheinlich auch in den Gebieten von Polock und Smolensk.²⁵

24 Tichomirov, M. N., Krest' janskije i gorodskie vosstanija na Rusi XI - XIII vv., Moskau 1955, S. 64 f., 72 - 81, 105 - 124, 127 - 129; Mavrodin, V. V., a. a. O., S. 83 - 93; Čerepnin, L. V., Obščestvenno-političeskie otnošenija v Drevnej Rusi i Russkaja Pravda, in: Drevnerusskoe gosudarstvo i ego meždunarodnoe značenie, Moskau 1965, S. 154 - 158, 175 - 195; Zimin, A. A., Cholopy na Rusi (s drevnejšich vremen do konca XV v.), Moskau 1973, S. 143 - 156.

25 Tichomirov, M. N., Vosstanija, a. a. O., S. 161 f., 189 - 198, 203 - 206, 230 - 235, 259 f., 262 f.

Zu den größten Volksbewegungen kam es in den Städten, die als Konzentrationspunkte der geschlossensten und aktivsten Masse der durch die Feudalen und den Staat ausgebeuteten sozialen Schichten auch Zentren des Klassenkampfes waren. Nicht selten rebellierten gemeinsam mit der Stadtbevölkerung auch die Bauern.

Die Aufständischen erhoben sich zur Verteidigung ihrer Interessen, die von den Feudalen und der Staatsmacht unablässig verletzt wurden. Sie versuchten, ihren Grund und Boden zu verteidigen, von dem immer größere Teile an die Feudalen übergingen, ihr Absinken aus der Freiheit in den Zustand der Abhängigkeit zu verhindern, einer Erhöhung der Abgaben und Dienstverpflichtungen entgegenzuwirken und sie auf der alten Höhe zu halten. Sie begriffen sehr gut, wer ihr Feind war, wer die Schuld an ihrem Elend trug, an der unablässig wachsenden Verschlechterung ihrer Lage. Die Aufstände in der Alten Rus' zeigen deutlich die ersten Etappen der Entstehung und Entwicklung einer antifeudalen Ideologie der unterdrückten Volksmassen, die ihre heimlichsten Sehnsüchte und Forderungen zum Ausdruck brachten. Natürlich waren sie von Unreife, Primitivität und dem Glauben an den guten Herrscher gekennzeichnet. Andererseits waren die Aufständischen aber keineswegs blind gegenüber den Herren, die die Macht besaßen. Sie lehnten sich nicht nur gegen jene auf, die ihre Macht mißbrauchten, sondern erschlugen sie (beispielsweise die Fürsten, die Posadniki, die Bojaren, ihre Verwalter und Vertrauten), setzten sie ab oder ließen sie durch ihre Leute kontrollieren. Besonders bemerkenswert ist dabei die Rolle der Volksversammlung, des Wetsche, bei Organisation, Vorbereitung und Durchführung der Aufstände, bei der Entscheidung staatlicher Angelegenheiten, bei der Zurückdrängung der Fürstenmacht (die in einzelnen Fällen nur von kurzer Dauer und instabil war, in anderen Fällen - beispielsweise in Novgorod und Pskov - aber wesentlich länger anhielt, ja mehrere Jahrhunderte hindurch, nämlich vom 12. bis zum 15. Jahrhundert).

Die Teilnehmer an den sozialen Bewegungen gelangten trotz zahlreicher Niederlagen und vielleicht in entscheidendem Maße gerade infolge dieser Niederlagen und der allmählichen Verschlechterung ihrer Lage zu utopischen Hoffnungen und Idealen von Wahrheit und Gerechtigkeit und von einer klassenlosen Gesellschaft ohne Unterdrückung, in der alle ihre Mitglieder gleich sein sollten. Bis in die Zeiten der Alten Rus' reichen die Wurzeln dieser volkstümlichen utopischen Weltanschauung zurück. Die Träume von einem irdischen "Paradies", dem "Reich Gottes auf Erden", richteten sich gegen die feudalen Abhängigkeitsverhältnisse, waren ein Ausdruck des ideologischen Kampfes zwischen den Ausbeuteten und den Ausbeutern. Diese antifeudale Ideologie fand ihren Ausdruck in religiöser Form (Verbreitung und Ausdeutung der apokryphen urchristlichen Werke, die von der offiziellen Kirche nicht anerkannt wurden, und von Dichtungen nicht religiösen Inhalts mit volkstümlichen heidnischen Vorstellungen) sowie im Eindringen antikirchlicher ketzerischer Ideen.²⁶

Die ersten Etappen der Herausbildung der Feudalordnung waren somit zugleich die ersten Etappen der Entstehung einer antifeudalen Ideologie der Volksmassen, die der im Staat herrschenden Weltanschauung der Ausbeuterklasse ideologisch entgegenstand. Diese Züge verschärften sich in den folgenden Jahrhunderten der feudalen Zersplitterung, zur Zeit des drückenden Mongolenjochs.

Weit verbreitete Formen des Klassenkampfes der Bauern von alltäglichem Charakter waren im 13. bis 15. Jahrhundert wie schon zuvor die Anrufung der Ge-

²⁶ Klibanov, A. I., Narodnaja social' naja utopija v Rossii, Period feodalizma, Moskau 1977, S. 3 - 6, 9 - 13.

richte mit Klagen über unrechtmäßiges Vorgehen und gegen Gewalthandlungen der Bojaren, der Adligen und der Klöster, schlechte Arbeit für ihre Herren, Anschläge auf deren Besitz und Leben sowie Wechsel von einem Herrn zu einem andern, was von den Feudalen und Machthabern in immer stärkerem Maße als Flucht betrachtet wurde, also als ein nach dem feudalen Recht ungesetzlicher Akt. Die Bauern weigerten sich, die von den Feudalherren oder Machthabern willkürlich erhöhten Zahlungen oder Dienste zu leisten (beispielsweise höheren Obrok, zusätzlichen Wachdienst usw.).

Die Bauern gingen auch zu aktiveren Formen des Widerstandes über - sie erschlugen die Grundbesitzer oder steckten deren Güter in Brand.

Weit verbreitet waren im 14. und 15. Jahrhundert die "Raubüberfälle" (in den aus dem Lager der Feudalherren stammenden Dokumenten gewöhnlich "razboi", "dušegubstvo" oder "tat'ba" genannt). So sollen Bauern in Novgorod, Pskov und Umgebung gemeinsam mit Cholopen und der städtischen "schwarzen Bevölkerung" mehrmals "Dörfer ausgeraubt", "Dörfer und Gehöfte in der Stadt und Speicher in der Stadt" geplündert sowie Dörfer der Bojaren "niedergebrannt" haben, wie Aufzeichnungen aus den Jahren 1310, 1311, 1314, 1332, 1340, 1342, 1359, 1359 und 1445 besagen. Das waren ihrem Wesen nach antifeudale Erhebungen, die mit einer Verwüstung des feudalen Besitzes, der Konfiskation feudaler Habe und ihrer anschließenden Verteilung unter die Aufständischen verbunden waren.

Die Feudalen führten einen erbarmungslosen Kampf gegen die Klassenerhebungen der sozialen Unterschicht. So säuberte beispielsweise Ivan Kalita nach den Worten der Ersten Novgoroder Chronik "das russische Land von Dieben, Räubern, von jeglicher Rebellion". Die Urkunden über die zwischen den Fürsten abgeschlossenen Verträge sahen die gegenseitige Unterstützung im Kampf gegen "Räuber", "Plünderer" und "Mörder" vor.

Ihre größte Ausbreitung erfuhren die genannten Formen des Klassenkampfes in der Mitte des 15. Jahrhunderts, also zur Zeit der "smuta" (der Wirren) und der Adelskämpfe (des Machtkampfes zwischen Vasilij II. Temnyj und seinem Onkel, dem Fürsten Jurij Dmitrievič von Galič-Zvenigorod, und dessen Söhnen) sowie am Ende des 15. Jahrhunderts. In diese Zeit fällt der Kulminationspunkt des Bauernlegens und der Annexion von Bauernland durch die Feudalen, womit ein Anwachsen der Dienstverpflichtungen und der persönlichen Abhängigkeit der Bauern einherging.²⁷

Der Untersuchung der Ideologie der russischen Bauern kommt, wie L. V. Čerepnin mit Recht festgestellt hat, große Bedeutung zu, denn sie war "die soziale Kraft, die eine hervorragende Rolle in der gesellschaftlichen Entwicklung jener Zeit spielte", nämlich in der Epoche der Herausbildung des russischen zentralisierten Staates.²⁸ Čerepnin verwies dabei auf die Eigentümlichkeit der Auffassungen und Vorstellungen der "schwarzen" Bauern, die ihren Grund und Boden als dem Großfürsten gehörig und damit als ihr Eigentum ansahen (zum Unterschied vom Land der Bojaren- und der Klosterbauern, bei denen zwischen dem Großfürsten und ihnen selbst noch der feudale Grundbesitzer stand). Charakteristisch für die Weltanschauung der Bauern war ihr Glaube an den Großfürsten, an die Monarchie. In ihrem gegen die Feudalen geführten Kampf um den Boden, gegen Bedrückung und ungerechtes Gericht vertrauten sie auf die Hilfe des Großfürsten. Daher rührten ihre Illusionen, ihr ständiges Bestreben,

²⁷ Čerepnin, L. V., *Obrazovanie...*, a. a. O., S. 275 - 293.

²⁸ Ebenda, S. 263.

auf legalem Wege einen Schutz ihrer Interessen gegen die Angriffe der Feudalen zu erhalten.

Gleichzeitig entwickelten sich Ansätze - wenn auch noch sehr schwache - zur Überwindung derartiger Illusionen, ein aufkeimendes Verständnis, daß der Großfürst nicht geneigt war, den Klagen der Bauern Gehör zu schenken und ihre schwere Lage zu erleichtern.²⁹

Im Rahmen des russischen zentralisierten Staates am Ende des 15. und 16. Jahrhunderts trat der Klassenkampf der Bauern in eine neue Phase und erfuhr einen Aufschwung. Um die Jahrhundertwende war seine Hauptform der Kampf der Bauern gegen den Angriff des kirchlichen und klösterlichen Grundbesitzes. Nicht von ungefähr fanden zu jener Zeit Predigten der "Uneigennütigen" (nestjažateli) weite Verbreitung, die sich gegen den Besitz von ganzen "Dörfern" aussprachen, von Boden, der von Bauern bearbeitet wurde. Diese Ideen spiegelten objektiv die Stimmungen und Interessen der Bauern wider. Gegen derartige Ideen zogen bald die "Osifljane" ins Feld, die die Interessen der orthodoxen Kirche und letztlich der weltlichen Macht vertraten. Das erklärt ihren Sieg über die "Uneigennütigen", die "Nestjažateli", und die Vernichtung dieser Häretiker zu Beginn des 16. Jahrhunderts.

Der ökonomische Aufschwung in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts war von einem relativen Abflauen des Klassenkampfes begleitet. Doch schon in den zwanziger Jahren des 16. Jahrhunderts wurden in einer Reihe von Kreisen - Jaroslavl, Vologda, Uglič und Bežec - Aufstände "kecker Burschen" aus der Bauernschaft vermerkt. Unter Elena Glinskaja (1533 bis 1538) ergriff die Regierung Maßnahmen gegen Unruhen in den Kreisen Dmitrov und Uglič. In den Jahren der Bojarenherrschaft mit ihren Gewalttaten und Bürden für das einfache Volk häuften sich die Anschläge auf Leben und Besitz der Feudalen.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts kam es zu einer entschiedenen Verschärfung der Mißfallensäußerungen der unterdrückten Volksschichten, die einen immer offeneren und schärferen Charakter annahmen. Sie waren eine Reaktion auf die Ausschreitungen der Bojaren und der Regierungen in den dreißiger und vierziger Jahren. In Mittelrußland und im Norden des Landes verschärfte sich die Aktionen der "kecken Burschen" aus den Reihen der Bauern, und die Regierung schuf nach der Reform vom Jahre 1539 Kriminalorgane für den Kampf gegen die "Verletzer der Ordnung", wobei alle im Zusammenhang mit "Räuberei" stehenden Angelegenheiten in die Hände der lokalen Adligen gelegt wurden, die auch den Kriminalorganen vorstanden.

Während des Livländischen Krieges und der Zeit der Opričnina, des Massenelends von Menschen, der Verschärfung der Leibeigenschaft in den achtziger und neunziger Jahren, der Verstärkung des Jochs der Feudalen nahm die Flucht von Bauern, Cholopen und Bewohnern des Posad in die Randgebiete des Landes früher nie gekannte Ausmaße an. Das führte dazu, daß das Landesinnere verödete und die "Räubereien", "Diebstähle" sowie "Überfälle" auf die Feudalen und ihre Besitzungen zunahmen.

Bauern und andere Bevölkerungsschichten weigerten sich, Frondienste und Geldabgaben zu leisten.

Die aktivsten Schichten der Ausgebeuteten traten zum offenen Kampf gegen die Feudalen an. Sie töteten Angehörige der Opričnina und legten Feuer an den Besitz der Gutsherren und der Klöster. Das ganze letzte Drittel des 16. Jahrhunderts (und darüber hinaus im folgenden Jahrhundert) kämpften die "schwarzen" Bauern des Emečikj-Stan an der Dvina gegen das Antoniev-Sijskij-Kloster, um ihre Überführung in das Eigentum dieser geistlichen Korporation zu verhindern. Von Bauernaufständen gegen andere Klöster wird aus den achtziger und neunziger Jahren des 16. Jahrhunderts berichtet.

Besonders verbissen war der Kampf der Bauern des Iosif-Volokolamskij-Klosters im Jahre 1590. Sie widersetzten sich der Reform der Kompetenzen des Klosters, an dessen Spitze der Kellermeister Misail Beznin stand (ein ehemaliger aktiver Vertreter der Opričnina, der Ivan Groznoj nahegestanden hatte). Die Reform sah vor, die Bauern in großem Maßstab vom Geldzins zum Frondienst und in eine Produktenrente zu überführen, die aus der Hälfte des Ernteertrages bestand, und ihnen obligatorisch Geld "für den Tierzuwachs" zu leihen, um schließlich bei der Rückzahlung des Kredits hohe Gewinne in Form von Zinsen zu erhalten (33 Prozent jährlich). Aufgrund des aktiven Widerstandes der Bauern scheiterte die Reform, und Beznin mußte das Kloster verlassen. Die Klosterleitung kehrte zu jenen Normen der Besteuerung zurück, die vor der Amtseinführung des Kellermeisters Geltung gehabt hatten. Das bedeutete also einen Sieg für die Bauern.

Die Teilnehmer an den Volksbewegungen dieser Zeit erhoben Forderungen, die gegen das wachsende Feudaljoch gerichtet waren, gegen erhöhte Abgaben, Erpressungen und Gewalttaten, für die Beibehaltung der Ausbeutungsnormen "von alters her". Sie hofften auf Wiedereinführung ihres Rechtes, am Jurjevtag den Arbeitsplatz zu wechseln. Viele erwarteten gewisse künftige Veränderungen. Das führte zum Auftreten einer großen Zahl von "Propheten" und Besessenen ("Narren"), die in der gespannten Atmosphäre heftiger sozialer Unzufriedenheit durch ihre Entlarvung der Reichen und der Würdenträger die Unzufriedenheit und den Protest der unteren Volksschichten zum Ausdruck brachten.

Der sich am Ende des 16. Jahrhunderts wesentlich verschärfende Klassenkampf war Vorbote und Vorbereitungszeit für den ersten Bauernkrieg, der das feudale Rußland der Leibeigenschaft zu Beginn des folgenden Jahrhunderts erschütterte. ³⁰

Die Bauern Rußlands legten also im Laufe von acht Jahrhunderten des frühen und des entwickelten Feudalismus einen langen Entwicklungsweg zurück. Schon im Morgenrot der Entwicklung der Feudalverhältnisse im 9. Jahrhundert geriet ein Teil der ehemals freien Bauern und Mitglieder einer Dorfgemeinde in Abhängigkeit von den Feudalen, den Fürsten und den Bojaren, und wurde zu deren leibeigenen Bauern, zu Smerden. Ein bedeutender Teil der Mitglieder von Dorfgemeinden blieb jedoch noch persönlich frei und führte seine Wirtschaft auf einem Boden, dessen oberster Besitzer der Staat in der Person der Großfürsten war. Diese freien Smerden kann man als Inhaber dieses Bodens bezeichnen, die dazu verpflichtet waren, Steuern und Dienste zugunsten des Staates zu leisten, also eigentlich zugunsten der feudalen Klasse. Die weitere Entwicklung brachte eine Verringerung der Zahl der freien Bauern und ein Anwachsen der Reihen der leibeigenen Bauern mit sich, bedingt durch die Vergrößerung des feudalen Grundbesitzes auf Kosten der Bauern und durch Verschärfung ihrer feudalen

³⁰ Zimin, A. A., Osnovnye etapy i formy klassovoj bor'by v Rossii konca XV - XVI vv., in: Voprosy istorii, Nr. 3/1965, S. 38 - 52; Korecky, V. I., Zakrepoščenie..., a. a. O., S. 235 - 300.

Ausbeutung, die gegen Ende des 16. Jahrhunderts besonders scharfe Formen annahm (Verbot des Wechsels von einem Herrn zum andern, Festlegung von Fristen für die Suche nach entlaufenen Bauern).

Der Prozeß der Verschärfung des feudal-leibeigenschaftlichen Systems und der feudalen Ausbeutung der Bauern wurde vom Anwachsen des Klassenprotestes der Bauern begleitet. Zunächst, in der Zeit des Altrussischen Staates, kam es nur zu vereinzelt, lokalen, kurzfristigen Erhebungen; in der Periode der feudalen Zersplitterung blieben die gleichen Züge erhalten, die Aufstände erfuhren aber eine weitere Ausbreitung. In der Epoche der Herausbildung und der Entwicklung des russischen zentralisierten Staates nahm der Kampf der Bauern unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Verelendung und der Verschärfung der Leibeigenschaft wesentlich an Kraft und Schärfe zu und war ein Vorbote des ersten großen Bauernkrieges in Rußland zu Beginn des 17. Jahrhunderts.

Die Bauern waren in dieser Zeit die grundlegende werktätige Klasse und die Haupttriebkraft des Klassenkampfes. Der Klasse der Feudalen standen sie antagonistisch gegenüber. Ihre Arbeit ermöglichte die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, den Ausbau des Staates, seine Verteidigung gegen äußere Feinde und die Befreiung vom Joch der Machthaber der Goldenen Horde. Ihr Klassenkampf trug zur Evolution der sozialen Ordnung und der Staatlichkeit bei. Die große historische Rolle der Bauern bestand darin, daß sie durch ihre Arbeit und ihren Kampf die Entwicklung der Feudalordnung insgesamt vorantrieben, den Übergang von einer Etappe zur nächsten ermöglichten und in der Perspektive zur Ablösung der Feudalordnung durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung beitrugen.

von Jörg Rüdiger

(Übersetzt von Günther Jarosch)

8. Einleitung

1. Zur staatsrechtlichen Vorgeschichte nach dem zweiten Weltkrieg
2. Zur Wirtschaftspolitik und zur Wirtschaftsverwaltung
3. Zu Wirtschaftsextrakt und Wirtschaftswissenschaften
4. Zu den Arbeits- und Lohnverhältnissen
5. Zur wissenschaftlichen Methode der staatsrechtlichen
6. Schlusssätze

9. Einleitung

Der Leser mag im ersten Moment fragen: Keine spezielle wirtschaftswissenschaftliche Methodik? Die Antwort lautet: Ja, es geht nicht nur um die Methode, sondern um die Methode der staatsrechtlichen Wissenschaft, die die Grundlage der staatsrechtlichen Methodik ist. In den 20. Jahren des 20. Jahrhunderts haben wir eine wichtige Frage gestellt: Wie man bei einer staatsrechtlichen Untersuchung vorgehen sollte? Die staatsrechtliche Methode ist eine staatsrechtliche Methode, die den staatsrechtlichen Untersuchungsgegenstand als staatsrechtlich zu betrachten, so dass er sich bestmöglich darstellt. Das gleiche kann man auf den staatsrechtlichen Gegenstand anwenden. Die staatsrechtliche Methode ist eine staatsrechtliche Methode, die den staatsrechtlichen Untersuchungsgegenstand als staatsrechtlich zu betrachten, so dass er sich bestmöglich darstellt.

LITERATURKRITIK

DDR-Kritik im Taschenbuchformat

Bemerkungen zur Darstellung der Wirtschaftsentwicklung der DDR in

Wilhelm Treue, *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit*, Bd. 2: 20. Jahrhundert, Abschnitt: Mitteldeutschland - Deutsche Demokratische Republik, S. 229 - 245 (im folgenden: I)

Alfred Kröner Verlag, 3. stark erweiterte Auflage Stuttgart 1973, 350 Seiten, Preis: 44,80 DM

Friedrich Wilhelm Henning, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 3: Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1972, Abschnitt: Wirtschaft und Gesellschaft der DDR, S. 244 - 263 (= Uni-Taschenbücher, Bd. 398, (im folgenden: II)

Ferdinand Schöningh, Paderborn 1974, 292 Seiten, Preis: 14,80 DM

Karl Hardach, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, Abschnitt: Das wirtschaftliche System eines Satelliten: Das kommunistische Deutschland (1945 - 1970), S. 130 - 165 = Kleine Vandenhoeck-Reihe, Nr. 1411, (im folgenden: III)

Vandenhoeck u. Ruprecht, Göttingen 1976, 227 Seiten, Preis: 17,80 DM

von Jörg Roesler

0. Einleitung

1. Zur ökonomischen Ausgangssituation nach dem zweiten Weltkrieg
2. Zur Wirtschaftspolitik und zur Wirtschaftsplanung
3. Zu Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftswachstum
4. Zu den Arbeits- und Lebensbedingungen
5. Zur wissenschaftlichen Akribie der Taschenbücher
6. Schlußbemerkungen

0. Einleitung

Der Leser mag im ersten Moment stutzen: Keine spezifisch wirtschaftshistorischen BRD-Publikationen über die DDR stehen hier zur Debatte, sondern Abschnitte aus Gesamtdarstellungen, die die deutsche oder die Weltwirtschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert zum Gegenstand haben. Er wird sich vielleicht fragen, ob man bei einer Rezension derartig vorgehen kann. Unbestreitbar werden aus Gesamtdarstellungen über eine umfangreichere Thematik oft einzelne Abschnitte gelesen, die den Leser über ein thematisch abgerundetes Teilgebiet informieren, zu dem er sich eine Meinung bildet. Das gleiche Recht sollte auch dem Rezensenten zugestanden werden. Eine kritische Betrachtung gerade dieser Arbeiten aus der BRD über die Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts

bezüglich ihrer Aussagen zur Wirtschaftsgeschichte der DDR erscheinbar aber unter anderem auch deshalb wünschenswert, weil es sich hierbei um Taschenbücher handelt.

Wissenschaftliche Taschenbücher erfreuen sich in der BRD (und nicht nur dort) zunehmender Verbreitung. Sie sind - was angesichts der rasch steigenden Preise auf dem kapitalistischen Büchermarkt ganz wesentlich ist - relativ billig; sie sparen Geld. Die Informationen sind komprimiert; Taschenbücher sparen damit auch Zeit. Die Autoren solcher Gesamtdarstellungen sind in der Regel ausgewiesene Wissenschaftler mit einem guten Ruf über ihr unmittelbares Forschungsgebiet hinaus. Die Taschenbuchreihen, in denen solche Arbeiten veröffentlicht werden, sind in der Regel eingeführt, dem potentiellen Leser von Format und Aufmachung her vielfach bereits vertraut.

All dies sichert dem wissenschaftlichen Taschenbuch relativ weite Verbreitung. Die darin enthaltenen Informationen erreichen Leserschichten, die eine Monographie zu Spezialproblemen der DDR-Wirtschaftsgeschichte vielleicht niemals kaufen bzw. ausleihen würden. Mancher Leser wurde vielleicht durch eines der genannten Taschenbücher erstmals mit der DDR-Wirtschaftsgeschichte konfrontiert und ange-regt, über die Wirtschaft des sozialistischen deutschen Staates nachzudenken,

Die Herausgeber und Autoren der Taschenbücher stellen als Vertreter und Verfechter der imperialistischen Staatsordnung in der BRD die Vorzüge des Taschenbuches in den Dienst der Propagierung eines bürgerlichen DDR-Bildes. Daraus ergibt sich die politisch-ideologische Funktion der hier für diese Besprechung ausgewählten Beiträge. Die drei wesentlichsten Aspekte dieser Funktion sind wohl darin zu sehen, daß derartige Arbeiten Beiträge zur Strategiebildung, zur Manipulierung der Bundesbürger und zur ideologischen Beeinflussung der DDR-Bevölkerung sind.¹ Die Taschenbücher dürften dabei vor allem für die Realisierung des zweiten Aspektes das geeignete Medium sein.

Die uns besonders interessierende, nach innen gerichtete, ideologiebildende Funktion der bürgerlichen DDR-Forschung wird von den Autoren des Buches "Unbewältigte Vergangenheit" wie folgt charakterisiert: "Ihre Ergebnisse sollen helfen, die Bevölkerung der BRD vor dem Einfluß des Sozialismus abzuschirmen, sie mit einem Feindbild auszurüsten, das sich in aktives Handeln zur Unterstützung des bürgerlichen Staates und seiner Politik umsetzen soll".² Ferner heißt es dazu: "Diese Funktion wird aber, vorwiegend indirekt, vermittels der sogenannten Multiplikatoren (Journalisten, Lehrer usw.) ausgeübt. Die bürgerliche DDR-Forschung wendet sich im allgemeinen nicht unmittelbar an die Massen, sondern liefert hauptsächlich Rohstoff für ihre Manipulierung. Das von ihr produzierte DDR-Bild entspricht daher zwar in seinem Wesen, aber keineswegs im Einzelnen und Besonderen dem von der Massenpresse, in der Schule und auf anderen Wegen dem Bundesbürger suggerierten Zerrbild über die DDR".³

Davon ausgehend behandeln Wissenschaftler der DDR in Auseinandersetzungen mit BRD-Publikationen über unser Land die "wissenschaftliche" und die "publizistische" Ebene oftmals getrennt voneinander. So angebracht ein derartiges Vorgehen in vieler Hinsicht ist, erschwert es doch, die Kommunikation zwischen beiden Ebenen

1 Vgl. Unbewältigte Vergangenheit, Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, Berlin 1977, S. 375 f.

2 Ebenda, S. 375.

3 Ebenda, S. 379.

aufzudecken und zum Beispiel festzustellen, in welchem Maße "die für die gegenwärtige DDR-Forschung charakteristischen Änderungen in Inhalt, Form und Methode"⁴ das breite Leserpublikum in der BRD erreichen. Die hier zu besprechenden Taschenbücher stellen eins der Verbindungsglieder zwischen der "wissenschaftlichen" und der "publizistischen" Ebene dar. Eine Analyse der Abschnitte, die die drei oben angeführten repräsentativen⁵ Taschenbücher über die DDR enthalten, kann also gerade darüber Auskunft geben, wie der auf der "wissenschaftlichen" Ebene in den siebziger Jahren vollzogene Wandlungsprozeß des bürgerlichen DDR-Bildes an Breite gewann, wie konsequent und wie schnell die neuen Aspekte über die Spezialliteratur hinaus in die wissenschaftliche Fachliteratur Eingang fanden.

Das dürfte Grund genug sein, die Darstellungen zur DDR-Wirtschaftsgeschichte, auch wenn sie nur einen Teil des jeweils behandelten Werkes umfassen, einer eingehenderen Untersuchung zu unterziehen. Von den Autoren der Taschenbücher, von denen keiner mit besonderen Forschungen zur DDR-Wirtschaftsgeschichte hervorgetreten ist⁶, können keine neuen Forschungsergebnisse erwartet werden, wohl aber die Berücksichtigung eines repräsentativen Ausschnittes an Literatur und eine eigenständige und kritische Verarbeitung von Ergebnissen der Einzel- forschung.

1. Zur ökonomischen Ausgangssituation nach dem zweiten Weltkrieg

Man sollte meinen, daß diesem Thema in den entsprechenden Abschnitten der genannten Bücher reichlich Raum gegeben wird; denn der auf dem Territorium der DDR vorgefundene Entwicklungsstand von Industrie, Landwirtschaft und Verkehrswesen, insbesondere aber der Einfluß von Krieg und Kriegsfolgen auf diese Bereiche mußte Tempo und Dynamik der Wirtschaftsentwicklung noch über einen langen Zeitraum bestimmen.

Die Ausgangssituation wird jedoch nur ganz knapp gestreift. Immerhin erkennt Treue an: "Die DDR ist ... viel ärmer an Rohstoffen als die Bundesrepublik und durch die Teilung Deutschlands in ihrer wirtschaftlichen Struktur viel schwerer getroffen worden als der westliche Teil des Reiches" (I, S. 229)⁷. Dem pflichten auch Henning und Hardach bei (II, S. 248 f.; III, S. 133 ff.). Die historische Schuld an den im Vergleich zur BRD komplizierteren Ausgangsbedingungen der DDR suchen die Autoren allerdings nicht bei dem für die Entfesselung des zweiten Weltkrieges, für den sinnlosen Widerstand "bis 5 Minuten nach 12" und für die Spaltung Deutschlands verantwortlichen deutschen Imperialismus, sondern bei der Sowjetunion, die die von ihr zunächst besetzten und verwalteten Gebiete "in das sowjetische Herrschaftssystem gezwungen" habe (I, S. 230).

⁴ Ebenda, S. 380.

⁵ Wehler hat alle drei Taschenbücher in seine wirtschaftshistorische Auswahlbibliographie aufgenommen. (Vgl. Wehler, H.-U., Bibliographie zur modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte, 18. - 20. Jahrhundert, Göttingen 1976.)

⁶ Treue ist mit Werken zur Technikgeschichte hervorgetreten, Henning hat sich auf dem Gebiet der Agrargeschichte Verdienste erworben, Hardachs Spezialgebiet ist die Industrie- und Handelsgeschichte. Alle drei haben sich viel mehr mit dem 19. als mit dem 20. Jahrhundert beschäftigt.

⁷ Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf die hier besprochenen Bücher, die durch römische Zahlen gekennzeichnet sind.

Die Absicht, den deutschen Imperialismus von der Verantwortung für die Not, die die Bevölkerung der DDR in den ersten Nachkriegsjahren litt, freizuspüren und sie der Sowjetunion anzulasten, wird bei allen drei Autoren durch die Art und Weise deutlich, mit der sie die Kriegsfolgen behandeln. Den Kriegszerstörungen widmet nicht einer von ihnen einen vollständigen Satz. Über einzelne Formen der Wiedergutmachung (Demontagen, Reparationen, SAG-Betriebe) wird dagegen (bei Treue und Hardach) seitenlang informiert. Um dem bundesrepublikanischen Leser die im Potsdamer Abkommen und in anderen Viermächtevereinbarungen ("Industrieplan") geregelten Wiedergutmachungsleistungen als "erste Phase der Ausplünderung" (I, S. 230) zu suggerieren, wird ein wahres Feuerwerk von Daten über ihren Umfang abgebrannt. Die dubiose Herkunft dieses Zahlenmaterials, das von einer ganzen Generation antikommunistischer Ostexperten zusammengetragen wurde, ist allgemein bekannt.⁸ Hier sei nur ein Beispiel für die "Exaktheit" der von den Autoren angeführten Ziffern genannt: Die Kapazitätsverluste Ostdeutschlands durch Demontagen und Kriegszerstörungen beziffert Hardach auf 40 Prozent, Treue auf 75 Prozent (!) (III, S. 130; I, S. 230).

2. Zur Wirtschaftspolitik und zur Wirtschaftsplnung

Zeigen die Autoren bereits bei der Behandlung der Nachkriegssituation Befangenheit in den Traditionen der offen antikommunistischen BRD-Geschichtsschreibung der fünfziger und sechziger Jahre, so trifft das erst recht für die Darstellung der sozialistischen Planwirtschaft zu. Die Verfasser erweisen sich als gelehrige Nachfolger Euckens, Hensels, Thalheims und anderer "Väter" der "Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs". Nach Meinung der Taschenbuch-Autoren hat die Wirtschaftspolitik der DDR - grob gesprochen - zwei Wurzeln: die "Sowjetisierungs-politik der UdSSR" (III, S. 152 f.) und die faschistische Kriegszwangswirtschaft (III, S. 141 f.; 151 f.; I, S. 231 f., 240; II, S. 247). Letztere habe unmittelbar nach dem Kriege in der von den Autoren als erste, als "heimliche Phase der Sowjetisierung" bezeichneten Periode die entscheidende Rolle gespielt. Treue formuliert das so: "Sozialisierung bzw. Verstaatlichung fanden eine nützliche Grundlage und Vorstufe (Hervorhebung - J. R.) in der nationalsozialistischen dirigistischen Zentralverwaltungswirtschaft, deren Organisation an vielen Stellen übernommen und ausgebaut wurde, solange nicht eigentlich organisierte 'Planwirtschaft' betrieben werden konnte" (I, S. 231).

Das ist nicht nur schlechthin falsch: Hier wird recht vordergründig die Totalitarismuskonzeption ins Spiel gebracht, um die Vorgeschichte der DDR im Zwielicht erscheinen zu lassen und gleichzeitig die Hinwendung zur "freiheitlichen Grundordnung" in der BRD nach dem mit der Währungsreform im Sommer 1948 vollzogenen Übergang von der Bewirtschaftung zur "freien Marktwirtschaft" Erhard'scher Prägung ins rechte Licht zu rücken.⁹

Einmal voll herausgebildet, habe die Planwirtschaft in der DDR - so Hardach - keine echte Chance der Weiterentwicklung mehr gehabt. Sie sei gewissermaßen

⁸ Im einzelnen vgl. dazu Barthel, Horst, Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik in der Nachkriegsperiode (1945-1949/50), Hab.-Schr. Berlin 1968, S. 88 ff.

⁹ Vgl. zur Haltlosigkeit dieser Behauptungen Roesler, Jörg, Antikommunismus und Objektivität, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 2, S. 165 ff.

erblich mit dem Makel der "Ineffizienz" belastet gewesen; denn: "Je zentraler und zugleich (?) detaillierter eine Planung ist, desto länger dauern die Planberatungen, um so mehr sind die Plandaten bei der Ausführung des Planes veraltet" (III, S. 153)¹⁰. Außerdem herrsche "in einer entwickelten Industrielandschaft die Tendenz, daß die Zahl der Produkte schneller zunimmt als die Fähigkeit der Planbehörden, für diese Produkte aufeinander abgestimmte Materialbilanzen zu erstellen" (III, S. 153 f.). Auf diese "Gesetzmäßigkeiten" konnten die Planer in der DDR aber nach Hardach gar nicht stoßen, da sie - wie Hardach meint - jeden eigenen Antrieb, also auch eine Analyse der Effektivität ihrer Planungstätigkeit, hätten vermissen lassen: "Die Staatliche Plankommission war eine Art wirtschaftlicher Generalstab. Ihre Aufgaben wurden ihr von der Führung der kommunistischen SED gestellt, für die wiederum die Moskauer Linie verbindlich war" (III, 152). Anstöße seien angeblich stets nur von außen gekommen, und die DDR habe "die jeweils letzte sowjetische Neuerung ... stets getreulich nachgeahmt" (III, S. 153).

Hardach hätte klüger daran getan, sich nicht so sehr an Thalheims Frühwerk zu orientieren, sondern - wenn er schon marxistische Autoren verschmäht - neuere Literatur seiner bürgerlichen Kollegen zu dieser Frage zu lesen. Thalheim ließ 1961 die Entwicklung der Planung in den sechziger Jahren noch unberücksichtigt,¹¹ Krol, der Anfang der siebziger Jahre schrieb, konnte nicht mehr umhin, der DDR auch für die fünfziger Jahre bei der Gestaltung des Planungssystems "ökonomische Souveränität" zuzubilligen¹², um den Übergang zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft Mitte der sechziger Jahre begründen zu können. Denn nach der Thalheimschen "Sowjetisierung"-These gäbe es streng logisch für eine Wirtschaftsreform in der DDR nur die Möglichkeit, eine sowjetische nachzuahmen (die damals aber noch gar nicht stattgefunden hatte).

Soweit geht Hardach in seinen Ausführungen nun doch nicht. Lieber läßt er den (III, S. 153) ebenso knapp wie simpel beschriebenen "Sowjetisierungsmechanismus" zeitweise außer Kraft treten und sucht "innere Reformursachen". Unter dieser Rubrik offeriert Hardach eine recht konfuse Zusammenstellung von Gründen, wovon zum Beispiel die Behauptung, das für die DDR angeblich charakteristische, "im Ostblock beispiellose Nebeneinander verstaatlichter, halbstaatlicher und privater Produktionseinheiten im industriellen wie agrarischen Bereich" (III, S. 155) hätte die Einführung des neuen ökonomischen Systems bewirkt,

10 Auf dieses bereits von Hamel u. a. vorgebrachte "Argument" wird eingegangen bei Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1978, S. 327 f.

11 Thalheim schrieb im Jahre 1961: "Mitteldeutschland (gemeint ist die DDR - J. R.) ... gehört zu jenem Gebiet im Ostblock (gemeint ist das sozialistische Lager - J. R.), in dem das in der Sowjetunion entwickelte Modell der Wirtschafts- und Sozialordnung ... nahezu ohne Einschränkung übernommen worden ist." (Thalheim, Karl C., Die Rezeption des Sowjetmodells in Mitteldeutschland, in: Die Wirtschaftssysteme Osteuropas und der Volksrepublik China, Berlin (West) 1961, S. 267.)

12 Krol, Gerd-Jan, Die Wirtschaftsreform in der DDR und ihre Ursachen, Tübingen 1972, S. 50.

völlig unhaltbar ist. Wichtiger als die Solidität der Darstellung schien Hardach von vornherein die Anzahl seiner Reformgründe gewesen zu sein. Er war außerdem viel zu sehr damit beschäftigt, seine mit der Einführung des neuen ökonomischen Systems in der DDR bedrohten "Sowjetisierungs"-Thesen zu retten, als daß er sich ernsthaft um die objektiven und subjektiven Gründe für die Einführung der Wirtschaftsreform hätte kümmern können.¹³ Hardach hielt angestrengt Ausschau nach dem rettenden Engel, als der ihm schließlich der sowjetische Ökonom Liberman galt. Ein Artikel des Charkower Professors in der Prawda bewirkte nun angeblich - so einfach macht sich das Hardach - "eine Liberalisierung der Diskussion in der stagnationsgeplagten DDR und führte - nach einigen praktischen Versuchen - im Juli 1963 zur allgemeinen Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖS)" (III, S. 157). Die von Hardach für die fünfziger Jahre konstatierte angebliche "Moskauer Linie", nach der sich die DDR-Planer zu bewegen gehabt hätten, kam eben Anfang der sechziger Jahre vorübergehend einmal aus Charkow. Das macht Herrn Hardach nichts, solange die "Sowjetisierungs"-These nur weitergilt!

Treue hat die "Sowjetisierungs"-These weit weniger ausgewalzt. Folgt man ihm, dann wurde das neue ökonomische System "im Gegensatz zu anfänglichen Diskussionen von Libermans Thesen" (I, S. 240) entwickelt und eingeführt.¹⁴

Hardach und Treue versuchen dann, die Wirtschaftsreform der sechziger Jahre in der DDR zu charakterisieren. Im Unterschied zu beiden geht Henning nicht auf das neue ökonomische System ein, sondern philosophiert darüber, wie die DDR-Planung seiner Ansicht nach eigentlich sein sollte (II, S. 249 f.).

Auf einen Exkurs zu Hennings Überlegungen wird hier verzichtet; er hätte mit (DDR-) Wirtschaftsgeschichte nichts mehr zu tun.

Von Hardach und Treue, die sich zum neuen ökonomischen System explizit äußern, könnte man dagegen eine (knappe) Skizzierung der Hauptlinien der vielfältigen Prozesse erwarten, die sich im Bereich der Leitung und Planung in den sechziger Jahren vollzogen haben. Doch man wartet vergeblich; denn im Mittelpunkt steht bei beiden Autoren nicht der reale Prozeß, sondern ein Modell - das Modell der Zentralverwaltungswirtschaft. Möglichkeiten und Etappen der Wirtschaftsreform

¹³ Zu den Ursachen der Wirtschaftsreform vgl. Reißig, Karl/Schmidt, Walter, Zur Geschichte der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 4/1977, S. 396 ff.; Kanzig, Helga/Reißig, Karl, Zur Geschichte der DDR vom Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bis zum VIII. Parteitag der SED, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, Nr. 9/1974, S. 770 ff.; Reißig, Karl, Zur Geschichte der DDR von 1961 bis 1976, in: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historikergesellschaft, Nr. 1/1977, S. 43 ff.

¹⁴ Zum Platz des Prawda-Artikels "Plan, Gewinn und Prämie" vom 9. 9. 1962 in der sowjetischen Diskussion zur Frage der Vervollkommnung der Planung und der ökonomischen Stimulierung vgl. Libermann, E. G., Ökonomische Methoden zur Effektivitätssteigerung der gesellschaftlichen Produktion, Berlin 1973, S. 14 ff. - Sein Einfluß auf die Reformdiskussion in der DDR ist behandelt in Roesler, Jörg, Lösungswege bei der Inangriffnahme der Wirtschaftsreformen in den sechziger Jahren, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 3, S. 113.

werden aus diesem Modell abgeleitet. Willkürlich ausgewählte, teilweise richtig, teilweise ungenau datierte¹⁵ einzelne Maßnahmen, die das System der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung vervollkommneten (Umwandlung der VVB in ein ökonomisches Führungsorgan, Preisreform, Einführung der Produktionsfondsabgabe), sollen dem Leser die Realität der Modellvorstellungen suggerieren.

Das von Treue und Hardach der Darstellung des neuen ökonomischen Systems zugrunde gelegte Modell läßt der Reform nur auf einer Ebene Spielraum - der der Zentralisation bzw. Dezentralisation (bei Treue durch die "bewährten" Synonyme Dogmatismus und Liberalisierung ersetzt; I, S. 240). Entsprechend dieser Konzeption sieht zum Beispiel Hardach "die Grundproblematik der NÖS-Reformen" einseitig darin, die "Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen mit einem System zentraler Planung zu verbinden" (III, S. 158).

Hardach glaubt für die Jahre 1963 bis 1968 eine Tendenz zur Dezentralisierung zu erkennen, der eine Phase der Rezentralisierung gefolgt sei (III, S. 160 f.). Demgegenüber läßt Treue den Einfluß "liberalisierender Tendenzen" nur für zwei Jahre gelten. "... dann trat ab 1965 wieder der Dogmatismus voll in Erscheinung" (I, S. 240). Die Rezentralisierung erreichte nach Treue weitere zwei Jahre später (in einer Zeit also, die Hardach noch als Dezentralisierungsperiode bezeichnet) eine neue Stufe. "Das im April 1967 auf dem SED-Parteitag (gemeint ist der VII. Parteitag - J. R.) proklamierte 'ökonomische System des Sozialismus' betonte dann geradezu das alte zentralistische Prinzip gegenüber dem Neuen ökonomischen System" (von 1963) (I, S. 242).

Die Differenzen zwischen beiden Autoren bei der Bestimmung des Zeitpunktes einer angeblichen Rezentralisierung sind insofern bemerkenswert, als sie die Dürftigkeit der Basis, auf der beide Modellanhänger ihre Einschätzung vollziehen, noch einmal unterstreichen. Über das Ergebnis der Wirtschaftsreform in den sechziger Jahren sind sich beide allerdings einig: Sie endet mit der Rückkehr zum Zentralverwaltungswirtschaftsmodell der fünfziger Jahre (I, S. 242; III, S. 161). Worum es bei der Einführung des neuen ökonomischen Systems wirklich ging, hätte allerdings beiden Autoren kein Geheimnis zu sein brauchen. Der VI. Parteitag der SED beschloß im Januar 1963 als zentrale Aufgabe auf ökonomischem Gebiet, "ausgehend von den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus, die nationale Wirtschaft der DDR auf der Grundlage des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik zu gestalten und so die Arbeitsproduktivität ständig zu steigern."¹⁶

Diese inhaltliche Zielstellung wurde in der "Geburtsurkunde" der Wirtschaftsreform, der auf der Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrats der DDR im Juni 1963 beschlossenen "Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft", detailliert dargelegt.¹⁷ Zu dem Treue und Hardach so interessierenden Problem der Verteilung von Entscheidungsbefugnissen hieß es in der Richtlinie grundsätzlich: "Die Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung dient...

¹⁵ Z. B. setzt Hardach aus unerfindlichen Gründen für das Jahr 1965 die Einführung "eines sogenannten geschlossenen Systems ökonomischer Hebel" an (III, S. 158).

¹⁶ Beschluß des VI. Parteitages der SED über die Aufgaben in der Industrie, im Bauwesen sowie im Transport- und Nachrichtenwesen, Berlin 1963, S. 7.

¹⁷ Vgl. Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, 4. Aufl. Berlin 1965, S. 10.

der weiteren Festigung und Entwicklung des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaft. "18

Aus dem Zitierten geht bereits hervor, daß erstens Zentralisation bzw. Dezentralisation der Entscheidungsbefugnisse nicht Selbstzweck waren, sondern Mittel und Methoden zur Durchsetzung einer einheitlichen Zielstellung, der Erhöhung der Effektivität der Volkswirtschaft. Zweitens ist ersichtlich, daß eine Veränderung der Entscheidungsbefugnisse zwischen wirtschaftsleitenden Organen und Betrieben im Rahmen des demokratischen Zentralismus erfolgen sollte (und dann tatsächlich auch erfolgte).

Vergleicht man die ökonomischen Zielstellungen des VI. Parteitages der SED, in deren Verwirklichung das neue ökonomische System eingeführt wurde, mit denen des VII., VIII. und IX. Parteitages, dann wird die Kontinuität der Wirtschaftspolitik der Partei der Arbeiterklasse, ihr ständiges Bemühen, die Vorzüge des Sozialismus mit denen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden, deutlich. Daß die Mittel und Methoden zur Erreichung dieses Zieles (darunter die Verteilung der Entscheidungsbefugnisse zwischen Betrieben, Kombinat, VVB und zentralen wirtschaftsleitenden Organen) entsprechend den sich verändernden politischen, ökonomischen und technischen Bedingungen sowie den eigenen bei der Durchführung der Wirtschaftsreform gesammelten Erkenntnissen und den Erfahrungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder Änderungen unterworfen waren, dürfte für eine Partei, wie die SED es ist, die - einer realen Wirtschaftspolitik verpflichtet - die erreichten Erfolge (und auch eingetretenen Mißerfolge) auf den einzelnen Gebieten der Leitung und Planung exakt analysiert, selbstverständlich sein. "Die Praxis zeigte auch in der Zeit nach dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus", heißt es dazu in der "Geschichte der SED", "daß das Suchen und Beschreiten neuer Wege bei der Leitung und Planung der Wirtschaft und bei der Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit mit dem Risiko verbunden ist, daß nicht immer alle Maßnahmen die gewünschten Wirkungen erzielen und daß ständig neue Erfahrungen gesammelt werden müssen."19

Ob für die Periodisierung der Vervollkommnung des Systems der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung die aus den sechziger Jahren stammende Einteilung (1. Etappe des neuen ökonomischen Systems 1963 bis 1965, 2. Etappe 1966 bis 1967, ökonomisches System des Sozialismus ab April 1967)²⁰ noch genügt oder ob die von Karl Reißig und Walter Schmidt generell für die erste Periode der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (1961 bis Anfang der siebziger Jahre) vorgeschlagene Unterteilung in drei Etappen (August 1961 bis Anfang 1963, Anfang 1963 bis Ende 1965, 1966 bis 1971)²¹ für die Charakterisierung des Wirtschaftsmechanismus einfach übernommen werden kann, muß beim bisherigen Stand der marxistischen Forschung zur Entwicklung des Systems der Leitung und Planung der Volkswirtschaft in den sechziger Jahren noch offen bleiben. In Anbetracht der zahlreichen Periodisierungsversuche von seiten bürgerlicher Auto-

18 Ebenda.

19 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß, Berlin 1978, S. 451.

20 Vgl. Falk, Waltraud/Richter, Gerhard/Schmidt, Wilhelm, Wirtschaft - Wissenschaft - Welthöchststand, Berlin 1969, S. 224 ff., 241 ff., 248 ff.

21 Reißig, Karl/Schmidt, Walter, a. a. O., S. 397.

ren²² sollte jedoch auch auf diesem in der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung wesentlichen Gebiet intensiv weiter geforscht werden.

3. Zu Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftswachstum

In unmittelbarem Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung stehen die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur und das Wirtschaftswachstum. Nur eine zweckmäßige Wirtschaftsstruktur und ein rasches Wirtschaftswachstum ermöglichen die Verwirklichung einer den Erfordernissen des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus entsprechenden Wirtschaftspolitik zur ständigen Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen.

Weiterhin lassen sich aus dem Wirtschaftswachstum wesentliche Rückschlüsse auf die Effektivität der Wirtschaftsplanung ziehen. Es ist daher untersuchenswert, wie die Taschenbuchautoren - bei der Behandlung des Wirtschaftswachstums nicht so sehr in die ideologische Zwangsjacke der Zentralverwaltungswirtschaftslehre mit ihrer vorprogrammierten "Ineffizienz des Systems" gepreßt wie bei der Abhandlung der Wirtschaftsplanung - die in der DDR erreichten Wachstumsraten beurteilen.

Das Gesamturteil der Taschenbuchautoren über das Tempo des Wirtschaftswachstums in der DDR muß dem Leser, der die ausführlichen Klagen der Autoren über das Planungssystem gerade in sich aufgenommen hat, verblüffen: "Die DDR-Wirtschaft konnte ... im realen Wachstum mithalten" (I, S. 243), bekennt Treue und stellt verwundert fest: "Die zentralplanwirtschaftliche Ordnung der DDR ist demnach durchaus funktionsfähig" (ebenda).

Soweit geht nun Hardach allerdings nicht. Aber auch er bekennt resümierend: "Insgesamt kann man sagen, daß das Wachstum der Wirtschaft der DDR, betrachtet man es über einen längeren Zeitraum, sich ... neben dem der Bundesrepublik durchaus sehen lassen kann" (III, S. 151).

Hardach bezeichnet die DDR-Wirtschaft als "entwickelte Volkswirtschaft" (III, S. 145), Treue kennzeichnet sie als "eine moderne Industriegesellschaft" (I, S. 243). Ähnlich urteilt auch Henning (II, S. 16 f.).

Im großen und ganzen haben die Autoren der Taschenbücher das besonders von Thalheim und Gleitze bis Anfang der sechziger Jahre propagierte Bild einer in permanenter Wirtschaftskrise befindlichen DDR²³ als völlig unakzeptabel beiseite gelegt. Im einzelnen trennen sie sich nicht so schnell von den überkommenen Argumenten der "DDRologen" in der BRD. Da wird von einer "stagnationsgeplagten DDR" (vor 1963) gesprochen, von einer "Wachstumskrise der frühen sechziger Jahre" (III, S. 149, 157), von "einer immer weiteren Entwicklung ihrer Industrie entsprechend den Bedingungen der Sowjetunion" (I, S. 241) usw. Die Rücknahme solcher antikommunistischen Grundthesen erfolgt zögernd und bei den einzelnen

22 Vgl. z. B. Mitzscherling, Peter, u. a., System und Entwicklung der DDR-Wirtschaft, Berlin(West) 1974, S. 18 ff.; Schwartau, Cord, Von Plan zu Plan. 25 Jahre ökonomische Entwicklung der DDR, Herford/Berlin(West) 1974, S. 24 ff.; Kiera, Hans-Georg, Partei und Staat im Planungssystem der DDR, Düsseldorf 1975, S. 90 ff.

23 Vgl. Gleitze, Bruno, Die Industrie der Sowjetzone unter dem gescheiterten Siebenjahrplan, Berlin (West) 1964; Thalheim, Karl C., Die Wirtschaft der Zone in Krise und Umbau, Berlin (West) 1964.

Autoren unterschiedlich. Während Henning von einer im Vergleich zu Westdeutschland "sehr langsamen Steigerung der Produktion über das niedrige Niveau der Zeit von 1945 bis 1947" hinaus spricht (II, S. 247), vermerkt Hardach eine "geradezu fieberhafte Wiederaufbauphase" nach dem Kriege (III, S. 142). Er stellt fest: "In den ersten Nachkriegsjahren war die industrielle Entwicklung in der Sowjetzone allerdings tatsächlich schneller" als in Westdeutschland (III, S. 144).

Unterschiede bestehen zwischen den Autoren auch hinsichtlich der Einschätzung der im Rahmen der sozialistischen Industrialisierung in der DDR während der fünfziger Jahre vollzogenen Veränderungen in der Industriestruktur. Hardach ist der Ansicht, daß die Strukturrechtscheidung zur vorrangigen Schaffung einer schwerindustriellen Basis "die schon infolge der Übernahme sowjetischer Praktiken ... entstandenen Einbußen und Nachteile" noch vergrößert habe (III, S. 146). Für Henning ist dagegen dieselbe Entscheidung "langfristig gesehen ... von positiver Auswirkung" gewesen (II, S. 248).

Zu einer generell positiven Meinung konnte sich jedoch auch Henning nicht entschließen, obwohl doch schon 1972 der bereits zitierte Krol ganz eindeutig geschrieben hatte: "Angesichts der durch die Spaltung verursachten Disproportionen gab es gute ökonomische Gründe, die wegfallende schwerindustrielle Basis und die übrigen Lücken durch eigene Investitionen zu komplettieren."²⁴ Womit er übrigens nur nochmals entdeckte, was die marxistische Geschichtsschreibung bereits vor Jahren festgestellt hatte.²⁵

Das Wirtschaftswachstum der DDR handeln sowohl Hardach (III, S. 142 ff.) als auch Treue (I, S. 234 ff.) im Vergleich zur BRD ab, obwohl solch ein Vergleich, wie Hardach zugibt, statistisch ein "dorniges Problem" ist (III, S. 143). Getreu seinem Grundsatz: "Ungenauere Zahlen sind ... immer noch besser als gar keine" (III, S. 8), wagt Hardach den Vergleich, gestützt auf die Berechnungen nicht näher genannter "westlicher Ökonomen" (III, S. 144). Diese haben nun das Vergleichsproblem so gelöst, daß sie die Zahlenangaben über die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR auf BRD-Standard umrechnen. Das Nationaleinkommen der DDR wurde auf diese Weise in ein Bruttosozialprodukt umgewandelt. Im statistischen Vergleich wuchs das Nationaleinkommen in der DDR vor der Umrechnung schneller, als das Bruttosozialprodukt der BRD. Nach der Umrechnung hatte die BRD das rascher wachsende Bruttosozialprodukt (III, S. 144). Dieses Ergebnis war Hardach sicher sympathisch. Unabhängig davon aber, inwieweit diese Umrechnungen "westlicher Ökonomen" real sind, könnte man jedoch von ihm erwarten, daß er bei der einmal für richtig befundenen Berechnungsmethode bleibt. Dem ist aber nicht so. Hardach übernahm die Zahlen der DDR-Statistik für die Jahre 1946 bis 1948 als "durchaus glaubwürdig", während er sie für die Jahre 1950 bis 1970 durch "westliche Schätzungen des Bruttosozialprodukts" ersetzt (III, S. 144). Darüber hinaus sind die Umrechnungsergebnisse, auf die sich Hardach stützt, selbst in Kreisen bürgerlicher Fachleute umstritten, denn sie stammen offensichtlich aus einer Zeit, in der - laut Aussage Hallers - "die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der 'Sowjetzone' ... stark von politischen Motivationen geprägt war."²⁶

²⁴ Krol, Gerd-Jan, a. a. O., S. 48.

²⁵ Müller, Hans/Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR, Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968, S. 180 f.

²⁶ Haller, Frank, Die wirtschaftliche Entwicklung der BRD und der DDR 1950-

Selbst wenn man annimmt, daß Hardachs Zahlen aus den siebziger Jahren stammen, bleibt doch immer noch die Frage berechtigt, warum Hardach in einem der Wirtschaftsgeschichte der DDR gewidmeten Abschnitt das in der BRD übliche Berechnungsverfahren anwendet und nicht umgekehrt das in der DDR übliche statistische Verfahren auf die Wirtschaftszahlen der Bundesrepublik überträgt, also zum Beispiel das Bruttosozialprodukt der BRD in ihr Nationaleinkommen umrechnet und somit dem Nationaleinkommen der DDR vergleichbar macht. Selbstverständlich wäre eine solche Umrechnung zu arbeitsaufwendig, als daß man sie von Hardach selbst verlangen könnte. Aber das ist auch keineswegs nötig: Seit 1974 liegt eine derartige Umrechnung - einschließlich der genauen Darstellung des Berechnungsverfahrens - gerade für die Jahre 1950 bis 1970 gedruckt vor, der Hardach jedoch das "geschätzte Bruttosozialprodukt der DDR" vorzieht. ²⁷

Haller, der diese Umrechnung vornahm, kommt für die Jahre 1950 bis 1970 zu folgendem Ergebnis:

Tabelle 1

Durchschnittliches jährliches Wachstum 1951 bis 1970⁺
(in Prozent)

| | |
|-------------------------|-----|
| Nationaleinkommen DDR | 7,2 |
| Nationaleinkommen BRD | 6,7 |
| Bruttosozialprodukt BRD | 6,4 |

+ Haller, Frank, Die wirtschaftliche Entwicklung der BRD und der DDR 1950 - 1970, Bremen 1974, S. 46.

Aus der Tabelle 1 geht erstens hervor, daß von der schon früher von Gleitze ²⁸ behaupteten und nun von Hardach wiederholten These von der generellen Aufblähung der Wachstumsraten bei Zugrundelegung des Bruttoprinzips nicht die Rede sein kann. Zweitens ist das Ergebnis hinsichtlich des Produktionszuwachses des Nationaleinkommens beider Länder nach Hallers Berechnungen völlig anders als bei dem von Hardach benutzten Zahlenmaterial "westlicher Ökonomen". Es scheint, daß Hardach die Wahl der Berechnungsmethode danach getroffen hat, inwieweit die bei ihrer Anwendung erzielten Rechenergebnisse für das von ihm beabsichtigte Untersuchungsergebnis brauchbar waren. Seine Devise, ungenaue Zahlen seien besser als gar keine, bezieht sich augenscheinlich nur auf (ihm) passendes Zahlenmaterial. Wenn er als "Eingeweihter" schon weiß, "daß viele quantitative Angaben auch heute noch nicht viel mehr sind als wohlüberlegte Schätzungen von Experten" (III, S. 8 f.), dann sollte er doch wenigstens die bürgerlichen Experten mit unterschiedlichen Auffassungen zu Wort kommen lassen, von marxistischen Publikationen einmal ganz zu schweigen. Dabei zitiert Hardach marxistische Autoren durchaus, wo es ihm in den Kram paßt. Hinsichtlich des Rückstandes der DDR gegenüber der BRD im Niveau der Arbeitsproduktivität hat er zum Beispiel keine Bedenken, sich auf Walter Ulbricht zu berufen.

Wie beim Vergleich des Produktionswachstums geht Hardach auch beim Vergleich des Produktivitätszuwachses vor. Er nimmt für die Industrie in den sechziger

1970, Bremen 1974, S. 1.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Gleitze, Bruno, a. a. O., S. 12 ff.

und siebziger Jahren ständig eine geringere Steigerung der Arbeitsproduktivität in der DDR - verglichen mit der BRD - an (III, S. 145). Hallers auf den - für die DDR eigentlich weniger günstigen - Nationaleinkommensvergleich bezogene Produktivitäts-Zuwachsraten zeigen aber ein anderes Bild:

Tabelle 2

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten des Nationaleinkommens je Kopf der Wohnbevölkerung in der DDR und der BRD ⁺ (in Prozent)

| | 1951-1955 | 1956-1960 | 1961-1965 | 1966-1970 | 1961-1970 | 1951-1970 |
|-----|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| DDR | 14,0 | 7,9 | 3,7 | 5,0 | 4,4 | 7,6 |
| BRD | 9,0 | 5,4 | 3,9 | 4,0 | 3,9 | 5,6 |

⁺ Haller, Frank, Die wirtschaftliche Entwicklung der BRD und der DDR 1950 - 1970, Bremen 1974, S. 55.

Mit Ausnahme der ersten Hälfte der sechziger Jahre hat sich nach Haller der Abstand zwischen dem Produktivitätsniveau der beiden Staaten nicht vergrößert, sondern verringert, was sich auch in den zusammengefaßten Durchschnittsn für zehn bzw. zwanzig Jahre widerspiegelt. Produktivitätsfortschritte überhaupt kann allerdings auch Hardach nicht leugnen. Sie seien erzwungen durch "das stalinistische Arbeits- und Konströllsystem" (III, S. 146). Was er damit meint, enthüllt er in einer Fußnote: den sozialistischen Wettbewerb (III, S. 196). Den sehr wesentlichen Zusammenhang zwischen Steigerung der Arbeitsproduktivität und Entfaltung der Wettbewerbsbewegung derart verdreht dargestellt zu haben ist wohl eine der eigenständigsten Leistungen von Hardach!

Zumindest für die sechziger Jahre gibt auch Treue Produktivitätsfortschritte zu, wenn er schreibt: "Der Leistungsrückstand gegenüber der Wirtschaft Westdeutschlands wurde in den 60er Jahren geringer, was bedeutet, daß die Leistung in der DDR stärker stieg als in der Bundesrepublik" (I, S. 243).

Spätestens bei der Behandlung der Wachstumsraten des Nationaleinkommens hätten die Taschenbuchautoren auf die systematische und organisierte Behinderung des Wirtschaftswachstums der DDR durch die BRD zu sprechen kommen müssen. Wenn der damalige BRD-Außenminister Brentano erklärt hatte: "Wir werden alles tun und das Letzte unternehmen, ich sage ausdrücklich: alles und das Letzte, um die Sowjetische Besatzungszone wieder zurückzuholen"²⁹, dann schloß er den Wirtschaftskrieg der BRD gegen die DDR darin ein. Der durch direkte Sabotagemaßnahmen, Abbruch von Handelsverträgen, Abwerbung, den berüchtigten Schwindelkurs, Grenzgängerei und andere Methoden³⁰ zur Zerrüttung der DDR-Wirtschaft hervorgerufene Schaden belief sich auf mehr als 100 Milliarden Mark. ³¹

²⁹ Bayrisches Volksecho, 8. 3. 1952, zit. nach: Heitzer, Heinz, Andere über uns, Berlin 1969, S. 75.

³⁰ Näheres dazu bei Roesler, Jörg, Antikommunismus und Objektivität, a. a. O., S. 154 ff.

³¹ In der "Geschichte der SED" heißt es dazu: "Nachhaltig wirkten sich die Schä-

Die Taschenbuchautoren finden den Wirtschaftskrieg jedoch nicht erwähnenswert, sieht man von einer von Rechtfertigungsversuchen strotzenden Fußnote bei Hardach zum angekündigten Bruch des Handelsabkommens durch die BRD für 1961 ab (III, S. 150). Die Abwerbung - bei Hardach in bewährter antikommunistischer Manier Abstimmung "mit den Füßen" genannt (III, S. 135) - war seiner Meinung nach für die DDR sogar eine Art Wachstumsfaktor. Zynisch vermerkt er: "Genaugenommen war dieser ständige Bevölkerungsverlust ökonomisch sogar vorteilhaft - weniger Mäuler waren zu stopfen, weniger Körper unterzubringen, weniger Köpfe zu schulen" (III, S. 135). Demgegenüber veröffentlichte der Kieler Professor Fritz Baade bereits im Jahre 1965 eine Berechnung des durch die Abwerbung verursachten Schadens, den er auf 85 Milliarden Mark bezifferte.³²

Gleichfalls total verdreht wird die drastische Reduzierung des Ost-West-Handels Ende der vierziger Jahre geschildert, die der von Lieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland abhängigen DDR-Wirtschaft beträchtliche Schwierigkeiten bereitete. Treue und Hardach verdrehen einfach die Tatsachen, wenn sie diese Entwicklung als "Resultat einer gewollten Abkehr von der internationalen (gemeint ist die kapitalistische - J. R.) Arbeitsteilung" (III, S. 146), als erzwungene Maßnahme der Sowjetunion zur "Eingliederung Mitteldeutschlands in das sowjetische Herrschaftssystem" (I, S. 230) darstellen. Den Gipfel der Tatsachenverdrehung aber erreicht Treue, wenn er schreibt, daß nach "der Trennung des Gebiets der DDR vom deutschen Westen... Westdeutschland... die Integration in die atlantische Hemisphäre suchen mußte" (I, S. 230). Daß die USA mit dem Wirtschaftskrieg gegen die sozialistischen Länder begannen, in den sie sehr bald auch das durch den Marshallplan ökonomisch abhängig gemachte Westeuropa hineinzogen, bedarf spätestens nach der exakten Beweisführung von Adler-Karlsson aus dem Jahre 1968 (!) auch im Westen keiner besonderen Erklärung mehr.³³ Daß die europäischen sozialistischen Länder ihrerseits alles taten, was sie ohne Verzicht auf ihre politische und ökonomische Selbständigkeit tun konnten, um den Warenaustausch zwischen Ost- und Westeuropa in Gang zu halten, hat Neumann

den aus, die der Imperialismus der Wirtschaft der DDR zugefügt hatte. Durch die bis dahin offenen Grenzen und das Abwerben von Arbeitskräften war von 1951 bis 1961 ein Produktionsausfall von rund 112 Mrd. Mark entstanden. Die Kosten, die der Staat für das Hoch- und Fachschulstudium sowie für die Berufsausbildung aufbringen mußte, um die abgeworbenen Arbeitskräfte wenigstens teilweise zu ersetzen, betragen über 16 Mrd. Mark." (Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin 1978, S. 424; vgl. dazu auch Roesler, Jörg, Antikommunismus und Objektivität, a. a. O., S. 154.)

³² Fritz Baade schrieb: "Ich gehe von der Produktion aus, die gerade von den Kadern gesichert werden kann, die systematisch mit Versprechungen, vorteilhaften Lohnbedingungen oder aus anderen Gründen herübergezogen wurden. Wenn die Zahlen stimmen, die der Westen in dieser Hinsicht veröffentlichte, dann hat die DDR potentiell bis 85 Milliarden Mark verloren." (Zit. nach: Müller, Hans/Reißig, Karl, a. a. O., S. 338.)

³³ Vgl. Adler-Karlsson, Gunnar, Western Economic Warfare 1947-1967. A Case Study in Foreign Economic Policy, Uppsala 1968, S. 22 ff. - Im Jahre 1971 ist übrigens auch eine (gekürzte) Ausgabe dieses Buches in der BRD erschienen (derselbe, Der Fehlschlag. 20 Jahre Wirtschaftskrieg zwischen Ost und West, Wien/Frankfurt/Zürich 1971) und in der einschlägigen Literatur besprochen worden.

Die Störung des Ost-West-Handels hatte (beabsichtigte) Auswirkungen auch auf die Versorgungslage der Bevölkerung in der DDR. Schließlich kosteten die von Henning erwähnten, in den fünfziger Jahren in der DDR in unzureichenden Mengen angebotenen Produkte, wie Kakao, Kaffee und Südfrüchte, auch damals schon Devisen, die nur durch Exporte ins kapitalistische Ausland beschafft werden konnten. Damit sind wir bereits beim letzten Komplex angelangt, den die Taschenbuchautoren (mit Ausnahme von Treue) behandeln, der bei ihnen Lebenshaltung und/oder Sozialpolitik heißt und etwa den Bereich umfaßt, der in der DDR unter Arbeits- und Lebensbedingungen verstanden wird.

4. Zu den Arbeits- und Lebensbedingungen

Was die Taschenbuchautoren eingangs über die (im Vergleich zur BRD) schwierigen ökonomischen Ausgangsbedingungen geschrieben haben, ist vergessen, wenn es um die Entwicklung bzw. den Vergleich des Lebensstandards geht. Da wird (besonders bei Henning) mit dem "System" hart abgerechnet, weil es auch nach 1958 noch "Engpässe in der Versorgung, abgesehen von den meisten Grundnahrungsmitteln(!)" gab (II, S. 248). Zum Nachweis für den niedrigen Lebensstandard berufen sich Henning und Hardach darauf, daß die DDR als letztes europäisches Land im Mai 1958 die Lebensmittelkarten abschaffte (II, S. 248, III, S. 1948), die BRD dagegen schon im Sommer 1948 die Bewirtschaftung aufhob. Dies ist kein stichhaltiges Argument, scheint uns. Die Entwicklung der materiellen Lebensbedingungen ist in erster Linie abhängig vom Umfang der Produktion und der Verteilung (Anteil der Akkumulation), in viel geringerem Maße vom Distributionsmechanismus.

Es ist übrigens interessant, daß beim Sowjetisierungsexperten Hardach der Hinweis auf eine "Sowjetisierung des Lebensstandards" fehlt. Er hätte sich sonst dazu äußern müssen, warum die DDR in Fragen der Rationierung dem sowjetischen Beispiel nicht folgte. Die Sowjetunion hatte die Rationierung von Lebensmitteln und Industriewaren bereits 1947, also noch vor der BRD, aufgehoben!

Man könnte Hardach, der von "Engpässen im Butterverbrauch auch nach Aufhebung der Rationierung" spricht (III, S. 147), auch entgegenhalten, daß der Pro-Kopf-Verbrauch an Butter in der DDR 1958 mit 11,9 Kilogramm um 4,5 Kilogramm = 60,8 Prozent höher lag als in der BRD.³⁵ Aber dann müßte man auf Hardachs gesamte vergleichende Versorgungsliste (III, S. 161 ff.) eingehen. Doch das Aufzählen von Einzelposten des persönlichen Konsums als Grundlage eines Lebensstandardsvergleichs ist ein - wie Hardach ganz richtig schreibt - "schwieriges Unterfangen" (III, S. 161) und ein fruchtloses dazu, möchte man ergänzen. Wir verzichten daher auf die Kommentierung weiterer Einzelheiten.

Trotzdem muß noch abschließend zum Komplex des individuellen Konsums gesagt werden, daß Hennings Aussage über eine angeblich zu beobachtende "allgemeine Linie der geringen Versorgung der Bevölkerung in der Gegenwart zugunsten von Investitionen, (die in Zukunft dann eine wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung bringen)" (II, S. 263) für ein 1974 erschienenes Buch angesichts der seit dem

³⁴ Neumann, Gerd, Der Marshallplan und die Ost-West-Beziehungen. Zur Vorgeschichte des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (II), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 2, S. 53 ff.

³⁵ Vgl. Vierteljahreshefte für Statistik, Nr. 3-4/1959, S. 127.

VIII. Parteitag der SED 1971 als zentrale wirtschaftspolitische Zielstellung formulierten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, gelinde gesagt, überaltert ist.

Wer den individuellen Konsum vergleicht, darf sich um einen Vergleich der gesellschaftlichen Konsumtion (Ausgaben des Staates zur kulturellen und sozialen Betreuung der Bevölkerung, für Wissenschaft und Forschung und zur Bestreitung der Kosten der staatlichen Verwaltung) nicht drücken.³⁶ Angaben zur gesellschaftlichen Konsumtion werden seit Jahr und Tag im Statistischen Jahrbuch der DDR veröffentlicht.³⁷ Hardach läßt diese wichtige statistische Quelle zur DDR-Wirtschaftsentwicklung ungenutzt. Er behauptet, auf der Grundlage von DDR-Statistiken sei es "unmöglich, die Bedeutung des kollektiven Verbrauchs für den individuellen Lebensstandard zu bewerten" (III, S. 165).

Mit der folgenden Tabelle sei das Hardach unmöglich Scheinende wahrgemacht! (Die Angaben wurden von den Verfassern der angegebenen Studie aus dem Statistischen Jahrbuch errechnet!)

Tabelle 3

Anteil der indirekten Einkommenspositionen aus den gesellschaftlichen Dienstleistungsfonds an dem Bruttoeinkommen der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte⁺ (in Prozent)

| Einkommensposition | 1960 | 1965 | 1970 | 1975 |
|-------------------------------|------|------|------|------|
| Gesundheits- und Sozialwesen | 4,3 | 4,5 | 3,9 | 4,2 |
| Kultur und Bildung | 7,0 | 7,4 | 9,5 | 11,6 |
| Wohnungsbauten und -erhaltung | 0,8 | 0,7 | 1,4 | 1,8 |
| Sonstige Einnahmen | 1,8 | 2,1 | 2,5 | 2,6 |

⁺ Zu Problemen der Entwicklungstendenzen der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR, Berlin 1977, S. 133.

Erläuternd heißt es zu dieser Tabelle: "Die Einkommen aus gesellschaftlichen Fonds nahmen im Verlauf der letzten 15 Jahre in der DDR gegenüber den Arbeitseinkommen doppelt so schnell zu. Wie die langfristige Entwicklung ... zeigt, verstärkte sich diese Dynamik ab 1970 in Zusammenhang mit der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe. Von 1960 bis 1975 erhöhten sich die direkten Arbeitseinkommen um 80 Prozent, während die Einkommen aus den gesellschaftlichen Fonds um 158 Prozent zunahmen. Das entspricht einer Wachstumsrelation von fast 1 : 2. Innerhalb der Einkommen aus gesellschaftlichen Fonds wachsen die indirekten Einkommen bedeutend schneller als die direkten. Während die direkten Einkommen aus gesellschaftlichen Fonds 1960 bis 1975 um 111 Prozent zunahmen, wuchsen die indirekten Einnahmen um 186 Prozent. Das entspricht einer Wachstumsrelation von 1 : 1,7."³⁸ Ganz

³⁶ Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1975, Berlin 1975, S. 34.

³⁷ Vgl. u. a. für die Jahre 1950-1974 ebenda, S. 38.

³⁸ Zu Problemen der Entwicklungstendenzen der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR, Berlin 1977, S. 100.

sicher ist sich Hardach allerdings nicht, ob der Leser ihm bei seiner Behauptung von der Nichtmeßbarkeit des gesellschaftlichen Konsums in der DDR folgt. Vor-sichtshalber schließt er deshalb an seine weiter oben zitierte Bemerkung noch den Satz an: "Was über die sogenannten sozialistischen Errungenschaften auf sozialpolitischem Gebiet in der DDR bekannt ist, so bieten sie ... wenig, worüber ein Ökonom oder Gewerkschfter in Verzückung geraten könnte" (III, S. 165). Freilich, so räumt er im letzten Satz seines DDR-Abschnitts für einen eventuell noch immer zweifelnden Leser ein: "Für einen Kommunisten mit seinem charakteristischen Bezugsrahmen liegen die Dinge aber natürlich ganz anders" (III, S. 165). Mit letzterem hat er zweifellos recht!

5. Zur wissenschaftlichen Akribie der Taschenbücher

Füreine überblicksartige Gesamtdarstellung kann man sich sicherlich mit Har-dachs einleitender Bemerkung: "Die Darstellung der großen Linien auf relativ knappem Raum hat gegenüber einer ohnehin kaum zu erreichenden Vollständigkeit Vorrang" (III, S. 8), ebenso einverstanden erklären wie mit Hennings Absicht, "den Leser in groben Zügen über die wirtschaftliche Entwicklung ... zu informie-ren. Diese Übersichtlichkeit des Stoffes war dabei wichtiger als Vollständigkeit" (II, S. 10). Auch über das völlige Weglassen von Quellenangaben im Text kann man noch diskutieren.

Aber eine (implizite) Berücksichtigung der wichtigsten Literatur, sorgfältiger Umgang mit wörtlichen Zitaten, Exaktheit in den angeführten Fakten, Logik in der Darstellung sowie Seriösität gegenüber dem wissenschaftlichen (und politi-schen) Kontrahenten - das darf der Leser auch von einem Taschenbuchautor verlangen, insbesondere, wenn der sich die Aufgabe stellt, seinen Leser so zu unterrichten, "daß er die Probleme in den Grundzügen zu erkennen und zu erör-tern in der Lage ist" (II, S. 10).

Wie halten Treue, Henning und Hardach diese selbstgewählten Grundsätze ein?

Angaben über die benutzte Literatur machen Henning (II, S. 272 f.) und Treue (I, S. 339). Von den acht bei Treue aufgeführten Titeln ist nur einer aus der DDR - also aus dem Land, über das geschrieben wird. Schaut man sich die sieben BRD-Titel an, dann ist dort Thalheim, der "Erfinder" der "Zentralverwaltungswirt-schaft sowjetischen Typs" gleich zweimal verzeichnet, ferner offene Antikommun-isten, wie Richert und Pritzel, und schließlich der Renegat Obst. Die für die siebziger Jahre charakteristischen, ein differenzierteres Bild der DDR-Wirt-schaftsentwicklung zeichnenden "DDRologen", wie zum Beispiel Leptin³⁹, fehlen fast völlig. Henning nennt sieben BRD-Publikationen, darunter Pritzel, aber keine Veröffentlichung aus der DDR.

Totgeschwiegen wird von beiden eine der umfassendsten Analysen der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung in beiden deutschen Staaten, das von progressiven Autoren geschriebene und in der BRD seitdem mehrmals verlegte Buch "BRD - DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme".⁴⁰ Hardachs Literaturstudium dürfte -

39 Zu Leptins Art und Weise, sich mit der DDR-Wirtschaftsentwicklung ausei-
anderzusetzen, vgl. Roesler, Jörg, Antikommunismus und Objektivität, a.
a. O., S. 149 ff.

40 BRD - DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, 1. Aufl. Köln 1971. - Der

nach der Faktenauswahl sowie der Art und Weise ihrer Darstellung zu urteilen - die gleiche Ausrichtung gehabt haben wie das von Henning und Treue.

Man könnte nun einwenden, daß Treue DDR-Autoren recht häufig wörtlich zitiert, öfter jedenfalls als die "DDRologen" aus der BRD. Aber wie zitiert er sie! Stets nur als "Kronzeugen" seiner eigenen Auffassungen! Dazu muß er ihnen natürlich Gewalt antun. Dafür ein Beispiel. Treue zitiert zunächst auf Seite 232 Falk/Müller/Reißig. Wie die 1. Parteikonferenz der SED feststellte, gelangten "die Gesetzmäßigkeiten der modernen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab nunmehr auch auf deutschen Boden zum Durchbruch. In einem Teil eines ehemals hochentwickelten staatsmonopolistischen Landes, in dem die Arbeiterklasse die Mehrheit bildete, wurde begonnen, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten". Dann "ergänzt" er: "Wirtschaftlich wurde erreicht, was Göring und Himmler auf ihre Weise angestrebt hatten: Die Überführung der Wirtschaft in Parteistaatsbesitz und -betrieb." Für die aufmerksamen Leser ist offensichtlich, daß zwischen den Aussagen der drei genannten DDR-Wissenschaftler und dem "Kommentar" Treues absolut kein Zusammenhang besteht. Die Verwendung von Zitaten aus Werken wissenschaftlicher Kontrahenten ist sicherlich keine einfache Kunst und man sollte bei der Beurteilung nicht allzu kleinlich sein, aber hier disqualifiziert sich Treue für eine sachliche Diskussion.

Manchmal scheint es, daß den Taschenbuchautoren zur Desinformation ihrer Leser jedes Mittel recht ist, auch der Verzicht auf innere Logik. Treue zum Beispiel erkennt auf Seite 243 in der DDR eine "moderne Industriegesellschaft" und spricht zwei Seiten später davon, daß es in ebenderselben DDR "zu einer beträchtlichen Umkehrung der Urbanisierung in eine Re-Ruralisierung" gekommen sei (I, S. 245).

Hardach verrät dem Leser auf Seite 147 am Beispiel des ersten Fünfjahrplanes, warum im Sozialismus die (Perspektiv-)Pläne immer erfüllt werden: "Da die Planer jeweils auf Grund der letzten Planrevision entscheiden, ob der Plan erfüllt wurde, führten rechtzeitige Anpassungen regelmäßig zur späteren Erfüllung des Planes" (III, S. 147). Zwei Seiten später berichtet er darüber, daß "der unter einem unglücklichen (Sowjet-)Stern geborene zweite Fünfjahrplan stillschweigend beiseite gelegt wurde", daß der "Siebenjahrplan in Schwierigkeiten geriet, weil die Zuwachsraten stark abfielen" (III, S. 148 f.). Warum, so fragt sich der Leser, griffen "die Planer" nicht wiederum zu dem bewährten von Hardach angeführten Mittel? Hatten sie in so kurzer Zeit soviel verlernt? ⁴¹

Bleiben wir gleich bei den von den Taschenbuchautoren so arg strapazierten Perspektivplänen. Ihre Behandlung ist ein Musterbeispiel für die "Großzügigkeit", mit der die Autoren manchmal Fakten behandeln. Hier rächt sich das unzureichende Studium der DDR-Literatur durch die Taschenbuchautoren nicht nur im großen, sondern auch im kleinen. Da weiß Henning von einem (zweiten) Siebenjahrplan

Band enthält auch einen wirtschaftshistorischen Abriss von Jürgen Harrer und Heinz Jung mit dem Titel "Das ökonomische System in der BRD und der DDR" (S. 35 ff).

⁴¹ Zu den Ursachen der Veränderung des zweiten Fünfjahrplanes und des Siebenjahrplanes und zur Stellung des Perspektivplanes in der Wirtschaftsplanung der Übergangsperiode generell vgl. Roesler, Jörg, Die Entwicklung der Perspektivplanung der DDR in der Übergangsperiode, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 14, Berlin 1976, S. 88 ff., 294 ff.

zu berichten, der angeblich von 1966 bis 1972 lief (II, S. 247). Nach Hardach wurde dieser zweite Siebenjahrplan im Oktober 1962 "für den Zeitraum bis 1970" angekündigt (III, S. 150). Und Treue glaubt zu wissen, daß der erste Siebenjahrplan 1963 in einen Fünfjahrplan umgewandelt wurde, dem 1966 ein "zweiter Fünfjahrplan" folgte (I, S. 239). "Mit dieser neuen Planterminisierung", fährt Treue wissend fort, "wurde die Perspektivplanung der DDR unauffällig der Planperiodisierung der Sowjetunion angepaßt" (I, S. 239). Die "Angleichung an die Planungsphasen in der UdSSR" hatten Henning und Hardach schon für 1959 festgestellt (II, S. 247; III, S. 149). Tatsächlich erfolgte sie übrigens bereits mit dem ersten Fünfjahrplan (1951 bis 1955), möglicherweise so unauffällig, daß es den Taschenbuchautoren bis heute entgangen ist!

6. Schlußbemerkung

Gewiß, Treue, Henning und Hardach sind bürgerliche Autoren; man kann von ihnen keine Beschreibung der Entwicklung der DDR-Wirtschaft aus marxistischer Sicht, nicht das Überspringen ihrer klassenmäßigen Erkenntnisstränken verlangen. Aber der Leser hat einen Anspruch darauf, daß sie als Autoren repräsentativer Gesamtdarstellungen zur Wirtschaftsgeschichte das seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre doch differenziertere Spektrum bürgerlicher DDR-(Wirtschafts-) Geschichtsschreibung berücksichtigen. Es ist auch nicht unbillig, von ihnen die Beachtung und seriöse Behandlung der zu diesem Thema in der BRD und der DDR erschienenen marxistischen und progressiven Literatur zu verlangen, besonders wenn man sich wie Hardach rühmt, eine "Abneigung gegen jede intellektuelle Monokultur" zu haben, wie sie seiner Meinung nach für die "materialistische Geschichtsauffassung charakteristisch" sei (III, S. 7)⁴².

Als Resümee dieser kritischen Bemerkungen über die drei Taschenbücher muß man, bezogen auf das von deren Autoren selbst aufgeworfene Problem der geistigen Ausrichtung, sagen, daß sie ihren Ausführungen keinen repräsentativen Querschnitt der Literatur zur DDR-Wirtschaftsgeschichte zugrunde legten, daß sie sich vielmehr in der Regel einseitig an den konservativen, das heißt offen antikommunistischen Autoren orientierten. Das ist am offensichtlichsten bei Hardach, dessen Überschriften zum DDR-Abschnitt bereits aus dem Arsenal des Antikommunismus stammen.⁴³ Überfliegt man sie, so fühlt man sich in die Zeit des kalten Krieges zurückversetzt! Niemand sage, daß die Taschenbuchautoren, die natürlich keine DDR-Spezialisten sind, aus Bequemlichkeit zu den "Standardwerken" gegriffen hätten, die in der ersten Hälfte der sechziger Jahre erschienen und die nun eben offen antikommunistisch sind. Den Renegaten Obst zum Beispiel, dessen Schrift in demselben Jahr in der BRD publiziert wurde, in dem auch die dritte Auflage der "Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit", Band 2, herauskam, hat Treue durchaus gelesen und ausführlich zitiert (I, S. 243 f.).

⁴² Es sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betont, daß sich unsere Besprechung nur auf die DDR-Abschnitte in dem jeweiligen Taschenbuch bezieht. Eine Rezension der gesamten, dreibändigen "Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands" von Henning findet der Leser in einem anderen Band dieses Jahrbuches. (Vgl. Kuczynski, Thomas, Hennings Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 4, S. 175 ff. - 192.)

⁴³ Vgl. z. B. "Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Wirtschaft".

Damit ist bereits eine erste grundlegende Antwort auf die eingangs aufgeworfene Frage gegeben, inwieweit der in der Spezialliteratur der bürgerlichen DDR-Forschung in den siebziger Jahren zu beobachtende Wandlungsprozeß auf die gesamte wissenschaftliche Literatur des jeweiligen Fachgebietes ausstrahlte: In den wirtschaftshistorischen Taschenbüchern hat sich ein Wandel nur bedingt, von Bereich zu Bereich der DDR-Wirtschaftsentwicklung und -politik ganz unterschiedlich und damit sehr inkonsequent vollzogen.

Bedenklich stimmt in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die jüngste der drei untersuchten Publikationen - die Hardachsche - den eingeleiteten Wandlungsprozeß am wenigsten widerspiegelt. Ob es sich hierbei um eine Ausnahme oder ein Symptom handelt, ist eine Frage, die nur anhand einer umfassenderen, weitere wirtschaftshistorische und historische Taschenbücher aus der BRD einbeziehenden Analyse beantwortet werden kann. Diesen Gedanken zu verfolgen dürfte für weiterführende Auseinandersetzungen wichtig sein. Geht man über die Konstatierung der unvollständigen Rezeption des veränderten DDR-Bildes in der BRD-Spezialliteratur durch die Taschenbuchautoren hinaus und stellt die Frage nach deren Ursachen, so muß man nochmals daran erinnern, daß Taschenbücher für die Manipulierung der BRD-Leser gegen die sozialistische DDR für besser geeignet gehalten werden als alle anderen von BRD-Wissenschaftlern verfaßten Bücher. Den Bedarf der "Elite" in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der BRD an Modellen, Diskussionsgrundlagen und Varianten zur Meinungsbildung, Selbstverständigung und Entscheidungsfindung brauchen die Taschenbücher nicht zu befriedigen. Damit entfällt aber für ihre Autoren jeder Zwang zur "Sachlichkeit", kann auf jene Ansätze zur (ohnehin meist höchst inkonsequenten) Selbstkritik verzichtet werden, die in den Publikationen einer ganzen Reihe von bürgerlichen DDR-Spezialisten seit Ende der sechziger Jahre zu finden sind.⁴⁴ Dem BRD-Bürger ein wirksames Feindbild zu vermitteln, dazu - so scheint man dort jedenfalls zu glauben - sind Geschichtsklitterungen auf der Basis der "Zentralverwaltungswirtschaftslehre", der "Sowjetisierung"-These und der "Totalitarismuskonzeption", des Bekenntnisses zur "Theorie der Industriegesellschaft" und der "Evolutionstheorie"⁴⁵, wie sie für die genannten Taschenbuchautoren charakteristisch sind, weiterhin bestens geeignet. Ob diese Rechnung heute noch aufgeht?

Im Unterschied zu den fünfziger Jahren bestehen zur Zeit in der BRD im Ergebnis des weltweiten Entspannungsprozesses und des wachsenden Gewichts der sozialistischen Länder in der Weltarena für progressive Gesellschaftswissenschaftler in der BRD gewisse, wenn auch beschränkte Möglichkeiten, über die Wirtschaftsentwicklung in der DDR zu publizieren.⁴⁶ Die wissenschaftliche Darstellung der Wirtschaftsgeschichte der DDR im Taschenbuchformat ist heute nicht mehr alleiniges Monopol der bürgerlichen DDR-Forschung.

44 Unbewältigte Vergangenheit, a. a. O., S. 378 ff.

45 Näheres darüber ebenda, S. 38 f.

46 Ebenda, S. 371 f. - Außer auf das bereits genannte Taschenbuch "BRD - DDR" sei noch auf die von Brokmeier und Rilling herausgegebenen "Beiträge zur Sozialismusanalyse" hingewiesen. In diesem Taschenbuch zeichnet zum Beispiel Rilling in knappen Strichen ein treffendes Bild von den Hauptentwicklungstendenzen des Leitungs- und Planungssystems der DDR-Wirtschaft seit 1945. (Rilling, Rainer, Zur Geschichte der Sozialismusanalyse in der intellektuellen Linken der BRD seit Mitte der 60er Jahre, in: Beiträge zur Sozialismusanalyse, Bd. 1, Köln 1978, S. 35 ff.)

Kohle-Eisen-Stahl 1936/37

Unterdrückung oder Interessenprofilierung?

Überlegungen zum Buch von

Matthias Riedel, Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft

Musterschmidt-Verlag, Göttingen/Frankfurt/Zürich 1973,
373 Seiten, 28 Abbildungen, Preis: 93, -- DM

von Lotte Zumpe

"Kohle-Eisen-Stahl" und "Elektro-Chemie", in den zwanziger Jahren zunehmend "Chemie-Elektro", so kennzeichnete J. Kuczynski 1961 die beiden Monopolgruppen in Deutschland, deren Existenz sich deutlich in den unterschiedlichen Konzeptionen abzeichnete, die ihrer Einflußnahme auf politische und wirtschafts- wie sozialpolitische Maßnahmen des Staates in den verschiedenen Zeitabschnitten zugrunde lagen.¹ Diese Unterscheidung war ein wesentlicher Schritt voran in der Analyse der herrschenden und einflußnehmenden Kräfte der Bourgeoisie im Zeitabschnitt des Imperialismus. Seitdem ist viel über diese beiden Monopolgruppen, über ihre Entstehung, Abgrenzung und Bedeutung geschrieben und gestritten worden.² Es zeigte sich bald, daß sich bei der Erforschung konkreter Tatbestände die Abgrenzung der Gruppen, die in der großen Linie deutlich erkennbar war, nicht selten verwischte. In den personellen Gruppierungen zum Beispiel, die sich zu bestimmten Entscheidungsfragen jeweils herausgebildet hatten,³ fanden sich dann plötzlich Vertreter der einen Gruppe bei der anderen usw. usf. Auch in dieser Hinsicht macht sich der noch immer bestehende Mangel an monographischen Forschungen zu diesem Thema besonders bemerkbar.

- 1 Kuczynski, Jürgen, Die Barbarei - extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 7/1961, S. 1499 ff.
- 2 Derselbe, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, insbesondere die Bände 4, 5, 6 und 16, Berlin 1963-1967; Schröter, Alfred, Einige methodologische Fragen der Entstehung und Entwicklung monopolistischer Gruppierungen in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeichte 1966, T. 4, S. 126 ff.; Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1:1939-1941, Berlin 1969, S. 147 ff.; Gossweiler, Kurt, Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914-1932, Berlin 1971; Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945 in drei Bänden, hg. v. Helga Nussbaum u. Lotte Zumpe, Berlin 1978-1979.
- 3 Baudis nennt den führenden Vertreter der größten deutschen Chemiekonzerne, Carl Duisberg, einen "ausgesprochenen Parteigänger der rheinisch-westfälischen

Für die Vorkriegsjahre des deutschen Faschismus zeichnen sich zwei Zeitpunkte ab, in denen jeweils eine bestimmte Monopolgruppe für die gesamte Entwicklung entscheidend hervorgetreten ist: zuerst im Zeitabschnitt 1932/33, in dem Hitler von den Montanindustriellen an Rhein und Ruhr (Kohle-Eisen-Stahl) in Verbindung mit den Junkern an die Macht geschoben wurde; zum zweiten ist es der Übergang zur Vierjahresplanpolitik 1936, als sich der IG-Farben-Konzern (Chemie-Elektro), der Göring vor seinen Karren gespannt hatte, ausschlaggebend für die Autarkiepolitik und für die unmittelbare Vorbereitung des zweiten Weltkrieges engagierte. Verlor nun die Gruppe Kohle-Eisen-Stahl 1936 ihren Einfluß auf die Entwicklung? Stand die Vierjahresplanpolitik ihren Interessen entgegen? War der Rücktritt Schachts im November 1937 die Besiegelung einer Niederlage der Schwerindustrie, deren Interessen Schacht im besonderen vertreten hatte? War dieser Rücktritt, dem der bekannte Streit mit Göring vorausgegangen war, der Beginn einer nunmehr erfolgenden Unterdrückung der gesamten Industrie (mit Ausnahme der IG Farben vielleicht), wurden wirtschaftliche Erwägungen und Interessen damit absolut durch politische Zielsetzungen verdrängt, wie es von seiten der bürgerlichen Historiographie behauptet wird? ⁴ Die Vielzahl der Fragen, von denen hier nur einige angedeutet werden können, zeigt schon, daß es sich um eine sehr brisante Problematik handelt. Das vorzustellende Buch von Riedel gibt einige Aufschlüsse über Ereignisse und Zusammenhänge eben dieses Fragenkomplexes.

Die Arbeit beruht ganz vorwiegend auf Archivmaterial. Neben staatlichen Archiven in der BRD und den USA wurden auch einschlägige Konzern- und Industriearchive genutzt. ⁵ Im Mittelpunkt der Arbeit steht Paul Pleiger, 1937 bis 1945 Generaldirektor der Reichswerke "Hermann Göring", ab 1941 außerdem Vorsitzender der "Reichsvereinigung Kohle", ein staatsmonopolistisches Superkartell, das die gesamte deutsche Kohlewirtschaft mit staatlichen Vollmachten, jedoch ohne jede Mitwirkung staatlicher Behörden regulierte, ab 1942 zudem Reichsbeauftragter für Kohle "für die besetzten Westgebiete, für die den Chefs der Militärverwaltung im Elsaß, Lothringen, Luxemburg, Südsteiermark, Südkärnten und Bialystok unterstehenden Gebiete, für das Protektorat Böhmen und Mähren, für das Generalgouvernement und für die Reichskommissariate Ostland und Ukraine

schen Montanindustriellen während des Krieges" 1914/18. Vgl. Baudis, Dieter/Nussbaum, Helga, Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Berlin 1978, S. 340 = Wirtschaft und Staat in Deutschland, a. a. O., Bd. 1.

⁴ Vgl. Petzina, Dieter, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968, S. 104 f.; Mason, Tim, Der Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument, Nr. 41, 8. Jg. 1966, H. 6; Eichholtz, Dietrich/Gossweiler, Kurt, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945, in: ebenda, Nr. 47, 10. Jg. 1968, H. 3, S. 219; Mason, Timothy W., Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977, S. 244; Stollberg, Gunnar, Der vierköpfige Behemoth. Franz Neumann und die moderne Auffassung vom pluralistischen Herrschaftssystem des Faschismus, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, hg. v. H.-G. Backhaus u. a., Frankfurt (Main), Nr. 6/1976, S. 92 ff.

⁵ Unter anderem von Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke GmbH, Völklingen; Gutehoffnungshütte, Oberhausen; Ilseder Hütte, Peine; Salzgitter AG, Salzgitter; Deutsches Industrieinstitut Köln; Unternehmensverband Ruhrbergbau, Essen; Verein Deutscher Eisenhüttenleute, Düsseldorf.

Keppler, der Wirtschaftsbeauftragte Hitlers, hatte 1934 Pleiger, damals Bergbaumaschinenfabrikant und Gauwirtschaftsberater der NSDAP in Westfalen, mit der Aufgabe betraut, eine Steigerung der deutschen Erzproduktion durchzusetzen. Dabei handelte es sich um ein Teilproblem des Gesamtauftrages, den Hitler dem sogenannten "Büro Keppler" Ende 1934 zur Steigerung der inländischen Rohstoffproduktion übertragen hatte.⁸ 1936 wurden sowohl die Aufgaben wie auch die Mitarbeiter dieser Einrichtung in die Vierjahresplanorganisation eingegliedert. Pleigers Auftrag, den er Ende 1934 in Angriff nahm, war aufgrund der Sachlage ein sogenannter "Führerauftrag", seine Partner oder besser Gegenspieler waren die großen Konzerne der Montanindustrie.

Riedel bringt für die Geschehnisse der Jahre bis 1937/38, deren Behandlung mehr als die Hälfte des Buches einnimmt, sehr viel neues und aufschlußreiches Material. Indem er nicht nur die Auseinandersetzungen, sondern auch die ökonomischen und hütten technischen Zusammenhänge darlegt, die den Hintergrund für bestimmte Verhaltensweisen, Profitinteressen usw. bildeten, eröffnet er eine Reihe neuer Aspekte für die Einschätzung der Ereignisse, die in der Auseinandersetzung zwischen Schacht und Göring kulminierten. Riedels Darstellung reicht bis zum Ende des Krieges, erreicht aber im letzten Teil nicht die Tiefe und Breite der ersten Kapitel, in denen die Vorkriegsjahre behandelt werden. Insgesamt ist es eine wertvolle, lesenswerte Arbeit. Riedel fühlt sich zwar der sogenannten Unterdrückungstheorie verpflichtet, widerlegt aber nicht selten durch das beigebrachte Material seine eigenen Ausführungen oder Feststellungen dieser Art.

Im folgenden soll nun anhand des Buches näher auf die Entwicklung von 1934 bis 1937 eingegangen werden - und zwar unter dem Aspekt der oben aufgeworfenen Fragen, weil sich in diesem Zeitraum im Zusammenhang mit der deutschen Eisenerzversorgung und der steigenden Stahlproduktion offenbar entscheidende Verschiebungen in der Interessenstruktur der Gruppe Kohle-Eisen-Stahl anbahnten.

Hintergrund, Beweggrund, Zielsetzung des Pleigerschen Auftrages - wie der Arbeit des "Büro Keppler" überhaupt - war die deutsche Devisenknappheit, die gerade 1934 zu erheblichen Schwierigkeiten in der Außenwirtschaft wie auch in der deutschen Rohstoffversorgung geführt hatte, sowie die Verringerung der Abhängigkeit von Erzimporten im Rahmen der Kriegsvorbereitung. Es waren aber auch Spannungen im Spiel zwischen Schacht und Keppler, also zwischen dem Reichswirtschaftsminister und dem "Wirtschaftsbeauftragten des Führers",

6 Riedel zitiert nach dem Erlaß Görings vom 10. 1. 1942. - Pleiger wurde nach dem Krieg als Kriegsverbrecher zu 15 Jahren Haft verurteilt, 1951 von den amerikanischen Behörden "begnadigt" und vorzeitig aus der Haft entlassen.

7 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

8 Vgl. ausführlicher dazu Zumpe, Lotte, Wirtschaft und Staat in Deutschland in der Zeit des Faschismus, Berlin 1979, S. 185 f. = Wirtschaft und Staat in Deutschland, a. a. O., Bd. 3; dieselbe, Zwei Autobiographien und ihr Aussagewert für die Erforschung des deutschen Faschismus. Unter besonderer Berücksichtigung staatsmonopolistischer Aspekte, in: Jahrbuch für Wirtschafts-geschichte 1979, T. 3.

der zugleich auch oberste Instanz für Wirtschaftsfragen und wirtschaftspolitische Einrichtungen der NSDAP war.⁹ In diesen Spannungen, die 1935/36 im Zusammenhang mit der Eisenerzversorgung zum offenen Konflikt zwischen beiden führten, kamen wirtschaftspolitische wie auch "wehrwirtschaftliche" Konzeptionen und damit verbundene Divergenzen zum Ausdruck.¹⁰ Es ging aber auch ganz grundsätzlich darum, wer die entscheidende Stimme in der Wirtschaftspolitik hat, das heißt, es ging für Schacht darum, jedes Hinein- oder Mitreden seitens Vertreter der Nazi-Partei zu unterbinden. In der Auseinandersetzung mit Keppler erwies er sich als der Stärkere; der "Führerbeauftragte" Keppler konnte sich nicht durchsetzen. Schon das widerspricht der von bürgerlichen Historikern immer wieder verkündeten These, daß Hitler aufgrund seiner diktatorischen Machtbefugnisse alles seinem Willen habe unterordnen können. Diese Zusammenhänge, wie die Machtfrage überhaupt, waren ohne Zweifel weitaus komplexer, und sie sind mit solchen Thesen ganz gewiß nicht abzudecken oder zu erklären.

Für die hier zu behandelnde Problematik ergibt sich nun zunächst die Frage, wieso sich Schacht 1935/36 noch durchsetzen konnte und wieso das 1936/37 nicht mehr möglich war. Riedels Untersuchungen bieten Details, die es ermöglichen, den Dingen etwas genauer auf den Grund zu gehen. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen 1935/36 und auch 1936/37 Probleme der deutschen Erzversorgung.

Die Eisen- und Stahlindustrie hatte bis zur Krise 1929 bis 1932 ihren Erzbedarf zu zirka 70 Prozent importiert, während Eisenwaren im deutschen Export mit an erster Stelle standen. Infolgedessen war die deutsche Montanindustrie sehr import- und exportabhängig. Die deutsche Eisenerzlagertstätten waren zwar recht umfangreich, ihr Fe-Gehalt jedoch unterschiedlich und zum größten Teil sehr niedrig,¹¹ sodaß sie nur in geringem Ausmaß abgebaut wurden. Je höher der Anteil Fe-armen deutscher Erze an der Verhüttung war, desto höher lagen die Gewinnungskosten bzw. desto schwächer war die Rentabilität, aber auch die Effektivität, waren die Profite, desto schwieriger war die Konkurrenzsituation.

Diese Zusammenhänge rührten an den empfindlichsten Nerv der kapitalistischen Produktion, an den Profit. Der Kern der Auseinandersetzungen von 1935/36, das wird in dem vorliegenden Buch deutlich gemacht, bestand in den Problemen, die sich aus dem Zusammenhang von Kapazität, Kosten, Export und Profit für die Montanindustrie ergaben, verschärft durch die Devisenknappheit Deutschlands und die generelle weltwirtschaftliche Lage der dreißiger Jahre. Was Riedel nicht sieht und infolgedessen auch nicht herausarbeitet, das ist die enge Verquickung dieser Zusammenhänge mit den rüstungs- und kriegswirtschaftlichen Erfordernissen, die faktisch die Kehrseite dieser Problematik waren. Bezeichnenderweise wurden sie nicht von den "Führerbeauftragten" Keppler und Pleiger,

9 Die Beauftragung Kepplers erfolgte wahrscheinlich auf Vorschlag Schachts, der Keppler damit möglicherweise auf ein Nebengleis abschieben wollte. Vgl. die Aussagen von Keppler und Puhl in Nürnberg, Fall XI, Protokoll, S. 5705, 19326.

10 Dazu ausführlich Zumpe, Lotte, Wirtschaft und Staat in Deutschland in der Zeit des Faschismus, a. a. O., S. 195 ff.

11 Statistisches Jahrbuch für die Eisen- und Stahlindustrie 1937, Düsseldorf 1937, S. 1. - Die Menge der "abbauwürdigen" Erze war sehr gering und wurde auf 375 Millionen t geschätzt, ihr Fe-Gehalt war mit durchschnittlich 33 % nur etwa halb so hoch wie der des Schweden-Erzes. (Ebenda, S. 4.)

sondern von Schacht und den Montankonzernen realisiert, Pleiger hatte 1935 aufgrund umfangreicher Erhebungen und Expertisen einen Plan ausgearbeitet, nach dem die deutsche Eisenerzförderung 1935 gegenüber 1934 um 10 Millionen Tonnen gesteigert werden sollte.¹² Im August 1935 forderte er die Montankonzerne kategorisch auf, ihm dazu einen "festverbindlichen Plan einzureichen" und die Entscheidung darüber binnen drei Wochen mitzuteilen (S. 41). Die schneller als die Förderung steigenden Erzimporte, der Devisenmangel und die 1935 stark rückläufigen Lagerbestände an Eisenerzen, hervorgerufen durch das steil ansteigende Rüstungstempo, hatten Pleiger offensichtlich zu einem scharfen Ton, aber auch zu einem Planvorschlag veranlaßt, der für die Rüstungswirtschaft wenig sinnvoll war. Der rasch wachsende Roheisenbedarf war durch eine rationelle Produktion auf der Basis eines kostengünstigen Anteils hochwertiger Importerze weitaus besser zu befriedigen, als mit einem sehr hohen Anteil Fe-armen deutscher Erze. Hier entsprachen sich Wirtschaftlichkeit, wie sie Schacht vertrat, und hoher Produktionsausstoß durchaus. Außerdem konnte mit kostengünstig produziertem Roheisen auch der Export für den notwendigen Devisenerwerb gesichert werden; wobei es von nicht geringer volkswirtschaftlicher Bedeutung war, daß die Eisen- und Stahlindustrie traditionell eine aktive Handelsbilanz hatte, weil sie wertmäßig sehr viel mehr exportierte als importierte.

Aufgrund der prekären Situation in der Erzversorgung hatte sich jedoch auch das Reichswirtschaftsministerium (RWM) an die Montanindustrie gewendet und um Vorschläge für eine Steigerung der Förderleistung gebeten (S. 42). Dieser Aufforderung lag die Tatsache zugrunde, daß sich durch die seit 1933 erheblich gestiegene Auslastung der Hochofenkapazität wie auch durch die hohen Inlandspreise die Rentabilitätsgrenze in den Anteil der Inlandserze erweitert hatte. Deshalb auch erwartete das RWM - als Gegenleistung für die Binnen- bzw. Rüstungskonjunktur - ein gewisses Entgegenkommen seitens der Montanindustrie in der Erzförderung, und dies insbesondere zur Entlastung der angespannten Devisenbilanz. Anders als Pleiger jedoch schrieb das RWM die zu fördernde Menge nicht vor, sondern überließ diese Entscheidung den Konzernen selbst (S. 43). Das war die Situation im August/September 1935.

Nun geschah das für den hier zu behandelnden Aspekt Bemerkenswerte: Die Montanindustriellen sandten die Antwort auf Pleigers Schreiben nicht an die "Führerbeauftragten" Keppler und Pleiger, sondern an das RWM, an Schacht. "Am 10. September 1935, genau an dem Tag, an dem diese Frist ablief, antwortete die wichtigste Gruppe, auf deren Haltung es in erster Linie ankam, nämlich die rheinisch-westfälische Eisenhüttenindustrie, deren Werke ungefähr dreiviertel des in Deutschland erzeugten Roheisens produzierten. Die Firmen Gutehoffnungshütte Oberhausen AG., Hoesch-Köln Neuessen AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Klöckner-Werke AG., Fried. Krupp AG., Mannesmannröhren-Werke und Vereinigte Stahlwerke AG. hatten eine gemeinsame Antwort ausgearbeitet und traten mit ihren Vorschlägen geschlossen auf. ... Daß sich die Eisenhüttenwerke auf dieses einheitliche Vorgehen geeinigt hatten und daß es zu einer Absprache über die Frage des Adressaten ihrer Vorschläge gekommen war, war mit Händen

¹² Im Jahre 1934 hatte die Eisenerzförderung 4,3 Millionen t betragen, 1935 erreichte sie 6,0 Millionen t, und 1936 waren es 7,6 Millionen t. Nach Pleigers Plan hätte sie 1936 mindestens 14,3 Millionen t betragen müssen, also das Doppelte der tatsächlichen Förderung. Der Eisenerzimport lag 1934 bei 8,3 Millionen t, 1935 bei 14,1 Millionen und 1936 bei 18,4 Millionen t. Die Förderung war von 1934 bis 1936 um 77 % und der Import um 123 % gestiegen (Vgl. ebenda, S. 2, 22 f.)

zu greifen. Denn ein paar Tage später leiteten die Neunkircher Eisenwerk AG, und die Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke GmbH, ihre Antwort ebenfalls dem Reichswirtschaftsminister zu, wobei sie allerdings Keppler einen Durchschlag 'zur gefälligen Kenntnisnahme' übermittelten" (S. 41 f.). Mit dieser Aktion brach der Konflikt zwischen Schacht und Keppler offen aus. Er verschärfte sich, als Schacht einen zweiten Plan Pleigers zur Regulierung der Erzförderung ablehnte, woraufhin Keppler im Frühjahr 1936 erfolglos Protest bei Hitler gegen Schacht einlegte (S. 62 f., 67 ff., 72).

Die Gruppe Kohle-Eisen-Stahl stand im Herbst 1935 geschlossen hinter Schacht. Sie war sich im Vorgehen und in der Ablehnung der gestellten Forderungen Pleigers einig, nicht aber unbedingt in der Begründung für ihre ablehnende Haltung. In den Unterschieden ist bereits der Ansatz für die sehr bald erfolgende Annäherung zwischen Röchling und Pleiger enthalten, die 1936/37 zur "Gruppierung" Göring/Pleiger/Röchling führte. Die rheinisch-westfälischen Hütten lehnten Pleigers Forderungen mit dem Hinweis auf betriebs- und volkswirtschaftliche Nachteile, die aus einer erheblichen Steigerung des Anteils einheimischer Erze am Hochofenmöller erwachsen würden, strikt ab. Hinsichtlich der Notwendigkeit eines stärkeren Aufschlusses der Felder aus kriegswirtschaftlichen Gründen bestand durchaus Übereinstimmung, schließlich hatten sich die Vereinigten Stahlwerke schon 1928 in Verbindung mit dem Reichswehrministerium dafür eingesetzt (S. 29). Aber übereinstimmend wurde auch von den Konzernen gefordert, daß diese Arbeit auf Kosten des Staates und in Form von Bereitschaftsanlagen erfolgen müsse.

Die Erzbasis der beiden saarländischen Hütten lag in Frankreich (Minette). Insofern war schon ein gewisser Interessenunterschied zur rheinisch-westfälischen Montanindustrie in der Erzversorgung gegeben. Im Hinblick auf die 1935 erfolgende Saarabstimmung hatten beide, Röchling und die Neunkircher Eisenwerke AG, 1933 einige Erzfelder in Süddeutschland (Doggererzgebiet) aufgekauft, und insbesondere Röchling arbeitete seitdem intensiv an einem Verfahren zur rentablen Aufbereitung dieser sauren Erze.¹³ In ihrer Antwort an Schacht, in der sie die Forderung Pleigers ebenfalls rundweg ablehnten, entwickelten die beiden saarländischen Konzerne einen vollständigen Plan für den Ausbau der Doggererbasis mit Hilfe einer Kapitalgesellschaft und auf staatliche Kosten, aber nicht nur als Bereitschaftsanlage, sondern als ständigen Erzlieferanten. Die Erzlieferungen sollten auf der Preisbasis der französischen Minette erfolgen, und die darüber hinausgehende Differenz sollte der Staat tragen. Mit dem Vorschlag war beabsichtigt, wie es in dem Schreiben hieß, "die endgültige und grundlegende Befreiung von der Knebelung der Saarindustrie von französischer Erzzufuhr" zu sichern (zitiert S. 49). Röchling wollte ganz offenbar seine Erzlieferungen nicht

13 Die Dogger- wie auch die Salzgittererze waren reichhaltig vorhanden, besaßen jedoch einen geringen Eisen- und besonders hohen Kieselsäuregehalt (saure Erze), so daß bei ihrer Verhüttung nach den üblichen Hochofenverfahren die sauren Bestandteile mit einem erhöhten Kalksteinzuschlag abgesättigt werden mußten, wodurch der Koksverbrauch anstieg und die Hochofenleistung sank. Wie durch das Thomasverfahren die Verhüttung der Minetteerze für das Kapital profitabel wurde, so hoffte man in den zwanziger und dreißiger Jahren ein entsprechendes Verhüttungsverfahren für die sauren Erze des Dogger- und Salzgittergebietes zu finden. Deshalb hatten alle Montankonzerne - je nach Transportlage - im Salzgittergebiet oder in Süddeutschland die besten Felder aufgekauft. An neuen Verfahren arbeiteten insbesondere Röchling, Krupp und die Bergakademie Clausthal.

nur für den Kriegsfall, er wollte sie auch für einen möglichen Konfliktfall gesichert wissen. Das war aber nur mit finanzieller Hilfe des Staates möglich. Diese Divergenz führte schon 1936 zu einer gewissen "Außenseiter"-Position Röchlings gegenüber den rheinisch-westfälischen Konzernen, die sich insbesondere im Urteil Röchlings äußerte, daß die Verhüttung der sauren deutschen Erze bald rentabel sei, was von den Ruhrkonzernen aber bezweifelt wurde. Im September 1935 jedoch waren sich die saarländischen und die rheinisch-westfälischen Montankonzerne einig in der Ablehnung der Forderungen Pleigers. Die Erzförderung erfolgte 1936 nach dem sogenannten "Schlattmann-Plan",¹⁴ Er enthielt Steigerungssätze, die, wie Riedel nachweist, von den Montankonzernen selbst an das RWM gegeben worden waren (S. 66). Ein Vergleich der Erzförderung und der Erzimporte zeigt, daß der Anteil der Importerze von 1933 an ständig gestiegen war, und zwar von 63,8 auf 71,2 Prozent.¹⁵ Schacht hatte Keppler und Pleiger trotz deren "Führerauftrag" ohne Anstrengung an die Wand gespielt, im Interesse der Montankonzerne und der Aufrüstung.

Die Verkündung des Vierjahresplanes im Herbst 1936 stellte keinen nachteiligen Einschnitt irgendwelcher Art für die Montanindustrie dar. Sie hatte schon im September 1936 auf der 126. Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute "in Übereinstimmung und Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie" einen "Arbeitskreis für den Vierjahresplan" gebildet, der sofort die Verbindung zum Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe und bald auch die Verhandlungen über die Erzförderungsplanung ab 1937 aufgenommen hatte.¹⁶ Im übrigen besaß, wie Riedel zu berichten weiß, der stellvertretende Vorsitzende des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, Goerens (Mitglied des Direktoriums der Krupp AG), beste Beziehungen zu Krauch (IG Farben), dem Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung (Vierjahresplan), in dessen Abteilung Goerens sogleich einen Verbindungsmann des Vereins abgestellt hatte (S. 196). Auch Göring hatte sich schon auf der bedeutungsvollen Rohstoffsitzung vom 26. April 1936 hinsichtlich der Verhüttung saurer Erze dahingehend geäußert, "die Hauptsache sei, daß im A-Fall eine Umstellung auf die inländische Produktion und Verhüttung ermöglicht wird."¹⁷ Damit hatte er zunächst die Linie der rheinisch-westfälischen Hüttenkonzerne eingenommen, die Felder nur als Bereitschaftsanlagen aufzuschließen. Alles dies stimmt überein mit der Tatsache, daß der "Schlattmann-Plan" ohne Abänderung 1936 gültig blieb und auch die Grundlage für die weitere Planung der Erzförderung bildete, die am 15. Juni 1937 in zwei Varianten (Plan I und Plan II) von Poensgen,¹⁸ Goerens und Löb¹⁹ unterzeichnet wurde (S. 145). Die Rohstoff- und Devisenknappheit spitzte sich jedoch im Laufe des Jahres 1936 weiter zu und führte gerade auf dem Eisensektor zu solchen Mangelerchein-

14 Benannt nach dem Oberberghauptmann Schlattmann (RWM). - Dazu Schacht an Göring v. 5. 8. 1937. Internationaler Militärgerichtshof (IMG), Bd. 36, S. 576.

15 Berechnet nach Statistisches Jahrbuch für die Eisen- und Stahlindustrie 1937, a. a. O., S. 2, 22 f.

16 Stahl und Eisen, Nr. 46/1937, S. 1297 f. - Die Erzförderungsplanung ging vom "Schlattmann-Plan" aus.

17 Die Rohstofflage des Deutschen Reiches im Frühjahr 1936. Vorbemerkung von Matthias Riedel, in: Tradition, Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographien, Nr. 6/1969, S. 321.

18 E. Poensgen, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke AG und Leiter der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie.

19 F. Löb, Oberst des Generalstabes, Leiter des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe (Vierjahresplan).

nungen, daß Ende Februar 1937 die Kontingentierung für Eisenzuteilungen eingeführt wurde. Insofern ging die Auseinandersetzung um den Anteil inländischer Erze, die 1935 nur zwischen Pleiger und den Hüttenkonzernen geführt worden war, weiter, und zwar jetzt auf der Ebene Schacht/Göring; es fehlte auch nicht an Vorstellungen auf den verschiedenen Ebenen, wie hoch dieser Anteil anzusetzen sei. Wesentlich ist aber doch wohl, was schließlich tatsächlich gefördert wurde.

Zusammen mit der schnell steigenden Produktion und der entsprechend sehr viel höheren Auslastung der Hochofenkapazität verschob sich jedoch auch die Rentabilitätsgrenze für den Einsatz inländischer Erze weiterhin nach oben, da sich die Kosten auf eine zunehmend größere Produktionsmenge verteilten.²⁰

Die Entwicklung der deutschen Stahlproduktion 1932 bis 1937⁺

| Jahr | Stahlerzeugung ⁺⁺ in 1 000 t | Auslastung der Kapazität ⁺⁺⁺ in % |
|------|--|---|
| 1932 | 5 652 | 23,6 |
| 1933 | 7 492 | 31,2 |
| 1934 | 11 730 | 48,9 |
| 1935 | 16 173 | 67,4 |
| 1936 | 18 788 | 78,3 |
| 1937 | 19 387 | 80,8 |

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938, S. 164.

++ Rohblöcke, Stahlformguß, Schweißstahl.

+++ Volle Kapazität = 24 Millionen t.

Es gibt viele Beispiele, wo Göring höheren Einsatz inländischer Erze fordert und gleichzeitig das "Wirtschaftlichkeitsdenken" der Konzerne und Schachts zurückweist. Bemerkenswert ist jedoch - und in der Praxis ein gewisser Widerspruch dazu - daß er noch im Februar 1937 Pleigers Plan für einen großzügigen Aufschluß der Salzgittervorkommen in einer "dramatischen Sitzung" strikt ablehnte (S. 119). Dabei setzte sich der Erzsachverständige H. Wenzel, Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke AG sowie weiterer Aktiengesellschaften der Eisenbranche, gegen Pleiger durch. "Das Ergebnis zeigt", schreibt Riedel, "daß sich Göring weit vorsichtiger verhielt, als man es auf Grund seiner jüngsten Äußerungen hätte erwarten können" (S. 119). Auch das reale Förderergebnis und das gleichbleibende Verhältnis von Import- und Inlandserzen zeigten, daß sich mit der Verkündung des Vierjahresplanes hier nichts verändert hatte. Wie kam es nun trotzdem und eigentlich sehr plötzlich zur Gründung der Reichswerke im Salzgittergebiet, mit der sich Göring im Juli/August 1937 gegen Schacht durchsetzte. Auch gegen die Montanindustrie? Diese Frage wäre zu klären. Ebenso

²⁰ Wenn die Hüttenindustrie 1937 im Zusammenhang mit den im Plan I festgelegten Produktionsziffern selbst Fördermengen vorsah, wie sie Pleiger im Herbst 1935 vergeblich von ihr gefordert hatte (S. 145), so tat sie das auf der Grundlage einer höheren Auslastung der Hochofenkapazität. Nach Plan I sollten bis 1940 pro Jahr 21 Millionen t Rohstahl erzeugt werden (was schon 1938 erreicht wurde), das entsprach einer Auslastung von fast 90 %. Plan II sah mit 24 Millionen t die volle Kapazitätsauslastung vor.

wäre zu untersuchen, was zwischen Februar und Juli 1937 den Umschwung in Görings Entscheidung hervorgerufen hat.

Man wird dabei verschiedene Faktoren in Betracht ziehen müssen. Das Jahr 1937 war nicht nur in Deutschland, es war auch international ein Jahr zunehmender Erzknappheit auf den Eisenerzmärkten der kapitalistischen Länder, die zum Beispiel in England zur Kontingentierung führte. In den Marktberichten wurden verschiedene Faktoren genannt, die dafür verantwortlich gemacht wurden,²¹ Dazu gehörten der Ausfall der spanischen Lieferungen infolge des Bürgerkrieges sowie Rückgänge der französischen Erzlieferung aufgrund von Streiks usw. Schnell steigende Weltmarktpreise trugen ebenfalls dazu bei. Angespannte Eisenerzmärkte, steigende Weltmarktpreise und - nach Riedel - die von Pleiger an Göring herangetragene Überlegung, in welche Lage die deutsche Hüttenindustrie wohl käme, wenn die nordschwedischen Bergarbeiter streikten (S. 139), das war der Hintergrund, vor dem sich die deutsche Rohstofflage bei Eisen und Stahl aus bekannten Gründen zu einem "ausgesprochenen Engpaß" entwickelte, der sich nicht nur in der übrigen Industrie, sondern nun auch in der Rüstungsindustrie, für die Vierjahresplanbauten, im Bergbau sowie in der Exportindustrie drastisch bemerkbar machte (S. 146 f.). Auf der "Eisensitzung" vom 16. Juni 1937 zog Göring gegen den Export von Eisenwaren zu Felde und verlangte weitgehende Einschränkungen, mußte sich jedoch von den Konzernvertretern belehren lassen, daß dies falsch sei und nachteilige Folgen für den deutschen Erzimport haben könnte. Die Hilflosigkeit Görings war offensichtlich: "Ich könnte den ganzen Export kassieren zu Gunsten der Wehrmacht. Was wäre die Folge? Die Rüstung hätte dann 1938 genug Eisen, aber ich müßte dann wahrscheinlich die Brotkarte einführen. Es würde wahrscheinlich auch an Kupfer und Kautschuk mangeln" (zitiert S. 149). Er mußte also doch für verstärkte Erzimporte eintreten, was entsprechende Exportverstärkung einschloß, wofür der sich insbesondere um die Mitte des Jahres 1937 belebende Weltmarkt gute Voraussetzungen bot.²² Nicht die Montanindustrie war gezwungen zu tun, was Göring wollte, sondern in der Realität mußte Göring den Kurs der Montanindustrie fahren. Möglicherweise brachte ihn diese Erkenntnis dazu, bei der Erörterung der deutschen Erzförderung erste drohende Andeutungen über ein "ganz großes Werk" zu machen, das er zu bauen beabsichtigte (S. 151). Dabei bezog er sich auf die unter großer Geheimhaltung seit Mitte April laufenden Verhandlungen, die am 15. Juli 1937 zu der ebenfalls geheim gehaltenen Gründung der Reichswerke im Salzgittergebiet führten. Offiziell verkündet wurde sie am 23. Juli auf einer kurzfristig einberufenen "Eisensitzung" (S. 171, 174 f.).

Riedel gibt eine ausführliche Darstellung der Vorgeschichte. Die wesentlichsten Punkte sind: Röchling war mit der Linie Görings, die armen Erzvorkommen vorwiegend nur in Form von Bereitschaftsanlagen für den "A-Fall" aufzuschließen, die dieser noch im März 1937 mit den rheinisch-westfälischen Hüttenkonzernen teilte (S. 127), nicht einverstanden. In einem ausführlichen Brief stellte er ihm

21 Vgl. dazu die Berichte über die Eisenerzmärkte der verschiedenen Länder in Stahl und Eisen, 1937; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938, S. 179⁺, 194⁺ f.

22 Die Ausfuhr von Eisen und Waren aus Eisen stieg im Zeitraum Januar bis September 1937 gegenüber Januar bis September 1936 in Deutschland um 29,4 %, in Großbritannien um 34,6 % und in den USA um 141,6 %. (Vgl. Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1937/38, hg. v. d. Reichskredit-Gesellschaft AG, o. O. o. J., S. 99.)

deshalb die Notwendigkeit eines generellen Aufschlusses vor,²³ den er selbst anstrebte und wofür er, wie bereits dargelegt, die Finanzhilfe des Staates benötigte. Röchling hatte in Pleiger offensichtlich eine gute "Lokomotive" für seine Interessen erkannt. Nach anfänglichen Konflikten kam es - ebenfalls im März 1937 - zwischen beiden zu einer Annäherung (S. 132). Es folgte sogleich eine gemeinsame Reise (im Fluzeug Röchlings) nach England, wo Röchling Pleiger mit dem amerikanischen Hüttenbauer Brassert bekannt machte, der in Corby soeben ein Hüttenwerk fertiggestellt hatte, das nach dem sauren Schmelzverfahren Röchling/Paschke/Peetz arbeitete.²⁴ Brassert bestätigte nicht nur, daß die Salzgittererze nach der von ihm angewendeten Methode rentabel und qualitätsgerecht zu schmelzen seien, er erklärte sich auch bereit, gegebenenfalls ein entsprechendes Werk in Deutschland zu bauen. Eine zweite Denkschrift, die Pleiger daraufhin bei Göring einreichte, war erfolgreich. Unter großer Geheimhaltung wurde Brassert am 23. April von Pleiger in Görings Flugzeug von London nach Berlin geholt zu einer ersten Besprechung mit Göring. Damit wurden die Weichen gestellt zu dem schon im Herbst 1937 begonnenen Bau der "Hermann-Göring-Werke" (S. 140 ff.).

Es sind ohne Zweifel viele Faktoren, die zu diesem Ergebnis beitrugen, objektive, wie die Weltmarktlage, zwangsläufige, wie die forcierte Rüstung und die weitgefächerten Programme des Vierjahresplanes, die eine permanente Eisenknappheit erzeugten, zufällige, wie die Fertigstellung der Hütte in Corby im Frühjahr 1937, mit der gleichermaßen ein erster brauchbarer, wenn auch keineswegs spektakulärer Abschnitt in der Entwicklung des sauren Schmelzverfahrens erreicht wurde, subjektive, wie die Tatsache, daß Pleiger sich in seinen Plan verbissen hatte, daß Göring sich im Kreise der Konzerngewaltigen von Rhein und Ruhr nicht selten am Ende seines kargen Lateins sah, daß Röchling die "Gunst der Stunde" erkannte und Pleiger/Göring vor seinen Wagen zu spannen wußte. Es liegt aber auch nahe anzunehmen, daß die außenpolitischen Ereignisse der Jahre 1936/37 ebenfalls einen gewissen Einfluß ausgeübt haben, indem sie deutlich machten, daß nicht erst der Kriegsfall zu Kalamitäten in der Erzzufuhr von außen führen mußte, sondern daß dies bei der hohen deutschen Importabhängigkeit auch andere politische Ereignisse in Exportländern, wie Streiks, Kriege usw., bewirken konnten. Wenn dies so war, konnten solche Überlegungen nicht ohne Auswirkungen auf die Kriegsvorbereitung des faschistischen deutschen Imperialismus bleiben. Insgesamt liegt hier noch ein weites Feld, das einer gründlichen Bearbeitung bedarf. Es wäre sicher zuviel verlangt gewesen, wenn Riedel dies alles hätte untersuchen sollen. Eine Einbeziehung solcher Aspekte hätte seine Wertungen jedoch beeinflussen müssen. Auch das ist ein Punkt, der einer kritischen Anmerkung bedarf.

Riedel stellt Pleiger in den Mittelpunkt seiner Arbeit, unterscheidet aber nicht zwischen dem Gewicht, das dieser vor 1937/38 und danach besaß, und infolgedessen auch nicht zwischen der Rolle, die er vorher und nachher spielen konnte. Als Generaldirektor des Reichswerke-Konzerns, der sich mit als größter Räuber in den okkupierten Ländern erwies, war er nicht mehr der Referent Pleiger.

23 Röchling an Göring v. 27. 3. 1937, in: Emessen, T. R., Aus Görings Schreibtisch. Ein Dokumentenfund, Berlin 1947, Dok. Nr. 31 (S. 128 ff.).

24 Paschke und Peetz, Bergakademie Clausthal, waren unabhängig von Röchling zu ähnlichen Ergebnissen im Niederschmelzen saurer Erze gekommen. Am 5. 3. 1937 kam es zu einer Patentgemeinschaft (S. 132 ff.). Das Verfahren wurde am 20. 7. 1937 für 500 000 RM an die Reichswerke verkauft (S. 169).

Sein gewachsenenes ökonomisches Gewicht wirkte sich bald, wie die eingangs skizzierte Entwicklung zeigt, in zunehmendem politischem Gewicht aus. Vor 1937/38 besaß er beides nicht und auch nicht den damit verbundenen Einfluß. Insofern wird auch die Rolle, die er in den Auseinandersetzungen von 1937 gespielt hat, überbewertet und diejenige Röchlings zum Beispiel entsprechend unterbewertet. Der Konflikt zwischen Röchling und Pleiger dauerte solange an, wie der letztere glaubte, mit seinem "Führerauftrag" in die Konzernbelange hinein regulieren zu können. Das verbat sich Röchling grundsätzlich. Sie trafen sich beide im Bemühen, die deutsche Erzbasis auszubauen. Für die Realisierung dieses Projektes hat Röchling weit gewichtiger gewirkt als Pleiger. Es wäre ein sehr interessanter Aspekt der Untersuchung gewesen, das jeweilige Gewicht beider, das des alten Konzernherren Röchling und das des vom Referenten zum Konzernmanager aufsteigenden Pleiger, zu untersuchen. Das Ergebnis wäre nicht nur aufschlußreicher für die Zusammenhänge gewesen, die Riedel zuweilen allzu vordergründig darstellt, es hätten auch die dialektischen Beziehungen zwischen Ökonomik und Politik besser sichtbar gemacht werden können.

Hier zeigt sich ein genereller Mangel der Darstellung, der fast durchgängig zu beobachten ist. Er äußert sich in einer Unterschätzung des Einflusses, den die schwerindustriellen Vertreter aufgrund ihrer ökonomischen Position besaßen und entsprechend in einer Überschätzung politischer Funktionen und Aufträge. Zwar wird dies etwas relativiert durch Riedels um Genauigkeit bemühte Darstellung, in den Wertungen und Schlußfolgerungen jedoch ist dieser Mangel unübersehbar. So deutet Riedel zum Beispiel die ganze Geheimnistuerei um den Besuch Brasserts und um die folgenden Verhandlungen vorwiegend als eine Marotte Pleigers, der sich nicht noch einmal - wie Ende 1935 - von den Konzernherren sowie von Schacht habe an die Wand spielen lassen wollen. Diese Erklärung geht an einigen Tatsachen vorbei. Pleigers Chef war nicht mehr Keppler, sondern Göring, und Riedel läßt gar keinen Zweifel zu, daß beide hinsichtlich Stellung, Vollmachten, Persönlichkeit und Durchschlagsvermögen sehr unterschiedlich zu werten waren. Wozu dann die Geheimnistuerei? Solange Göring für den Plan noch nicht gewonnen war, mag sie verständlich sein, das war jedoch ab März/April 1937 nicht mehr der Fall. Insofern war es schon nicht mehr die Geheimnistuerei Pleigers, es war die Görings; denn auch der Reichsfinanzminister wurde erst informiert, als alle Vorarbeiten schon abgeschlossen waren (S. 158 ff.). Die Gründung der Reichswerke erfolgte, ohne daß Schacht seine endgültige Zustimmung gegeben hatte. Er wurde überhaupt erst am 22. Juli offiziell informiert, einen Tag bevor es die Eisen- und Stahlindustriellen sowie auch die Öffentlichkeit erfuhr (S. 171). Wie ist dieses Vorgehen zu erklären? Wahrscheinlich doch nicht anders als die Haltung Pleigers. Auch Göring befürchtete, daß ihm die Montanindustrie ebenso wie Schacht einen Strich durch die Rechnung machen könnten. Das schließt aber ein, daß das Kräfteverhältnis zwischen Schacht und Göring, zwischen Kohle-Eisen-Stahl und der Vierjahresplangruppierung, bis Mitte 1937 noch keineswegs entschieden war. Göring selbst maß Schacht und der hinter ihm stehenden Montanindustrie das Gewicht und damit die Fähigkeit zu, daß sie ihm seine Pläne durchkreuzen könnten. Daraus ergibt sich natürlich wiederum die Frage, wenn das so war, warum trat Schacht dann zurück?

Am 22. Juli 1937, als Görings Staatssekretär Körner den stellvertretenden Staatssekretär Schachts, Sarnow, von der bereits vollzogenen Gründung der Reichswerke informierte, befand sich Schacht selbst in Bayreuth. Dort traf ihn Röchling und sondierte sofort Schachts Haltung zu dieser Sache. In einer Aktennotiz über das Gespräch, die Röchling auch Pleiger zuschickte, schrieb er:

"Das Ganze macht den Eindruck, daß Herr Schacht vollkommen daneben sitzt und kaum eine Aussicht besteht, daß er wieder zum Zuge in diesen Dingen kommt" (zitiert S. 183). Man kann annehmen, daß Röchling die Lage Schachts aufgrund tieferer Kenntnisse so charakterisierte. Es zeigte sich sehr bald, daß Schacht mit seiner Konzeption nicht mehr voll mit den Interessen der Monopolgruppe Kohle-Eisen-Stahl übereinstimmte. Vorläufig bleibt noch immer die Frage offen, wie weit die Gründung der Reichswerke mehr oder weniger nur das auslösende Moment für die Abwendung der Mehrheit der Montangewaltigen von Schacht war und wie weit nicht doch die tieferen Gründe für die offensichtlich nicht mehr vorhandene Übereinstimmung generell in dessen Kredit- und Wirtschaftspolitik zu suchen sind.

Um die Reichswerke mit den erforderlichen Erzgruben auszustatten, hatte Göring noch am 23. Juli 1937 eine Verordnung unterschrieben, nach der die Hüttenkonzerne bestimmte Felder im Salzgitter- und Doggererzgebiet an die Reichswerke abzutreten hatten. In seiner Mitteilung legte er Wert darauf, daß diese Gruben als Kapitalbeteiligung der Konzerne in die Reichswerke eingebracht werden sollten, wobei er eine staatliche 51-Prozent-Beteiligung am Aktienkapital zur Vorbedingung machte (S. 173 f.).²⁵ Berührte schon die Gründung dieses neuen Riesenbetriebes die Profitinteressen der Montanindustrie, so tat das die verlangte Abtretung der Felder erst recht. Schacht forderte Anfang August 1937, als er sein grundsätzliches Schreiben an Göring verfaßte, gleichzeitig Poensgen auf, ihn in seiner Ablehnung des Reichswerkebaues durch eine Denkschrift der Eisenindustrie zu unterstützen. Poensgen berichtete 1947, Schacht sei der Ansicht gewesen, daß eine entsprechende Stellungnahme von dieser Seite Görings Projekt noch zu Fall bringen könne (S. 193). Im Zusammenhang mit dieser Denkschrift, die von Poensgen als Leiter der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie sofort in Angriff genommen wurde, entwickelte sich im Laufe des Monats August 1937 ein sehr schneller Differenzierungsprozeß innerhalb der Eisenindustrie. Am 24. August, als der endgültige Entwurf abgestimmt werden sollte, mußte Poensgen "zu seiner 'größten Überraschung und Bestürzung' feststellen, daß in der entscheidenden Sitzung '90 % der Werke umfielen' und die Unterschrift verweigerten, und zwar, wie er meinte, 'ohne triftige Gründe anzugeben'" (S. 213). Diese ganze Entwicklung, zu der auch die Entstehung des "Kleinen Kreises" gehört,²⁶ sowie der Inhalt der Denkschrift wird von Riedel sehr ausführlich, auch anhand von Protokollniederschriften dargestellt, so daß ein sehr aufschlußreiches Bild entstanden ist. Schacht hat schon in der ersten großen Sitzung der Eisenindustriellen am 20. August 1937 durch Flick mitteilen lassen, daß er mit Sicherheit zu rücktreten werde, "falls seitens der Eisen- und Stahlindustrie finanzielle Beteiligungen an den Reichswerken übernommen würden. Alle Anwesenden stimmten darin überein, es sei notwendig, die Gefahr des Rücktritts des Reichswirtschaftsministers 'unbedingt abzuwenden' und kamen zu dem Schluß, die Denkschrift müsse 'zur Stützung Schachts' herausgebracht werden" (S. 206).

25 Die Vereinigten Stahlwerke klagten nach dem Krieg auf Herausgabe ihrer Felder. 1952 wurde vom Bundesgerichtshof der BRD die Klage mit der Begründung abgewiesen, der Zusammenschluß von Bergbauberechtigten sei eine aufgrund der Weimarer Verfassung (Art. 153, Abs. 2) zulässige Enteignungsmaßnahme gewesen, die auch unter einer anderen Regierungsform vom Gesetzgeber hätte angeordnet werden können (S. 177 f.).

26 Zum "Kleinen Kreis" vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 16: Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963, S. 145 f.

Als am 24. August die Denkschrift unterzeichnet werden sollte, waren jedoch neben den Vereinigten Stahlwerken nur noch die Gutehoffnungshütte und die Dillinger Hütte dazu bereit. Alle übrigen traten für eine Zusammenarbeit mit den Reichswerken ein. Schacht hatte seinen Rückhalt bei der Monopolgruppe Kohle-Eisen-Stahl verloren und war somit erledigt. Wie kam es dazu? Riedel sieht "des Rätsels Lösung" in einem Telegramm Görings: "Neun Industrielle, darunter Flick, Goerens, Hecker, Klöckner, Röchling, Otto Wolf und Zangen, jedoch niemand von der Gutehoffnungshütte und den Vereinigten Stahlwerken, erhielten am Vormittag (24. 8. - L. Z.) ein Telegramm mit folgendem Wortlaut: 'Ich bitte Sie dringend, sich an der Düsseldorfer Denkschrift des Stahlvereins nicht zu beteiligen. Die Machenschaften des letzteren gegen die Reichswerke nehmen mehr und mehr die Form von Sabotage an. Heil Hitler! Göring.'" (S. 213 f.). Krupp war von Göring persönlich gebeten worden, sich nicht an der Denkschrift zu beteiligen. Auch Schwerin-Krosigk hatte er dringend ersucht, "weder von Poensgen noch anderen Interessenten Vorstellungen gegen die Reichswerke entgegenzunehmen" (S. 214). Göring fürchtete, schreibt Riedel, "die Aktionsgemeinschaft Reichswirtschaftsministerium - eisenschaffende Industrie - Reichsfinanzministerium, deren Bildung vor einem Monat bei der Gründung der Gesellschaft vor allem durch die Politik der sehr späten und spärlichen Informationen hatte vereitelt werden können, könne nun doch noch zustande kommen" (S. 214). Dieser Einschätzung ist durchaus zu folgen, denn sie besagt auch, daß diese "Gruppierung" in der Lage gewesen wäre, Grundsätzliches zu erreichen. Sie stimmt mit der Auffassung Schachts überein, daß er mit Unterstützung der Eisenindustrie eine stärkere Position als Göring gehabt hätte. Sie sagt jedoch noch nichts darüber aus, warum nun die "Eisen schaffende Industrie" Schacht nicht mehr stützte, voll auf Görings Kurs einschwenkte und seine Position - und damit auch den direkten Kriegskurs - endgültig stärkte. Riedels Meinung dazu: "Wer Poensgens Denkschrift nach dieser Warnung unterschrieb, riskierte, als Saboteur in ein KZ gebracht zu werden" (S. 216). Die Vorstellung, alle führenden Manager der Eisen- und Stahlindustrie würden geschlossen ins KZ gebracht werden, ist grotesk und zeigt schon, wie haltlos diese Begründung ist. Riedel stützt sich hier offenbar auf eine Äußerung Klöckners im "Kleinen Kreis" einige Wochen nach dem 24. August, "daß er nach dem Erhalt des geheimen Telegramms von Göring natürlich nicht mehr habe unterschreiben können" (S. 213). Es wird sicher nie zu klären sein, ob das Telegramm per Zufall oder auf Bestellung genau zur richtigen Stunde kam. Welchen Grund sollte es gegeben haben, daß Göring, der nach Riedels Darlegung recht genau über die diversen Absprachen hinsichtlich der Denkschrift informiert war - und mit Sicherheit auch über die aufstrebenden Konflikte -, diese ganze Entwicklung nicht schon im Anfang durch eine entsprechende Sabotage-KZ-Drohung unterdrückt hätte, wenn ein einfaches Telegramm für ein Abrücken der Eisenindustriellen von Schacht ausgereicht hätte? Warum hat er dann so lange gewartet? Der Zeitpunkt, zu dem das Telegramm eintraf, verrät eine geschickte Regie. Es ermöglichte 90 Prozent der Eisenindustriellen, sich den Anschein zu geben, daß sie Schacht nicht aus eigenem Antrieb den Stuhl vor die Tür setzten, denn darum ging es bei dieser Entscheidung. Das Telegramm lieferte einen prächtigen Vorwand, den Grund für die am 24. August im Stahlhof von Düsseldorf gefällte Entscheidung hat es ganz sicher nicht geliefert. Den hatte Röchling im Prinzip schon vier Wochen vorher kurz und prägnant formuliert: Herr Schacht saß vollkommen daneben mit seiner Konzeption. Sie entsprach nicht mehr den Interessen der Mehrheit der Eisen- und Stahlindustrie. Die Denkschrift hatte wie ein Katalysator gewirkt; die Entscheidung fiel gegen Schacht und seine Wirtschaftspolitik aus. In den hierfür ausschlag-

gebenden Zusammenhängen mögen auch die Gründe dafür zu finden sein, daß - wie Riedel feststellt - in der Zeit von April bis Juli 1937, als die Gründung der Reichswerke unter großer Geheimhaltung vorbereitet wurde, von seiten der Montanindustriellen keine Reaktionen erfolgten (S. 143). Riedel schlußfolgert daraus, daß diese tatsächlich keine oder aber nur unzureichende Informationen besessen bzw. diese "nicht ernst" genommen hätten (S. 144, 152). Er weist zwar nach, daß Göring nicht nur durch abgehörte Telefongespräche, sondern auch durch Niederschriften, die er über vertrauliche Absprachen aus dem Kreis der Industriellen erhielt, informiert wurde (S. 215), schließt aber offenbar aus, daß ein ebensolcher Informationsstrom in die entgegengesetzte Richtung geflossen ist. Das ist wenig überzeugend.²⁷ Hier hat die schon angeführte Unterschätzung des Gewichtes der Industrie gegenüber Hitler und Göring Riedel doch gewisse Scheuklappen angelegt, durch die ihm mögliche andere Aspekte entgangen sind. Dabei bieten sie sich in dem Material, das er ausbreitet, geradezu an. Die Frage, welche Erwägungen die rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlmagnaten abhielten, entsprechende Gegenmaßnahmen bzw. Absprachen zu treffen (ähnlich wie im Herbst 1935 zum Beispiel), ist noch nicht beantwortet - Ahnungslosigkeit war ganz sicher nicht der Grund. So, wie es gelungen ist, nachzuweisen, weshalb Röchling am generellen Ausbau der Fe-armen Erzbasis interessiert war, so muß es auch entsprechende Bezüge für die Haltung der übrigen Konzerne der Gruppe Kohle-Eisen-Stahl im Sommer 1937 geben. Eins geht aus der ausführlichen Wiedergabe der Diskussion im August 1937 eindeutig hervor: Die Antistellung der Montanindustriellen zum Reichswerke-Bau beruhte nicht auf der Ablehnung der Vierjahresplan-Konzeption, der direkten Kriegsvorbereitung, es war die Ablehnung eines neuen Konkurrenten, eines Außenseiters, der zudem ein Staatsunternehmen war, es war die Ablehnung eines Kapazitätszuwachses in einer Zeit, da die vorhandene Kapazität noch gar nicht ausgelastet war, es war die mit der Abtretung der Erzfelder verbundene Beteiligung an einem Projekt, dessen Rentabilität für die rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustriellen äußerst zweifelhaft blieb. Gerade weil sie mit der Vierjahresplan-Konzeption einverstanden waren, ließen sie Schacht fallen und nahmen den Reichswerke-Bau

²⁷ Folgender Zeitplan zeigt dies u. a. an: Mitte März 1937 sind Pleiger, sein Mitarbeiter Rheinländer und Röchling nach Corby geflogen; Mitte April etwa erkundigte sich Göring aufgrund der zweiten Denkschrift Pleigers bei Vögler (Vereinigte Stahlwerke) nach Brassert; am 23. 4. fand die Unterredung Göring/Brassert statt, am 24. 4. befuhren Pleiger und Brassert Gruben im Salzgittergebiet, unter anderem auch eine Grube der Vereinigten Stahlwerke; am 29. 4. reiste eine "prominente Abordnung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, der auch Poensgen angehörte", zur Hauptversammlung des Iron and Steel Institute nach London, von wo aus anlässlich der Tagung auch eine Reise nach Corby erfolgte zur Besichtigung des neuen Werkes, das Brassert dort gebaut hatte und an dessen Bau neben anderen deutschen Firmen auch die Gutehoffnungshütte beteiligt gewesen war; auf der Eisensitzung am 16. 6. machte Göring Andeutungen, daß er ein großes Werk bauen wolle; am 1. Juli erschienen Ingenieure Brasserts und Pleigers an dem Bohrloch der Vereinigten Stahlwerke im Felde Johannes, und nun verbreitete sich die Kunde von einer Zusammenarbeit zwischen Brassert und Pleiger/Göring wie ein Lauffeuer, schreibt Riedel und meint, daß seit dieser Zeit darüber unter den Vertretern der rheinisch-westfälischen Stahlindustrie kein Zweifel mehr hat bestehen können, Mitte Juni waren sie seiner Meinung nach noch "ahnungslos" (S. 136, 144 f., 151, 153 f.).

in Kauf, in der Überzeugung, daß sie die Dinge bisher noch immer in der Hand behalten hatten. Zangen, der Generaldirektor vom Mannesmann-Konzern, formulierte es in der Debatte am 24. August so: "In der Vergangenheit haben wir private Hüttenwerke gegründet und ausgebaut, und sie haben sich nicht durch einen Außenseiter bestimmen lassen, eine Denkschrift vorzulegen, daß genügend Kapazität da sei oder daß sie mit geringeren Mitteln die gleiche Kapazität schaffen könnten. Sie haben letzten Endes sich wegen der Quote verständigen müssen" (zitiert S. 211).

Zusammenfassend ist nun hinsichtlich der eingangs gestellten Fragen zunächst festzuhalten, daß die These von der Unterdrückung der Industrie nach dem vorgelegten Material nicht aufrechtzuerhalten ist. Auch nach Görings Einschätzung wären die "Herren von Rhein und Ruhr" 1937 in der Lage gewesen, analog wie im Herbst 1935, zusammen mit Schacht (und mit Schwerin-Krosigk) eine andere Linie durchzusetzen. Wenn sie es nicht getan haben, dann gewiß nicht aus Angst vor KZ-Drohungen, sondern weil sie es gar nicht wollten, weil sie sich ihre Profitmöglichkeiten genau ausgerechnet hatten. Das inzwischen entwickelte Vierjahresplan-Programm war sicher ein Faktor, der bei den Für-und-Wider-Überlegungen nicht unwesentlich ins Gewicht gefallen ist.

Viel komplizierter ist nach wie vor die Frage, ob mit dem Rücktritt Schachts, der diesen Auseinandersetzungen folgte, auch ein Zurückdrängen des Einflusses verbunden war, den die Monopolgruppe Kohle-Eisen-Stahl besaß. Das Verhältnis der Montanindustriellen zu Göring wurde sehr bald mit Hilfe der Deutschen Bank geglättet. Da sich die Produktion der Reichswerke keineswegs so spektakulär anließ, wie Göring sich das vielleicht erhofft hatte, blieb die im wesentlichen die rheinisch-westfälischen Industriellen repräsentierende Gruppe Kohle-Eisen-Stahl nach wie vor der größte Lieferant. Da außerdem durch den Bau der Werke der Roheisenverbrauch gesteigert und damit auch der Roheisenmangel noch verstärkt wurde, so daß schon aus Effektivitätsgründen eine entsprechende Verhüttung ausländischer Erze zwingend notwendig war,²⁸ blieb das "Wirtschaftlichkeitsprinzip" in der Montanindustrie auch weiterhin das einzig mögliche Prinzip für die Realisierung der deutschen Kriegsvorbereitung. Von einem Zurückdrängen des Einflusses der Gruppe Kohle-Eisen-Stahl nach dem Rücktritt Schachts wird man aufgrund der dargelegten Zusammenhänge deshalb kaum sprechen können. Andererseits ist es natürlich unübersehbar, daß die Gruppe Chemie-Elektro, repräsentiert insbesondere durch den IG-Farben-Konzern, mit dem Vierjahresplan-Programm einen erheblichen Einbruch in die Monopolstellung von Kohle-Eisen-Stahl unter Schacht erzielt hatte. Möglicherweise sollte man besser von einer stärkeren Verteilung der Einflußnahme sprechen, die durch den Rücktritt Schachts erleichtert wurde; doch dies sind Überlegungen, die über die Besprechung des vorliegenden Buches hinausgehen, wofür auch noch sehr viel mehr geforscht werden müßte, bevor begründete Schlußfolgerungen gezogen werden können. Gerade hier gibt es noch sehr viel offene Fragen. Auch das ist ein Vorteil von Riedels Arbeit, daß mit der zum Teil minutiösen Darlegung Fragen beantwortet, aber auch aufgeworfen und Forschungslücken deutlich gemacht werden.

²⁸ Jäger stellt fest, daß 1939 über 11 % der Erzförderkapazitäten Großdeutschlands, also Deutschlands und Österreichs zusammen, ungenutzt blieben. Den Hauptgrund sieht er darin, daß durch die Verarbeitung besserer Auslandserze Hüttenkoks eingespart und die Hochöfen effektiver ausgelastet werden konnten (Jäger, Jörg-Johannes, Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Dritten Reiches vom Ausland - dargestellt am Beispiel der Stahlindustrie, Berlin (West) 1969, S. 69).

Eine marxistische Strukturanalyse

Hartmut Zwahr, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution = Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 56

Akademie-Verlag, Berlin 1978, 364 Seiten, 62 Tabellen,
Preis: 27, 50 Mark

von Horst Handke

Der Begriff "Struktur" hat in den letzten zwei Jahrzehnten allgemeine Verbreitung gefunden, auch unter Marxisten, und es gibt bereits Stimmen, die davor warnen, den Begriff zu mißbrauchen, ihn allzusehr als modisches Schlagwort zu benutzen.

Vor Mißbrauch ist freilich kein Begriff geschützt, und der häufige Gebrauch eines Wortes muß nicht unbedingt negativ sein. Er kann auch einer Art Nachholebedarf entsprechen und in einem wenig erforschten Bereich neuen Erkenntniszuwachs bringen. Genau das scheint mir mit dem Aufgreifen des Begriffs "Struktur" der Fall zu sein.

Das hier besprochene Buch von Zwahr bringt - dies sei vorausgeschickt - viele neue Erkenntnisse. Mit Akribie betriebene Materialstudien und theoretische Überlegungen verbinden sich zu einer beispielgebenden Analyse. Die Arbeit reiht sich in Leistungen von internationalem Rang ein und wird lange Zeit einen bedeutenden Platz in den Forschungen zur Konstituierung der Arbeiterklasse einnehmen.

Dem Buch ist als Motto ein Satz vorangestellt, den J. Kuczynski 1966 geschrieben hat: "Wie selten finden wir überhaupt Bemerkungen zur Struktur der Arbeiterklasse in der Geschichte!"¹ Damals hatten in der DDR die Diskussionen über die Struktur der Arbeiterklasse schon begonnen, und auch das "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" konnte für sich in Anspruch nehmen, durch die Ausrichtung einer internationalen Konferenz im Jahre 1963 zum Meinungsstreit über die damit zusammenhängenden Fragen beigetragen zu haben.²

Seitdem sind mehr als zehn Jahre vergangen, und die Diskussionen über die Struktur der Arbeiterklasse sind ein wesentliches Stück vorangekommen.

- 1 Kuczynski, Jürgen, Einige Probleme der Industriellen Revolution - besprochen im Zusammenhang mit dem Erscheinen zweier Bücher von Eric Hobsbawm, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 1, S. 278.
- 2 Siehe dazu den Bericht von Handke, Horst/Müller, Hans-Heinrich/Thümmeler, Heinzpeter, Strukturprobleme der Arbeiterklasse, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 4, S. 130 ff.

Nicht ganz mit gleicher Intensität, doch ohne Erfolg sind die konkret-historischen Untersuchungen vorangetrieben worden. Zwahr gibt in seiner "Einführung in Forschungsgegenstand und Forschungsproblematik" einen Überblick über die Arbeiten, die seit Ende der fünfziger Jahre insbesondere in der UdSSR, in Polen und in der DDR erschienen sind. An konkrethistorischen Arbeiten zur Strukturgeschichte des deutschen Proletariats im 19. Jahrhundert - meistens sind es regionalgeschichtlich angelegte Studien - finden sich danach bis zur Mitte der siebziger Jahre immerhin mehr als ein Dutzend Titel. Als größere abgeschlossene Vorhaben seien hier vor allem die von Neuß (1958)³, Strauss (1960)⁴, Baar (1966)⁵, Berndt (1972)⁶, Zwahr (1974)⁷ und Kabus (1975)⁸ genannt. Methodische Hinweise enthielten insbesondere die Arbeiten von Engelberg (1962, 1968)⁹ und W. Schmidt (1965)¹⁰. J. Kuczynski veröffentlichte wiederholt zusammenfassende Darstellungen und gab vielfältige Anregungen (1961, 1962, 1967, 1971)¹¹.

Zwahr gliedert seine Arbeit in drei Kapitel, in denen die ökonomische, die soziale und die politisch-ideologische Konstituierung des Leipziger Proletariats behandelt wird. Diese Gliederung entspricht dem theoretischen Ausgangspunkt des Verfassers. Dazu heißt es bei ihm, daß das "eigentliche Problem der 'Struktur-

- 3 Neuß, Erich, Entstehung und Entwicklung der Klasse der besitzlosen Lohnarbeiter in Halle, Berlin 1958.
- 4 Strauss, Rudolph, Die Lage und Bewegung der Chemnitzer Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1960.
- 5 Baar, Lothar, Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin 1966.
- 6 Berndt, Helga, Die auf Grund des Sozialistengesetzes zwischen 1881 und 1890 Ausgewiesenen aus Leipzig und Umgebung. Eine Studie zur sozialen Struktur der deutschen Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung, Diss. Berlin 1972 (Ms).
- 7 Zwahr, Helmut, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Diss. B Leipzig 1974.
- 8 Kabus, Ronny, Zur Konstituierung des Görlitzer Proletariats im Verlauf der industriellen Revolution. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen, sozialen und politisch-ideologischen Formierung der deutschen Arbeiterklasse, Görlitz 1975.
- 9 Engelberg, Ernst, Quellen und Methoden zur Erforschung der Herausbildung und Strukturwandlung des deutschen Industrie-Proletariats im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, in: Die Volksmassen-Gestalter der Geschichte, Festgabe für L. Stern, Berlin 1962; derselbe, Über Gegenstand und Ziel der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 9/1968.
- 10 Schmidt, Walter, Zu einigen Fragen der sozialen Struktur und der politischen Ideologie in der Zeit des Vormärz und der Revolution von 1848/49, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 4/1965.
- 11 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, insbesondere Bd. 1: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Berlin 1961, sowie Bd. 2: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1849 bis 1870, Berlin 1962; derselbe, Das Entstehen der Arbeiterklasse, München 1967; derselbe, Die Frühgeschichte des Proletariats, Berlin 1971 = Vorlesungen und Schriften der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED.

analyse" darin bestanden habe, "Struktur' als eine Gesamtheit von Beziehungen zu begreifen und zu erforschen" (S. 17)¹². Zwahr, der hier offensichtlich an die polnische Soziologin Bobinska¹³ anknüpft, sieht demzufolge die Struktur der Arbeiterklasse als eine Einheit von drei Seiten, eben der ökonomischen, sozialen und politisch-ideologischen (S. 8).

Unter der ökonomischen Seite der "Struktur" versteht Zwahr vor allem den Nachweis des "konkreten Produktions- und Ausbeutungsverhältnisses" und der "sozial-ökonomischen Qualität des Lohnarbeiters" (S. 25). Dabei rückt er die Berufs- und Tätigkeitsgruppen in den Mittelpunkt. Als für Leipzig besonders wichtige Gruppen werden die sogenannten Handarbeiter, die Buchdrucker, die Buchbinder und die Zigarrenarbeiter untersucht.

Im Zusammenhang mit der sozialen Konstituierung des Proletariats betrachtet Zwahr folgende Faktoren als wesentlich: die Familienbeziehungen (Entstehung der Arbeiterfamilien), die soziale Herkunft der Proletarier und in Verbindung damit die Entstehung eines erblichen Proletariats sowie die Entwicklung proletarischer Gemeinschaftsbeziehungen (S. 116), insbesondere am Beispiel der Wahl von Taufpaten. Im gleichen Zusammenhang geht er auf einige demographische Aspekte ein, wie die territoriale Herkunft der Arbeiter und deren Verdrängung in städtische Randgebiete.

Die politisch-ideologische Seite, die im wesentlichen als Maßstab für Bewußtsein und Reifegrad einer Klasse zu werten ist, wird von Zwahr prinzipiell im Zusammenhang mit dem unterschiedlichen Entwicklungsgang und Ausprägungsgrad des Reifeprozesses des Proletariats in den jeweiligen Territorien und Produktionszweigen gesehen. Das Ergebnis führt ihn zur Betrachtung unterschiedlicher stadialer und regionaler Entwicklungsformen der Klassenkonstituierung, zu einer Typologie der proletarischen Klassenentwicklung. Zwahr hebt hervor, "daß Leipzig mit Köln, Berlin, Hamburg und einigen anderen großen Städten zu jenen Zentren gehörte, die sich durch einen hohen Einwirkungsgrad der internationalen Arbeiterbewegung auszeichneten" (S. 204). Nach Zwahr bildete sich erst in der Klassenauseinandersetzung die Struktur der beiden Grundklassen allseitig heraus (S. 206). Dem Abbau der patriarchalischen Beziehungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat stand die Hervorbringung eigener Klassenbeziehungen gegenüber, so der Beziehungen der Solidarität und des Internationalismus, der Bindung an die gemeinsamen Ziele der Arbeiterbewegung und deren Organisation (S. 206 f.).

Zweifellos hat Zwahr mit diesem Forschungsansatz ein Beispiel geschaffen, wie man eine sowohl "ganzheitliche" als auch "differenzierte Analyse der Herausbildung der Klasse" (S. 319) geben kann. In ihrer methodologischen Bedeutung geht die Arbeit dabei weit über den Prozeß der "Herausbildung der Klasse" hinaus. Sie enthält Bedenkenswertes für die Erforschung der Struktur der Arbeiterklasse (und anderer Klassen) in ihren verschiedenen Entwicklungs- und Reifestadien. Sie fordert jedoch auch zu einigen Überlegungen und Bemerkungen heraus, die mit der Verwendung der Begriffe "sozial" und "Struktur" verbunden sind.

Zwahr behandelt im Zusammenhang mit der sozialen "Seite" der Klassenentwicklung, von ihm auch als "Komponente" oder "Bereich" bezeichnet (S. 319), im

¹² Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen im Text beziehen sich auf das hier rezensierte Buch.

¹³ Bobinska, Celina, Historiker und historische Wahrheit. Zu erkenntnistheoretischen Problemen der Geschichtswissenschaft, Berlin 1968, S. 202 f.

wesentlichen persönlichen Beziehungen, Familien-, Herkunfts- und Patenschaftsbeziehungen. Dazu sei festgestellt, daß dies ein ganz wesentlicher Bereich der Herausbildung von sozialen, vor allem von Klassenbeziehungen ist. Nachdem die marxistische Forschung diesen Bereich lange Zeit zu Unrecht vernachlässigt hatte, haben Autoren wie Berndt, Zwahr und Kabus gerade auf diesem Gebiet einen entscheidenden Schritt nach vorn getan. Man sollte sich aber darüber im klaren sein, daß der Begriff "sozial" in der von Zwahr benutzten Weise einen ganz spezifischen und auch begrenzten Inhalt hat.

In der marxistischen Literatur wird dieser Begriff in mindestens zwei umfassenderen Bedeutungen verwendet. In seinem allgemeinsten Gebrauch wird er mit "gesellschaftlich" gleichgesetzt. In diesem Falle umfaßt er alle Beziehungen, die in der Gesellschaft existieren. Er schließt also auch den ökonomischen und politisch-ideologischen Bereich ein. Die ökonomische Struktur wird als soziale Grundstruktur hervorgehoben. Soziale - vorwiegend und letztlich ökonomische - Strukturen erscheinen als die Gliederung der Existenz- und Entwicklungsformen des gesellschaftlichen Lebens der Menschen, als die Formen, in denen das gesellschaftliche Individuum sein Wesen verwirklicht. Folglich sind jeder Gruppierung von Menschen soziale Strukturen eigen, die in den verschiedenen Bereichen und Ebenen der Gesellschaft untersucht werden (von der arbeitsfunktionellen Struktur bis zur politischen Organisationsstruktur).¹⁴

In einem spezifischeren Sinne werden die sozialen Beziehungen und Verhältnisse von den gesellschaftlichen abgehoben. In diesem Falle werden die sozialen Verhältnisse als Teil der Gesamtheit der gesellschaftlichen angesehen. Sie sind unmittelbares Produkt der Produktionsverhältnisse. Das Soziale besteht nach Semjenows Auffassung darin, "daß der Mensch gesellschaftliche Handlungen verwirklicht, eine gesellschaftliche Rolle in Abhängigkeit vom Platz im System der Produktionsverhältnisse spielt."¹⁵ Soziales Handeln wird nach dieser Auffassung jedoch auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, in der Gesamtheit der materiellen und ideologischen gesellschaftlichen Verhältnisse, verwirklicht.

Deutlicher formuliert Belych diese Auffassung vom spezifisch "Sozialen". Danach besteht die Spezifik der sozialen Verhältnisse darin, daß sie Verhältnisse zwischen den einzelnen Menschen und ihren Kollektiven - als Trägern "qualitativ verschiedener Arten der Arbeit, unterschiedlicher Arbeitsfunktionen" - zum Ausdruck bringt. Das Wesen des "Sozialen" wird dadurch charakterisiert, "daß die Individuen, Kollektive und Menschengruppen auf bestimmte Arbeitsarten festgelegt sind". Die Unterschiede, die durch die sozialen Verhältnisse - unmittelbar auf den ökonomischen fußend - bedingt werden, führen zu sozialen Unterschieden in den Arbeitsbedingungen, im Lebensniveau, in der Lage und in der Rolle im gesellschaftlichen Leben.¹⁶

Bei Zwahr wird das hier dargestellte spezifisch "Soziale" der ökonomischen Komponente zugerechnet. Wenn wir uns jedoch auf den Standpunkt der oben genannten Autoren stellen, bleibt die Frage, wie die von Zwahr unter der sozialen Komponente behandelten Beziehungen einzuordnen sind. Zwahr betont richtig die Veränderlichkeit der Merkmale (allerdings seinen Begriff des Sozialen zugrunde

14 Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, hg. v. Wolfgang Eichhorn I u. a., Berlin 1969, S. 428.

15 Semjenow, W. S., Kapitalismus und Klassen. Die Erforschung der Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, Berlin 1972, S. 34.

16 Belych, A. K., Organisation, Politik und Leitung, Berlin 1969, S. 169 ff.

gelegt) und weist auf ihre abgeleitete Form hin. Im Grunde handelt es sich um soziale Beziehungen, die eng mit der sozialen Struktureinheit "Familie", mit dem Geflecht persönlicher Beziehungen verbunden sind. Soweit diese auch soziale Verhaltensweisen ausdrücken, gehen sie letztlich auf ökonomische und soziale Zwänge zurück. Das hebt ihre eigenständige Rolle als strukturbildendes Element der Klasse keineswegs auf, sondern unterstreicht den Zusammenhang der einzelnen Seiten der Gesamtstruktur.

Ob der von Bobinska¹⁷ übernommene Begriff der "äußeren, von einer bestimmten Entwicklungsetappe der geschichtlichen Bewegung der Klassen abhängigen" Merkmale (S. 116) hierbei wirklich Klarheit schafft, sei bezweifelt. Die Bewegung der Klassen vollzieht sich stets innerhalb einer Gesellschaftsformation und hier wiederum innerhalb einer bestimmten Etappe. Demzufolge können die innerhalb einer bestimmten Entwicklungsetappe gültigen Merkmale gegenüber denen der Gesellschaftsformation allenfalls abgeleitete, nicht aber "äußere" sein. Soweit darunter Klassengrenzen, Mobilität, Stabilität usw. verstanden werden, ließe dies eine Deutung als äußerliche, die quantitativen Grenzen nach außen bestimmende Merkmale zu. Doch diese wären nicht auf den von Zwahr definierten sozialen Bereich beschränkt. Im Grunde ist nur das "in letzter Instanz" bestimmende Klassenmerkmal, das Verhältnis zum Eigentum an den Produktionsmitteln, ein "ständiges" Attribut, das über die gesamte Gesellschaftsformation hinweg unverändert wirkt. Alle anderen Merkmale, auch die von Zwahr zum ökonomischen Bereich gerechneten Berufe und Tätigkeiten, können zeitweilig sein, sind in Abhängigkeit von den einzelnen Etappen der Gesellschaftsformation mehr oder weniger stabil, können verschwinden, während sich neue bilden.

Zwahr's Auffassung vom "Sozialen" bzw. von der sozialen Komponente der Konstituierung des Proletariats ist seinem Strukturbegriff untergeordnet. So sieht er in der bisherigen Diskussion zur "Struktur" eine "gewisse Einseitigkeit der Gegenstandsbestimmung". "Struktur" sei vor allem als Sozialstruktur gesehen worden. Mitunter sei sogar der Eindruck entstanden, als werde "Struktur" in Anlehnung an "traditionelle Begriffsbestimmungen" lediglich als "soziale Zusammensetzung" aufgefaßt. Die Strukturanalyse werde dann "auf die Zerlegung einer bestimmten sozialen Gesamtheit in ihre Bestandteile sowie auf die Charakterisierung und Quantifizierung dieser Bestandteile" beschränkt (S. 17).

Es geht nun keineswegs darum, die Autoren, die Zwahr im Blickfeld gehabt hat, zu verteidigen, zumal von den meisten keine theoretischen Erklärungen zu dem von ihnen benutzten Strukturbegriff vorliegen. Doch Zwahr's Äußerungen werfen die grundsätzliche Frage auf, inwieweit man überhaupt von "Sozialstruktur" sprechen kann, ohne daß der Vorwurf der Einseitigkeit gerechtfertigt ist.

Kernpunkt der Zwahr'schen Auffassung von der "Struktur" ist, daß mit dem Begriff "die ökonomischen und sozialen Beziehungen sowie der politisch-ideologische Reifeprozess der Klasse im allgemeinen sowie der Arbeiterklasse im besonderen als eine dialektische Einheit" erfaßt wird. Dies verdeutlichend, schreibt Zwahr: "Danach verstehen wir unter der Struktur des sich als Klasse konstituierenden Proletariats die Gesamtheit jener Beziehungen und Wechselbeziehungen, die die Arbeiterklasse ökonomisch, sozial und politisch-ideologisch allseitig konstituiert. Damit rückt die Klasse in den Mittelpunkt der Strukturanalyse, deren eigentliches Problem gerade darin besteht, die Beziehungen und Wechselbeziehungen zwischen

17 Bobinska, Celina, a. a. O., S. 200.

den sozialen Elementen sowie zwischen ihnen und der sozialen Umgebung der jeweiligen Klasse aufzudecken, kurz: 'Struktur' als eine Gesamtheit von Elementen und der zwischen ihnen bestehenden Beziehungen zu begreifen" (S. 319).

In dieser Definition sind zwei grundlegende Aussagen enthalten, die nach unserer Auffassung für eine marxistische Strukturanalyse unerläßlich sind. Die erste bezieht sich darauf, daß Zwahr nicht nur von Beziehungen und Wechselbeziehungen zwischen den "sozialen Elementen" (offensichtlich innerhalb einer Klasse, dabei den Begriff "sozial" hier im Sinne von "allseitig-gesellschaftlich" verwendend), sondern auch zwischen diesen "sozialen Elementen" und ihrer "sozialen Umgebung" spricht. Obwohl diese "soziale Umgebung" nicht näher bezeichnet wird, sieht der Autor sie wohl vor allem im Gegenpol der Arbeiterklasse, in der Bourgeoisie, da er im folgenden aus den grundlegenden ökonomischen Wechselbeziehungen zwischen beiden Klassen "die ökonomisch konstituierende strukturelle" Wechselbeziehung zu erfassen sucht. Aus der Analyse des Reifegrades der Bourgeoisie, "an die die Lohnarbeiter gefesselt sind", erschließt sich nach Zwahr deren sozialökonomische Qualität (S. 319).

Im Grunde enthält diese Aussage die Frage nach der Ganzheit, nach dem Systemzusammenhang oder nach der Totalität. Auf einen anderen begrifflichen Nenner gebracht: Eine marxistische Untersuchung von Strukturzusammenhängen - auch innerhalb einer Klasse - ist immer nur in bezug auf die Totalität einer Gesellschaftsformation möglich, und zwar einer Gesellschaftsformation, "die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe sozusagen festgehalten ist".¹⁸ In einer solchen verallgemeinerten Aussage ist enthalten, daß bei Strukturanalysen der Arbeiterklasse die Beziehungen zur Bourgeoisie notwendiger Bestandteil sind.

Die zweite grundlegende Aussage bezieht sich auf die "dialektische Einheit" der "Klasse im allgemeinen" und der "Arbeiterklasse im besonderen". Doch was bedeutet diese "dialektische Einheit"? Es geht nicht einfach um die Wechselbeziehungen zwischen den Elementen, "die die Arbeiterklasse ökonomisch, sozial und politisch-ideologisch allseitig konstituierten", sondern um die Hervorhebung der "grundlegenden Beziehungen", von denen Zwahr spricht, also um die ökonomischen und sozialen Beziehungen (letztere jedoch - allgemeiner als bei Zwahr - in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit festgelegt). Erst die Darstellung der Klasse als ökonomisch-sozialer Kategorie ist der Schlüssel für "den Zugang zum Verständnis der Entstehung und der sozialen Funktion aller Bereiche des ideologischen Überbaus"¹⁹. Das heißt, solange nicht die ökonomischen und sozialen Strukturen erforscht sind, sind auch die politisch-ideologischen nur unzureichend erfassbar.

Zweifellos ist Zwahrs Aussage richtig, daß Klassen, die sich nur sozialökonomisch konstituiert haben, noch nicht völlig ausgereift sind (S. 204).²⁰ Doch

18 Formationstheorie und Geschichte, hg. v. Ernst Engelberg u. Wolfgang Küttler, Berlin 1978, S. 135.

19 Ebenda.

20 Zwahr folgt hierbei J. Kuczynski. Der Verweis auf Marx ist in diesem Zusammenhang allerdings unklar. Marx spricht an dieser Stelle davon, daß sich die deutsche Bourgeoisie schon im Gegensatz zum Proletariat befinde, "ehe sie noch als Klasse sich konstituiert" habe, er betont also die Unabhängigkeit der Klassengegensätze von der politischen Bewußtwerdung. (Marx, Karl, Die moralisierende Kritik der kritisierenden Moral, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 351.)

die Existenz von Klassen ist zunächst einmal unabhängig von ihrem Bewußtsein, so daß es nicht nur methodisch-analytisch, sondern auch sachlich-inhaltlich gerechtfertigt ist, ökonomische und soziale Strukturen schwerpunktmäßig zu untersuchen. Mehr noch, der große Rückstand, der gerade bei dieser Art von Untersuchungen besteht, läßt sogar eine Konzentration von Kräften darauf als notwendig erscheinen. Das Problem liegt meines Erachtens nicht darin, daß bei marxistischen Strukturanalysen nur "ganzheitliche" Untersuchungen möglich sind, sondern daß sie den ganzheitlichen Aspekt berücksichtigen, daß der Stellenwert des untersuchten Bereichs im Gesamtgefüge erkannt wird.

Aus den bisherigen Darlegungen ergibt sich, daß Zwahr einen marxistisch klar definierten und methodisch über die von ihm behandelte Zeit hinausreichenden Strukturbegriff entwickelt. Doch bei allen Fortschritten, die dieser Begriff bringt, enthält er auch einige offene Fragen. Seine Bezogenheit auf eine "Gesamtheit" oder "Ganzheit" von Beziehungen schließt die Verwendung für die von Zwahr unterschiedenen einzelnen Seiten oder Komponenten aus. Damit aber bleibt unberücksichtigt, daß Gesamtstrukturen in Teilstrukturen zerfallen, und es wird nur ungenügend deutlich, daß jene Seiten oder Komponenten, die nach Zwahr die Struktur bilden, nicht nur in bestimmten Beziehungen zueinander stehen, sondern auch eigene strukturelle Zusammenhänge aufweisen und eigenen strukturellen Veränderungen unterliegen. Man wird also neben dem Zwahr'schen Ausgangspunkt der "Ganzheit" der Klasse auch den Ausgangspunkt "Teilstruktur" - selbstverständlich unter Berücksichtigung der ganzheitlichen Beziehungen - sehen müssen, um die Forschung vielseitig voranzutreiben. Dabei kommt der Erforschung der Sozialstruktur, wie sie durch die arbeitsteiligen Beziehungen der Mensch gegeben ist, besondere Bedeutung zu, da gerade durch sie wichtige Aufschlüsse über die zwischen Basis und Überbau vermittelnden Glieder möglich sind.

Ein besonderer Wert der Arbeit von Zwahr besteht nicht zuletzt darin, daß mit ihr ein theoretisches Instrumentarium geliefert wird, das weiter ausbaufähig ist. Das betrifft zum Beispiel auch die einzelnen Seiten oder Komponenten. So deckt die politisch-ideologische Komponente mit ihrer hauptsächlichen Orientierung auf den Parteibildungsprozeß und die Entwicklung der Arbeiterbewegung keineswegs alle Seiten der Bewußtseinsentwicklung ab. Die Hinzufügung einer geistig-kulturellen Komponente ließe wesentliche Seiten in den klassenbildenden und klassenbestimmten Lebensbedingungen des Proletariats außerhalb der Produktion schärfer erkennen und gezielter untersuchen, so zum Beispiel Fragen der Bildung und Bildungsmöglichkeiten, des Kultur- und Freizeitverhaltens und der Entwicklung schöpferischer Fähigkeiten des Klassenindividuums.

Insgesamt weist die Arbeit von Zwahr nicht nur nach, daß mit Hilfe von "Strukturuntersuchungen" wichtige neue Erkenntnisse in die marxistische Geschichtswissenschaft eingebracht werden können, sondern sie gibt auch der Diskussion über die Wege zur gründlicheren Erforschung der Klassen und Schichten neue Impulse.

Der Autor hat zu diesem Zweck eine Fülle sozialstatistischer Daten erschlossen und analysiert (das Buch enthält 62 Tabellen, mit den Untertabellen sogar 72, sowie ein ausführliches Personenregister mit Angaben über Beruf sowie Geburts- und Sterbejahr, soweit Daten verfügbar waren). Die Arbeit ist ein Beispiel für die schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Geschichtswissenschaft.

Strukturen, Wirtschaft und Gesellschaft
im frühmittelalterlichen Europa

Überlegungen zum

Handbuch der europäischen Geschichte, hg. v. Theodor Schieder,
Bd. 1: Europa im Wandel von der Antike zum Mittelalter, hg. v.
Theodor Schieffer

Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1976, 1067 Seiten, Preis: 164,- DM

von Bernhard Töpfer

In dem auf insgesamt sieben Bände berechneten Handbuch ist nunmehr an vierter Stelle in der Erscheinungsfolge¹ der erste, von etwa 400 u. Z. bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts führende Band erschienen, dessen Herausgeber Theodor Schieffer auch als Autor einer größeren Anzahl von Kapiteln hervortritt. Dieser Band verdient nicht zuletzt deshalb Aufmerksamkeit, weil hier der Herausgeber des Gesamtwerks, Theodor Schieder, in einem rund zwanzig Seiten umfassenden Vorwort seine Überlegungen zum Gegenstand, zur Zielsetzung und zur Konzeption dieses umfassenden Handbuches darlegt. Er geht davon aus, daß Europa nicht nur als ein geographischer Begriff zu werten sei, sondern auch eine historische Erscheinung darstelle. Dabei betont er jedoch, daß dieses historische Phänomen "Europa" zu keiner Zeit, auch nicht während der höchsten Machterfaltung des Karolingerreiches, als eine irgendwie geartete politische Einheit hervortrat; vielmehr sei eine zunehmende politische Differenzierung für die europäische Geschichte kennzeichnend gewesen. Die Unterschiede zwischen dem "abendländisch-europäischen Kulturkreis" und dem griechisch-byzantinisch-slavisches Osten werden besonders für die Zeit des Mittelalters hervorgehoben (S. 3)², dennoch wird nachdrücklich erklärt, daß die osteuropäische Geschichte fester Bestandteil der europäischen Geschichte sei; "nicht erst seit der Europäisierung Rußlands unter Peter d. Gr. und der Technisierung seit Lenin gehört ... Rußland zu Europa" (S. 18). Dagegen wird - wie schon das Einsetzen dieses Bandes um das Jahr 400 u. Z. zeigt - die Antike nicht als Bestandteil der eigentlich europäischen Geschichte aufgefaßt, so sehr die Bedeutung der antiken Kultur für die weitere Entwicklung Europas auch betont wird. Schwierigkeiten bereitet offensichtlich die bei dieser Ausgangsposition auf jeden Fall zu beantwortende Frage, welche historischen Erscheinungen und Tendenzen als charakteristisch für Europa gewertet werden können. Genannt werden in diesem Zusammenhang das Lehnswesen, das Mönchtum und das Rittertum wie überhaupt "ein Grundbestand gemeinsamer kultureller, sowohl christlicher wie ritterlicher Werte" (S. 4). Weiterhin wird auf gewisse allgemeine Tendenzen verwiesen, die erst in der Neuzeit voll

1 Es erschienen bisher Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 3, (ca. 1500 - 1648), Stuttgart 1971; Bd. 4 (1648 - 1789), Stuttgart 1968; Bd. 6 (1870 - 1918), Stuttgart 1968.

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

wirksam geworden seien, die aber - was durchaus zu akzeptieren ist - schon im Laufe des Mittelalters allmählich Gestalt gewannen: ein wissenschaftlicher Rationalismus, der mehr und mehr zur Grundlage des Weltverständnisses wurde, und die "Begründung politischer Herrschaft aus dem Prinzip der Nation oder Nationalität" (S. 5).

Die Gliederung der einzelnen Bände soll dem Bestreben gerecht werden, sowohl der Vielfalt und Widersprüchlichkeit staatlich-politischer Entwicklungen wie auch dem "großartigen Eindruck der Einheitlichkeit, den die Geschichte Europas hinterläßt, sobald man auf die tieferliegenden Tendenzen, die Institutionen, Sozialsysteme und zentralen Ideen blickt" (S. 19), Ausdruck zu verleihen. Daher werden in einem Anfangsteil die "gemeineuropäischen Grundzüge und Strukturen" dargelegt; dann folgt eine recht ausführliche Darstellung der Entwicklung der einzelnen Staaten und Völker, die im ersten Band den weitaus größten Teil der Seiten füllt.

Es ist nicht zu verkennen, daß damit die Umriss einer Konzeption sichtbar werden, die mit beachtlicher Flexibilität von unhaltbaren Wunschvorstellungen mancher Abendland-Ideologen abbrückt und den Realitäten gerechter zu werden sucht. Die einseitig auf West- und Mitteleuropa orientierte "abendländische" Betrachtungsweise tritt zurück hinter eine bewußt gesamteuropäische Darstellung, die sich der Widersprüche in der europäischen Geschichte bewußt ist, wenn auch unmißverständlich das politisch-ideologische Anliegen ausgesprochen wird, einen Beitrag zur baldigen Herbeiführung der "bisher nie erreichten Einheit" leisten zu wollen, damit "Europa nicht den Weg in ein weltpolitisches Abseits zu Ende" geht (S. 11). Die Gemeinsamkeiten der europäischen Entwicklung, die im Ablauf der politischen Ereignisse nicht zu fassen sind, sucht man durch Einbeziehung strukturgeschichtlicher Aspekte deutlich zu machen, und es ist nicht zu bezweifeln, daß mit Hilfe einer strukturorientierten Betrachtungsweise gemeinsame Züge und Wesensmerkmale der historischen Entwicklung in Europa sichtbar gemacht werden können. Nur zeigen die recht vagen Hinweise auf das Lehnswesen, das Mönchtum, die Ritterkultur, auf die Tendenz zum Rationalismus und auf die nationalstaatliche Entwicklung sehr deutlich die Grenzen der in diesem Band erkennbaren Orientierung auf Strukturen. Es werden die verschiedenen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens - ökonomische, soziale, staatliche und kulturelle Strukturen - mehr oder weniger gleichwertig nebeneinander gestellt. Auf diese Weise vermeidet man es konsequent, sozialökonomischen Verhältnissen eine auch nur begrenzt bestimmende Rolle im historischen Entwicklungsprozeß zuzubilligen. Bei einer solchen Betrachtungsweise ist es zwar möglich, über Einzelereignisse hinaus längerfristige Entwicklungstrends sichtbar zu machen, aber eine Beantwortung der für den Historiker doch wohl entscheidenden Frage nach den Ursachen historischer Prozesse bzw. eine Klärung der Frage, warum etwas geworden ist, ist bei diesem Herangehen nicht möglich.³ Es muß sogar gesagt werden, daß unter bürgerlichen Wissenschaftlern etwa Otto Hintze oder Max Weber durch den Hinweis auf den "partikularistischen Zug" in der staatlichen Ordnung⁴ oder

3 Vgl. auch meine Bemerkungen in der Rezension Töpfer, Bernhard, zu: Bosl, Karl, Die Grundlagen der modernen Gesellschaft im Mittelalter, Stuttgart 1972, in: Deutsche Literaturzeitung, Nr. 1/1974, Sp. 44.

4 Hintze, Otto, Wesen und Verbreitung des Feudalismus, in: derselbe, Staat und Verfassung, hg. v. Gerhard Oestreich, Göttingen 1962, S. 86 f.

die Betonung der Rolle der Stadtgemeinde⁵ wesentlichere strukturelle Eigentümlichkeiten der europäischen Feudalgesellschaft in ihrer weitreichenden Bedeutung erfaßt haben. Die ersten Ansätze zu der von Schieder hervorgehobenen rationalistischen Denkweise, die sich bereits im 11./12. Jahrhundert abzeichneten, sind beispielsweise nur erklärbar, wenn man die in jene Zeit fallenden Anfänge der Entwicklung des mittelalterlichen Städtebürgertums, das sich in eigenständigen Stadtgemeinden einen beachtlichen Spielraum für die Durchsetzung seiner Interessen schuf, in Betracht zieht.⁶

Ähnliche Fragen werfen auch der einleitende Gesamtüberblick "Europa im Wandel von der Antike zum Mittelalter" von Schieffer sowie das hier besonders interessierende, knapp sechzig Seiten umfassende und vom gleichen Autor verfaßte Kapitel über die "wirtschaftlich-soziale Grundstruktur des frühen Europa" auf. Im zuerst genannten einleitenden Teil taucht wiederholt das Begriffspaar "Struktur" und "Ereignisgeschichte" auf (S. 30, 43, 47), wobei betont wird, daß es keine Automatik der Strukturen gäbe, aus denen sich alle wesentlichen Entwicklungen erklären ließen, vielmehr bleibe stets ein weiter Spielraum für die Ereignisgeschichte; daher sei vor einer "monokausalen Überschätzung der wirtschaftlich-sozialen Komponente" zu warnen (S. 47). Dementsprechend wird beispielsweise im Zusammenhang mit dem Untergang des Weströmischen Reiches zwar von einer "inneren Strukturkrise der antiken Welt" gesprochen (S. 27), aber eine wirkliche Erklärung dieses Phänomens, dem nach dem Eingeständnis des Autors "etwas Rätselhaftes" anhaftet, bleibt letztlich aus. Einige in der bisherigen Literatur als Ursachen angeführte Teilaspekte wie "ungesunde Sozialstruktur" oder der Bevölkerungsrückgang werden als richtige Beobachtungen akzeptiert; auch könne man von einer Enturbanisierung, Reagrarisierung und Feudalisierung sprechen, aber nicht - wie ausdrücklich betont wird - als monokausalem Faktor. Schließlich wird die Beobachtung, daß keine der bisherigen Theorien über den Niedergang in der Spätantike befriedige, als Beweis dafür gewertet, daß man die "Indeterminiertheit des Geschehens" anerkennen müsse und "neben dem strukturbedingten Prozeß" die "Entscheidungen" im Bereich der Ereignisgeschichte nicht ausklammern dürfe (S. 30).

Sicher ist es auch der marxistischen Geschichtsschreibung bisher keineswegs in vollem Maße gelungen, die Ursachen der im 3. Jahrhundert zutage tretenden Krise der antiken Gesellschaft und des folgenden Untergangs des Weströmischen Reiches in sich schlüssig und in jeder Beziehung überzeugend zu erhellen. Aber die Hinweise auf die sinkende Rentabilität der Sklavenarbeit, das Stagnieren der landwirtschaftlichen Produktion bei stetig wachsender steuerlicher Belastung durch den extrem bürokratisierten, auf kostspielige Söldnerheere angewiesenen Staat und auf die daraus resultierenden verschärften Klassenwidersprüche dürften doch befriedigende Anhaltspunkte für eine Erklärung geben.⁷ So ist nicht zu übersehen, daß die Darlegungen im Handbuch trotz mancher durch eine mehr strukturelle Betrachtung erzielter Einsichten aufgrund der Scheu, die wesentlichen Ursachen des historischen Geschehens im Bereich der sozialökonomischen

5 Weber, Max, Die Stadt, Begriff und Kategorien (1921), in: Die Stadt des Mittelalters, hg. v. Carl Haase, Bd. 1, Darmstadt 1969, S. 51.

6 Vgl. Werner, Ernst, Stadtluft macht frei. Frühscholastik und bürgerliche Emanzipation in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts, in: Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Philologisch-historische Klasse, Bd. 118, H. 5.

7 Vgl. etwa Held, Wieland, Die Vertiefung der allgemeinen Krise im Westen des Römischen Reiches, Berlin 1974, bes. S. 15 ff.

Strukturen und Klassenwidersprüche zu suchen, überwiegend beschreibenden Charakter behalten und nicht zu überzeugenden Erklärungen geschichtlicher Prozesse vordringen. Damit soll keineswegs einer monokausalen Erklärung aller Entwicklungen und Vorgänge durch sozialökonomische Faktoren das Wort geredet werden, es geht nur darum, im Bereich dieser Faktoren die wesentlichen - keineswegs die alleinigen - Ursachen zu suchen.

Zur mangelhaften Erhellung der Ursachenkomplexe im Handbuch trägt auch bei, daß "Struktur" und "Ereignis" häufig als isoliert nebeneinander stehende Faktoren behandelt werden. So ist beispielsweise folgende, den Zerfall des karolingischen Großreiches betreffende Aussage durchaus akzeptabel: "Wie sich die im Prinzip strukturbedingte, ja zwangsläufige Aufgliederung konkretisieren würde, war wiederum eine Frage der Ereignisgeschichte, dynastisch-hochadliger Herrschaftsbildung, also politisch auszutragender Entscheidung" (S. 43). In diesem Fall bleibt der Zusammenhang von Struktur und Ereignis gewahrt. Wenn es aber kurz danach heißt, daß die Schwäche des Königtums in Westfranken-Frankreich und Burgund sowie das Erstarken der königlichen Gewalt in Deutschland im 10. Jahrhundert Phänomene seien, "für die sich wohl in manchen Einzelzügen, nicht aber insgesamt eine rationale Erklärung aus den Strukturen beibringen läßt", so daß hier die Leistung Ottos des Großen das entscheidende Moment sei, dann sind hier auf jeden Fall einige Fragezeichen zu setzen. Denn offensichtlich machten die größere Intensität des Feudalisierungsprozesses und die weit fortgeschrittene Konsolidierung feudaler Herrschaftsbereiche in den westlichen Teilen des zerfallenden Frankenreiches dort die Etablierung einer starken Zentralgewalt nahezu unmöglich, während der geringere Grad der Feudalisierung im Osten, besonders in Sachsen, der Ausgangsbasis Ottos I., eine Konsolidierung der Königsmacht begünstigten.⁸ Das bedeutet keine völlige Negierung der Leistung Heinrichs I. und Ottos I., spricht aber doch für eine stärkere Einbettung der Erfolge der ersten sächsischen Herrscher in vorgegebene Strukturen. Es ist also im Prinzip davon auszugehen, daß Ereignis und Struktur nicht auf völlig getrennten Ebenen liegen, sondern - wenn auch manchmal in sehr indirekter Weise - miteinander zusammenhängen und die Ereignisse jeweils einen doppelten Aspekt - einen individuellen und einen allgemeinen - haben.⁹ Das gilt etwa auch für ein von Schieffer (S. 48) sehr betontes "Faktum der Personen- und Ereignisgeschichte", den frühen Tod Kaiser Heinrichs III. 1056, der eben nur deshalb einen unbestreitbaren Einschnitt im Ablauf der deutschen Geschichte bedeutet, weil die fortschreitende Konsolidierung regionaler feudaler Machtbereiche früher oder später zu einer Schwächung der Zentralgewalt führen mußte, und eine Reihe von inneren Auseinandersetzungen zur Zeit Heinrichs III. kündigt diesen Umschlag der politischen Gewichtsverhältnisse bereits deutlich an.¹⁰

Weiterhin muß festgestellt werden, daß in den hier zur Debatte stehenden Kapiteln über die Grundtendenzen der Entwicklung bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts, die ja nach der Ankündigung im Vorwort vor allem "gemeineuropäische Grundzüge und Strukturen" sichtbar machen sollen, zwar die wichtigsten Erkenntnisse

8 Vgl. etwa Töpfer, Bernhard, in: Köller, Heinz/Töpfer, Bernhard, Frankreich. Ein historischer Abriss, Bd. 1, 3. Aufl. Berlin 1976, S. 8, 33 f.

9 Vgl. Engelberg, Ernst, Ereignis, Struktur und Entwicklung in der Geschichte, in: Probleme der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis, hg. v. Ernst Engelberg u. Wolfgang Küttler, Berlin 1977, S. 16, 19.

10 Stern, Leo/Gericke, Horst, Deutschland in der Feudalepoche von der Mitte des 11. Jahrhunderts bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts, 2. Aufl. Berlin 1978, S. 107 ff.

über die städtische Entwicklung, über die agrarischen Verhältnisse und die soziale Schichtung in den meisten Gebieten Europas übersichtlich zusammengetragen werden, aber präzisere Hinweise, welche Erscheinungen und Tendenzen nun gerade für die europäische Feudalstruktur besonders charakteristisch sein sollen, werden im Grunde nicht gegeben. In dieser Hinsicht bleibt es also weitgehend bei den vagen Andeutungen im Vorwort von Schieder, auf die bereits hingewiesen wurde. Es wäre sicher übertrieben, von einem Historiker zu verlangen, neben der Erarbeitung eines wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Überblicks für den europäischen Raum noch vergleichbare oder abweichende Entwicklungen in anderen Gebieten zu erfassen und so zu präzisen Aussagen über Eigentümlichkeiten der Entwicklung in Europa zu kommen; dennoch hätte man in einem Handbuch der europäischen Geschichte einige klarere komparative Aussagen zu dieser Problematik erwartet. Es muß allerdings eingeräumt werden, daß auch die marxistische Geschichtsschreibung, die in begründeter Weise gegen imperialistische Abendland- und Europa-Ideologien Stellung nahm, der im Rahmen einer nationalgeschichtlichen Betrachtungsweise nicht zu beantwortenden Frage, inwieweit es gemeinsame Wesensmerkmale der europäischen Feudalstruktur gab und welche Ursachen gerade in Teilen Europas einen frühzeitigen Durchbruch zu kapitalistischen Verhältnissen ermöglichten, bisher nur wenig Aufmerksamkeit schenkte und insofern selbst noch nicht über ein schlüssiges Konzept zu dieser Problematik verfügt.¹¹ Doch wird man auf jeden Fall sagen können, daß die für den größten Teil Europas charakteristische, lockere und zu zentralisierter Steuererhebung unfähige feudale Staatsorganisation, wie sie sich hier nach dem Zusammenbruch des Weströmischen Reiches auf weitgehend naturalwirtschaftlicher Grundlage herausbildete, nicht nur der herrschenden Klasse weiten Spielraum für eigene Herrschaftsbildung bot, sondern auf lange Sicht auch den aufsteigenden bürgerlichen Kräften die Bildung von Stadtgemeinden und damit ein hohes Maß an Selbständigkeit ermöglichte.¹² Damit veränderte sich die gesamte Klassenkampfssituation in positivem Sinne, so daß auch die Bauern im 12./13. Jahrhundert eine für feudale Verhältnisse ungewöhnliche Verbesserung ihrer Lage durchsetzen konnten, wodurch wiederum relativ intensive ökonomische Stadt-Land-Beziehungen möglich wurden. Diese Veränderungen in der Basis dürften die entscheidende Voraussetzung für die sich im Laufe des Mittelalters abzeichnende besondere Entwicklungsdynamik in großen Teilen Europas gewesen sein, wobei nicht zu verkennen ist, daß die Entwicklung im Byzantinischen Reich in vieler Hinsicht von diesem Schema abweicht.¹³

11 Vgl. etwa die kurzen Hinweise in Köller, Heinz/Töpfer, Bernhard, Frankreich, Bd. 1, a. a. O., S. 74; Töpfer, Bernhard/Engel, Evamaria, Vom staufischen Imperium zum Hausmachtkönigtum, Weimar 1976, S. 82; Hoffmann, Gerhard, Kommune oder Staatsbürokratie? Zur politischen Rolle der Bevölkerung syrischer Städte vom 10. bis 12. Jahrhundert, Berlin 1975, S. 120 f.

12 Vgl. Epperlein, Siegfried, Zur Stellung der mittelalterlichen Stadt in der Feudalgesellschaft. Forschungsergebnisse und Probleme zur Geschichte der russischen Stadt vom 10. bis 15. Jahrhundert, T. 3, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, T. 4, S. 220 ff., der auf Unterschiede in der städtischen Entwicklung in West- und Mitteleuropa einerseits und im russischen Staat andererseits hinweist.

13 Werner, Ernst, Vizantijskij gorod v epochu feodalizma: Tipologija i specifika, in: Vizantijskij Vremennik, Nr. 37, 1976, S. 8 ff.

Konzeptionell ist weiterhin für diesen Band des Handbuchs eine prägnant hohe Bewertung der Spätantike, das heißt der um 300 einsetzenden Spätphase des Römischen Reiches, charakteristisch. Diese Zeit, deren Ende im Westen des Reiches bereits um 400 anzusetzen ist, müsse "als eine historische Größe eigenen Charakters und Wertes gewürdigt" werden; sie dürfe nicht nur unter dem Blickwinkel des Verfalls gesehen werden, denn nicht zuletzt sei es vor allem das spätantike Erbe, von dem die folgenden Jahrhunderte "in ihrer gesamten Kultur und Bildung" zehrten (S. 52). Kennzeichnend für die Spätantike sei eine "zukunfts-trächtige Synthese", die aus dem Sieg des Christentums bei gleichzeitiger Wahrung des antiken rhetorisch-literarischen Bildungsideals resultierte, wobei die "Christianisierung gewiß als bedeutungsschwerer Neuanfang, keinesfalls aber als geschichtlicher Bruch zu verstehen" sei (S. 56). Immerhin erscheint der spätantike Staat dann doch noch als "Zwangsstaat"; es wird von einem "gewiß grandiosen, aber zugleich verkrampften Bemühen" gesprochen, der inneren und äußeren Krise Herr zu werden, die "zwar mit bewundernswerter Energie oft eingedämmt, aber im Westen nicht mehr überwunden wurde" (S. 61). Hier stellt sich allerdings die Frage, ob die Krise im Ostteil des römischen Imperiums, auf dessen größere Wirtschaftspotenzen übrigens mit Recht mehrfach hingewiesen wird, wirklich überwunden wurde. Die Krise konnte hier zwar aufgrund der ausgeglicheneren Sozialstruktur und der überlegenen Wirtschaftskraft erfolgreicher eingedämmt werden, aber sie brach nach der Überanspannung der eigenen Kräfte unter Kaiser Justinian I. um die Wende des 6./7. Jahrhunderts unverkennbar in voller Schärfe hervor, und erst die dann folgenden Neuanfänge auf sozialem, staatlichem und militärischem Gebiet leiteten eine weiterführende Entwicklungsetappe ein.¹⁴ Insgesamt müßten, auch wenn man einige positive Aussagen über die Spätantike als eine eigene historische Größe akzeptiert, die Akzente in der Wertung der spätantiken Staats- und Gesellschaftsordnung doch wohl deutlicher im negativen Sinne gesetzt werden. Ein klarer Hinweis auf die kaum zu bestreitende Tatsache, daß die Steuerlast des hochbürokratisierten Staates und die gleichzeitig zunehmende Ausbeutung der ländlichen Bevölkerung durch den wachsenden Großgrundbesitz eine Steigerung der Produktivität und damit eine wirtschaftliche Weiterentwicklung praktisch unmöglich machten, wäre hier sicher sinnvoller gewesen als die Bemerkung, daß in diesem System "gewisse Züge geradezu als staatssozialistisch anmuten" (S. 74).

Der bereits erwähnte Hinweis auf die Rolle des Christentums und die Synthese von Christentum und antiker Bildung deutet auf ein weiteres offenkundiges Grundanliegen der Darstellung hin, nämlich auf die deutlich erkennbare Betonung der Evolution, die abrupte Umbrüche ausschließt. Natürlich wird die von vielen marxistischen Historikern vertretene These von einer sozialen Revolution in der Spätantike in diesem Handbuch abgelehnt.¹⁵ Im wirtschaftlich-sozialen Bereich habe sich der "Übergang vom Altertum zum Mittelalter, aufs ganze gese-

14 Vgl. Weltgeschichte bis zur Herausbildung des Feudalismus, verfaßt von einem Autorenkollektiv unter Leitung v. Irmgard Sellnow, Berlin 1977, S. 573 ff. - Eine umfassende Darstellung der tiefgreifenden Wandlungen in Byzanz im 7. Jh. bieten Winkelmann, Friedrich/Köpstein, Helga/Ditten, Hans/Rochow, Ilse, Byzanz im 7. Jahrhundert. Untersuchungen zur Herausbildung des Feudalismus, Berlin 1978.

15 Vgl. auch die Stellungnahme von Koch, Hajo, Die Deutung des Untergangs des Römischen Reiches im historischen Materialismus, in: Der Untergang des Römischen Reiches, hg. v. Karl Christ, Darmstadt 1970, S. 446 ff. = Wege der Forschung, Bd. 269.

hen, ohne jähren Kulturbruch" vollzogen (S. 29), so daß man in diesem Bereich von einer "in der Substanz gleichbleibenden Grundstruktur" sprechen könne (S. 108). Demzufolge wird das Anliegen von Alfons Dopsch, die ältere Katastrophentheorie durch die Kontinuitätstheorie zu ersetzen,¹⁶ grundsätzlich akzeptiert, allerdings mit der Einschränkung, daß Dopsch teilweise zu weit gegangen sei, denn besonders für die nördlichen Gebiete des Römischen Reiches und "für manche höheren, vor allem städtische Formen römischen Lebens" treffe seine Theorie nicht zu (S. 29). Auch die Entwicklung des Sozialgefüges in merowingisch-karolingischer Zeit wird betont als von schärferen Widersprüchen freie Evolution gewertet, "die sich aus der politischen und wirtschaftlichen Entfaltung, nicht zuletzt auch durch die Bevölkerungsvermehrung und Landesausbau, mit innerer Zwangsläufigkeit ergeben hatte" (S. 157).

Damit erscheint jener tiefgreifende Wandlungs- und Entwicklungsprozeß von der antiken Gesellschafts- und Staatsordnung zur ausgeprägten Feudalordnung mit Dominanz der Grundherrschaft als eine durchgängig kontinuierliche Entwicklung ohne größere Brüche, und die in diesem Prozeß zutage tretenden Spannungen und Klassenwidersprüche werden höchstens angedeutet oder vielfach völlig übergangen. Es ist natürlich zuzugestehen, daß der Übergang von der mittelmeerischen Sklavereigesellschaft zur ausgeprägten Feudalgesellschaft des Karolingerreiches durch eine gänzliche Verneinung des Moments der Kontinuität nicht zu fassen ist; dieser Prozeß weist zweifellos in vieler Hinsicht evolutionäre Züge auf und ist nicht ohne weiteres mit den Revolutionen beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus bzw. vom Kapitalismus zum Sozialismus vergleichbar. Kontroverse Meinungen auch in der marxistischen Geschichtswissenschaft hinsichtlich der Anwendungsmöglichkeit des Revolutionsbegriffes¹⁷ bzw. bezüglich der Frage, ob dieser Übergang als soziale Revolution mit politischer oder ohne politische

16 Besonders pointiert formuliert Dopsch seine Auffassung in: Dopsch, Alfons, Wirtschaftliche und soziale Grundlagen der europäischen Kulturentwicklung aus der Zeit von Caesar bis auf Karl den Großen, T. 1, 2. Aufl. Wien 1923, S. 330 f.

17 Vgl. Töpfer, Bernhard, Zur Frage der gemeinsamen Wesensmerkmale der vorkapitalistischen Klassengesellschaften und der Anwendungsmöglichkeit des Revolutionsbegriffs für die Zeit des Bestehens dieser Gesellschaften, in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift, Bd. 12, 1971, S. 221 f.; Günther, Rigobert, Herausbildung und Systemcharakter der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Nr. 1-2/1969, S. 206, hielt damals einen evolutionären Übergang von der altorientalischen Klassengesellschaft zum Feudalismus für möglich. Beachtung verdienen in diesem Zusammenhang durchaus die Erwägungen von Geiss, Imanuel/Tamchina, Rainer, Die Revolution in der Weltgeschichte, in: Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft, Bd. 2, München 1975, S. 14 f., daß erst der Industrialisierungsprozeß jene entscheidenden sozialökonomischen Wandlungen einleitete, die eine Anwendung des Revolutionsbegriffes sinnvoll erscheinen lassen.

Revolution zu werten sei¹⁸ und ob dabei revolutionäre Klassen hervortraten, ¹⁹ zeigen deutlich, daß hier über entscheidende Fragen noch keine schlüssige Auffassung erarbeitet worden ist. Aber selbst wenn man - wie etwa der Rezensent selbst - den Begriff "Revolution" zur Kennzeichnung des Übergangs von der antiken Gesellschaft zur Feudalgesellschaft meidet, sollte doch nicht übersehen werden, daß insbesondere im Gebiet des zerfallenden Weströmischen Reiches - von der Sphäre der agrarischen Produktion einmal abgesehen - in wesentlichen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Entwicklungen abbrachen,²⁰ das heißt, das Ausmaß der Kontinuität darf nicht überschätzt werden.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß Schieffer selbst hervorhebt, die von Dopsch entwickelte Kontinuitätstheorie treffe auf nördliche Landschaften des Imperiums und auf "höhere", vor allem städtische Lebensformen nicht zu. Werden aber aus dieser einschränkenden Bemerkung alle erforderlichen Konsequenzen gezogen? Der Verfall städtischen Lebens in den nördlichen Bereichen des ehemaligen Weströmischen Reiches gilt unter anderem auch für die Kerngebiete des Frankenreiches.²¹ Diese Tatsache war nicht nur ökonomisch bedeutsam, sondern hatte zugleich weitreichende Folgen für die gesamte Struktur dieses Staates, der beispielweise seit Ende des 6. Jahrhundert eine Besteuerung der städtischen Bevölkerung im mittleren und südlichen Gallien immer weniger durchsetzen konnte.²² Das Zurücktreten und der schließliche Wegfall der zentralisierten staatlichen Besteuerung hatten zugleich tiefgreifende Rückwirkungen

18 Korsunskij, A. R., Problema revoljucionnogo perechoda ot rabovladel'českogo stroja k feodal'nomu v Zapadnoj Evrope, in: Voprosy istorii, Nr. 5/1964, S. 95 ff., verwendet stets nur den Begriff "soziale Revolution" und verneint die Existenz einer revolutionären Klasse innerhalb der spätantiken Gesellschaft. Günther, Rigobert, Zur Problematik der sozialen und politischen Revolution in der Übergangsepoche von der Antiken Sklavenhaltergesellschaft zum Feudalismus, in: Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag, Bd. 1, Berlin 1976, S. 29 ff., vertritt die Auffassung, daß mit der sozialen Revolution zugleich auch eine politische Revolution verbunden war; ähnlich Herrmann, Joachim, Der Prozeß der revolutionären Umwälzung zum Feudalismus in Europa und die Herausbildung des deutschen Volkes, in: ZfG, Nr. 10/1972, S. 1229 f.

19 Günther, Rigobert, Herausbildung und Systemcharakter, a. a. O., S. 206, sprach von einer "Revolution der feudal werdenden Großgrundbesitzer und Bauern"; in derselbe, Zur Problematik der sozialen und politischen Revolution, a. a. O., S. 31, 35, verneinte er die Existenz einer revolutionären Klasse innerhalb der spätantiken Gesellschaft und sah die revolutionäre Klasse in den freien germanischen Bauern.

20 Vgl. Töpfer, Bernhard, Zu einigen Grundfragen des Feudalismus, in: ZfG, Nr. 5/1965, S. 788.

21 Die im Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 1, a. a. O., S. 115, vertretene Annahme, daß die "Zone einer geschrumpften, aber nicht in der Substanz gefährdeten Kontinuität ummauerter Städte auch ins nördliche Gallien" übergriff, trifft höchstens noch für das 6. Jh. zu und wird den ökonomischen Merkmalen städtischen Lebens nicht gerecht.

22 Vgl. Lot, Ferdinand, La France des origines à la guerre de cent ans, Paris 1948, S. 45. - Hinweise zur Steuererhebung im späten 6. Jh. und zum dagegen erhobenen Widerstand enthält Gregor von Tours, Historiarum libri decem, Liber V, 28; VI, 22; IX, 30; X, 21.

auf das gesamte Ausbeutungssystem; unter anderem trug das dazu bei, daß die Grundherrschaft für Jahrhunderte nahezu die einzige ökonomische Grundlage für die Existenz der herrschenden Klasse wurde. Daher kann man die Aussage von Schieffer, "der fränkischen Grundherrschaft, vor allem in ihrer nordgallisch-karolingischen Ausprägung", komme eine "Schlüsselstellung", ein "idealtypischer Rang in der frühmittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte" zu (S. 141), durchaus akzeptieren, aber gerade deshalb wäre es wünschenswert, wenn die ausgeprägte fränkische Grundherrschaft in ihrer Eigenart von vergleichbaren früheren germanischen und spätantiken Formen deutlicher abgesetzt worden wäre. Die Behauptung, daß auch im fränkisch beherrschten und besiedelten Teil, also im Norden Galliens, "die Kontinuität der - aristokratischen und geistlichen - spätantiken Grundherrschaft ... bei aller Differenzierung der agrarischen Rechtsverhältnisse" nicht abreiße (S. 137), ist sicherlich nicht völlig falsch, verdeckt aber doch die beträchtlichen Wandlungen in diesem Raum und läßt die Frage offen, warum sich die Grundherrschaft im stärker fränkisch beeinflussten Nordgallien im 9. Jahrhundert beträchtlich von den mehr an die Antike anknüpfenden grundherrschaftlichen Formen des Südens unterschied. Meines Erachtens sprechen viele Indizien für die vor allem von Adriaan Verhulst vertretene Auffassung, derzufolge die Großgrundherrschaft mit Villikationsverfassung im Norden der Loire nicht direkt von ähnlichen spätantiken Formen abzuleiten sei, sondern sich - aufbauend auf den wesentlich kleineren Grundherrschaften der Merowingerzeit - erst im Laufe des 8. Jahrhunderts ausgebildet habe.²³ In diesem Zusammenhang wäre auch ein von Schieffer selbst angeführter Gesichtspunkt stärker zu berücksichtigen, nämlich, daß sich die frühmittelalterliche Grundherrschaft aus einer doppelten Wurzel entwickelte, aus einem mehr "vom Bodeneigentum her bestimmten römischen und einem in erster Linie durch personale Herrschaftsverhältnisse gekennzeichneten germanischen Element" (S. 137). Dies dürfte zutreffen und würde dann auch die Beobachtung erklären, daß die Grundherrschaft in Südfrankreich und Italien in hohem Maße durch Pachtverhältnisse mit geringer personaler Bindung gekennzeichnet war,²⁴ während in der "klassischen Großgrundherrschaft" des Nordens neben dem Eigentumsrecht des Herrn am Boden die herrschaftliche Komponente deutlicher ausgeprägt war.²⁵ Diese Andeutungen zeigen, daß die Herausbildung der Grundherrschaft in den verschiedenen Gebieten West- und Südeuropas recht unterschiedlich verlief, und diese Unterschiede sind nur zu erklären, wenn man für die Zeit von der Spätantike bis zum 9. Jahrhundert beträchtliche Strukturveränderungen voraussetzt, die durch die Betonung der Kontinuitätslinien verdeckt werden. Das gleiche gilt für die Schilderung der germanischen Wurzeln der mittelalterlichen Grundherrschaft. Hier werden nur die

23 Verhulst, Adriaan, *La genèse du régime domanial classique en France au Haut Moyen Age*, in: *Agricultura e mondo rurale in Occidente nell' alto medioevo*, Spoleto 1966, S. 141 ff. = *Settimane di studio del Centro Italiano di studi sull' alto medioevo*, Nr. 13; ähnlich Doehaerd, Renée, *Le Haut Moyen Age occidental. Economies et sociétés*, Paris 1971, S. 179 f.; anders Ewig, Eugen, *Gesellschaft, Verfassung und Institutionen des Merowingerreiches*, in: *Handbuch der europäischen Geschichte*, Bd. 1, a. a. O., S. 421, der schon für das 6. Jh. von Grundherrschaften mit Villikationsverfassung spricht.

24 Fourquin, Guy, *Histoire économique de l' Occident médiéval*, Paris 1969, S. 81.

25 Duby, Georges, *La société aux XI^e et XII^e siècles dans la région Mâconnaise*, Paris 1953, S. 46, sagt mit Bezug auf die südlichen Gebiete: "La classe rurale n' est pas étroitement prise dans le cadre de la seigneurie foncière."

germanischen Hörigen erwähnt, die für ihre Herren das Land bebauten (S. 102), aber nicht die offenbar ebenfalls in beträchtlicher Zahl vorhandenen Unfreien (Sklaven bzw. Manzipien), die kein oder kaum Land hatten und als unfreie Arbeitskräfte genutzt wurden, so daß die frühen Adelshöfe eine von der ausgeprägten frühmittelalterlichen Grundherrschaft in höherem Maße abweichende Struktur aufwiesen,²⁶ als es die Formulierungen des Handbuchs erkennen lassen.

Insgesamt ergibt sich bei der Durchsicht des Kapitels über die wirtschaftlich-soziale Struktur die Folgerung, daß die in der marxistischen Geschichtsschreibung bei aller Unterschiedlichkeit der Ansichten durchweg übliche Betrachtung der sozialökonomischen Entwicklung von der Spätantike bis zum 11. Jahrhundert unter dem Hauptaspekt des Feudalisierungsprozesses - seiner gemeinsamen Grundzüge und seiner beträchtlichen Varianten in den verschiedenen Gebieten - die tiefgreifenden Veränderungen in dieser Epoche klarer und differenzierter zu erfassen vermag. Auch die meines Erachtens wenig glückliche Stoffanordnung dieses Kapitels, in dem Städte und Handel an den Anfang gestellt und die für diese Zeit eindeutig bestimmenden Entwicklungen im agrarischen Bereich danach behandelt werden, ist kaum geeignet, die entscheidenden Triebkräfte und Grundtendenzen im sozialökonomischen Bereich im Zusammenhang deutlich zu machen.

Positiv zu vermerken ist, daß die beiden für diesen Band des Handbuchs gewählten entscheidenden Periodisierungseinschnitte - die Zeit um 400 einerseits und die Mitte des 11. Jahrhunderts andererseits - als zeitlicher Rahmen des Frühmittelalters oder - nach marxistischer Terminologie - der Epoche der Herausbildung des Feudalismus durchaus zu akzeptieren sind und auch einer stärker auf sozialökonomische Faktoren orientierten Betrachtungsweise entsprechen. Die Wahl der Mitte des 11. Jahrhunderts als eines Epocheneinschnittes war in der älteren bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung durchaus nicht üblich, scheint sich jetzt aber zunehmend durchzusetzen,²⁷ und der Hinweis, daß damals die "bis dahin eher statische Sozialgeschichte in eine neuartige Bewegung" gekommen sei (S. 47),²⁸ trifft durchaus einen wesentlichen Punkt, wenn auch anzumerken ist, daß derartige Formulierungen stets die Gefahr einer Überbewertung der Statik in der Zeit vor dem 11. Jahrhundert in sich bergen.

Abschließend sei angemerkt, daß etwa neun Zehntel des hier zu besprechenden Bandes die Geschichte einzelner Völker und Staaten behandeln, wobei die vierzehn beteiligten Autoren insgesamt zuverlässige und reichhaltige Informationen über das Geschehen im staatlichen, politischen und kirchlichen Bereich bieten und durch

26 Vgl. Bosl, Karl, Franken um 800, 2. Aufl. München 1969, S. 56 ff.; Müller Mertens, Eckhard, Die Genesis der Feudalgesellschaft im Lichte schriftlicher Quellen, in: ZfG, Nr. 8/1964, S. 1388 ff.

27 So läßt Bosl eine "Epoche des Aufbruchs" um 1050 beginnen (Bosl, Karl, Die Grundlagen der modernen Gesellschaft im Mittelalter, T. 1, Stuttgart 1972, S. 163); vgl. auch Fuhrmann, Horst, Deutsche Geschichte im hohen Mittelalter, Von der Mitte des 11. bis zum Ende des 12. Jahrhunderts, Göttingen 1978 = Deutsche Geschichte, hg. v. Joachim Leuschner, Bd. 2. - Dieselbe Epochengrenze findet sich in: Klassenkampf, Tradition, Sozialismus, Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 91 f.

28 Ähnliche Gesichtspunkte stellt Bosl, Karl, Die Grundlagen..., a. a. O., S. 179 ff., in den Vordergrund.

zahlreiche Literaturhinweise, die in unterschiedlichem Maße auch marxistische Literatur enthalten, gute Ansatzmöglichkeiten für weitere Studien bieten. Dabei wird allerdings nur in Ausnahmefällen, so etwa in den überwiegend von José Maria Lacarra verfaßten Kapiteln über die spanische Geschichte, eine etwas intensivere Verklammerung des politischen Geschehens mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen versucht. Genannt sei in diesem Zusammenhang noch der relativ ausführliche, von Eugen Ewig verfaßte Abschnitt über "Gesellschaft, Verfassung und Institutionen des Merowingerreiches", in dem nicht nur Fragen der staatlichen Verfassung, sondern auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Gegebenheiten stärker berücksichtigt werden, so daß beispielsweise die unterschiedlichen Strukturen des Merowingerreiches im gallischen Raum einerseits und in der Germania andererseits recht deutlich werden. Aber die sehr wichtige Frage, wodurch sich das frühe Merowingerreich von den ostgermanischen Staatsgründungen unterschied und woraus seine ungewöhnliche Expansionskraft und relative Stabilität resultierten, wird vom gleichen Autor mit dem zwar zutreffenden, aber keineswegs ausreichenden Hinweis beantwortet, daß hier die starre Scheidung zwischen romanischer Zivilbevölkerung und germanischem Militär, die in den ostgermanischen Staaten durch die arianische Konfession der Eroberer vertieft wurde, entfiel (S. 260). Das war sicher einer der Gründe für die größere Stärke des Merowingerreiches, aber entscheidend dürfte wohl die Tatsache gewesen sein, daß die Franken bei ihrer Siedlungsbewegung den Zusammenhang mit den Ausgangsgebieten wahrten und den Königen deshalb bzw. aufgrund der beachtlichen bäuerlichen Siedlung im nordgallischen Raum für einige Zeit eine breite Schicht von Bauernkriegern zur Verfügung stand. Das war wahrscheinlich wichtiger für die Stärke dieses Staatswesens als die Übernahme römischer Institutionen und erleichterte es König Chlodwig I., zum Katholizismus überzutreten und auf die arianische Konfession als Mittel zur Abkapselung einer begrenzten Erobererschicht zu verzichten.

Insgesamt darf somit festgestellt werden, daß der erste Band dieses umfangreichen Handbuchs zwar eine solide und umfassende Information über die staatliche Entwicklung und die politischen Konflikte bietet. Der an der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Interessierte erwartet aber in einer komplexen Darstellung, die gerade die für Europa typischen Strukturen verdeutlichen will, etwas mehr an vergleichender und zugleich differenzierender Unterrichtung, eine stärkere Verknüpfung der politischen Geschichte mit sozialökonomischen Gegebenheiten sowie eine gewisse Grundprozesse und die Ursachen historischen Geschehens deutlicher sichtbar machende Linienführung.

FORSCHUNGSBERICHTE

Die Tätigkeit der tschechoslowakischen Kommission für Wirtschaftsgeschichte

von Leoš Jeleček

Hand in Hand mit der Entfaltung der marxistischen Historiographie in der Tschechoslowakei nach der siegreichen sozialistischen Revolution im Februar 1948 erfolgte auch die Entwicklung der Wirtschaftsgeschichte. Die Forschung im Bereich der Wirtschaftsgeschichte hat in der ČSSR eine alte Tradition, und man kann mit Recht konstatieren, daß die tschechoslowakische marxistische Historiographie in der Wirtschaftsgeschichte auch schon früher zahlreiche bedeutsame und positive Ergebnisse erzielte. Dieser Entwicklung entsprach aber nicht die institutionelle Entwicklung, die für die Koordination und planmäßige Lenkung der Forschung unabdingbar ist. Zu Beginn der siebziger Jahre existierte in der ČSSR weder an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften und der Slowakischen Akademie der Wissenschaften noch an den Hochschulen eine spezielle Arbeitsstätte für Wirtschaftsgeschichte. Außerdem endete nach der Reorganisation der Tschechoslowakischen Historischen Gesellschaft im Jahre 1970 die Tätigkeit ihrer Kommission für Wirtschaftsgeschichte. Im Jahre 1972 wurde am Institut für tschechoslowakische und allgemeine Geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, das im Zuge der Reorganisation des ehemaligen Historischen Instituts dieser Akademie entstanden war, eine spezielle Abteilung für Wirtschaftsgeschichte und historische Geographie unter der Leitung von Prof. Dr. Jaroslav Purš¹ ins Leben gerufen, deren umfassende theoretisch-methodologische Arbeit über die Industrielle Revolution² den Anstoß für die Weiterentwicklung der Forschung in der Wirtschaftsgeschichte in jüngster Zeit gab. Die Gesamtentwicklung der Forschung auf diesem Gebiet in der ersten Hälfte der siebziger Jahre und die dringliche Forderung nach Hebung des wissenschaftlichen und wissenschaftsorganisatorischen Anteils der tschechoslowakischen Historiker auf internationalem Gebiet führten im April 1974 zur Gründung der Kommission für Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. Diese Kommission vereinte führende Spezialisten der Wirtschaftsgeschichte aus allen bedeutsamen historischen Arbeitsstätten der Tschechoslowa-

1 Prof. Dr. Jaroslav Purš, korrespondierendes Mitglied der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, ist seit dem Jahre 1972 Mitglied des Präsidiums und seit 1974 Direktor des Instituts für tschechoslowakische und allgemeine Geschichte dieser Akademie (Ústav československých a světových dějin ČSAV, abgekürzt: ÚČSD ČSAV).

2 Purš, Jaroslav, *Průmyslová revoluce. Vývoj pojmu a koncepce (Industrielle Revolution. Die Entwicklung des Begriffes und der Konzeption)*, Prag 1973, 733 Seiten; vgl. dazu auch die Rezension dieses Werkes von Jeleček, Leoš/Dudek, František, *Komplexe Analyse der Industriellen Revolution*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977*, T. 4, S. 185 - 192.

kischen Akademie der Wissenschaften, der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, der Hochschulen und anderen Wissenschaftlichen Institutionen. Die organisatorischen Voraussetzungen für die Tätigkeit der Kommission für Wirtschaftsgeschichte werden vom Institut für tschechoslowakische und allgemeine Geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften³ gewährleistet. Nach Prof. Dr. Oldřich Říha, der im Jahre 1974 verstarb, wurde Professor Purš Vorsitzender der Kommission.

In ihrem Langzeitplan legte die Kommission ihre Forschungs-, wissenschaftsorganisatorischen, Editions- und Propagationsziele fest, die sie etappenweise zu realisieren begann. Thematisch konzentrierte sie sich dabei auf die neuere und neueste Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus, Imperialismus und Sozialismus unter Betonung der Hauptprobleme der Industriellen Revolution, der landwirtschaftlichen Revolution und der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution in engem Zusammenhang mit der Sozialgeschichte und der Geschichte von Wissenschaft und Technik. Schwerpunkt auf dem Gebiet der Erforschung des Feudalismus bilden unter anderem Fragen der Entwicklung der Städte und ihrer Marktgebiete sowie Untersuchungen zur Preisgeschichte. Beträchtliche Aufmerksamkeit widmet die Kommission der Methodologie und den Methoden der Wirtschaftsgeschichte, den Fragen der Historiometrie und dem Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Vorlesungen und Diskussionen zu den angeführten Themen bilden im wesentlichen den wissenschaftlichen Inhalt der regelmäßigen Arbeitstagungen der Kommission. In den Jahren 1977 und 1978 bildete die Vorbereitung auf den im August 1978 in Edinburgh abgehaltenen VII. Internationalen Kongreß der Wirtschaftshistoriker den Hauptinhalt der wissenschaftsorganisatorischen Tätigkeit der Kommission. Es ging dabei insbesondere um die Edition der ersten Bände des Sammelwerkes "Hospodářské dějiny. Economic History" (Wirtschaftsgeschichte), das unter Redaktion von Prof. Purš in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Wirtschaftsgeschichte und historische Geographie am Institut für tschechoslowakische und allgemeine Geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften erscheint. Dieses Sammelwerk verfolgt das Ziel, Ergebnisse der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung der ČSSR zu koordinieren und zu propagieren. Darüber hinaus soll es als Ausgangsbasis für die Weiterentwicklung der Forschung auf diesem Gebiet in der Tschechoslowakei dienen. Nach mehr als dreißig Jahren, seit die ersten und zugleich letzten zwei Bände des "Sborník pro hospodářské a sociální dějiny"⁴ des "Sammelwerkes für Wirtschafts- und Sozialgeschichte", erschienen waren, hat die Wirtschaftsgeschichte in der Tschechoslowakei wiederum eine eigene spezialisierte Publikationsreihe mit klaren Perspektiven.

Nach der Vorbereitung des ersten Bandes⁵ wandte sich die Kommission vor allem dem zweiten Band des Sammelwerkes zu, der in englischer Sprache anlässlich des VII. Internationalen Kongresses der Wirtschaftshistoriker in Edinburgh herausgegeben wurde.⁶ Dieser Band enthält zwölf Beiträge mit neuesten Forschungsergeb-

3 Die Anschrift dieser Kommission lautet: 128 26 Praha 2, Vyšehradská 49.

4 Sborník pro hospodářské a sociální dějiny (Sammelwerk für Wirtschafts- und Sozialgeschichte), Bd. 1, Prag 1946, 246 Seiten; Bd. 2, Prag 1947, 256 Seiten.

5 Hospodářské dějiny. Economic History, T. 1, unter der Red. v. Jaroslav Purš, hg. v. ÚČSD ČSAV, Prag 1978, 371 Seiten.

6 Hospodářské dějiny. Economic History, T. 2, published on the occasion of the VIIth International Economic History Congress in Edinburgh 1978, unter der

nissen vorwiegend von Mitarbeitern des Instituts für tschechoslowakische und allgemeine Geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften; diese Beiträge behandeln einige methodologische Fragen der Wirtschaftsgeschichte, ferner Probleme der Geschichte der Industrie und der Landwirtschaft, der Siedlungsgeschichte der Böhmisches Länder und andere Fragen der Wirtschaftsentwicklung von der Epoche des Hochfeudalismus bis zur Epoche des Aufbaus des Sozialismus.⁷ Das Sammelwerk, das vor seiner Drucklegung an namhafte Kongreßteilnehmer versandt worden war, fand höchst beifällige Aufnahme; es wurde auch in die Publikationsausstellung des Kongresses aufgenommen und repräsentierte so erfolgreich die tschechoslowakische Produktion auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte in Konfrontation mit den auf dem Kongreß zur Geltung gebrachten bürgerlichen Richtungen. Der Kommissionsvorsitzende Prof. Purš vertrat die CSSR im Auftrag der Kommission für Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften auf der Generalversammlung der Internationalen Assoziation für Wirtschaftsgeschichte, die anlässlich des Kongresses am 18. August 1978 stattfand, und trat auch auf dem Kongreß mit einem Referat über neue Forschungsmethoden und -techniken auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte in der Tschechoslowakei hervor.⁸ Neues Langzeitziel der Kommission wird nun die intensive Vorbereitung auf den VIII. Kongreß für Wirtschaftsgeschichte sein, der im Jahre 1982 in Budapest stattfinden soll.

Die Kommission bereitete den dritten Band des Sammelwerkes vor, der zu Beginn des Jahres 1979 erschien und sich mit der Entwicklung der Manufakturperiode in den Böhmisches Ländern und in der Slowakei befaßt.⁹ Im Jahre 1979 soll noch der vierte Band herauskommen, der monothematisch Fragen der Entwicklung der Städte in den Böhmisches Ländern zur Zeit des Feudalismus behandelt. Weitere Bände, die systematisch vorbereitet werden, sollen der Wirtschaftsgeschichte der ČSSR in der Epoche des Aufbaus des Sozialismus, der Entwicklung der Eisenmetallurgie und der Lebensmittelindustrie sowie anderen wichtigen Fragen der Wirtschaftsgeschichte gewidmet sein.

In letzter Zeit entfaltete sich eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dieser Kommission und der Kommission für Stadtgeschichte, die ihrerseits im Jahre 1978 am Institut für tschechoslowakische und allgemeine Geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften gegründet wurde und deren Vorsitzender Dr. Miroslav Richter ist. Die Kommission für Wirtschaftsgeschichte beteiligte sich auch am Symposium "Das 13. Jahrhundert in der böhmischen Geschichte"

Red. v. Jaroslav Purš, hg. v. ÚČSD ČSAV, Prag 1978, 360 Seiten u. 1 Kartenbeilage.

7 Eine Rezension dieser ersten beiden Teile der "Hospodářské dějiny. Economic History" für einen der nächsten Bände des "Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte" ist vorgesehen.

8 Purš, Jaroslav, New Methods and Techniques of Research into Economic History in Czechoslovakia, abgedruckt in: Hospodářské dějiny. Economic History, T. 2, a. a. O., S. 7 - 21; vgl. auch Proceedings of the seventh International Economic History Congress, hg. v. M. W. Flinn, Bd. 2, Theme E, Edinburgh 1978, S. 104 - 111.

9 Hospodářské dějiny. Economic History, T. 3: Problematika manufakturního období v dějinách Československa (Die Problematik der Manufakturperiode in der Geschichte der Tschechoslowakei), unter der Red. v. Jaroslav Purš, hg. v. ÚČSD ČSAV, Prag 1979, 210 Seiten.

das im Dezember 1978 in Prag vom Institut für tschechoslowakische und allgemeine Geschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften veranstaltet wurde. Dieses Symposium behandelte insbesondere Fragen der ökonomischen Quellen des machtpolitischen Aufstiegs des böhmischen Staates unter den letzten Přemysliden.

Abschließend kann demnach konstatiert werden, daß sich die Tätigkeit der Kommission für Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften erfolgreich entwickelt¹⁰ und so wirksam zur allseitigen Entfaltung dieses Wissensbereiches in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik beiträgt.

10 Vgl. auch den Tätigkeitsbericht der Kommission im offiziellen Bulletin der Internationalen Assoziation für Wirtschaftsgeschichte (Newsletter, International Association of Economic History - I. A. E. H., 1. 10. 1978 - 30. 9. 1979, hg. v. The Publication Committee of the I. A. E. H., Leuven 1978, S. 12 - 12¹).

QUELLEN UND MATERIALIEN

Die Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, ihrer Haupt- und Wirtschaftsgruppen (II)

Dokumentation über ihre Stellung in Monopolen, monopolistischen Verbänden und bei der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung

von Rainer Eckert

3. Leiter und Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppen (WG) der Reichsgruppe Industrie
 - 3.1. WG Bergbau
 - 3.2. WG Kraftstoffindustrie
 - 3.3. WG Eisenschaffende Industrie
 - 3.4. WG Metallindustrie (bis 1939 Nichteisenmetallindustrie)
 - 3.5. WG Gießereiindustrie
 - 3.6. WG Stahl- und Eisenbau
 - 3.7. WG Maschinenbau
 - 3.8. WG Fahrzeugindustrie
 - 3.9. WG Luftfahrtindustrie
 - 3.10. WG Schiffbau
 - 3.11. WG Elektroindustrie
 - 3.12. WG Feinmechanik/Optik
 - 3.13. WG Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (1937 geteilt in: Werkstoffverfeinerung und verwandte Eisenindustriezweige; Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie; Metallwaren und verwandte Industriezweige)
 - 3.14. WG Werkstoffverfeinerung und verwandte Eisenindustriezweige
 - 3.15. WG Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie
 - 3.16. WG Metallwaren und verwandte Industriezweige
 - 3.17. WG Steine und Erden
 - 3.18. WG Bauindustrie
 - 3.19. WG Holzverarbeitende Industrie
 - 3.20. WG Glasindustrie
 - 3.21. WG Keramische Industrie
 - 3.22. WG Sägeindustrie
 - 3.23. WG Chemische Industrie
 - 3.24. WG Papier-, Papp-, Zellstoff- und Holzstofferzeugung
 - 3.25. WG Druck und Papierverarbeitung (1939 geteilt in: Druck; Papierverarbeitung)
 - 3.26. WG Druck
 - 3.27. WG Papierverarbeitung
 - 3.28. WG Lederindustrie
 - 3.29. WG Textilindustrie
 - 3.30. WG Bekleidungsindustrie

- 3. 31. WG Lebensmittelindustrie
- 3. 32. WG Brauerei (1939 mit der WG Malzindustrie zur WG Brauerei und Mälzerei zusammengelegt)
- 3. 33. WG Malzindustrie (1939 mit der WG Brauerei zur WG Brauerei und Mälzerei zusammengelegt)
- 3. 34. WG Brauerei und Mälzerei (ab 1939 durch Zusammenlegung der WG Brauerei und der WG Malzindustrie)
- 3. 35. WG Zuckerindustrie
- 3. 36. WG Spiritusindustrie

Anhang:

Quellen- und Literaturnachweis

Abkürzungsverzeichnis

Personenregister⁺

3. Leiter und Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppen (WG) der Reichsgruppe Industrie

3.1. WG Bergbau

3.1.1. Leiter der WG

Hilger, Dr. Franz (1898-)

a) 1929-1933 Leiter d. FG Bergbau im RDI; 1934 Leiter d. WG Bergbau

b) 1929-1945 Inh., Geschf., Gen. bevollmächtigter Joseph Eck & Söhne GmbH, Düsseldorf; Grubenvorst. Gewerkschaft d. Steinkohlenbergwerks Langenbrahm, Essen; ... 1942... Beirat Gerling Konzern, Köln; Persh. Ges. Brauerei Dieterich Hoefel Kg, Düsseldorf; VdAR: Reichelt Metallschrauben AG, Finsterwalde/Nl - Malzfabriken Langensalza u. Wolff Söhne Erfurt AG, Erfurt; bis Juli 1944 VdAR, dann Geschf. d. Dt. Nileswerke AG, Berlin

c) Mitgl. d. vorläufigen Reichswirtschaftsrates

e) ... 1951-1973... Inh. d. Maschinenfabrik Joseph Eck & Söhne, Düsseldorf-Heerd, u. Inh. d. Franz Fahning Kg, Duisburg; VdAR, Grubenvorst. d. Steinkohlenbergwerks Langenbrahm, Essen; erster stellv. VdAR Commerzbank AG, (West-)Berlin (bzw. Düsseldorf)

(9) 1936, S. 617; 1939, S. 673; 1940, S. 676; (13) S. 958; (15) 1941, S. 6321; 1943, S. 5895; 1944, Bd. 7, S. 279; (21) 1951, S. 238; 1953, S. 321; 1957/58, S. 369; 1974, S. 523; (25) Bd. 1, S. 757; (28) 1973, S. 429; (29) 1941/42, S. 390; (56) Anhang.

Knepper, Dr. e. h. Gustav (1870-)

a) bis 1934(?) Vorst. d. Bergbaulichen Vereins, Essen; Vors. d. Ruhrverbandes; Juli 1934-1936 Leiter d. WG Bergbau ("Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen u. Belastung in d. eigenen Firma"); Leiter d. FG Steinkohlenbergbau u. d. FG Verschiedener Bergbau dieser WG; Leiter d. Ausschusses für Wirtschaftsfragen d. IHK Essen

b) 1900-1901 Betr. F. auf d. Zeche Julius Philipp; dann Inspektor für d. Zechen Bruchstraße, Wiendahlsbank u. Luise Tiefbau; ab 1905 Betriebsdir., dann Bergwerksdir. u. Vorst. d. Dt.-Luxemburgischen Bergwerks- u. Hütten AG, Bochum; ... 1917... Dir., ... 1923-1926 Dir. u. Vorst. d. Bergbau AG Lothrin-

+ Das Personenregister erfasst auch den Teil der Dokumentation, der im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979, T. 4, veröffentlicht wurde.

gen; ab 1926 Bergwerksdir., Vorst., techn. Leiter d. Abt. Bergbau d. Vereinigten Stahlwerke AG, Düsseldorf; 1926-1932(?) dritter stellv. VdVorst., ab 1942 stellv. VdAR d. Vereinigten Stahlwerke; bis 1934 Leiter d. gesamten Bergwerksbetriebe, 1935-1942... VdVorst.,... 1943-1944... stellv. VdAR d. Gelsenkirchner Bergwerks AG, Essen (gegründet: Dez. 1933 von den Vereinigten Stahlwerken) u. zahlreiche Funktionen in Vorst. u. in AR vor allem in Bergbauunternehmen u. in d. chemischen Industrie, 1942 z. B. folgende Funktionen VdVorst.: Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation AG, Bochum - Dortmund-Hoerder Hüttenverein, Dortmund - Ruhralsperren-Verein, Essen; Grubenvorst.: Gewerkschaft Hürtherberg, Hermühlheim; VdAR: Gelsenberg-Benzin AG, Gelsenkirchen - Rheinisch-Westfälische Wohnstätten AG, Essen - Ruhrbenzin AG, Oberhausen-Holten - Ruhrchemie AG, Oberhausen-Holten - Wasserwerk für d. nördliche westfälische Kohlenrevier, Gelsenkirchen - Westdeutsche Wohnhäuser AG, Düsseldorf

c) 1933 Mitgl. d. NSDAP; ab 1941 Mitgl. d. RVK

e) ... 1951... EhrenVdAR Wasserwerk für d. nördliche westfälische Kohlenrevier, Gelsenkirchen; ... 1949-1953... AR Vereinigte Stahlwerke u. Beirat d. Rohstoffbetriebe d. Vereinigten Stahlwerke GmbH, Rödger u. Siegen, u. a. AR-Posten

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17634, Bl. 36 ff. (Dt. Bergwerkszeitung, Nr. 257/1942; Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 151/1940); ZStA, DAWI, Nr. 10761, Bl. 2 (Bericht über d. Geschäftsjahr 1941/42 d. Vereinigten Stahlwerke)

(9) 1909, S. 536; 1924, S. 933; 1928, S. 906 f.; 1927/28, Bd. 2, S. 1239; 1932, S. 919 f.; 1934, S. 675-677; 1940, S. 850 f.; (14) Bd. 1, S. 45; (15) 1931, S. 308; 1935, S. 2195; 1944, S. 1041, 3867; 1949, S. 1376; (20) 1932, S. 95; (21) 1951, S. 299; 1953, S. 403 f.; (25) Bd. 1, S. 955 f.; (29) 1941/42, S. 497 f.

Wisselmann, Dr. e. h. Heinrich (1889-1967?)

a) 1936-1945 Leiter d. WG Bergbau u. stellv. Leiter d. FG Kalibergbau dieser WG

b) ... 1933-1945(?) Gen. dir. d. Preußischen Bergwerks- u. Hütten AG (Preußag), Berlin; ... 1938... Repräsentant d. Gewerkschaft Mechernicher Werke, Berlin; ... 1942... VdAR Bergtrans-Schiffahrts AG, Danzig; VdGrubenvorst. Gewerkschaft Baden, Buggingen; VdGrubenvorst. Gewerkschaft Markgräfler, Buggingen; Beirat Dt. Reichsbank, Berlin, u. a. AR-Funktionen, vor allem im Bergbau

c) Mai 1941-1945 erster stellv. Vors. d. RVK; Wehrwirtschaftsführer

d) stand auf d. offiziellen Kriegsverbrecherliste d. USA

e) ab 1950-1963... Vorst., dann AR d. Salzdetfurth AG, Berlin, u. Braunkohlenwerke, Salzdetfurth AG, Bad Salzdetfurth; Vorst. Vereinigte Kaliwerke Salzdetfurth AG, Salzdetfurth; Ltg. Gewerkschaft Lichtenberg, Salzdetfurth; ... 1955-1960... Vorst. Gewerkschaft Braunschweig-Lüneburg, Grasleben u. Helmstedt; ... 1953-1955... Vorst., Geschf. Bergwerksgesellschaft "Mariagluck" mbH, Höfer bei Celle; ... 1955-1967(?) VdAR Weserhütte AG, Bad Oynhausen; ... 1953-1962... AR, stellv. VdAR, VdAR Mansfeld AG für Bergbau u. Hüttenbetrieb; VdAR Kaliwerk Prinz Albert AG i. L., Wolfenbüttel, u. a. AR-Posten, vor allem im Bergbau; Vorst. Wirtschaftsvereinigung Bergbau e. V., Bonn

(1) S. 62; (4) S. 130, 135; (9) 1935, S. 1649; 1938, S. 1911; 1940, S. 1890 f.; (15) 1935, S. 8007; 1938, S. 8833; 1943, S. 2865; 1944, S. 2577; 1951/52, S. 913; (21) 1951, S. 644; 1953, S. 885; 1955, S. 881; 1957/58, S. 1008; 1960, S. 999; 1962, S. 999; 1967, S. 1336; (28) 1955, S. 1277; 1958, S. 1385; 1967/68, S. 2197;

(29) 1940, S. 985; 1941/42, S. 1104; (37) S. 133, 237; (42) S. 16; (43) S. 36;
(61) S. 6, 34.

3.1.2. Geschäftsführer der WG

Hölling, Friedrich Wilhelm (1880-)

a) 1934-1945 Geschf., Hgeschf. d. WG Bergbau; ab 1935 Leiter d. Prüfungsstelle Bergbau

b) bis 1919 Mitgl. d. Geschf. d. Vereins für bergbauliche Interessen, Essen;
1919-1934 Geschf. d. FG Bergbau im RDI; ...1922-1942... Grubenvorst. d. Gewerkschaft d. Steinkohlenbergwerks Langenbrahm, Essen

ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(14) Bd. 1, S. 46; (20) 1922, S. 161; 1930, S. 131; (28) 1935, S. 694; (29) 1941/42, S. 400.

3.2. WG Kraftstoffindustrie

3.2.1. Leiter der WG

Fischer, Dr. Ernst Rudolf (1897-1965 ?)

a) Sept. 1936-1940 Leiter d. WG Kraftstoffindustrie

b) ...1940-1942... stellv. Geschf. Ammoniakwerk Merseburg GmbH, Leuna-Werke, Kr. Merseburg; Dir. d. IG Farbenindustrie, Berlin; Mitgl. d. Südosteuropaausschusses d. IG Farben u. ltd. kaufmännischer Kopf d. Mineralölsparte d. IG Farben; verschiedene ltd. Funktionen in Unternehmen d. chemischen Industrie, 1942 u. a. : Vorst. Dt. Gasolin AG, Berlin; Präs. Apollo Mineralöl-Raffinerie AG, Preßburg; VdVR Kontinentale Öl AG, Berlin; VR Dynamit-Nobel AG, Preßburg

c) ab 1934(?) Beauftragter d. Reichswirtschaftsmin. für d. Neuordnung d. Treibstoffbewirtschaftung; 1939-1943 Leiter d. Mineralölabt. (Hauptabt. II, Abt. 2, Ref. 8) im Reichswirtschaftsmin. (Hauptabt. wurde von Otto Ohlendorf geleitet); 1943-1945 Leiter d. Amtsgruppe Mineralöl im Rohstoffamt u. Leiter d. Bereichs Kraftstoffe im Planungsamt d. Reichsmin. Speer (=Planungsamt im "Vierjahresplan"); Wehrwirtschaftsführer

d) im April 1945 zu Verhandlungen über Kesselwagen in d. Schweiz geschickt, um dem erwarteten IG-Farben-Prozeß zu entgehen

e) ...1953-1955... Vorst., ...1957-1963... VdVorst., Gen. dir. d. Dynamit AG, vorm. Alfred Nobel & Co., Troisdorf/Rheinland; ...1962-1963... VdAR Chemische Werke Witten GmbH, Witten, u. a. AR-Posten in Unternehmen d. chemischen Industrie

ZStA, RWM, Nr. 8768, Bl. 196 (Geschäftsverteilungsplan d. Reichswirtschaftsmin. v. 15. 12. 1943)

(9) 1934, S. 332; 1940, S. 411; (15) 1943, S. 4204; 1953/54, S. 5079; (21) 1955, S. 193; 1957/58, S. 224; 1963, S. 222; (28) 1958, S. 293; 1962, S. 345; (29) 1940, S. 210; 1941/42, S. 230; (48) S. 203, 319, 431.

Bütefisch, Dr. Heinrich (1894-1969)

a) 1940-1945 komm. Leiter, dann Leiter d. WG Kraftstoffindustrie; 1931-1945 Vors. d. Technischen Sachverständigenkommission d. Internationalen Stickstoff-Syndikats

b) ...1931-1945 stellv. Geschf., Geschf., bzw. Dir., 1934-1938 stellv. Vorst., ab 1938 Vorst. d. Ammoniakwerkes Merseburg GmbH (Leunawerk); bis 1935 stellv. Vorst., 1935-1945 Vorst. d. IG Farbenindustrie, Frankfurt/M.; bis 1945 stellv. Leiter d. Sparte I (Leuna) d. IG Farben (in dieser Funktion zuständig für den Leuna-Anteil im KZ Auschwitz, beteiligt an d. Ausbeutung von KZ-Häftlingen im Bunawerk Auschwitz d. IG Farben; verschiedene lfd. Funktionen in Unternehmen d. chemischen Industrie, 1942 u. a.: Vorst. Braunkohle-Benzin AG, Berlin; VdAR: Norddeutsche Hydrierwerke AG, Pölit/Pom. - Stickstoffwerke Ostmark AG, Linz/Donau

c) Mitgl. d. NSDAP; Teilnehmer am Harzburger Treffen; 1932 Verhandlungen mit Hitler über d. Einstellung faschistischer Presseangriffe auf d. IG Farben; Wehrwirtschaftsführer; Mitgl. d. "Freundeskreises Reichsführer SS"; ...1939... SS-Hauptsturmführer, ...1943... SS-Obersturmbannführer

d) seit Mai 1945 bis zum Prozeß (Fall VI) in Haft, Angeklagter im Nürnberger IG-Farben-Prozeß, 1948 wegen Kriegsverbrechen u. Verbrechen gegen d. Menschlichkeit zu 6 Jahren Haft verurteilt, vorzeitig entlassen

e) danach: Leiter d. technischen Expertenkomitees d. Internationalen Konvention d. Stickstoffindustrie; ...1957-1962(?) VdAR d. Kohle-Öl-Chemie GmbH, Gelsenkirchen, u. a. AR-Posten, vor allem in d. chemischen Industrie

(1) S. 50; (5) S. 179, 289, 291 f.; (9) 1938, S. 222; 1940, S. 230; (15) 1934, S. 2243; 1938, S. 5268; 1944, S. 5777; (21) 1953, S. 108; 1957/58, S. 122; 1961, S. 120; 1962, S. 119; 1963, S. 121; (26) S. 85; (27) 1942, S. 360; (29) 1941/42, S. 128; (36) S. 311, 316, 319; (37) S. 237; (42) S. 16; (43) S. 9, 21; (49) S. 36-42.

3.2.2. Geschäftsführer der WG

Ziervogel, Dr. Friedrich Wilhelm (1903-)

a) 1936-1945 Hgeschf. d. WG Kraftstoffindustrie u. Leiter d. Prüfungsstelle Kraftstoff-Industrie

b) 1932-1934 Geschf. d. Dt. Koks-konvention, Berlin, u. Stellv. d. Reichskohlenkommissars in seiner Eigenschaft als Leiter d. Überwachungsstelle Salz; 1934-1937 Prok. bei d. Bergwerksgesellschaft Hibernia AG, Herne

e) 1945-1957... Vorst. d. Ruhrgas AG, Essen; VdAR: "Ofag" Ofenbau AG, Düsseldorf - Steinkohlengas AG, Dorsten - Consolidation Bergbau AG, Gelsenkirchen; VPräs. "Indugas" Industrie- u. Gasofenbaugesellschaft mbH, Essen u. a. AR-Posten; ...1953-1957... Präs. d. IHK für d. Stadtkreise Essen, Mülheim/Ruhr, Oberhausen, Essen; Vors. d. Arbeitgeberverbandes von Gas-, Wasser- u. Elektrizitätsunternehmen in Nordrhein-Westfalen, Essen, u. Vorst. d. Landesvereinigung d. Industrie-Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf

(15) 1936, S. 4696; (21) 1951, S. 658; 1953, S. 905; 1955, S. 903; 1957/58, S. 1031 f.; (28) 1955, S. 1298; (29) 1940/41, S. 1128.

3.3. WG Eisenschaffende Industrie

3.3.1. Leiter der WG

Poensgen, Ernst

Okt. 1934-1942 Leiter d. WG Eisenschaffende Industrie; s. bei Poensgen in seiner Funktion als Leiter d. HG I.

Röchling, Dr. h. c. Hermann (1872-1955)

a) bis 1934(?) Mitgl. d. Hauptausschusses d. RDI; ...1931... Vors. d. FG Eisenschaffende Industrie d. Saargebiets d. RDI; Mai 1942-1945 Leiter d. WG

- Eisenschaffende Industrie u. ...1941.. Leiter d. Bezirksgruppe Südwest dieser WG; ab 1935(?) Leiter d. Bezirksgruppe Rheinland-Pfalz d. RGI; Vorst. mitgl. d. Vereins Dt. Eisenhüttenleute; ...1941-1942...Präs. d. IHK Metz
- b) ...1898-1945 Leiter, geschf. VdAR u. VdGeschf. d. Röchlingschen Eisen- u. Stahlwerke GmbH, Völklingen/Saar; ab 1940 komm. Verwaltung d. früher Röchling gehörenden Werke in Lothringen; verschiedene ltd. Funktionen vor allem in Unternehmen d. Eisen- u. Stahlindustrie, 1942 u. a. Persh. Ges.: Gebr. Röchling Bank, Saarbrücken - Gebr. Röchling Eisenhandelsgesellschaft, Ludwigshafen/Rhein; VdAR: Allgemeine Baugenossenschaft 1904, Völklingen - Hallesche Salzwerke u. Chemische Fabrik Kalbe AG, Calbe/Saale - Stahlwerke Röchling-Buderus AG, Wetzlar; VR Continentale Elektrizitäts-Union AG, Basel; Beirat Dt. Reichsbank; Mitgl. Landesausschuß für d. Saarland d. Dresdner Bank, Berlin
- Gebr. Röchling Eisenhandelsgesellschaft, Ludwigshafen/Rhein; VdAR: Allgemeine Baugenossenschaft 1904, Völklingen - Hallesche Salzwerke u. Chemische Fabrik Kalbe AG, Calbe/Saale - Stahlwerke Röchling-Buderus AG, Wetzlar; VR Continentale Elektrizitäts-Union AG, Basel; Beirat Dt. Reichsbank; Mitgl. Landesausschuß für d. Saarland d. Dresdner Bank, Berlin
- c) Mai 1942-1945 Vors. d. VR d. RVE; ab 1942 Leiter d. Hauptringes Eisenerzeugung d. Reichsmin. Speer; ab 1942 Mitgl. d. Rüstungsrates; Juli 1942-1945 Gen.beauftragter für d. Eisen- u. Stahlindustrie in Luxemburg, Belgien u. Nordfrankreich; Reichskommissar für d. Eisen- u. Stahlwerke im Gebiet Mosel u. Meurthe-et-Moselle; Wehrwirtschaftsführer; bis zur Angliederung d. Saargebietes 1935 an Deutschland in d. "dt. Bewegung" d. Saargebietes engagiert
- d) 1946 verhaftet, von einem französischen Militärgericht zu 10 Jahren Haft, Vermögensentzug u. Verlust d. bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt, 1951 entlassen (Betreten d. Saarlandes war verboten, Betriebe unter Zwangsverwaltung)
- (4) S. 177; (7) S. 1072 f., 1142; (9) 1918, S. 986; 1920, S. 1109; 1921, S. 1158; 1924, S. 1514; 1928, S. 1476; 1929, S. 1497; 1930, S. 1533; 1932, S. 1485; 1935, S. 1205; (11) S. 390 f.; (14) Bd. 1, S. 41 f.; (23) 514⁶ vom 1. 10. 1955; (25) Bd. 2, S. 1540 f.; (26) S. 348; (29) 1940, S. 722; 1941/42, S. 810; (62) S. 42.

3.3.2. Geschäftsführer der WG

Reichert, Dr. Jacob Wilhelm (1885-1948, Selbstmord)

- a) 1934-1945 Hgeschf. d. WG Eisenschaffende Industrie; ...1942...Vorst. d. Dt.-bulgarischen HK, Sofia; bis 1941 Vorst. d. "Rußland-Ausschusses d. Dt. Wirtschaft"
- b) 1908-1912 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, Assistent u. Synd. d. IHK Duisburg; 1912-1934(?) Hgeschf. d. Vereins d. dt. Eisen- u. Stahlindustriellen u. Synd. anderer Verbände, gleichzeitig Mitgl. Hauptausschuß d. RDI; Geschf. d. FG Eisenschaffende Industrie im RDI; 1918-1924(?) Vors. d. Fachausschusses Eisen- u. Stahlindustrie d. Zentralarbeitsgemeinschaft d. industriellen u. gewerblichen Arbeitgeber u. Arbeitnehmer
- c) 1914-1919 Leiter d. (halbamtlichen) Zentralstelle für Ausfuhrbewilligungen für Eisen- u. Stahlerzeugnisse; 1914-1924 (Auflösung) Reichsbevollmächtigter d. Außenhandelsstelle für Eisen- u. Stahlerzeugnisse; 1930-1933 im vorläufigen Reichswirtschaftsrat (Verbindungsmann zwischen d. Schwerindustrie im Ruhrgebiet u. Finanz- u. Handelskreisen in Berlin); 1941 Mitgl. d. "Klein-Kommission" (Ziel: Einverleibung d. Minette-Erze); 1917-1918 Mitgl. d. Dt. Vaterlandspartei, dann DNVP, ab 1930 Mitgl. d. Konservativen Volkspartei;

bis 1928 Parteivorst. d. DNVP, 1920-1930 MdR (Mitgl. d. volkswirtschaftlichen Ausschusses), MdL in Preußen

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17709, Bl. 81 ff. (Archiv f. publizist. Arbeit /Internat. Biograph. Archiv/, Nr. 2149 v. 11. 4. 1935)

(10) Bd. 1, S. 620, 718, 741, 743; Bd. 2, S. 597 f., 845, 847 ff.; (12) S. 413; (13) S. 1785; (14) Bd. 1, S. 50; (23) Nr. 2060 v. 14. 10. 1948; (29) 1940, S. 696; 1941/42, S. 780; (38) S. 819.

3.4. WG Metallindustrie (bis 1939 Nichteisenmetallindustrie)

3.4.1. Leiter der WG

Fitzner, Dr. Otto (1888-)

- a) Präsidialmitgl. d. Metallbundes; bis 1934 Vors. d. Verbandes d. Metallergbergwerke; Juli 1934-1939 Leiter d. WG Nichteisenmetallindustrie, 1939-1945 Leiter d. WG Metallindustrie (Namensänderung, beide WG sind identisch); ab 1935 Leiter d. WK Niederschlesien, Breslau; ...1942...Beirat d. Mitteleuropäischen Wirtschaftstages
- b) von 1925-1945 technischer Dir., Dir. d. Bergwerksgesellschaft Georg v. Giesches Erben, Breslau; Vorst. Berg- u. Hütten AG -Buhag-, Breslau; VdAR Erzgesellschaft zur Erschließung von Nichteisenmetallen GmbH, Berlin
- c) ab 1935 Mitgl. d. Reichsarbeits- u. Wirtschaftsrates; ab April 1942 Leiter d. Hauptringes Metalle d. Reichsmin. Speer; Vors. d. Außenhandelsstelle für Schlesien; Wehrwirtschaftsführer; 1931 Mitgl. d. NSDAP, Mitgl. d. SA

ZStA, Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Nr. 21 833, Bl. 4 (Organisation d. Mitteleuropäischen Wirtschaftstages Berlin, Stand Frühjahr 1942)

(14) Bd. 1, S. 52; Bd. 3, S. 108; (19) S. 160; (20) 1930, S. 81; (26) S. 137; (29) 1940, S. 213; 1941/42, S. 233; (47) S. 46; (58) Nr. 21/1935, S. 498; (60) Nr. 3/1942, S. 16; Nr. 7/1942, Anlage.

3.4.2. Geschäftsführer der WG

Puff, Dr. Erich (1900-)

- a) 1934 Leiter d. Kartellstelle beim Führer d. Wirtschaft; 1935-1942...Hgeschf. d. WG Nichteisenmetallindustrie (ab 1939 Metallindustrie) u. Leiter d. Prüfungsstelle Metallindustrie, Berlin
- b) bis 1934 Kartellreferent im Reichswirtschaftsmin. (bes. auf dem Gebiet d. Eisen- u. Metallindustrie)
- c) Mitgl. d. NSDAP

ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(14) Bd. 1, S. 54; (27) 1942, S. 360; (29) 1941/42, S. 762.

Klein, Hans (1891-)

- a) stellv. Geschf., 1943 komm. Hgeschf. d. WG Nichteisenmetallindustrie
- b) 1914-1918 Kriegsteilnahme, Jagdflieger (Pour le Mérite); 1919-1920 betriebswirtschaftliche Ausbildung bei d. Düsseldorfer Treuhandgesellschaft u. Büro für moderne Betriebsorganisation; 1920-1926 Dir. d. S. K. F. Norma GmbH; 1927-1930 Betr. F. d. Gustav Klein GmbH, Stettin; 1930-1931 Betr. F. d. Adolf Wolfs-Holzbaugesellschaft, Düsseldorf; 1931-1934 Landwirt auf eigenem Besitz in Bayern; 1934-1941 aktiver Offizier in d. faschistischen Luftwaffe

(Generalmajor); 1941-1942 Dir. d. AS Nordag, Oslo (Leiter d. Außenstelle Bergen)

c) 1931 Mitgl. d. NSDAP, "Parteiredner", höherer HJ-Führer

ZStA, RWM, Nr. 9080, Bl. 366 (Lebenslauf 1942).

Stellwaag, Dr. Alfred (1890-)

a) Dez. 1943-1945 komm. Hgeschf. d. WG Metallindustrie

b) 1917-1918 im preußischen Kriegsmin., Stab d. Kriegsamt; 1919 Leiter d. Sektion Eisen im Demobilisationsamt; 1920 Referent im Reichswirtschaftsmin. u. beim Beauftragten d. Reichswirtschaftsmin. beim Stahlbund in Düsseldorf; 1925 Ingenieur; 1925-1933 Geschf. d. Westdt. Wegebau-Gesellschaft mbH, Düsseldorf; ab 1928 Dir. d. Straßenbau AG, Zweigniederlassung Berlin (beide Unternehmen gehören zum Konzern d. Basalt AG, Linz); 1933-1943 Geschf. d. Reichsverbandes d. dt. Kaltasphaltunternehmungen u. d. Kartells "Kaltasphaltvereinigung"

c) ab 1940 Beauftragter zum Wehrwirtschafts- u. Rüstungsamt; ab 1942 Leiter d. *Amtsgruppe Grundstoffindustrie im Rüstungslieferungsamt*; ... 1944... komm. Hgeschf. d. Hauptringes Metalle u. Leiter d. *Amtsgruppe Rohstoffproduktion außer Stahl u. Eisen im Rüstungslieferungsamt d. Reichsmin. Speer*

ZStA, RWM, Nr. 9100, Bl. 93 f. (Lebenslauf v. 4. 2. 1944)

(47) Anhang.

3.5. WG Gießereiindustrie

3.5.1. Leiter der WG

Langenohl, Max (1887-)

a) 1934-1945 Leiter d. WG Gießereiindustrie; Bezirksobmann in d. Fachgemeinschaft Eisen- u. Metallindustrie im Bezirk d. WK Westfalen u. Lippe; Vors. d. niederrheinisch-westfälischen Gruppe d. Vereins Dt. Eisengießereien

b) ab 1910 Betriebsassistent, ... 1914... Organisationsingenieur u. Betr.F. beim Schalker Verein; 1933-1945(?) Dir. d. Dt. Eisenwerke AG, Schalker Verein, Gelsenkirchen; ... 1943... VR Berg- u. Hüttenwerksgesellschaft Ost mbH

c) 1945 Leiter d. Hauptrings Eisenverarbeitung d. Reichsmin. Speer; Mitgl. d. NSDAP

(14) Bd. 1, S. 55; (29) 1941/42, S. 561; (47) S. 352, Anm. 88; (60) Nr. 51/1945, S. 538, Anlage 6.

3.5.2. Geschäftsführer der WG

Schmauser, Dr. Justus (1886-)

a) 1934-1945 Hgeschf. d. WG Gießereiindustrie; ab 1935 Leiter d. Prüfungsstelle Gießerei-Industrie, Berlin

b) praktische Tätigkeit als Gießereingenieur u. Gießereileiter; Schriftleiter d. Zeitschrift "Technik u. Wirtschaft"

c) im Reichswirtschaftsmin. Geschf. d. Lenkungsbereichs Metall u. Guß; 1930 Mitgl. d. NSDAP

ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(11) S. 419; (14) Bd. 1, S. 56; (29) 1941/42, S. 871.

3.6. WG Stahl- und Eisenbau

3.6.1. Leiter der WG

Keßler, Dr. Ludwig (1884-)

- a) bis 1934(?) Ausschußmitgl. d. Dt. Stahlbauverbandes; 1934-1943(?) Leiter d. WG Stahl- u. Eisenbau; Leiter d. Bezirksgruppe Südwest-Deutschland d. RGI u. Leiter d. Industrieabt. d. WK Württemberg u. Hohenzollern
- b) 1912-1915 Rechtsanwalt; 1915-1919 stellv. Vorst., von 1919-1943...Vorst., Dir. u. VdVorst. d. Eßlinger Maschinenfabrik AG, Eßlingen, u. a. AR-Posten in d. Metallindustrie; Mitgl. Württembergischer Beirat d. Dt. Bank
- (13) S. 1120; (14) Bd. 1, S. 61; (15) 1943, S. 1911; (29) 1941/42, S. 474.

Mauterer, Dr. e. h. Arthur (1888-)

- a) Juni 1943-1945 Leiter d. WG Stahl- u. Eisenbau
- b) 1930(?)-1939(?) Vorst., 1939-1945(?) VdVorst., Dir., Betr. F. d. Dortmunder Union Brückenbau AG, Dortmund; ... 1935... Dir. Dortmund-Hoerder Verein, Hüttenverein AG, Dortmund; ... 1940... VdVorst., VdAR, dann stellv. VdAR Wagener-Biró AG, Wien; ... 1942... Geschf. Stahlbau GmbH d. Reichswerke "Hermann Göring", Linz/Donau
- c) Leiter d. Hauptausschusses Stahl- u. Eisenbau d. Reichsmin. Speer; Wehrwirtschaftsführer
- e) 1953(?)-1957... VdVorst., VdAR Dortmunder Union Brückenbau AG, Dortmund; ... 1957-1967... Vorst. Rheinstahl-Union Maschinen- u. Stahlbau AG, Düsseldorf; Vorst. Rheinische Stahlwerke, Essen; VdAR; Wanheim GmbH, Duisburg-Wanheim - Siegener Eisenbedarfs AG, Dreis-Tiefenbach
- (15) 1939, S. 2620; 1940, S. 2513; 1943, S. 2784; 1953/54, S. 2046; (21) 1953, S. 504; 1957/58, S. 575; 1959, S. 580; 1960, S. 570; 1967, S. 774; (29) 1940, S. 561; 1941/42, S. 627; (42) S. 17; (43) S. 22.

3.6.2. Geschäftsführer der WG

Oelert, Dr. Gustav (1884-)

- a) 1935-1945 Hgeschf. d. WG Stahl- u. Eisenbau u. Geschf. d. FG Stahlbau dieser WG; Leiter d. Vorprüfstelle Stahlbau
- b) 1923-1940... Geschf., Dir. d. Dt. Eisenbauverbandes (ab 1928 Dt. Stahlbauverband) u. ihm nahestehender Organisationen, ... 1929... Geschf. d. Untergruppe Stahlbau, Dampfkessel- u. Apparatebau

ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(13) S. 1630; (14) Bd. 1., S. 62; (29) 1941/42, S. 711.

3.7. WG Maschinenbau

3.7.1. Leiter der WG

Sack, Otto (1892-)

- a) ... 1928-1933(?) Vors. d. Verbandes d. dt. Landmaschinenindustrie; 1934-1945 Leiter d. WG Maschinenbau; Leiter d. Bezirksgruppe Sachsen d. RGI; ... 1941... stellv. Leiter d. WK Sachsen u. Leiter ihrer Industrieabt.; Beirat d. IHK Leipzig u. ... 1937... Präs. d. Internat. HK; ... 1942... Mitgl. d. landwirtschaftlichen Beirats d. Mitteleuropäischen Wirtschaftstages

- b) 1913-1945 Prok., Persh. Ges., Geschf. u. Betr. F. d. R. Sack Kg, Leipzig; ... 1940-1942... Persh. Ges. Seniorekulturgeräte, Wurzeln/Sa., u. a. AR-Posten, bes. bei Banken
- c) ab 1942 Leiter Sonderausschuß Ernährungswirtschaftliche Maschinen d. Hauptausschusses Maschinen d. Reichsmin. Speer; Mitgl. d. NSDAP; Wehrwirtschaftsführer
- e) ... 1953-1957... Persh. Ges. d. Fa. Rud. Sack, Biberach u. Leipzig

ZStA, Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Nr. 21833, Bl. 5 (Organisation d. Mitteleuropäischen Wirtschaftstages Berlin, Stand Frühjahr 1942)

(13) S. 1900; (14) Bd. 1, S. 65; (18) S. 379; (19) S. 165; (21) 1953, S. 669; 1957/58, S. 764; (25) Bd. 2, S. 1591 f.; (26) S. 355; (29) 1940, S. 745; 1941/42, S. 835; (58) Nr. 45/1942, S. 584.

3.7.2. Geschäftsführer der WG

Lange, Karl (1889-)

- a) 1935-1945 Geschf. d. WG Maschinenbau u. Leiter d. Prüfungsstelle Maschinenbau; bis 1941(?) Vorst. d. "Rußlandausschusses d. Dt. Wirtschaft"
- b) ab 1920 Geschf. in mehreren Verbänden d. blechverarbeitenden Industrie; ab 1922 Geschf. d. Gesamtvereinigung d. Schwarz- u. Weißblechverarbeitenden Industrie; ab 1925 geschf. Vorst. (d. von Lange gegründeten) Arbeitsgemeinschaft d. Eisen-, Stahl- u. Metallverarbeitenden Industrie; 1924-1933 geschf. Vorst. d. Vereins Dt. Maschinenbauanstalten, Berlin; bis 1933(?) Geschf. d. Arbeitsgemeinschaft Eisenverarbeitende Industrie e. V. im RDI u. stellv. Mitgl. d. Hauptausschusses d. RDI
- c) ab 1936(?) Bevollmächtigter für d. Maschinenproduktion beim Beauftragten für den Vierjahresplan; ab 1942(?) Reichsbeauftragter für Maschinenbau; Mitgl. d. Industrierates für d. Fertigung von Luftwaffengerät; ab April 1942 Mitgl. d. Industrierates d. OKH; April 1942-1945 Leiter d. Hauptausschusses Maschinen; ... 1944... Leiter d. Amtsgruppe Maschinen u. Werkzeuge; ab Jan. 1945 stellv. Leiter d. Entwicklungshauptkommission Maschinen d. Reichsmin. Speer; Mitgl. d. NSDAP, Mitarbeit in d. Kommission für Wirtschaftlichkeit d. NSDAP (Ende 1932 gegründet); Wehrwirtschaftsführer
- e) ... 1951-1955(?) geschf. Vorst. d. Vereins Dt. Maschinenbau-Anstalten e. V., Frankfurt/M.; Hgeschf. Arbeitsgemeinschaft d. Eisen- u. Metallverarbeitenden Industrie, Frankfurt/M.; Vors. d. Beirates Maschinenbau in d. Bundesstelle für den Warenverkehr, Frankfurt/M.; Mitgl. d. Beratenden Ausschusses d. Montanunion, Luxemburg

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17645, Bl. 109 ff. (Archiv f. publizist. Arbeit /Internat. Biograph. Archiv/, Nr. 8463 v. 31, 8. 1939; Nationalzeitung, Nr. 344/1938); ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(9) 1935, S. 819; (13) S. 1305; (14) Bd. 1, S. 67; (21) 1951, S. 334; 1953, S. 454; (23) Nr. 6130 v. 28. 8. 1954; (25) Bd. 2, S. 1071 f.; (28) 1955, S. 684; (29) 1940, S. 503; 1941/42, S. 559; (35) Bd. 2, S. 165; (43) S. 10, 22; (47) S. 46, 353 Anm. 100, 101; (48) S. 266; (60) Nr. 3/1942, S. 18; Nr. 5/1942, S. 48; Nr. 7/1942, Anlage; Nr. 51/1945, Anlage 4, S. 536; Nr. 53/1945, S. 550.

3.8. WG Fahrzeugindustrie

3.8.1. Leiter der WG

Hagemeier, Ernst (1888-)

- a) Leiter d. FG Fahrzeugindustrie im Reichsverband d. Automobilindustrie; Juli 1934-1938 Leiter d. WG Fahrzeugindustrie ("Ausscheiden auf eigenen Wunsch")
- b) 1929-1945 Vorst., Gen.dir., VdVorst. u. Betr. F. d. Adlerwerke, vorm. Heinrich Kleyer AG, Frankfurt/M.; ...1942... Vors. d. Landes-Ausschusses für Hessen u. Frankfurt/M. d. Dresdner Bank, Berlin
- c) Bezirksbeauftragter Rüstungsindustrie für den Bezirk Rhein-Main, Hessen-Nassau; Wehrwirtschaftsführer
- e) ...1949-1955... VdVorst., ...1957... stellv. VdAR d. Adlerwerke, vorm. Heinrich Kleyer AG, Frankfurt/M.; ...1951-1953... VdVorst. Vereinigte Werkzeugmaschinen AG, Frankfurt/M., u. a. AR-Posten; Mitgl. d. Finanz-u. Mitgl. d. Zulassungsstelle an d. Börse, Frankfurt/M.
u. Kreditausschusses industrieller Verbände, Frankfurt/M., u. Mitgl. d. Zulassungsstelle an d. Börse, Frankfurt/M.
- (15) 1929, S. 2314; 1944, S. 3127; 1949, S. 1099; (21) 1951, S. 201; 1953, S. 272; 1957/58, S. 312; 1962, S. 310; 1967, S. 415; (28) 1955, S. 395; (29) 1940, S. 297; 1941/42, S. 327.

Egger (-Büssing), Rudolf (1894-)

- a) April 1938 - Febr. 1943 Leiter d. WG Fahrzeugindustrie ("Ausscheiden auf eigenen Wunsch"); ab 1943 VPräs. d. Gauwirtschaftskammer Braunschweig
- b) 1928-1929 Prok., 1930-1941 kaufmännischer Dir., stellv. VdVorst., ab 1941 VdVorst. u. Gen.dir. d. Büssing NAG, Vereinigte Nutzkraftwagen AG, Braunschweig (vor 1930: Automobilwerke H. Büssing AG, Braunschweig), u. a. Funktionen in Büssing-Unternehmen; ...1942... Mitinh. Automobilwerke H. Büssing, Braunschweig; ...1940-1942... Geschf. Niedersächsische Motorenwerke GmbH, Braunschweig
- c) ...1942... Bezirksbeauftragter im Hauptausschuß IV Wehrmachtsgerät für den Wehrkreis XI (XI a= Hannover oder XI b=Magdeburg); ab 1941 Mitgl. d. Industrierats für d. Fertigung von Luftwaffengerät; Wehrwirtschaftsführer
- e) ...1953-1960 Gen.dir., VdAR, Persh. Ges. Büssing Nutzkraftwagen GmbH, Braunschweig; ...1953-1960 Persh. Ges., ab 1961 VdAR Automobilwerke H. Büssing, Braunschweig; ...1953-1962... VdBeirat H. Büssing & Sohn, Braunschweig
- (9) 1936, S. 317; 1940, S. 349; (15) 1928, S. 5913; 1930, S. 6871 f.; 1941, S. 4314; (16) 1960, S. 267; 1962, S. 279; (21) 1953, S. 164; 1955, S. 162; 1957, S. 187; 1960, S. 183; 1961, S. 184; 1962, S. 184; (26) S. 118; (29) 1941/42, S. 194; (43) S. 53; (45) S. 340; (47) S. 353 Anm. 100; (58) Nr. 9/1943, S. 94.

Schaaf, Wilhelm (1897-)

- a) ...1936... Geschf. d. WG Kraftfahrtversicherung; Febr. 1943-1945 Leiter d. WG Fahrzeugindustrie
- b) ...1940-1942... Geschf. BMW-Flugmotoren GmbH, Eisenach u. Dir. BMW AG, Zweigniederlassung Eisenach
- c) ab Dez. 1942 Leiter d. Hauptausschusses Kraftfahrzeuge d. Reichsmin. Speer
- (26) S. 371 f.; (29) 1941/42, S. 842; (58) Nr. 9/1943, S. 94; (60) Nr. 16/1942, S. 160.

3.8.2. Geschäftsführer der WG

Hilsmann, Albert (-)

- a) 1935(?)-1936 Geschf. d. WG Fahrzeugindustrie

b) ...1935-1938...Vorst. d. AUKA AG für Ausstellungenwesen Kaiserdamm, Berlin; ...1938...Geschf. d. Reichsverbandes d. Automobilindustrie e. V., Berlin

(9) 1935, S. 585; 1938, S. 676; (18) S. 415.

Hufenbecher, Dr. Paul (1888-)

- a) 1935-1943...stellv. Geschf., Geschf. d. WG Fahrzeugindustrie u. Geschf. d. FG Krafträder, deren Motoren u. Seitenwagen dieser WG; Synd., Geschf. d. Reichsverbandes d. Automobilindustrie e. V., Berlin
- b) 1920 Assessor, 1920-1921 Richter am Landgericht Elberfeld, 1921-1926 juristischer Mitarbeiter, ab 1926/27 Synd., dann Geschf. im Verein dt. Motorfahrzeug-Industrie u. im Reichsverband d. Automobilindustrie e. V., Berlin
- e) nach 1945 Abwicklung d. Geschäfte d. WG Fahrzeugindustrie; 1948-1951 Geschf. d. Verbandes d. Automobilindustrie e. V., Hamburg, Frankfurt/M., u. 1949-1958 Geschf. d. VDA-Wirtschaftsgesellschaft mbH, Frankfurt/M.

(18) S. 415; (21) 1951, S. 257; 1953, S. 347; (28) 1955, S. 509; 1958, S. 553;
(29) 1941/42, S. 424.

Wehrle, Prof. Dr. Emil (1891-1963?)

- a) 1936-1940 Hgeschf., 1940-1945 Geschf. d. WG Fahrzeugindustrie
- b) 1920 Privatdozent an d. Universität Heidelberg; 1920-1925 Dir. d. Badischen Landesarbeitsamtes; 1925-1942... Professor an d. Handelshochschule Nürnberg, an d. Universität Marburg u. an d. Universität Frankfurt/M. (für Nationalökonomie u. Sozial- u. Wirtschaftspolitik), Dir. d. Instituts für Handwerkswirtschaft
- e) ...1951-1962... ordentlicher Professor für Volkswirtschaft, Sozial- u. Wirtschaftspolitik an d. Universität Frankfurt/M.

(21) 1953, S. 855; 1962, S. 964; (28) 1951, S. 719; 1955, S. 1242 f.; 1962, S. 1670;
(29) 1941/42, S. 1065.

Schirz, Otto C. (1899-)

- a) Jan. 1938-Juni 1940 Geschf., Juni 1940-1945 Hgeschf. d. WG Fahrzeugindustrie; Geschf. d. Reichsverbandes d. Automobilindustrie e. V., Berlin
- b) Konstrukteur in verschiedenen Unternehmen, ab 1925 erster Konstrukteur d. AGA Werke, Berlin, u. d. Dinoswerke (an d. Volkswagenvorbereitung beteiligt); ... 1925... Leiter d. Technischen Abt. d. Reichsverbandes d. Automobilindustrie e. V., Berlin
- c) ...1933... verantwortlich für Automobilausstellungen, ab 1933 Führer Hitlers auf d. alljährlichen Automobilausstellung; 1933 Mitgl. d. NSDAP; Mitgl. d. Führerkorps d. NSKK
- e) ...1951-1955... Geschf. d. Büssing Nutzkraftwagen GmbH, Braunschweig; ...1951-1955... VPräs. d. IHK Braunschweig; 1946-1948 Vors., ...1951-1973 1973... stellv. Vors. d. Verbandes d. Automobilindustrie, Frankfurt/M.

ZStA, RWM, Nr. 9087, Bl. 315 ff. (Lebenslauf mit Anlagen v. 22. 5. 1940)

(21) 1951, S. 506; 1953, S. 693; 1955, S. 691; (28) 1955, S. 1036; 1958, S. 1115; 1973, S. 951; 1974/75, S. 919; (29) 1941/42, S. 864; (56) Anhang.

Vorwig, Wilhelm R. (1904-)

- a) 1934(?) -1945 Geschf. d. WG Fahrzeugindustrie
- b) bis 1932 Konstrukteur, ab 1933 Leiter d. Technischen Abt. d. Reichsverbandes d. Automobilindustrie e. V., Berlin
- e) 1945-1967... Geschf., Hgeschf. d. Verbandes d. Automobilindustrie e. V., Frankfurt/M., u. Vertreter im Bundesverband d. Dt. Industrie; ...1951... Geschf.

Exportausschuß Fahrzeugbau, Frankfurt/M., u. Funktionen in anderen Verbänden d. Fahrzeugindustrie

(21) 1951, S. 610; 1953, S. 838; 1955, S. 835; 1962, S. 944; 1967, S. 1268; (28) 1955, S. 1223; 1962, S. 1638.

3.9. WG Luftfahrtindustrie

3.9.1. Leiter der WG

Lahs, Rudolf (1880-)

- a) 1934-1945 Leiter (1935 auch Geschf.) d. WG Luftfahrtindustrie
 - b) 1899-1925 aktiver Marineoffizier (Chef d. 12. Torpedobootshalbflottille u. d. 8. Torpedobootsflottille, Chef d. "Eisernen Torpedobootsflottille", 3 Jahre beim Wehrkreiskommando VI in Münster, Kommandeur d. Marineabt. Stralsund); 1925-Sept. 1929 als Kapitän zur See Leiter d. Ref. A II 1 im Reichswehrmin., Marineltg., Marinekommandoamt, Flottenabt. = "Luftschutzgruppe" (geheime Luftrüstung); Admiral; VPräs. d. Dt. Versuchsanstalt für Luftfahrt; 1929-1934 Präs. d. Reichsverbandes d. Dt. Luftfahrtindustrie
 - c) ab 1941 Mitgl. d. Industrierates für d. Fertigung von Luftwaffengerät
- (3) S. 123 f., 128; (11) S. 267; (14) Bd. 1, S. 85; (19) S. 118; (28) 1935, S. 923; (29) 1941/42, S. 556; (45) S. 340; (47) S. 353 Anm. 100.

3.9.2. Geschäftsführer der WG

Cesar, Wolfgang (1899-1945, vermutlich umgekommen)

- a) 1934? -1945 Geschf. bzw. Gen. sekretär d. WG Luftfahrtindustrie
 - b) ab 1923 im Ref. A II 1 im Reichswehrmin., Marineltg., Marinekommandoamt, Flottenabt. = "Luftschutzgruppe" (geheime Luftrüstung) beschäftigt; Oberleutnant zur See, dann im Reichsverband d. Dt. Luftfahrtindustrie
- (3) S. 123; (29) 1941/42, S. 139.

3.10. WG Schiffbau (ab 1942)

3.10.1. Leiter der WG

Blohm, Rudolf

Mai 1942-1943 Leiter d. WG Schiffbau, s. bei Blohm in seiner Funktion als Leiter d. HG II d. RGI.

Merker, Dr. e. h. Otto (1899-)

- a) Sept. 1943-1945 Leiter d. WG Schiffbau
- b) 1921-1937 als Motorenkonstrukteur, Projektierungsingenieur u. Dir. in verschiedenen süddt. Betrieben beschäftigt; ...1939-1943... stellv. Vorst., Vorst. Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln-Deutz
- c) Juli 1943-1945(?) Leiter d. Hauptausschusses Schiffbau (bzw. Marinebau) d. Reichsmin. Speer; Wehrwirtschaftsführer
- e) ... 1951-1956... VdVorst. Hannoversche Maschinenbau AG, Hannover (=Hano-mag); ... 1955-1963... VdVorst. Rheinmetall/Hanomag AG, Hannover; ... 1957-1965... VdAR Vidal & Sohn Tempo-Werk GmbH; ... 1957... Beirat d. Norddt. Bank, ... 1962... Beirat d. Dt. Bank; ... 1953-1957... Vors. d. Bezirksvereins Hannover d. Vereins Dt. Ingenieure u. d. Industrieausschusses d. IHK Hannover; Vorst. Nordwestliche Eisen- u. Stahlberufsgenossenschaft; ... 1953... Vorst. d. Verbandes d. Dt. Automobilindustrie u. d. Nordwestlichen Eisen-

u. Stahlberufsgenossenschaft; ...1965...Vorst. d. Gesamtverbandes d. Metallindustriellen Arbeitgeberverbände, Köln

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17669, Bl. 32 f. (Dt. Allgemeine Zeitung, Nr. 235/1944)

(1) S. 57; (2) S. 273; (9) 1939, S. 1082; 1940, S. 1085; (15) 1940, S. 167; 1943, S. 347; (16) 1956/57, S. h 168; (21) 1951, S. 377; 1953, S. 515; 1955, S. 515; 1957/58, S. 588; 1965, S. 723; (28) 1955, S. 784; 1973, S. 710; (29) 1941/42, S. 640; (42) S. 17 (125); (43) S. 23.

3.10.2. Geschäftsführer der WG

Theissen, Dr. Heinz (1904-)

a) 1942-1945(?) Hgeschf. d. WG Schiffbau

b) 1932-1941 Richter-, Staatsanwalt-, Gewerbeassessor u.-rat in Hamburg, Aachen u. Halle; 1941-1942 stellv. Leiter d. Treuhandstelle Posen

c) 1932 Mitgl. d. NSDAP; Mitgl. d. Reiter-SA; 1940-Nov. 1941 Kriegsdienst

ZStA, RWM, Nr. 9085, Bl. 5 f. (Lebenslauf v. 2. 3. 1942).

3.11. WG Elektroindustrie

3.11.1. Leiter der WG

Braun, Dr. Waldemar (1877-1954)

a) 1924-1934 Vors. d. Verbandes mitteldt. Industrieller, Frankfurt/M., Vorst. d. RDI; Aug. 1934-Mai 1942 Leiter d. WG Elektroindustrie; Mitgl. d. IHK für d. Rhein-Mainische Wirtschaftsgebiet, Frankfurt/M.; Mitgl. "Rußlandaus-schuß d. dt. Wirtschaft"

b) ab 1911 preußischer Landrichter in Neuwied; ab 1913 Synd., ab 1920 Vorst., ab 1938 VdVorst. u. Betr. F. d. Hartmann & Braun AG, Frankfurt/M.; ...1942... Mitgl. d. Landesausschusses Süddeutschland d. Commerzbank AG, Berlin

e) 1945-1954 VdVorst. Hartmann & Braun AG, Frankfurt/M.

(9) 1935, S. 164; (11) S. 72; (13) S. 290; (14) Bd. 1, S. 87; (15) 1921/22, Bd. 1, S. 1247; 1938, S. 8491; 1949, S. 630; (21) 1951, S. 64; 1953, S. 89; (28) 1955, S. 126 f.; (29) 1940, S. 98; 1941/42, S. 106; (56) Anhang.

Lüschen, Dr. Friedrich (1877-1945?)

a) Mai 1942-1945 Leiter d. WG Elektroindustrie

b) ab 1920 Leiter d. Zentrallaboratoriums d. Wernerwerkes d. Siemens & Halske AG; 1928-1940 stellv. Vorst., Vorst., 1941-1945(?) stellv. VdVorst. Siemens & Halske AG; verschiedene ltd. Funktionen in Unternehmen d. Kabel- u. Telefonindustrie, 1942 u. a.: VdAR Vereinigte Bayerische Telefonwerke AG, München; VR u. VPräs. Albiswerk Zürich AG, Zürich; VR:Elektrotechna AG für Schwachstromtechnik, Prag - Società Italiana Reti Telefoniche Interurbana, Mailand

c) 1942-1944 Leiter Hauptring Elektrotechnische Erzeugnisse; Mai 1942-Dez. 1944 Leiter Hauptausschuß Nachrichtengerät; Dez. 1944-1945 Leiter Hauptausschuß Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik (Zusammenlegung d. Hauptausschüsse Elektrotechnik u. Feinmechanik/Optik) u. Leiter d. Gruppe Elektrotechnik dieses Hauptausschusses d. Reichsmin. Speer; ...1942... Mitgl. d. Reichsausschusses für Leistungssteigerung, Berlin; ab 1942 Mitgl. d. Industriebeirates d. OKH; SS Obersturmbannführer; Wehrwirtschaftsführer

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17664, Bl. 95 ff. (Berliner Tageblatt, Nr. 134/1937)
(2) S. 330; (9) 1937, S. 943; 1940, S. 1027; (15) 1929, S. 679; 1941, S. 7569; 1943, S. 6245; (25) Bd. 2, S. 1167 f.; (29) 1941/42, S. 605; (47) S. 46, 353 Anm. 101; (60) Nr. 3/1942, S. 16, 19; Nr. 7/1942, S. 85; Nr. 52/1945, S. 544.

3.11.2. Geschäftsführer der WG

Lotz, Dr. Heinz (1894-1937)

- a) Juli 1934-1937 Hgeschf. d. WG Elektroindustrie; ab 1935 Leiter d. Prüfungsstelle Elektroindustrie; Geschf. d. Wirtschaftsstelle d. dt. Rundfunkindustrie
- b) 1918-Juni 1934 Tätigkeit in Industrie- u. Wirtschaftsverbänden (u. a. ... 1928 ... Geschf. d. Gesamtverbandes Dt. Metallindustrieller, Berlin); ... 1925... Prok. d. Fried. Krupp Grusonwerke AG, Magdeburg

ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(14) Bd. 1, S. 88.

Ostermann, Dr. Heinrich (1886-)

- a) 1937(?)-1945(?) Hgeschf. d. WG Elektroindustrie

(29) 1941/42, S. 718.

3.12. WG Feinmechanik/Optik

3.12.1. Leiter der WG

Hauptner, Dr. h. c. Rudolf (1862-1943 oder 44?)

- a) Vors. d. Dt. Gesellschaft für Mechanik u. Optik; 1934-Sept. 1937 Leiter d. WG Feinmechanik u. Optik (Ausscheiden aus Altersgründen)
- b) ... 1929-1943 oder 1944 Persh. Ges., Inh. H. Hauptner KG, Fabrik für landwirtschaftliche u. tierärztliche Erzeugnisse, Berlin, Solingen, Hannover, München, Leipzig, u. Inh. d. Instrumentenfabrik für Veterinärmedizin u. -chirurgie, Berlin

(13) S. 875; (14) Bd. 1, S. 93; (15) 1941, Bd. 7, S. 60; 1944, Bd. 7, S. 89;

(28) 1935, S. 612; (34) S. 528 f.

Henrichs, Dr. h. c. Paul (1882-1962?)

- a) Präsidialmitgl. d. Dt. Gesellschaft für Mechanik u. Optik; Vorst. d. RDI; Aug. 1934-Sept. 1937 stellv. Leiter, Sept. 1937-Febr. 1944 Leiter d. WG Feinmechanik u. Optik ("Rücktritt aus organisatorischen Gründen") u. Leiter d. FG Optik u. d. FuG Mikroskopie dieser WG; ab Aug. 1942 Leiter d. Reichsstelle für Feinmechanik; Beirat d. Mittelthüringischen IHK Weimar u. d. WK Thüringen; ab 1943 VPräs. d. Bauwirtschaftskammer Thüringen; bis 1941(?) Mitgl. d. "Rußlandausschusses d. dt. Wirtschaft"
- b) ... 1928-1945 AR, stellv. VdAR, Geschf. Carl Zeiss, Optische Werke, Jena; 1926-1945 Geschf. d. Carl-Zeiss-Stiftung; 1926-1937 AR, 1938-1941(?) stellv. VdAR, ab 1942(?) VdAR Zeiss Ikon AG, Dresden; VdAR Emil Busch AG, Optische Industrie, Rathenow, u. a. AR-Posten, vor allem in d. optischen Industrie
- c) 1942-1943... Leiter d. Sonderausschusses G II (Allgemeine feinmechanische u. optische Erzeugnisse) u. Rüstungsbeauftragter für Feinmechanik u. optische Erzeugnisse d. Reichsmin. Speer; ab 1934 förderndes Mitgl. d. SS; Wehrwirtschaftsführer

d) von einer Spruchkammer als "entlastet" eingestuft

e) von 1947-1960... Geschf. Zeiss-Opton, Optische Werke Oberkochen GmbH, Oberkochen (bzw. als Vertreter d. Carl-Zeiss-Stiftung Heidenheim in d. Gesch. Itg.); ... 1951-1962 VdAR, stellv. VdAR, AR Zeiss-Ikon AG, Stuttgart, u. a. AR-Posten, vor allem in d. optischen Industrie; ... 1955... Vorst. mitgl., ... 1958... Ehrenmitgl. d. Verbandes d. dt. Feinmechanik u. optischen Industrie e. V., Köln

(9) 1928, S. 689; 1935, S. 556; 1936, S. 589; 1940, S. 644 f.; (15) 1927, S. 1874; 1938, S. 2517; 1942, S. 4569; 1944, Bd. 7, S. 499; (16) 1953, S. o 5; 1960, S. 1616; (21) 1951, S. 228; 1953, S. 308; 1957/58, S. 353; 1961, S. 350; 1962, S. 350; (25) Bd. 1, S. 715; (29) 1941/42, S. 372; (34) S. 134, 345, 478, 528 ff., 534 f., 567, 660, 662, 779; (58) Nr. 8/1943, S. 82.

Küppenbender, Dr. Heinrich (1901-)

a) 1944-1945 Leiter d. WG Feinmechanik u. Optik; Mitgl. d. Ausschusses für Leistungssteigerung d. Gauwirtschaftskammer Thüringen

b) ... 1925... Leiter d. Konstruktionsbüros, ... 1935-1937 stellv. Vorst., 1938-1941... Vorst. Zeiss Ikon AG, Dresden; ab 1941 Vorst., Leiter, Betr. F. Carl Zeiss, Optische Werke, Jena; 1941-1945 Geschf. d. Carl-Zeiss-Stiftung, Jena; stellv. VdAR Emil Busch AG, Optische Industrie, Rathenow

c) ab Mai 1942 Leiter d. Sonderausschusses G I (Optisches u. feinmechanisches Rüstungsgerät), ... 1943-Dez. 1944 Leiter d. Hauptausschusses Feinmechanik/Optik, ab Dez. 1944 Leiter d. Gruppe Feinmechanik u. Optik d. Hauptausschusses Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik (Zusammenlegung d. Hauptausschüsse Elektrotechnik u. Feinmechanik/Optik) d. Reichsmin. Speer; Wehrwirtschaftsführer; Beauftragter für d. Sondergebiet Bombenziele d. Luftwaffe

d) in USA-Haft, dann stillschweigend entlassen, 1947 von einer Spruchkammer als "entlastet" eingestuft

e) ab Jan. 1947 Ges., Geschf., Vorst. d. Zeiss-Opton, Optische Werke Oberkochen GmbH, Oberkochen; 1957(?) - 1972... Bevollmächtigter d. Carl-Zeiss-Stiftung, Heidenheim; ... 1958... Vorst., Geschf. Carl Zeiss, Heidenheim; ... 1949-1968... stellv. VdAR Zeiss-Ikon AG, Stuttgart; ... 1953-1968... VdAR M. Hensoldt & Söhne AG, Wetzlar; ... 1975-1976 VdAR Robert Bosch GmbH, Stuttgart; ... 1967-1968... AR Dt. Bank u. a. AR-Posten; ... 1955-1957... Vorst. Rationalisierungskuratorium d. Dt. Wirtschaft, Frankfurt/M.

(1) S. 55; (6) S. 194; (15) 1944, Bd. 7, S. 499; 1949/50, S. 1910; 1953/54, S. 1411; (16) 1953, S. o 5; 1960, S. 1616; 1962, S. 1692; (21) 1951, S. 326; 1953, S. 442; 1955, S. 442 f.; 1957/58, S. 505 f.; 1962, S. 502; 1967, S. 679; 1968, S. 663 f.; 1972, S. 723; 1975, S. 738; 1976, S. 698; (34) S. 134, 534 ff., 567 f., 660; (43) S. 10, 22; (60) Nr. 20/1943, S. 215; Nr. 52/1945, S. 544.

3.12.2. Geschäftsführer der WG

Albrecht, Dr. Karl (1902-)

a) 1934-1943 Hgeschf. d. WG Feinmechanik u. Optik; 1944(?) - 1945 Leiter d. Hauptabt. Außenwirtschaft d. RGI u. d. RWK; Leiter d. Prüfungsstelle Feinmechanik u. Optik

b) 1924-1934 Prok. u. Abt. leiter in Fa. Emil Busch AG, Optische Industrie, Rathenow; stellv. Vorst. IG Farbenindustrie, Berlin; 1934 Geschf. d. Dt. Gesellschaft für Mechanik u. Optik

c) Mai 1942-1945(?) stellv. Leiter d. Sonderausschüsse G I u. G II (Optisches

u. feinmechanisches Rüstungsgerät u. Allgemeine feinmechanische u. optische Erzeugnisse) d. Reichsmin. Speer; ab 1920 in d. dt.-völkischen Studienbewegung tätig; Mitgl. d. SA

- e) 1945-1949 freiberufliche wirtschaftswiss. Tätigkeit (Unternehmensberatung); bis 1949 Mitarbeit in den Wirtschaftsmin. von Bayern u. Württemberg-Hohenzollern (Beteiligung an d. Neuorganisation d. Wirtschaftsverbände d. Feinmechanik/Optik; 1948-1949 Leiter d. Dt. Koordinierungsausschusses für d. ERP-Arbeiten in d. französischen Zone; 1949-1953 Leiter d. Hauptabt. wirtschaftliche Zusammenarbeit im Bundesmin. für Angelegenheiten d. Marshall-Plans, Bonn-Bad Godesberg; 1953-1967 Hgeschf. d. IHK Düsseldorf; ... 1968... Geschf. Vorst. C. Rudolf Poensgen Stiftung e. V. zur Förderung d. Führungsnachwuchses in d. Wirtschaft u. d. Stiftung zur Förderung überbetrieblicher Ausbildung e. V.

ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über die Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(11) S. 29; (14) Bd. 1, S. 93; (21) 1953, S. 8; 1957/58, S. 9; 1962, S. 8; 1968, S. 11; (28) 1955, S. 10 f.; 1958, S. 11; 1973, S. 10; (29) 1940, S. 8; 1941/42, S. 8; (30) bes. T. 1; (34) S. 527 ff., 532 ff., 547, 551 ff.; (55) S. 293 Anm. 5.

3.13. WG Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (1937 geteilt in: Werkstoffverfeinerung und verwandte Eisenindustrieweige; Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie; Metallwaren und verwandte Industriezweige)

3.13.1. Leiter der WG

Hartkopf, Erich

Juni 1934-Mai 1935 Leiter d. WG Eisen-, Blech- u. Metallwarenindustrie, s. bei Hartkopf in seiner Funktion als Leiter d. HG III d. RGI.

Melmer, Johannes (1887-)

a) Mai 1935-April 1937 Leiter d. WG Eisen-, Blech- u. Metallwarenindustrie (Rücktritt); ab 1930 Mitgl., ab 1934 VPräs. d. HK Siegen-Olpe-Dillenburg; ... 1940-1942... Leiter d. Zweigstelle Siegen d. Industrieabt. d. WK Westfalen u. Lippe

b) ab 1919 Prok., ... 1930... geschf. Ges., ... 1935-1945(?) Inh. Schmidt & Melmer, Blechwarenfabrik u. Verzinkerei, Weidenau a. d. Sieg; 1924-1934 Vors. d. Arbeitgeberverbandes d. Siegerländer Gruben u. Hütten (mit kurzen Unterbrechungen)

(14) Bd. 1, S. 99; (15) 1944, Bd. 7, S. 931; (29) 1941/42, S. 637.

3.13.2. Geschäftsführer der WG

Reinhold, Hermann (1886-)

a) 1934-Mai 1935 Organisationsleiter, Hgeschf. d. WG Eisen-, Blech- u. Metallwarenindustrie

b) 1912-1927 Betriebsingenieur u. -leiter in d. eisenschaffenden u. -verarbeitenden Industrie; 1927-1933 Abt.leiter u. geschf. Vorst. d. Eisen- u. Stahlwerke Industriebund, Wuppertal-Elberfeld

c) bis 1935 verschiedene Funktionen in d. Gaultg. Düsseldorf d. NSDAP; 1935 SS-Scharführer

(28) 1935, S. 1282.

Büchner, Dr. Theodor (1902-)

- a) Mai 1935-April 1937 Geschf., Hgeschf. d. WG Eisen-, Blech- u. Metallwarenindustrie; ab 1935 Leiter d. Prüfungsstelle Eisen-, Blech- u. Metallwarenindustrie
- c) bis 1935 Wirtschaftspolitischer Berater d. Gaultg. Westfalen Süd d. NSDAP, Mitgl. d. NSDAP

ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(14) Bd. 1, S. 100.

3.14. WG Werkstoffverfeinerung und verwandte Eisenindustrieweige

3.14.1. Leiter der WG

Hesterberg, Alex (1876-)

- a) Sept. 1937-Jan. 1943 Leiter d. WG Werkstoffverfeinerung u. verwandte Eisenindustrieweige (Rücktritt aus Altersgründen); ...1935-1942...Präs. d. Südwestfälischen IHK, Hagen; ...1942...Leiter d. Zweigstelle Hagen d. Industrieabt. d. WK Westfalen u. Lippe
- b) ...1940-1942...Mitinh. d. Fa. Hesterberg u. Söhne oHG, Milspe/Westf.; ...1940...Präs. d. Industrie- und Handelsbank, Hagen
- c) ...1937-1942...Vors. d. Außenhandelsstelle für Südwestfalen

(14) Bd. 3, S. 242; (19) S. 161; (29) 1940, S. 347; 1941/42, S. 383; (58) Nr. 6/1943, S. 60.

Schröder, Karl E. (1891-)

- a) Jan. 1943-1945 Leiter d. WG Werkstoffverfeinerung u. verwandte Eisenindustrieweige; ...1940-1942... Leiter d. Fachunterabt. Stabziehereien-Industrie dieser WG
- b) ...1940-1943...Inh. Schröder, Voigt & Co, Düsseldorf
- c) Wehrwirtschaftsführer
- e) 1945-1957...Persh. Ges. Schröder, Voigt & Co, Düsseldorf; 1945-1958... Vors. Fachvereinigung Stabziehereien, Düsseldorf, u. a. Funktionen in Verbänden d. Ziehereiindustrie

(21) 1951, S. 531; 1953, S. 728; 1957/58, S. 829; (28) 1958, S. 1163; (29) 1941/42, S. 907; (43) S. 24; (58) Nr. 6/1943, S. 60.

3.14.2. Geschäftsführer der WG

Putsch, Hanns (1903-)

- a) Sept. 1937-1945 Hgeschf. d. WG Werkstoffverfeinerung u. verwandte Eisenindustrieweige
- b) ...1940-1942...AR d. AG für wirtschaftliche Unternehmungen d. Ennepe-Ruhrkreises, Gevelsberg

(29) 1940, S. 682; 1941/42, S. 764.

3.15. WG Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie

3.15.1. Leiter der WG

Thiel, Reinhold

1937 komm. Leiter d. WG Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie, s. bei Thiel

als Leiter d. HG III d. RGI.

Becker, Karl (1885-)

- a) Aug. 1937-1943 Leiter d. WG Eisen-, Stahl- u. Blechwarenindustrie; Leiter d. Bezirksfachgemeinschaft Eisen- u. Metallindustrie d. WK Düsseldorf u. VPräs. d. Bergischen IHK, Wuppertal-Remscheid
- b) ...1935-1942...Inh. Vereinigte Beckersche Werkzeugfabriken, Remscheid
- (29) 1940, S. 43; 1941/42, S. 47.

Berg, Fritz (1901-1979)

- a) Juli 1943 komm. Leiter d. WG Eisen-, Stahl- u. Blechwarenindustrie; ab Mai 1943 Leiter d. FG Metallmöbel u. Matratzen; ...1940-1945 Leiter d. FG Fahrrad- u. Kraftradteilindustrie u. a. Funktionen in dieser WG; Beirat d. Südwestfälischen IHK Hagen u. Leiter d. Fachgemeinschaft Eisen- u. Metallindustrie d. WK Westfalen u. Lippe
- b) 1928-1933 Prok., 1934-1939 Teilh., 1940-1945 Inh. Fa. Wilhelm Berg, Draht- u. Drahtwarenfabrik, Altena
- e) ab 1945 Inh. W. Berg, Stahldrahtzieherei u. Metallwarenfabrik, Altena; 1945-1947 Bürgermeister u. Landrat in Altena; ab 1946 Vors. d. Wirtschaftsverbandes Eisen-, Blech-, Metallwarenindustrie, Düsseldorf; 1948-1971 Präs. d. Südwestfälischen IHK, Hagen; 1949-1971 Präs., ab 1971 Ehrenpräs. d. Bundesverbandes d. Dt. Industrie; 1957-1960 Präs., dann Ehrenpräs. d. Rates d. Europäischen Industrieverbände; VR Dt. Vereinigung zur Förderung d. Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich e. V., Frankfurt/M.; Vorst. Altenaer Gemeinnützige Baugesellschaft, Altena (Westf.); VdAR Gesellschaft zur Förderung d. Dt.-Amerikanischen Handels mbH u. Funktionen in anderen Verbänden u. Vereinigungen

(6) S. 171; (21) 1951, S. 36; 1953, S. 51; 1957/58, S. 58; 1962, S. 56; (23) Nr. 4237⁵-4237⁶ v. 22.5.1971 u. v. 30.10.1971; (28) 1958, S. 73 f.; 1973, S. 68; (31) S. 27-33; (46) S. 17-24; (51) S. 171; (56) Anhang; (58) Nr. 16/1942, S. 216.

Wolff, Karl Gerhard (1893-)

- a) 1943(?) -1945 Leiter d. WG Eisen-, Stahl- u. Blechwarenindustrie u. Leiter d. FG Industrie verschiedener Eisen- u. Stahlwaren; Mitgl. d. Außenhandelsausschusses u. d. Ausschusses für Verkehrsfragen d. RGI
- b) ...1935-1945(?) VdVorst., Gen. dir., Betr. F. d. Alexanderwerke AG, Remscheid; ...1940-1942...Hgeschf. d. "Wimab" Wittener Maschinenfabrik GmbH, Witten (gehörte zu den Alexanderwerken); VdAR: Reigerwerke AG, Aalen/Württemberg - Eschebachwerke AG, Radeberg - Grundstücksverwaltungs-AG, Aalen/Württemberg
- c) ab 1942 Mitgl. d. Industrierats beim OKH; Leiter d. Kommission Munition u. d. Hauptausschusses Eisen-, Blech-, Metallwaren d. Reichsmin. Speer u. ab Febr. 1945 Rüstungsbevollmächtigter d. Reichsmin. Speer; Wehrwirtschaftsführer
- e) ...1951... Mitarbeiter d. Dt. Messe- u. Ausstellungs-AG, Hannover-Messe-gelände; ...1957-1959...Geschf. d. Itzehoer Netzhandlung GmbH u. Vorst. d. Itzehoer Netzfabrik AG, Itzehoe; Geschf. ELAC, Electroacoustic GmbH, Kiel; Vors. Landesvertretung Schleswig-Holstein d. Bundesverbandes d. Dt. Industrie; Vorst. Arbeitgeberverband für Südwest-Holstein bis 1958(?); Mitgl. Hauptausschuß d. Dt. Gruppe d. Internationalen HK, Köln, u. VPräs. d. IHK Kiel

(15) 1935, S. 7595; 1940, S. 5289; 1944, S. 2449; (16) 1956/57, S. i 11; (21) 1951,

S. 649; 1957/58, S. 1017; 1959, S. 1028; (26) S. 453; (28) 1958, S. 1393 f.; 1962, S. 1735; (29) 1941/42, S. 1112; (43) S. 24; (47) S. 47, 286, 353 Anm. 101.

3.15.2. Geschäftsführer der WG

Pilz, Dr. Bruno (1890-)

- a) April-Aug. 1937 komm. Geschf., Aug. 1937-1945 Geschf., Hgeschf. d. WG Eisen-, Stahl- u. Blechwarenindustrie
- c) bis 1938 Mitgl. d. Sudetendt. Partei, Mitgl. d. freiwilligen Schutzstaffel, ab 1938 Mitgl. d. NSDAP
- e) 1946-1962...Hgeschf., ...1965-1970 geschf. Präsidialmitgl., ab 1971 beratendes Präsidialmitgl. d. Wirtschaftsverbandes Eisen-, Blech- u. Metallwaren-Industrie e. V. für d. Bundesgebiet, Düsseldorf; an d. Gründung d. Bundesverbandes d. Dt. Industrie beteiligt u. Funktionen in anderen Unternehmerorganisationen

(21) 1951, S. 439; 1953, S. 598; 1957/58, S. 684; 1962, S. 679; 1970, S. 933; 1971, S. 981; 1972, S. 981 f.; (28) 1969/70, S. 977; (29) 1941/42, S. 744.

3.16. WG Metallwaren und verwandte Industriezweige

3.16.1. Leiter der WG

Roth, Dr. Kurt (1900-)

- a) Mai 1935-Aug. 1937 Leiter d. FG Metallwaren d. WG Eisen-, Blech- u. Metallwarenindustrie; Aug. 1937-Juli 1941 Leiter d. WG Metallwaren u. verwandte Industriezweige; Leiter d. FG Metallmöbel u. Matratzen dieser WG
- b) ...1935-1940...Persh. Ges., Mitinh. L. & C. Arnold KG, Schorndorf/Württemberg
- c) 1939 zum Militärdienst eingezogen

(29) 1940, S. 734.

Voelck, Ernst (1896-)

- a) bis 1942 stellv. Leiter, Jan. 1943-1945 Leiter d. WG Metallwaren u. verwandte Industriezweige; Leiter d. FG Spielwaren u. Christbaumschmuck dieser WG; ab Juli 1943 Präs. d. Gauwirtschaftskammer Franken, Nürnberg; stellv. Leiter d. Sektion I Bayern d. Süddt. Edel- u. Unedelmetall Berufsgenossenschaft, Nürnberg
- b) ...1942...Persh. Ges. Johann Distler KG Nürnberg u. Vereinigte Spielwarenfabriken, Nürnberg
- e) ...1963...Komplementär d. Trix Vereinigte Spielwarenfabriken Ernst Voelck KG, Nürnberg

(15) 1941, Bd. 7, S. 456 f.; (16) 1962, S. 1675; (21) 1962, S. 937; 1963, S. 950; (29) 1941/42, S. 1037; (58) Nr. 22/1943, S. 280; Nr. 28/1943, S. 343.

3.16.2. Geschäftsführer der WG

Poelchen, Dr. Ulrich (1896-)

- a) Nov. 1937-1945 Hgeschf. d. WG Metallwaren u. verwandte Industriezweige
- b) ...1934...Geschf. in Vertretung d. IHK Solingen
- e) ...1951-1958...Geschf. d. Fachverbandes Metallwarenindustrie e. V., Düsseldorf, u. d. Fachverbandes Musikinstrumente u. phonographische Erzeugnisse, Stuttgart

(18) S. 83; (21) 1951, S. 442; 1953, S. 603; 1957/58, S. 689; (28) 1958, S. 977;
(29) 1941/42, S. 749.

3.17. WG Steine und Erden

3.17.1. Leiter der WG

Baldermann, Erik (1893-)

- a) Aug. 1934-Jan. 1936 Leiter d. WG Steine u. Erden u. Leiter d. Bezirksgruppe Pommern u. d. FG Isolier- u. Leichtbauplatten dieser WG; 1934-1939... stellv. Leiter, ... 1942... Leiter d. Industrieabt. d. WK Pommern; ab 1935(?) - 1942 ... VPräs. d. IHK Stettin
- b) bis 1932 Prok., 1933-1942(?) Vorst., Dir. d. Stettiner Portlandzementfabriken AG, Züllchow in Pommern
- c) Wehrwirtschaftsführer

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17517, Bl. 5 (Kölnische Zeitung, Nr. 272 v. 2. 6. 1934)

(9) 1935, S. 45; 1940, S. 54 f.; (15) 1932, S. 2473; 1933, S. 1929; (19) S. 165;
(29) 1941/42, S. 29.

Siemssen, Dr. e. h. Hellmuth (1887-)

- a) Jan. - Mai 1936 komm. Leiter d. WG Steine u. Erden u. ... 1942... Leiter d. FG Kalkindustrie dieser WG; ... 1929... Ausschußmitgl. d. Vereinigung d. Dt. Arbeitgeberverbände, Berlin
- b) bis 1926 stellv. Vorst., 1927-1945(?) VdVorst. Rheinisch-westfälische Kalkwerke, Dornap; 1930-1938 AR, 1939-1945(?) VdAR Trierer Kalk- u. Dolomitwerke AG, Wellen/Oberursel; Mitgl. Rheinisch-Westfälischer Beirat (Köln) d. Dt. Bank, Berlin
- e) ... 1949-1955... stellv. Vorst., Vorst., Dir. d. Rheinisch-westfälischen Kalkwerke AG, Dornap; ... 1951... VdAR Trierer Kalk- u. Dolomitwerke AG, Wellen/Oberursel, u. a. Funktionen in d. Kalkindustrie; ... 1951-1955... Vorst., Ehrevors. d. Fachverbandes Kalkindustrie e. V., Köln

(9) 1926, Bd. 2, S. 889; 1927/28, Bd. 2, S. 1018; (13) S. 2139; (15) 1923/24, Bd. 2 a, S. 1356; 1927, S. 830; 1930, S. 5188; 1939, S. 892; 1944, S. 699, 764; 1949, S. 865; (21) 1951, S. 554; 1953, S. 760; (28) 1955, S. 1122; (29) 1940, S. 843;
1941/42, S. 944.

Müller, Alfred (1892-)

- a) Mai 1936-Juli 1943 Leiter d. WG Steine u. Erden ("Rücktritt auf eigenen Wunsch") u. 1935-1942... Leiter d. FG Zementindustrie dieser WG; Leiter d. Steinbruch-Berufsgenossenschaft; ... 1942... stellv. Vors. Dt. Zementverband, Berlin
- b) 1920-1945(?) Dir. u. Vorst. d. "Adler" Dt. Portland-Cement Fabrik AG, Rüdersdorf bei Berlin (1941 auf Schlesische Portland-Zement-Industrie AG, Oppeln übertragen = "OMZ" Vereinigte Ost- u. Mitteldt. Zement AG, Oppeln, dort auch Vorst.)
- c) Mitgl. d. NSDAP
- e) ... 1953-1957... VR Nord-Bau GmbH, Goslar; 1954(?) - 1957... AR "OMZ", Ostmitteldt. Zement-Industrie AG, Dortmund u. a. AR-Posten, vor allem in d. Zementindustrie

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17677, Bl. 19 f. (Steinindustrie u. Straßenbau, Nr.

19-20/1942; ZStA, RWM, Nr. 9104, Bl. 68 (Lebenslauf v. April 1936)

(9) 1935, S. 989; (15) 1924/25, Bd. 1, S. 1825; 1940, S. 7787; 1941, S. 7761; 1944, S. 2897; 1953/54, S. 2975; (21) 1953, S. 539; 1957/58, S. 614; (25) Bd. 2, S. 1280; (29) 1941/42, S. 670.

Peters, Carl (1897-)

a) 1943-1945(?) Leiter d. WG Steine u. Erden u. ... 1942... Leiter d. FG Feuerfeste Industrie u. Obmann d. Fachabt. Isolier- u. Leichtbauplatten d. FG Asbestzement u. Leichtbauplatten dieser WG

b) ab 1931 Vorst., ab 1934(?) VdVorst., Dir., bis 1943(?), Gen. dir. d. Anna- werke Schamotte- u. Tonwaren-Fabrik AG, vorm. J. R. Geith, Oeslau; ... 1939-1942... Vorst. d. Buchtal AG, Keramische Betriebe d. Reichswerke "Hermann Göring", Oeslau

e) ... 1951-1953... Vorst. Buchtal AG, Keramische Betriebe, Oeslau bei Coburg, Betrieb Schwarzenfeld/Oberpfalz

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17695, Bl. 15 f. (Baumaterialien-Markt, Nr. 13/1935)

(9) 1939, S. 1243; (15) 1931, S. 4237; 1935, S. 6569; 1943, S. 5665; (21) 1951, S. 434; 1953, S. 591; (29) 1940, S. 655; 1941/42, S. 733.

3.17.2. Geschäftsführer der WG

Böhland, Dr. Eberhard (-)

a) 1935-1944 Geschf., Hgeschf. d. WG Steine u. Erden ("Beseitigung d. Arbeitsverhältnisses in gegenseitigem Einverständnis") u. Geschf. d. FG Zementindustrie; ab 1935 Leiter d. Prüfungsstelle Steine u. Erden

b) bis 1935 Geschf. u. AR d. Dt. Zementbundes

ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(29) 1941/42, S. 83.

Langeheine, Richard (1900-)

a) ab 1935 stellv. Geschf., ab Febr. 1944 komm. Hgeschf., Juli 1944-1945 Hgeschf. d. WG Steine u. Erden u. d. FG Edeldputzindustrie u. Stein- u. Terrazzomahlwerke dieser WG

b) ab 1925 am Oberlandesgericht Kiel, 1931 Gerichtsassessor in Celle, 1932-1933 Gerichtsassessor, Staatsanwaltschaftsrat beim Landgericht Stettin; 1933-1934 Oberbürgermeister in Stolp/Pommern

c) ab 1943 Geschf. Stellvertreter d. Leiters d. Hauptrings Steine u. Erden d. Reichsmin. Speer; Mitgl. d. NSDAP, 1933-1934 NSDAP-Kreisleiter, 1933(?) ehrenamtlicher Beisitzer beim Gaugericht Mark Brandenburg d. NSDAP

e) ab 1945 Anwaltspraxis in Peine; 1948-1955 u. ab 1961 Ratsmitgl. in Peine; 1951-1952 Landrat; 1949-1955 Mitgl. d. Kreistages; ab 1955 MdL (DP, GDP, CDU /ab 1961/); 1952-1955, 1961-1964, ab 1970 Bürgermeister in Peine; 1955-1956 Justizmin., 1956-1959 Kultusmin., 1965-1970 Kultusmin. u. stellv. Min. präs. in Niedersachsen; in den fünfziger Jahren Führungsstellung in d. DP; 1968... Vors. d. CDU-Landesverbandes Niedersachsen

ZStA, RWM, Nr. 9106, Bl. 196 (Lebenslauf v. 21. 2. 1944)

(23) Nr. 11 107 v. 6. 5. 1972; (28) 1958, S. 739; 1973, S. 621; (29) 1941/42, S. 560.

3.18. WG Bauindustrie

3.18.1. Leiter der WG

Vögler, Eugen (-)

1934-Okt. 1942 Leiter d. WG Bauindustrie, s. bei Vögler in seiner Funktion als Leiter d. HG IV d. RGI.

Gärtner, Bruno (1895-)

a) Nov. 1942-Dez. 1942 komm. Leiter, Dez. 1942-1945 Leiter d. WG Bauindustrie

b) bis 1934 stellv. Vorst., 1934-1945 Vorst., Dir. d. Wayss & Freytag AG, Frankfurt/M.; Grubenvorst. Gewerkschaft Walter, Essen; Mitgl. Landes-Ausschuß für Hessen u. Frankfurt/M. d. Dresdner Bank, Berlin

e) 1945-1962 Vorst., Persh. Ges. d. Wayss & Freytag AG, Frankfurt/M.; Vorst. Gewerkschaft Walter, Essen; Mitgl. Landesausschuß Hessen d. Rhein-Main Bank AG bzw. d. Dresdner Bank; Vors. d. Fachabt. Hoch-, Tief- u. Konstruktiver Ingenieurbau im Hauptverband d. Dt. Bauindustrie e. V.; Mitgl. d. Exportausschusses d. Bauindustrie u. Mitgl. d. Arbeitskreises für d. Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern im Bundesverband d. Dt. Industrie

(15) 1943, S. 5295; 1951/52, S. 863; (21) 1951, S. 162; 1953, S. 221; 1957/58, S. 253; 1961, S. 251; 1962, S. 251; (29) 1940, S. 240; 1941/42, S. 263.

3.18.2. Geschäftsführer der WG

Stroux, Ludwig (1879-)

a) 1934-1936 Hgeschf. d. WG Bauindustrie; ab 1935 Leiter d. Prüfungsstelle Bauindustrie

b) bis 1914 als Richter u. Staatsanwalt in Elsaß-Lothringen; ab 1919 Synd. u. Geschf. beim Beton- u. Tiefbau Arbeitgeberverband für Deutschland u. beim Betonwirtschaftsverband; ab 1928 im Reichsverband industrieller Bauunternehmer u. 1933 im Reichsverband d. Ingenieurbaus

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(14) Bd. 1, S. 113 f.; (18) S. 468.

Obwurzer, Herbert v. (1888-)

a) Juli 1936-Mai 1939 Hgeschf. d. WG Bauindustrie; Juni 1940-1942 Hgeschf. d. WG Glasindustrie

b) 1907-1919 aktiver Offizier; 1919-1920 als Mitgl. d. "Eisernen Division" im Baltikum; Beteiligung am Kapp-Putsch; 1920-1923 führend in österreichischen Freicorps; 1923-1932 Studium d. Volkswirtschaft, dann in d. Industrie tätig (Lebens- u. Genußmittelindustrie, später Papierherstellung)

c) Mitgl. d. NSDAP, ab 1931 ehrenamtliche, 1932-1936 hauptamtliche Mitarbeit in d. Reichsltg. d. NSDAP (ab 1934 Stellv. d. Beauftragten für Wirtschaftsfragen beim "Stellverteter d. Führers"); 1939-1940 Kriegsdienst

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17685, Bl. 87 (Aktennotiz über ein Referat v. Obwurzers am 9. 12. 1936 über Probleme d. Bauindustrie)

(27) 1942, S. 360; (29) 1941/42, S. 709.

Ruf, Rudolf (-)

a) April 1939-Juli 1939 komm. Hgeschf. d. WG Bauindustrie

b) 1935-1936...VdVorst., ...1940-1945(?) Vorst. d. Glückauf Bau AG, Berlin;
...1938-1943:..stellv. Vorst. AG für Hoch- u. Tiefbauten, Essen, Regierungs-
baumeister

(15) 1935, S. 4791; 1938, S. 7323; 1943, S. 4849; 1944, S. 3562; (29) 1941/42,
S. 830.

Knecht, Dr. Karl (1895-)

- a) 1935-1939 Geschf. d. Bezirksgruppe Rheinland/Westfalen d. WG Bauindustrie;
Juli 1939-Dez. 1939 komm. Hgeschf., Dez. 1939-1945 Hgeschf. d. WG Bauin-
dustrie
- b) 1920-1922 Assistent d. Geschf. d. Treuhandgesellschaft Rossberg & Co, Köln;
1922-1935 Geschf. verschiedener Unternehmerverbände d. Bauindustrie u. d.
Bauhandwerks im Rheinland u. d. Reichsverbandes d. Ingenieurbaus, Bezirks-
gruppe Rheinland u. Westfalen
- c) ab 1933 Mitgl. d. NSDAP

ZStA, RWM, Nr. 9114, Bl. 196-198 (Lebenslauf v. 10. 6. 1939)

(29) 1941/42, S. 497.

3.19. WG Holzverarbeitende Industrie

3.19.1. Leiter der WG

Nonn, Hans (1882-)

- a) 1934-Juni 1943 Leiter d. WG Holzverarbeitende Industrie (ab 1938 wegen Kon-
takt zu einer jüdischen Firma suspendiert); Beirat d. IHK Berlin u. d. WK
Berlin-Brandenburg
- b) 1901-1921 aktiver Militärdienst (1906-1909 Militärtechnische Akademie in
Berlin, 1911-1914 Kriegsakademie Berlin, 1915-1921 im Generalstab /Major/,
letzte Dienststellung Chef d. dt. Verbindungsstelle d. Heeres-Friedenskom-
mission für d. Industrieabrüstung d. besetzten Gebiete); 1921-1923 Geschf.
einer Gruppe von Waggonfabrikanten, Berlin; 1923 (oder 1925)-1943(?) Vorst.,
Dir. u. Geschf. d. Christoph & Unmack AG, Niesky/OL; Geschf. d. Eisenbeton- u.
Tiefbau GmbH Christoph & Unmack, Berlin; VdAR:Bata AG, Ottmuth/OS-Ota,
Schlesische Schuh-Werke Ottmuth AG - Paul Firchow Nfl., Apparate- u. Uhrenfab-
rik AG, Berlin
- c) Mitgl. d. NSDAP, 1935 wegen Kontakt zu einer jüdischen Firma ausgeschlossen

ZStA, RWM, Nr. 9161, Bl. 74 (Antrag auf Ernennung zum Leiter d. WG Holzver-
arbeitende Industrie), Bl. 91-168 (Ausschluß aus d. NSDAP u. Ablösung als
Wirtschaftsgruppenleiter wegen Kontakt zu einer jüdischen Firma)

(9) 1935, S. 1044; 1937, S. 1097; 1939, S. 1192; 1940, S. 1193; (13) S. 1616;
(14) Bd. 1, S. 118; (15) 1926, S. 4988; (25) Bd. 2, S. 1335 f.; (29) 1941/42, S.
705; (59) S. 43.

Kühn (-Behr) Dr. Emil (1886-)

- a) Aug. 1934-März 1938 stellv. Leiter, März 1938-Juni(?) 1943 komm. Leiter
d. WG Holzverarbeitende Industrie ("Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen")
u. Leiter d. FG Möbelindustrie dieser WG
- b) ...1940-1945 Teilh. u. Betr. F. d. Behr, Möbelfabrik, Wendlingen/Württem-
berg; ...1940...VdVorst. Württembergische Vereinigte Möbelfabriken Schild-
knecht u. Roll & Gerber AG, Stuttgart
- e) 1945(?)-1968(?) Persh. Ges. Erwin Behr, Wendlingen(Württ.), Möbelfabrik,
Spanplattenwerk, Holzgehäusefabrik; ...1957-1960...Vors. Fachabt. Möbel

im Hauptverband d. Dt. Holzindustrie u. stellv. Vors. d. Süddt. Holz-Berufsgenossenschaft

ZStA, RWM, Nr. 9113, Bl. 136 (Berufung zum komm. Leiter d. WG Holzverarbeitende Industrie am 17. 3. 1938)

(15) 1944, Bd. 7, S. 936; (16) 1956/57, S. w 27; 1962, S. 2131; (21) 1953, S. 439; 1957/58, S. 503; 1960, S. 495; 1968, S. 660; (29) 1940, S. 488; 1941/42, S. 542; (59) S. 43.

Goebels, Dr. Heinrich (1901-)

- a) Juni 1943-1945 Leiter d. WG Holzverarbeitende Industrie, Dez. 1944-1945 Leiter d. WG Sägeindustrie; 1938-1942 Präs. d. IHK Mannheim, ab 1943 Präs. d. Gauwirtschaftskammer Mannheim
- b) ... 1939-1943... Dir., Inh. (bzw. Teilhaber) u. Betr. F. d. Fa. Huth & Co, Mannheim
- c) Leiter d. Außenhandelsstelle Baden, Saar u. Pfalz; Mitgl. d. NSDAP, Wehrwirtschaftsführer

ZStA, RWM, Nr. 9113, Bl. 176 (Akttenotiz über d. Berufung zum Wirtschaftsgruppenleiter d. WG Holzverarbeitende Industrie)

(9) 1939, S. 499; 1940, S. 504; (26) S. 157; (29) 1940, S. 259; 1941/42, S. 285; (59) S. 43.

3.19.2. Geschäftsführer der WG

Baum, Gustav (1892-)

- a) 1934-1945 Hgeschf. d. WG Holzverarbeitende Industrie; ab 1935 Leiter d. Prüfungsstelle Holzverarbeitende Industrie
- b) 1917-1918 im Generalstab; 1919-1920 im Reichswehrmin. (Hauptmann); 1920-1934 Synd. u. geschf. Vorst. d. Wirtschaftsverbandes d. Dt. Holzindustrie (=FG Holzverarbeitende Industrie im RDI, ab 1933 im Reichsstand d. Dt. Industrie; Mitgl. d. Hauptausschusses d. RDI
- c) Mitgl. d. NSDAP u. d. SA-Reserve; Mai 1941-Mai 1943 im Generalstab
- e) 1948-1962 Hgeschf. u. geschf. Präsidialmitgl. d. Hauptverbandes d. Dt. Holzverarbeitenden Industrie u. verwandter Industriezweige e. V., Wiesbaden, u. a. Verbände d. Holzverarbeitenden Industrie

ZStA, DAF, AWL, Ztg., Nr. 17522, Bl. 3 (Akttenotiz über eine Ansprache Baums am 13. 3. 1937 über: "Die Holzindustrie im Vierjahresplan"); ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(11) S. 44; (13) S. 111 f.; (14) Bd. 1, S. 119; (21) 1951, S. 25; 1953, S. 34; 1957/58, S. 39; 1962, S. 38; (26) S. 45; (28) 1951, S. 25; 1958, S. 51; 1962, S. 61; (29) 1940, S. 36; 1941/42, S. 40; (59) S. 43.

3.20. WG Glasindustrie

3.20.1. Leiter der WG

Grisar, Dr. Carl Martin (-)

- a) 1934-1940 Leiter d. WG Glasindustrie
- b) bis 1934 Vors. d. Wirtschaftspolitischen Abt. d. Reichsverbandes d. Dt. Hohlglasindustrie; ... 1940-1942... Geschf. Gebrüder Putzler, Glashüttenwerke ke GmbH, Penzig/Ol; Leiter d. Glastreuhand GmbH

Seeling, Dr. Otto (1891-1955)

- a) 1940 komm. Leiter, dann stellv. Leiter d. WG Glasindustrie, Leiter d. FG Flachglasindustrie dieser WG
- b) 1920(?) -1921... Dir., Vorst., ... 1930-1945(?) AR Süddeutsche Treuhandgesellschaft AG; ab 1922 Dir., ... 1925-1935... Gen. dir. d. Tafel-, Salin- u. Spiegelglasfabriken AG; ... 1930... Vorst. Rheinische Ziehglas AG, Porz-Urbach; 1932-1945(?) Vorst., VdVorst., Gen. dir. d. Dt. Tafelglas AG (Detag), Fürth; ... 1940-1942... Geschf. Vereinigte Vopelius'sche u. Wentzel'sche Glashütten GmbH, St. Ingbert/Saar (Vereinigung aller in Deutschland in dt. Besitz befindlichen Tafelglaswerke in Seelings Hand); ... 1940... Bayerischer Beirat d. Dt. Bank; ... 1942... Beirat Verein Dt. Tafelglashütten GmbH, Frankfurt/M.; u. a. Funktionen in Unternehmen d. Glasindustrie
- c) Leiter d. Außenhandelsstelle Nordbayern, Südthüringen; Mitgl. d. NSDAP
- e) 1945(?) -1955 VdVorst., Gen. dir. d. Dt. Tafelglas AG, Fürth; VdAR Süddt. Bank, München, u. a. AR-Posten; ... 1951... Mitgl. d. Präsidiums d. Bundesverbandes d. Dt. Industrie; ... 1951-1955 Vors. d. Vereins d. Glasindustriellen u. Präs. d. Landesverbandes d. Bayerischen Industrie

(9) 1925, Bd. 2, S. 967; 1930, S. 1759; 1935, S. 1388; 1940, S. 1591; (13) S. 2104 f.; (15) 1921/22, Bd. 1, S. 234; 1932, S. 2394; 1944, S. 2821, 3582; 1949, S. 1240; 1953/54, S. 5313; (21) 1951, S. 547; 1953, S. 751; (23) Nr. 4440 v. 9. 7. 1955; (25) Bd. 2, S. 1756; (28) 1935, S. 1483; 1955, S. 1110; (29) 1940, S. 831, 1941/42, S. 932.

Schott, Prof. Dr. Erich (1891-)

- a) 1941-Dez. 1943 Leiter d. WG Glasindustrie u. ... 1941... stellv. Leiter d. FG Flachglasindustrie dieser WG; Obmann d. WG Glasindustrie für den Bezirk d. Gauwirtschaftskammer Thüringen
- b) 1927-1945 Vorst., Vors. u. Betr. F. d. Jenaer Glaswerke Schott & Gen., Jena, u. a. AR-Posten in d. Glasindustrie
- c) Mitgl. d. NSDAP; Wehrwirtschaftsführer
- e) ab 1945 Tätigkeit in kleineren früheren Zweigwerken d. Jenaer Glaswerke Schott & Gen. in Bayern; 1952-1968 Geschf., Vorst. Jenaer Glaswerke Schott & Gen., Mainz; ... 1951-1968... VdVorst., VdAR, ab 1972 AR Vereinigte Farbenglaswerke AG, Zwiesel (Bayer. Wald); ... 1951-1972 VdAR, ab 1974-1977... AR Dt. Spiegelglas AG, Freden (Leine); ... 1967-1970 Bevollmächtigter d. Carl-Zeiss-Stiftung; Beirat Süddt. Bank, Filiale Mainz, Vors. d. Beirats Rhein-Mosel d. Dt. Bank AG; ... 1952-1971... Vorst. Bundesverband d. Glasindustrie e. V., Düsseldorf, u. a. Funktionen in Verbänden d. Glasindustrie; VR d. Bundesverbandes d. Dt. Industrie; ab 1966-1977... Honorarprofessor an d. Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz

(21) 1951, S. 528; 1953, S. 724; 1957/58, S. 825; 1962, S. 818; 1967, S. 1095 f.; 1968, S. 1074; 1969, S. 1135; 1970, S. 1124; 1971, S. 1181; 1972, S. 1179; 1974, S. 1194; 1977, S. 1143; (23) Nr. 4761 v. 6. 1. 1973; (26) S. 395; (28) 1958, S. 1156; 1973, S. 990 f.; (29) 1941/42, S. 901.

Holler, Dr. Fritz (-)

- a) ab 1943(?) Leiter d. WG Glasindustrie
- b) ... 1942... Dir. Erste Böhmisches Glasindustrie AG, Bleistadt, u. Vorst. Vereinigte Böhmisches Glasindustrie AG, Teplitz-Schönau

3.20.2. Geschäftsführer der WG

Schaller, Dr. Franz (1876-1942, Verkehrsunfall)

- a) 1934(?) -Jan. 1939 Hgeschf. d. WG Glasindustrie, ab 1935 Leiter d. Prüfungsstelle Glasindustrie
- b) Bürgermeister; ... 1928-1934(?) Geschf. d. Verbandes d. Glasindustriellen Deutschlands e. V.; Verwaltungsdir. d. Glasberufsgenossenschaft u. d. Sektion I, FG Glasindustrie d. RDI; Mitgl. Ausschuß d. Vereinigung d. Dt. Arbeitgeberverbände; 1934 Geschf. im Reichsstand d. Dt. Industrie, Handelspolitischer Ausschuß

ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(13) S. 1926; (18) S. 361; (58) Nr. 23/1942, S. 319.

Lütke, Albert (1887-1939)

- a) Jan. 1939-Nov. 1939 Hgeschf. d. WG Glasindustrie
- b) ab 1919 stellv. Geschf., Geschf., ab 1925-1935(?) Hgeschf. d. Vereins z. Wahrung d. gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet (Teilnahme an den dt.-französischen Saarzollverhandlungen 1924-1927 u. den Rückgliederungsverhandlungen 1929-1930; ab 1919 in d. Geschf., ab 1925 Hgeschf. d. HK Saarbrücken; 1935(?) -1939 Hgeschf. d. IHK Saarpfalz
- c) Mitgl. d. dt. Front d. Saargebiets

(11) S. 292 f.; (14) Bd. 3, S. 100; (18) S. 80; (28) 1935, S. 1007; (58) Nr. 46/1937, S. 1402; Nr. 1/2/1939, S. 51.

Obwurzer, Herbert v.

Juni 1940-1942 Hgeschf. d. WG Glasindustrie, s. bei v. Obwurzer in seiner Funktion als Hgeschf. d. WG Bauindustrie

Datzmann, Hans (1885-)

- a) bis 1942 stellv. Hgeschf., 1942-1945 Hgeschf. d. WG Glasindustrie; Hgeschf. d. FG Flachglasindustrie u. Leiter d. Abt. Technik dieser WG
- b) ... 1928-1929... Geschf. Fachverband d. Tafelglasindustrie GmbH u. d. Arbeitgeberverbandes d. dt. Tafelglashütten e. V.

(13) S. 425; (18) S. 363; (26) S. 99; (29) 1941/42, S. 154.

3.21. WG Keramische Industrie

3.21.1. Leiter der WG

Herbell, Hans (1885-)

- a) Aug. 1934-Juni 1943 Leiter d. WG Keramische Industrie ("Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen")
- b) 1928-1945(?) Dir., Vorst. d. Vereinigten Mosaik- u. Wandplattenwerke AG, Sinzig am Rhein (1943 Verschmelzung mit d. Aktien-Ziegelei, München-Wien, zur AG für Grob- u. Feinkeramik, München-Sinzig-Wien); bis 1934 Vors. d. Verbandes keramischer Gewerbe
- e) ... 1953-1965(?) AR AG für Grob- u. Feinkeramik, München-Sinzig-Wien (ab 1963 in Ismaning)

(15) 1944, S. 3809; (21) 1953, S. 310; 1963, S. 355; 1965, S. 432; (29) 1941/42,

Scheid, Dr. Friedrich (1887-)

- a) Juni 1943-1945 Leiter d. WG Keramische Industrie; ... 1940-1942... Leiter d. Fachabt. elektrotechnische, technische u. chemisch-technische Gegenstände aus keramischen Massen dieser WG
- b) ... 1924-1935... Vorst., ... 1940-1942... Betr. F. d. Hermsdorf-Schomburg-Isolatoren GmbH, Hermsdorf; ... 1924-1942... Vorst. d. Porzellanfabrik Kahla AG, Kahla; ... 1929-1930... VR Kemmlitzer Kaolinwerke vorm. M. Wolff GmbH, Kemmlitz, u. a. Funktionen in d. Porzellanindustrie
- c) ab 1942 Leiter d. Sonderrings Elektrokemik (=Technische Keramik) d. Haupt-rings Elektrotechnische Erzeugnisse, ab Ende 1942 Stellv. d. Chefs d. Rüstungs-lieferungsamtes (Dr. Schieber) u. Leiter d. Amtsgruppe "Industrielle Selbst-verantwortung", ab Herbst 1943 Leiter d. Haupt-rings Technisches Glas u. Ke-ramik, Anfang 1944-1945 stellv. Leiter, Amtsgruppenchef im Zentralamt (durch Ausgliederung d. Amtsgruppe "Industrielle Selbstverantwortung" aus dem Rüstungslieferungsamt), ab 1944 Leiter d. Amtsgruppe Kunststoffe u. Erden im Rüstungslieferungsamt u. Leiter d. Produktionshauptausschusses Keramik im Produktionsamt d. Reichsmin. Speer; Vors. u. Hauptreferent d. Straßburger Tagung; Mitgl. d. NSDAP, Wehrwirtschaftsführer
- (9) 1924, S. 1593; 1929, S. 1575; 1930, S. 1614; 1935, S. 1269; (13) S. 1937; (29) 1941/42, S. 852; (39) S. 11-16; (47) Anhang; (60) Nr. 14/1942, S. 146.

3.21.2. Geschäftsführer der WG

Warnke, Dr. Franz (1893-)

- a) 1934(?) - 1945 Hgeschf. d. WG Keramische Industrie; ab 1935 Leiter d. Prü-fungsstelle Keramische Industrie
- b) ... 1933... Geschf. d. Arbeitgeberverbandes d. Dt. Feinkeramischen Industrie, Berlin; 1933-1934 Hgeschf. d. Handelspolitischen Ausschusses d. Reichsstan-des d. Dt. Industrie
- e) ... 1951-1960... Hgeschf. d. Arbeitsgemeinschaft Keramische Industrie, Frankfurt/M., u. ... 1961-1963... Hgeschf. d. Vereins d. Keramischen In-dustrie e. V., Selb

ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f, (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935; ebenda, Nr. 15219, Bl. 252 (Auszeichnung mit dem Kriegsverdienst-kreuz II, Klasse am 28. 10. 1941)

- (21) 1951, S. 618; 1953, S. 849; 1957/58, S. 968; 1960, S. 958; 1961, S. 961; 1962, S. 957; 1963, S. 970; (28) 1955, S. 1234; 1962, S. 1658; (29) 1941/42, S. 1058.

3.22. WG Sägeindustrie

3.22.1. Leiter der WG

Kloepfer, Reinhardt (1901-)

- a) 1933-1934 Vors. d. FG Sägeindustrie u. Holzhandel u. Mitgl. d. Handelspo-litischen Ausschusses d. Reichsstandes d. Dt. Industrie, Aug. 1934-Aug. 1938 Leiter d. WG Sägeindustrie; Beirat d. IHK München u. d. WK Bayern, Mün-chen
- b) 1925-1945 Mitinh., Inh. Kloepfer & Königer, Sägewerke u. Holzgroßhandel, München; Mitgl. d. Bayerischen Beirats d. Dt. Bank, Berlin

e) 1945(?) -1970(?)) Mitinh. d. Fa. Kloepper & Königer, Sägewerke u. Holzhandel, München; ... 1957... Beirat d. Süddt. Bank AG, München u. Frankfurt/M.; ... 1962-1968... Beirat d. Dt. Bank, Filiale München; ab 1945 Präs., dann VPräs. (... 1972 ... Ehrenpräs.) d. IHK für München u. Oberbayern; ... 1951-1962... stellv. Vors., Vors. d. Bayerischen Holzeinfuhrhandelsverbandes e. V., München; Vorst. Dt. Industrie- u. Handelstag; Vors. d. Arbeitsgemeinschaft d. IHK in Bayern, München

ZStA, RWM, Nr. 9161, Bl. 74 (Antrag auf Bestätigung als Leiter d. FG Sägeindustrie u. Holzhandel), Bl. 109 f. (Ernennung zum Leiter d. FG Sägeindustrie u. Holzhandel)

(15) 1944, Bd. 7, S. 662; (21) 1951, S. 297; 1953, S. 400; 1962, S. 455; 1972, S. 652; (28) 1935, S. 831; (29) 1940, S. 445; 1941/42, S. 493; (57) S. 42.

Baldeweg, Friedrich (1903-)

a) Aug. 1938-Dez. 1944 Leiter d. WG Sägeindustrie

b) ... 1942... Inh. Richter & Baldeweg, Holzlager u. Holzbearbeitung, Finsterwalde/NL.; Mitinh. u. VR Leistenwerk Kohlfurt Walter Liers & Co, Kohlfurt; Persh. Ges. u. Betr. F. Homogenholz- u. Plattenwerk Baldeweg & Co, Görlitz; Geschf. verschiedener Vereinigungen von Sägewerken in d. Gegend um Görlitz

c) ab 1933 Mitgl. d. NSDAP

ZStA, RWM, Nr. 9121, Bl. 53 (Fragebogen d. WG Sägeindustrie v. 30. 5. 1938); ebenda, Nr. 9113, Bl. 176 (Aktennotiz über d. Berufung H. Goebels zum Leiter d. WG Sägeindustrie)

(29) 1940, S. 27; 1941/42, S. 29.

Goebels, Heinrich

Dez. 1944-1945 Leiter d. WG Sägeindustrie, s. bei Goebels in seiner Funktion als Leiter d. WG Holzverarbeitende Industrie

3. 22. 2. Geschäftsführer der WG

Bemb, Fritz (1869-)

a) 1934(?) -1936(?)) Geschf. d. WG Sägeindustrie; ab 1935 Leiter d. Prüfungsstelle Sägeindustrie

b) ... 1928-1929... Geschf. d. Vereinigung Dt. Furnierwerke e. V. Böhlitz-Ehrenberg; ... 1929... Synd. d. FG Sägeindustrie u. Holzhandel im RDI u. im Centralverband von Vereinen dt. Holzinteressenten; bis 1934 Synd. im Reichsverband d. dt. Holzinteressenten; ... 1928-1930... Mitgl. d. Wirtschaftsbeirats d. Dt. Holzwirtschaftsbank AG, Berlin

ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(9) 1928, S. 99; 1930, S. 104; (13) S. 148; (18) S. 577.

Behrenz, Günther (1900-)

a) bis 1936 stellv. Geschf. d. WG Sägeindustrie; 1937-1945 Hgeschf. d. WG Sägeindustrie; Geschf. d. FG Furnierwerke u. d. FG Holzimprägnierwerke d. WG Sägeindustrie; Geschf. d. FuG Leichtfaßindustrie d. WG Holzverarbeitende Industrie; Leiter d. Prüfungsstelle Sägeindustrie

b) 1920-1945 Geschf., Synd. holzwirtschaftlicher Verbände

c) 1945-1967 Geschf. d. Verbandes d. Leichtfaß- u. Faßholzfabrikanten; 1945-1977... Geschf., Vorst. d. Vereinigung dt. Furnierwerke, Hannover; 1948-

1977... Geschf., Vorst. Landesverband d. Sägeindustrie Niedersachsen, Hannover; ... 1951... Geschf. Verband d. Furnierindustrie, Hannover

(21) 1951, S. 32; 1957/58, S. 52; 1962, S. 50; 1967, S. 69; 1970, S. 69; 1974, S. 73; 1977, S. 68; (28) 1958, S. 67; 1969/70, S. 67; 1973, S. 62; (29) 1941/42, S. 51.

Wegelt, Dr. Walther (1898-1963)

- a) 1938-1940 Geschf., 1940-1942 Hgeschf. d. WG Sägeindustrie u. ... 1935... Geschf. d. Bezirksgruppe Westdeutschland dieser WG; ... 1942... Geschf. FuG Faßholz- u. Fahrzeugteile aus Holz d. WG Holzverarbeitende Industrie
- b) 1922-1931 Geschf. d. Nordwestlichen Vereins für Holzhandel u. Holzindustrie e. V., Kassel; 1931-1938 Geschf. d. Vereins Ostdt. Holzhändler u. Sägewerke e. V.
- e) ... 1951... Geschf. Landesverband d. Sägeindustrie u. verwandte Betriebe in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf; ... 1952-1963 Geschf., geschf. Vorst. d. Studiengemeinschaft für Holzschwellenoberbau e. V., Düsseldorf; ... 1952-1963 Geschf. d. Arbeitsgemeinschaft Holz, Geschäftsstelle Düsseldorf, u. Geschf. anderer Verbände d. Holz- u. Sägeindustrie

ZStA, RWM, Nr. 9121, Bl. 438-474 (Beschwerde d. Staatssekretärs im Reichsforstamt Alpers über Wegelt wegen "liberalistischer" Einstellung u. entsprechender Äußerungen v. 16. 4. 1942); ebenda, Bl. 472 (Lebenslauf Wegelts)

(21) 1951, S. 622; 1953, S. 853; 1957/58, S. 973; 1959, S. 983; 1960, S. 963; 1963, S. 975; (28) 1958, S. 1341; 1962, S. 1666; (29) 1941/42, S. 1063.

Pertz, Dr. Hermann (1890-)

- a) Jan. 1943-1945 komm. Hgeschf., Hgeschf. d. WG Sägeindustrie
- b) 1921-1932 in Fa. L. Haas AG, Magdeburg als Privatssekretär, Direktionsassistent, Chefprok. u. Synd.; 1932-1933 Studium d. Rechte an d. Universität Berlin; 1934-1935 Sachbearbeiter für Organisations- u. Finanzfragen d. WG Einzelhandel; 1936-1942 Hgeschf. d. Reichsverbandes d. kreditgebenden Einzelhandels; 1942-1943 Geschf. d. Förderungsgesellschaft dt. Handelsunternehmer Ostland mbH
- c) Mitgl. d. NSDAP (1939, 1940 Blockleiter, stellv. Zellenleiter)

ZStA, RWM, Nr. 9122, Bl. 10 (Lebenslauf v. 22. 2. 1943).

3.23. WG Chemische Industrie

3.23.1. Leiter d. WG

Pfotenhauer, Bernhard

Mai 1934 - Aug. 1934 Leiter d. WG Chemische Industrie, s. bei Pfotenhauer in seiner Funktion als Leiter d. HG V d. RGI

Clemm, Carl Adolf (1886-)

- a) ... 1929... Mitgl. d. Hauptausschusses d. RDI u. d. Gesamtausschusses d. Vereins zur Wahrung d. Interessen d. Chemischen Industrie in Deutschland e. V.; Aug. 1934-Okt. 1937 Leiter d. WG Chemische Industrie; VdVR d. Dt. Soda- u. Ätznatronverbandes
- b) Juni 1917-Ende 1918 Leiter d. Sektion Chemie in d. Kriegsrohstoffabt. d. Kriegsmin.; 1913 Prok., ab 1914 Vorst. Verein Chemischer Fabriken AG, Mannheim, u. d. Nachfolger; 1919-1928 Vorst. Rhenania-Kunheim Verein Chemischer Fabriken AG, Aachen (fusioniert 1928 mit d. Kaliwerke Neustaßfurt-Friedrichshall AG - neuer Name: Kali-Chemie AG, Berlin); 1928-1938

Dir., Vorst. Kali-Chemie AG, Berlin u. Grubenvorst., Dir. d. Salzbergwerks Neustaßfurt, Zentralverwaltung Berlin; ...1935-1937... VdAR Pennrich-Huy & Co AG, Bingen a. Rh.; Jan. 1938-1940 Vorst., ab 1940 VdVorst., Gen. dir. d. Dt. Solvaywerke AG, Bernburg, u. a. Funktionen in Unternehmen d. chemischen Industrie, 1942 u. a.:

Verwalter: Ostdt. Chemische Werke GmbH, Posen - Ebenseer Solvay-Werke Solvay & Cie, KG, Wien - Nestomitzer Solvay-Werke Solvay & Cie., KG, Wien - Grodziecer Gesellschaft für Kohlengruben- u. Industrieanlagen AG, Grodziec; Geschf.: Syndikat Dt. Aetznatronfabriken GmbH, Bernburg - Syndikat Dt. Sodafabriken GmbH, Bernburg; stellv. VdVR: Verein für chemische u. metallurgische Produktion, Prag; Grubenvorst. Bergwerks-Gesellschaft Einigkeit mbH, Magdeburg; ...1940... Treuhänder für sämtliche Solvayinteressen in Polen u. im "Protektorat"

c) ab 1933 Mitgl. d. NSDAP; Mitgl. d. SA; 1940 Wehrwirtschaftsführer

(9) 1933, S. 253; 1935, S. 219; 1936, S. 233; 1937, S. 229; 1938, S. 248; 1940, S. 256; (13) S. 387 f.; (14) Bd. 1, S. 139; (15) 1928, S. 4194; 1938, S. 4231; 1940, S. 5051; (20) 1930, S. 177; (29) 1940, S. 131; 1941/42, S. 143.

Heß, Dr. h. c. Johannes (1877-)

a) ...1929... Mitgl. d. Hauptausschusses d. Vereins zur Wahrung d. Interessen d. Chemischen Industrie in Deutschland e. V. u. d. Vereins Dt. Arbeitgeberverbände; ...1931... Vors. d. Arbeitgeberverbandes d. chemischen Industrie, Sektion VII; 1937-Anfang 1943 Leiter d. WG Chemische Industrie u. Obmann für den Wirtschaftskammerbezirk Bayern dieser WG

b) 1916-1935... technischer Dir., ...1941-1944(45?) Geschf., Vorst., Dir. d. Dr. Alexander Wacker GmbH, Gesellschaft für elektrochemische Industrie, München (1943:50prozentige Beteiligung d. IG-Farben; ...1939-1940... VdAR Johs. Oswaldowski AG, Hamburg-Altona, u. a. Funktionen vor allem in Unternehmen d. chemischen Industrie, 1942 u. a.:

VdAR: Elektroschmelzwerk Kempten AG, München - Graphitwerk Kropfmühl AG, München; AR IG-Farbenindustrie AG, Frankfurt/M.; Mitgl. Landesauschuß für Bayern (München) d. Dresdner Bank, Berlin

c) Vors. d. Außenhandelsstelle für Südwestfalen; Wehrwirtschaftsführer

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17608; Bl. 5 f. (Briefe für den Betriebsbeamten, Nov. 1934)

(9) 1935, S. 570; 1939, S. 657; 1940 S. 660 f.; (13) S. 937 f.; (15) 1943, S. 5783; 1944, Bd. 7, S. 671; (25) Bd. 1, S. 736; (28) 1935, S. 663; (29) 1940, S. 346; 1941/42, S. 382; (58) Nr. 1-2/1943, S. 16.

Schlosser, Hermann August (1889-)

a) Vors. d. Verbandes Dt. Rußhersteller; Anfang 1943-1945 Leiter d. WG Chemische Industrie

b) 1915-1939 AR, stellv. Vorst., Prok., Vorst., Dir., 1939-1945 VdVorst. d. Dt. Gold- u. Silberscheideanstalt, DEGUSSA, Frankfurt/M.; ...1935... ..1940... VdAR Chemisch-Pharmazeutische AG, Bad Homburg (bzw. Frankfurt/M.); ...1935-1938... VdAR August Wegelin AG, Kalscheuren; ...1940... Mitgl. Landesauschuß für Hessen u. Frankfurt/M. d. Dresdner Bank u. a. Funktionen vor allem in Unternehmen d. chemischen Industrie, 1942 u. a.: VdAR: Auergesellschaft AG, Berlin - Chemiewerk Homburg AG, Frankfurt/M. - Chemische Fabrik Grünau AG, Berlin-Grünau - Chemische Fabrik Wesseling AG, Wesseling/Bz. Köln - Dr. L. C. Marquart AG, Beuel; VR Dt. Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung mbH, Frankfurt/M.; VR u. VPräs. d. Exekutiv-Komitees Kali-Werke AG, Kolin/"Protektorat"

- c) Wehrwirtschaftsführer; Produktionsbeauftragter für d. Chemische Industrie d. Reichsmin, Speer
- d) stand auf d. offiziellen Kriegsverbrecherliste d. USA
- e) 1945(?) -1958... Gen. dir., VdVorst., ab 1959... VdAR, ... 1968-1973... Ehrenvors. d. Dt. Gold- u. Silberscheideanstalt, DEGUSSA, Frankfurt/M.; ... 1951 ... VdAR Chemische Fabrik Wesseling AG, Wesseling b. Köln; ... 1953... VdAR Auergesellschaft AG, Berlin; ... 1957... AR Rhein-Main-Bank, Frankfurt/M., ... 1959... VdAR, dann stellv. VdAR Dresdner Bank AG, Frankfurt/M.; ... 1955 -1968 Mitgl. d. Präsidiums, Präses, ab 1967 Ehrenmitgl. d. Verbandes d. Chemischen Industrie

(1) S. 59; (9) 1935, S. 1296; 1937, S. 1362; 1938, S. 1501; 1939, S. 1478; 1940, S. 1482 f.; (13) S. 1971; (15) 1926, S. 476; 1940, S. 3879; 1944, S. 3497; 1951/52, S. 7480; (21) 1951, S. 509; 1953, S. 697; 1957/58, S. 797; 1959, S. 804; 1960, S. 789; 1962, S. 790; 1967, S. 1058; 1968, S. 1037; 1970, S. 1085; (25) Bd. 2, S. 1643; (28) 1955, S. 1041; 1958, S. 1120; 1969/70, S. 1137; 1973, S. 957; (29) 1941/42, S. 869; (43) S. 9, 23; (58) Nr. 1-2/1943, S. 16.

3.23.2. Geschäftsführer der WG

Ungewitter, Dr. Claus (1890-)

- a) 1934-1945 Geschf., Hgeschf. d. WG Chemische Industrie; ab 1935 Leiter d. Prüfungsstelle Chemische Industrie Mitgl. d. Südostausschusses d. RGI; bis 1941(?) Mitgl. d. "Rußlandausschusses d. Dt. Wirtschaft"
- b) in d. Kriegschemikalien AG beschäftigt, Leiter d. Zentralstelle für Ätzalkalien u. Soda; 1920-1934 Hgeschf. u. Synd. d. Vereins zur Wahrung d. Interessen d. Chemischen Industrie in Deutschland e. V. u. Geschf. d. FG Chemische Industrie d. RDI; 1942(?) stellv. VdVR d. Stickstoff-Ost GmbH u. VR d. Chemie-Ost GmbH
- c) Leiter d. Reichsstelle Chemie; Mitgl. d. NSDAP

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17747, Bl. 53 ff. (Archiv f. publizist. Arbeit /Internat. Biograph. Archiv/, Nr. 9438 v. 21, 1, 1943); ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(11) S. 503; (13) S. 2325; (14) Bd. 1, S. 140; (18) S. 479; (25) Bd. 2, S. 1936; (29) 1940, S. 917; 1941/42, S. 1028; (48) S. 266.

3.24. WG Papier-, Pappen-, Zellstoff- u. Holzstofferzeugung

3.24.1. Leiter der WG

Schoeller, Ewald (1893-)

- a) ab 1924 Vorst. d. Vereins Dt. Papierfabrikanten; 1933-1934 erster Vors. d. Vereins Dt. Zellstofffabrikanten; 1934-1937 Leiter d. WG Papier-, Pappen-, Zellstoff- u. Holzstofferzeugung
- b) vor u. nach dem ersten Weltkrieg in d. väterlichen Fabrik beschäftigt, d. in d. Schlesischen Cellulose- u. Papierfabriken Ewald Schoeller & Co, Hirschberg-Cunnersdorf/Rsgb., aufgeht, dort ab 1932 Vorst., AR, VdAR, ... 1939 ... 1942... Persh. Ges., Gen. dir.; ... 1939-1942 Vorst. Papierfabrik Köslin AG, Köslin
- e) nach 1945 evt. identisch mit Ewald Schoeller: ... 1953-1963 Mitinh. d. Ewald Schoeller & Co, Langerwehe, Kr. Düren

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17729, Bl. 27 (Der Papierfabrikant, Nr. 13/1937 v. 26, 3, 1937)

(9) 1928, S. 1622; 1930, S. 1683; 1931, S. 1639; 1932, S. 1634; 1933, S. 1634; 1935, S. 1332; 1938, S. 1547; 1939, S. 1524; 1940, S. 1527; (14) Bd. 1, S. 143; (19) S. 164; (21) 1953, S. 719; 1963, S. 823; (29) 1941/42, S. 894.

Bracht, Robert Wilhelm (1891-)

- a) ab April 1938 komm. Leiter, Febr. 1939-1945(?) Leiter d. WG Papier-, Pappen-, Zellstoff- u. Holzstofferzeugung
- b) ab 1909 in Papierfabriken tätig; 1923-1926 kaufmännischer Dir. d. Wiede's Papierfabrik Rosenthal (Reuß); ab 1926 kaufmännischer Dir., Vorst. AG für Zellstoff- u. Papierfabrikation, Aschaffenburg, ab 1937(?) Vorst., Betr. F. d. Aschaffenburg Zellstoffwerke AG, Berlin; ab 1929 Vorst. Oberbayrische Zellstoff- u. Papierfabriken AG, Aschaffenburg; ...1929...Geschf. d. Dürener Papierfabrik GmbH, Hoon bei Düren; u. a. Funktionen vor allem in d. Textilindustrie, 1942 u. a.: Vorst. AG für Zellstoff- u. Papierfabrikation, Memel; VdAR: Freiburger Papierfabrik zu Weißenborn, Weißenborn, Kreis Freiberg/Sachsen - Handel- en Transport Maatschappij N. V., Rotterdam; Mitgl. Berlin-Brandenburger Beirat d. Dt. Bank, Berlin

c) Wehrwirtschaftsführer

- e) ...1951-1955...Vorst., Gen. dir., VdVorst. Aschaffenburg Zellstoffwerke AG, Redenfelden/Obb.; ...1951...Grubenvorst. Gewerkschaft Pionier; ... 1951-1955...AR, VR Berliner Handelsgesellschaft, Frankfurt/M.

(9) 1936, S. 165; 1937, S. 162; 1939, S. 180; 1940, S. 183; (13) S. 276; (21) 1951, S. 61; 1955, S. 84; (25) Bd. 1, S. 193; (28) 1955, S. 120; (29) 1941/42, S. 99; (43) S. 58.

3.24.2. Geschäftsführer der WG

Wussow, M. v. (1884(?)-)

- a) 1934-1938 Geschf., Hgeschf. d. WG Papier-, Pappen-, Zellstoff- u. Holzstofferzeugung
- b) 1919 Abschied als Major im Generalstab aus dem Heer, dann Handelshochschule Berlin; 1922-1934 Geschf. d. Vereins Dt. Papierfabrikanten; 1923-1934 Geschf. d. Zentralausschusses d. Papier-, Pappen-, Zellstoff- u. Holzstoffindustrie

(14) Bd. 1, S. 144.

Luger, Dr. Andor (1891-)

- a) 1938(?)-1945(?) Hgeschf. d. WG Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstofferzeugung
- b) Gen. sekretär d. Wiener Verbandes d. Papier-, Pappen-, Zellulose- u. Holzstoffindustrie
- e) ...1953-1957...Stellv. Vorst. Aschaffenburg Zellstoffwerke AG, Aschaffenburg (Redenfelden/Obb.?)

(29) 1940, S. 543; 1941/42, S. 606; (21) 1953, S. 487; 1957/58, S. 556.

3.25. WG Druck- und Papierverarbeitung (1939 geteilt in: Druck; Papierverarbeitung)

3.25.1. Leiter der WG

Seeliger, Dr. Karl (1890-)

- a) Vors. d. FG Druck, Papierverarbeitung u. Verlag d. RDI; 1934-1939 Leiter d. WG Druck- u. Papierverarbeitung; 1939-Sept. 1944 Leiter d. WG Papier-

verarbeitung u. d. Bezirksgruppe Sachsen dieser WG ("Rücktritt wegen verlegerischer Belastung"); Leiter d. Sozialwirtschaftlichen Arbeitskreises (Ausschusses) u. d. Arbeitskreises für Gesundheitsführung d. RGI Beirat WK Sachsen u. IHK Leipzig

- b) ab 1919 Referendar in Leipzig u. Leisnig; 1920-1923 Synd. u. Prok. bei d. Oberlausitzer Bank, Abt. ADCA, Zittau; 1923 an d. Umwandlung d. Großbuchbinderei Julius Hager in d. Julius Hager AG u. d. Gründung d. Buchgewerbe AG beteiligt; d. Julius Hager AG verschmilzt 1925 mit d. Leipziger Buchbinderei AG, vorm. Gustav Fritzsche, zur Fritzsche Hager AG, vorm. Gustav Fritzsche (mit d. Leipziger Buchbinderei AG als Tochtergesellschaft); ... 1930-1935... Vorst. Leipziger Buchbinderei AG, Leipzig; 1926-1929 VdAR, dann Vorst., Dir. Fritzsche-Hager-Sieke, Leipzig; Vorst.: Buchgewerbe Aktien-Gesellschaft, Leipzig - Fritzsche-Haus AG, Leipzig; VdAR Julius Hager AG, Leipzig; 1924 Gründer d. Kommissions- u. Großbuchhandlung Lüche & Co, Leipzig, als Spezial-Kommissionsbuchhandlung für Lebensreformliteratur, hier ab 1924 Geschf., dann Persh. Ges. d. Verlagsbuchhandlung Lüche-Verlag Dr. Seeliger & Co, Leipzig-Berlin
- c) in d. "volksdt." Bewegung tätig; Vors. d. Männerortsgruppe Leipzig für d. Deutschtum im Ausland; 1913 Vors. d. Kyffhäuser Bundes d. Vereine Dt. Studenten; ab 1931 Mitgl. d. NSDAP; Mitgl. d. SA; Wehrwirtschaftsführer; Leiter d. Außenhandelsstelle Sachsen u. Ostthüringen; Beirat Reichsstelle für Papier- u. Verpackungswesen, Berlin

ZStA, RWM, Nr. 9142, Bl. 122 (Abberufung als Leiter d. WG Papierverarbeitung durch den Reichswirtschaftsmin. am 15. 9. 1944)

(9) 1931, S. 1711 f.; 1934, S. 1254; 1935, S. 1387; (11) S. 452; (14) Bd. 1, S. 147; Bd. 3, S. 292; (19) S. 164; (25) Bd. 2, S. 1755 f.; (26) S. 359; (28) 1935, S. 1483; (29) 1941/42, S. 931.

3.25.2. Geschäftsführer der WG

Thurmann, Karl Theodor (1882-)

- a) 1934-April 1938 Geschf., Hgeschf. d. WG Druck- u. Papierverarbeitung
- b) ab 1907 Assessor im bayerischen Verwaltungsdienst; ... 1915... Bürgermeister in Zoppot; ab 1918(?) im Reichsdienst, Vortragender Rat u. Geheimer Rat im Reichswirtschaftsmin.; ab 1924 Geschf. d. Gesamtausschusses u. d. Außenhandelsverbandes d. Papierverarbeitenden Industrie e. V. u. a. Verbände
- e) nach 1945 evt. in folgenden Positionen: ... 1951-1953... Vorst. Rheinmetall-Borsig AG, (West-)Berlin; erster VdAR, stellv. VdAR Borsig AG, (West-)Berlin; Treuhänder ALKETT, Altmärkische Kettenwerke GmbH, (West-)Berlin-Borsigwalde

ZStA, RWM, Nr. 9136, Bl. 119 (Schreiben d. Leiters d. WG Druck- u. Papierverarbeitung an den Reichswirtschaftsmin. vom 1. 2. 1938 über d. Ausscheiden Thurmanns u. den Dienstantritt Luckes als Hgeschf. d. WG)

(14) Bd. 1, S. 148; (21) 1951, S. 591; 1953, S. 812; (27) 1920, S. 6.

Lucke, Dr. Dr. Hans v. (-)

- a) ab Febr. 1938 Einarbeitung, ab Mai 1938-1939 Hgeschf. d. WG Druck- u. Papierverarbeitung
- b) ... 1934-1936... ist ein Dr. Dr. Hans v. Lucke AR, VdAR d. Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke, Gleiwitz

ZStA, RWM, Nr. 9136, Bl. 119 (Schreiben d. Leiters d. WG Druck- u. Papierverarbeitung an den Reichswirtschaftsmin. vom 1. 2. 1938 über d. Ausscheiden Thurmans u. den Dienstantritt Luckes als Hgeschf. d. WG)

(9) 1934, S. 819; 1936, S. 937.

3.26. WG Druck

3.26.1. Leiter der WG

Lorey, August (1885-)

a) April 1939(?)-1945(?) Leiter d. WG Druck

b) ...1936-1945(?) Dir., Geschf., Betr. F. Buch- u. Tiefdruck GmbH, Berlin;
...1936-1945(?) Geschf. u. Betr. F. Dt. Reichsadreßbuch GmbH, Berlin;
...1935-1938... Vorst., Betr. F. Berliner Druck- u. Zeitungsbetriebe AG;
...1942... Gesch. F. u. Betr. F. Preußische Verlags- u. Druckerei GmbH,
Berlin

c) Beirat Reichsstelle für Papier u. Verpackungswesen Berlin

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17662, Bl. 44 f.; (Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 42/1940, v. 23. 2. 1940); ZStA, RWM, Nr. 9141, Bl. 18 (Berufung Loreys zum Leiter d. WG Druck durch den Reichswirtschaftsminister v. 1. 4. 1939)

(9) 1935, S. 883; 1936, S. 934; 1938, S. 1026; (29) 1940, S. 536; 1941/42, S. 598.

3.26.2. Geschäftsführer der WG

Bartosch, Alexander (1894-)

a) April 1939-1945(?) Hgeschf. d. WG Druck

b) während d. ersten Weltkrieges u. a. in d. Schriftltg. d. "Elsässer Tageblatts"; nach dem ersten Weltkrieg tätig bei d. Organisation von Deutschen, d. Elsaß-Lothringen verlassen hatten, in Freiburg/Br.; Herausgeber einer Zeitschrift u. eines "Vertriebenenkalenders"; 1920-1923 Leiter einer Druckerei; 1923 Finanzleiter d. Feststellungsbehörde für d. Kriegsschäden d. aus Elsaß-Lothringen "Vertriebenen"; ab 1924 Redakteur am "Steglitzer Anzeiger" u. a. Funktionen im Pressewesen; ab 1928 Wirtschaftsberater für d. Buchdruckgewerbe; 1930-1933 wirtschaftlicher Berater d. (faschistischen) Zeitung "Freiheitskampf"; 1933 bei d. Aneignung ehemaliger "marxistischer" Zeitungsbetriebe beteiligt; 1933-1935 Leiter d. wirtschaftlichen Abt. d. Dt. Buchdruckervereins; 1935-April 1939 Geschf. d. Dt. Buchdruckervereins e. V., Berlin

c) Mitgl. verschiedener faschistischer Organisationen; Unterstützung u. Beratung faschistischer Zeitungen vor 1930 (G. Strasser)

ZStA, RWM, Nr. 9141, Bl. 41 f. (Lebenslauf v. Juni 1939)

(29) 1941/42, S. 35.

3.27. WG Papierverarbeitung

3.27.1. Leiter der WG

Seeliger, Karl

1939-Sept. 1944 Leiter d. WG Papierverarbeitung, s. bei Seeliger in seiner Funktion als Leiter d. WG Druck- u. Papierverarbeitung.

Ashelm, Heinz (1898-)

a) Leiter d. FG industrielle Buchbinderei, WG Papierverarbeitung; ab Jan. 1945 Leiter d. WG Papierverarbeitung

- b) ...1930-1937... Vorst. Ashelm Industriegebäude AG, Berlin; bis 1945(?) Persh. Ges. Ferd. Ashelm KG, Berlin
- c) Produktionsbeauftragter für Papierverarbeitung d. Reichsmin. Speer; Wehrwirtschaftsführer
- e) nach 1945 Persh. Ges., Geschf. d. Ferd. Ashelm KG, (West-)Berlin
- ZStA, RWM, Nr. 9142, Bl. 127 (Bestellung zum Leiter d. WG Papierverarbeitung durch den Reichswirtschaftsmin. am 12. 1. 1945)
- (9) 1930, S. 41; 1937, S. 32; (29) 1940, S. 18; 1941/42, S. 20; (43) S. 20.

3.27.2. Geschäftsführer der WG

- Lorenzen, Dr. Nommen Friedrich (1899-)
- a) Sept. 1934-1939 erster stellv. Geschf. d. WG Druck- u. Papierverarbeitung; Aug. 1939-Febr. 1942 (bis 1945(?)) Hgeschf. d. WG Papierverarbeitung; ab 1935 stellv. Leiter, ab 1938 Leiter d. Prüfungsstelle Druck- u. Papierverarbeitung
- b) 1922-1925 Mitarbeiter im Verein Dt. Seidenwebereien, Krefeld; 1925-Sept. 1934 stellv. Geschf. Außenhandelsverband d. Papierverarbeitenden Industrie e. V.
- c) Mitgl. d. Marine-SA
- ZStA, RWM, Nr. 9142, Bl. 21 (Lebenslauf 1939); ebenda Bl. 26 (Zustimmung d. Reichswirtschaftsmin. zur Berufung zum Hgeschf. d. WG Papierverarbeitende Industrie vom 22. 8. 1939)
- (29) 1941/42, S. 598.

3.28. WG Lederindustrie

3.28.1. Leiter der WG

- Ammer, Ernst
- a) ab 1928-1934(?) Vors. d. Zentralvereins d. Dt. Lederindustrie; Vorst. d. RDI; 1934-1941 Leiter d. WG Lederindustrie; 1935 auch Leiter d. FG Ledererzeugende Industrie; VPräs. IHK Reutlingen
- b) ab 1936(?)-1945 VdAR Mayer & Sohn Lederfabrik AG, Offenbach/Main; ab 1932 VdAR, Persh. Ges. Metallwerk Richard Ammer AG, Reutlingen; ... 1940-1945 Inh. Lederfabrik E. Ammer, Reutlingen; VdAR: J. Kienzle Uhrenfabrik AG, Schwenningen - Salamander AG, Kornwestheim; Mitgl. Landesausschuß für Württemberg d. Dresdner Bank
- e) ... 1949-1962 VdAR Mayer & Sohn, Lederfabrik AG, Offenbach/Main; ... 1951-1962 Teilh., Persh. Ges. Lederfabrik E. Ammer, Reutlingen, bis 1955 (lt. Beschluß vom 22. 8. 1955 aufgelöst); VdAR Lederfabrik Zuffenhausen Sihler & Cie. AG; ... 1951... Verwalter d. Bankanstalt für Württemberg-Hohenzollern (früher Dresdner Bank), ... 1953-1961... Mitgl. Landesausschuß Baden-Württemberg d. Rhein-Main-Bank, Frankfurt/M., dann ihrer Nachfolgerin, d. Dresdner Bank

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17512, Bl. 74 ff. (Der Deutsche, Nr. 141/1934, v. 21. 6. 1934)

- (9) 1932, S. 23; 1938, S. 22; 1940, S. 28; (13) S. 30; (14) Bd. 1, S. 157; (15) 1944, Bd. 7, S. 776; 1949/50, S. 2096, 2685; 1956/57, S. 8032; (16) 1962, S. 1809; (21) 1951, S. 9; 1953, S. 11; 1957/58, S. 12; 1961, S. 12; (25) Bd. 1, S. 23; (29) 1940, S. 11; 1941/42, S. 12.

Heyl zu Herrnsheim, Ludwig Cornelius Freiherr v. (1886-1963?)

- a) Dez. 1941-Nov. 1944 Leiter d. WG Lederindustrie ("Rücktritt aus organisatorischen Gründen") u. Leiter d. Fachabt. Ziegenleder d. FG Ledererzeugung dieser WG; VPräs. d. IHK Worms
- b) 1912-1923 Teilh., ab 1923 alleiniger Ges., Geschf. u. Betr. F., ab 1943-1945 VdVorst. d. Heylschen Lederwerke Liebenau GmbH, Worms (ab 1943 Cornelius Heyl AG, Worms); 1930-1944(45?) VdAR Emil Waeldin Lederfabrik, Lahr; Mitgl. Landesauschuß Süddeutschland d. Commerzbank AG, Berlin
- e) ab 1945 leitend in d. Verwaltung d. Stadt u. d. Kreises Worms tätig; ...1951-1963(?) Geschf., VdAR Heylsche Lederwerke Liebenau GmbH (bzw. AG) Worms; ...1949-1962... VdAR, stellv. VdAR Emil Waeldin Lederfabriken, Lahr; ...1951... Beirat Mittelrheinische Bank, Mainz, ...1957-1962... Mitgl. Landesauschuß Hessen u. Rheinland-Pfalz d. Commerz- u. Kreditbank AG, Frankfurt/M.; ...1955... Vorst., ...1957... Ehrenvorst. Verband d. Dt. Lederindustrie; Leiter d. IHK Worms; bis 1963 Beirat d. IHK Mainz; ...1951-1957... Präs. d. Dt. Gruppe d. Internationalen HK, Köln; VPräs. d. Internationalen HK, Paris; Leiter d. Lederzentrale von Rheinland-Pfalz; Vorst. Dt. Vereinigung zur Förderung d. Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich; ...1951-1958 ... Mitgl. Außenhandelsbeirat d. Bundeswirtschaftsmin.

(9) 1935, S. 579; (15) 1930, S. 6225; 1943, S. 6322; 1949/50, S. 2661; 1953/54, S. 847; (21) 1951, S. 237; 1957/58, S. 367; 1962, S. 364; (25) Bd. 1, S. 749; (28) 1955, S. 467; 1958, S. 506; 1962, S. 591; (29) 1941/42, S. 387.

Krumm, Heinrich (1896-)

- a) Nov. 1944-1945 Leiter d. WG Lederindustrie; Leiter d. FG Lederwaren- u. Kofferindustrie u. d. FuG Täschnerwaren u. Reiseartikel dieser WG
- b) 1922-1945 Dir., Vorst., Betr. F. Ludwig Krumm AG, Offenbach/Main
- c) Mitgl. d. NSDAP
- e) 1945-1955... Vorst. Ludwig Krumm AG, Offenbach/Main

(15) 1943, S. 1674; 1950/51, S. 5284; (21) 1951, S. 323; 1953, S. 437; 1955, S. 438; (29) 1941/42, S. 539.

3.28.2. Geschäftsführer der WG

Sauer, Alfred (1886-)

- a) 1934-1945(?) Hgeschf. d. WG Lederindustrie; ab 1935 Leiter d. Prüfungsstelle Lederindustrie
- b) während d. ersten Weltkrieges als Hauptmann in d. Kriegsrohstoffabt.; 1919-1934(?) Geschf. Vorst. d. Zentralvereins d. Dt. Lederindustrie e. V. u. a. Verbände; 1932-1936 AR, 1936-1945(?) VdAR Reichsd. Treuhand-Revisions AG, Berlin; VR Ukraine Erfassungsgesellschaft für Felle, Häute u. verwandte Gebiete

ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(13) S. 1914; (14) Bd. 1, S. 158; (15) 1932, S. 3502; 1944, S. 3854; (29) 1940, S. 750; 1941/42, S. 841.

3.29. WG Textilindustrie

3.29.1. Leiter der WG

Martini, Clemens (1892-)

- a) ...1928-1940... Leiter d. Verbandes d. dt. Veredlungsanstalten für baumwoll-

ne Gewebe e. V., Leipzig; Präs. d. Bayerischen Industriellen Verbandes u. Funktionen in anderen Unternehmerorganisationen; 1934 Leiter, bis 1940 stellv. Leiter d. WG Textilindustrie; ab 1941 Leiter d. FG Textilveredlungsindustrie u. ...1935-1941... Leiter d. Bezirksgruppe Südbayern, Augsburg, dieser WG

- b) 1929-1942... Persh. Ges., Betr. F. Martini & Cie., Bleicherei, Färberei, Druckerei u. Appreturanstalt, Augsburg; ab 1919(?) VdAR, stellv. VdAR, AR Mech. Baumwoll-Spinnerei u. Weberei AG, Kempten (bzw. Augsburg?); ...1928-1935... VdAR Augsburger Kammgarn-Spinnerei, Augsburg, u. a. Positionen in d. Textilindustrie
- e) ...1951-1953... Mitinh., Leiter Martini Cie., Kg, Augsburg; ...1951... Persh. Geschf. Fremawerk Martini u. a. AR Posten, vor allem in Unternehmen d. Textilindustrie

(9) 1920, S. 854, 1928, S. 1142; 1929, S. 1160; 1935, S. 916; (13) S. 1428; (18) S. 532; (21) 1951, S. 366; 1953, S. 500; (28) 1935, S. 1033; (29) 1941/42, S. 621.

Dierig, Gottfried

Nov. 1934-Okt. 1938 Leiter d. WG Textilindustrie, s. bei Dierig in seiner Funktion als Leiter d. RGI.

Jung, Otto (1896-1942)

- a) Geschf. Dir. d. Reichsverbandes d. Dt. Bekleidungsindustrie; 1934-1942 Hgeschf. d. WG Bekleidungsindustrie; 1938(?)-1939 Leiter d. WG Textilindustrie; bis 1942 Beirat d. Industrieabt. d. WK für Brandenburg/Berlin; von 1935-1942 Leiter d. Prüfungsstelle Bekleidungsindustrie, Berlin
- b) ...1933-1936... AR, ...1939-1940 stellv. VdAR, 1941-1942 VdAR Gödecke & Co, Chem. Fabrik AG, Berlin; bis 1942 VdAR Goedecke & Co, Chem. Fabrik u. Export AG, Berlin; ...1940-1942 Geschf. d. Zentraltextilgesellschaft mbH, Berlin
- c) Beirat d. Überwachungsstelle für Kleidung u. verwandte Gebiete; bis 1942 Gauwirtschaftsberater d. Gau Schwaben d. NSDAP, Augsburg; Referent für d. Kommission für Wirtschaftspolitik d. NSDAP

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17622, Bl. 53, Bl. 55 f. (Textilzeitung, Nr. 17/1937 Dt. Allgemeine Zeitung, Nr. 4/1943); ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Über-sicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(15) 1933, S. 3683; 1939, S. 6102; 1940, S. 6130; (29) 1940, S. 405; 1941/42, S. 448; (58) Nr. 1-2/1943, S. 16.

Croon, Hans (1896-)

- a) 1936-1939 stellv. Leiter, Juli 1939-Febr. 1943 Leiter d. WG Textilindustrie, Leiter d. Bezirksgruppe Rheinland u. d. FG Tuch- u. Kleiderstoffindustrie dieser WG; ...1928... erster stellv. Vors., ...1941... Präs. d. IHK Aachen; ...1943... Präs. d. WK Aachen; Mitgl. d. Südost-Ausschusses, Leiter d. Handelspolitischen Ausschusses u. Präs. d. Arbeitskreises für Außenwirtschaftsfragen d. RGI; Präs. d. Südosteuropa-Gesellschaft u. ...1940-1942... Mitgl. d. Kuratoriums d. Mitteleuropäischen Wirtschaftstages; Leiter d. Markentuch-Gemeinschaft d. Dt. Feintuchindustrie; Präs. d. Dt. Modeinstituts
- b) 1923(?)-1939 Vorst., 1940-1944(?) Geschf., Inh. d. Tuchfabrik G.H. & J. Croon AG, Aachen (ab Dez. 1934 GmbH), u. a. Funktionen in d. Textilindustrie, 1942 u. a. :
VdAR: Tuchfabrik AG vorm. Fischer-Schnabl AG, Sommerfeld/NL. - Wolle u.

Tierhaare AG, Berlin

e) ... 1951... Kommanditist Tuchfabrik G. H. & J. Croon, Aachen

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17556, Bl. 128 ff. (Der Angriff, Nr. 47/1943; Textilzeitung, Nr. 208/1937; ZStA, Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Nr. 21833, Bl. 3 ("Organisation d. Mitteleuropäischen Wirtschaftstages Berlin. Stand Frühjahr 1942")); ZStA, RWM, Nr. 9156, Bl. 17 f. (Errichtung eines Präsidiums bei d. WG Textilindustrie am 10. 5. 1943)

(9) 1939, S. 263 f.; 1940, S. 268; (15) 1923/24, Bd. 1 b, S. 2098; (18) S. 33; (21) 1951, S. 92; (29) 1941/42, S. 149; (35) Bd. 1, S. 426; (58) Nr. 28/1943, S. 343; (62) S. 42.

Weber, Dr. Carl (1900? -)

a) Febr. 1943-Nov. 1943 Leiter d. WG Textilindustrie ("Rücktritt auf eigenen Wunsch"); Präs. d. IHK Posen, Bezirksstelle "Litzmannstadt", u. Leiter d. Industrieabt. d. WK Wartheland, Zweigstelle "Litzmannstadt"

b) ... 1942... Geschf. Textilwerke Carl Steinert AG, "Litzmannstadt"

c) Mitgl. d. NSDAP

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 17756, Bl. 128 (Der Angriff, Nr. 47/1943)

(29) 1941/42, S. 1059; (58) Nr. 34-35/1943, S. 423.

Otten, Dr. Joseph (-)

a) Nov. 1943-1945 Leiter d. WG Textilindustrie

b) ... 1943-1945(?) Inh. Hohenemser Weberei u. Druckerei AG, Joseph Otten, Hohenems/Vorarlberg

c) Stellv. d. Reichsbeauftragten für Textilwirtschaft; Mitgl. d. NSDAP

ZStA, RWM, Nr. 9156, Bl. 17 ff. (Errichtung eines Präsidiums bei d. WG Textilindustrie am 10. 5. 1943)

(15) 1944, Bd. 7, S. 483; (48) S. 237 f.

3.29.2. Geschäftsführer der WG

Klaue, Dr. Hermann (1884-)

a) Jan. 1935-Nov. 1943 Hgeschf. d. WG Textilindustrie ("Aus gesundheitlichen Gründen abberufen"); ab 1935 Leiter d. Prüfungsstelle Textilindustrie

b) 1918-1919 Abt.leiter bei d. Vereinigung Dt. Arbeitgeberverbände; 1919-1934 Geschf. d. Arbeitgeberverbände d. Dt. Textilindustrie; ab 1920 gleichzeitig Geschf. d. FG Textilindustrie d. RGI

e) ... 1950-1953(?) AR d. Kammgarnspinnerei u. Weberei AG, Wilhelmshaven

ZStA, DAF, AWI, Ztg., Nr. 15212, Bl. 111 ff. (Textilzeitung, Nr. 44/1944);

ZStA, RWM, Nr. 15212, Bl. 12 f. (Übersicht über d. Leiter d. Prüfungsstellen v. Nov. 1935)

(13) S. 1147; (14) Bd. 1, S. 166; (15) 1950/51, S. 6465; (21) 1953, S. 393; (26) S. 234; (29) 1940, S. 438; 1941/42, S. 485.

Köhler, Willy (1907-)

a) stellv. Hgeschf., ab 1943(?) Hgeschf. d. WG Textilindustrie

e) in d. Baumwollabrechnungsstelle für d. USA-Besatzungszone beschäftigt; danach Geschf. d. Verbandes d. nordwürttembergischen Textilindustrie, Stuttgart; ... 1951... Geschf. verschiedener Verbände d. Textilindustrie, u. a. ... 1953-1973... Geschf., Hgeschf. d. Verbandes d. Dt. Baumwollspinnereien e. V.; bis 1977... Geschf. d. Industrieverbandes Garne, Frankfurt/M.

(21) 1951, S. 305; 1953, S. 411; 1968, S. 616; 1977, S. 648; (28) 1958, S. 667; 1973, S. 559; (55) S. 72 Anm. 3.

3.30. WG Bekleidungsindustrie

3.30.1. Leiter der WG

Tengelmann, Herbert (1896-1954 oder 1959)

- a) 1934-1945 Leiter d. WG Bekleidungsindustrie, Leiter d. Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg u. Leiter d. FG Bekleidung, Textil u. Leder dieser WG; VPräs. d. IHK Berlin; Leiter d. Handelsabt. d. WK Berlin-Brandenburg; VPräs., Präs. d. Dt. Modeinstituts; Vorst. Vereinigung Berliner Kaufleute u. Industrieller
- b) 1920-1922 Einzelprokurist bei d. Gewerkschaft Marie-Luise, Essen; 1923-1945(?) Geschf., Inh. Tengelmann & Co. GmbH, Essen; ab 1935(?) Vorst., Inh. Bernward Leineweber Kg, Herford-Berlin; u. a. Funktionen, vor allem in d. Textilindustrie, 1942 u. a. :
VdAR: AG für Webwaren u. Bekleidung, Breslau - Interessengemeinschaft Dt. Bekleidungsfachgeschäfte, Berlin - Neue ABC-Waren-Kredit-AG, Berlin; Mitgl. Berlin-Brandenburger Beirat d. Dt. Bank, Berlin
- c) Wehrwirtschaftsführer; Produktionsbeauftragter für Bekleidung u. Rauchwaren d. Reichsmin. Speer
- e) ... 1953-1954 oder 1959 Komplementär, Hauptinh. d. Bernward Leineweber Kg, Herford/Westfalen, Bielefeld u. (West-)Berlin, u. d. Fa. Tengelmann & Co Kg, Herford; Geschf. u. Ges. Herbert F. W. Tengelmann GmbH, Herford, u. a. Funktionen in d. Textilindustrie; ... 1953-1954 (?) Vorst. Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer e. V., Bonn; Ehrenmitgl. d. Bundesverbandes d. Bekleidungsindustrie, Bonn, u. bis 1959 Vorst., Ehrenmitgl. d. Bundesverbandes d. Dt. Textileinzelhandels, Köln
- (11) S. 486; (14) Bd. 1, S. 179; (15) 1936, S. 3487; (21) 1953, S. 804 f.; 1959, S. 924; (25) Bd. 2, S. 1891; (28) 1955, S. 1182; 1958, S. 1273; (29) 1940, S. 893; 1941/42, S. 1000; (43) S. 24.

3.30.2. Geschäftsführer der WG

Jung, Otto

1934-1942 Hgeschf. d. WG Bekleidungsindustrie, s. bei Jung in seiner Funktion als Leiter d. WG Textilindustrie.

Melzer, Dr. Ernst (-)

- a) bis 1942 stellv. Geschf., 1942-1943(?) komm. Hgeschf. d. WG Bekleidungsindustrie u. ... 1942... Geschf. d. Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg, d. FG Wäscheindustrie, d. FuG Herren- u. Damenwäscheindustrie, d. FuG Miederindustrie u. d. Fachabt. Hut- u. Mützenindustrie dieser WG

(29) 1941/42, S. 637.

Börries, Wilhelm (1907-)

- a) Juli 1943-1944 Hgeschf. d. WG Bekleidungsindustrie
- b) Jan. 1938-Dez. 1940 Gerichtsassessor beim Reichsausschuß für volkswirtschaftliche Aufklärung, Berlin (ab Mai 1939 Abt. leiter); 1938-1939 tätig bei, ab 1940 Geschf. beim Gauwirtschaftsberater d. Gaues Berlin d. NSDAP; Dez. 1940-Juni 1943 VdAR K. A. Schwerdtfeger & Co AG, Berlin
- c) 1944 zum Kriegsdienst eingezogen

ZStA, RWM, Nr. 9159, Bl. 128 f. (Lebenslauf v. 14. 9. 1943).

Zopp, Dr. Bruno (-)

a) ...1942...Geschf. d. FuG Uniformindustrie, 1944-1945 komm. Hgeschf. d. WG Bekleidungsindustrie (?)

(29) 1941/42, S. 1134.

3.31. WG Lebensmittelindustrie

3.31.1. Leiter der WG

Theunert, Hugo (1880-)

- a) ...1933...Vorst. d. Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft u. a. Funktionen in Unternehmerverbänden; Mai 1934-1945 Leiter d. WG Lebensmittelindustrie u. Leiter d. FG Kaffeersatzindustrie dieser WG; Beirat d. IHK Berlin u. d. Industrieabt. d. WK Berlin-Brandenburg
- b) 1908-1919 Stadtrat u. Magistratsmitgl. in Berlin-Köpenick; 1921-1942...Gen. dir., Geschf., Betr. F. d. Kathreiner GmbH, Berlin
- c) Mitgl. d. NSDAP u. d. SS

(11) S. 488; (13) S. 2270; (14) Bd. 1, S. 191; (15) 1941, Bd. 7, S. 63; (25) Bd. 2, S. 1897; (28) 1935, S. 1599; (29) 1941/42, S. 1005.

3.31.2. Geschäftsführer der WG

Riese, Dr. Hans Georg (1894-)

- a) 1934-1945 Hgeschf. d. WG Lebensmittelindustrie; stellv. Leiter d. Prüfungsstelle Ernährungswirtschaft
- b) 1919 Helfer bei Pfarrer Wessel (Vater von Horst Wessel) im Reichsbürgerrat; dann Reichswehroffizier u. Schriftleiter d. Zeitung d. Reichswehrbrigade XV; 1920-1923 Leiter d. Presseabt. d. vorläufigen Reichswirtschaftsrates; ab 1923 Handlungsbevollmächtigter d. Annaberger Steingutfabrik AG; 1923-1933 (?) Geschf. d. FG Nahrungs- u. Genußmittel im RDI
- c) Mitgl. d. SA-Reserve

(11) S. 387; (14) Bd. 1, S. 191 f.; (18) S. 612; (25) Bd. 2, S. 1532; (29) 1941/42, S. 803.

Klein, Günther (1906-)

- a) 1934-1945(?) Geschf. d. WG Lebensmittelindustrie u. Geschf. d. FuG Gewürzindustrie dieser WG
- b) 1934 Geschf. Verband d. Nahrungsmittelfabrikanten u. -händler
- e) 1946-1977...Geschf. d. Fachverbandes d. Gewürzindustrie e. V., Bonn-Bad Godesberg; 1946-1974 Geschf., Hgeschf. Bundesverband d. Dt. Ernährungsin- dustrie; 1955-1975 Geschf. d. Bundes für Lebensmittelrecht u. -kunde e. V., Bonn-Bad Godesberg; 1946-1973...Geschf. d. Verbandes d. dt. Mineralwas- ser- u. Limonadenfabrikanten e. V., Bonn (=Bundesverband d. Dt. Erfri- schungsgetränke-Industrie); VPräs. d. Dt. Gesellschaft für Ernährung e. V., Frankfurt/M.

(21) 1951, S. 293; 1953, S. 395; 1957/58, S. 453; 1962, S. 449; 1968, S. 591; 1974, S. 649; 1975, S. 658; 1977, S. 620; (28) 1958, S. 642; 1973, S. 537; (29) 1941/42, S. 487

3.32. WG Brauerei (1939 mit der Wirtschaftsgruppe Malzindustrie zur WG Brauerei und Mälzerei zusammgelegt)

3.32.1. Leiter der WG

Röhm, Dr. Ernst (1894-)

- a) Leiter d. Vereins d. Brauereien d. bayerischen Oberlandes e. V., München; ab 1933 im Präsidium d. Dt. Brauer Bundes; ab 1935 Leiter d. Brauerei u. Mälzerei Berufsgenossenschaft; 1934 stellv. Leiter, Dez. 1934-April 1939 Leiter d. WG Brauerei; April 1939-1945(?) Leiter d. WG Brauerei u. Mälzerei; Leiter d. FG Brauerei, d. Bezirksgruppen Ostmark u. Bayern dieser WG
- b) nach 1918 Volkswehr u. Zeitfreiwilligencorps; 1928 Eintritt in d. väterliche Brauerei, 1930 zusammen mit dem jüngeren Bruder Übernahme, ... 1940-1942... Inh. d. Betr. F. Bürgerbräu Bad Reichenhall Aug. Röhm & Söhne ohG, Bad Reichenhall; VdAR Aktienbrauerei zum Hasen, Augsburg
- c) Mitgl. d. NSDAP
- e) ... 1951... AR Aktienbrauerei zum Hasen, Augsburg, u. AR Sektkellerei Schloß Wachenheim AG, Wachenheim; ... 1953... erster Präs. Bayerischer Brauerbund e. V.

ZStA, RWM, Nr. 9162, Bl. 63 (Bestätigung als Leiter d. WG Brauerei durch den Reichswirtschaftsmin. am 13. 12. 1934)

(9) 1936, S. 1271; (14) Bd. 1, S. 195; (19) S. 165; (21) 1951, S. 475; 1953, S. 649; (29) 1941/42, S. 812.

3.32.2. Geschäftsführer der WG

Dührssen, Dr. Rudolf (1889-)

- a) 1935(?) - 1939 Geschf., Hgeschf. d. WG Brauerei; April 1939-1945(?) Hgeschf. WG Brauerei u. Mälzerei
- b) 1911-1914 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei d. HK Duisburg, bei d. Dt. Bank u. bei d. AEG; 1915-1917 bei d. Reichs-Entschädigungs-Kommission; ab 1917 Mitarbeit, ... 1928-1929... Synd. d. Dt. Brauer-Bundes e. V., Berlin; Synd. d. Verbandes obergäriger Brauereien im Brausteuergebiet e. V., Berlin; Geschf. d. Teilgruppe Brauerei d. FG Brauerei, Mälzerei, Müllerei im RDI; ... 1942... Vorst. Dt. Versicherungschutz für Brauereien, Versicherungsverein AG, Berlin

(13) S. 498; (14) Bd. 1, S. 196; (18) S. 612, 633, 636; (29) 1941/42, S. 184.

3.33. WG Malzindustrie (1939 mit der WG Brauerei zur WG Brauerei und Mälzerei (zusammengelegt))

3.33.1. Leiter der WG

Reinicke, Bruno (1888-)

- a) 1934 Leiter d. Untergruppe Mälzerei d. FG Brauerei u. Mälzerei im Reichsstand d. Dt. Industrie; 1934-1937 (praktisch bis Nov. 1936) Leiter d. WG Malzindustrie (ab Nov. 1936 wegen Verdacht eines Devisenvergehens in Haft, Verfahren im Febr. 1937 eingestellt)
- b) 1912-1913 praktische Arbeit in Brauereien u. Mälzereien; ab 1913 in den USA; ... 1921... Technischer Dir. u. Gen. dir. d. Mälzerei von Chikago; im Mai 1928 Rückkehr nach Deutschland; Übernahme d. Rittergutes Jemmeritz/Altmark; AR, ... 1935-1942... Persh. Ges. Hallesche Malzfabrik Reinicke & Co, Halle/Saale, u. a. Funktionen in d. Malzindustrie
- c) ab 1928 Gemeindevorsteher in Jemmeritz; ab 1931 Mitgl. d. NSDAP, Ortsgruppenleiter, Vors. d. Kreisgerichts, Kreisleiter; 1935 ehrenhalber Gauamtsleiter

ZStA, RWM, Nr. 9162, Bl. 102 (Bestätigung d. Berufung zum Leiter d. WG Malzindustrie durch d. Reichswirtschaftsmin., ab 3. 8. 1934); ZStA, RWM, Nr. 9163, Bl. 45 (Mitteilung d. RGI an d. Reichswirtschaftsmin. über d. Verhaftung Reinickes); ebenda, Bl. 48 (Mitteilung d. RGI an d. Reichswirtschaftsmin. über d. Einstellung d. Verfahrens gegen Reinicke)

(9) 1938, S. 1354; 1940, S. 1337; (14) Bd. 1, S. 198; (19) S. 165; (28) 1935, S. 1282; (29) S. 786.

Offergeld, Theo (1896-)

- a) Dez. 1936-Nov. 1937 komm. Leiter bis 1939 Leiter d. WG Malzindustrie, ab 1939 stellv. Leiter d. WG Brauerei u. Mälzerei u. Leiter d. FG Mälzerei dieser WG (bzw. FG Handelsmälzereien); VR Hauptvereinigung d. dt. Brauwirtschaft, Berlin
- b) ...1939-1942... Inh., Betr. F. Malzfabrik Hubert Wantzen, Andernach/Rhein

ZStA, RWM, Nr. 9163, Bl. 45 (Mitteilung d. RGI an d. Reichswirtschaftsmin. über d. komm. Übernahme d. Leitung d. WG Malzindustrie durch Offergeld); ebenda, Bl. 56 (Berufung zum Leiter d. WG Malzindustrie durch den Reichswirtschaftsmin.)

(29) 1940, S. 638; 1941/42, S. 713.

3.33.2. Geschäftsführer der WG

Kuckuck, Dr. Theodor Julius (1871-)

- a) bis 1936(?) Geschf. d. WG Malzindustrie
- b) 1894-1915 bei HK tätig u. 1907-1914 Geschf. d. Verbandes d. Schwarzwälder Uhrenindustrie; Dez. 1915-1929... Geschf. Synd. d. Bundes Dt. Malzfabrikanten e. V., Berlin; ...1928-1929... Geschf. d. Teilgruppe Mälzereien d. FG Brauerei, Mälzerei u. Müllerei im RDI

(13) S. 1268; (18) S. 612, 648.

Hansen, Dr. Walter (1899-)

- a) Dez. 1936-April 1939 Geschf. d. WG Malzindustrie; ab 1939 Geschf. für Mälzereifragen u. Geschf. d. FG Mälzerei d. WG Brauerei u. Mälzerei (bzw. FG Handelsmälzereien)
- e) ...1951-1966... Geschf., Synd. Bayerischer Mälzerbund e. V., München

(21) 1951, S. 207; 1966, S. 413; (29) 1940, S. 307; 1941/42, S. 339.

3.34. WG Brauerei u. Mälzerei (ab 1939 durch Zusammenlegung der WG Brauerei u. der WG Malzindustrie)

Röhm, Ernst

April 1939-1945(?) Leiter d. WG Brauerei u. Mälzerei, s. bei Röhm in seiner Funktion als Leiter d. WG Brauerei.

Dührssen, Rudolf

April 1939-1945(?) Hgeschf. d. WG Brauerei u. Mälzerei, s. bei Dührssen in seiner Funktion als Geschf. d. WG Brauerei.

3.35. WG Zuckerindustrie

3.35.1. Leiter der WG

Harney, Fritz (1879-)

a) bis 1934(?) Vors. d. Direktoriums d. Dt. Zuckerindustrie; 1934-1938 Leiter

d. WG Zuckerindustrie ("Ausscheiden aus gesundheitlichen Gründen"); Vors. d. Zuckerwirtschaftsverbandes Nordostdeutschland, Berlin

b) bis 1916 Chemiker u. Dir. in verschiedenen Zuckerfabriken; 1916-1942... VdVorst., Dir., Gen.dir., Betr. F. d. Zuckerfabrik Nauen u. ihres Betriebsteils Raffinerie Ketzin; Besitzer eines Rittergutes im Osthavelland

(13) S. 859 f.; (14) Bd. 1, S. 200; (24) S. 115; (29) 1941/42, S. 341.

Aumüller, Robert (1878-)

a) bis 1937 stellv. Leiter, 1938-1945 Leiter d. WG Zuckerindustrie, Leiter d. Bezirksgruppe Sachsen Süd, Delitzsch, dieser WG; VdVorst.; Feuer-Versicherungs-Verband für Rübenzuckerfabriken - Hallescher Verein d. Zuckerfabrikdir.; Vorst. Haftpflicht-Versicherungs-Verband für d. Zuckerfabriken im Dt. Reich

b) 1901-1915 Dir. d. Zuckerfabrik Vitzenburg/Unstrut; 1915-1945(?) Dir., Gen.dir. Zuckerfabrik Delitzsch mbH, Delitzsch; ...1928-1942...Dir. Delitzscher Rübensamenzucht GmbH, Delitzsch

(9) 1928, S. 43; 1930, S. 45; 1940, S. 44; (13) S. 61 f.; (15) 1944, Bd. 7, S. 236; (24) S. 61; (29) 1941/42, S. 22.

3.35.2. Geschäftsführer der WG

Föllenius, Dr. Robert (1878-1943)

a) 1935(?) -Febr. 1943 Geschf., Hgeschf. d. WG Zuckerindustrie (gemeinsam mit Ohlen)

b) bis 1911 Leiter eines industriell-kaufmännischen Betriebes; bei einer Landwirtschaftskasse angestellt; 1911-1936 Dir., Vorst. d. Dt. Zuckerbank AG, Berlin (seit 24. 11. 1936 in Liquidation); ab 1911-1933(?) Geschf., Synd. im Verein d. Dt. Zuckerindustrie; bis 1934(?) Geschf. d. FG Zucker- u. Nahrungsmittelindustrie im RDI

(13) S. 633; (14) Bd. 1, S. 200; (15) 1936, S. 177; 1937, S. 6227; (18) S. 612; (29) 1941/42, S. 240; (58) Nr. 9/1943, S. 94.

Ohlen, Herbert Freiherr v. (1895-)

a) 1935-1945(?) Hgeschf. d. WG Zuckerindustrie (gemeinsam mit Föllenius)

b) aktiver Offizier (als Oberleutnant d. Reichswehr entlassen); kaufmännische Ausbildung; Hgeschf. d. Oberschlesischen Landbundes, d. Oberschlesischen Schuldungsverbandes u. d. Oberschlesischen Landberatungs GmbH; 1933-1935 Geschf. von Verbänden d. dt. Zuckerindustrie

e) ...1958...Geschf. d. Vereins d. Zuckerindustrie

(14) Bd. 1, S. 200; (28) 1958, S. 936; (29) 1941/42, S. 713.

3.36. WG Spiritusindustrie

3.36.1. Leiter der WG

Richter, Adolf (1869-)

a) bis 1934(?) Leiter d. Reichsfachverbandes dt. Spiritusindustrie; Jan. 1935-1945(?) Leiter d. WG Spiritusindustrie u. Leiter d. FG Kartoffelbrennereien dieser WG

b) 1900-1920 Güterdir. u. Gen.bevollmächtigter d. Prinzlich Lippeschen Güterverwaltung, Baruth in Sachsen; ab 1920 Rittergutsbesitzer (mit Brennereibetrieb) in Lautitz über Löbau in Sachsen

c) Beirat d. Reichsmonopolverwaltung für Branntwein; Förderndes Mitgl. d. NSDAP u. d. SS

(14) Bd. 1, S. 202; (29) 1941/42, S. 795.

3.36.2. Geschäftsführer der WG

Jacobsen, Dr. Eduard Jens (-)

a) 1935-1945(?) Geschf., Hgeschf. d. WG Spiritusindustrie u. Geschf. d. FG Kartoffelbrennereien dieser WG

b) im Hamburger Staatsdienst; ab 1920-1926(?) Ministerialrat im Reichsfinanzmin.; 1933-1935 Geschf., Vorst. d. Verwertungsverbandes Dt. Spiritusfabrikanten

c) Beirat d. Reichsmonopolverwaltung für Branntwein

(9) 1935, S. 630; (14) Bd. 1, S. 203; (27) 1920, S. 13; (29) 1941/42, S. 432.

Personenregister⁺

| | | |
|--------------------------|---|------------------------------|
| Albrecht, Karl | 3. 12. 2. | (1/1980) |
| Ammer, Ernst | 3. 28. 1. | (1/1980) |
| Ashelm, Heinz | 3. 27. 1. | (1/1980) |
| Aumüller, Robert | 3. 35. 1. | (1/1980) |
| Baldermann, Erik | 3. 17. 1. | (1/1980) |
| Baldeweg, Friedrich | 3. 22. 1. | (1/1980) |
| Bartosch, Alexander | 3. 26. 2. | (1/1980) |
| Baum, Gustav | 3. 19. 2. | (1/1980) |
| Becker, Karl | 3. 15. 1. | (1/1980) |
| Behrenz, Günther | 3. 22. 2. | (1/1980) |
| Bemb, Fritz | 3. 22. 2. | (1/1980) |
| Berg, Fritz | 3. 15. 1. | (1/1980) |
| Blohm, Rudolf | 2. 2. | (4/1979); 3. 10. 1. (1/1980) |
| Böhland, Eberhard | 3. 17. 2. | (1/1980) |
| Börries, Wilhelm | 3. 30. 2. | (1/1980) |
| Bracht, Robert Wilhelm | 3. 24. 1. | (1/1980) |
| Braun, Waldemar | 3. 11. 1. | (1/1980) |
| Büchner, Theodor | 3. 13. 2. | (1/1980) |
| Bütefisch, Heinrich | 3. 2. 1. | (1/1980) |
| Cesar, Wolfgang | 3. 9. 2. | (1/1980) |
| Clemm, Carl Adolf | 3. 23. 1. | (1/1980) |
| Croon, Hans | 3. 29. 1. | (1/1980) |
| Datzmann, Hans | 3. 20. 2. | (1/1980) |
| Dierig, Gottfried | 1. 1. (4/1979); 2. 6. (4/1979); 3. 29. 1. | (1/1980) |
| Dührssen, Rudolf | 3. 32. 2. | (1/1980); 3. 34. (1/1980) |
| Egger (-Büssing), Rudolf | 3. 8. 1. | (1/1980) |
| Fischer, Ernst Rudolf | 3. 2. 1. | (1/1980) |
| Fitzner, Otto | 3. 4. 1. | (1/1980) |
| Follenius, Robert | 3. 35. 2. | (1/1980) |
| Gärtner, Bruno | 3. 18. 1. | (1/1980) |
| Goebels, Heinrich | 3. 19. 1. | (1/1980); 3. 22. 1. (1/1980) |
| Grisar, Carl Martin | 3. 20. 1. | (1/1980) |
| Gruber, Wilhelm | 2. 6. | (4/1979) |
| Guth, Karl | 1. 3. | (4/1979) |
| Hagemeier, Ernst | 3. 8. 1. | (1/1980) |
| Hansen, Walter | 3. 33. 2. | (1/1980) |
| Harney, Fritz | 3. 35. 1. | (1/1980) |
| Hartkopf, Erich | 2. 3. (4/1979); 3. 13. 1. | (1/1980) |
| Hauptner, Rudolf | 3. 12. 1. | (1/1980) |

⁺Die Standorthinweise des Personenregisters beziehen sich auf die Gliederungsabschnitte entsprechend der Einteilung: 1. = Reichsgruppe Industrie; 2. = Hauptgruppen der Reichsgruppe Industrie; 3. = Wirtschaftsgruppen der Reichsgruppe Industrie. Zum Beispiel verweist 3. 36. 2. (1/1980) auf den Gliederungsabschnitt 3. 36. 2. (Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Spiritusindustrie), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1980, T. 1.

| | | |
|--|-----------|------------------------------|
| Hecker, Ewald | 1. 1. | (4/1979) |
| Henrichs, Paul | 3. 12. 1. | (1/1980) |
| Herbell, Hans | 3. 21. 1. | (1/1980) |
| Heß, Johannes | 3. 23. 1. | (1/1980) |
| Hesterberg, Alex | 3. 14. 1. | (1/1980) |
| Heyl zu Herrnsheim, Ludwig Cornelius Freiherr v. | 3. 28. 1. | (1/1980) |
| Hilger, Franz | 3. 1. 1. | (1/1980) |
| Hilsmann, Albert | 3. 8. 2. | (1/1980) |
| Hölling, Friedrich Wilhelm | 3. 1. 2. | (1/1980) |
| Holler, Fritz | 3. 20. 1. | (1/1980) |
| Hufenbecher, Paul | 3. 8. 2. | (1/1980) |
| Jacobsen, Eduard Jens | 3. 36. 2. | (1/1980) |
| Jung, Otto | 3. 29. 1. | (1/1980); 3. 30. 2. (1/1980) |
| Keßler, Ludwig | 3. 6. 1. | (1/1980) |
| Klaue, Hermann | 3. 29. 2. | (1/1980) |
| Klein, Günther | 3. 31. 2. | (1/1980) |
| Klein, Hans | 3. 4. 2. | (1/1980) |
| Kloepfer, Reinhardt | 3. 22. 1. | (1/1980) |
| Knecht, Karl | 3. 18. 2. | (1/1980) |
| Knepper, Gustav | 3. 1. 1. | (1/1980) |
| Köhler, Willy | 3. 29. 2. | (1/1980) |
| Krumm, Heinrich | 3. 28. 1. | (1/1980) |
| Krupp v. Bohlen u. Halbach, Gustav | 1. 1. | (4/1979); 2. 1. (4/1979) |
| Kuckuck, Julius | 3. 33. 2. | (1/1980) |
| Kühn, Emil | 3. 19. 1. | (1/1980) |
| Küppenbender, Heinrich | 3. 12. 1. | (1/1980) |
| Lahs, Rudolf | 3. 9. 1. | (1/1980) |
| Lange, Karl | 3. 7. 2. | (1/1980) |
| Langeheine, Richard | 3. 17. 2. | (1/1980) |
| Langenohl, Max | 3. 5. 1. | (1/1980) |
| Lorenzen, Nommen Friedrich | 3. 27. 2. | (1/1980) |
| Lorey, August | 3. 26. 1. | (1/1980) |
| Lotz, Heinz | 3. 11. 2. | (1/1980) |
| Lucke, Hans v. | 3. 25. 2. | (1/1980) |
| Lüschen, Friedrich | 3. 11. 1. | (1/1980) |
| Lütke, Albert | 3. 20. 2. | (1/1980) |
| Luger, Andor | 3. 24. 2. | (1/1980) |
| Martini, Clemens | 3. 29. 1. | (1/1980) |
| Mauterer, Arthur | 3. 6. 1. | (1/1980) |
| Melmer, Johannes | 3. 13. 1. | (1/1980) |
| Melzer, Ernst | 3. 30. 2. | (1/1980) |
| Merker, Otto | 3. 10. 1. | (1/1980) |
| Müller, Alfred | 3. 17. 1. | (1/1980) |
| Nonn, Hans | 3. 19. 1. | (1/1980) |
| Obwurzer, Herbert v. | 3. 18. 2. | (1/1980); 3. 20. 2. (1/1980) |
| Oelert, Gustav | 3. 6. 2. | (1/1980) |
| Offergeld, Theo | 3. 33. 1. | (1/1980) |
| Ohlen, Herbert Freiherr v. | 3. 35. 2. | (1/1980) |
| Ostermann, Heinrich | 3. 11. 2. | (1/1980) |
| Otten, Joseph | 3. 29. 1. | (1/1980) |

| | | |
|---------------------------|-----------|------------------------------|
| Pertz, Hermann | 3. 22. 2. | (1/1980) |
| Peters, Carl | 3. 17. 1. | (1/1980) |
| Pfotenhauer, Bernhard | 2. 5. | (4/1979); 3. 23. 1. (1/1980) |
| Pietzsch, Albert | 2. 5. | (4/1979) |
| Pilz, Bruno | 3. 15. 2. | (1/1980) |
| Poelchen, Ulrich | 3. 16. 2. | (1/1980) |
| Poensgen, Ernst | 2. 1. | (4/1979); 3. 3. 1. (1/1980) |
| Puff, Erich | 3. 4. 2. | (1/1980) |
| Putsch, Hanns | 3. 14. 2. | (1/1980) |
| Reichert, Jacob Wilhelm | 3. 3. 2. | (1/1980) |
| Reinhold, Hermann | 3. 13. 2. | (1/1980) |
| Reinicke, Bruno | 3. 33. 1. | (1/1980) |
| Richter, Adolf | 3. 36. 1. | (1/1980) |
| Riese, Hans Georg | 3. 31. 2. | (1/1980) |
| Röchling, Hermann | 3. 3. 1. | (1/1980) |
| Röhm, Ernst | 3. 32. 1. | (1/1980); 3. 34. (1/1980) |
| Roth, Kurt | 3. 16. 1. | (1/1980) |
| Ruf, Rudolf | 3. 18. 2. | (1/1980) |
| Sack, Otto | 3. 7. 1. | (1/1980) |
| Sauer, Alfred | 3. 28. 2. | (1/1980) |
| Schaaf, Wilhelm | 3. 8. 1. | (1/1980) |
| Schaller, Franz | 3. 20. 2. | (1/1980) |
| Scheid, Friedrich | 3. 21. 1. | (1/1980) |
| Schirz, Otto C. | 3. 8. 2. | (1/1980) |
| Schlosser, Hermann August | 3. 23. 1. | (1/1980) |
| Schmauser, Justus | 3. 5. 2. | (1/1980) |
| Schoeller, Ewald | 3. 24. 1. | (1/1980) |
| Schott, Erich | 3. 20. 1. | (1/1980) |
| Schröder, Karl E. | 3. 14. 1. | (1/1980) |
| Schüler, Bruno | 2. 7. | (4/1979) |
| Seeliger, Karl | 3. 25. 1. | (1/1980); 3. 27. 1. (1/1980) |
| Seeling, Otto | 3. 20. 1. | (1/1980) |
| Siemssen, Hellmuth | 3. 17. 1. | (1/1980) |
| Stahl, Rudolf | 1. 2. | (4/1979) |
| Stellwaag, Alfred | 3. 4. 2. | (1/1980) |
| Stroux, Ludwig | 3. 18. 2. | (1/1980) |
| Tengelmann, Herbert | 3. 30. 1. | (1/1980) |
| Theissen, Heinz | 3. 10. 2. | (1/1980) |
| Theunert, Hugo | 3. 31. 1. | (1/1980) |
| Thiel, Reinhold | 2. 3. | (4/1979); 3. 15. 1. (1/1980) |
| Thurmann, Karl Theodor | 3. 25. 2. | (1/1980) |
| Trendelenburg, Ernst | 1. 1. | (4/1979) |
| Ungewitter, Claus | 3. 23. 2. | (1/1980) |
| Vögler, Eugen | 2. 4. | (4/1979); 3. 18. 1. (1/1980) |
| Voelck, Ernst | 3. 16. 1. | (1/1980) |
| Vorwig, Wilhelm R. | 3. 8. 2. | (1/1980) |
| Warnke, Franz | 3. 21. 2. | (1/1980) |
| Weber, Carl | 3. 29. 1. | (1/1980) |
| Wegelt, Walther | 3. 22. 2. | (1/1980) |
| Wehrle, Emil | 3. 8. 2. | (1/1980) |

| | | |
|----------------------|-----------|----------|
| Wisselmann, Heinrich | 3. 1. 1. | (1/1980) |
| Wolff, Karl Gerhard | 3. 15. 1. | (1/1980) |
| Wussow, M. v. | 3. 24. 2. | (1/1980) |
| Zangen, Wilhelm | 1. 1. | (4/1979) |
| Ziervogel, Friedrich | 3. 2. 2. | (1/1980) |
| Zopp, Bruno | 3. 30. 2. | (1/1980) |

Quellen - und Literaturnachweis

I. Quellen

1. Archivalien

Zentrales Staatsarchiv der DDR (ZStA), Abteilung I,
Deutsche Arbeitsfront, Arbeitswissenschaftliches Institut,
Zeitungsausschnittssammlung (DAF, AWI, Ztg.), Nr. 17511-17756; ebenda,
Reichswirtschaftsministerium (RWM), Nr. 8768, 9080, 9085, 9087, 9100, 9104,
9106, 9113 f., 9121 f., 9136, 9141 f., 9144, 9156, 9159, 9161-63, 15212, 15219;
ebenda, Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut (DAWI), Nr. 10761; ebenda,
Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Nr. 21833.

2. Gedruckte Quellen und Dokumentationen

- (1) Braunbuch, Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin, Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft, hg. v. Nationalrat der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR, 3., überarbeitete und erweiterte Aufl., Berlin 1968.
- (2) Deutschlands Rüstung im zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942 - 1945, hg. u. eingeleitet v. Willi A. Boelcke, Frankfurt (Main) 1969.
- (3) Dokumente und Dokumentarfotos zur Geschichte der deutschen Luftwaffe, Aus den Geheimgakten des Reichswehrministeriums 1919-1933 und des Reichsluftfahrtministeriums 1933-1939, hg. v. Karl-Heinz Völker, Stuttgart 1968 = Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Nr. 9.
- (4) Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses. Mit einer Studie über die "Arisierungen" des Flick-Konzerns, hg. v. Karl-Heinz Thielecke, Berlin 1965.
- (5) Fall 6. Ausgewählte Dokumente und Urteile des IG-Farben-Prozesses, hg. v. Hans Radandt, Berlin 1970.
- (6) Graubuch 1967. Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Hintergründe, Ziele, Methoden, eine Dokumentation, hg. v. Nationalrat der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik, 2., überarbeitete und erweiterte Aufl., Berlin 1967.
- (7) Trials of war-criminals before the Nuernberg Military Tribunal under Control council law. No. 10, Volume XIV, "The ministries case", Nuernberg Oct. 1946 - April 1949, Washington 1949.
- (8) Die unbewältigte Gegenwart. Eine Dokumentation über Rolle und Einfluß ehemals führender Nationalsozialisten in der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), Frankfurt (Main) 1962.

II. Nachschlagewerke

- (9) Adressbuch der Directoren und Aufsichtsraths-Mitglieder der Actien-Gesellschaften, ab 1910 Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte der Aktien-Gesellschaften, ab 1913 Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte (ab 1940 s. bei: Wer leitet?), Jg. 1909, 1918, 1920 f., 1924-1940, Berlin 1909, 1918, 1920 f.,

1924-1940.

- (10) Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, hg. v. Dieter Fricke u. a., Bd. 1 u. 2, Leipzig 1968, 1970.
- (11) Das deutsche Führerlexikon, 1934/35, Berlin 1934.
- (12) Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, hg. v. Cuno Horkenbach, Berlin 1931.
- (13) Deutsche Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten. Ein Nachschlagewerk über 13 000 Wirtschaftspersönlichkeiten unserer Zeit, bearb. v. Georg Wenzel, Hamburg/Berlin/Leipzig 1929.
- (14) Handbuch des Aufbaus der gewerblichen Wirtschaft, hg. v. Hermann Teschemacher, Bd. 1: Reichsgruppe Industrie, Reichsgruppe Energiewirtschaft, Reichsgruppe Banken, Reichsgruppe Versicherungen, Jg. 1935/36, Leipzig 1936; ebenda, Bd. 3: Reichswirtschaftskammer, Wirtschaftskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Außenhandelsstellen, Deutsche Handelskammern und wirtschaftliche Vereinigungen im Ausland und Deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer, Jg. 1937, Leipzig 1937.
- (15) Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften, 48. Jg. 1943 u. 49. Jg. 1944 unter dem Titel Die Großunternehmer im Deutschen Reich, Ausg. 1918/19 - Ausg. 1931, Berlin/Leipzig 1919-1932, Ausg. 1932 - Ausg. 1944, Berlin 1933-1944, Ausg. 1949-1951/52, Heppenheim 1950-1952, Ausg. 1953/54, Darmstadt 1954, Ausg. 1956/57, Darmstadt/Berlin (West)/Essen 1957.
- (16) Handbuch der Großunternehmer, 3. Aufl. 1953, 5. Aufl. 1956/57, 7. Aufl. 1960, 9. Aufl. 1962, Darmstadt u. a. 1953, 1956, 1959, 1961.
- (17) Handbuch über den Preußischen Staat, hg. v. Preußischen Staatsministerium für das Jahr 1922, 1927, 1928, 1930, 1934, 1938, Berlin 1922-1938.
- (18) Handbuch wirtschaftlicher Verbände und Vereine des Deutschen Reiches sowie der Industrie- u. Handels-, Gewerbe-, Handwerks- u. Landwirtschaftskammern und sonstige wirtschaftliche Interessenvertretungen und Zweckorganisationen, 3. Aufl., Jg. 1928, Berlin/Wien 1928.
- (19) Horkenbach, Cuno, Handbuch der Reichs- und Staatsbehörden. Körperschaften und Organisationen. 1935/36, Berlin 1935.
- (20) Jahrbuch der Deutschen Braunkohlen-, Steinkohlen-, Kali- und Erzindustrie, ab 21. Jg. 1930, unter dem Titel Deutsches Bergbau-Jahrbuch, 15. Jg. 1922-23. Jg. 1932, Halle 1922-1932.
- (21) Leitende Männer der Wirtschaft und der zugehörigen Verwaltung, Jg. 1951, Heppenheim 1951; Jg. 1953, Berlin (West)/Darmstadt/Essen 1953; Leitende Männer der Wirtschaft, Jg. 1955, 1957/58 u. 1959, Berlin (West)/Darmstadt/Essen 1955, 1957, 1959; Leitende Männer der Wirtschaft, Jg. 1960-1962, Berlin (West) u. a. 1960-1962; Leitende Männer der Wirtschaft (bzw. Männer und Frauen der Wirtschaft), Jg. 1963-1977, Darmstadt u. a. 1963-1977.
- (22) Mitgliederverzeichnis 1935, hg. v. Verein Deutscher Eisenhüttenleute, 1935.
- (23) Munzinger, Internationales Biographisches Archiv, Ravensburg/nach 1945/.

(24) Rathke/Schallehn, Adreßbuch für die Zuckerindustrie und den Zuckerhandel Europas. Betriebsjahr 1942/43, 72. Jg., bearb. v. Fr. Wilhelm Schallehn, Magdeburg 1942.

(25) Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Ein Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Bd. 1 u. 2, Berlin 1930, 1931.

(26) Stockhorst, Erich, Fünftausend Köpfe. Wer war was im Dritten Reich?, 1967.

(27) Taschenkalender für Verwaltungsbeamte, hg. v. Kühnert, 37. Jg. 1920, Berlin 1919; Taschenkalender für Verwaltungsbeamte, hg. v. Warnack, 59. Jg. 1942, Berlin 1942.

(28) Wer ist's? Zeitgenossenlexikon, zusammengestellt u. hg. v. Hermann A. L. Degener, 10. Ausg. 1935, Berlin 1935; Wer ist wer? Das Deutsche Who's Who?, hg. v. Walter Habel, 11. Ausg. 1950 - 18. Ausg. 1975, Berlin (West) 1951-1970, Frankfurt (Main) 1973-1975.

(29) Wer leitet? Die Männer der Wirtschaft und der einschlägigen Verwaltung einschließlich Adreßbuch der Direktoren u. Aufsichtsräte (ab 1951 s. bei: Leitende Männer), 1. Aufl. 1940 - 2. Aufl. 1941/42, Berlin 1940, 1942.

III. Darstellungen und Aufsätze

(30) Albrecht, Karl, Das Menschliche hinter dem Wunder, 25 Jahre Mitwirkung am deutschen Wirtschaftsaufbau, Düsseldorf/Wien 1970.

(31) Baumann, G., Eine Handvoll Konzernherren, Berlin 1953.

(32) Berdrow, Wilhelm, Alfred Krupp und sein Geschlecht. 150 Jahre Krupp-Geschichte 1787-1937 nach den Quellen der Familie und des Werks, Berlin 1937.

(33) Broszat, Martin, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 6. Aufl. München 1976 = dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 9.

(34) Carl Zeiß Jena, einst und jetzt, hg. v. einem Autorenkollektiv unter Ltg. v. Wolfgang Schumann, Berlin 1962.

(35) Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, hg. v. einem Autorenkollektiv unter Ltg. v. Wolfgang Schumann u. Gerhart Hass, Berlin 1974; Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), hg. v. einem Autorenkollektiv unter Ltg. v. Wolfgang Schumann u. Karl Drechsler, Berlin 1975.

(36) Drobisch, Klaus, Der Freundeskreis Himmler. Ein Beispiel für die Unterordnung der Nazipartei und des faschistischen Staatsapparates durch die Finanzoligarchie, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 2/1960, S. 304-328.

(37) Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1: 1939-1941, Berlin 1969.

(38) Derselbe, Das Minette-Revier und die deutsche Montanindustrie. Zur Kriegszielstrategie der deutschen Monopole im zweiten Weltkrieg (1941/42), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 7/1977, S. 816-838.

(39) Derselbe, Das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion und die Straßburger Tagung vom 10. August 1944 (Bemerkungen zu offenen Fragen), in: Bulletin des Arbeitskreises "Zweiter Weltkrieg", Nr. 3-4/1975, S. 5-21.

(40) Esenwein-Rothe, Ingeborg, Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945, Berlin (West) 1965 = Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften, Neue Folge, Bd. 37.

(41) Facius, Friedrich, Wirtschaft und Staat. Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung vom 17. Jahrhundert bis 1945, Boppard am Rhein 1959 = Schriften d. Bundesarchivs, Nr. 6.

(42) Die faschistischen "Wehrwirtschaftsführer" im Bonner Staat, in: Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Nr. 6/1961, S. 15-19.

(43) Die faschistischen Wehrwirtschaftsführer in der westdeutschen Wirtschaft, in: Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Nr. 9-10/1954.

(44) Fritzsche, Rolf, Aufbau der Wirtschaft im Dritten Reich, Berlin 1934.

(45) Groehler, Olaf, Geschichte des Luftkrieges 1910-1970, Berlin 1975.

(46) Hanke, Horst/Thielecke, Karl-Heinz, BDI-Präsident, Thyssen-Generaldirektor Sohl, in: Dokumentation der Zeit, Nr. 18/1971, S. 17 - 24.

(47) Janssen, Gregor, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Berlin (West)/Frankfurt (Main)/Wien 1968.

(48) Kehrl, Hans, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden - 6 Jahre Krieg. Erinnerungen. Mit kritischen Anmerkungen u. einem Nachwort v. Erwin Viefhäus, Düsseldorf 1973.

(49) Kuczynski, Jürgen, Die Verflechtung von sicherheitspolizeilichen und wirtschaftlichen Interessen bei der Einrichtung und im Betrieb des KZ Auschwitz und seiner Nebenlager. Gutachten zum Auschwitz-Prozeß vom 19. 3. 1964, in: Dokumentation der Zeit, Nr. 308/1964, S. 36-42.

(50) Pritzkolet, Kurt, Bosse, Banken, Börsen, Herren über Geld und Wirtschaft, Wien/München/Basel 1954.

(51) Derselbe, Die neuen Herren, Wien/München/Basel 1955.

(52) Radandt, Hans, Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld. Die Rolle des Mansfeld-Konzerns bei der Vorbereitung und während des zweiten Weltkrieges, Berlin 1957.

(53) Simoneit, Ferdinand, Die neuen Bosse, Düsseldorf/Wien 1966.

(54) Turner, jr., Henry Ashby, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972.

(55) Vogel, Walter, Westdeutschland 1945-1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, T. 2, Boppard am Rhein 1964 = Schriften d. Bundesarchivs, Nr. 12.

(56) Zapf, Wolfgang, Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919 - 1961, München 1965 = Studien zur Soziologie, Bd. 2.

IV. Zeitschriften, Festschriften und Geschäftsberichte

- (57) Am 7. April 1843, 125 Jahre Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, hg. v. der Industrie- u. Handelskammer für München und Oberbayern, München ca. 1968.
- (58) Deutsche Wirtschaftszeitung, Organ des Deutschen Industrie- und Handeltages (ab Nr. 2/1935: Organ der Reichswirtschaftskammer; ab Nr. 35/1935; Organ der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in der Reichswirtschaftskammer), Nr. 26/1934 bis 34-35/1943.
- (59) 50/Fünfzig/Jahre Hauptverband der Deutschen Holzindustrie und verwandter Industriezweige e. V., Stuttgart 1970.
- (60) Nachrichten des Reichsministers für Bewaffnung und Munition, Nr. 1/1942 - Nr. 28/1943; Nachrichten des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion, Nr. 28/1943-45/1945.
- (61) Salzdetfurth AG, Berlin. Bericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1940.
- (62) Verwaltungsbericht der Deutschen Reichsbank für das Jahr 1939, hg. v. der Deutschen Reichsbank, Berlin 1940.
- (63) Das Werk von fünf Generationen. 150 Jahre Dierig, Augsburg 1955.

V. Zeitungen

- (64) Blumenthal, Erik, Familie Blohm. - Es wird ein Abenteuer, in: Hamburger Abendblatt, Nr. 279, 30. 11. 1976.

Abkürzungsverzeichnis⁺

| | |
|--------------|--|
| Abt., - abt. | Abteilung, -abteilung |
| AG | Aktiengesellschaft |
| AR | Aufsichtsrat, Mitglied des Aufsichtsrates |
| AWI | Arbeitswissenschaftliches Institut |
| Beirat | Mitglied des Beirates |
| Betr. F. | Betriebsführer |
| DAF | Deutsche Arbeitsfront |
| Dir. | Direktor |
| DNVP | Deutschnationale Volkspartei |
| DP | Deutsche Partei |
| dt. | deutsch |
| DVP | Deutsche Volkspartei |
| eGmbH | eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| ERP | European Recovery Program, Marshallplan |
| e. V. | eingetragener Verein |
| Fa. | Firma |
| FG | Fachgruppe |

+ Ohne Abkürzungen, die Bestandteil eines Firmennamens sind.

| | |
|------------------|--|
| FuG | Fachuntergruppe |
| GDP | Gesamtdeutsche Partei |
| Gebr. | Gebrüder |
| Gen. | General- |
| Gen. dir. | Generaldirektor |
| Ges. | Gesellschafter |
| Geschäftsinh. | Geschäftsinhaber |
| Geschf. | Geschäftsführer, Geschäftsführung |
| geschf. | geschäftsführend |
| GmbH | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| HG | Hauptgruppe |
| Hgeschf. | Hauptgeschäftsführer |
| HK | Handelskammer |
| IHK | Industrie- u. Handelskammer |
| Inh. | Inhaber |
| Kg | Kommanditgesellschaft |
| KgaA | Kommanditgesellschaft auf Aktien |
| komm. | kommisсарisch |
| ltd. | leitend |
| Ltg., -ltg. | Leitung, -leitung |
| mbH | mit beschränkter Haftung |
| MdL | Mitglied des Landtages |
| MdR | Mitglied des Reichstages |
| Min., -min. | Minister, -minister, Ministerium, -ministerium |
| Mitgl., -mitgl. | Mitglied, -mitglied |
| Mitinh. | Mitinhaber |
| oHG | offene Handelsgesellschaft |
| OKH | Oberkommando des Heeres |
| Persh, Ges. | Persönlich haftender Gesellschafter |
| Präs., -präs. | Präsident, -präsident |
| Prok. | Prokurist |
| RDI | Reichsverband der Deutschen Industrie |
| Ref. | Referat |
| Reichsmin. Speer | Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion |
| RG | Reichsgruppe |
| RGI | Reichsgruppe Industrie |
| RVE | Reichsvereinigung Eisen |
| RVK | Reichsvereinigung Kohle |
| RWK | Reichswirtschaftskammer |
| RWM | Reichswirtschaftsministerium |
| Stellv., stellv. | Stellvertreter, stellvertretend |
| Synd. | Syndikus |
| Teilh. | Teilhaber |
| VdAR | Vorsitzender des Aufsichtsrates |
| VdBeirat | Vorsitzender des Beirates |
| VdVorstand | Vorsitzender des Vorstandes |
| VdVR | Vorsitzender des Verwaltungsrates |
| vorm. | vormals |
| Vors., -vors. | Vorsitzender, -vorsitzender |
| Vorst. | Vorstand, Vorstandsmitglied |
| -vorst. | -vorstand |

VPräs.
VR
WG
-wiss.
WK
ZStA

Vizepräsident
Verwaltungsrat
Wirtschaftsgruppe
-wissenschaftlich (-er, -e, -es)
Wirtschaftskammer
Zentrales Staatsarchiv

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Die industrielle Entwicklung der DDR

(10. bis 11. April 1979 in Jena)

Anlässlich des 30. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik veranstalteten das Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR und die Sektion Wirtschaftswissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena ein wissenschaftliches Kolloquium mit dem Ziel, theoretische und empirische Lücken unserer industriellen Entwicklungsgeschichte schließen zu helfen.

Die Diskussionsgrundlage des Kolloquiums waren die Arbeitsmaterialien von Wolfgang Mühlfriedel (Jena) "Konzeption einer Industriegeschichte der DDR" und von Jörg Roesler (Berlin) "Tempo und Dynamik des Wirtschaftswachstums in der Industrie der DDR von 1949 bis 1975".

Mühlfriedel ging in seinen Ausführungen zum ersten Schwerpunkt des Kolloquiums davon aus, daß es der erreichte Kenntnisstand erlaube, die Ausarbeitung einer Gesamtdarstellung der Industriegeschichte in Angriff zu nehmen, wenngleich die Lösung dieser Aufgabe einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen werde. Die Historiker ebenso wie andere Gesellschaftswissenschaftler seien durch den gegenwärtigen Reifegrad der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Treffsicherheit des Urteils über den erreichten Stand und die Tendenzen der weiteren Entwicklung in den achtziger Jahren beeinträchtigt. Das habe Auswirkungen auf die Beurteilung des bisherigen Verlaufs der industriegeschichtlichen Entwicklung, denn der historische Standort für die Erforschung der Geschichte sei von großer methodologischer Bedeutung: Die Geschichte der sozialistischen Industrie müsse aus der Sicht des entwickelten Sozialismus betrachtet werden. Der Historiker könne natürlich nicht den Sozialismus "ausreifen lassen", ehe er mit seiner Arbeit an der Geschichte der Übergangsperiode und der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft beginnt. Bedeutsam erscheine aber, daß er sich dieser Sicht immer bewußt sei und zum Beispiel im Prozeß der Forschungsarbeit über frühe Abschnitte der Entwicklung ständig die aktuellen Veränderungen verfolge und zu bewerten suche sowie den Fortgang der Theorienbildung über die entwickelte sozialistische Gesellschaft im Auge behalte.

Als wichtige Kriterien für den Reifegrad der industriellen Entwicklung in den einzelnen Zeitabschnitten charakterisierte Mühlfriedel jene, die die Leninsche Theorie der sozialistischen Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit beinhaltet. "Mit der Schaffung eines neuen, des sowjetischen Staatstypus, der den Werktätigen und unterjochten Massen die Möglichkeit erschließt, an dem selbständigen Aufbau der neuen Gesellschaft tätigen Anteil zu nehmen, haben wir erst einen kleinen Teil der schwierigen Aufgabe gelöst. Die Hauptschwierigkeit liegt auf ökonomischem Gebiet: überall die strengste Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und Verteilung der Produkte durchzuführen, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Produktion tatsächlich zu vergesellschafteten."1

1 Lenin, W. I., Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1974, S. 231.

Mühlfriedel zog deshalb den Schluß, daß vor allem folgende Momente der sozialistischen Vergesellschaftung zu betrachten seien:

- das gesamtgesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln;
- das sozialistische System der Leitung der industriellen Produktion und der Arbeit;
- das sozialistische System der Planung der industriellen Produktion und der Arbeit und die damit in unmittelbarem Zusammenhang stehende wirtschaftliche Rechnungsführung in der staatlichen Industrie;
- das dem gesamtgesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und dem daraus entspringenden Charakter der Arbeit gemäße System der Arbeits- und Lebensbedingungen in der staatlichen Industrie;
- die neuen Beziehungen zwischen den Produzenten im Produktionsprozeß und ihr neues Verhältnis zur Arbeit;
- die unmittelbare Verbindung von wissenschaftlich-technischer Arbeit und industrieller Produktion;
- die sich verändernde materiell-technische Basis der industriellen Produktion.

Ergänzend fügte er hinzu, daß zur allseitigen Darstellung der Geschichte der sozialistischen Industrie auch noch das Moment der sozialistischen ökonomischen Zusammenarbeit und Integration gehöre. Im Zusammenhang mit diesen Faktoren schlug Mühlfriedel für die Erörterung der Periodisierung der Geschichte der sozialistischen Industrie vor, sich auf drei Gruppen von Kriterien zu konzentrieren: erstens all jene Kriterien, die für die Periodisierung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung Gültigkeit haben; zweitens vor allem die Momente der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit; drittens die Besonderheiten, die mit der Geschichte einzelner, aber für die Gesamtindustrie ausschlaggebender Industriezweige verbunden sind. Betrachtet man die Geschichte unter dem Blickwinkel der Dialektik von Objektivem und Subjektivem mit dem Vorhaben einer Untergliederung der Geschichte der sozialistischen Industrie in Perioden, Hauptetappen, Etappen, so käme man nach Mühlfriedel zu folgender Periodisierung:

1. Periode: 1945 - 1963
1. Hauptetappe: 1945 - Oktober 1949
1. Etappe: 1945 - Sommer 1946
2. Etappe: Sommer 1946 - Sommer 1948
3. Etappe: Sommer 1948 - Oktober 1949
2. Hauptetappe: Oktober 1949 - Anfang 1963
1. Etappe: Oktober 1949 - Anfang 1956
2. Etappe: Anfang 1956 - Anfang 1963
2. Periode: 1963 - ...
1. Hauptetappe: 1963 - ...
1. Etappe: 1963 - 1970
2. Etappe: 1970/71 - ...

In der anschließenden Diskussion ging Hans Czihak (Berlin) vornehmlich auf Mühlfriedels methodologisches Herangehen ein, indem er für die richtige Einschätzung des Reifegrades der sozialistischen Produktionsverhältnisse die Herangehensweise unterstützte, zwischen der formalen Vergesellschaftung (Nationalisierung, Konfiskation) und der tatsächlichen Vergesellschaftung im Leninschen Sinne zu unterscheiden. Bezüglich der vorgeschlagenen Periodisierung der Industriegeschicht-

lichen Entwicklung der DDR wies er darauf hin, daß die Dialektik von Subjektivem und Objektivem zwar von äußerster Wichtigkeit für die reale Darstellung der Entwicklung wäre, aber von Mühlfriedel bei der Periodisierung sehr vernachlässigt worden sei; die ungenügende Berücksichtigung objektiver Kriterien der quantitativen und qualitativen Entwicklung der Industrie müsse zwangsläufig zu einer Reduzierung der Industriegeschichte auf eine Geschichte der Industriepolitik führen.

Michael Laschke (Berlin) gab zu bedenken, ob es bei den derzeitigen terminologischen Verständigungsschwierigkeiten zwischen Politökonomern, Historikern und Wirtschaftshistorikern überhaupt sinnvoll sei, über eine Periodisierung der Industriegeschichte zu diskutieren, die sich dominant am subjektiven Faktor orientiert, oder ob es nicht besser sei, aus der Analyse der Darstellung des realen Entwicklungsprozesses zu einer Periodisierung vorzustoßen, mit der man dann wirklich in der Lage wäre, die Objekt - Subjekt - Dialektik zu erfassen.

Dem widersprach Horst Barthel (Berlin) insofern, als er betonte, daß die Forschung konkrete Vorstellungen im voraus brauche, wenn sie konzeptionell herangehen wolle. Wichtig sei dabei allerdings, welchen Stellenwert einzelne Perioden erhielten und inwieweit übergreifende Momente wesentliche Berücksichtigung fänden bzw. insgesamt mit weitgefaßten Perioden gearbeitet würde.

Auf seinen Periodisierungsvorschlag nochmals eingehend, warnte Mühlfriedel davor, jegliche Gliederung in Etappen zu überschätzen. Jede Periodisierung sei lediglich ein Hilfsmittel in der Forschung, ein gewisses Ordnungsprinzip. Wenn man der steten Gefahr der Verkürzung des Zeithorizontes entgehen wolle, so gelte es vor allem, erst beginnende Entwicklungen, Ansätze nicht gleich als reifes Stadium anzusehen. Hinsichtlich des methodologischen Ausgangspunktes, der sozialistischen Vergesellschaftung der Produktion, fügte Mühlfriedel hinzu, daß der Begriff "Vergesellschaftung" sehr verschieden verwendet wird. Seine politökonomische Bestimmung werde von Ökonomen und Historikern großenteils heruntergespielt auf Konzentration, Zentralisation, Kooperation. Die zu frühe Konstatierung bereits reifer Verhältnisse, obzwar sie sich erst im Keimstadium befinden oder aber im Begriff sind, sich zu entwickeln, führt zu erheblichen Reibungsverlusten und erfordert äußerst langwierige und aufwendige Nachkorrekturen.

Mit der zu engen Betrachtungsweise der Vergesellschaftung der Produktion befaßte sich, erneut in die Diskussion eingreifend, Barthel, indem er auf die Notwendigkeit der Erfassung des Systems der Arbeits- und Lebensbedingungen verwies und unterstrich, daß es bei einer allseitigen Industriegeschichte um die Darstellung der erweiterten sozialistischen Reproduktion gehen müsse, wozu auch die finanziellen Prozesse gehörten. Der qualitative Verlauf dieses Vergesellschaftungsprozesses werde außerdem gekennzeichnet durch die historische Mission der Arbeiterklasse, welche der historischen Mission der Industrie entspreche, nämlich der Revolutionierung des gesamten Reproduktionsprozesses, und zwar soweit, daß in allen übrigen Bereichen der Volkswirtschaft eine industriemäßige Qualität der Produktion erreicht werden könne. Der historische Horizont, der sich bei der Analyse des Vergesellschaftungsprozesses der Industrie unter dem Aspekt der erweiterten Reproduktion offenbare, gebe uns erst reale Anhaltspunkte über die historische Position, in der wir uns befinden, und sei eine notwendige Grundlage für die Konzeption der künftigen Schritte auf dem Weg zur Überwindung der Kluft zwischen der Industrie und den anderen Bereichen der Volkswirtschaft.

Zu wichtigen Teilbereichen der angestrebten allseitigen Industriegeschichte nahmen unter sehr verschiedener Schwerpunktsetzung weitere Redner das Wort. Über das Phänomen der wachsenden Arbeitslosigkeit in der sowjetischen Besatzungszone/DDR während der Phase der Einführung erster planwirtschaftlicher Regulative für den gesamten Reproduktionsprozeß sprach aus wirtschaftshistorischer und politökonomischer Sicht Michael Elle (Berlin). Er legte dar, inwiefern die Verdreifachung der Arbeitslosenzahl 1948 und 1949 nicht nur den direkten und indirekten Kriegsfolgen sowie der Währungsreform geschuldet war, sondern wesentlich eine sozial-ökonomische Auswirkung der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Territorium der heutigen DDR verkörperte. Hans Münch (Karl-Marx-Stadt) referierte Probleme der internationalen Arbeitsteilung im Maschinenbau aus seiner Forschungsarbeit über den Maschinenbau in der DDR. Die Bedeutung der Produktivkraft Wissenschaft für den Werkzeugmaschinenbau legte Heinz Stützn er (Karl-Marx-Stadt) dar und betonte besonders die wachsende Rolle der Wissenschaft bei der Konzeptionsfindung für die Industrie im allgemeinen. Zur Notwendigkeit und Möglichkeit der Einbeziehung der Betriebsgeschichte in die Industriegeschichte äußerte sich Helmut Hartmann (Maxhütte-Unterwellenborn) unter dem Aspekt des Allgemeinen, Einzelnen und Besonderen.

Roeslers Ausführungen zum zweiten Schwerpunkt des Kolloquiums, zum Wirtschaftswachstum der Industrie von 1949 bis 1975, galten im wesentlichen der Darstellung der widerspruchsvollen Verflechtung von subjektivem Faktor und objektiven Bedingungen, welcher bei der Erforschung der Wechselwirkungen von Wirtschaftspolitik, Leitung und Planung, Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung einerseits und dem Wirtschaftswachstum andererseits noch nicht genügend Rechnung getragen werde.

Er wies darauf hin, daß das industrielle Wachstum in absoluten und relativen Zuwachsraten gemessen werden könne und die unterschiedliche Betrachtungsweise zu unterschiedlichen Entwicklungsbildern führe, die zwar jeweils der objektiven Realität entsprächen, jedoch einzelne ihrer Seiten unterschiedlich stark hervorheben würden.

Da von der Forschung bisher fast ausschließlich auf relative Zuwachsraten Bezug genommen wurde, basierten Roeslers Aussagen auf der Analyse des prozentualen Zuwachses. Er konzentrierte sich im wesentlichen auf zwei Fragen: Warum für eine bestimmte Entwicklungsetappe gerade diese Form bzw. eben diese Höhe des Wirtschaftswachstums charakteristisch war und wann und in welcher Form bestimmte Perioden des Wirtschaftswachstums einander ablösten.

Bei der Beantwortung dieser Fragen hob er unter anderem hervor, daß die Analyse der industriellen Zuwachsraten auf Fünf-Jahres-Basis drei Wachstumsperioden der industriellen Bruttoproduktion erkennen lasse:

1. außerordentlich hohe Zuwachsraten in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre;
2. hohe, aber rückläufige Wachstumsraten in den fünfziger Jahren;
3. im Vergleich zu den ersten fünfzehn Jahren der Nachkriegsentwicklung niedrige, aber im Schnitt steigende Wachstumsraten in den sechziger Jahren bzw. in der ersten Hälfte der siebziger Jahre.

Roesler betonte, daß die - bis auf die zweite Hälfte der vierziger Jahre - auf Fünf-Jahres-Basis zusammengefaßten Wachstumsraten der industriellen Bruttoproduktion zwar einerseits ein klares Erkennen der Entwicklungstrends des Wirtschaftswachstums ermöglichen, aber andererseits die tatsächliche Entwicklung

vereinfachen und verzerren, da die Fünf-Jahres-Zäsuren zum einen nicht mit den tatsächlichen Zäsuren des Wirtschaftswachstums zusammenfielen (die durch wesentliche Veränderungen der Wachstumsbedingungen geprägt werden) und zum anderen die kurzfristige Wachstumsdynamik (die jährlichen Veränderungen des Wirtschaftswachstums) unberücksichtigt bleibe. Er meinte, daß es zweckmäßig sei, die für die grundsätzliche Beurteilung des Wachstums der industriellen Bruttoproduktion wesentlichen Fünf-Jahres-Raten durch eine Analyse der jährlichen Zuwachsraten zu ergänzen. Ein solches Verfahren gestatte, den Übergang zwischen den genannten Wachstumsphasen zu präzisieren und damit auch die objektiven Ursachen für eine bestimmte Periode realer zu erfassen: So ende die erste Phase offensichtlich nicht 1950, sondern erst 1952, die zweite Phase dagegen genau 1960. Nunmehr ließen sich auch Aussagen über die Dynamik (jährliche Schwankungen) des Wirtschaftswachstums treffen.

Den Ursachen für die speziellen Formen des industriellen Produktionswachstums in den einzelnen Etappen der Entwicklung der materiell-technischen Basis ging Roesler nach, indem er die einzelnen Wachstumsfaktoren, die Arbeitskräftezahl und die Arbeitsproduktivität analysierte. Dem zur Verfügung stehenden statistischen Material entsprechend, läßt sich nach Roesler die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in der Industrie für den Zeitraum von 1951 bis 1975 in zwei Etappen unterteilen: in die erste Etappe (fünfziger Jahre) - mit beträchtlichen Zuwachsraten, allerdings bei sinkender Entwicklungstendenz, und in die zweite Etappe (sechziger/siebziger Jahre), in der der Zuwachs minimal war, aber bei steigender Grundtendenz.

Daraus gehe grundsätzlich hervor, daß sich die Trends der Zuwachsraten der Bruttonproduktion und der in der Industrie Beschäftigten in Einklang befinden, was wiederum die Schlußfolgerung zulasse, daß das Wachstum der Arbeitskräfte (Sinken oder Steigen der Zuwachsraten) in jeder Phase der Entwicklung der DDR für das Wachstum der industriellen Bruttonproduktion von Bedeutung war.

Jedoch, so führte Roesler weiter aus, ist die Höhe des industriellen Wachstums im gesamten Untersuchungszeitraum in erster Linie durch die Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität (statistisch als industrielle Bruttonproduktion je Beschäftigten ausgewiesen) bestimmt worden, welche die gleiche Periodisierung zulassen, wenn auch die Unterschiede zwischen beiden Etappen (fünfziger bzw. sechziger/siebziger Jahre) längst nicht so deutlich hervortreten wie in der Produktions- und Arbeitskräfteentwicklung.

Darauf aufbauend, wies Roesler nach, daß die unterschiedlichen Formen der Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie im Verlaufe unserer Geschichte zu erkennen geben, daß in den fünfziger Jahren quantitative Faktoren, in den sechziger/siebziger Jahren dagegen qualitative Faktoren des Wirtschaftswachstums die entscheidende Rolle spielten. Die eingehende Untersuchung der Formen, mittels derer in der Industrie (bzw. im gesamten Reproduktionsprozeß) der DDR in den vergangenen Jahrzehnten die Arbeitsproduktivität gesteigert wurde, stellt nach Roesler das Schlüsselproblem bei der Beantwortung der Frage dar, wann, in welcher Periode wir von überwiegend extensivem oder vorwiegend intensivem Wirtschaftswachstum sprechen können.

Zu den genannten quantitativen und qualitativen, eher langfristigen Ursachen ungleichen Wirtschaftswachstums kommen noch einige tendenziell kurzfristige hinzu. Roesler nannte - in Anlehnung an Haustein² - materielle Zyklen des Wirtschafts-

² Haustein, Heinz-Dieter, Messung der volkswirtschaftlichen Intensivierung.

Zur Methodologie, Berlin 1976, S. 86 f.

wachstums bzw. Bewegungen, die durch Fehlentscheidungen in der einen oder anderen Richtung ausgelöst werden (Zyklus: Fehlentscheidung - Überkompensation - nachherige Einregulierung). Diese materielle Zyklizität ist nicht zu verwechseln mit dem Krisenzyklus der kapitalistischen Wirtschaft und kann durch konsequente Beachtung der ökonomischen Gesetze, kollektive Entscheidungsvorbereitung und Überwindung des einseitigen, kampagnehaften Arbeitsstils überwunden werden.

Mit Blick auf die oben genannten Hauptprobleme (wie, wann, warum bestimmte Perioden des Wirtschaftswachstums) analysierte Roesler auf der hier dargestellten Problematik fußend, die wesentlichen und sehr unterschiedlichen Forschungsergebnisse zum nämlichen Gegenstand.

Die Ursachen der sehr verschiedenartigen Bewertung liegen nach Roesler sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab in der außerordentlichen Kompliziertheit des Wachstumsprozesses selbst begründet. Das Wachstum verkörpert die Resultante, die als Ergebnis eines Prozesses auf der Oberfläche des Reproduktionsprozesses erscheint, nachdem sich eine Vielzahl von ökonomischen, sozial-ökonomischen, sozialen sowie wirtschaftspolitischen und politischen, objektiven und subjektiven Faktoren widerspruchsvoll durchkreuzt, aufgehoben bzw. ergänzt haben.

Václav Průcha (Prag) ging auf die Dynamik des Wirtschaftswachstums der industriellen Produktion in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern aus makroökonomischer Sicht ein. Er betonte, daß es bei diesem Gegenstand keine nationale Beschränkung geben könne und die Entwicklung nur durch eine komparative Untersuchung im Rahmen der sozialistischen Länder zu begreifen sei. Er brachte Beispiele von Mitgliedsstaaten des RGW, die zeigten, daß die Unterschiede im Wachstumtempo auf die jeweiligen Ausgangsbedingungen zurückzuführen sind. So war in der DDR und in der ČSSR, wo die Wirtschaften im Kapitalismus ein hohes Niveau erreicht hatten, die Dynamik des Wachstums der Industrieproduktion langsamer als in anderen Ländern. Relativ unabhängig von den Ausgangsbedingungen seien jedoch synchrone Schwankungen zu registrieren, die oft mit dem Anwachsen von Disproportionen bzw. mit dem Bestreben nach deren Überwindung zusammenhängen. Průcha hob hervor, daß in der Sowjetunion von 1930 bis 1975 die geringsten Schwankungen der Produktion zu verzeichnen gewesen seien, wo auf die Entwicklungsstabilität besonders langjährige Erfahrungen in der Planung und der hohe Grad der Produktionssicherung gewirkt haben. In der DDR zeigten sich seit der ersten Hälfte der sechziger Jahre die regelmäßigsten Industrieproduktionszunahmen.

Weitere bedeutsame Teilaspekte von Fragen sozialistischer Industriegeschichte bzw. sozialistischen Wirtschaftswachstums trugen zur breiten Fächerung der Thematik des Kolloquiums bei; So sprach Czihak zu Tempo und Dynamik der Braunkohlenproduktion der DDR von 1949 bis 1975 und verwies auf die allmähliche Verringerung des Abstandes zwischen den geplanten und den tatsächlich erreichten Produktionszielen, was auf eine zunehmend realistischere Planungspraxis schließen ließe.

Renate Schwärzel (Berlin) analysierte die Fluktuationsrate im Berliner Glühlampenwerk (heute NARVA) unter dem Aspekt der Verzahnung von Produktivitätsentwicklung, Planerfüllung und Dynamik der Arbeitskräftefluktuation in der Geschichte dieser Produktionseinheit.

Während des zweitägigen Kolloquiums zeigte sich deutlich, daß es für die Erarbeitung einer systematischen, ganzheitlichen Geschichte des sozialistischen Reproduktionsprozesses wichtig ist, nicht in nationalen Grenzen stecken zu bleiben. Die von Mühlfriedel und Roesler in Schrift und Rede geäußerten Überlegungen zur "Konzeption einer Industriegeschichte der DDR" und zu "Tempo und Dynamik des Wirtschaftswachstums der DDR" sowie die in der Diskussion vorgetragenen Gedanken können dafür eine Grundlage bieten.

Historiker, Wirtschaftshistoriker und Politökonom sind unter dieser Thematik aufgerufen, ihre Anstrengungen mehr als bisher zu vereinen.

Michael Elle

Zur Einführung der Tagung sei zunächst festzustellen, daß die Konzepte von Zins und Profit als Grundbegriffe der marxistischen politischen Ökonomie, vor dem Hintergrund ihrer Ableitung, ihrer Wesensbestimmung, ihrer spezifischen Wirkung in der Periode des Vorkapitalismus des Handelskapitals der Mittelwelt im Hinblick auf den Verzicht auf eine Vielzahl von Fragen der Preisbildung, darüber hinaus der Wirtschaftsstruktur im Übergang zur Industrialisierung, darüber hinaus der Wirtschaftsgeschichte vom Kapitalismus zum Sozialismus insgesamt. Leider ist der Forschungsstand über Zins und Profit derzeit noch unzureichend. Insbesondere ist weitgehend unbekannt, in welcher Weise sich die Handelsprofite im Hoch- und Spätmittelalter bewegten, in welchem Umfang Verbindungen zwischen Handelsgeld und Finanzkapital existierten und in welcher Richtung sich die Profitfunktionen in verschiedenen Bereichen der Produktion und Konsumtion entwickelten.

Auf den noch ungelösten Forschungsstand machte Walter Stark, Direktor der Abteilung für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften und Historische Fakultät der Universität Wien, in dieser Zeit lediglich eine den Wesensbestimmung vermittelnde Rolle geltend. Die Frage der Aufstellungen historischer Institute stellte der Referent als Ziel jeder historisch-wirtschaftlichen Untersuchung dar. Die Aufgabe der Historiker sei es, die Profite der verschiedenen Wirtschaftsklassen zu rekonstruieren und die Profite der verschiedenen Wirtschaftsklassen zu rekonstruieren. Die Profite der verschiedenen Wirtschaftsklassen zu rekonstruieren und die Profite der verschiedenen Wirtschaftsklassen zu rekonstruieren. Die Profite der verschiedenen Wirtschaftsklassen zu rekonstruieren und die Profite der verschiedenen Wirtschaftsklassen zu rekonstruieren.

Zins und Profit im hansischen Wirtschaftsraum

(2. bis 4. Oktober 1978 in Sellin/Rügen)

Die 23. Jahrestagung der Hansischen Arbeitsgemeinschaft der Historiker-Gesellschaft der DDR, an der auch Gäste aus der UdSSR, der VR Polen, der CSSR, der VR Bulgarien, den Niederlanden und Belgien teilnahmen, befaßte sich mit der Rolle von "Zins und Profit in der spätmittelalterlichen Wirtschaft, speziell im hansischen Wirtschaftsraum". Damit wurde, anknüpfend an die 17. Tagung vom Jahre 1972, die sich dem Thema "Die progressive Rolle des hansischen Handelskapitals und ihre Grenzen (14. - 17. Jahrhundert)" zugewandt hatte, erneut ein zentraler Gegenstand der politischen Ökonomie aufgegriffen. Der Vorsitzende der Hansischen Arbeitsgemeinschaft, Eckhard Müller-Mertens (Berlin), eröffnete die Tagung, indem er eine kurze Bilanz über die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit zog, die vor allem auf dem VI. Historikerkongreß 1977 gebührend gewürdigt worden war.

Zur Problematik der Tagung sei einleitend festgestellt, daß die Kenntnis von Zins und Profit als Grundkategorien der marxistischen politischen Ökonomie, von den Ursachen ihrer Entstehung, ihren Wesensmerkmalen, ihrem spezifischen Wirken in der Periode des Vorherrschens des Handelskapitals der Schlüssel ist für das Verständnis einer Vielzahl von Fragen der Hanseforschung, darüber hinaus der Wirtschaftsgeschichte am Ausgang des Mittelalters und in der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus überhaupt. Leider ist der Erkenntnisstand über Zins und Profit derzeit noch unbefriedigend. Insbesondere ist weitgehend ungeklärt, in welcher Höhe sich die Handelsprofite im Hoch- und Spätmittelalter bewegten, in welchem Umfang Verbindungen zwischen Handelskapital und Produktionssphäre bestanden und in welchen Relationen sich die Profitraten in diesen beiden Bereichen - Zirkulation und frühkapitalistischer Sektor - bewegten.

Auf den noch ungenügenden Forschungsstand machte Walter Stark (Greifswald) in seinem Hauptreferat aufmerksam. Er hob den besonderen Charakter sowie die spezifische sozialökonomische und historische Rolle des Handelskapitals vor Anbruch des kapitalistischen Zeitalters hervor. Der Kaufmann habe in dieser Zeit lediglich eine den Warenaustausch vermittelnde Rolle gespielt. Entgegen den Auffassungen bürgerlicher Historiker stellte der Referent als Ziel jeglicher kaufmännischer Betätigung bereits für das Mittelalter das Streben nach größtmöglichem kaufmännischem Gewinn und Handelsprofit heraus. Der im Handel erzielte Profit resultiere aus dem nichtäquivalenten Austausch von Waren, ohne daß bisher die genaueren Umstände seiner Bildung geklärt seien. Sodann ging Stark auf Möglichkeiten der Berechnung der Profitraten im Handel ein. Die genauere Kenntnis der Höhe der Handelsprofite bezeichnete er als unabdingbar für die Beantwortung anderer grundlegender Erscheinungen im Spätmittelalter. Er verwies zum Beispiel auf die inneren Beziehungen zwischen Handels-, Renten- und Wucherkapital, auf das Konkurrenzgebaren zwischen verschiedenen Kaufmannsvereinigungen im Ringen um bestimmte Absatzgebiete und vor allem auf die nur sporadische Anlage von hansischem Handelskapital in den produktiven

Bereichen, mit der Folge, daß der hansische Wirtschaftsraum letztendlich hinter den Konkurrenten aus Westeuropa und Süddeutschland zurückblieb. Als besondere Schwierigkeit nannte er unter anderem die ungünstige Quellenlage, die keine relativ sichere Berechnung der Profitraten im Handel zuläßt. Geeignetes Quellenmaterial sei entweder gar nicht oder nur lückenhaft überliefert, und von verschiedenen Kaufleuten hinterlassene Aufzeichnungen über Handelstransaktionen seien nicht zum Zwecke der Ermittlung der erzielten Profite angelegt worden. Als weitere Schwierigkeit bezeichnete er Probleme, die sich aus der Art und Weise der Abwicklung von Handelsgeschäften ergaben, so, die Umlaufgeschwindigkeiten von Handelsprodukten exakt zu bestimmen, die Unsicherheiten in den Währungsrelationen, die ständigen Preisschwankungen und den Mechanismus der Preisbildung überhaupt. Er gab einige methodische Hinweise, wie bei der Berechnung der Handelsprofite weiterzukommen sei. Vorrangig müßten verschiedene Quellengattungen neu oder stärker als bisher in die Untersuchungen einbezogen und der Mechanismus der Handelsgeschäfte übersichtlicher gestaltet werden (unter anderem durch Preistabellen, Überschaubarkeit in den Maßen und Münzen, Klärung solcher Grundbegriffe wie des "Ungeldes"). Stark nannte die tatsächlich erreichten Handelsprofite und äußerte die Vermutung, daß deren Höhe im Hansehandel 15 bis 20 Prozent kaum überstiegen haben dürfte.

Eddy van Cauwenberghe (Leuven) referierte über "Methoden der Untersuchung des Phänomens des Handelsprofits in den Niederlanden in der Zeit der Hanse vom 13. bis 15. Jahrhundert". Er stellte zunächst die Frage, was unter dem Phänomen "Profit" zu verstehen sei. Im Gegensatz zur Marxschen Profittheorie bezeichnete er den Profit des Kaufmanns als Risikoentschädigung des handeltreibenden Unternehmers, als "Differenz zwischen Handelsbruttototaleinnahmen und Bruttototalausgaben" im Warentransfer. Für die weitere Berechnung der Profite schlug er ein "Modell oligopoler Art" vor. Er ging davon aus, daß in einem relativ abgeschlossenen Handelsgebiet der Mechanismus der Preisbildung überschaubar sei und dadurch auf dem Umweg über Preisvergleiche Rückschlüsse auf Phasen höherer und niederer Profitbildung und über gewisse Grenzwerte in den Profithöhen möglich erscheinen. Als besonders problematisch für die Berechnung exakter Profithöhen nannte er die Produktions- und Handelsunkosten (Mieten, Löhne, Amortisation, Rohstoff-, Lagerungs- und Transportkosten, Zölle, Steuern), die er in seinem Modell weitgehend vernachlässigte. Eine Art "oligopoles Modell" sah er in der Hanse auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung. Cauwenberghe plädierte für einen stärkeren Einsatz der Datenverarbeitung zur Berechnung der Handelsprofite.

Maria Bogucka (Warschau) versuchte anhand von Preisvergleichen die "Handelsgewinne im Ostseehandel zwischen Danzig und den Niederlanden in der Zeit von 1550 bis 1650" zu bestimmen. Sie verglich die Preise verschiedener Waren (Getreide, Holzerzeugnisse, Salz, Wein, Rosinen usw.) in einigen Handelszentren und stellte eine beträchtliche Streuung der Gewinne je nach Handelsprodukt, Handelsgebiet und Handelsroute fest. Dabei seien im Ostseehandel mittlere Gewinnspannen die Regel gewesen. Als veränderliche Größen, die auf die Handelsgewinne Einfluß nahmen, bezeichnete sie Verschiebungen im Preisniveau, die Transportkosten und Zollgebühren, konjunkturelle Schwankungen sowie politische Faktoren, wie zum Beispiel die Sperrung des Handelsweges durch den Sund. Die mit Abstand höchsten Gewinne seien nicht im Luxushandel, sondern im Handel mit Massenbedarfsgütern aus dem Ostseeraum nach Westeuropa erzielt worden. Der Handel in umgekehrter Richtung habe sich zumeist als weniger ertragreich erwiesen, mit Ausnahme des Rußlandhandels, der in dieser Zeit beständig hohe Ge-

in abwarf. Die Gründe hierfür sah Bogucka vor allem im zahlenmäßigen Anstieg der Bevölkerung in Westeuropa, der eine gewaltige Vergrößerung des absoluten Warenumfangs nach sich zog. Die im Handel von und nach Westeuropa erzielten Gewinne charakterisierte Bogucka als eine der stärksten Quellen der ursprünglichen Akkumulation im Ostseeraum.

Adolf Laube (Berlin), der in seinem Beitrag die "Profitbildung im Silberbergbau des 15. und 16. Jahrhunderts" untersuchte, verwies zunächst auf Spezifika einer Kapitalanlage im Bergbau und zeigte Möglichkeiten auf, die Höhe der erzielten Bergbaugewinne zu bestimmen. In manchen Fällen lasse das vorhandene Quellenmaterial (Ausbeuteverzeichnisse, Quartalsrezesse, Verlagsbücher einzelner Gewerke usw.) konkretere Aussagen über die Unkosten der Erzförderung (Zubüße) und den finanziellen Ertrag verschiedener Berganteile zu, so daß auf diesem Wege genauere Einsichten in die tatsächliche Höhe der im Bergbau erzielten Gewinne möglich seien. An mehreren Beispielen aus dem Annaberger und dem Schneeberger Revier zeigte Laube, daß im Falle hoher Ausbeuten mit dem Kuxbesitz enorme Spekulationsgewinne erzielt werden konnten, aber auch oft erhebliche Schwankungen im Umfang der Erzförderung auftraten. Aufgrund feudaler Rechtstitel (Berg- und Münzregal, Schlagschatz) seien vor allem den wettinischen Landesherren um 1540 etwa ein Viertel aller Gewinne aus dem erzgebirgischen Silberbergbau zugeflossen.

Diese Tatsache sei für den inneren Ausbau der Landesherrschaft von eminenter Wichtigkeit gewesen und habe in Sachsen zu ersten Absätzen des Frühabsolutismus geführt. Laube verglich die im Bergbau und in anderen Bereichen der frühkapitalistischen Produktion erzielten Gewinne mit denen im Handel und kam zu der Auffassung, daß in den Bereichen der frühkapitalistischen Produktion die Profite recht hoch und zumeist über denen im Handel gelegen haben, was schließlich die Anlage großer Kapitalmengen in diesen Bereichen mit erkläre. Mit dem Hinweis auf Äußerungen von Zeitgenossen des 16. Jahrhunderts (Agricola), die neben dem Bergbau auch den agrarischen Sektor als durchaus lohnend für die Kapitalanlage eingeschätzt hatten, stellte er die Frage nach den Gewinnmöglichkeiten in diesem Bereich.

M. P. Lesnikov (Moskau) referierte über "Spesen und Profit im hansischen Handel am Anfang des 15. Jahrhunderts anhand der Handelsbücher von Hildebrand Veckinhusen" und verdeutlichte an diesem Material die besonderen Probleme bei der Berechnung der Handelsgewinne. Er betonte, daß der Handel stets als ein Geschäft in zwei Richtungen (Hin- und Rückfracht) anzusehen sei. Im Gegensatz zu früher geäußerten Vermutungen gab Lesnikov diesmal weit höhere Profitzahlen an, die im Falle von Veckinhusen im Durchschnitt bei 50 Prozent lagen. Der Import von Tuchen und anderen Massenbedarfsgütern aus dem westlichen Europa nach dem Ostseeraum sei in der Regel gewinnbringender gewesen als der in umgekehrter Richtung mit Luxusgütern (Pelze, Felle usw.) aus den osteuropäischen Gebieten.

A. L. Choroskevich (Moskau) gab einen historiographischen Abriß über die Entwicklung der sowjetischen Forschung in der Nachkriegszeit, speziell zu den Problemen der Preise und Profite im Hansehandel, und unterstrich darin die Bedeutung von Lesnikovs Arbeiten.

Hartmut Harnisch (Berlin) unternahm auf der Grundlage umfangreichen Quellenmaterials (Taxationen und Rechnungen, Zollregister, Amtshandelsbücher der Patrimonialgerichte, Gesellschaftsverträge für Bergbau- und Hüttenunternehmungen) einen Vergleich feudaler Herrneneinkommen mit bürgerlichen Vermö-

sonverhältnissen im Umland von Magdeburg, Halberstadt und in der Mark Brandenburg in der Zeit zwischen der frühbürgerlichen Revolution und dem Dreißigjährigen Krieg. Er konstatierte für die Umgebung von Magdeburg und Halberstadt eine Steigerung der Einkünfte aus der feudalen Gutswirtschaft auf das Zwei- bis Dreifache, wobei die Jahreseinkünfte dieser Adelskreise zwischen 2000 und 3000 Talern schwankten. Einen beträchtlichen Teil der Einkünfte habe der Adel aus der Beteiligung am Bergbau und der Hüttenindustrie gezogen und außerdem umfangreiche Kreditgeschäfte getätigt. In ähnlichen Relationen hätten sich in dieser Zeit die Einkünfte eines Teils des Magdeburger Patriziats (3000 bis 6000 Taler jährlich) bewegt. Weit geringer seien demgegenüber die Einkommen der Mehrzahl der Kaufleute in der Mark Brandenburg (mit Ausnahme der Berliner Kaufmannschaft) gewesen. Hier habe sich bereits der Schwund in der Kaufkraft der dortigen Bauernschaft im Verlauf der erneuten Verfestigung feudaler Bindungen ausgewirkt. In der Mark Brandenburg sei es dabei zu einer deutlichen Abnahme der vormals in relativ guten Verhältnissen lebenden Bauernschaft gekommen, die auf die Dauer dem ökonomischen Druck von seiten der adligen Gutsbesitzer unterlag. Als Folge nannte er unter anderem eine Einschränkung des inneren Marktes, deren Nachwirkungen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts spürbar blieben. Harnisch betonte, daß man unter Beachtung dieser Tatsachen die Frage nach den sozialökonomischen Ursachen und unterschiedlichen regionalen Auswirkungen der Refeudalisierung neu durchdenken müsse. Er hob hervor, daß im Untersuchungsgebiet die ökonomischen Potenzen bürgerlicher und adliger Kreise noch bis in die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts relativ gleich gewesen seien.

Auf einige "Aspekte in der Entwicklung des Zinskapitals in den Ländern Südosteuropas im 17. Jahrhundert" ging Sneschka Panova (Sofia) ein. Aufgrund bestimmter Neuansätze und Fortentwicklungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Ausdehnung des inneren Marktes und der Handelsgeschäfte wertete sie diese Zeit als die eigentliche Übergangsepoche zum Kapitalismus im Osmanischen Reich. Als Spezifika, die die weitere Entwicklung prägten, nannte sie unter anderem die bedeutende Rolle des Staates (Preisreglementierungen, umfangreiche Ankaufsysteme), der zeitweise die Funktion von Banken übernahm, die noch nicht existierten, sowie jene Probleme, die sich aus der Rolle der Türken als einer feudalen Oberschicht ergaben. Sozialer Träger des Zins- und Wucherkapitals seien jüdische Bevölkerungsteile gewesen. Kreditgeschäfte mit hohen Zinssätzen hätten dominiert und allmählich zur Ausdehnung des insgesamt recht geringen Geldverkehrs und des Warenhandels geführt, ohne daß Geldkapital in nennenswerter Weise in die Produktion eingeflossen sei.

Die Vorträge dieser Tagung lösten eine rege Diskussion aus.

Anhand schwedischer Quellen ging A. A. Svanidse (Moskau) auf die Handelsbeziehungen zwischen Schweden und dem Hanseraum und dessen Besonderheiten (Rückfrachtsystem) im 14. und 15. Jahrhundert ein und teilte Beobachtungen über die Höhe der Handelsprofite mit.

A. N. Čistozvonov (Moskau) befaßte sich mit der Entwicklung der Kapitalstruktur in den Niederlanden und arbeitete dabei vor allem die unterschiedliche Rolle des Handelskapitals in der Zeit vom 11. bis zum 15. Jahrhundert heraus. Der Einfluß des Handelskapitals auf die Grundstrukturen des Feudalsystems sei insgesamt sehr begrenzt geblieben, wobei das erkennbare relative und absolute Wachstum der Kapitalbildung insbesondere durch außerökonomische Methoden (System feudaler Handels- und Ständeprivilegien, Preismanipulationen, Stapelrechte) erfolgte. Mit dem Eintritt in das Stadium des Frühkapitalismus habe

sich die Abhängigkeit von diesen außerökonomischen Zwangsmitteln zunehmend als Hemmschuh für die weitere kapitalistische Entwicklung erwiesen. Teilweise seien diese Fesseln erst mit der bürgerlichen Revolution gesprengt worden.

Eindeutige Zusammenhänge zwischen den Getreidepreisen und dem Umfang des Warenhandels von Danzig durch den Sund nach Amsterdam an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert konnte Mirosław Hroch (Prag) sichtbar machen. Aus seinen unter Einsatz der Datenverarbeitung durchgeführten Untersuchungen ergibt sich, daß immer dann, wenn der Umfang der Getreidelieferungen durch den Sund absolut abnahm, in Amsterdam automatisch die Getreidepreise anwogen und damit letztlich die Handelsgewinne selbst. Dieses klare Wechselspiel zwischen Angebot und Nachfrage demonstrierte er anhand von Diagrammen vor allem für die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts. Offen bleibt bei dieser Methode allerdings die absolute Höhe der Handelsgewinne, während die Phasen höherer und geringerer Profitbildung klar hervortreten.

Den Vortrag von Laube ergänzend, befaßte sich Jerzy Wyrozumski (Kraków) mit den Besonderheiten der Anlage von Handelskapital und den Profitmöglichkeiten im polnischen Salzbergbau im 15./16. Jahrhundert, während Ondrej Halaga (Kosice) zur Profitbildung im böhmischen Bergbau sprach.

Gerhard Günther (Mühlhausen) beschäftigte sich mit der Entwicklung des Zinsfußes im thüringischen Raum. Er wies darauf hin, daß unter dem reformatorischen Einfluß der Zinsfuß insgesamt sank, was einer Freisetzung oft erheblicher Kapitalien für den Einsatz in anderen Bereichen gleichkam.

Im Mittelpunkt der weiteren Diskussionen standen insbesondere die Fragen nach den verschiedenen Faktoren, die auf die Höhe der Handelsgewinne Einfluß nahmen, sowie das Problem der inhaltlichen Bestimmung des "Profitbegriffs". Mehrere Diskussionsredner unterbreiteten unter Bezug auf das Hauptreferat eigene Vorstellungen für die weitere Klärung der Höhe der Handelsprofite und verwiesen dabei auf den unterschiedlichen Aussagewert des vorhandenen Quellenmaterials. In diesen Diskussionen, an denen sich auch Konrad Fritze, Bogucka, Stark, Siegfried Epperlein, Laube, Hermann Diederiks (Utrecht) und Müller-Mertens beteiligten, traten Johannes A. Faber (Leiden), Halaga und van Cauwenberghé mit anderen Definitionen des Profits auf.

Eingehend auf Ciszovonov, sah Müller-Mertens in der Bestätigung von Privilegien weniger ein feudales Element, sondern eher eine Vorleistung, um den Handelsverkehr sicherer und damit letztlich den Handel selbst profitabler zu gestalten. Demzufolge sei dem außerökonomischen Faktor doch eine recht erhebliche und zumeist positive Bedeutung zugekommen. Es stelle sich für ihn direkt die Frage nach den Zusammenhängen zwischen dem Ausmaß der Privilegierungen und der Höhe der erzielten Handelsgewinne. Eingehend auf die Höhe der Profite, bemerkte er, diese seien außerhalb der eingespielten Handelsrouten besonders umfangreich gewesen, während innerhalb dieser Regionen eine allmähliche Einebnung der Profitraten denkbar sei.

Zustimmend äußerten sich hierzu Diederiks und Laube. Laube sah in den feudalen Privilegierungen einen wesentlichen Hebel der Kapitalakkumulation. So sei zum Beispiel die Anhäufung beträchtlicher Kapitalmengen in den Händen der Fugger, Welser usw. ohne die erteilten Bergregale und Handelsprivilegien undenkbar.

Auch Siegfried Epperlein (Berlin) vertrat die Auffassung, daß in Gebieten mit intakter Landfriedensregelung die Profitraten eher sinkend gewesen seien, wenn auch der Handel als solcher in befriedeten Räumen auf lange Sicht in der Regel einen stabileren Gewinn versprochen habe.

Wie vordem Laube bezeichnete es Konrad Fritze (Greifswald) als eine vor- dringliche Forschungsaufgabe, die Gewinnmöglichkeiten im bürgerlichen Grund- und Rentenbesitz zu untersuchen. Er äußerte die Vermutung, daß zwischen der hohen Mobilität des Bodenbesitzes und den Gewinnen im Handel gewisse Bezie- hungen bestehen könnten, dergestalt, daß immer dann Grundbesitz abgestoßen wurde, wenn im Handel höhere Gewinne zu erwarten waren.

Die 23. Jahrestagung hat, wie Joachim Schildhauer (Greifswald) in seinen Schlußbemerkungen feststellte, dazu beigetragen, den derzeitigen Forschungs- stand klar zu umreißen und noch Ungeklärtes als Frage an die Forschung zu stel- len. In dieser Beziehung dürfte diese Hansetagung wesentliche Impulse vermit- telt haben. Den Abschluß der Veranstaltung bildete eine Exkursion zum agrar- historischen Museum in Göhren auf Rügen und nach Stralsund.

Stefan Oehmig

Zu Problemen der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie
auf dem Gebiet der Alten Geschichte

(23. bis 24. November 1978 in Dresden)

Auf der zweiten Konferenz der Fachkommission Alte Geschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR wurde in dreizehn Diskussionsbeiträgen und zahlreichen Diskussionsmeldungen eine interessante und vielseitige Auseinandersetzung mit der modernen bürgerlichen Ideologie auf den verschiedensten Gebieten vornehmlich der Geschichte der antiken Klassengesellschaften geführt.

Das einleitende Referat hielt Rigobert Günther (Leipzig), Vorsitzender der Fachkommission Alte Geschichte, "Zur Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Theorie des Strukturalismus auf dem Gebiet der Alten Geschichte". Günther wies nach, daß sich die Formen der Auseinandersetzung, die bürgerliche Historiker und Ideologen mit der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft führen, gewandelt haben. Der grobe Antikommunismus der fünfziger Jahre sei von einer Art "sozialdemokratischer" Richtung abgelöst worden, die zwar mit subtileren Methoden arbeite, aber erkenntnistheoretisch nach wie vor auf dem Subjektivismus verharre. Der Strukturbegriff in der bürgerlichen Forschung bedeute eine Negierung der Objektivität der gesellschaftlichen Strukturen. Daher seien bürgerliche Historiker nur in der Lage, einzelne historische Erscheinungen isoliert darzustellen, "sozialgeschichtliche Mosaik" zu verfertigen, ohne dabei den objektiven Zusammenhang, die gesellschaftliche Dynamik zu berücksichtigen. Begriffe wie Revolution und Klasse würden aus der Geschichtswissenschaft eliminiert und durch künstliche Gebilde wie "Kontinuität des Wandels der Strukturen" ersetzt. Anhand der Thesen von G. Alföldy, Ch. Meier, S. Lauffer, J. Vogt und anderen zeigte Günther, wie der Strukturalismus zu einer verzerrten Darstellung der Alten Geschichte (N. Brockmeyer hält zum Beispiel das späte Rom für "feudalistisch" und "absolutistisch"), zu idealistischer Geschichtsbetrachtung (nach G. Alföldy ist der Untergang Roms auf eine "Entfremdung" zwischen Staat und Gesellschaft zurückführbar) bzw. zur Idealisierung antiker staatlicher Strukturen (von S. Lauffer wird die Polisdemokratie als "vollendete" Demokratie, als "wirkliche Herrschaft des Volkes" charakterisiert) führt. Günther stellte fest, daß sich insgesamt in der bürgerlichen Geschichtsforschung auf dem Gebiet der Alten Geschichte durchaus der Blick für sozialgeschichtliche Probleme geschärft habe, aber der bürgerliche Strukturalismus über eine isolierte Darstellung einzelner Aspekte der Gesellschaft kaum hinauskomme.

In der anschließenden Diskussion wurde die Rolle der Sozialgeschichte in der Alttertumsforschung der BRD unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet.

Peter Musiolek (Berlin) sprach über "Probleme der Darstellung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Altertums in der neuesten bürgerlichen Literatur". In seinem Beitrag setzte sich Musiolek kritisch mit den Thesen von I. Pekáry¹

1 Pekáry, J., Die Wirtschaft der griechisch-römischen Antike, Wiesbaden 1976.

zur antiken Wirtschaftsgeschichte auseinander, der in seinem Buch feststellt, daß die Wirtschaftsgeschichte von der Forschung vernachlässigt worden sei und seit F. M. Heichelheims Wirtschaftsgeschichte² keine umfassende Darstellung der antiken Wirtschaftsgeschichte erschienen wäre. Dabei negiere er jedoch fast völlig die Forschungen der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft und bleibe insofern selbst im eigenen Lager zurück, als er nicht einmal wesentliche bürgerliche Arbeiten zitiere. Pekáry wende sich zwar gegen eine "Modernisierung" der antiken Geschichte, spreche aber fortwährend von Industrie, Industrialisierung usw. der antiken Wirtschaft.

Klaus Meier (Leipzig) referierte "Zu Problemen der bürgerlichen Geschichts-ideologie in BRD-Schulbüchern zur Alten Geschichte". Er stellte einen ganzen Katalog bürgerlicher Theorien zur Alten Geschichte zusammen, die in Geschichts-lehrbüchern der BRD mehr oder minder deutlich ablesbar sind. Fast durchgängig werde in den Lehrbüchern die Geschichte des Alten Orients vernachlässigt. Grobe Klischees und Simplifizierungen ergäben ein sehr negatives Bild von der altorientalischen Welt im Vergleich zur Antike. Die "abendländische Kulturbringertheorie" spiele dabei eine ebensolche Rolle wie "Volkstums"- und Rassentheorien (die "tapferen und fleißigen Völker" der Antike werden den "verweichlichten" orientalischen Völkern gegenübergestellt). Subjektivistische idealistische Darstellungen ("Volkskraft der Römer") wechselten mit Persönlichkeitsüberbetonung, insbesondere in der griechisch-römischen Geschichte, die bis zum "Herrenstandpunkt" und "Führerprinzip" führe. Über weite Strecken sei die Alte Geschichte in den Lehrbüchern Kriegs- und Persönlichkeitsgeschichte unter fast völliger Vernachlässigung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme. Die Behandlung der Spätantike werde ganz vom christlich-patriarchalischen Geschichtsverständnis beherrscht. Die Volksmassen erschienen durchweg in negativer Charakterisierung (als "undankbarer, verrohter, apolitischer Pöbel". Meier stellte abschließend fest, daß die Geschichtslehrbücher der BRD der jungen Generation ein äußerst verzerrtes Bild von der antiken Geschichte vermitteln.

Im nächsten Komplex der Konferenz wandte man sich speziellerer Thematik zu. Johannes Irmischer (Berlin) hielt einen Vortrag über "Klassische Altertumswissenschaft im Dritten Reich. Quellen und Forschungsaufgaben". Er machte darauf aufmerksam, daß die Altertumskunde im Dritten Reich noch wenig erforscht sei, besonders betreffe dies die archäologische Auslandstätigkeit hinsichtlich ihrer politischen Funktion. In der bürgerlichen althistorischen Fachliteratur sei der Einschnitt von 1933 zunächst nicht so sichtbar geworden, da die faschistische Führung über keine ausgebildete Theorie verfügt habe, in die die Einzelwissenschaften hätten eingeordnet werden können, und sie auch auf das internationale Ansehen der deutschen Altertumswissenschaft nicht verzichten wollte. In der Schulpraxis habe sich im altsprachlichen Unterricht und in der Geschichte der Antike der faschistische Ungeist voll durchgesetzt. Während des zweiten Weltkrieges sei ein von den Nationalsozialisten gefördertes spezielles Schrifttum zur Alten Geschichte hinzugekommen (zum Beispiel "Ahnenerbe"), bei dem Namen von Althistorikern auftauchten, die nach 1945 in der westdeutschen Altertumswissenschaft eine führende Rolle spielten bzw. noch spielen (F. Altheim, H. Berve, J. Vogt, S. Lauffer).

2 Heichelheim, F. M., Wirtschaftsgeschichte des Altertums, 2 Bände, Leiden 1938.

Reimar Müller (Berlin) berichtete über "Neue Tendenzen der Aristoteles-Rezeption der bürgerlichen Gesellschaftstheorie". Er stellte fest, daß gegenwärtig in der bürgerlichen Altertumswissenschaft und Philosophie eine Art Aristoteles-Renaissance stattfindet, ausgedrückt in dem Versuch, mittels Legitimation durch "ehrwürdige Ahnen" zu neuen Ideologiebildungen zu kommen. Ursache des Interesses für die Aristotelische Gesellschaftslehre sei die tiefe Krise der bürgerlichen Gesellschaftstheorie, insbesondere der Soziologie und Ethik, die weitgehend vom Neopositivismus beherrscht würden. Es gebe Tendenzen (zum Beispiel bei P. Weber-Schäfer), den objektiven Idealismus anstelle des subjektiven Idealismus wieder ins Spiel zu bringen. Die Restauration der klassischen Politikwissenschaften habe eine deutlich antikommunistische Stoßrichtung und verstehe sich als "Alternative" zur marxistischen Gesellschaftstheorie. Konservative Denkmuster der Antike würden zur Rehabilitation der praktischen Philosophie gebraucht. Müller betonte, daß es relevant sei, die positiven Werte des antiken und bürgerlichen Gesellschaftsdenkens als Ausgangsbasis für die marxistische Betrachtungsweise der Welt und vor allem der Gesellschaft zu nutzen.

Marlene Njammasch (Berlin) sprach "Zu einigen bürgerlichen Konzeptionen in bezug auf die Entstehung und Funktion des indischen Kastenwesens". Die Besonderheiten der Übergangsform von der altorientalischen Klassengesellschaft zum Feudalismus in Indien, die Arbeitsteilung und die breite Einbeziehung von in Urgesellschaft und früher Klassengesellschaft lebenden Stämmen und Völkerschaften in die frühfeudale Gesellschaft Indiens im Rahmen einer großen Kolonisation vom 5. bis 8. Jahrhundert u. Z. hätten in Indien zur Entstehung des feudalen Kastensystems geführt. Njammasch legte dar, daß die Apologeten der bürgerlichen Indologie jedoch völlig von den sozialökonomischen Wurzeln der Kasten abstrahieren und diese zumeist als ethnographisches Phänomen betrachten. Die Kaste werde aus ihren historischen Zusammenhängen gerissen und als unveränderliche Institution behandelt, die sich bereits mit der Herausbildung des Staates gebildet habe (J. Burckhardt). Die meisten Theorien bürgerlicher Indologen zur Entstehung der Kasten seien unverkennbar reaktionär und haben eine deutlich antikommunistische Stoßrichtung. In seiner extremsten Form werde das indische Kastensystem als Stabilisierungsfaktor einer "pluralistischen" indischen Gesellschaft gepriesen (J. H. Hutton) und für ein "Wesensmerkmal hydraulischer Gesellschaften" gehalten (L. Vajda). Rassismus und Elitetheorie (G. S. Ghuriye, L. Vajda), umrahmt mit Sozialpsychologie, dienten der offenen Rechtfertigung von verbliebenen Kastenstrukturen in den Ländern Asiens und Afrikas. W. E. Mühlmann, der während des Dritten Reiches rassistische Machwerke verfaßte, konstruierte einen "Kasten-Gürtel" von Polynisien über Japan und Indien bis Westafrika, der den dort lebenden Völkern "wesenseigen" sein soll. Erst die Europäer brachten diesen Völkern - nach Mühlmann - die "abendländische Rechtsgleichheit", worauf sich die Kastenbeziehungen gelockert hätten. Njammasch wies darauf hin, daß in der Theorie vom "Kasten-Gürtel" Rassen- und Elitetheorien, Abendland- und Kulturbringertheorie mit der Rechtfertigung des Kolonialismus komplex vereint sind und von Mühlmann bis in die jüngsten Veröffentlichungen hinein vertreten werden.

Gerhard Zinserling (Jena) warf in seinem Beitrag "Das Verständnis des Parthenon zu Athen in der spätbürgerlichen Archäologie" einige interessante Fragen auf, darunter die, ob die griechische Kunst nur als eine unter vielen zu betrachten sei oder ob sie universelle Bedeutung habe bzw. ob die Beschäftigung mit der Kunst alter Zeiten nur vom Standpunkt der Ästhetik erfolgen könne. Er

wies nach, daß die Beurteilung der griechisch-klassischen Kunst und Kultur ohne Erforschung der sozialökonomischen Basis der griechischen Polis nicht möglich ist. Am Beispiel des Parthenonverständnisses (Schatzhaus oder Kulttempel) zeigte er, wie festgefahrene spätbürgerliche Kultvorstellungen sind, die von neoklassizistischen Wertungsvorstellungen über Positivismus bis zur völligen Idealisierung der griechischen Kunst reichen.

Walter Hofmann (Leipzig) wandte sich in seinem Vortrag "Antiker Realismus und die Plautus-Forschung in bürgerlicher Darstellung der Gegenwart" gegen die bürgerliche Auffassung, die römische Komödie als ausschließlich literarische Angelegenheit zu betrachten. Er stellte fest, daß es bei Plautus' Komödien sehr wohl politische Elemente gibt und der antike Realismus bei ihm in besonders ausgeprägter Gestalt auftritt. Nur vernachlässigten bürgerliche Philologen in der Plautus-Forschung die Frage nach dem Verhältnis von Literatur und Gesellschaft und entpolitisierten heute Plautus' Komödien.

Barbara Zuchold (Jena) setzte sich in ihren Ausführungen "Zu Problemen bürgerlicher Geschichtsauffassung in Darstellungen der Geschichte der spätrömischen Republik" mit den Revolutionsauffassungen bürgerlicher Althistoriker auseinander, insbesondere mit dem Versuch von A. Heuss, eine "neue" Konzeption einer Revolutionstheorie zu schaffen, da - nach Heuss - der Revolutionsbegriff von Marx ein "Kind des 19. Jahrhunderts" sei und nicht mehr in die heutige Zeit passe. Heuss übernehme jedoch im Grunde Mommsens Revolutionsauffassung, der zufolge eine Revolution eine politische Umwälzung darstellt, die sich auf den Bereich der Verfassung und des Überbaues überhaupt beschränkt. Folgerichtig sei bei Heuss wie bei Mommsen das Ende der römischen Republik durch eine bloße Verfassungsfehde gekennzeichnet.

Einer ähnlichen Thematik wandte sich Gottfried Härtel (Leipzig) zu: "Bemerkungen zu einigen bürgerlichen Theorien zur Staats- und Rechtsentwicklung im römischen Kaiserreich". Er betonte, daß in Heuss' Revolutionstheorie das Volk als Marionette und Kulisse erscheine und in ihrem Kern eine Überbetonung der Rolle der Persönlichkeit enthalten sei. Letzteres spiele auch in den Schriften von E. Stier eine große Rolle und gehe bei ihm einher mit einer Verächtlichmachung nicht nur der Volksmassen, sondern besonders auch der "Barbaren". Bei Stier seien die Römer ein Volk mit "ausgeprägtem Sendungsbewußtsein" und die Eroberung fremder Territorien eine "offensive Defensive" gewesen, um die "Sicherheit einer Hochkultur zu gewährleisten". Die Ausbeutung der Provinzen werde von ihm in eine "Freiheitsbringerrolle" Roms umgewandelt.

Diskussionen zu diesem Komplex ergaben sich zum Aristoteles-Bild in der spätbürgerlichen Philosophie, zur Bedeutung der griechischen Kunst innerhalb der Antikerezeption der marxistischen Geschichtswissenschaft und zur Revolutionsproblematik im spätbürgerlichen Verständnis.

Gabriele Bockisch (Berlin) hielt einen Beitrag über "Ägäische Bronzezeit in der modernen bürgerlichen Literatur". Sie setzte sich besonders mit F. Schachermeyer auseinander. Neben biologistisch-rassistischen Anschauungen lasse sich bei Schachermeyer vor allem die "abendländische Kulturbringertheorie" nachweisen. Die Indoeuropäer seien für ihn die Gründer der ersten europäischen Gesellschaftsstruktur, denn erst die Dorer hätten Griechenland "die Freiheit von orientalischer Entfremdung" gebracht. Kulturkreis-, Migrations- und Katastrophentheorien ersetzen bei Schachermeyer die Untersuchung sozialökonomischer Prozesse. Eine neuere Richtung althistorischer Forschung (H. Berve, M. I.

Finley) suche sich noch ungelösten Problemen (zum Beispiel das der großen ägäischen Wanderung) zu entziehen, indem sie sie ignoriere und so auf einen Standpunkt zurückgehe, der hinter H. Schliemann zurückbleibe.

In der anschließenden Diskussion ging es um die Bedeutung der geographisch-klimatischen Umwelt für alte Kulturen. Von den Diskussionsrednern wurde herausgestellt, daß man den Einfluß des Klimas, der geographischen Lage oder bestimmter Naturkatastrophen auf ältere Gesellschaften nicht unterschätzen dürfe, die bürgerliche Historiographie diese Dinge jedoch aus ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang löse und verabsolutiere.

Liselot Huchthausen (Rostock) sprach zur "Verfälschung von Gegenwartsproblemen auf der Grundlage des historisch unhaltbaren Antikebildes", vornehmlich anhand des Buches von O. Zierer³ über Cicero, einer fingierten interessant geschriebenen Autobiographie mit seriösem Anstrich, die gefährliche Tendenzen enthält. Zierer verfälsche Gegenwartsprobleme auf der Grundlage eines verzerrten Antikebildes. Er spreche in Modernismen primitivster Art. Bei ihm sei ein mißliebiger Tribun ein "Funtionärstyp" und dergleichen mehr. Das Buch, in großer Auflage erschienen, trage zur politischen Desorientierung des Lesers bei und müsse in die Kategorie der Trivialliteratur eingeordnet werden.

Horst Dieter (Potsdam) setzte sich in seinem Beitrag "Zu Problemen bürgerlicher Geschichtsauffassung in Darstellungen der Geschichte der spätrömischen Republik" mit H. Schneiders Monographie⁴ über die Entstehung der römischen Militärdiktatur auseinander. Bei Schneider sei an der Strukturentwicklung in Rom im 2. und 1. Jahrhundert v. u. Z. die moderne bürgerliche Industriegesellschaftstheorie ablesbar, verknüpft mit neopositivistischen Tendenzen. Die Rolle des Heeres und der Militärführer würden unzulässig überbetont.

Jens Köhn (Berlin) referierte über "Die bürgerliche Rechtsgeschichtsschreibung zum Verhältnis von Recht und Sozialökonomie in der griechisch-römischen Antike und der germanischen Frühgeschichte". Er stellte fest, daß die bürgerliche Rechtsgeschichte ein Theoriedefizit aufweise. Nach der Enthistorisierung des Rechts in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und seiner Deformierung durch den faschistischen Ungeist sei nach dem zweiten Weltkrieg insbesondere in der BRD eine wachsende Einbeziehung historischer Aspekte in die bürgerliche Rechtswissenschaft spürbar. Da aber die Verbindung zwischen Sozialökonomie und Recht auch in der neueren bürgerlichen Rechtswissenschaft weitgehend mechanisch gesehen werde, sei das Recht folgerichtig als eigene geistige Kraft interpretierbar und erscheine doch wieder von der sozialökonomischen Basis gelöst.

In seinem Schlußwort stellte Günther fest, daß die Vorträge viele Anregungen zur weiteren Auseinandersetzung mit der spätbürgerlich-imperialistischen Historiographie gegeben haben. Besonders die Auseinandersetzung mit BRD-Althistorikern habe im Vordergrund der Diskussionsbeiträge und freien Diskussionen gestanden, und dies mit vollem Recht. Gerade in der BRD sei die Alte Geschichte voll in das imperialistische System integriert und sehr "pluralistisch"

3 Zierer, O., Cicero. Republikaner ohne Republik, Stuttgart 1977.

4 Schneider, H., Die Entstehung der römischen Militärdiktatur, Köln 1977.

angelegt. Es existierten zwar viele Schulen und ideologische Richtungen, aber sie ließen sich im Grunde auf wenige Theorien zurückführen: Kulturbringer-, Abendland- und Kreislauftheorie. Die Auseinandersetzung mit diesen Theorien dürfe nicht nur Anlaß dieser Konferenz gewesen sein, sondern müsse permanent geführt werden.

Marlene Njammasch

BIBLIOGRAPHIE

Hochschulschriften
zur Wirtschaftsgeschichte

von Renate Günther

Abdel Fattah M. Baharia

The role of the foreign trade planning in the process of the development with special study on the reasons of the chronic deficit in the balance of payment in the developing countries

Dissertation A (12. 7. 1974)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. The radical changes in the agricultural sector
2. Planning in developing countries with special reference to the planning system in Egypt
3. The role of the foreign trade and its strategy in the process of development in the developing countries with special reference to the German Democratic Republic in the foreign trade planning and the model of economic and trade relations between the Arab Republic of Egypt and the German Democratic Republic
4. The characteristic growth of the Egyptian economy, starting from the five-year-plan up to the year 1970 with special study on the balance of payment and trade of the Arab Republic of Egypt

Jürgen Baumbach

Die Wirkungen der kapitalistischen Energiekrise auf die Monopolisierung der westeuropäischen Atomindustrie und auf den Prozeß der Integration

Dissertation A (14. 4. 1977)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die kapitalistische Energiekrise und ihre imperialistischen Lösungsversuche: Ursachen der forcierten Entwicklung der Atomindustrie im Imperialismus der siebziger Jahre. Die Entwicklung der kapitalistischen Atomindustrie und ihre Anforderungen an die Vergesellschaftung der Produktion
2. Die Monopolisierung der westeuropäischen Atomindustrie durch die Konzerne: Vergesellschaftungsprozesse der kapitalistischen Produktion im Zuge der Entwicklung der Atomindustrie auf nationaler Ebene. Formen der internationalen Monopolisierung der westeuropäischen Atomindustrie durch die Konzerne. Die Bewegung des Widerspruchs Monopol und Konkurrenz - Triebkraft der internationalen Monopolisierung der westeuropäischen Atomindustrie

3. Die Rolle des Staates im Prozeß der Monopolisierung der westeuropäischen Atomindustrie (dargestellt am Beispiel Frankreichs und der BRD): Der Staat im heutigen kapitalistischen Wirtschaftsleben. Die staatliche Förderung der Atomforschung - Hauptfaktor der Verwissenschaftlichung der Produktion und der Herausbildung bestimmter Formen der gesellschaftlichen Leitung und Planung der F./E. im Kapitalismus. Die staatliche Konzentrations- und Zentralisationspolitik auf dem Gebiet der Atomindustrie. Der Staat als Initiator internationaler Forschungs- und Entwicklungskooperation auf dem Gebiet der Atomenergie
4. Die kapitalistische Energiekrise und ihr Einfluß auf den Prozeß der Integration in Westeuropa (EG): Das Wesen der kapitalistischen Integration. Die westeuropäische Integration und die kapitalistische Energiekrise. Die wichtigsten energiepolitischen Zielsetzungen der EG und die Hauptinstrumente ihrer Verwirklichung. Die Energieforschungspolitik der EG - Hauptinstrument einer einheitlichen Energiepolitik - ihre Widersprüche und Ergebnisse. Die Monopolisierung der westeuropäischen Atomindustrie ("Strukturpolitik") durch die EG

Otto Bostelmann

Beitrag zur historischen Entwicklung der Mechanisierungsforschung im Rahmen der Agrarforschung in der DDR

Dissertation A (19. 7. 1977)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Problemanalyse
2. Aufgabenstellung
3. Methode der Untersuchung
4. Die Landtechnik in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945 - 1949): Gesellschaftliche Anforderungen an die Entwicklung der Agrarproduktion, Stand und Tendenzen der landtechnischen Entwicklung. Aufgaben und Organisationsformen der wirtschaftsleitenden und landtechnischen Einrichtungen
5. Die Landtechnik in der Periode der schrittweisen Errichtung der Diktatur des Proletariats und des planmäßigen Aufbaues der Grundlagen des Sozialismus: Gesellschaftliche Anforderung, Stand und Tendenzen, Unterstützung durch die Sowjetunion. Die Entwicklung der Kammer der Technik in der Periode 1950 - 1955. Der Beginn der landtechnischen Ausbildung in der DDR. Der Aufbau der landtechnischen Forschung in der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften
6. Die Landtechnik in der Periode der Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der ganzen Breite (1956 - 1963): Gesellschaftliche Anforderungen, Stand und Tendenzen, Aufgaben und Ergebnisse der landtechnischen Forschung im Institut für Landtechnik, Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landtechnik. Der Fachverband Land- und Forsttechnik der Kammer der Technik
7. Die Entwicklung der Landtechnik vom Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bis zum VIII. Parteitag der SED (1963 - 1971): Gesellschaftliche Anforderungen, Stand und Tendenzen. Die landtechnische Forschung in der Periode vom Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bis zum VIII.

Leonhard Brandau

Zu Strukturveränderungen der Feudalgesellschaft und Reformbewegungen der Kirche im Hochmittelalter, untersucht anhand der politischen und ökonomischen Situation Mittel- und Westthüringens, insbesondere der Funktion des Zisterzienserklosters Georgenthal im Zeitraum von 1138/39 bis 1335

Dissertation A (27. 4. 1978)

Pädagogische Hochschule "Karl Liebknecht" Potsdam

2. Veränderungen in der Struktur der Feudalgesellschaft und die Reformbewegung in der mittelalterlichen Kirche von der Mitte des 11. bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts
3. Zur politischen und ökonomischen Situation Mittel- und Westthüringens in der Mitte des 12. Jahrhunderts
4. Die Funktion des Zisterzienserklosters Georgenthal, seine politische und ökonomische Entwicklung (Die Beziehungen zu weltlichen und geistlichen Feudalgewalten sowie die Wirtschafts- und Erwerbspolitik des Klosters von der Gründung bis 1335); Zur Gründung des Klosters und seiner politischen und ökonomischen Wirksamkeit bis 1168. Kloster Georgenthal in der Zeit von 1168 bis etwa 1215. Kloster Georgenthal nach 1215 bis etwa zum ersten Drittel des 14. Jahrhunderts

Detlef Dietrich

Die Umwälzung der Produktivkräfte in der wissenschaftlich-technischen Revolution - der "technologische Determinismus" und die Perspektiven des Menschen

Dissertation B (6. 5. 1977)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Entwicklungsprozesse der Produktivkräfte vor dem XX. Jahrhundert - wissenschaftlich-technische Revolution und Sozialismus: Die Kombination der Produktivkräfte und der Technologie. Die technologische Anwendung der Wissenschaften in der Produktion. Technologische Produktionsweise und Revolution der Produktivkräfte. Von der industriellen zur wissenschaftlich-technischen Revolution. Der Funktionswandel des Menschen durch neue technologische Kombinationen der Produktivkräfte
2. Das Verhältnis Mensch und Maschine und das Werden eines neuen Typs der Produktivkräfte im Prozeß des Freiheitskampfes der Menschheit: Das Verhältnis von Mensch und Maschine - der Mensch als Operateur. Die Entfremdung wird Vergangenheit. Die Befreiung und Freiheit der Produktivkraft. Der Anteil der Arbeit an der Herausbildung eines kommunistischen Typs der Produktivkräfte
3. Wesen und Erscheinungsformen der bürgerlichen Theorie des "technologischen Determinismus": Die technokratische Apologie des Spätkapitalismus. Zur Vorgeschichte des "technologischen Determinismus". Die Konturen des "technologischen Determinismus". Die Strategie der "technologischen Lücke". Die "technotronische" Gesellschaft. "Technologischer Determinismus" oder

4. Der Aufbruch in die Technophobie und die Krise des "technologischen Determinismus": Die Technophobie. Der "technologische Mensch". Die Chancen einer disharmonischen aber gefährlichen Theorie. Die Verschärfung der Widersprüche und die Produktionsverhältnisse

Hubert Dörr

Zum Vorgehen der faschistischen Betriebsführung des ehemaligen Lauchhammerwerkes Gröditz im Flick-Konzern gegenüber den Arbeitern und anderen Werkträgern sowie zwangsverschleppten ausländischen Arbeitskräften, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen während des zweiten Weltkrieges

Dissertation A (27. 1. 1978)

Pädagogische Hochschule Dresden

1. Zur Entwicklung des Lauchhammerwerkes Gröditz der Mitteldeutschen Stahlwerke AG des Flick-Konzerns während der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges: Der Beginn der Rüstungsproduktion und Kriegsvorbereitung. Die Entwicklung des Lauchhammerwerkes Gröditz zum faschistischen Rüstungsbetrieb. Die politische Lage der Arbeiterklasse und der anderen Werkträgern des Gröditzer Flick-Werkes während der Jahre der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges. Zur Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Gröditzer Flick-Werk nach dem Beginn der Kriegsproduktion
2. Die politische und ökonomische Lage der Arbeiter und anderen Werkträgern des Gröditzer Flick-Werkes während der ersten Periode des zweiten Weltkrieges (1939 - 1941): Die Verschärfung der politischen Unterdrückung unter direkter Einflußnahme der faschistischen Betriebsführung nach dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Zur Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Lauchhammerwerk Gröditz während der ersten Periode des zweiten Weltkrieges. Der Beginn des Einsatzes zwangsverschleppter ausländischer Arbeitskräfte im Gröditzer Flick-Werk
3. Zum Vorgehen der faschistischen Betriebsführung gegenüber deutschen Arbeitern und anderen Werkträgern sowie den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR (1941 - 1943): Zur Entwicklung der politischen Situation im Lauchhammerwerk Gröditz nach dem Überfall auf die Sowjetunion. Die Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen im Gröditzer Flick-Werk nach dem Scheitern des faschistischen Blitzkrieges gegen die Sowjetunion. Der verstärkte Einsatz sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener in den Rüstungsbetrieben des Gröditzer Werkes
4. Die Verschärfung der Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden der Flick-Betriebsführung gegenüber deutschen Arbeitern und anderen Werkträgern sowie Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen unter den Bedingungen des "totalen Krieges" (1943 - 1945): Die Zunahme des politischen Terrors der faschistischen Betriebsführung. Die weitere Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge in den Rüstungsbetrieben des Gröditzer Werkes. Der verbrecherische Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungsproduktion des Gröditzer Werkes

Peter Dornheim/Gerhard Unterstein

Lehrlinge in der BRD. Ein Beitrag zur Analyse der sozialökonomischen und politischen Lage der Arbeiterklasse unter besonderer Berücksichtigung der Jugendpolitik der DKP

Dissertation A (1977)

Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin

1. Wesen und Grundlagen des Lehrlingsverhältnisses im Kapitalismus: Das Lehrlingsverhältnis als eine spezifische Form des Kapitalverhältnisses. Der Charakter der Berufsausbildung im Kapitalismus
2. Zur gegenwärtigen sozialökonomischen und politischen Lage der Lehrlinge in der BRD: Die sozialökonomische Lage der Lehrlinge in der BRD; Anforderungen des gegenwärtigen kapitalistischen Reproduktionsprozesses an die Berufsausbildung der Lehrlinge; Reproduktionsbedürfnisse und Existenzbedingungen der Lehrlinge in der BRD; Ausbildung und Ausbeutung der Lehrlinge in der BRD; Die Vertiefung der Widersprüche zwischen den Anforderungen an die Berufsausbildung der Lehrlinge und den Realitäten der Berufsausbildung in der BRD. Zur politischen Lage der Lehrlinge in der BRD; Die politische Grundsituation und die gegenwärtige Rechtslage der Lehrlinge; Die politische Lage der Lehrlinge im Ausbildungsbetrieb und in der Berufsschule
3. Der sozialökonomische und politische Kampf der Lehrlinge in der BRD von 1968 bis 1976

Klaus Ernst

Charakter und Entwicklung der sozialökonomischen Verhältnisse und der Klassenbeziehungen im subsaharischen Afrika unter den Bedingungen kolonialer und neokolonialer Abhängigkeit und Ausbeutung sowie des Kampfes um deren Überwindung - Theoretische und methodologische Probleme ihrer sozialhistorischen und soziologischen Untersuchung

Dissertation B (19. 10. 1976)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Problemstellung. Allgemeine theoretische und methodologische Fragen
2. Das sozialökonomische Wesen und die Klassenbeziehungen der vorkolonialen afrikanischen Gesellschaften: Die Dorfgemeinde als ökonomische und soziale Grundzelle der vorkolonialen afrikanischen Gesellschaften. Die Klassenbeziehungen
3. Genesis, Wesen und Kampf zur Überwindung der kolonialen und neokolonialen Abhängigkeit und Ausbeutung sowie deren Auswirkung auf die Entwicklung der Produktivkräfte: Die Auswirkungen des vorimperialistischen Kolonialismus auf die ökonomische und soziale Entwicklung der Völker Afrikas (16. - 19. Jh.) oder: Die Genesis des kolonialen Typs der Abhängigkeit und Ausbeutung. Die Entwicklung der Produktivkräfte in Afrika unter den Bedingungen der imperialistischen Kolonialherrschaft (vom Ende des 19. Jh. bis 1960). Der neokoloniale Typ der Abhängigkeit und der Kampf um seine Überwindung
4. Die sozialökonomischen Prozesse unter den Bedingungen kolonialer und neokolonialer Abhängigkeit und des Kampfes um ihre Überwindung; Die Grundtendenzen der sozialökonomischen Entwicklung; Persistenz, deformierte Reproduktion und Zerfall der traditionellen Produktionsweise. Die spontane Herausbil-

dung eines abhängigen und verstümmelten Kapitalismus (Auslandskapitalistischer Sektor; Einheimische Kapitalformen; Die kleine und kapitalistische Warenproduktion). Die demo-ökonomischen und demo-sozialen Erscheinungsformen und Probleme des kolonial und neokolonial deformierten spontanen Übergangs von der vorkapitalistischen zur kapitalistischen Produktionsweise. Der staatliche Sektor und andere sozialökonomische Erscheinungsformen des Kampfes um Überwindung der kolonialen und neokolonialen Abhängigkeit und Ausbeutung

5. Die Dynamik und Struktur der Klassenbeziehungen im gegenwärtigen subsaharischen Afrika (Bauernschaft und dörfliche Ausbeuterschichten, Arbeiterklasse, Bourgeoisie. Die städtischen Zwischen- und Übergangsschichten) und der anti-imperialistische Kampf

Kurt Ettig/Heinz Wiedermann

Die Fälschung und Entstellung wesentlicher Seiten der sozialistischen Produktionsverhältnisse in den Auffassungen rechter Revisionisten. Ein Beitrag zur Auseinandersetzung

Dissertation A (25. 11. 1976)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die bewußte Fälschung und Entstellung des marxistisch-leninistischen Standpunktes zum Eigentum an den Produktionsmitteln im Sozialismus; Der Marxismus-Leninismus über das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln als gesellschaftliches Verhältnis. Die Kritik des Revisionismus am Wesen des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln. Die Konzeption der rechten Revisionisten über das Eigentum an den Produktionsmitteln im Sozialismus
2. Revisionistische Entstellungen des Zieles der sozialistischen Produktion und der gesellschaftlichen Identität von Eigentümer und Produzent; Der Marxismus-Leninismus zum Ziel der sozialistischen Produktion und zu den objektiven Bedingungen für die Aktivität und Initiative der Arbeiterklasse. Der rechte Revisionismus zum Ziel der sozialistischen Produktion. Der Revisionismus zur gesellschaftlichen Identität von Eigentümer und Produzent
3. Die revisionistischen Entstellungen der Rolle der staatlichen zentralen Planung und die Stellung der rechten Revisionisten zur bewußten Ausnutzung und Verwirklichung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus:

Dieter Feicht/Joachim Schrade

Die weitere Entwicklung der Bewegung "Messe der Meister von morgen" als eine politische Massenbewegung der werktätigen Jugend, unter besonderer Berücksichtigung der Verantwortung der Freien Deutschen Jugend

Dissertation A (1. 4. 1977)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Bewegung MMM und ihr Platz in den dialektischen Wechselbeziehungen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR; Die Hauptaufgabe der FDJ und die MMM in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; Die Bewegung MMM und ihr Verhältnis zu den objektiven Erfordernissen der Entwicklung

der sozialistischen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in der DDR. Die Bewegung MMM als ein Ausdruck der bewußten Ausnutzung der Erfordernisse der ökonomischen Gesetze durch die Jugend. Zum Charakter der MMM als einer politischen Massenbewegung der Jugend

2. Die Bewegung MMM und die Herausbildung junger sozialistischer Persönlichkeiten: Der Charakter der Arbeit im Sozialismus - eine entscheidende Grundlage für die sozialistische Persönlichkeitsentwicklung in der Bewegung MMM. Zu einigen theoretischen und praktischen Aspekten der Entwicklung junger sozialistischer und kommunistischer Persönlichkeiten unter besonderer Beachtung der Bewegung MMM. Der Zusammenhang von Schöpferum und Entwicklung junger sozialistischer und kommunistischer Persönlichkeiten
3. Die Leitung und Planung der Bewegung MMM durch die Trägerorganisationen und die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe. Die Bewegung MMM - fester Bestandteil des sozialistischen Wettbewerbs der Werktätigen der DDR. Die Planung der Aufgaben in der Bewegung MMM - eine wesentliche Voraussetzung für ihren Erfolg. Zu einigen Grundaufgaben der staatlichen und gesellschaftlichen Träger der Bewegung MMM. Der Platz der Maßnahmen zur Führung der Bewegung MMM in der Gesamtkonzeption der politischen Führung der FDJ-Leitungen

Eckehard Franz

Zu einigen Grundfragen der Stellung und Rolle der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im antimonopolistischen Klassenkampf im staatsmonopolistischen Kapitalismus

Dissertation B (13. 1. 1977)

Technische Universität Dresden

1. Zur Standortbestimmung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in der Klassen- und Sozialstruktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus: Die Klassenpolarisierung in den entwickelten kapitalistischen Ländern und die Führungsrolle der Arbeiterklasse. Grundprozesse der Veränderung der Lage, Stellung und Rolle der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz. Bemerkungen zum Begriff der sozialen Schicht und seiner Anwendung auf die Intelligenz im heutigen Kapitalismus. Die Intelligenz im Zerrspiegel der bürgerlichen Ideologie
2. Ideologische und politische Konsequenzen der sich verändernden Stellung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz: Bewußtseinsentwicklungen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Ihre Rolle im antimonopolistischen Kampf und die Aufgaben der kommunistischen Parteien

Paul Friedländer/Gertraud Liebscher

Grundprobleme der Strategie und Politik des Imperialismus gegenüber Entwicklungsländern in der internationalen Klassenauseinandersetzung der Gegenwart

Dissertation B (1976)

Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR

1. Grundprobleme der Beziehungen zwischen Imperialismus und Entwicklungsländern: Das System und der Mechanismus der neokolonialen Ausbeutung und

Einmischung. Die Krise in den Beziehungen zwischen Imperialismus und Entwicklungsländern seit Beginn der siebziger Jahre. Der Anpassungszwang des Imperialismus auf neokoloniale Gebiet in den sechziger Jahren

2. Grundlagen der ökonomischen Beziehungen zwischen Imperialismus und Entwicklungsländern - Die ökonomische Krise des Neokolonialismus, ihre Merkmale und HAUPTERSCHEINUNGSFORMEN: Methodologische Probleme - Verschärfung der inneren und äußeren Widersprüche, deren Verflechtung und Gewichtung. Krisenmerkmale - primär bestimmt durch den weltrevolutionären Prozeß (Merkmale mit Bezug zur "Erdölkrise"). Krisenmerkmale - primär durch die qualitative Verschärfung der inneren Widersprüche (des neokolonialen Systems) hervorgerufen ("neokoloniale Desintegration", ihre Zusammenhänge mit der "Strukturkrise" neokolonialer Arbeitsteilung und der "Krise" des neokolonialen Kapitalexports; Die Krise der neokolonialen Ware-Geld-Beziehungen)
3. Grundelemente der neuen ökonomischen Strategie des Neokolonialismus: Zusammenhänge zwischen der neuen ökonomischen Strategie, der Intensivierung der neokolonialen Arbeitsteilung und der wissenschaftlich-technischen Revolution. Hauptlinien der Intensivierung neokolonialer Arbeitsteilung. Strategische Linien zur "Bewältigung" der "Erdölkrise" und ihrer Folgen. Das Abkommen von Lomé - seine neokoloniale "Modellfunktion" vor dem Hintergrund der gescheiterten "Assoziierungskonzeption" der EWG
4. Stellenwert und Evolution der sozialen Strategie des Neokolonialismus: Platz der sozialen Strategie in der neokolonialen Gesamtkonzeption des Imperialismus. Grundzüge der sozialen Strategie des Neokolonialismus. Wichtige Aspekte des neokolonialen Reformprogramms - neokoloniale Gesellschaftspolitik, Manipulierung breiter Schichten und Gruppen in der "Dritten Welt"
5. Tendenzen der ideologischen Diversion des Neokolonialismus

Fritz Göhring

Zu einigen Angriffen in der bürgerlichen ökonomischen Theorie auf das Verhältnis von Planung und Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen bei der Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration

Dissertation A (13. 7. 1977)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Der ideologische Klassenkampf in der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus unter besonderer Berücksichtigung der Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration
2. Auffassungen bürgerlicher Ideologen zum Verhältnis von Planung und Ware-Geld-Beziehungen in der sozialistischen Wirtschaft: Die Grundpositionen der wesentlichsten bürgerlichen Theorien zum Verhältnis von sozialistischer Planung und der Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen. Die bürgerliche ökonomische Theorie zum Verhältnis von Planung und Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen in der sozialistischen ökonomischen Integration
3. Die Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen zu einigen ausgewählten ökonomischen Grundproblemen der Planung und der Anwendung der Ware-Geld-Beziehungen in der sozialistischen ökonomischen Integration (Die Grundpositionen bürgerlicher ökonomischer Theorien; Zu einigen Aspekten der Verfä-

schung der Gestaltung der Planung in der sozialistischen ökonomischen Integration; Einige vorherrschende Auffassungen in der bürgerlichen Theorie)

Wolfgang Gorr

Der Beitrag Albrecht Daniel Thaers zur Entwicklung der agrarökonomischen Wissenschaftsdisziplinen

Dissertation A (10. 10. 1978)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Aufgabenstellung und Abgrenzung des Themas
2. Die beginnende Konstituierung der Agrarwissenschaften als selbständige Wissenschaftsdisziplinen und die wissenschaftlichen Quellen A. D. Thaers: Die politökonomischen Grundideen der Physiokraten und von A. Smith, Die Entwicklung des agrarökonomischen Denkens von den Hausvätern und den Kameeralisten bis zu den Vertretern des Physiokratismus in Deutschland, Der Einfluß der englischen landwirtschaftlichen Literatur und der Beitrag von A. Young zur Entwicklung der bürgerlichen Agrarökonomie
3. Thaers Entscheidung für die Agrarwissenschaften und seine Auffassungen zum Wesen der Agrarökonomie: Zur Zielstellung seiner agrarwissenschaftlichen Arbeiten, Die Definition der Landwirtschaft als "Gewerbe", Aufgaben der Agrarwissenschaften und der Agrarökonomie, Die Stellung des Wissenschafts-komplexes Agrarökonomie in Thaers System der Landwirtschaftswissenschaften
4. Thaers Aussagen zu den Grundlagen und Grundsätzen der Organisation der landwirtschaftlichen Produktion: Zu den in der "Einleitung" analysierten ökonomischen Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion (Die Motive für die Ausarbeitung der "Einleitung"; Zur Rolle der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft; Propagierung des kapitalistischen Weges für die deutsche Landwirtschaft; Zu einigen Problemen der "Pachtung" und Pacht), Zu den in den "Grundsätzen" und der "Gewerbslehre" analysierten ökonomischen Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion ("Arbeit"; "Kapital"; "Grund und Boden"; "Intelligenz"). Vorschläge zur Organisation der landwirtschaftlichen Produktion (Zur Gestaltung des "Wirtschaftssystems"; Zum Einsatz von Arbeitskräften und Zugtieren; Zur Leitung der Produktion; Zur Anwendung der doppelten Buchführung)
5. Die Bedeutung der Arbeiten Albrecht Daniel Thaers für die Herausbildung der bürgerlichen Agrarökonomie in Deutschland

Stefan Grunert

Untersuchungen zum Haus- und Grundeigentum im ptolemäischen Ägypten anhand der demotischen Kaufverträge aus Theben

Dissertation A (6. 4. 1977)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Die Urkunden: Vorbemerkungen, Geldzahlungsschriften, Abstandsschriften
2. Die Objekte: Vorbemerkungen, Objekte im nördlichen Viertel von Theben Ost, im südlichen Viertel von Theben Ost, im südlichen Viertel von Theben West,

auf den Tempelgütern von Theben West

3. Zusammenfassende allgemeine Auswertung des Materials: Zur ökonomischen Kategorie "Eigentum". Zum Ausdruck des Eigentumsrechtes in den Urkunden. Zum Ausdruck eines eingeschränkten Eigentumsrechtes in den Urkunden. Zum Erwerb von Eigentum; Der "echte" Kauf/Verkauf (Kauf/Verkauf); der "unechte" Kauf/Verkauf (Erbschaft o. ä.); Die Hypothek (Kaufpfandverträge). Zur Zentralisation und Dezentralisation von Eigentum anhand ausgewählter Beispiele.

Rolf Gutermuth

Ausbeutung in der BRD. Zur Entwicklung der kapitalistischen Ausbeutung nach dem zweiten Weltkrieg
(Dietz-Verlag 1976)

Dissertation B (1977)

Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin

1. Die allgemeine Krise des Kapitalismus und das Schandmal der Ausbeutung
2. Das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung: Die Produktion von Mehrwert. Zur Ausbeutung der Angestellten und der Intelligenz
3. Monopolistischer und staatsmonopolistischer Kapitalismus: Das Monopol - ökonomischer Grundzug des Imperialismus. Der staatsmonopolistische Charakter des heutigen Ausbeutungsverhältnisses
4. Die monopolistische Konzentration und der Kapitalismus - Internationalisierung der Ausbeutung: Neue Stufe der Monopolisierung. Das Kapital kennt kein Vaterland
5. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die Intensivierung der kapitalistischen Ausbeutung. Die Technik als Konkurrent des kapitalistischen Lohnarbeiters. Intensivierung der kapitalistischen Ausbeutung durch Steigerung der Arbeitsproduktivität. Ausbeutung komplizierter Arbeit als Quell wachsender Profite
6. Raubbau an Gesundheit und Leben arbeitender Menschen: Neue Erscheinungen der Arbeitsintensivierung. Anpassung und Verschleierung des Ausbeutungsverhältnisses. Der Blutzoll kapitalistischer Ausbeutung. "Humanisierung" der kapitalistischen Arbeitswelt?
7. Formen und Methoden der staatsmonopolistischen Regulierung - Vertiefung und Erweiterung des Ausbeutungsprozesses: Krise der staatsmonopolistischen "Einkommenspolitik". Steuersystem und Inflation - der staatsmonopolistische Umverteilungsmechanismus. Die Ausbeutungsrate und der Anteil der Arbeiterklasse am Nationaleinkommen
8. Die Reproduktion der Arbeitskraft und der Kampf des Proletariats: Neue Bedürfnisse der Arbeitskraft und das historisch-moralische Element ihrer Wertbestimmung. Der Warencharakter der Arbeitskraft - ein Hindernis für die Entwicklung der Gesellschaft und des arbeitenden Menschen. Neue Erscheinungen im Kampf des Proletariats

Günther Heinze

Die Haltung und Zustimmung der LDPD im Prozeß der Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft

Dissertation A (1. 2. 1979)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die antifaschistisch-demokratische Grundhaltung der LDPD und die wirtschaftspolitischen Auffassungen innerhalb der Partei vor Beginn der längerfristigen Planung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands: Der fortschrittliche Kurs der LDPD und die Versuche der innerparteilichen Reaktion ihn zu verändern. Auffassungen und Auseinandersetzungen innerhalb der LDPD zur Wirtschaftspolitik und Planwirtschaft. Weiterführung der Auseinandersetzung in den Länderparlamenten 1946/47
2. Der Beginn der längerfristigen Planung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und die Haltung der progressiven Kräfte in der LDPD in der Auseinandersetzung um die Durchsetzung des Zweijahrplanes: Die Fortsetzung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und der Übergang zur sozialistischen Etappe des einheitlichen revolutionären Prozesses. Die Parteinahme der progressiven Kräfte in der LDPD für den Zweijahrplan. Die Manöver der reaktionären Kräfte in der Partei als Ausdruck des veränderten Kräfteverhältnisses im Klassenkampf. Die erfolgreiche Offensive der fortschrittlichen Kräfte in der LDPD gegen die restaurativen wirtschaftspolitischen Bestrebungen der Reaktion. Die Hilfe der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei für die progressiven Kräfte in der LDPD und die Durchsetzung ihrer Politik. Der 3. Parteitag der LDPD und die Mitarbeit der Liberaldemokraten an der Erfüllung der Planaufgaben. Weiterführung der Diskussion um die Planung und Planwirtschaft in der LDPD nach dem Anlauf des Zweijahrplanes
3. Die Gründung der DDR und die Mithilfe der LDPD an der Vorbereitung und dem Anlauf des 1. Fünfjahrplanes, dem Beginn der sozialistischen Planwirtschaft: Die Gründung der DDR - ein Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes. Die Planwirtschaft als ein Mittel zur Weiterentwicklung der Gesellschaftsordnung in der DDR zum Sozialismus. Die Vorschläge der LDPD zum 1. Fünfjahrplan. Die Stellungnahme der LDPD zu den Beschlüssen der II. Parteikonferenz der SED und die Zustimmung der Liberaldemokraten zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. Die 1. Konferenz der Parteibeauftragten der LDPD

Martin Helmbold

Ursachen, Wesen und Wirkungen kapitalistischer Umweltprobleme und Versuche ihrer staatsmonopolistischen Regulierung

Dissertation A (2. 9. 1977)

Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR

1. Umweltprobleme und Umweltkrise. Tatsächliche Zusammenhänge und bürgerliche Verfälschungen (in: Allgemeine Krise des Kapitalismus, Triebkräfte und Erscheinungsformen der Gegenwart, hg. v. IPW, Berlin 1976, S. 111 - 133)
2. Wesen und gesellschaftliche Ursachen der Zuspitzung der Umweltprobleme (in: Autorenkollektiv: Umweltprobleme und staatsmonopolistischer Kapitalismus, IPW-Forschungsheft 1/1977, Berlin 1977, S. 26 - 66)

3. Natürliche Umweltbedingungen und kapitalistischer Reproduktionsprozeß (in: ebenda, S. 67 - 117)
4. Staatsmonopolistische Umweltpolitik in der BRD - Wesen und Bilanz: Veränderte Existenzbedingungen des Imperialismus erfordern staatsmonopolistische Umweltpolitik. Anspruch und Wirklichkeit der staatsmonopolistischen Umweltpolitik. Wachsende Rolle und Aufgabe des imperialistischen Staates bei der Regulierung der natürlichen Umweltbedingungen unter dem Einfluß sich verschärfender kapitalistischer Widersprüche; Gesetzliche Festlegung von Normen und Standards der Schadstoffbelastung; Gewährung finanzieller Vergünstigungen an die Monopole; Koordinierung der staatsmonopolistischen Maßnahmen zur Umweltregulierung. Regulierung der natürlichen Umweltbedingungen im internationalen Maßstab
5. Internationaler Entspannungsprozeß und Lösung globaler Umweltprobleme (in: IPW-Berichte, Berlin 1//1976, S. 13 - 20)

Klaus Dieter Herrmann

Zur Strategie und Politik des Monopolkapitals der BRD gegenüber den DGB-Gewerkschaften

Dissertation B (1976)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin

1. Zum grundsätzlichen Verhältnis von Monopolkapital und DGB-Gewerkschaften: Zur Grundsituation von Monopolkapital und Gewerkschaften heute. Traditionen und internationale "Erfahrungen" des Monopolkapitals. Unternehmervverbände und imperialistische Gewerkschaftsstrategie. Zum Gewerkschaftsbild der Monopole. Zur Spezifik der Monopolstrategie gegenüber den vorwiegend sozialreformistisch orientierten DGB-Gewerkschaften
2. Imperialistisches Herrschaftssystem und die Gewerkschaftsstrategie der Monopole: Die zentrale Funktion des Staates. Tendenzen und Grundpositionen im Zusammenspiel von Monopolen und imperialistischem Staat gegenüber den DGB-Gewerkschaften seit 1969. Die Staatskonzeption in der "Gesellschaftspolitischen Grundsatzklärung" der BDA 1974/75. Zur Funktion der bürgerlichen und sozialreformistischen Parteien in der Gewerkschaftsstrategie der Monopole
3. Konfrontationsfelder im Klassenkampf zwischen Monopolkapital und DGB-Gewerkschaften: Voraussetzungen und Bedingungen. Auseinandersetzungen zur Lohn- und Einkommenspolitik. Konfrontation auf dem Feld der Arbeits- und Lebensbedingungen. Gesellschaftspolitische Gegensätze

Frank Hoffmann

Ökonomisch-historische Grundprobleme der Entwicklung des Transportwesens im Industrialisierungsprozeß der europäischen sozialistischen Länder in den fünfziger Jahren

Dissertation A (25. 7. 1979)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin

1. Der volkswirtschaftliche Maßstab des Transportproblems im Sozialismus

2. Zu einigen Grundfragen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und ihrem Einfluß auf das Transportwesen unter den Bedingungen der Verwirklichung des Industrialisierungsprozesses in den europäischen sozialistischen Ländern von 1950 bis 1960: Zu Ergebnissen der sozial-ökonomischen Umgestaltungsmaßnahmen - der Wiederaufbau als Voraussetzung der Industrialisierung. Zu globalen Veränderungen des Niveaus und der Struktur der Volkswirtschaft der europäischen sozialistischen Länder im Zeitraum 1950 bis 1960. Sozialistische Industrialisierung und Transportbedarf: Die Folgen des industriellen Wachstumsprozesses für die Entwicklung des Transportvolumens; Zum Einfluß des Strukturtyps der Industrialisierung auf die Entwicklung des Transportvolumens, der Transportentfernung, die Größe der zu leistenden Transportarbeit
3. Zu einigen Grundfragen der Transportpolitik in den europäischen sozialistischen Ländern im Zeitraum von 1950 bis 1960: Einige Fragen der Verwirklichung der Industrialisierungspolitik im Transportwesen (Einfache und erweiterte Reproduktion des materiell-technischen Potentials, Folgen der Schwerpunktbildung der volkswirtschaftlichen Investitionen, Wirkung externer Effekte im volkswirtschaftlichen Wachstum). Zu einigen Ursachen und Wirkungen der Beschäftigtenentwicklung im Transportwesen (Verhältnis von Investitions- einsparungen und Ausdehnung der Beschäftigten). Einige Grundfragen der Durchsetzung der Strukturpolitik in der Transportproduktion (Führende Stellung des Eisenbahntransports, Durchsetzung des motorisierten Straßenverkehrs). Zu einigen Fragen der Entwicklung der Außenhandelstransporte und der transportwirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen sozialistischen Länder bis zum zweiten Drittel der fünfziger Jahre (Grundzüge des Auf- und Ausbaus der Seewirtschaften, Entwicklungsfragen des internationalen Eisenbahnverkehrs im Rahmen der transportwirtschaftlichen Zusammenarbeit 1957/58)

Faisal Bashir Imam

Die Wechselwirkung zwischen der Industrialisierung
und der Qualifizierung im Sudan

Dissertation A (12. 1. 1977)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner"

1. Ausgangspunkte:Theorie und Realität; Theoretische Ansatzpunkte. Zustand der Wirtschaft und Arbeitskräfte
2. Erfahrungen bei der Industrialisierung im Sudan: Die industrielle Produktion während der Kolonialherrschaft. Die staatliche Politik zur Entwicklung der nationalen Industrie; Die Industrieentwicklung im privaten und staatlichen Sektor der Volkswirtschaft im Sudan (Umfang und Struktur, Rolle des Staates). Der Entwicklungsstand der wichtigsten Industriezweige (Textilindustrie, Baustoffindustrie, chemische Industrie, Nahrungsmittelindustrie). Die Stellung der nationalen Industrie in den Entwicklungsplänen des Sudan. Die Arbeitskräfte und ihre Merkmale im industriellen Bereich. Arbeitsproduktivität in der Volkswirtschaft Sudans unter besonderer Berücksichtigung des Faktors Arbeitskraft.
3. Die zukünftige Entwicklung der Industrie und der Arbeitskräftestruktur im Sudan.

4. Anforderungen an die Verbesserung des Bildungswesens

Peter Kirchberg

Das Wachstum der Produktivkräfte in der Geschichte des Kraftfahrzeugs, untersucht am Beispiel der Entwicklung der Technik des Kraftwagens in Deutschland von den Anfängen bis zur Weltwirtschaftskrise

Dissertation B (3. 10. 1978)

Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden

1. Die Anfänge in der Entwicklung des Kraftfahrzeugs: Die Entwicklung der Motoren bis zum schnellaufenden Fahrzeugmotor. Die Vorgeschichte des Kraftfahrzeugs
2. Die wichtigsten technischen Probleme in der Entwicklung des Kraftfahrzeugs bis 1914: Die konstruktive Entwicklung des Kraftwagens bis 1914 (Motoren; Fahrwerk und Aufbau; Besonderheiten und Ergebnisse in der konstruktiven Entwicklung bis 1914) Technologische Einflüsse auf die Kraftfahrzeugkonstruktion
3. Die Transportwirksamkeit des Kraftfahrzeugs bis zum Jahre 1914/18: Bestandswachstum und Verwendungszweck. Erste Anfänge der Transportwirksamkeit. Der Einfluß des Staates auf die Entwicklung des Kraftverkehrs
4. Der technisch-konstruktive Reifeprozess des Kraftwagens bis zur Weltwirtschaftskrise: Die Ausgangspositionen nach Ende des 1. Weltkrieges. Die Entwicklung des Kraftwagenmotors 1920 - 1932. Die Vervollkommnung von Fahrwerk, Rahmen und Aufbau nach 1920. Die Entwicklung der Produktionsmethoden und ihre Bedeutung für die Verwirklichung technisch-konstruktiver Lösungen im Kraftwagenbau
5. Die Bedeutung des Kraftwagens für den Prozeß der Transportmotorisierung in Deutschland bis 1932: Das Wachstum des Fahrzeugbestandes, Verwendungszweck und Nutzung des Kraftwagens. Die Integration des Kraftfahrzeugs in das Transportsystem

Helga Küpstein

Zur Veränderung der Agrarverhältnisse in Byzanz vom 6. zum 8. Jahrhundert

Dissertation B (29. 6. 1978)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Die Agrarverhältnisse Ende des 6. Jh.: Kaiserliche Domänen, Privates Großgrundeigentum, Kirchliche und klösterliche Großgüter, Abhängige Produzenten, Mittleres und kleines Grundeigentum
2. Klassenkämpfe und Opposition der ländlichen Bevölkerung: Die bäuerliche Produktion - unentbehrliche materielle Basis, Latrocinium und ähnliche Formen des Klassenkampfes, Zur Bedeutung des bäuerlichen Widerstandes
3. Die Agrarverhältnisse nach dem Nomos georgikos (Ende 7. - Mitte 8. Jh.): Der geōrgós als Produzent und Steuerzahler, Verschiedene Formen der Landnutzung, Nachbarschaftsrecht und soziale Differenzierung, Die Dorfgemeinde des Nomos georgikos im Rahmen der byzantinischen Entwicklung

Andreas Krause

Die sozialistische internationale Spezialisierung und Kooperation der Produktion als Prozeß der Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration

Dissertation A (25. 6. 1976)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Die Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit im Sozialismus und die Bedeutung der internationalen Spezialisierung und Kooperation in diesem Prozeß: Inhalt und Ursachen des objektiven Vergesellschaftungsprozesses der Produktion in seiner nationalen und internationalen Ausprägung. Zum Wesen und den Grundzügen der Entfaltung der internationalen Vergesellschaftung von Arbeit und Produktion im Sozialismus. Die materiellen Kernprozesse der internationalen Vergesellschaftung der Produktion im Sozialismus und ihre inhaltlichen Wesenszüge
2. Die Haupttendenzen der sozialistischen internationalen Vergesellschaftung auf dem Gebiet der materiellen Produktion unter den gegenwärtigen Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration. Tendenzen der auf dem Unterschied der nationalen Produktionssphären beruhenden internationalen Vergesellschaftung der Produktion der RGW-Länder auf dem Roh- und Brennstoffgebiet; Einschätzung der bisherigen Entwicklungsmerkmale des internationalen Vergesellschaftungsprozesses der RGW-Länder in der extraktiven Industrie; Gegenwärtige Entwicklungstendenzen der internationalen Vergesellschaftung der Roh- und Brennstoffproduktion im RGW. Tendenzen der sozialistischen internationalen Vergesellschaftung in der verarbeitenden Industrie der RGW-Länder (Bisherige Entwicklungsmerkmale, Tendenzen der Höherentwicklung)

Heinz Krumrey

Zur Struktur und Funktion der kleinen und mittleren industriellen Unternehmen im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Untersucht am Beispiel der industriellen Entwicklung der BRD in den Jahren von 1950 bis 1973

Dissertation A (14. 1. 1977)

Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Grundzüge der Entwicklung des industriellen Kapitals in der BRD von 1950 bis 1973
2. Zur Stellung der kleinen und mittleren Unternehmen im industriellen Produktionsprozeß
3. Die Entwicklung der kleinen und mittleren industriellen Unternehmen in den Jahren von 1950 bis 1972: Zur ökonomischen und politischen Situation nach dem Jahre 1945. Die ökonomische Entwicklung der kleinen und mittleren industriellen Unternehmen in den Jahren 1950 bis 1960 (Anzahl, Beschäftigte, Umsatzhöhe; Umsatz und Nettoprofit; Entwicklung der Gemeinschaftsforschung bzw. werkseigenen Forschung; zwischenbetriebliche Kooperation). Die

ökonomische Entwicklung der kleinen und mittleren industriellen Unternehmen in den Jahren 1960 bis 1967, 1967 bis 1970 und 1970 bis 1972 (Anzahl, Beschäftigte, Umsatz; Krisenfestigkeit; Konzentration der Produktion - Industriehauptzweige, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Verbrauchsgüterindustrie; Investitionen; Gemeinschaftsforschung und werkseigene Forschung; finanzielle Maßnahmen des imperialistischen Staates zur Gestaltung der Struktur der Industrie)

4. Zu den Veränderungen in der Struktur und Funktion der kleinen und mittleren industriellen Unternehmen im staatsmonopolistischen Reproduktionsprozeß: Zu den spezifischen Entwicklungsbedingungen der kleinen und mittleren Unternehmen im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die ökonomische Stellung der Zulieferer im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Funktionen der kleinen und mittleren industriellen Unternehmen in der produktbezogenen und technisch-technologischen Spezialisierung. Die Stellung der kleinen und mittleren Unternehmen in der arbeitsteilig bedingten Abhängigkeit. Zur Entwicklung der Eigentümerfunktion in den kleinen und mittleren Unternehmen. Funktion der kleinen und mittleren Unternehmen im Prozeß der Verteilung und Umverteilung

Klaus Dieter Leciejewski

Die Gesetzmäßigkeit der Inflation im Imperialismus, dargestellt am historischen Prozeß der Aufhebung des Goldstandards

Dissertation A (26. 10. 1977)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Zu einigen grundlegenden Fragen der Währung: Marx und Engels zum Begriff der Währung. Währung als Existenzform des Geldes
2. Der Goldstandard und seine Wirkungsweise: Die Preisentwicklung unter den Bedingungen des Goldstandards. Die Wirkung des Kredits. Die Wirkungen der internationalen Goldbewegungen. Kritik bürgerlicher Auffassungen des Goldstandards
3. Der Einfluß der Monopulentwicklung auf die Währung: Die Entwicklung des Verhältnisses von Monopol und Währung bis zum 1. Weltkrieg (Monopolisierung; Entwicklung des Giro- und Scheckverkehrs, der Börse und des Kreditgeldes; Einfluß der Monopolisierung auf die Preisbildung; Zölle und Monopole; Die Veränderungen des industriellen Zyklus; Die Auswirkungen der Monopolisierung auf den Goldstandard). Die Entwicklung der Währungsverhältnisse vom Ausbruch des 1. Weltkrieges bis zum Ende der Inflationen in Europa. Die Entwicklung der Währungsverhältnisse in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Das Ende der Versuche, den Goldstandard künstlich aufrechtzuerhalten. Die Notwendigkeit der Einführung von Devisen-Zwangswirtschaftsmaßnahmen

Helga Marx

Mechanisierung und Veränderung der Arbeitskräftestruktur in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR 1960 bis 1975 (unter besonderer Berücksichtigung der Pflanzenproduktion)

1. Die Mechanisierung als Wesensmerkmal der materiell-technischen Basis der sozialistischen Landwirtschaft der DDR und ihre allgemeine Wirkung auf Inhalt und Charakter der Arbeit
2. Qualitative Kennzeichnung der materiell-technischen Basis der sozialistischen Landwirtschaft der DDR als Teilbereich der gesamten Volkswirtschaft
3. Der Prozeß der Ablösung der Hand- durch die Maschinenarbeit in der Landwirtschaft der DDR von 1960 bis 1975: Besonderheiten landwirtschaftlicher Produktion, Anzahl und Art der landwirtschaftlichen Betriebe, ihre verfügbare landwirtschaftliche Nutzfläche und deren Konzentrationsgrad, Viehbesatz/Viehbestand in den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben, Überblick über die Investitionen, Der Mechanisierungsgrad der Arbeit, Die Entwicklung der energetischen Basis: Pferde, Traktoren, LKW, Anhänger, Selbstfahrende Landmaschinen, Elektroenergie, Mechanisierung von Bodenbearbeitung, Düngerwirtschaft, Bestellarbeiten und Pflanzenpflege, Mechanisierung der Erntearbeiten, Einige Hinweise auf die Mechanisierung der Tierproduktion
4. Veränderungen der Arbeitskräftestruktur in der Landwirtschaft der DDR 1960 bis 1975: Das Verhältnis der Beschäftigten in der Landwirtschaft der DDR zur Wohnbevölkerung und zu den übrigen Berufstätigen in der Volkswirtschaft, Territoriale Unterschiede bei der Veränderung der Anzahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, Die Berufstätigen der Landwirtschaft der DDR in Betrieben verschiedener Eigentumsformen (in der nichtsozialistischen Landwirtschaft, in der volkseigenen Landwirtschaft), Die Berufstätigen in den Genossenschaften: Beschäftigtenzahlen in den Bezirken der DDR, Arbeitskräfte und landwirtschaftliche Nutzfläche, Ständige und nicht ständige Berufstätige; Altersstruktur; Anteil von Frauen und Mädchen an den Arbeitskräften; Arbeitskräfte im Bereich der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft außerhalb der VEG und LPG; Die Strukturierung der in der sozialistischen Landwirtschaft Tätigen nach ihren unterschiedlichen Arbeitsgebieten
5. Die Qualifikations- und Berufsstruktur der Werktätigen in der Landwirtschaft der DDR 1960 bis 1975 als Ausdruck der Veränderung der Arbeitskräftestruktur: Zu den Begriffen Qualifikation und Beruf, Veränderung der Qualifikationsstruktur durch die allgemeine Schulpolitik des sozialistischen Staates, Veränderung der Qualifikations- und Berufsstruktur durch Mechanisierung und Automatisierung in der Landwirtschaft der DDR 1960 bis 1975
6. Die Wirkung der gesetzmäßigen Beziehungen zwischen Mechanisierung und Veränderung der Arbeitskräftestruktur in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR 1960 bis 1975

Ruth Milachowski

Die Rolle der ausländischen Arbeitskräfte im kapitalistischen Ausbeutungsprozeß der BRD

Dissertation B (1976)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Historischer Rückblick

2. Der Import von ausländischen Arbeitskräften im Interesse der Monopole der BRD (Ursachen, Förderung durch den Staat, Staatsmonopolistische Integration und Zustrom von Arbeitskräften in die BRD)
3. Inhalt und Formen der Einordnung der ausländischen Arbeitskräfte in den kapitalistischen Ausbeutungsprozeß: Ausländerarbeit und kapitalistisches Lohngesetz; Staatsmonopolistische Regulierung des Verkaufs der ausländischen Ware Arbeitskraft; Staatsmonopolistisch organisierter Lohnraub nach der Lohnzahlung; Modifikation des kapitalistischen Lohngesetzes durch Ausländerarbeit, Ausdehnung des Ausbeutungsfeldes; Der Einsatz der ausländischen Arbeiter in besonderen Wirtschaftsbereichen; Konzentration der ausländischen Arbeiter in Monopolunternehmen. Zusätzliche Ausbeutung in der materiellen Produktion; gesteigerte Intensivierung der Arbeit durch die Art des beruflichen Einsatzes; Überstundenarbeit; Zunahme der Frauenarbeit; Illegale "Leiharbeit"; Unfallhäufigkeit als Folge der zusätzlichen Ausbeutung; Die zusätzliche Ausbeutung der ausländischen Arbeiter in den kapitalistischen Unternehmen als Mittel, um den Ausbeutungsgrad der inländischen Arbeiter zu erhöhen. Politische Diskriminierung und Manipulierung. Die Folgen der Ausländerarbeit in der BRD für die Auswandererländer
4. Die Perspektive der Ausländerarbeit

Wolfgang Müller

Zur Entwicklung der Marxschen Auffassung über Wert und Geld
(1843 - 1857)

Dissertation B (24. 2. 1978)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Die Periode des Übergangs vom revolutionären Demokratismus zum Kommunismus: Marx' erste Bemerkungen über Ware-Geld-Beziehungen als historische Form gesellschaftlicher Produktion im Rahmen einer philosophisch-politischen Kritik. Der Marxsche Begriff des "Geldsystems" nach den ersten intensiven ökonomischen Studien - Marx' Vorstellungen von der Aufhebung der Ware-Geld-Beziehungen als wesentliche Seite der positiven Aufhebung des Privateigentums und aller Entfremdung". Die prinzipielle Übereinstimmung der Auffassungen von Marx und Engels bei Beginn ihrer ständigen Zusammenarbeit. Der wesentliche Anteil von Engels an der Herausbildung gemeinsamer Ansichten über den historischen Charakter der Ware-Geld-Beziehungen
2. Die ersten reifen Werke des Marxismus: Die Entdeckung der ökonomischen Gesellschaftsformation und der Übergang zu einer konsequenten materialistischen Begründung der welthistorischen Mission des Proletariats - eine wesentliche Grundlage für die Bestimmung des historischen Platzes der Ware-Geld-Beziehungen. Die Ansichten von Marx und Engels über Wert und Geld, über den sozialen Inhalt entwickelter Ware-Geld-Beziehungen und über ihr allmähliches Absterben nach Anerkennung der Arbeitswerttheorie und in ersten Auseinandersetzungen mit utopischen Bestrebungen, durch eine "egalitäre Anwendung" der Ricardoschen Arbeitswerttheorie zu einer neuen Gesellschaftsordnung zu gelangen
3. Die Wiederaufnahme der ökonomischen Studien in London: Der Beginn einer neuen Etappe in der Entwicklung der marxistisch-leninistischen politischen

Ökonomie. Die "Londoner Exzerptheft" und die Manuskripte "Das vollendete Geldsystem" und "Geldwesen, Kreditwesen, Krisen" - eine Brücke zur reifen marxistischen Wert- und Geldtheorie und einer ihr entsprechenden Kritik reformistischer Auslegungen der Arbeitswerttheorie

4. Die "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" als erste Variante des "Kapitals". Die Ableitung der Geldform aus dem Doppelcharakter der Ware und der warenproduzierenden Arbeit, die Analyse aller Funktionen und Formen des Geldes und die erstmalige reife Charakterisierung des Tauschwertes als ein der kapitalistischen Produktionsweise entsprechender Typ der Organisation der gesellschaftlichen Produktion. Eine qualitativ neue Kritik der Arbeitsgeldtheorie und utopischer Bestrebungen, mittels Geldreformen das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln aufzuheben. Marx' reife Vorstellungen vom Absterben der Ware-Geld-Beziehungen
5. Die Bedeutung der reifen Marx'schen Vorstellungen vom historischen Charakter der Ware-Geld Beziehungen für die Analyse der sozialistischen Warenproduktion
6. Zur pseudomarxistischen Interpretation der Marx'schen Auffassung vom historischen Charakter der Ware-Geld-Beziehungen und ihrer schöpferischen Weiterentwicklung

Werner Netzschwitz

Die Eigentumsfrage im Sozialreformismus

Kritik der sozialdemokratischen Vermögensbildungspolitik in der BRD

Dissertation B (Juni 1977)

Technische Universität Dresden

1. Über den Klassencharakter des Sozialreformismus: Historische Aspekte der Entwicklung der Eigentumsfrage im Sozialreformismus. Die ideologische Funktion der "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand"
2. Zur bürgerlich-sozialreformistischen Eigentumsauffassung
3. Die statistische Erfassung und Verfälschung der Einkommens- und Vermögensverteilung in der BRD
4. Der demagogische Charakter der staatlichen Sparförderung in der BRD: Der sozial-ökonomische Inhalt und die Ergebnisse des prämiienbegünstigten Kontensparens. Das Wohnungsbauprämiensparen und der sozial-ökonomische Inhalt des individuellen Wohneigentums. Das Wertpapiersparen und die sozial-ökonomische Stellung des Volksaktionärs
5. Die sozialreformistischen Pläne der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen: Der Investiv- und Beteiligungslohn als Form des "vermögensbildenden" Zwangssparens (Der Dräger-Schreiber-Plan, Der Leber-Plan, Der Burgbacher Plan). Zur Kritik der sozialreformistischen Investiv- und Beteiligungslohnpläne. Die sozialreformistischen Pläne einer Arbeitnehmerfondsbeteiligung am Produktivvermögen (Der Gleitze-Plan, Der Deist-Plan). Der sozialreformistische Charakter der vermögenspolitischen Leitsätze der SPD. Der Charakter der vermögenspolitischen Meinungsverschiedenheiten in den Gewerkschaften. Der "Kompromiß" der Regierungskoalition in den Grundlinien eines Vermögensbeteiligungsgesetzes. Die sozialökonomischen und

Klaus-Dieter Neumann

Das Verhältnis von Monopol und Konkurrenz in der Herausbildung und Entwicklung der marxistischen politischen Ökonomie (1844 - 1863)

Dissertation A (23. 5. 1977)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Die Entwicklung der Auffassungen von Marx und Engels zum Verhältnis von Monopol und Konkurrenz in den Jahren 1843 - 1849: Das Protektionssystem und der Kapitalismus der freien Konkurrenz, Das Verhältnis von Monopol und Konkurrenz in den Arbeiten der Jahre 1842/1843. Der Übergang zur ökonomischen Betrachtung von Monopol und Konkurrenz (Engels: "Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie"; Marx: "Ökonomisch-philosophische Manuskripte"). Der Übergang zur Anerkennung der Arbeitswerttheorie und die Dialektik von Monopol und Konkurrenz in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre (Marx und Engels zu Freihandel und Schutzzoll). Die Ausarbeitung der reifen These des Verhältnisses von Monopol und Konkurrenz in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre
2. Zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, insbesondere der Konkurrenzauflassung von Karl Marx in der Zeit von 1850 - 1856: Wiederaufnahme der ökonomischen Studien in London, Marx' Londoner Exzerpthefte von 1850 - 1853. Die Weiterentwicklung der Marxschen Monopol- und Konkurrenzauflassung in den Londoner Exzerpten und den Arbeiten der Jahre 1850 - 1853. Die journalistische Tätigkeit von Karl Marx und seine Beschäftigung mit der ökonomischen Theorie in den Jahren von 1854 - 1857
3. Zur Entstehung der Grundlagen einer Konkurrenztheorie von Karl Marx in den Jahren von 1857 - 1863: Zur Rolle und Stellung der Konkurrenz im ökonomischen Manuskript von 1857/1858 (Die Konkurrenz als "Besonderheit des Kapitals"; Die "historische" oder "negative" Seite der Konkurrenz; Die Wirkung und der "Schein" der Konkurrenz). Zur Entwicklung der Grundzüge einer Konkurrenztheorie und einer Theorie des Monopols im Manuskript von 1861 - 1863 (Die aus der Konkurrenz kommende Vorstellung vom Profit; Marx' Lehre von den Ausgleichungen der Konkurrenz)

Kyriacos Nicolaides

Das Genossenschaftswesen in Zypern und sein Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes

Dissertation A (26. 9. 1977)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Charakterisierung der Genossenschaften in Zypern: Wirtschaftliche und soziale Ursachen für die Entstehung der Genossenschaften. Entstehung der Genossenschaften unter britischer Kolonialherrschaft - Die britische Genossenschaftspolitik in den Kolonialgebieten, untersucht am Beispiel Zyperns. Die Haltung des Staates zum Genossenschaftswesen und Auseinandersetzung mit nicht-marxistischen Auffassungen zum Verhältnis von Staat und Genossenschaften

2. Der Beitrag der Genossenschaften zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Zyperns: Die wichtigsten Genossenschaftsarten und ihr Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes; Kredit- und Spargenossenschaften: Die Kreditgenossenschaften und ihr Konkurrenzkampf mit den "middle-men", Die wachsende Agrarverschuldung und Kritik an der gegenwärtigen Kreditmethodik; Absatzgenossenschaften und genossenschaftseigene Industriebetriebe; Konsumgenossenschaften; andere Genossenschaftsarten
3. Der Platz der Genossenschaften im Kampf für eine demokratische Umgestaltung der Volkswirtschaft und die Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse: Der Beitrag der Genossenschaften zur Verbesserung der Volkswirtschaftsstruktur von Entwicklungsländern, Die Rolle der Genossenschaftsbewegung im Kampf für eine demokratische Umgestaltung der politischen Verhältnisse in Entwicklungsländern

Jürgen Nitz

Ausgewählte Probleme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ländern sozial unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in der Gegenwart

Dissertation A (10. 6. 1977)

Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR, Berlin

1. Grundlagen ökonomischer Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten: Objektive Grundlagen für die Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozial unterschiedlichen Systemen in der Gegenwart, Gründe sozialistischer und kapitalistischer Staaten für die Entwicklung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen, Zur Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit
2. Tendenzen und Probleme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten: Eine neue Qualität in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten. Die spezifische Problematik von Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ländern mit gegensätzlichen sozialen Systemen. Die Notwendigkeit der Gewährung der unbedingten Meistbegünstigung und die Beseitigung der Diskriminierung. Zu Fragen der gegenseitigen Warenstruktur. Ungleichmäßige Entwicklungen in den Handelsbilanzen
3. Einige Formen und Methoden der wirtschaftlichen Beziehungen: Einige Aspekte der Rolle des Außenhandels, Formen der Kooperation, Mechanismus und Institutionalisierung der Wirtschaftsbeziehungen
4. Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten: Die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Bedingungen von zwei unterschiedlichen Typen der Integration in Europa, Bereiche und Projekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Einige Schlussfolgerungen zur Außenhandelspolitik der RGW-Länder

Reiner Pampel

Die Rolle des Großhandels im Prozeß der Monopolisierung der Wirtschaft
im gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus

Dissertation A (13. 5. 1975)

Handelshochschule Leipzig

1. Die Monopolisierung der Wirtschaft unter den Bedingungen des gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus: Das Wesen der kapitalistischen Monopolisierung. Die Formen der Konstituierung kapitalistischer Monopole und der Unterwerfung der Wirtschaft unter ihre Herrschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus
2. Die Bedeutung des Großhandels im Monopolisierungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft: Die Stellung und Funktion des Großhandels im Reproduktionsprozeß unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Großhandelssphäre im Prozeß der kapitalistischen Monopolisierung: Die spezifischen Ursachen der Monopolisierung der Großhandelssphäre; Die Hauptwege; Bestrebungen aus Industrie, Landwirtschaft und Einzelhandel: Das Eindringen der im Großhandel tätigen Kapitale in angrenzende Wirtschaftsbereiche - ihr Einfluß auf die Bereiche der materiellen Produktion, Monopolisierung der Einzelhandelssphäre; Die Einbeziehung der im Großhandel tätigen Kapitale in das finanzkapitalistische Herrschaftssystem über das monopolistische Bankkapital
3. Schlußfolgerungen aus der Analyse der Rolle des Großhandels im Monopolisierungsprozeß der Wirtschaft für den Kampf der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus

Dietmar Pellman

Die Einwirkung der Arbeiterklasse unter Führung der SED auf die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft durch den Aufbau eines leistungsfähigen Landmaschinen- und Traktorenbaus in der DDR 1949 bis 1960

Dissertation A (9. 9. 1977)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Das Ringen der Arbeiterklasse um die Verbesserung der technischen Ausrüstung der Landwirtschaft durch den Ausbau der Landmaschinen- und den Aufbau der Traktorenindustrie - 1948 bis Sommer 1952: Der Entwicklungsstand im Landmaschinenbau 1948/49 und die Orientierung der 11. Tagung des Parteivorstandes und der 1. Parteikonferenz der SED für die Aufnahme der Traktorenproduktion und den weiteren Ausbau der Landmaschinenindustrie. Der Kampf der Landmaschinen- und Traktorenbauer um die Unterstützung der MAS und werktätigen Bauern mit landwirtschaftlichen Geräten und Schleppern von der Gründung der DDR bis zur 2. Parteikonferenz der SED - Oktober 1949 bis Juli 1952
2. Der Kampf der Landmaschinen- und Traktorenbauer um die qualitative und quantitative Erhöhung der Produktion als Beitrag zur Unterstützung der sozialistischen Genossenschaftsbewegung in der Landwirtschaft der DDR - Sommer 1952 bis Ende 1955: Die qualitativ höheren Aufgaben für den Landmaschinen- und Traktorenbau bei der Unterstützung der MTS, VEG und LPG. Das Ringen der Landmaschinen- und Traktorenbauer um die Erfüllung der Aufgaben des 1. Fünfjahrplans. Die Hilfe der Sowjetunion beim Auf- und Ausbau der Landmaschinen- und Traktorenindustrie der DDR in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre. Die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen Landmaschinen- und Traktorenbauern und den Werktätigen der MTS,

VEG und LPG. Die Ergebnisse des 1. Fünfjahresplans im Landmaschinen- und Traktorenbau und sein Entwicklungsstand am Ende des Jahres 1955

3. Der Beitrag der Landmaschinen- und Traktorenbauer für die verstärkte Mechanisierung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses als wichtige Voraussetzung für den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande - Anfang 1956 bis Frühjahr 1960: Die Orientierung der 3. Parteikonferenz der SED auf die umfassende Mechanisierung der Landwirtschaft und die Aufgaben für den Landmaschinen- und Traktorenbau. Das Ringen der Landmaschinen- und Traktorenbauer um die Verwirklichung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz der SED - Frühjahr 1956 bis Sommer 1948 (Auswirkungen revisionistischer Erscheinungen auf die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen und Schleppern; Kampf um die Überwindung von Stagnationserscheinungen bei der Herstellung landtechnischer Produktionsmittel). Der Aufschwung in der Produktion leistungsfähiger Schlepper und landwirtschaftlicher Großmaschinen bei der Verwirklichung der Beschlüsse des V. Parteitages der SED als Voraussetzung für den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft. Der Beginn der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Landmaschinen- und Traktorenbaus im RGW. Die Vertiefung der unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen den Landmaschinen- und Traktorenbauern und den Angehörigen der MTS, VEG und LPG. Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande und der Entwicklungsstand der Landmaschinen- und Traktorenindustrie im Frühjahr 1960

Joachim Poppe

Der Kampf der Entwicklungsländer um die Verbesserung ihrer Stellung im internationalen kapitalistischen Währungssystem

Dissertation A (1976)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin

1. Die Stellung der Entwicklungsländer im internationalen kapitalistischen Währungssystem (Wesen und Bedeutung von Währungsblöcken und -zonen; Einfluß der Bretton-Woods-Abkommen auf die Währungssysteme und -beziehungen der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas)
2. Die Verschärfung der kapitalistischen Währungskrise und einige Aspekte ihrer Wirkung auf die Stellung der Entwicklungsländer im internationalen kapitalistischen Währungssystem: Wesen und Erscheinungsformen der kapitalistischen Währungskrise. Die Wechselbeziehungen zwischen der kapitalistischen Währungskrise und den Außenhandelsbeziehungen der Entwicklungsländer. Der Einfluß der kapitalistischen Währungskrise auf die Währungsreserven der Entwicklungsländer. Die Kreditbeziehungen der Entwicklungsländer mit den kapitalistischen Industrieländern und die Wirkung der kapitalistischen Währungskrise
3. Der Kampf der Entwicklungsländer um die Verbesserung ihrer Stellung im internationalen kapitalistischen Währungssystem: Die Entfaltung gemeinsamer währungspolitischer Interessen der Entwicklungsländer. Der Inhalt der Forderungen und Ziele. Wertung der Forderungen und Ziele sowie Realisierungsmöglichkeiten
4. Bemerkungen zu einigen währungspolitischen Fragen in den Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern des RGW und den Entwicklungsländern

Angelika Rudolph

Zur klassenmäßigen Einordnung und zu Entwicklungstendenzen im unmittelbaren Ausbeutungsprozeß der kommerziellen Lohnarbeiter der BRD

Dissertation A (28. 12. 1976)

Handelshochschule Leipzig

1. Die Einordnung der kommerziellen Lohnarbeiter in die Klassenstruktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus: Umfang und Struktur der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Gegenwart. Die klassenmäßige Einordnung der kommerziellen Lohnarbeiter
2. Die gegenwärtigen Hauptrichtungen zu Erhöhung der Ausbeutung der kommerziellen Lohnarbeiter: Die Hauptmethoden zur Erhöhung der Ausbeutung. Die Diskriminierung von Teilen der kommerziellen Lohnarbeiter zur Erzielung von Extraprofit. Die Extensivierung der Ausbeutung der kommerziellen Lohnarbeiter. Die Intensivierung des Arbeits- und Ausbeutungsprozesses der kommerziellen Lohnarbeiter
3. Entwicklungstendenzen in der Qualifikationsstruktur der kommerziellen Lohnarbeiter: Der Einfluß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die Qualifikation der kommerziellen Lohnarbeiter. Die wachsende Differenzierung in der Qualifikation der kommerziellen Lohnarbeiter. Das System der Aus- und Weiterbildung im Binnenhandel der BRD
4. Entwicklungstendenzen des Wertes der Ware Arbeitskraft des kommerziellen Lohnarbeiters (Wertbestimmung, Entwicklung des Wertes, Berechnung, Besonderheiten der Wertbestimmung)

Dintscho Safirow

Notwendigkeit und Wege der weiteren Annäherung der Systeme der Wirtschaftsleitung der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe im Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration, untersucht am Beispiel der Entwicklung der Außenhandelsplanung der Volksrepublik Bulgarien und der Deutschen Demokratischen Republik

Dissertation A (25. 7. 1977)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin

1. Notwendigkeit und Inhalt des Prozesses der Annäherung der nationalen Systeme der Wirtschaftsleitung im Sozialismus:
2. Analyse der Entwicklung der Außenhandelsplanung in der DDR und in der VRB unter dem Aspekt der generellen Annäherung der Systeme der Wirtschaftsleitung der RGW-Länder: Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Außenhandels in der VRB, in der DDR und die Aufgaben der Außenhandelsplanung. Die Anwendung einiger wesentlicher Prinzipien der sozialistischen Planung des Außenhandels in der DDR und in der VRB (demokratischer Zentralismus; Kontinuität). Zum Inhalt der Außenhandelsplanung in der DDR und in der VRB (Planung der Warenstruktur, der politisch-territorialen Struktur, der Außenhandelsrentabilität)
3. Konsequenzen aus der Entwicklung der sozialistischen Außenhandelsplanung der DDR und der VRB für die weitere Annäherung der sozialistischen Wirtschaftsleitung, speziell der Außenhandelsplanung im Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration

Ahmed Saleh

Ein Beitrag zur Verkehrsplanung in der AR Ägypten zur Herausbildung eines komplexen Verkehrssystems

Dissertation A (1977)

Technische Universität Dresden

1. Logische und historische Aspekte der Entwicklung eines einheitlichen Verkehrswesens in der AR Ägypten: Die Stellung des Verkehrswesens im Reproduktionsprozeß, Volkswirtschaftliche Anforderungen an das Verkehrswesen und seine Funktionen, Die historische Herausbildung, Struktur und Einordnung des Verkehrswesens in die ägyptische Volkswirtschaft (Eisenbahntransportwesen; Straßennetz und Straßentransport; Binnenschifffahrt; Seeschifffahrt; Luftverkehr; sonstige Verkehrsbereiche)
2. Struktur und Entwicklung des ägyptischen Verkehrswesens während der Fünfjahrplanperioden 1960/61 bis 1975: Die Investitionspolitik im ägyptischen Verkehrswesen, Die Leistungen und Ergebnisse des Transportwesens (Umfang und Struktur). Die Relationen von wachsendem Nettoprodukt zum Verbrauch materieller Aufwendungen. Zur Entwicklung der Bevölkerung und den Anforderungen an das Transportwesen, Verhältnis von Außenhandel und Verkehrsleistung
3. Vorstellungen über die künftige Verkehrsentwicklung in der AR Ägypten

Dieter Schaal

Das Handwerk der Büchsenmacher in Dresden und seine Erzeugnisse von der Mitte des 16. bis zum Ende des 18. Jh. an Beispielen der Feuerwaffensammlung des Historischen Museums Dresden

Dissertation A (13. 5. 1977)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Übersicht zum Forschungsstand
2. Handwerksgeschichte der Dresdner Büchsenmacher: Innungsordnungen, Meisterrecht, Meisterstücke, Innung und Hof, Innungsangelegenheiten, Beschau und Meistermarken, Gesellen und Lehrjungen
3. Dresdener Büchsenmacher bis zum Ende des 18. Jh.: Meister, Familien, Arbeiten
4. Büchsenmacherarbeiten als Kunstäußerung
5. Merkmale Dresdener Arbeiten im Überblick

Verena Schöne

Zur Wirkungsweise des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate und der Rolle des Staates bei der Sicherung der Verwertungsbedingungen des Privatkapitals in Mexiko

Dissertation A (17. 6. 1977)

Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Zum Stand der kapitalistischen Entwicklung in Mexiko Ende der sechziger Jahre: Zum Entwicklungsstand der kapitalistischen Produktionsweise. Die mexikani-

sche Großbourgeoisie und der Charakter des mexikanischen Staates

2. Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate und seine Wirkungsweise unter den gegenwärtigen Bedingungen in Mexiko: Die Funktion des mexikanischen Staates in der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung, Die Bedingungen für das Wirken des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate (organische Zusammensetzung des Kapitals; Ausbeutungsgrad der Arbeit)
3. Die Einflußnahme des Staates auf die Wirkungsweise des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate unter den gegenwärtigen Bedingungen in Mexiko: Die Rolle des großbourgeoisien Staates (Ausbau der Infrastruktur; Bedeutung des Staates als Unternehmer; Übernahme der Kosten für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt; Förderung der Zulieferindustrie). Die Wirtschaftspolitik der Regierung Luis Echeverría Alvarez als Interessenvertreter der mexikanischen Großbourgeoisie
4. Die Rolle des Staates im gegenwärtigen Mexiko - die Herausbildung staatsmonopolistischer Wesensmerkmale unter den Bedingungen der Abhängigkeit vom Imperialismus und der Rückständigkeit der kapitalistischen Produktionsweise

Helga Schultz

Das Landhandwerk in der Epoche des Übergangs zum Kapitalismus

(Vergleichende Studie und regionale Untersuchung Mecklenburg-Schwerin)

Dissertation B (12. 6. 1978)

Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

1. Grundzüge der Entwicklung des Landhandwerks und -gewerbes in der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus: Umfang und Struktur des Landhandwerks und -gewerbes am Vorabend der Industriellen Revolution, Bedeutung des Landhandwerks für die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals - Landhandwerk und Manufaktur, Die Entwicklung der gewerblichen Produktion auf dem Lande im Verlauf der Übergangsepoche, Landhandwerk und -gewerbe und spätf feudale Agrarverfassung
2. Das Landhandwerk in Mecklenburg-Schwerin in der Epoche des Übergangs zum Kapitalismus: Die Entwicklung des Landhandwerks in Mecklenburg-Schwerin während der Übergangsepoche, Lage und Produktionsverhältnisse der Landhandwerker, Das Landhandwerk im Ringen zwischen Adel, Städten und Landesherrn-Gewerbegesetzgebung und Gewerbepolitik

Hans-Georg Sehrt

Zur Stellung und Funktion von Bauherr (Auftraggeber) und Baumeister im feudalen Mittelalter

Dissertation A (15. 12. 1977)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

2. Zum mittelalterlichen Baubetrieb: Allgemeines, Bauordnungen, Organisationsformen, Bauverwalter, Handwerker, Darstellung des mittelalterlichen Baubetriebes, Zur finanziellen Sicherung des mittelalterlichen Baues
3. Bauherr/Auftraggeber: Allgemeines, Definition, Soziale Stellung, Motive für das Bauen, Gründe für die Aufnahme bestimmter Bauformen, Erörterung der

Frage nach der direkten Beteiligung des Bauherrn/Auftraggebers am Entstehen des mittelalterlichen Bauwerkes

4. Baumeister/Architekt: Allgemeines. Zur scheinbaren "Anonymität" des mittelalterlichen Baumeisters. Titel, Begriffe (Bezeichnungen). Definition, Funktion, Ausbildung (Bildungsweg). Arbeitsgebiete. Selbstdarstellungen. Erörterung der Frage: war der mittelalterliche Baumeister Kleriker oder Laie. Zur Beziehung zwischen Baumeister und Bauherrn im feudalen Mittelalter
5. Literaturwertung und sich daraus und aus der vorliegenden Arbeit ergebende Vorschläge für die weitere Bearbeitung des Themas

Elke Steiner

Über den Beitrag Albrecht Daniel Thaers zur Entwicklung agrar-wissenschaftlicher Disziplinen auf dem Gebiet der Tierproduktion

Dissertation A (10. 10. 1978)

Humboldt-Universität zu Berlin

2. Stand der Tierproduktionslehre in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts: Die sozialökonomische Situation zu Ende des 18. Jahrhunderts. Das Eindringen kapitalistischer Elemente in die Landwirtschaft (Stimulierende Faktoren für den Beginn einer kapitalistischen Entwicklung; Das Vorbild der englischen Landwirtschaft). Die Widerspiegelung der landwirtschaftlichen Entwicklung in der agrarischen Literatur (Die Zunahme agrarwissenschaftlicher Veröffentlichungen; Landwirtschaftliche Publikationen zur Tierproduktion: Kameralistische Verfasser, Experimentalökonomien, Schaf- und Pferdezucht im Spiegel der Literatur, Die Bedeutung der Akademien und der landwirtschaftlichen und ökonomischen Gesellschaften). Zur Wertung der landwirtschaftlichen Literatur um die Wende zum 19. Jh.
3. Die Leistungen A. D. Thaers auf dem Gebiet der Tierproduktionslehre: Die Rolle der Tierproduktionslehre innerhalb der Lehre von der rationellen Landwirtschaft. Thaers Beitrag zur Entwicklung der Fütterungslehre und der Futtermittelkunde (Produktions- und betriebsorganisatorische Aspekte der Fütterung; Futtermittelbewertung; Entwicklung von Grundprinzipien der Fütterung; Beiträge zur Futtermittelkunde). Über die Leistungen Thaers auf dem Gebiet der allgemeinen Tierzucht (Zu genetischen Fragen; Zu Fragen der Züchtungskunde und praktischen Tierzucht). Beiträge zur speziellen Tierzucht (Rinderzucht; Schweinezucht)

Jürgen Werner

Strukturveränderungen im Kapitalismus, speziell im Monopolkapitalismus, unter Berücksichtigung der Rolle des staatsmonopolistischen Finanzsystems

Dissertation A (19. 12. 1975)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Zum Strukturbegriff in der Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen
2. Der Einfluß des Charakters kapitalistischer Produktionsverhältnisse auf das Wechselverhältnis von Disproportionen und Proportionen im Prozeß der strukturellen Entwicklung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses: Zum Verhältnis von Disproportionen und Proportionen bei der Herausbildung volks-

wirtschaftlicher Strukturen. Zum wachsenden Umfang des fixen Kapitals in seiner Bedeutung für den Strukturwandlungsprozeß. Zur Bedeutung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate unter besonderer Beachtung der Entwertungproblematik für den Strukturwandlungsprozeß. Zum Charakter der wissenschaftlich-technischen Entwicklung in der Gegenwart in seiner Beziehung zum strukturellen Wandel innerhalb des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Der Charakter struktureller Wandlungen im Reproduktionsprozeß am Beispiel ausgewählter Zweige. Wirkungen der Strukturveränderungen auf Verflechtungsbeziehungen im Reproduktionsprozeß. Zu einigen strukturpolitischen Aspekten des Umweltschutzes

3. Der Strukturwandlungsprozeß in seinem Einfluß auf die staatsmonopolistische Regulierung durch die Umverteilung von Nationaleinkommen; Die Zielstellung der staatsmonopolistischen Strukturpolitik und ihre Widerspiegelung in den Auffassungen bürgerlicher Ökonomen. Zum Verhältnis von strukturellen Disproportionen und zyklischem Verlauf des Reproduktionsprozesses. Die Funktionen der Finanzpolitik im Rahmen der Umsetzung der Ziele der staatsmonopolistischen Strukturpolitik
4. Zur Bedeutung der Entwicklung struktureller Disproportionen für die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in der Gegenwart

Horst Wernicke

Zum Bundescharakter der Städtehanse - Strukturen, Strukturelemente und Funktionen ihrer Entwicklung
(1280 - 1418)

Dissertation A (10. 1. 1979)

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

1. Die Charakterisierung der städtehansischen Organisation in der Forschung - Stand und Aufgabe
2. Zu grundlegenden Strukturen, Strukturelementen und Funktionen in der Städtehanse
3. Zu Struktur und Funktion der Mitgliedschaft in der Städtehanse
4. Zu Struktur und Funktion des Bündnisses - Das Bündnissystem der Städtehanse in der Zeit von 1280 bis 1418

- Brodowska, Helena, Prof. Dr., Institut für Geschichte, Universität
Łodz.
- Buganov, V. I., Prof. Dr., Stellvertretender Direktor, Institut für Ge-
schichte, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.
- Eckert, Rainer, Dipl.-Archivar, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Ab-
teilung Information/Dokumentation, Zentralinstitut für Geschichte, Akade-
mie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Elle, Michael, Dipl. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für
Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Insti-
tut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR,
Berlin.
- Handke, Horst, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter,
Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR,
Berlin.
- Jeleček, Leoš, RNDr., CSc., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut
für tschechoslowakische und allgemeine Geschichte, Tschechoslowakische
Akademie der Wissenschaften, Prag.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissen-
schaften der DDR, Berlin.
- Laschke, Michael, Dr. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Bereich
Wirtschaftsgeschichte, Sektion Marxismus/Leninismus, Hochschule für
Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.
- Njamasch, Marlene, Dr. phil., Wissenschaftlicher Oberassistent,
Bereich Alte Geschichte, Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu
Berlin.
- Oehmig, Stefan, Dipl.-Historiker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter,
Abteilung Frühbürgerliche Revolution, Bereich Feudalismus, Zentralinsti-
tut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Roesler, Jörg, Dr. sc. rer. oec., Bereichsleiter, Abteilung Sozialismus,
Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR,
Berlin.
- Toepel, Achim, Dr. rer. oec. habil., Dozent, Sektion marxistisch-leni-
nistische Philosophie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Töpfer, Bernhard, Prof. Dr. phil. habil., Sektion Geschichte, Institut
für allgemeine Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.

Zilch, Reinhold, Dr. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bereich
1780 - 1917, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften
der DDR, Berlin.

Zumpe, Lotte, Dr. rer. oec., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschafts-
geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

СОДЕРЖАНИЕ

- Юрген Кучинский, Соотношение между трудом и свободным временем.
Размышления о развитии домарксистских идей
- Ахим Тёпель, Математическая теория цены Курно
- Михаэль Лашке, Проблемы капиталовложений и сырья в период социалистической индустриализации европейских стран-членов СЭВ во второй половине пятидесятих годов
- Райнхольд Цилх, Основные черты финансовой оккупационной политики германского империализма в период первой мировой войны
- Хелена Бродовска, Влияние, оказываемое капиталистической индустриализацией на социальную и профессиональную структуру, а также на сознание сельского населения в Королевстве Польском
- В.И. Буганов, Социальная структура и классовая борьба крестьян в феодальной России (9-ое по 16-ое столетие)
- Йорг Рёслер, Критика ГДР в книжке карманного формата
- Лотте Цумпе, Уголь-железо-сталь 1936/37. Угнетение или формирование интересов?
- Хорст Хандке, Марксистский структурный анализ
- Бернхард Тёпфер, Структуры, экономика и общество в период раннего средневековья в Европе
- Леош Елечек, Деятельность чехословацкой комиссии по экономической истории
- Райнер Экерт, Руководители и коммерческие директора рейхсгруппы промышленности, ее главных и экономических групп (I). Документация к их месту в монополиях, монополистических союзах и в государственно-монополистическом регулировании экономики
- Михаэль Едле, Промышленное развитие ГДР (10 по 11 апреля 1979 г. в Йене)
- Штефан Емиг, Проценты и прибыль в ганзейском экономическом районе (2 по 4 октября 1978 г. в Зеллине/Рюген)
- Марлене Няммаш, О проблемах критики буржуазной идеологии в области Древней Истории (23 по 24 ноября 1978 г. в Дрездене)
- Работы высших школ по экономической истории (Ренате Гюнтер)

- Jürgen Kuczynski, The relation of work and leisure. Reflections on the development of premarxian conceptions
- Achim Toepel, Cournot's mathematical theory of price
- Michael Laschke, Investment- and rawmaterial-problems during the socialist industrialisation of European CMEA-countries from 1955 to 1959
- Reinhold Zilch, Characteristics of the financial occupation policy of the German imperialism during World War I
- Helena Brodowska, The influence of the capitalist industrialization on the social and occupational structure and on the consciousness of the rural population of the Kingdom of Poland
- V. I. Bugarov, Social structure and class struggle of the peasants in feudal Russia (9th to 16th century)
- Jörg Roesler, Pocket book-sized criticism of the GDR
- Lotte Zumpe, Coal-iron-steel 1936/37. Suppression or shaping of interests?
- Horst Handke, A marxist analysis of structure
- Bernhard Töpfer, Structures, economy and society in early medieval Europe
- Leoš Jeleček, The activity of the Czechoslovakian commission of economic history
- Rainer Eckert, The leaders and managers of the Reichsgruppe Industrie, of its main groups and its economical groups (II). Documentation on their position in monopolies, and monopolistic associations and concerning statemonopolistic regulation of the economy
- Michael Elle, The industrial development of the GDR (April 10th - April 11th 1979 at Jena)
- Stefan Oehmig, Interest and profit in the Hanseatic economic area. (October 2nd to October 4th 1978 at Sellin/Rügen)
- Marlene Njammasch, On problems of debate with the bourgeois ideology on the field of ancient history. (November 23rd to November 24th 1978 at Dresden)
- University publications on economic history (Renate Günther)

- Jürgen Kuczynski, La relation entre travail et loisir. Réflexions sur le développement de concepts pré-marxiens
- Achim Toepel, La théorie mathématique du prix par Cournot
- Michael Laschke, Les problèmes d'investissement et de matières premières pendant l'industrialisation socialiste de pays européens du Conseil d'entraide économique dans la deuxième moitié des années cinquante
- Reinhold Zilch, Traits principaux de la politique d'occupation financière de l'impérialisme allemand dans la première guerre mondiale
- Helena Brodowska, L'influence de l'industrialisation capitaliste sur la structure sociale et professionnelle ainsi que sur la conscience de la population rurale du Royaume de Pologne
- V. I. Buganov, Structure sociale et lutte de classe des paysans en Russie féodale (du 9^e jusqu'au 16^e siècle)
- Jörg Roesler, Critique de la R. D. A. en format de livre de poche
- Lotte Zumpe, Charbon-Fer-Acier 1936/37, Suppression ou profilage d'intérêts?
- Horst Handke, Une analyse de structure marxiste
- Bernhard Töpfer, Structures, économie et société en Europe du premier Moyen Age
- Leoš Jeleček, Sur l'activité de la commission tchécoslovaque pour l'histoire économique
- Rainer Eckert, Les directeurs et gérants d'affaire du Reichsgruppe Industrie, de ses groupes principaux et groupes économiques (II). Documentation sur leurs positions en monopoles, associations monopolistiques et à la régulation de l'économie monopoliste d'Etat
- Michael Elle, Le développement industriel de la R. D. A. (du 10 au 11 avril 1979 à Iéna)
- Stefan Oehmig, Intérêt et profit dans la région économique de la Hanse (du 2 au 4 octobre 1978 à Sellin/ Ile de Rügen)
- Marlene Njammasch, Sur les problèmes de la controverse avec l'idéologie bourgeoise dans le domaine de l'Histoire ancienne (du 23 au 24 novembre 1978 à Dresde)
- Traité universitaire sur l'histoire économique (Renate Günther)

- Jürgen Kuczynski, La relación entre trabajo y tiempo desocupado. Reflexiones acerca del desarrollo de ideas premarxistas
- Achim Toepel, La teoría matemática del precio de Cournot
- Michael Laschke, Problemas de la inversión y la materia prima durante la industrialización socialista de países europeos del CAME en la segunda mitad de los años cincuenta
- Reinhold Zilch, Rasgos esenciales de la política de ocupación financiera del imperialismo alemán durante la Primera Guerra Mundial
- Helena Brodowska, La influencia de la industrialización capitalista en la estructura social y profesional así como la conciencia de la población campesina en la Polonia de Congreso
- V. I. Buganov, Estructura social y lucha de clases de los campesinos en Rusia feudal (siglo IX hasta siglo XVI)
- Jörg Roesler, Crítica de la R. D. A. en el tumafño de un librito
- Lotte Zumpe, Carbón - hierro - acero en 1936-37. ¿Represión o perfiladura de intereses?
- Horst Handke, Un análisis marxista de estructura
- Bernhard Töpfer, Estructuras, economía y sociedad en la Europa medieval temprana
- Leoš Jeleček, Las actividades de la Comisión checoslovaca para Historia económica
- Rainer Eckert, Los líderes y gerentes del grupo del "Reich" para industria y de los grupos principales y grupos económicos (II). Documentación sobre la posición de ellos dentro de monopolios, asociaciones monopolias y en la regulación económica del capitalismo monopolista de Estado
- Michael Elle, El desarrollo industrial de la R. D. A. (desde el 10 hasta el 11 de abril de 1979 en Iena)
- Stefan Oehmig, Interés y provecho en la región económica de la Hansa (desde el 2 hasta el 4 de octubre de 1978 en Sellin/Rügen)
- Marlene Njammasch, Acerca de problemas de la disputa sobre la ideología burguesa en la especialidad de la historia antigua (desde el 23 hasta el 24 de noviembre de 1978 en Dresde)
- Tratados universitarios acerca de la historia económica (Renate Günther)

W. Falk

Allgemeines und Besonderes beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als Ausgangspunkt einer vergleichenden Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus

R. Schultze

Die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes der DDR 1951 bis 1955. Die Reaktion der Werktätigen und der Klassengegner auf seine Verkündung

U. Malich

Zur Entwicklung des Reallohns im ersten Weltkrieg

K. Leciejewski

Über Monopol und Währungsentwicklung vor dem ersten Weltkrieg

I. Baumgart/H. Benneckenstein

Der Kampf des deutschen Finanzkapitals in den Jahren 1897 bis 1914 für ein Reichspetroleummonopol

W. Rosenberg

Anfänge und Entwicklung der Arbeiterklasse in Neuseeland

W. Bleiber

Gesellschaftliche "Unterschichten". Bemerkungen zu ihrer Behandlung in der Mediävistik der BRD

L. Rommel

Grundherrschaftliche und bäuerliche Verhältnisse im Gebiet der Stadt Erfurt am Beginn des 16. Jahrhunderts

H. Wilsdorf

Der Verzicht der revolutionären Bauern auf die Zerstörung der Thüringer Saigerhütten Arnstadt und Hohenkirchen im Jahre 1525. Ein Dokument aus dem Bauernkrieg zur bäuerlichen Verständnisbereitschaft für die Lage der Hüttenarbeiter

Ch. Petrick

Bemerkungen zur Geschichte von Buchdruck und Buchhandel im Manufakturzeitalter

P. Khalatbari

Bemerkungen zur Grundtendenz der Bevölkerungsbewegung in der Geschichte

H. Handke

Geschichtsdenken in der Anpassung. Ökonomische und soziale Fragestellungen in der Historiographie der BRD (Soziologie und Sozialgeschichte; Geschichtliche Grundbegriffe; Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft)

B. Töpfer

Wirtschaftsgeschichte mit "Theoriedefizit" (Hermann Kellenbenz, Deutsche Wirtschaftsgeschichte)

V. Klemm

"Nahrungsmittel - Produktion und Weltaußenhandel" - Statistik oder Interpretation? (Gertrud Helling, Nahrungsmittel - Produktion und Weltaußenhandel seit Anfang des 19. Jahrhunderts)

S. Wegner-Korfes

"Transformationstheoretische" Bemühungen um die Klärung der Ursachen der deutsch-russischen Entfremdung in der Regierungszeit Bismarcks (Horst Müller-Link, Industrialisierung und Außenpolitik)

H. Radandt

Ein mittleres kapitalistisches Unternehmen in Bulgarien im Dienste deutscher Konzerne während des zweiten Weltkrieges

R. Schwärzel

Historischer Standort der DDR (16. bis 17. Mai 1979 in Berlin)

J. Lehmann

Arbeitermigrationen und Fremdarbeiterpolitik im Imperialismus (10. und 11. Mai 1979 in Rostock)

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 16. Lieferung

Studien zur Geschichte der Produktivkräfte

Deutschland zur Zeit der Industriellen Revolution

Herausgegeben von Karl Lärmer

(Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte)

1979. 402 Seiten — 4 Abbildungen — 109 Tabellen — gr. 8° — Leinen 38,— M
Bestell-Nr. 753 491 5 (2140/15)

Die Autoren des Sammelbandes sind Wissenschaftler des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, des Karl-Sudhoff-Instituts an der Karl-Marx-Universität Leipzig und der Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List“ in Dresden.

Anliegen der Publikation ist es, einen Teil der im Zusammenhang mit einem größeren Forschungsvorhaben erzielten Ergebnisse zur Entwicklung der Industriellen Revolution in Deutschland vor der erst im Laufe der achtziger Jahre zu erwartenden Veröffentlichung des mehrbändigen Hauptwerkes zugänglich zu machen und damit einen Beitrag zur Weiterführung des wissenschaftlichen Meinungsstreits zu leisten.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG

DDR-1080 Berlin, Leipziger Str. 3—4

Wirtschaft und Staat im Imperialismus

Beiträge zur Entwicklungsgeschichte
des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland

Herausgegeben von Lotte Zumppe

(Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte)

1976. XI, 313 Seiten — 63 Tabellen — gr. 8° — Leinen 29,— M
Bestell-Nr. 752 824 0 (2140/9)

Die Verfasser wenden sich mit ihren Forschungen u. a. folgenden Problemen zu:
der Herausbildung staatsmonopolistischer Züge in der staatlichen Einwirkung auf den
gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß mit der Entwicklung des Imperialismus
bis zum ersten Weltkrieg; dem Wechselverhältnis zwischen Basis und Überbau
bzw. Ökonomik und Politik; der Entwicklung neuer staatsmonopolistischer Formen
am Ende des ersten Weltkrieges unter dem Einfluß der revolutionären Entwicklung in
Rußland und Deutschland und unter den Bedingungen des Versailler Vertrages und
dem Problem der staatlichen Krisenüberwindung am Ausgang der Weltwirtschaftskrise
1929/32.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG
DDR-1080 Berlin, Leipziger Str. 3—4



AKADEMIE-VERLAG
DDR-1080 Berlin / Leipzig Str. 3-4

Bibliographie zu Verfahren der multivariaten Statistik, der mehrdimensionalen Klassifikation und ihre Anwendungen in Natur- und Gesellschaftswissenschaften 1901 — 1975

Faktorenanalyse/Hauptkomponentenanalyse/Multidimensionale Skalierung/Clusteranalyse/Numerische Taxonomie/Automatische Musyer- oder Gestalt- oder Zeichenerkennung („Pattern Recognition“). 2 Bände

Von Jürgen Wilke

1978. VIII, 1123 Seiten — 8° — Lederin 68,— M
Bestell-Nr. 753 421 0 (6468)

Die Bibliographie ist als grundlegendes wissenschaftliches Hilfsmittel für alle Natur- und Gesellschaftswissenschaftler gedacht, die in ihren Fachgebieten mathematische Methoden benutzen. Sie umfaßt 7530 Veröffentlichungen, die im Zeitraum von 1901 bis 1975 erschienen sind. Es wurden ca. 1600 wissenschaftliche Zeitschriften recherchiert. Das Werk enthält eine Einleitung in deutscher, russischer, englischer und französischer Sprache, in der die behandelten Methoden und ihre Beziehungen zueinander erläutert werden.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG
DDR-1080 Berlin, Leipziger Str. 3—4

GESAMTINHALTSVERZEICHNIS 1960 BIS 1979

Nach dem Erscheinen des 20. Jahrgangs des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte gibt die Redaktion 1980 ein Inhaltsverzeichnis für die Jahre 1960 bis 1979 heraus.

In das Inhaltsverzeichnis wurden die Beiträge aller bisher erschienenen Jahrgänge (1960 bis 1979) einschließlich der Sonderbände sowie ein Autorenregister aufgenommen.

Mit dem Gesamtinhaltsverzeichnis 1960 bis 1979 wendet sich die Redaktion an alle Abonnenten, an alle anderen Interessenten für Wirtschaftsgeschichte und ihrer Grenzbereiche sowie an Institutionen für Information und Dokumentation.

Es ist gegliedert in folgende zeitliche und inhaltliche Abschnitte:

- Theorie und Methodik
- Mehrere Zeitabschnitte umfassend
 - Bis 500
 - 500 bis 1789
 - 1789 bis 1917
 - 1917 bis zur Gegenwart
- Sozialistische Staaten
- Kapitalistische Staaten
- Entwicklungsländer
- Betriebsgeschichte
- Bibliographie und Quellen-
- nachweise
- Berichte

BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich:

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE Gesamtinhaltsverzeichnis 1960—1979

1980. 137 Seiten — 9.— M

BESTELL-NR. 753 821 I (2103/80/J)

(DATUM)

(UNTERSCHRIFT)

(GENAUE ANSCHRIFT)

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG DDR-1080 Berlin, Leipziger Str. 3—4